

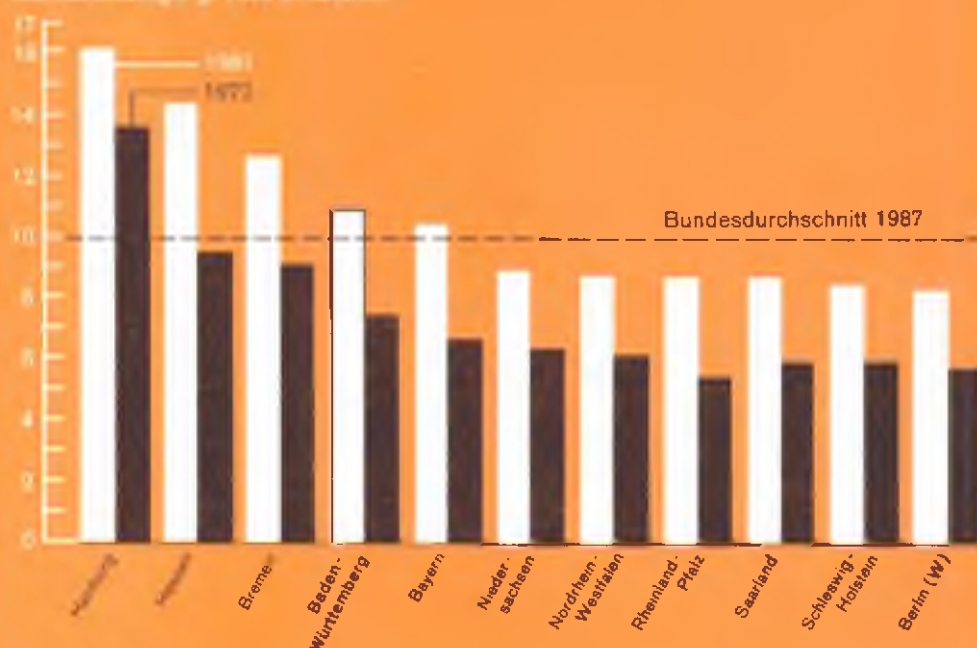
Statistisch - prognostischer Bericht 1990/91

Daten-Analysen-Perspektiven

Heft 18

Bankbeschäftigte in den Bundesländern 1970 und 1987

Bankbeschäftigte je 1000 Einwohner



Entwicklung wirtschaftlicher Eckdaten in Baden-Württemberg
1980 bis 1990

Veränderung jeweils gegenüber Vorjahr in %



**Baden-
Württemberg**



Statistisch-prognostischer Bericht 1990/91

Daten - Analysen - Perspektiven

**Herausgegeben von der Landesregierung
Baden - Württemberg in Zusammenarbeit mit dem
Statistischen Landesamt**

Artikel-Nr. 1114 91001

ISSN 0724 - 3790

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Postfach 10 60 33 · 7000 Stuttgart 10

Tel.: (0711) 641 - 0 · Telex 722815 stala d · Btx *64651 # · Telefax 6412440

Preis DM 18,80

zuzügl. Versandkosten

Nachdruck, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe gestattet

Vorwort

Mit dem Statistisch-prognostischen Bericht 1990/91 legt die Landesregierung den 18. Band dieser Reihe vor.

Dieser Bericht behandelt die Themen "Struktur und Entwicklung der Kreditwirtschaft in Baden-Württemberg", "Größenstruktur der baden-württembergischen Unternehmen", "Die Versorgung mit Dienstleistungsinfrastruktur im Ländlichen Raum i.e.S. Baden-Württembergs", "Strukturelle Entwicklungen im dualen System und die Ausbildungs- und Berufschancen der Mädchen", "Die Situation der Frauen im Landesdienst", "Entwicklung der Ein-, Zwei- und Mehrpersonenhaushalte" und "Umwelt und Verkehr".

Mit diesen zum Teil sehr detaillierten Einzeluntersuchungen werden Entwicklungen in unserem Lande beleuchtet, die unsere gegenwärtigen und künftigen Lebensverhältnisse in den dargestellten Teilbereichen prägen. Die Bedeutung der Beiträge liegt darin, daß jeweils die aktuelle Situation und absehbare Tendenzen aufgezeigt werden, – Tatbestände also, die für Entscheidungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft wichtig sind.

Man muß sich mit den Fakten und Trends vertraut machen, um erkennen zu können, welche Veränderungen sich vollzogen haben und welche Herausforderungen auf uns zukommen. Dies gilt für Entwicklungen in Bereichen der Wirtschaft, des Ländlichen Raumes, des Bildungswesens und der Sozialstruktur. Es gilt ganz besonders für den sensiblen Bereich Umwelt und Verkehr.

Die Untersuchungen dieses Berichts dienen den Ministerien und der Regierung als Grundlage für eine empirische Fundierung politischer Entscheidungen. Aber sie dienen auch der Information der Bürger unseres Landes, die sich ein eigenes Urteil über Veränderungen und Entwicklungen in wichtigen Lebensbereichen bilden wollen.

Mit bewährter Sorgfalt und mit großem Einsatz hat das Statistische Landesamt Baden-Württemberg die Daten zu den genannten Themenbereichen aufbereitet und analysiert.

Im Namen der Landesregierung danke ich dem Präsidenten des Statistischen Landesamtes, Herrn Professor Dr. Max Wingen, sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das Zustandekommen des Statistisch-prognostischen Berichts 1990/91.

Stuttgart, im September 1991



Erwin Teufel
Ministerpräsident



Inhalt

Seite

Vorwort

III

Teil I Wirtschafts- und Sozialentwicklung 1990/91

VII

Teil II Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen

1. Wirtschaft

1.1 Struktur und Entwicklung der Kreditwirtschaft in Baden-Württemberg 1

1.2 Größenstruktur der baden-württembergischen Unternehmen 29

2. Ländlicher Raum

Die Versorgung mit Dienstleistungsinfrastruktur im Ländlichen
Raum i.e.S. Baden-Württembergs 53

3. Bildungswesen

Strukturelle Entwicklungen im dualen System und die Ausbildungs-
und Berufschancen der Mädchen 89

4. Sozialstruktur

4.1 Die Situation der Frauen im Landesdienst 103

4.2 Entwicklung der Ein-, Zwei- und Mehrpersonenhaushalte 115

5. Umwelt und Verkehr 145

Anhang 199

Zeichenerklärung 240

Themenabriß 241

Wirtschafts- und Sozialentwicklung 1990/91

Wirtschaftsentwicklung im Gesamtüberblick¹

Seit dem vergangenen Jahr wurde die wirtschaftliche Entwicklung von den Impulsen des deutschen Einigungsprozesses entscheidend geprägt. Der nach der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zum 1. Juli 1990 schlagartig einsetzende Nachfrageschub aus Ostdeutschland traf auf eine westdeutsche Industrie mit bereits reichlich gefüllten Auftragsbüchern und hoher Kapazitätsauslastung, bei allerdings gleichzeitiger Verlangsamung der Konjunktur in den westlichen Industrieländern. Diese Sonderkonjunktur führte, in Verbindung mit den internen Antriebskräften des steigenden privaten Verbrauchs und der äußerst lebhaften Investitionstätigkeit, in Westdeutschland zu einem im internationalen Maßstab weit überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum - und dies trotz insgesamt stagnierender Auslands- exporte und einer im Jahresverlauf sogar deutlich nachlassenden Auslandsnachfrage. In dieser Situation richtete sich die Nachfrage - mit positiven Wirkungen auf die inländische Preisstabilität - auch verstärkt auf das Angebot und die zunehmend freien Kapazitäten des Auslandes, die Importe nahmen entsprechend stark zu, so daß der bis dahin hohe Außenhandelsüberschuß bereits beträchtlich abnahm und die Bundesrepublik weltweit, insbesondere aber innerhalb der EG eine konjunkturstützende Funktion übernehmen konnte.

Entgegen manchen Befürchtungen blieb die wirtschaftlich-soziale Vereinigung Deutschlands im Vorjahr noch ohne nennenswerten Einfluß auf die Preisentwicklung. Neben dem verstärkten Zugriff auf das ausländische Warenangebot wirkten hierbei die moderaten Tarifabschlüsse von 1990 ebenso stabilisierend wie die Aufwertung der D-Mark und der damit verbundene Rückgang der Einfuhrpreise. Erhebliche Auswirkungen der deutsch-deutschen Integration waren hingegen im Bereich der Kapitalmärkte - wo die Zinsimpulse der einigungsbedingt höheren staatlichen Kreditnachfrage offensichtlich mitunter antizipiert wurden - und auf dem Gebiet der öffentlichen Finanzen zu konstatieren. So erhöhten sich die langfristigen Zinsen im Jahresverlauf um etwa einen Prozentpunkt von knapp 8 auf nahezu 9 % (langfristige Bundesanleihen) und erreichten damit einen Höchststand seit dem Rezessionsjahr 1982. Das Finanzierungsdefizit des Staatssektors (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen) betrug 1990 im westlichen Bundesgebiet bereits 51,2 Mrd. DM, nachdem im Jahr 1989 sogar ein Überschuß von 5,4 Mrd. DM erzielt wurde.

Die anhaltende Inlandsdynamik sorgte auch in den ersten Monaten des laufenden Jahres für ein kräftiges Wirtschaftswachstum; so nahm das reale Bruttoinlandsprodukt im Bundesdurchschnitt im ersten Quartal 1991 um 3,8 % und im zweiten um 5,1 % gegenüber den entsprechenden Vorjahresquartalen zu. Im Vergleich zur zweiten Jahreshälfte 1990 ließ allerdings das Tempo doch schon leicht nach, da der Aufschwung insofern an Breite verlor, als in Teilbereichen ein Abklingen der Auftriebskräfte sichtbar wurde. Ursächlich hierfür war in erster Linie die sich fortsetzende Schwäche der Auslandsnach-

¹ Redaktionsschluß: Ende August 1991. Der Ausweis des Bundesgebiets bezieht sich in den folgenden Tabellen und Schaubildern jeweils auf den Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990.

frage, die einerseits - bei weiterhin wachsender Importnachfrage - zu einer Passivierungstendenz zunächst der Leistungs- und dann auch der Handelsbilanz führte und andererseits in einer wohl allmählich abflachenden Investitionsneigung erste Spuren hinterließ. Anhaltspunkte für letzteres lassen sich anhand der bundesweit nur noch geringfügig gestiegenen, in Baden-Württemberg sogar leicht rückläufigen Inlandsbestellungen im Maschinenbau erkennen (1. Halbjahr).

In der gegenwärtigen Lage sprechen mehrere Faktoren für eine weitere Dämpfung des bis zuletzt hohen Expansionstempos. So dürfte die Nachfrage aus den neuen Bundesländern zwar weiterhin eine wichtige Konjunkturstütze bilden, jedoch in der zweiten Jahreshälfte keine mit dem 2. Halbjahr 1990 vergleichbare Schubkraft entfalten. Auch aus dem internationalen Konjunkturzusammenhang sind, jedenfalls kurzfristig, keine bedeutenden Impulse zu erwarten. Binnenwirtschaftlich resultieren dämpfende Nachfrageeffekte sowohl aus der Steuer- und Sozialabgabenerhöhung als auch aus dem anhaltend hohen Zinsniveau. Ferner sind die Auswirkungen einer zur Schwäche neigenden D-Mark kurzfristig eher negativ zu veranschlagen: Solange die Konjunkturflaute in den Partnerländern anhält, dürfte sich einerseits die damit verbundene Exportstimulierung in engen Grenzen halten, andererseits führt die Verschlechterung der realen Austauschposition im Außenhandel zunächst zu einem realen Einkommensentzug und zudem vermindern sich damit die Chancen einer Anpassung an die international eher nachlassende Zinstendenz, da Abwertungserwartungen der internationalen Anleger letztlich nur durch eine entsprechende Zinsdifferenz auszugleichen sind.

Auch die geldpolitischen Rahmenbedingungen haben sich in mehrfacher Hinsicht verschlechtert und die Aufrechterhaltung einer international vorbildlichen Preisstabilität erschwert. Die bereits zur Jahresmitte eingetretene Beschleunigung der Teuerungsrate resultierte zwar hauptsächlich aus dem einmaligen, sich gleichwohl in der Veränderungsrate bis zum entsprechenden

Zeitpunkt im kommenden Jahr niederschlagenden Effekt der Verbrauchssteueranhebungen zum 1. Juli, in zweiter Linie jedoch wohl auch schon aus den Auswirkungen der diesjährigen Tarifabschlüsse. Außerdem führte die zwischenzeitliche Abwertung der D-Mark dazu, daß sich die letztjährig bremsende Wirkung der Einfuhrpreise nunmehr ins Gegenteil verkehrt. Die Bundesbank hat dieser Entwicklung im August mit einer maßvollen Erhöhung sowohl des Diskont- als auch des Lombardsatzes Rechnung getragen. Dieses Signal richtet sich gleichermaßen an die öffentlichen Haushalte wie an die Tarifparteien, die konjunkturrell dämpfenden Einflüsse der Zinsbeschlüsse dürften jedoch nicht gravierend sein.

Die zuvor schon erwähnten Nachfrageeffekte der deutschen Vereinigung waren in der Auftragsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs deutlich sichtbar. Die Jahresmitte 1990 kennzeichnete hierbei den Übergang von der zuvor noch eher außenwirtschaftlich zu der im Gefolge dann eindeutig binnenwirtschaftlich geprägten Konjunktur. Während im 1. Halbjahr 1990 die preisbereinigten Auftragseingänge aus dem Ausland (+ 2,1 %) ² noch etwas stärker zunahmen als die Inlandsbestellungen (+ 1,7 %), ergab sich in der zweiten Jahreshälfte eine Expansion der Inlandsaufträge (einschließlich der Aufträge aus dem Gebiet der ehemaligen DDR) um 7,9 %, wogegen ein realer Rückgang des ausländischen Ordereingangs um 6,5 % zu verzeichnen war. Im Jahresergebnis wurde ein realer Bestellzuwachs von 2,2 % ermittelt (Inland: + 4,8 %; Ausland: - 2,2 %). Deutlich stärker ist demgegenüber die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe des Landes gestiegen; mit einer Ausstoßzunahme um 4,7 % hielt auch 1990 der bereits 1989 verstärkte Aufwärtstrend unvermindert an. Die Produktionsausweitung wurde begleitet von einer Aufstockung des Personalstandes um jahresdurchschnittlich 2,7 %.

2 Hier wie im folgenden: Veränderungsraten jeweils zum entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Die konjunkturellen Grundlinien der zweiten Vorjahreshälfte haben sich im großen und ganzen auch im 1. Halbjahr 1991 fortgesetzt. So wurde die anhaltende Schwäche der Auslandsnachfrage (- 5,8 %) durch die nachhaltige Expansion der Inlandsbestellungen (+ 9,1 %) wiederum mehr als ausgeglichen. Gleichwohl hat die Aufwärtsbewegung doch an Einheitlichkeit und Robustheit verloren. So mußten zum einen wichtige Branchen - so der Maschinenbau (- 8,4 %) und die Feinmechanik/Optik (- 4,1 %) - deutliche Auftrags-einbußen hinnehmen. Ursächlich hierfür ist sowohl die angesichts rezessiver Konjunkturtendenzen in den westlichen Partnerländern dort rückläufige Investitionsneigung, wie auch die Tatsache, daß die erwartete Investitionsentwicklung in den neuen Ländern noch nicht in Gang gekommen ist. Zwar wies der gesamte Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe mit einem Plus von 3,6 % sogar eine höhere Steigerung auf als in beiden Halbjahren des Vorjahres, ein wesentlicher Einzelfaktor war hierbei jedoch der außerordentlich lebhafte Inlandsverlauf im Fahrzeugbau (+ 26,4 %; Inland: + 64,5 %; Ausland: - 5,0 %), so daß mit der Gesamtzuwachsratespeziell die in den übrigen Investitionsgütersektoren, aber auch im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sich zeigende Grundtendenz merklich überzeichnet wird. Weiterhin hat sich der Nachfrageschub aus den neuen Ländern wie schon im Vorjahr in den angrenzenden Regionen nochmals besonders stark niedergeschlagen, so daß sowohl Auftragseingang (real: Bund: 9,8 %, Land: 9,1 %) wie Umsatz (nominal: + 15,4 % bzw. + 12,1 %) aus dem Inland im Bundesdurchschnitt über den Landeswerten lagen.

Die Produktion wurde von Januar bis Juni 1991 in der Mehrzahl der Branchen nach wie vor erheblich ausgeweitet. Die partiellen Auftragsrückgänge führten zwar schon zu einer Verlangsamung in den betreffenden Zweigen (z.B. Maschinenbau: + 1,4 %; 2. Halbjahr 1990: + 7,5 %), die dämpfenden Auswirkungen auf das Gesamtergebnis wurden jedoch durch das beschleunigte Wachstum in anderen Bereichen (z.B. Elektrotechnik: + 6,4 %; 2. Halbjahr 1990: + 2,0 %) kompensiert. Die Ausstoßzunahme um

4,1 % im gesamten Verarbeitenden Gewerbe entsprach damit exakt der durchschnittlichen Zuwachsrates im 2. Halbjahr 1990; eine leichte Wachstumsabschwächung ergibt sich hingegen im Vergleich mit der ersten Vorjahreshälfte (+ 5,4 %). Die Zahl der Beschäftigten lag um 2,6 % über dem entsprechenden Vorjahresniveau.

Relativ robust zeigte sich im 1. Halbjahr nach wie vor das Verbrauchsgütergewerbe (Auftragseingang: + 3,9 %; Produktion: + 4,5 %), während im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (Auftragseingang: + 2,1 %; Produktion: + 2,6 %) bereits Bremsspuren sichtbar wurden. Ungeachtet der genannten Schwächesignale im Maschinenbau und in der Feinmechanik/Optik wies auch das Investitionsgütergewerbe insgesamt (Auftragseingang: + 3,8 %; Produktion: + 4,5 %) noch immer beachtliche Zuwachsraten auf, wenngleich im Auftragseingang doch wesentlich von der Sonderentwicklung im Fahrzeugbau profitierend. Die zwar tendenziell nachlassenden, aber noch immer relativ umfangreichen Auftragsreserven im Verarbeitenden Gewerbe lassen für die kommenden Monate insgesamt noch eine stetige Produktionsentwicklung mit allerdings abgeschwächtem Aufwärtstrend erwarten.

Die Dynamik der schon seit Beginn des Jahres 1988 aufwärtsgerichteten Baukonjunktur hat sich im Jahresergebnis 1990 nochmals verstärkt, wobei sich jedoch das außerordentlich hohe Anfangstempo der Nachfrageexpansion im Jahresverlauf tendenziell "normalisierte" und zum Jahresende auch schon Abkühlungssignale in Teilbereichen sichtbar wurden. Insgesamt konnten die Betriebe des Bauhauptgewerbes im Auftragseingang einen nominalen Zuwachs um 14,3 % verbuchen und die reale Bauleistung um 4,1 % steigern. Im Jahresverlauf kam es ferner zu einer Wende der langjährig negativen Beschäftigtenentwicklung - die Beschäftigtenzunahme belief sich im Jahresdurchschnitt auf 1,9 %. Besonders dynamisch verlief das Geschehen im Bereich der Baugenehmigungen. So wurde mit rund 72 400 genehmigten Neubauwohnungen in Wohngebäuden (+ 36,0 %) ein Höchststand seit 1973 erzielt.

Das 1. Halbjahr 1991 erbrachte insgesamt einen gedämpften Fortgang der Baukonjunktur. Nach dem mäßigen nominalen Auftragsverlauf im 1. Quartal konnte von April bis Juni vor allem im Hochbaubereich wiederum eine deutliche Steigerung festgestellt werden. Die wertmäßigen Auftragseingänge lagen im 1. Halbjahr im Hochbau (+ 6,6 %) wie im Tiefbau (+ 3,0 %) und damit auch im gesamten Bauhauptgewerbe (+ 5,3 %) über den entsprechenden Vorjahresergebnissen. Diese Zuwachsraten wurden jedoch nicht von realen Nachfrageveränderungen, sondern ausschließlich von dem anhaltenden Anstieg der Baupreise bewirkt. So wurden die preisbereinigten Auftragseingangsvolumina der ersten sechs Monate des Vorjahres im Tiefbau um 2,9 % und im Hochbau um 0,6 % verfehlt. Im Zuge einer real zwar nicht mehr expandierenden, aber mit Blick auf das bereits erreichte Niveau noch immer relativ günstigen Auftragslage konnte hingegen der Aufwärtstrend der realen Bauproduktion beibehalten werden. Trotz erheblicher Witterungsbeeinträchtigungen im Laufe des 1. Quartals ist im Halbjahresdurchschnitt die Hochbauleistung um 5,5 % und die Tiefbauproduktion um 2,3 % gestiegen. Weiterhin aufwärtsgerichtet blieb auch die Anzahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe (+ 2,5 %).

Wie bei der Auftragsentwicklung so ist auch für den Genehmigungsbereich ein nachlassender Schwung zu konstatieren. In Anbetracht der hohen Ausgangswerte kann der Genehmigungsverlauf zwar durchaus noch als lebhaft bezeichnet werden, die jeweiligen Vorjahresergebnisse konnten jedoch speziell im besonders zins- und preiseempfindlichen Wohnungsbau nicht mehr erreicht werden. So reduzierte sich das genehmigte Hochbauvolumen für Wohnungen im 1. Halbjahr um 6,0 %, und auch bei der Anzahl der freigegebenen Neubauwohnungen (insgesamt: 36 200) wurde das entsprechende Vorjahresniveau leicht unterschritten (- 0,5 %). Im vorwiegend konjunkturabhängigen Nichtwohnbau konnte dagegen nochmals eine Zunahme verzeichnet werden (Hochbauvolumen: + 2,5 %).

Von der Ausfuhrtätigkeit (ohne die Lieferungen in die neuen Bundesländer)

der baden-württembergischen Unternehmen gingen 1990 keine stimulierenden Wachstumsimpulse aus. Ausschlaggebend hierfür wären in erster Linie die allgemein rückläufige Konjunktur der westlichen Industrieländer sowie die teilweise beträchtliche Aufwertung der D-Mark. Nach dem nochmals kräftigen Exportanstieg in den Anfangsmonaten ergab sich bereits im 2. Quartal eine merkliche Abschwächung, die sich auch im weiteren Jahresverlauf fortsetzte. Mit einem Ausfuhrwert von 111,8 Mrd. DM blieb damit das Jahresergebnis 1990 geringfügig unter dem Rekordniveau von 1989 (- 0,1 %).

Dieser Abwärtstrend hielt auch im Zeitraum Januar bis Mai 1991 an. So verringerte sich der Wert der baden-württembergischen Ausfuhren insgesamt um 7,2 %. Auffallend abgeschwächt haben sich vor allem die Lieferungen in die von der Rezession betroffenen Länder - wie die USA (- 18,0 %), Großbritannien (- 14,2 %) und Schweden (- 20,8 %). Darüber hinaus schlugen im vorliegenden Zeitraum auch die Beeinträchtigungen im Zuge des Golfkrieges nicht unerheblich zu Buche. Beträchtliche Absatzeinbußen ergaben sich insbesondere beim Export von Kraftfahrzeugen (- 17,7 %) und Maschinen (- 7,3 %). Für das westliche Bundesgebiet liegen bislang die Ergebnisse für den Zeitraum Januar bis Juni vor. Hierbei wurde ein Exportrückgang um 2,5 % und gleichzeitig eine Einfuhrsteigerung um 21 % ermittelt. Der Aktivsaldo der Außenhandelsbilanz belief sich damit nur noch auf 2,3 Mrd. DM - gegenüber 64,8 Mrd. DM im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Der private Verbrauch expandierte im vergangenen Jahr im westlichen Bundesgebiet mit real 4,3 % in einer Größenordnung, die zuletzt im Jahr 1977 erreicht wurde. Nicht unwesentlich schlugen hierbei die Verbrauchseffekte der - insbesondere durch die Zuwanderungen von Aus- und Übersiedlern - gestiegenen Bevölkerungszahl sowie der erheblichen Beschäftigungszunahme zu Buche. Hinzu kamen die Impulse der Steuersenkung im Zuge der dritten Stufe der Einkommensteuerreform (zu Jahresbeginn 1990) und nicht zuletzt auch der nominalen Lohn-, Gehalts- und

Rentensteigerungen, die - unter Berücksichtigung des gegenüber 1989 sogar leicht gedämpften Anstiegs der Lebenshaltungspreise (Land: + 2,9 %; Bund (West): + 2,7 %) - einen Spielraum für eine Verbesserung der realen Einkommensverhältnisse enthielten³.

Die den privaten Verbrauch stimulierenden Effekte der Realeinkommens-, Beschäftigten- und Bevölkerungsentwicklung behielten auch im 1. Halbjahr 1991 die Oberhand. Entfallen sind jedoch insbesondere die positiven Einflüsse der Steuerpolitik - die zur Jahresmitte realisierten Steuererhöhungen dürften zu einer leichten Eintrübung des Verbrauchsklimas beigetragen haben. Insgesamt entwickelte sich somit der private Verbrauch in den westlichen Bundesländern durchaus noch lebhaft, aber im Vorjahresvergleich mit doch schon vermindertem Tempo (1. Quartal: + 3,5 %; 2. Quartal: + 3,4 % - jeweils real).

Die Preisentwicklung verlief auch in den ersten Monaten des laufenden Jahres zunächst auf einer moderaten Linie. So lagen die Lebenshaltungspreise in Baden-Württemberg im Durchschnitt der Monate Januar bis Mai um 3,0 % über dem entsprechenden Vorjahresstand. Im Juni ergab sich jedoch bereits ein Anstieg um 3,6 %, der sich unter dem Einfluß der Verbrauchssteuererhöhungen auf die seit langem höchste Teuerungsrate von 4,5 % im Juli beschleunigte. Im August reduzierte sich die Preissteigerung wiederum leicht auf nunmehr 4,2 %. Wesentlich ungünstiger entwickelten sich - wie schon im Vorjahr - speziell die Preise für Bauleistungen. Hier wurde im Mai eine Erhöhung um 7,0 % verzeichnet (neue Wohngebäude).

1990 waren - vor dem Hintergrund einer anhaltend positiven Auftrags- und Ertragslage und einer im Jahresverlauf sogar noch gestiegenen industriellen Kapazitätsauslastung - die Investitionen die mit Abstand stärkste Antriebskraft der westdeutschen Inlandsnachfrage. Die auch im Hinblick auf den bevorstehenden EG-Binnenmarkt ohnehin bereits hohe Investitionsneigung der Unternehmen wurde hierbei von den wirtschaftlichen Impulsen der deutschen Vereinigung zusätzlich stimuliert. Auch in Betracht zunehmend auftretender Kapazitätsengpässe - so ermittelte das Ifo-Institut im Dezember 1990 mit 90,0 % einen industriellen Auslastungsgrad, der im ganzen vorangegangenen Jahrzehnt nicht erreicht wurde - zog die Investitionstätigkeit gegenüber 1989 nochmals erheblich an. So wurde im Bereich der Ausrüstungsinvestitionen mit einem realen Zuwachs von 12,9 % bundesweit die höchste Veränderungsrate seit 1970 ermittelt. Zusammen mit der Ausweitung der realen Bauinvestitionen um 5,2 % ergab sich damit für 1990 ein preisbereinigter Anstieg der westdeutschen Anlageinvestitionen um 8,8 %.

Das Hoch im Bereich der realen Ausrüstungsinvestitionen setzte sich im 1. Halbjahr 1991 zunächst noch ungeschmälert fort (1. Quartal: + 13,0 %; 2. Quartal: + 11,8 % - westliches Bundesgebiet). Dieser auch im internationalen Vergleich nach wie vor äußerst lebhaften Investitionskonjunktur ist nicht zuletzt im Hinblick auf Modernisierungseffekte eine wesentliche Bedeutung beizumessen. Gleichwohl ist hierbei zu berücksichtigen, daß das Investitionswachstum im bisherigen Jahresverlauf zum erheblichen Teil noch von den Bestellungen des Vorjahres getragen wurde. In zunehmendem Maße machten sich nunmehr auch die Kapazitätseffekte der bis zuletzt hohen Investitionstätigkeit bemerkbar. So sank der vom Ifo-Institut bundesweit ermittelte Auslastungsgrad zunächst auf 88,2 % im März und weiter auf 87,9 % im Juni. In Verbindung mit mittelfristig eher etwas gedämpften Absatz- und Produktionsperspektiven dürfte sich somit die im mäßigen Bestellverhalten zum Ausdruck kommende Investitionsneigung - im Gegensatz zu den im 1. Halbjahr realisierten Investitionen - bereits spürbar abgeflacht haben. Bei den Bauinvestitio-

3 Der Reallohnindex - als Quotient aus dem Wochenverdienstindex der Arbeiter und dem Preisindex für die Lebenshaltung von Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen gebildet - zeigte im Oktober 1990 einen Anstieg um 2,0 % und im April 1991 um 2,9 % (jeweils gegenüber dem Vorjahresmonat).

nen wurde nach dem witterungsbedingten Rückgang in den ersten drei Monaten (- 1,8 %) im 2. Quartal wiederum ein kräftiger Anstieg um 6,2 % verzeichnet. Der Zuwachs der gesamten Anlageinvestitionen belief sich damit bundesweit auf 5,2 % im 1. Quartal und 8,8 % im zweiten.

Insgesamt erbrachte somit das Wirtschaftsjahr 1990 gegenüber den ebenfalls schon relativ wachstumsstarken Vorjahren 1989 und 1988 eine deutliche Beschleunigung des Wachstumstempos. Mit einer Zunahme des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Baden-Württemberg sowie im Durchschnitt der westlichen Bundesländer um 4,7 % wurde landesweit wie auch im gesamten westlichen Bundesgebiet die höchste reale Steigerungsrate seit 1976 erreicht.

Der gesamtwirtschaftliche Wachstumspfad im westlichen Bundesgebiet verlief auch im 1. Halbjahr 1991 auf einem - vor allem im internationalen Vergleich - sehr hohen Niveau. Nach dem Anstieg um 3,8 % im Anfangsquartal übertraf das reale Wachstum im 2. Quartal, allerdings von Kalendereinflüssen begünstigt, sogar - wie im 3. und 4. Quartal 1990 - die 5-Prozent-Marke (BIP: 5,1 %). Gegenüber der zweiten Vorjahreshälfte bedeutet dies zwar insgesamt schon eine leichte Verlangsamung, die meisten Prognosen sind jedoch bereits für das 1. Halbjahr von einer wesentlich stärkeren Dämpfung ausgegangen. Als stärkste Antriebskraft erwies sich - neben den Investitionen - wiederum die Nachfrage aus den neuen Bundesländern. So wurden bei der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen, wohl ausschließlich aufgrund der Lieferungen nach Ostdeutschland, reale Zuwachsraten von 13,7 und 17,1 % ermittelt (1. und 2. Quartal). Hierbei ist zu beachten, daß in der Abgrenzung der Verwendungsseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das westliche Bundesgebiet die Lieferungen in die/aus den neuen Bundesländern zum Export/Import zählen.

Die Betrachtung der einzelnen Wirtschaftsbereiche (Tabelle 1) zeigt im Land-Bund-Vergleich 1990 höhere Wachstumsraten des Bundesgebiets im Verarbeitenden Gewerbe (Land: + 4,4 %; Bund (West): + 4,9 %) und

insbesondere im Baugewerbe (Land: + 2,9 %; Bund (West): + 4,1 %). Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß das Wachstum der Industrie- wie auch der Bauproduktion im letzten Jahr bundesweit insgesamt weniger von der Auftragslage als vielmehr von den kaum noch vorhandenen Kapazitätsreserven und den kurzfristigen Möglichkeiten zur Kapazitätserweiterung begrenzt wurde. Die auf Landesebene stärkere Beanspruchung des Arbeitsmarktes hat hierbei wohl dämpfend zu Buche geschlagen. Über dem Bundesdurchschnitt lagen hingegen die realen Wachstumsraten der baden-württembergischen Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen (Land: + 6,9 %; Bund (West): + 6,0 %) und vor allem der heimischen Land- und Forstwirtschaft (Land: + 26,8 %; Bund (West): + 13,9 %).

Wie bereits gegen Ende des Jahres 1989 vorgezeichnet, hatte Baden-Württemberg auch im Laufe des Jahres 1990 einen großen Zuwanderungsstrom von Aus- und Übersiedlern aus der ehemaligen DDR bzw. aus den osteuropäischen Staaten zu verzeichnen, der bei der deutschen Bevölkerung zu einem hohen Wanderungsgewinn führte. Während in der ersten Hälfte 1990 die Zuwanderungen von Übersiedlern schon rückläufig waren (Mitte 1990 endete hier die statistische Erfassung), erhöhte sich gleichzeitig zunächst die Zahl der Aussiedler erheblich, um dann im Zusammenhang mit dem Aussiedler-Aufnahmegesetz in der zweiten Hälfte des Jahres 1990 und zu Beginn von 1991 wieder abzunehmen. Vor allem aufgrund dieser hohen Zuwanderungen erhöhte sich in Baden-Württemberg das Erwerbspersonenpotential nochmals kräftig. Trotz dieser Ausweitung des Arbeitskräfteangebots konnte wegen der wesentlich gestiegenen Nachfrage nach Arbeitskräften die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg weiter abgebaut werden. So ging im Jahresdurchschnitt 1990 die Arbeitslosenquote auf 4,1 % zurück. Im Laufe des 1. Halbjahres 1991 verringerte sich die Arbeitslosenquote von noch 4,0 % im Januar auf 3,4 % im Juni; im Juli erfolgte dagegen aus vorwiegend saisonalen Gründen ein Anstieg auf 3,9 %. Mit dieser Entwicklung wird Baden-Württemberg - wie in der Vergangenheit - auch 1991 die geringste Arbeitslosenquote aller Bundesländer aufweisen.

Tabelle 1

Entwicklung der Wirtschaftsbereiche in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1990*)
 – Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung –

Bezeichnung	In jeweiligen Preisen			In Preisen von 1980				
	Mill. DM	Veränderung 1990/89		Mill. DM	Veränderung 1990/89		Struktur- anteil	Anteil am Bundes- gebiet
		Baden- Württem- berg	Bundes- gebiet		Baden- Württem- berg	Bundes- gebiet		
		%			%			
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾	389 277	+ 8,5	+ 8,4	296 251	+ 4,7	+ 4,7	.	16,2
Bruttowertschöpfung (unbereinigt)	379 306	+ 8,2	+ 8,1	290 603	+ 4,7	+ 4,7	100	16,4
davon								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	6 250	+ 21,7	+ 6,9	6 411	+ 26,8	+ 13,9	2,2	15,7
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	9 639	+ 2,7	+ 2,9	7 720	+ 1,2	+ 1,4	2,7	13,7
Verarbeitendes Gewerbe	145 911	+ 7,5	+ 7,8	110 054	+ 4,4	+ 4,9	37,9	20,1
Baugewerbe	22 743	+ 12,0	+ 13,3	16 958	+ 2,9	+ 4,1	5,8	17,3
Handel	31 233	+ 8,4	+ 9,0	25 528	+ 6,1	+ 6,7	8,8	14,3
Verkehr, Nachrichtenüber- mittlung	17 237	+ 4,3	+ 4,4	15 467	+ 3,6	+ 3,6	5,3	13,2
Kreditinstitute, Versicherungs- unternehmen	17 128	+ 8,6	+ 7,8	14 070	+ 6,9	+ 6,0	4,8	14,4
Wohnungsvermietung	25 138	+ 6,2	+ 6,2	18 030	+ 1,9	+ 1,9	6,2	16,0
Sonstige Dienstleistungen	62 313	+ 11,4	+ 11,4	44 638	+ 6,2	+ 6,2	15,4	15,1
Staat	35 626	+ 5,9	+ 6,0	27 171	+ 1,2	+ 1,4	9,3	14,0
Private Haushalte, Private Organisationen ohne Erwerbs- zweck	6 087	+ 8,4	+ 8,5	4 556	+ 4,0	+ 4,2	1,6	12,1

*) Vorläufiges Ergebnis. - 1) Bruttoinlandsprodukt = Bruttowertschöpfung ./ unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen + Einfuhrabgaben
 + nichtabzugsfähige Umsatzsteuer.

Ausblick 1991

Seit der relativ schnellen Beendigung des Golfkrieges haben sich die internationalen Konjunkturperspektiven wieder etwas aufgehellt. So mehrten sich inzwischen die Anzeichen für eine konjunkturelle Erholung in den USA im weiteren Jahresverlauf, und auch in Großbritannien sowie in Schweden und Finnland dürfte die Rezession allmählich überwunden werden. Die meisten EG-Staaten befinden sich allerdings auf einem – gegenüber 1990 – deutlich ab-

geflachten Expansionspfad, wobei im 2. Halbjahr wieder mit einer leichten Belebung gerechnet wird. Diesbezügliche Erwartungen stützen sich vor allem auf das im Ausland weitere Nachlassen des Zinsniveaus, dessen Voraussetzungen – nämlich die geldpolitischen Lockerungen – auch von der Schwächendenzenz der D-Mark begünstigt wurden. Die Wachstumsprognosen lauten nach Angaben des DIW auf eine jahresdurchschnittliche Stagnation in den USA und auf ein reales Wachstum von 0,9 % im EG-Raum (ohne Deutschland).

In Anbetracht dieser Entwicklungslinien dürfte sich die Ausfuhr Baden-Württembergs wie auch der westlichen Bundesländer insgesamt 1991 etwa auf dem Vorjahresniveau bewegen, wobei jedoch ein leicht rückläufiger Ausfuhrwert nicht ausgeschlossen ist - auch wenn die Exportaussichten für das 2. Halbjahr wieder günstiger erscheinen. Ausschlaggebend hierfür ist vor allem die derzeit schwache Investitionsneigung im Ausland; des weiteren schlagen jedoch auch die offensichtlich anhaltenden Absatzprobleme der heimischen Kraftfahrzeughersteller speziell in den USA nicht unerheblich zu Buche. Die zwischenzeitliche Abwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar könnte jedoch hier wie auch in anderen Bereichen die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Produkte erhöhen und zu einer Verbesserung der Absatzperspektiven beitragen.

Die Wirtschaftsentwicklung im vereinten Deutschland steht 1991 nicht zuletzt im Zeichen der wirtschaftlichen und sozialen Integration der neuen Bundesländer. Die öffentlichen Ausgaben zur sozialen Abfederung der Umbruchkrise

und zur Modernisierung von Wirtschaft und Infrastruktur in den neuen Bundesländern wirken hierbei wie ein außerordentlich umfangreiches Konjunkturprogramm. So werden sich nach Einschätzung der Bundesbank die öffentlichen Transferleistungen für die neuen Länder auf eine Summe von ungefähr 140 Mrd. DM im Jahr 1991 belaufen. Die Größenordnung dieser massiven Aufbauhilfe wird nicht zuletzt daraus ersichtlich, daß das gesamte Bruttosozialprodukt Ostdeutschlands 1990 nach Schätzungen des DIW lediglich 232,5 Mrd. DM betrug. Die umfassende Sanierung und Erneuerung des Kapitalstocks in den neuen Ländern wird jedoch zweifellos noch einige Zeit in Anspruch nehmen; entsprechend werden Fortschritte in der Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Betriebe - bei zunächst weiterhin steigender Arbeitslosigkeit - erst allmählich sichtbar werden, so daß auch 1991 beträchtliche Nachfrageimpulse auf die Wirtschaft im westlichen Bundesgebiet übertragen werden.

Die Wirtschaft Baden-Württembergs dürfte an diesen Impulsen um so stärker partizipieren, je schneller und nachhaltiger eine breite Investitions-

Tabelle 2

Daten zur internationalen Wirtschaftsentwicklung 1990/91

Land	Anteil an der Ausfuhr Baden- Württembergs 1990	Veränderung des Außen- werts der DM 1. Halbjahr 91 gegen 1. Halbjahr 90	Saldo der Leistungs- bilanz 1990 ¹⁾	Veränderung gegen Vorjahr			
				Brutto- sozialprodukt real	Ver- braucher- preise	Brutto- sozialprodukt real	Ver- braucher- preise
				1990		1991 ²⁾	
				%			
Bundesrepublik Deutschland	—	—	+ 47,8 ³⁾	+ 4,5	+ 2,7	+ 2,5	+ 3,5
Frankreich	13,4	— 0,5	— 7,8	+ 2,8	+ 3,4	+ 1,5	+ 3,0
Italien	9,9	— 1,0	— 15,7	+ 2,0	+ 6,5	+ 1,0	+ 6,5
Niederlande	5,5	— 0,1	.	+ 4,0	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5
Belgien	4,5	+ 0,8	.	+ 3,5	+ 3,4	+ 2,5	+ 3,5
Luxemburg		
Großbritannien	7,0	+ 4,8	— 21,8	+ 0,6	+ 9,5	— 1,5	+ 6,5
Schweiz	9,0	+ 2,6	.	+ 2,6	+ 5,4	+ 1,0	+ 5,0
Österreich	6,0	+ 0,0	.	+ 4,6	+ 3,3	+ 3,0	+ 3,5
USA	9,9	— 3,1	— 99,3	+ 1,0	+ 5,4	+ 0,0	+ 5,0
Japan	4,2	+ 7,8	+ 35,8	+ 5,6	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,5

1) Schätzungen der Deutschen Bundesbank. — 2) Gemeinsame Schätzung von DIW Berlin, HWWA Hamburg, Ifo München, RWI Essen und IfW Kiel (Frühjahrsgutachten 1991). — 3) Nachrichtlich: Bundesrepublik Deutschland Januar, bis Mai 1991: — 15,9 Mrd. DM.

dynamik in den neuen Bundesländern in Gang kommt. Mit einer Vielzahl an Fördermaßnahmen, wie etwa Investitionszulagen, Sonderabschreibungen und Eigenkapitalhilfen, wurden hierfür zwar günstige Voraussetzungen geschaffen, denen jedoch nach wie vor Hemmnisse insbesondere im administrativen Bereich und in der Infrastruktur gegenüberstehen.

Die expansiven Wirkungen der vermehrten Staatsausgaben werden jedoch von den kontraktiven Einflüssen der Steuer- und Sozialabgabebeschlüsse zumindest teilweise kompensiert. So traten zum 1. Juli 1991 die Anhebung der Mineralöl- und der Versicherungsteuer sowie der auf ein Jahr befristete Solidaritätszuschlag zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe von 7,5 % der Steuerschuld in Kraft. Bereits zum 1. April wurde der Beitragssatz zur Sozialversicherung netto um 1,5 % des Bruttolohns angehoben (Arbeitslosenversicherung: + 2,5 %; Rentenversicherung: - 1 %).

Der private Verbrauch wird, nach dem noch immer beachtlichen Zuwachs in der ersten Jahreshälfte, spürbar an Schwung verlieren, so daß noch mit einer jahresdurchschnittlichen Zuwachsrate von gut 2,5 % zu rechnen sein dürfte. Retardierend wirken insbesondere die Steuer- und Sozialabgabenerhöhungen, wobei in diesem Jahr ohnehin die Steuerprogression wieder voll - wenn gleich in der seit der Steuerreform linearen Form, - zum Tragen kommt. Daneben werden auch die Impulse aus der Beschäftigtenentwicklung allmählich nachlassen. Zwar dürfte die Sparquote tendenziell sinken, ein starker Rückgang ist gleichwohl aufgrund der attraktiven Zinsen kaum zu erwarten. Ein stimulierender Faktor sind dagegen zweifellos die relativ hohen Lohn- und Gehaltssteigerungen, die jedoch andererseits, zumal sich beim Produktivitätsanstieg eher eine Verlangsamung abzeichnet, auch den Preisaufrtrieb beschleunigen und somit wiederum teilweise absorbiert werden.

Maßgeblich sind in diesem Zusammenhang vor allem die gegenwärtigen Überwälzungsspielräume der Unternehmen,

die, mit Blick auf die Auftragslage zwar nicht generell ungünstig, in Anbetracht eines intensiven - auch internationalen - Preiswettbewerbs und einer leicht abnehmenden Kapazitätsauslastung jedoch auch keineswegs unbegrenzt erscheinen. Belastend auf das Preisniveau wirken zudem die Verbrauchsteuererhöhungen zur Jahresmitte sowie die Wechselkursbedingte Erhöhung der Einfuhrpreise. Ein dämpfender Effekt resultiert dagegen im 2. Halbjahr aus dem - gegenüber dem Vorjahreszeitraum - wesentlich niedrigeren Rohölpreis. Alles in allem wird damit die Preissteigerungsrate im 2. Halbjahr erheblich höher sein als in der ersten Jahreshälfte und sich im Jahresdurchschnitt mindestens auf 3,5, möglicherweise sogar auf annähernd 4 % belaufen. Die weitere Entwicklungsrichtung wird dann sowohl von den kommenden Tarifverhandlungen, aber auch von möglicherweise weiteren Reaktionen der Bundesbank beeinflußt werden.

Die Investitionstätigkeit der Unternehmen erweist sich auch 1991 - neben den anhaltenden Nachfrageimpulsen aus den neuen Bundesländern - als wichtigste Konjunkturstütze in Westdeutschland. Die Basis dafür bilden vor allem eine noch immer hohe industrielle Kapazitätsauslastung und auch die überwiegend günstigen Geschäftslagen in den übrigen Bereichen der Wirtschaft, wie etwa im Handel oder im Baugewerbe. Bei der Einschätzung der weiteren Entwicklung der Investitionskonjunktur ist jedoch eine Reihe bremsender Faktoren nicht zu übersehen. In erster Linie schlagen hierbei die gedämpften Exportaussichten zu Buche, in deren Gefolge sich die optimistische Grundhaltung der Unternehmen in Anbetracht der lebhaften Binnenkonjunktur zwar nicht nachhaltig, aber doch schon merklich abgeschwächt haben dürfte. Die Wirtschaft Baden-Württembergs ist davon aufgrund der überdurchschnittlichen Industrie- und der damit verbundenen Exportintensität stärker als das westliche Bundesgebiet insgesamt betroffen.

Im Zuge der jüngsten Tarifabschlüsse und einer möglicherweise weiteren Erholung des US-Dollars wird zudem der Kostendruck - auch bei niedrigem Rohölpreis - erheblich zunehmen. Ungeach-

tet der Steuererhöhungen wird sich auch insofern die Gewinnsituation verschlechtern, was in Verbindung mit anhaltend hohen Zinsen sicherlich nicht ohne Einfluß auf das Investitionsklima bleiben wird. Wenn trotzdem, wie aus heutiger Sicht anzunehmen ist, die westdeutschen Ausrüstungsinvestitionen im Jahresdurchschnitt um real gut 8 % steigen könnten, ist dies vor allem auf den wesentlich noch von Vorjahresbestellungen getragenen Wachstumsschub im 1. Halbjahr zurückzuführen.

Die Wachstumsperspektiven in der Bauwirtschaft sind nicht mehr so günstig wie in den beiden vorangegangenen Jahren. So hat das Gewicht der bremsenden Einflüsse im Verhältnis zu den nach wie vor belebenden Faktoren doch erheblich zugenommen. Maßgeblich für die Verschlechterung der Gesamtkonstellation der Einflußfaktoren ist zum einen die insgesamt nachlassende Konjunkturdynamik, die über gedämpfte Absatz- und Ertragsaussichten den Wirtschaftsbau und über eine geringere Realeinkommenssteigerung (nach Steuern) auch den Wohnungsbau beeinträchtigt. Zum anderen wird sich der hemmende Einfluß des kräftigen Anstiegs der Baupreise bemerkbar machen. Das Zusammenwirken von gedämpfter Ertrags- und Realeinkommensentwicklung einerseits und beträchtlich steigenden Baukosten andererseits läßt, im Vergleich zum Vorjahr, zudem auf eine höhere Zinsempfindlichkeit schließen, da der Bedarf an Fremdfinanzierungsmitteln in dieser Situation allgemein zunehmen dürfte. Hinzu kommt, daß von der öffentlichen Bautätigkeit im westlichen Bundesgebiet aufgrund der angespannten Haushaltslage und des vorrangigen Bedarfs in den neuen Bundesländern keine wesentlichen Impulse zu erwarten sind. Auf der anderen Seite werden jedoch von der immer noch hohen Kapazitätsauslastung sowie dem eher noch steigenden Wohnungsbedarf und den damit einhergehenden Miet- und Wertsteigerungserwartungen nach wie vor positive Wirkungen auf den Auftrags- und Produktionsverlauf ausgehen. Des weiteren werden auch weiterhin die stimulierenden Effekte der staatlichen Förderungsmaßnahmen im Wohnungsbau zu Buche schlagen.

Im Zuge dieser Einflußkonstellation verläuft die Auftragsentwicklung im Bauhauptgewerbe 1991 zwar auf einem relativ hohen Niveau, mit wesentlichen Steigerungsraten ist jedoch - insbesondere in realer Betrachtung - kaum zu rechnen. Demgegenüber dürften die Voraussetzungen für einen nochmaligen Anstieg der Bauproduktion angesichts beträchtlicher Auftragsreserven durchaus gegeben sein; begünstigend wirkt hierbei insbesondere die wachsende Zahl der Baubeschäftigten.

Faßt man die einzelnen Entwicklungslinien zusammen, so dürfte sich die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahresdurchschnitt 1991 - begünstigt von der noch kräftigen Expansion in der ersten Jahreshälfte - auf zirka 3 % belaufen. Das westliche Bundesgebiet wird damit auch im internationalen Vergleich wiederum ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum aufweisen. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum Baden-Württembergs dürfte 1991, wie schon im Vorjahr, etwa im Durchschnitt der westlichen Bundesländer liegen. Eine Anknüpfung an die von 1983 bis 1989 anhaltende Tendenz teilweise sogar weit überdurchschnittlicher Wachstumsraten wird derzeit vor allem durch die noch abgekühlte Weltkonjunktur und die damit verbundene Schwäche der Auslandsnachfrage erschwert. Hinzu kommt, daß Baden-Württemberg, auch als Bundesland, das nicht unmittelbar an die neuen Länder grenzt, von der ostdeutschen Nachfrage mit dem bisherigen Schwerpunkt in konsumnahen Güterbereichen wohl allenfalls durchschnittlich profitierte.

In mittelfristiger Perspektive erscheinen jedoch die Chancen für eine Wiederanknüpfung an die Wachstumsdynamik der vergangenen Jahre keineswegs ungünstig. Dies gilt im Hinblick auf den zu erwartenden Investitionsschub in den neuen Bundesländern wie auch auf den enormen Sanierungs- und Modernisierungsbedarf in den ehemaligen Staaten des RGW. So wird der internationale Austausch von hochwertigen Industriegütern durch die schrittweise Integration der ehemaligen Ostblockstaaten in einen liberalisierten europäischen Wirtschaftsraum beträchtliche Impulse erhalten. Die Waren- und Dienstleistungsverflechtung innerhalb der EG wird ohne-

Tabelle 3

Vergleich wirtschaftlicher Vorhersagen für das Bundesgebiet 1990 und 1991

Merkmal	Einheit	1990		1991		
		Prognosen des Sachver- ständigen- rats ¹⁾	Ist ²⁾	Prognosen		
				Sachver- ständigen- rat ¹⁾	Jahres- wirtschafts- bericht ³⁾	Frühjahres- gutachten ⁴⁾
Erwerbstätige	Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 1,5	+ 2,8	+ 2,0	+ ca. 2,0	+ 2,5
Arbeitslose	Mill.	1,95	1,88	1,9	—	1,68
Entstehung des Sozialprodukts (real) Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 3,0	+ 4,7	+ 3,5	+ 3,0 bis + 3,5	+ 3,0
Verwendung des Sozialprodukts (real)						
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	"	+ 3,0	+ 4,5	+ 3,0	+ 2,5 bis + 3,0	+ 2,5
Privater Verbrauch	"	+ 3,5	+ 4,3	+ 3,0	+ 1,5 bis + 2,5	+ 2,5
Staatsverbrauch	"	+ 1,5	+ 2,9	— 0,5	+ 0,5 bis + 1,5	+ 1,5
Anlageinvestitionen	"	+ 5,0	+ 8,8	+ 5,0	+ 5,0 bis + 6,0	+ 5,5
Ausrüstungen	"	+ 7,0	+ 12,9	+ 6,5	+ 8,0 bis + 9,0	+ 8,0
Bauten	"	+ 3,5	+ 5,2	+ 3,5	+ 3,0 bis + 3,5	+ 3,0
Ausfuhr	"	+ 6,0	+ 9,7	+ 7,5	+ 6,5 bis + 7,5	+ 9,0
Einfuhr	"	+ 7,0	+ 11,8	+ 8,5	+ 6,5 bis + 7,5	+ 10,5
Preisentwicklung						
Privater Verbrauch	"	+ 3,0	+ 2,5	+ 3,5	+ ca. 3,5	+ 3,5
Bruttosozialprodukt	"	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,5 bis + 4,0	+ 4,5
Verteilung des Volkseinkommens (nominal)						
Volkseinkommen	"	+ 6,5	+ 7,8	+ 6,5	+ 5,5 bis + 6,0	+ 6,5
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	"	+ 6,5	+ 7,5	+ 7,0	+ 6,5 bis + 7,5	+ 7,5
Bruttoeinkommen aus Unternehme- rätigkeit und Vermögen	"	+ 7,0	+ 8,7	+ 5,0	+ 3,0 bis + 4,0	+ 3,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	"	+ 7,5	+ 8,0	+ 5,5	+ ca. 5,0	+ 5,5

1) Zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: 1990: (November 1989); 1991: (November 1990). — 2) Vorläufiges Ergebnis. — 3) Jahreswirtschaftsbericht 1991 der Bundesregierung. — 4) Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1991 (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.).

hin im Zuge des bevorstehenden Binnenmarktes und der mittelfristig angestrebten Wirtschafts- und Währungsunion weiter zunehmen. Angesichts dieser Herausforderungen dürfte sich Baden-Württemberg mit seiner schon seit langem im internationalen Wettbewerb erprobten Wirtschafts- und Industrie-

struktur in einer relativ guten Ausgangsposition befinden. Die hohe technologische Kompetenz scheint hierfür ebenso ein Garant zu sein wie die fundierten Erfahrungen im internationalen Absatz und Vertrieb — nicht zuletzt auch auf den Märkten außerhalb Europas.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Mit einer Wachstumsrate von real + 4,7 % erhöhte sich im Jahr 1990 das Bruttoinlandsprodukt in Baden-Württemberg nochmals deutlich stärker als im Vorjahr. Diese Entwicklung führte gleichzeitig zu einem weiteren Ausbau des Arbeitsplatzangebots, was sich seinerseits in einer kräftigen Erhöhung der Beschäftigtenzahl und in einem Abbau der Arbeitslosigkeit niederschlug. Die sich im laufenden Jahr abzeichnende konjunkturelle Verlangsamung kommt dagegen derzeit auf dem Arbeitsmarkt noch nicht zum Tragen. Da die Arbeitsmarktentwicklung eine der allgemeinen Konjunktur grundsätzlich mehr oder weniger stark nachfolgende Entwicklung darstellt, ist damit zu rechnen, daß sich zum Jahresende hin auch auf dem Arbeitsmarkt eine gewisse Abschwächung ergeben wird.

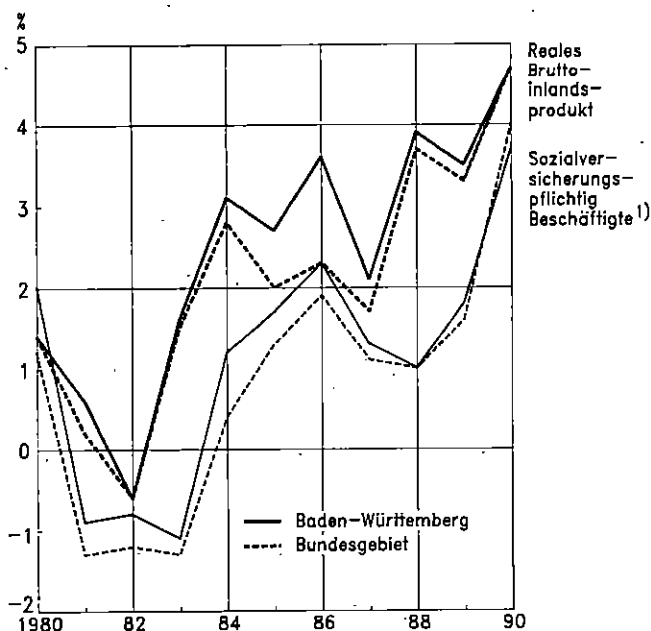
Die bereits seit einigen Jahren anhaltende Zunahme der Beschäftigtenzahlen beschleunigte sich 1990 und führte Ende Dezember 1990 zu einem Arbeitskräftevolumen von rund 3,857 Mill. sozialver-

sicherungspflichtig Beschäftigten in Baden-Württemberg. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitpunkt bedeutet das eine Zunahme um 134 100 Personen oder 3,6 %, woran Frauen mit einer Zuwachsrate von 4,5 % - das entspricht fast 69 000 Personen - überdurchschnittlich beteiligt waren. Der Beschäftigungszuwachs wurde im wesentlichen von den Wirtschaftsbereichen Verarbeitendes Gewerbe und Dienstleistungen getragen. Allein im Verarbeitenden Gewerbe fanden 48 800 Personen (+ 2,8 %) zusätzlich einen Arbeitsplatz; davon waren 16 300 Frauen (+ 3,1 %). Im Bereich der Sonstigen Dienstleistungen wurde mit + 41 400 Beschäftigten sogar eine besonders hohe Zuwachsrate von + 6,1 % erreicht, wobei dies vor allem Frauen zugute kam (26 700 Personen; + 5,9 %). Diese Veränderungen entsprachen prinzipiell der bundesweiten Entwicklung (ohne neue Bundesländer), wenn auch auf dieser Ebene die Beschäftigungszunahme stärker ausgeprägt war als im Land. Insgesamt gesehen lag im Bundesgebiet die Zahl der Beschäftigten Ende Dezember 1990 um 4,2 % höher als im Dezember 1989, was einer Zunahme um rund 915 500 Personen entsprach.

Schaubild 1

Entwicklung wirtschaftlicher Eckdaten in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet seit 1980

-Veränderung jeweils gegenüber Vorjahr in %-



1) Jeweils Dezember.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

191 91

Die im ersten Halbjahr zu verzeichnende gesamtwirtschaftliche Nachfrageentwicklung veranlaßte die Unternehmen, ihre Personalbestände nochmals aufzustocken. Im Verarbeitenden Gewerbe des Landes wurde von Januar bis Juni 1991 die Beschäftigtenzahl um 2,6 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresstand auf 1 544 600 Personen ausgeweitet; in der Bauwirtschaft ergab sich ein Anstieg um 2,5 % auf 175 200 Personen.

Trotz der permanenten Ausdehnung des Erwerbspersonenpotentials vor allem durch Zuwanderungen konnte aufgrund der anhaltenden Beschäftigungsausweitung im Jahr 1990 die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahr spürbar abgebaut werden. Im Jahresdurchschnitt 1990 wurden 81 800 (- 8,3 %) Männer und 90 200 (- 3,2 %) Frauen bei den Arbeitsämtern als arbeitslos registriert. Mit der Gesamtzahl von 172 000 Arbeitslosen waren somit 10 400 Personen oder 5,7 % weniger ohne Anstellung als ein Jahr zuvor (Bund: - 7,6 %). Damit wurde die seit 1982 niedrigste Arbeits-

Tabelle 4

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet am 31.12.1990

Wirtschaftsabteilungen ¹⁾	Baden-Württemberg			Bundesgebiet		
	insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr	
	1000		%	1000		%
Wirtschaftsabteilungen zusammen ²⁾	3 857,4	+ 134,1	+ 3,6	22 822,5	+ 915,5	+ 4,2
davon						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	28,3	- 2,3	- 7,5	197,9	+ 0,6	+ 0,3
Energie, Bergbau	36,3	+ 0,4	+ 1,0	440,3	- 7,5	- 1,7
Verarbeitendes Gewerbe	1 798,1	+ 48,8	+ 2,8	8 695,2	+ 258,8	+ 3,1
Baugewerbe	242,9	+ 7,6	+ 3,3	1 471,7	+ 68,8	+ 4,9
Handel	461,8	+ 21,1	+ 4,8	3 172,9	+ 165,9	+ 5,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	141,7	+ 7,1	+ 5,3	1 136,1	+ 71,0	+ 6,7
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	144,4	+ 4,4	+ 3,1	918,2	+ 29,1	+ 3,3
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	722,5	+ 41,4	+ 6,1	4 807,2	+ 292,6	+ 6,5
Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	68,7	+ 3,6	+ 5,5	519,0	+ 23,7	+ 4,8
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	212,9	+ 2,0	+ 1,0	1 462,8	+ 15,8	+ 1,1

1) Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit. - 2) Einschließlich "Ohne Angaben".

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg; Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

losenzahl erreicht. Der zu Beginn des Jahres 1991 in den westlichen Bundesländern insgesamt günstige Konjunkturverlauf verbesserte nochmals die Situation auf dem baden-württembergischen Arbeitsmarkt. Im Januar 1991 lag hier die Arbeitslosigkeit mit 170 479 registrierten Arbeitslosen um 11,1 % unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Neben der guten Konjunkturlage bewirkte dann das beginnende Frühjahr, daß sich diese Entwicklung in den folgenden Monaten fortsetzte; so ging die Arbeitslosenzahl im März ebenfalls um 11,1 % und im April um 9,8 % gegenüber den entsprechenden Vorjahresmonaten zurück. Im Juni wurden noch 146 381 Arbeitslose registriert; damit war im gesamten ersten Halbjahr 1991 die Arbeitslosigkeit um 10,0 % niedriger als im ersten Halbjahr 1990. Vor allem aufgrund saisonaler Einflüsse stieg dann im Juli 1991 die Arbeitslosenzahl wieder auf 164 997 Personen an; gegenüber dem Vorjahresmonat war das aber immer noch ein Rückgang um 7,7 %.

Die allgemein hohe Einstellungsbereitschaft der Arbeitgeber führte in Baden-Württemberg auch zu einer Verbesserung der Beschäftigungslage bei den Aussiedlern. Ihre Arbeitslosigkeit nahm im Frühjahr 1991 kontinuierlich ab, so daß Ende Juni 19 480 arbeitslose Aussiedler gezählt wurden. Entsprechend der allgemeinen saisonalen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erhöhte sich dann ihre Zahl im Juli auf 21 640 Personen, das waren aber 8 130 Personen weniger (- 27,3 %) als im Vorjahresmonat. Der Anteil der arbeitslosen Aussiedler an der Gesamtzahl der Arbeitslosen lag damit bei 13,1 %. Hier ist allerdings zu berücksichtigen, daß gleichzeitig zusätzlich rund 11 670 Aussiedler an Sprachkursen und 5 330 an beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen teilnahmen.

In Verbindung mit der abnehmenden Arbeitslosenzahl ging im Jahresdurchschnitt 1990 in Baden-Württemberg die Arbeitslosenquote auf 4,1 % zurück (1989: 4,5 %); sie lag damit weiterhin

Tabelle 5

Indikatoren zur Arbeitsmarktentwicklung in Baden-Württemberg 1990 und 1991

Nachweis	Einheit	1990				1991	
		1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahresdurchschnitt		Januar - Juli	
				Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet
Arbeitslose (Voll- und Teilzeitarbeit)	Anzahl	174 550	167 889	172 043	1 883 147	158 275	1 716 532
	Veränderung zum Vorjahr in %	- 5,7	- 6,2	- 5,7	- 7,6	- 9,6	- 12,7
Arbeitslosenquote (Voll- und Teilzeitarbeit)	%	3,9 ¹⁾	4,0 ¹⁾	4,1	7,2	3,9 ²⁾	6,3 ²⁾
Kurzarbeiter	Anzahl	8 885	7 773	8 329	55 808	15 156	132 500
	Veränderung zum Vorjahr in %	- 47,6	+ 46,2	- 25,2	- 48,3	+ 75,7	+ 96,2
Offene Stellen (Voll- und Teilzeitarbeit)	Anzahl	76 059	76 038	75 939	313 604	81 370	340 167
	Veränderung zum Vorjahr in %	+ 42,4	+ 14,2	+ 28,8	+ 24,7	+ 5,7	+ 6,6

1) Stand: jeweils zum Halbjahresende. - 2) Monatsende.

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, Stuttgart; Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

deutlich unter der durchschnittlichen Quote der alten Bundesländer (7,2 %). Im Laufe des ersten Halbjahres 1991 nahm die Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg bei steigendem Erwerbspersonenpotential weiter ab; während sie im Januar 4,0 % betrug, reduzierte sie sich bis Juni sogar auf 3,4 % (Bund: 5,9 %). Im Zusammenhang mit der üblichen saisonalen Entwicklung, die eventuell bereits durch erste Anzeichen einer auch konjunkturellen Abschwächung auf dem Arbeitsmarkt ergänzt sein könnte, erhöhte sich im Juli die Arbeitslosenquote auf 3,9 % (Bund: 6,3 %). Aller Voraussicht nach wird somit Baden-Württemberg wie schon in den vergangenen Jahren auch 1991 das geringste Arbeitslosigkeitsniveau aller Bundesländer aufweisen.

Die Ausgangslage einer insgesamt zwar nachlassenden, aber noch immer beachtlichen Dynamik der wirtschaftlichen Expansion dürfte dazu führen, daß im westlichen Bundesgebiet und speziell auch in Baden-Württemberg die Zahl der Erwerbstätigen weiter steigt, wenn auch die Nachfragezunahme nach Arbeitskräften im Vergleich zum Vorjahr etwas gedämpfter sein wird. Auf der anderen

Seite wächst das Erwerbspersonenpotential aufgrund der großen Zahl von Aus-siedlern, von denen viele erstmals in diesem Jahr Arbeit suchen, sowie aufgrund der Übersiedler und Pendler aus den neuen Bundesländern. Im Rahmen dieser Ost-West-Wanderungen, die infolge der derzeit noch ungünstigen Beschäftigungslage im Osten sowie eines generellen Wohlstandsgefälles weiter bestehen bleiben werden, rechnet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung für das Jahr 1991 mit einer Zuwanderung von rund 180 000 Personen aus den neuen in die alten Bundesländer. Die Zahl der Einpendler dürfte gleichzeitig 275 000 Personen erreichen; von diesem Potential wird Baden-Württemberg voraussichtlich vergleichsweise wenig berührt werden. Bei den Aus-siedlern aus Osteuropa wird ein Zustrom von zirka 300 000 Personen unterstellt. Entsprechend diesen Annahmen erhöht sich das deutsche Erwerbspersonenpotential im westlichen Bundesgebiet im Jahr 1991 um rund 480 000 Personen. Die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen dürfte im gleichen Zeitraum - ebenfalls vor allem aufgrund von Zuwanderungen - etwa in der Größenordnung des Vorjahres (160 000 Personen) ansteigen.

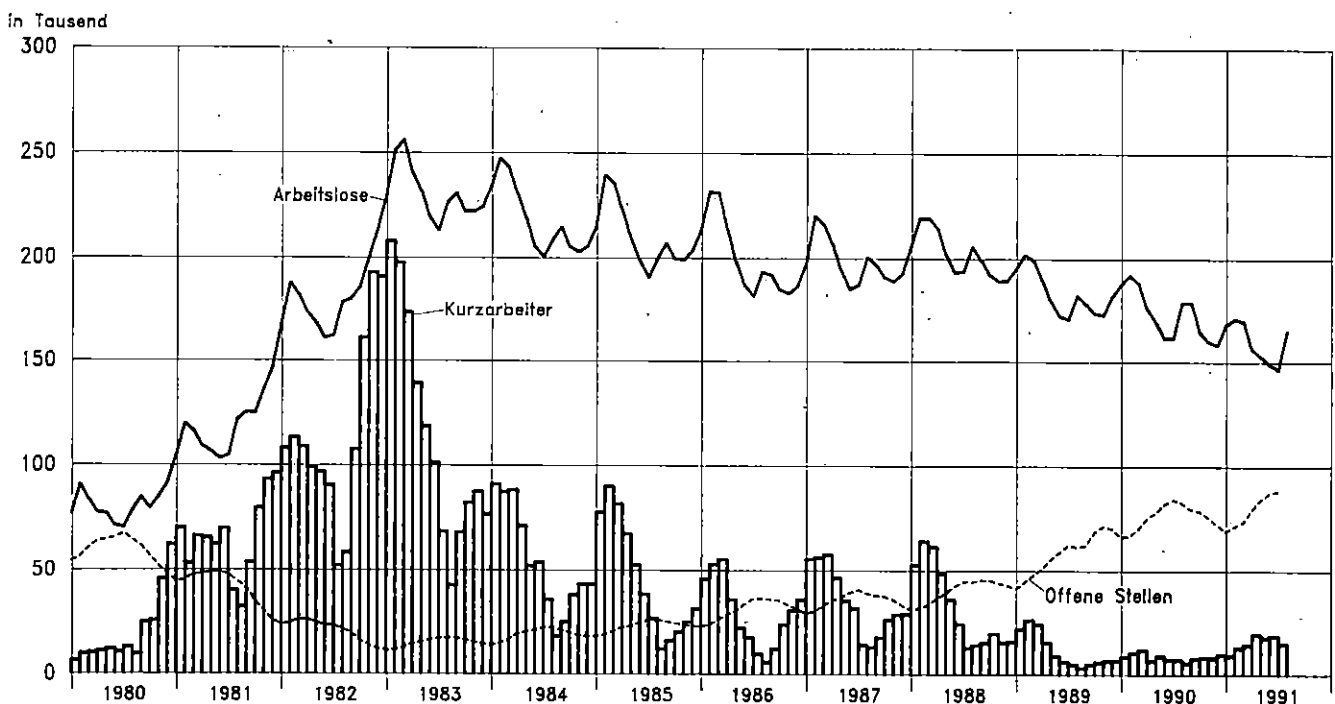
In der Gesamtbilanz des Arbeitsmarktes überwiegen jedoch zunächst noch die entlastenden Einflüsse aufgrund der Beschäftigungszunahme. Im Jahresdurchschnitt 1991 dürfte sich somit die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt weiter verringern, allerdings mit einer Verlangsamung des Rückgangs im Jahresverlauf. Zum Jahresende hin ist dann mit einem gewissen Wiederanstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen, bei dem die saisonalen Einflüsse durch eine konjunkturelle Komponente verstärkt werden könnten.

Im Zuge der kräftigen Ausweitung des Arbeitsplatzangebots erhöhte sich trotz des gegenwärtig anwachsenden Erwerbspersonenpotentials die Zahl der offenen Stellen. Die nicht vollständig zu beseitigenden strukturellen Diskrepanzen zwischen Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage führten im Jahresdurchschnitt 1990 zu einem Anwachsen der Zahl der offenen Stellen in Baden-Württemberg gegenüber dem Vorjahr um 28,8 %

(Bundesgebiet: + 24,7 %). 1990 waren somit durchschnittlich 75 939 offene Stellen registriert, d.h. auf eine offene Stelle kamen rund 2,3 registrierte Arbeitslose (Bund 6,0). Nachdem sich bereits im 4. Quartal 1990 die Zunahme der Zahl der offenen Stellen gegenüber den entsprechenden Vorjahreswerten etwas verlangsamt hat, war auch im laufenden Jahr eine ähnlich abgeschwächte Entwicklung zu verzeichnen. Bis Ende Juli 1991 erhöhte sich die Zahl der offenen Stellen in Baden-Württemberg auf 85 394; gegenüber dem Vorjahresmonat ergab das eine Steigerung um 3,7 %.

Die kontinuierliche Beschäftigungsausweitung in Verbindung mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg machte sich ebenfalls im Bereich der Kurzarbeit bemerkbar. Im Jahresdurchschnitt 1990 nahm die Zahl der Kurzarbeiter gegenüber dem Vorjahr um 25,2 % auf 8 329 Personen ab; das ist der niedrigste Wert seit Mitte der 70er

Schaubild 2
Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg seit 1980



Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, Stuttgart.
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Jahre. Während zu Beginn des Jahres 1991 dieses niedrige Niveau noch gehalten werden konnte, stieg im Frühjahr die Zahl der Kurzarbeiter kräftig an. Im April 1991 mußten wieder 19 209 Beschäftigte kurzarbeiten; Mitte Juli lag die Zahl der Kurzarbeiter dann bei insgesamt 14 616 Personen. Betrachtet man die Situation nach Branchen differenziert, zeigt sich, daß die Kurzarbeit im wesentlichen auf die Bereiche Maschinenbau (5 889 Arbeitnehmer), Straßenfahrzeugbau (3 079 Arbeitnehmer) sowie Elektrotechnik (1 420 Arbeitnehmer) konzentriert war. Im Baugewerbe konnte gleichzeitig eine deutliche Abnahme der Kurzarbeiterzahl auf nur 113 Personen verzeichnet werden.

Wie schon in der Vergangenheit führte die Reduzierung der Arbeitslosigkeit im Laufe des Jahres 1990 auch bei den mit besonderen Problemen behafteten Arbeitnehmern zu einer Verbesserung ihrer Situation, wenn auch die strukturellen Benachteiligungen nicht generell beseitigt werden konnten:

- So lag die Arbeitslosenquote bei den Frauen mit 5,1 % deutlich höher als bei den Männern (3,4 %). Die Zahl der weiblichen Arbeitslosen hat im Jahresdurchschnitt 1990 um 2 978 Personen (- 3,2 %), die der männlichen Arbeitslosen aber um 7 387 Personen (- 8,3 %) abgenommen.
- Die Zahl der ausländischen Arbeitslosen ging gegenüber dem Vorjahr zwar überdurchschnittlich stark auf 26 421 Personen zurück (- 16,6 %), die entsprechende Arbeitslosenquote blieb dennoch mit 6,4 % deutlich über dem Gesamtdurchschnitt. Das bedeutet, rund 15,4 % aller Arbeitslosen waren ausländischer Herkunft.
- Bei den Jugendlichen unter 20 Jahren setzte sich der seit 1983 anhaltende Trend eines Abbaus der Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich stark fort. Gegenüber dem Vorjahr nahm im Jahresdurchschnitt 1990 die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen um 991 (- 13,9 %) auf 6 140 Personen ab, damit erreichte diese Personengruppe eine Arbeitslosenquote von nur 2,9 %.

- Die Zahl der älteren Arbeitslosen (59 Jahre und älter) hat wie bereits im Vorjahr entgegen der allgemeinen Entwicklungstendenz auf dem Arbeitsmarkt nochmals zugenommen. Im Jahresdurchschnitt 1990 erreichte sie ein Niveau von 11 350 Personen; das waren 7,4 % mehr als im Jahresdurchschnitt 1989.

- Eine wichtige Problemgruppe des Arbeitsmarktes sind trotz gewisser Entspannungstendenzen weiterhin die Langzeitarbeitslosen (ein Jahr und länger). Ihre Zahl betrug Ende September 1990 37 024 Personen,⁴ das entspricht ungefähr einem Anteil von 22,5 % an den Arbeitslosen insgesamt. Gegenüber September 1989 errechnete sich so eine Abnahme um 5 869 Langzeitarbeitslose (- 13,7 %), wobei allerdings die Zahl derer, die länger als zwei Jahre arbeitslos sind, im selben Zeitraum nur um 10,7 % zurückging.

- Stärker als die Arbeitslosigkeit insgesamt hat sich auch die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten (- 7,6 %) verringert; sie erreichte im Jahresdurchschnitt 1990 ein Niveau von 9 636 Personen.

Die allgemein günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat auch noch im ersten Halbjahr 1991 zusätzliche Verbesserungen für die oben genannten Gruppen gebracht. Während auf niedrigerem Niveau Frauen, Ausländer, ältere Arbeitnehmer und Schwerbehinderte ihre grundlegende strukturelle Benachteiligung allerdings weiterhin zu tragen haben, ist demgegenüber bei der Gruppe der Jugendlichen derzeit kein strukturelles Defizit mehr zu verzeichnen. Es bleibt aber abzuwarten, wie sich in der zweiten Jahreshälfte die mögliche konjunkturelle Verlangsamung auf die Situation der einzelnen Problemgruppen des Arbeitsmarktes niederschlagen wird.

4 Die Ergebnisse für September 1991 erscheinen voraussichtlich im Mai 1992.

Verstärkt Bewerberengpässe auf dem Ausbildungsstellenmarkt

Entsprechend der seitherigen Tendenz zur Ausweitung der Beschäftigung in Baden-Württemberg hat sich auch das Angebot an Ausbildungsplätzen gegenüber den Vorjahren nochmals stark erhöht. Für das noch laufende Beratungsjahr 1990/91, das sich bis Ende September 1991 erstreckt, haben die Betriebe und Verwaltungen in Baden-Württemberg bis Ende Juli den Berufsberatungsstellen der Arbeitsämter über 133 800 Ausbildungsstellen gemeldet und um Vermittlung von geeigneten Bewerbern gebeten. Das waren rund 20 600 Ausbildungsstellen mehr (+ 18,2 %) als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Besonders deutlich stieg die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen bei den Bau- und Baunebenberufen (+ 27,3 %) sowie bei den übrigen Fertigungsberufen (+ 25,0 %) und auch im Bereich der Verkehrsberufe (+ 26,5 %) an. Eine ebenfalls über dem Durchschnitt liegende Zunahme von Ausbildungsstellen war bei den Ernährungsberufen (+ 22,0 %) sowie den Berufen der Körperpflege und bei den Gästebetreuern (+ 19,0 %) zu verzeichnen.

Diesen Ausbildungsplätzen standen aufgrund der nach wie vor rückläufigen Schulabgängerzahlen in der gleichen Zeit rund 61 500 Bewerber gegenüber, das waren 4 000 (- 6,1 %) weniger als im Vorjahr. Mit 31 100 Bewerberinnen (- 8,9 %) war der Rückgang bei den Frauen deutlich stärker als bei den Männern (- 3,1 %; 30 400 Personen). Der gesamte Rückgang erstreckte sich fast auf alle Ausbildungsbereiche. Nur im sehr kleinen Bereich der Verkehrsberufe (+ 5,7 %) sowie bei den technischen Berufen (+ 1,0 %) stiegen die Bewerberzahlen. Weit stärker als im Durchschnitt ging die Zahl der Bewerber in den Bereichen Ernährungsberufe (- 19,5 %) sowie Textil-, Bekleidungs- und Lederberufe (- 11,6 %) zurück; auch bei den Berufen der Körperpflege und bei den Gästebetreuern (- 11,4 %) sowie den Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen (- 9,2 %) war ein überdurchschnittlich großer Rückgang zu verzeichnen. Trotz dieser im Vergleich zum Vorjahr nochmals geringeren Bewerberzahlen und dem gleichzeitig

vermehrten Angebot an Ausbildungsplätzen waren Ende Juli 1991 von den gemeldeten Jugendlichen, die eine Ausbildungsstelle suchten, 9 900 noch nicht vermittelt. Gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt war das freilich eine deutliche Reduzierung der Zahl der noch nicht vermittelten Bewerber um 9,5 %.

Die stark gestiegene Nachfrage nach Berufsnachwuchs seitens der Arbeitgeber in Verbindung mit den gegenwärtig noch rückläufigen Bewerberzahlen für Ausbildungsstellen führte bis Ende Juli 1991 zu rund 50 700 unbesetzten Berufsausbildungsstellen (+ 6,2 %). In vielen Bereichen sind also Engpässe bei der Besetzung von Ausbildungsstellen mit geeigneten Bewerbern nicht zu vermeiden. Besonders groß war die Zahl der unbesetzten Stellen bei den Bau- und Baunebenberufen (10 400), den Metallberufen (9 700) sowie bei den Waren- und Dienstleistungskaufleuten (9 200). Nur im relativ kleinen Bereich der technischen Berufe übertraf die Zahl der noch nicht vermittelten Bewerber (560) die Zahl der noch unbesetzten Ausbildungsstellen (330). Die zum Teil auf strukturellen Diskrepanzen beruhenden Engpässe für die Arbeitgeber auf dem Ausbildungsstellenmarkt konnten bisher also auch nicht durch ein Ausschöpfen des Potentials bei den jungen Aussiedlern und den Zuwanderern aus den neuen Bundesländern vollständig abgebaut, eventuell aber doch etwas gemildert werden.

Weiterhin Bevölkerungswachstum durch Zuwanderung

Der bereits seit 1984 zu beobachtende leichte Wiederanstieg der Zahl der Geburten hat sich auch im vergangenen Jahr fortgesetzt. Im Verlauf des Jahres 1990 nahm die Zahl der Lebendgeborenen in Baden-Württemberg im Vergleich zur Vorjahresentwicklung sogar etwas deutlicher zu. Bis zum Ende des Jahres wurden 118 579 Lebendgeborene in Baden-Württemberg gezählt, das waren 6,3 % mehr als 1989. Diese Zunahme wurde sowohl von der ausländischen als auch von der deutschen Bevölkerung getragen; die Zahl der deutschen Le-

bendgeborenen stieg um 5,9 % und die der ausländischen Lebendgeborenen um 8,3 % an.

Diese Entwicklung ist nicht allein vor dem Hintergrund zu sehen, daß sich immer noch starke einheimische Geburtsjahrgänge in dem Alter befinden, in dem die Frauen die Mehrzahl ihrer Kinder bekommen, sondern sie ergibt sich nicht zuletzt aufgrund der in den vergangenen Monaten in großer Zahl nach Baden-Württemberg zugeströmten Aus- und Übersiedlern, von denen ebenfalls viele im entsprechenden Alter sind.

Im ersten Quartal 1991 wurden 27 242 Kinder geboren, das sind 0,6 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Da diese Zunahme deutlich hinter der entsprechenden Vorjahresentwicklung (+ 4,5 %) zurückbleibt, ist nicht ausgeschlossen, daß im laufenden Jahr mit einer geringeren Steigerungsrate der Geburtenzahl gerechnet werden muß als 1990.

Die Zahl der Sterbefälle hat sich im letzten Jahr mit 97 570 nicht so stark erhöht (+ 3,5 %) wie die Zahl der Geburten (+ 6,3 %); der Geburtenüberschuß lag mit 21 009 Personen somit deutlich über dem entsprechenden Vor-

jahreswert (+ 18 209). Beim deutschen Bevölkerungsteil belief sich der Geburtenüberschuß bis Ende Dezember 1990 auf 6 560 Personen und lag damit fast 70 % über dem Vorjahreswert (+ 3 869 Personen). Beim ausländischen Bevölkerungsteil ergab sich mit 14 449 Personen ein Geburtenüberschuß von + 7,3 %, der sich gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert (+ 13 469 Personen) ebenfalls erhöht hatte. Da inzwischen immer stärker besetzte Jahrgänge in ein hohes Alter aufrücken, das besonders der Sterblichkeit unterliegt, muß in den nächsten Jahren mit einem weiteren Anwachsen der Zahl der Gestorbenen gerechnet werden. Anfang des Jahres blieb allerdings die Zahl der Gestorbenen hinter dieser längerfristig zu erwartenden Entwicklung zurück. Dadurch erhöhte sich der Geburtenüberschuß im ersten Vierteljahr 1991 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert (921 Lebengeborene) auf 2 960 Personen.

Die für Januar bis September 1990 vorliegenden Daten zur Wanderungsstatistik deuten darauf hin, daß im Jahr 1990 der Wanderungsgewinn Baden-Württembergs abermals deutlich über dem von 1989 liegt. Für den Beobachtungszeitraum errechnete sich ein Wanderungsge-

Tabelle 6

Bevölkerungsbewegung in Baden-Württemberg 1989 und 1990

Merkmal	1989			1990		
	Personen insgesamt	davon		Personen insgesamt	davon	
		Deutsche	Ausländer		Deutsche	Ausländer
Anzahl						
Lebendgeborene	111 600	96 612	14 988	118 579	102 349	16 230
Sterbefälle	94 262	92 743	1 519	97 570	95 789	1 781
Geburtenüberschuß bzw. -verlust	+ 17 338	+ 3 869	+ 13 469	+ 21 009	+ 6 560	+ 14 449
Zuzüge	358 784	222 044	136 740
Fortzüge	190 136	98 386	91 750
Wanderungssaldo	+ 168 649	+ 123 659	+ 44 990
Ein- bzw. Ausbürgerung		+ 2 817	- 2 817
Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme	+ 185 987	+ 130 345	+ 55 642
Bevölkerungsstand am Jahresende	9 618 696	8 637 928	980 768

Anmerkung: ... = Zahlen lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

winn von 153 521 Personen, der fast 57 % über dem entsprechenden Saldo von 1989 lag. Diese Entwicklung ist erneut vor allem auf die mit 181 266 Personen hohe Zuwanderung der deutschen Bevölkerung zurückzuführen. Dies bedeutet gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum eine Zunahme um 37 %. Bei den Ausländern lag diese Zuwachsrate bei rund 19 %. Der Wanderungsgewinn der deutschen Bevölkerung, der bereits 1989 viel höher war als derjenige der ausländischen Bevölkerung, wuchs im Laufe des Jahres 1990 weiter an und erreichte September per Saldo die Zahl von + 107 489 Personen. Aufgrund dieser Entwicklungstendenzen bei den Zuwanderungen und bei der natürlichen Bevölkerungsbewegung ist in Baden-Württemberg für das Jahr 1990 mit einem Bevölkerungswachstum etwa in der gleichen Größenordnung wie 1989 zu rechnen. Danach ist davon auszugehen, daß Ende Dezember 1990 ein Bevölkerungsstand von rund 9,85 Mill. Einwohnern in Baden-Württemberg zu verzeichnen ist.

Nachdem im Laufe des Jahres 1989 insgesamt 113 400 Aus- und Übersiedler in Baden-Württemberg aufgenommen wurden, waren es im Jahr 1990 mit 112 400 Personen fast genauso viele. Entsprechend stellen sie einen hohen Anteil am Wanderungsgewinn der deutschen Bevölkerung. Zwar reduzierte sich in Verbindung mit der veränderten deutschlandpolitischen Situation in der ersten Hälfte des Jahres 1990 die Zahl der in Baden-Württemberg aufgenommenen Übersiedler aus der ehemaligen DDR drastisch und wird seit Juli 1990 als eigener statistischer Tatbestand überhaupt nicht mehr erfaßt, aber der zu dieser Zeit sehr große Zustrom der Aussiedler kompensierte diese Entwicklung. In der zweiten Hälfte des Jahres 1990 nahmen dann aufgrund des am 1. Juli 1990 in Kraft getretenen Aussiedler-Aufnahmegesetzes die Zuwanderungen der Aussiedler nach Baden-Württemberg ebenfalls deutlich ab. Im Laufe des Jahres 1990 wurden insgesamt 92 700 Aussiedler in Baden-Württemberg aufgenommen; der größte Teil mit rund 36 000 Personen kam dabei aus dem sowjetischen Bereich.

Zu Beginn des Jahres 1991 war ein weiterer Rückgang der Zuwanderungszah-

len zu verzeichnen; im Januar wurden 4 900, im Februar 3 800 sowie im März sogar nur 1 600 Aussiedler in Baden-Württemberg aufgenommen. Auch wenn Mitte des laufenden Jahres dieser Zustrom wieder etwas zugenommen hat, lag die Zahl der im ersten Halbjahr 1991 zugewanderten Aussiedler mit 18 500 Personen um über 60 % unter dem entsprechenden Vorjahreswert (50 300 Personen). Während sich also die Entwicklung bei der Zuwanderung von Aussiedlern auf ein vergleichsweise niedriges Niveau eingependelt hat, nimmt demgegenüber die Zahl der Asylbewerber in Baden-Württemberg weiter zu. Nach Angaben des Innenministeriums kamen im ersten Halbjahr 1991 über 14 000 Asylbewerber in den Südwesten, 3 700 mehr (+ 36 %) als im ersten Halbjahr des Vorjahres.

Zunehmende Schüler- und Studentenzahlen

Nachdem sich bereits im Schuljahr 1989/90 eine Trendumkehr in der Entwicklung der Schülerzahlen an den öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen ergeben hatte, nahm im Schuljahr 1990/91 die Gesamtschülerzahl weiter um 26 800 (+ 2,6 %) auf 1 059 700 Schüler und Schülerinnen zu. Ursächlich für diese Entwicklung dürfte wie im Vorjahr in erster Linie der hohe Zugang von Aussiedlerkindern, insbesondere an den Grund- und Hauptschulen sein. Mit fast 17 000 Schülern mehr als im Schuljahr zuvor (+ 4,4 %) verzeichneten die Grundschulen den höchsten Zuwachs von allen Schularten. Hier machte sich vor allem die Entwicklung der Schülerzahlen in der Klassenstufe 4 bemerkbar; mit rund 99 800 Schülern werden in den 4. Grundschulklassen rund 7 600 Schüler mehr unterrichtet (+ 8,2 %) als vor einem Jahr. Die Zahl der Erstklässler stieg um 1 300 (+ 1,3 %) und erreichte ein Niveau von 101 800 Schülern.

In Abweichung zur Entwicklung 1989/90 ergaben sich auch im gesamten Bereich der weiterführenden Schulen steigende Schülerzahlen. Im einzelnen wurde für die Hauptschulen im Schuljahr 1990/91 eine Zunahme um rund 5 000 (+ 2,9 %) auf 179 900 und für die Realschulen um rund 2 600 (+ 1,6 %) auf 172 900 Schü-

ler ermittelt; die Zahl der Gymnasiasten stieg gegenüber dem Vorjahr um 800 (+ 0,4 %) auf 230 900 Schüler und Schülerinnen. Die größere Zahl von Viertklässlern im Schuljahr 1989/90 (92 100 gegenüber 86 000 im Schuljahr 1988/89) führte unter anderem dazu, daß im Schuljahr 1990/91 rund 3 100 Grundschüler mehr auf die Gymnasien wechselten als ein Jahr zuvor. Unter Berücksichtigung der erhöhten Bezugszahl errechnet sich gleichzeitig eine Steigerung der entsprechenden Übergangsquote von 30,8 % auf 32,1 %. In diesem Zusammenhang ist ebenfalls die Zunahme der Zahl der Fünftklässler an den Gymnasien gegenüber dem Vorjahr auf 30 200 Schüler und Schülerinnen (+ 11,0 %) zu sehen.

Die Zahl der Abiturienten aus allgemeinbildenden Schulen hat demgegenüber im gleichen Zeitraum auf 25 000 Schüler nochmals abgenommen. Die Übergangsquote von den Grund- auf die Realschulen blieb annähernd gleich (27,9 % gegenüber 28,0 % im Vorjahr). Die Zahl der Viertklässler, die auf die Hauptschulen überwechselten, nahm mit rund 1 700 nur unterproportional zu, woraus sich eine Verringerung der Übergangsquote von 37,0 % auf 36,5 % errechnet.

Ausgehend von den für das Schuljahr 1990/91 festgestellten Schülerzahlen ergeben sich folgende, gegenüber dem Vorjahr leicht erhöhte durchschnittliche Klassenstärken (Schüler je Klasse): an Grund- und Hauptschulen 21,3 (Vorjahr 20,9), an Realschulen 24,1 (Vorjahr 23,8) sowie an Gymnasien 24,0 (Vorjahr 23,7). An den Sonderschulen blieb die durchschnittliche Klassenstärke mit 8,8 Schülern fast unverändert (Vorjahr 8,7).

Während an den allgemeinbildenden Schulen die Schülerzahlen weiter ansteigen, verzeichnet das berufliche Schulwesen in Baden-Württemberg die geringste Schülerzahl seit 1977. In nahezu allen Schularten wirkt sich dort der Geburtenrückgang der 70er Jahre immer noch in einer Abnahme der Schülerzahlen aus. Im Schuljahr 1990/91 wurden im Gesamtbereich der beruflichen Schulen 382 900 Schüler und Schülerinnen unterrichtet; das waren 12 800

(- 3,2 %) weniger als im Vorjahr. Betrachtet man die Entwicklung der Schülerzahlen nach einzelnen Schularten differenziert, zeigt sich ein besonders deutlicher Rückgang im großen Bereich der Berufs- und Sonderberufsschulen; dort ging die Schülerzahl gegenüber dem Vorjahr um 4,9 % zurück. An den beruflichen Gymnasien sowie an den Berufskollegs blieben die Schülerzahlen mit 30 600 (- 0,2 %) bzw. 28 200 (- 0,6 %) nahezu konstant.

Nach den Ergebnissen der neuesten vom Statistischen Landesamt veröffentlichten Vorausrechnung der Schülerzahlen⁵ in Baden-Württemberg auf der Basis des Schuljahres 1989/90 ist bis zum Schuljahr 2003/04 mit einem weiteren Anstieg der Schülerzahlen an den allgemeinbildenden Schulen zu rechnen. Für den gesamten Bereich der beruflichen Schulen ist demgegenüber ein Rückgang der Schülerzahlen bis Mitte der 90er Jahre um insgesamt ungefähr 10 % zu verzeichnen. Anschließend kann nach diesen Berechnungen, die im Bereich des beruflichen Schulwesens allerdings mit noch größeren Risiken behaftet sind als im allgemeinbildenden Schulbereich, wieder von einem deutlichen Anstieg der Zahl der Berufsschüler ausgegangen werden; ihren Höhepunkt wird diese Entwicklung dann wohl erst um das Jahr 2010 haben.

An den Hochschulen in Baden-Württemberg hat sich die Zahl der Studienanfänger im Wintersemester 1990/91 gegenüber dem Vorjahr erneut starkt erhöht. Mit 32 600 Studienanfängern wurde der Wert des Vorjahres um 10,1 % übertroffen; das ist die höchste Zuwachsrate bei den Erstsemestern in den letzten 10 Jahren überhaupt. Die Zahl der männli-

5 Vgl. zu den Ergebnissen und methodischen Voraussetzungen dieser Vorausschätzung der Schülerzahlen: Manfred Wörner, Annahmen der revidierten Vorausschätzung von Schülerzahlen bis 2010, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl 11/1990, S. 544 - 548.

chen Studienanfänger stieg dabei mit + 10,0 % nahezu gleich stark an wie die der weiblichen Studienanfänger (+ 10,3 %); etwas über dem Durchschnitt lag die Zunahme der Zahl der erstimmatrikulierten Ausländer (+ 12,8 %). Differenziert man die Entwicklung nach Hochschulart, zeigt sich naturgemäß, daß der hohe absolute Zuwachs der Studienanfängerzahlen in erster Linie auf der Entwicklung an den Universitäten beruht, an denen mehr als zwei Drittel aller Studenten immatrikuliert sind. Mit fast 21 000 Erstsemestern haben hier im Wintersemester 1990/91 rund 9 % mehr Studenten als im Vorjahr ein Studium aufgenommen. Relativ betrachtet wurde die höchste Zuwachsrate der Studienanfängerzahlen - wie bereits in den Vorjahren - bei den Pädagogischen Hochschulen erreicht; mit 2 700 Erstsemestern liegt hier eine Steigerungsrate von 52 % vor. Seit dem Tiefststand vom Wintersemester 1986/87 hat sich die Zahl dieser Studienanfänger somit beinahe verfünffacht. Die Gesamtzahl der Lehramtsstudenten hat zwar noch keineswegs das Maximum aus der Mitte der 70er Jahre erreicht, sie nähert sich aber dem Niveau wie zu Beginn der 80er Jahre. Die Anzahl der Studienanfänger an den Kunsthochschulen mit rund 400, an den Fachhochschulen mit 6 200 und an den Verwaltungsfachhochschulen mit 2 200 Studenten hat sich demgegenüber im Vergleich zum Vorjahr nur relativ geringfügig erhöht.

In Verbindung mit den erhöhten Studienanfängerzahlen stieg wiederum die Gesamtzahl der Studierenden in Baden-Württemberg gegenüber dem Wintersemester 1989/90 an (+ 3,7 %) und erreichte zum Jahreswechsel 1990/91 mit 215 200 Studenten und Studentinnen eine neue Rekordhöhe. Unter den Studierenden befanden sich 79 200 Frauen, was einem Anteil von 36,8 % entspricht. Die Zahl der ausländischen Studenten nahm gleichzeitig überdurchschnittlich zu (+ 9,3 %) und erreichte mit 14 800 Studierenden einen Anteil von 6,9 %. Wie aufgrund der Entwicklung bei den Studienanfängerzahlen nicht anders zu erwarten, war der Anstieg der Studentenzahlen im Bereich der Pädagogischen Hochschulen am stärksten ausgeprägt; hier studierten im Wintersemester

1990/91 11 900 Studenten und Studentinnen, das wären rund 30 % mehr als im Vorjahr. An den Universitäten des Landes nahm die Zahl der Studierenden im gleichen Zeitraum um 2,2 % zu, während es an den Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) 3,7 % waren.

Für die hier beschriebene erneute Zunahme der Studierenden an den Hochschulen in Baden-Württemberg lassen sich die politischen Ereignisse der letzten Jahre in Deutschland als Erklärung allerdings kaum heranziehen. Die Zahl der Studienanfänger an baden-württembergischen Hochschulen, die in einem der neuen Bundesländer ihre Hochschulzugangsberechtigung erhalten haben, ist gegenüber dem Vorjahr zwar gestiegen, aber immer noch sehr gering. Nach einer Sonderauswertung des Statistischen Landesamtes hatten im Sommersemester 1991 weit weniger als 1 % aller Studienanfänger in Baden-Württemberg ihre Hochschulreife in der ehemaligen DDR erworben.

Eine der Hauptursachen für den neuen Studentenrekord ist vielmehr in der gestiegenen Studierneigung auch von Abiturienten früherer Jahrgänge zu suchen. Dies läßt sich teilweise mit entschärften Zulassungsvoraussetzungen, vor allem in den Fächern Betriebswirtschaftslehre und Rechtswissenschaft, sowie Kapazitätserweiterungen in einigen ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen erklären. Möglicherweise hat auch die vorzeitige Entlassung von Studienberechtigten aus dem Wehr- und Zivildienst durch die Verkürzung der Dienstzeiten einen nachhaltigen Einfluß auf die Studienanfängerzahlen ausgeübt. Im Bereich der Pädagogischen Hochschulen, die zu etwa drei Vierteln von Frauen besucht werden, dürfte die jüngste Entwicklung vor allem auf die verbesserten Perspektiven für den Lehrerberuf zurückzuführen sein. Da zum einen die Altersabgänge von Lehrern aus dem Schuldienst ab der Mitte der neunziger Jahre stark zunehmen, zum anderen die Schülerzahlen aufgrund des Geburtenanstiegs in den letzten Jahren und wegen des Zustroms von Aus- und Übersiedlern wieder steigen, verbreitern sich die Einstellungsmöglichkeiten im Schuldienst.

Verarbeitendes Gewerbe im 1. Halbjahr:
Stärkere Differenzierung in der Branchenkonjunktur bei insgesamt noch immer beachtlichen Steigerungsraten

Wie bereits zuvor beschrieben, wurde das Wirtschaftsgeschehen im Laufe des Jahres 1990 mehr und mehr von den Antriebskräften der Binnenkonjunktur bei gleichzeitig nachlassender Auslandsnachfrage bestimmt. Deutlich zeigte sich dies in der Entwicklung der Auftragsgänge im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe, das mit einem Beschäftigtenanteil von rund zwei Dritteln und einem Umsatzanteil von über 60 % den Hauptbereich des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg bildet: Die inländischen Bestellungen expandierten zwar um 4,3 %, die Auslandsaufträge lagen jedoch um 3,7 % unter dem Niveau von 1989 (insgesamt: + 1,0 %). Mit einer Exportquote (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz) von fast 39 % ist dieser Industriebereich wesentlich stärker als das Verbrauchsgütergewerbe (gut 20 %) und das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (25 %) mit der Auslandskonjunktur verflochten.

Das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe erzielte hingegen 1990 sowohl bei den Inlands- (+ 5,1 %) als auch bei den Auslandsaufträgen (+ 4,3 %) beachtliche Steigerungen (insgesamt: + 4,8 %). Im Verbrauchsgütergewerbe haben sich die Nachfrageimpulse der deutsch-deutschen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion wohl am stärksten niedergeschlagen. So belief sich die inländische Bestellzunahme im Jahresergebnis auf 6,2 % (2. Halbjahr: + 9,9 %), während die ausländischen Auftragseingänge nur noch leicht (+ 0,6 %; 2. Halbjahr: - 3,0 %) gestiegen sind (Bestellungen 1990 insgesamt: + 4,9 %).

Die Produktion wurde 1990 in weiten Teilen des Verarbeitenden Gewerbes bei zunehmender Ausschöpfung der noch vorhandenen Kapazitätsreserven erheblich gesteigert (insgesamt: + 4,7 %). Hervorzuheben sind der Maschinenbau (+ 8,0 %), das Ernährungsgewerbe (+ 10,1 %), die Eisenschaffende Industrie (+ 9,0 %) und die Herstellung von Kunststoffwaren (+ 8,7 %) mit jeweiligen

Zuwachsraten von 8 % und mehr. Insgesamt lag, gemessen an den Veränderungsraten, das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+ 5,1 %) vor dem Investitionsgüter- (+ 4,7 %) und dem Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe (+ 3,8 %), wo jedoch das Produktionswachstum im 2. Halbjahr anzog, während es in den beiden anderen Industriebereichen nachließ.

In den Betrieben (von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten) des Verarbeitenden Gewerbes waren 1990 im Monatsdurchschnitt 1,521 Mill. Arbeiter und Angestellte beschäftigt (+ 2,7 %). Die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden erhöhte sich um 1,5 %. Aus der Gegenüberstellung der Veränderungsraten von Arbeitsvolumen und Produktion wird damit für 1990 ein erheblicher Produktivitätsanstieg ersichtlich.

Im Zuge der beträchtlichen Produktionszunahme und - in geringerem Umfang - auch aufgrund der höheren Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte (+ 1,7 %) sind die Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe 1990 um 7,1 % gestiegen. Im Gegensatz zu 1989 stand hierbei das kräftige Wachstum der Inlands Erlöse (+ 9,3 %) im Vordergrund; die Auslandsumsätze konnten demgegenüber lediglich um 2,4 % erhöht werden. Entsprechend ist der Anteil der im Ausland getätigten Umsätze am Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes von 32,8 % auf 31,4 % im Jahr 1990 zurückgegangen.

Im Zeitraum von Januar bis Juni 1991 blieb die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs insgesamt aufwärtsgerichtet, wobei sich jedoch eine stärkere Differenzierung der Branchenentwicklungen herauskristallisierte. Neben positiven Verläufen waren somit in einzelnen Branchen auch Schwächezeichen zu konstatieren. Letzteres gilt - innerhalb des Investitionsgütergewerbes - insbesondere für den Maschinenbau (reale Auftragseingänge: - 8,4 %; Inland: - 1,9 %; Ausland: - 16,2 %) und in geringerem Maße auch für die Feinmechanik/Optik (insgesamt: - 4,1 %; Inland: + 2,9 %; Ausland: - 13,3 %), die jeweils weit überdurchschnittliche Einbußen im Bereich der Auslandsbestellungen zu verzeichnen hätten. Nicht zu übersehen ist auch der Rückgang

Tabelle 7

In- und ausländische Nachfrageentwicklung in Baden-Württemberg 1990 und im 1. Halbjahr 1991

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	Auftragseingang (1985 = 100) Volumenindex		Umsatz		
	Veränderung		1990 insgesamt	Veränderung	
	1990 gegen 1989	1. Hj. 1991 gegen 1. Hj. 1990		1990 gegen 1989	1. Hj. 1991 gegen 1. Hj. 1990
	%		Mill. DM	%	
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	+ 2,2	+ 3,6	330 799,2	+ 7,1	+ 6,4
Inland	+ 4,8	+ 9,1	226 958,2	+ 9,3	+ 12,1
Ausland	- 2,2	- 5,8	103 841,0	+ 2,4	- 5,5
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	+ 4,8	+ 2,1	54 924,3	+ 6,1	+ 3,2
Inland	+ 5,1	+ 5,1	41 430,7	+ 7,1	+ 5,4
Ausland	+ 4,3	- 4,1	13 493,6	+ 3,1	- 3,2
Chemische Industrie	+ 5,5	+ 3,3	21 976,8	+ 4,5	+ 4,2
Inland	+ 5,3	+ 7,3	14 202,0	+ 4,9	+ 6,3
Ausland	+ 5,7	- 2,8	7 774,9	+ 3,7	+ 0,7
Investitionsgüterproduzierendes Gewerbe	+ 1,0	+ 3,8	202 484,5	+ 7,3	+ 6,5
Inland	+ 4,3	+ 10,9	124 499,6	+ 10,7	+ 14,9
Ausland	- 3,7	- 6,2	77 985,0	+ 2,2	- 6,3
Maschinenbau	- 0,6	- 8,4	58 925,8	+ 11,5	+ 7,3
Inland	+ 5,2	- 1,9	33 193,9	+ 16,8	+ 18,7
Ausland	- 7,3	- 16,2	25 731,9	+ 5,3	- 6,7
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	0,0	+ 26,4	51 629,3	+ 3,2	+ 8,1
Inland	+ 7,9	+ 64,5	29 028,1	+ 8,8	+ 25,3
Ausland	- 6,7	- 5,0	22 601,2	- 3,1	- 12,5
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	+ 5,0	+ 1,8	51 858,9	+ 6,2	+ 2,2
Inland	+ 7,2	+ 3,9	35 697,8	+ 8,3	+ 5,9
Ausland	+ 0,4	- 2,6	16 161,1	+ 1,8	- 5,3
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren ¹⁾	+ 3,3	- 4,1	9 426,8	+ 3,3	+ 4,8
Inland	+ 7,9	+ 2,9	5 609,2	+ 7,5	+ 10,3
Ausland	- 2,6	- 13,3	3 817,6	- 2,2	- 2,9
Verbrauchsgüterproduzierendes Gewerbe	+ 4,9	+ 3,9	51 531,7	+ 7,7	+ 9,3
Inland	+ 6,2	+ 6,6	40 996,5	+ 8,3	+ 12,9
Ausland	+ 0,6	- 5,4	10 535,3	+ 5,2	- 3,5
Textilgewerbe	- 1,7	+ 4,0	11 317,9	+ 4,7	+ 2,7
Inland	- 0,3	+ 5,9	8 397,1	+ 4,9	+ 6,1
Ausland	- 5,1	- 0,6	2 920,8	+ 3,9	- 6,5
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	-	-	21 858,7	+ 6,1	+ 6,5
Inland	-	-	20 031,5	+ 7,6	+ 7,6
Ausland	-	-	1 827,2	- 7,5	- 4,3
Nachrichtlich Bundesgebiet:					
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	+ 4,4	+ 3,3	1 794 018,4	+ 7,1	+ 9,4
Inland	+ 7,9	+ 9,8	1 263 974,0	+ 9,6	+ 15,4
Ausland	- 1,2	- 7,7	530 044,4	+ 1,4	- 4,0

1) Auftragseingang ohne Herstellung von Uhren.

(- 1,9 %) der Inlandsaufträge im Maschinenbau. Demgegenüber konnten der Stahl- und Leichtmetallbau (+ 14,8 %), die Hersteller von EBM-Waren (+ 6,4 %), die elektrotechnische In-

dustrie (+ 1,8 %) und vor allem auch der Fahrzeugbau (+ 26,4 %) und die Hersteller von Büromaschinen und ADV-Geräten (+ 17,1 %) gestiegene Auftrags-eingangsvolumina verbuchen. Speziell

die außerordentlich hohe Zunahme im Fahrzeugbau basierte jedoch ausschließlich auf dem Auftragsboom im Inlandsgeschäft (+ 64,5 %; Ausland: - 5,0 %); die Auftragsentwicklung im gesamten westdeutschen Fahrzeugbau verlief zwar - wesentlich vom baden-württembergischen Resultat beeinflusst - in der Grundtendenz ähnlich, gleichwohl aber auf einem deutlich niedrigeren Niveau (insgesamt: + 10,6 %; Inland: + 29,8 %; Ausland: - 6,0 %), so daß im Hinblick auf das Ergebnis der baden-württembergischen Automobilhersteller der durchaus erhebliche Einfluß von Sonderfaktoren naheliegt (Modelleinführungen). Der Bestellzuwachs im gesamten Investitionsgütergewerbe belief sich damit auf leicht überdurchschnittliche 3,8 %, die einerseits aus einem Anstieg der Inlandsaufträge um 10,9 % und andererseits aus einem Rückgang der ausländischen Ordereingänge um 6,2 % resultierten.

Angekurbelt von einer ebenfalls lebhaften Inlandsnachfrage (+ 6,6 %) expandierten die Auftragseingänge im Verbrauchsgütergewerbe um 3,9 %, wenn-

gleich speziell die Auslandsaufträge mit 5,4 % spürbar nachließen. Auch in diesem Industriebereich verlief die Entwicklung der einzelnen Branchen sehr unterschiedlich. So standen den erhöhten Auftragseingängen bei der Herstellung von Holz- und Polstermöbeln (+ 8,5 %), im Bereich Druckerei (+ 7,8 %), in der Papier- und Papierverarbeitung (+ 6,4 %), bei den Kunststoffwaren (+ 4,3 %) und im Textilgewerbe (+ 4,0 %) die Auftragseinbußen in der Lederverarbeitung (- 7,2 %) und -erzeugung (- 7,6 %), im Bereich Feinkeramik (- 4,5 %), bei der Herstellung und Verarbeitung von Glas (- 8,8 %) sowie im Bekleidungsgewerbe (- 1,7 %) gegenüber.

Relativ verhalten entwickelte sich im 1. Halbjahr die Nachfrage im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+ 2,1 %), so daß hier gegenüber der Vorjahresentwicklung eine merkliche Verlangsamung festzustellen ist. Ausschlaggebend war hierbei die nachlassende Bestelltätigkeit der ausländischen Abnehmer (- 4,1 %); zudem war das Wachstum der Inlandsbestellungen (+ 5,1 %) hier weniger ausgeprägt als im Investitionsgüter- und im Verbrauchsgüterbereich. Neben der Chemischen Industrie (+ 3,3 %) konnten etwa die Eisenschaffende Industrie (+ 7,9 %), die Holzbearbeitung (+ 5,3 %) sowie die Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (+ 3,7 %) höhere Auftragseingänge entgegennehmen. Unter den entsprechenden Vorjahresergebnissen blieben hingegen insbesondere die Gummiverarbeitung (- 8,2 %) und die Eisen-, Stahl- und Tempergießereien (- 17,3 %).

Das Tempo der Produktionsausweitung hat sich in den ersten sechs Monaten 1991 im Vergleich zur zweiten Vorjahreshälfte noch unvermindert fortgesetzt (+ 4,1 %). Von den drei großen Investitionsgüterbranchen des Landes konnte jedoch lediglich die Elektrotechnik das Wachstumstempo erhöhen (+ 6,4 %). Der Straßenfahrzeugbau (+ 0,8 %) und insbesondere der Maschinenbau (+ 1,4 %) wiesen dagegen gegenüber dem 2. Halbjahr 1990 eine Verlangsamung auf. Die Tendenz in den Sparten des übrigen Investitionsgütergewerbes war überwiegend aufwärtsgerichtet und hat sich

Schaubild 3

Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes
in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet
1990 und 1991

-Volumenindex-

1985 = 100

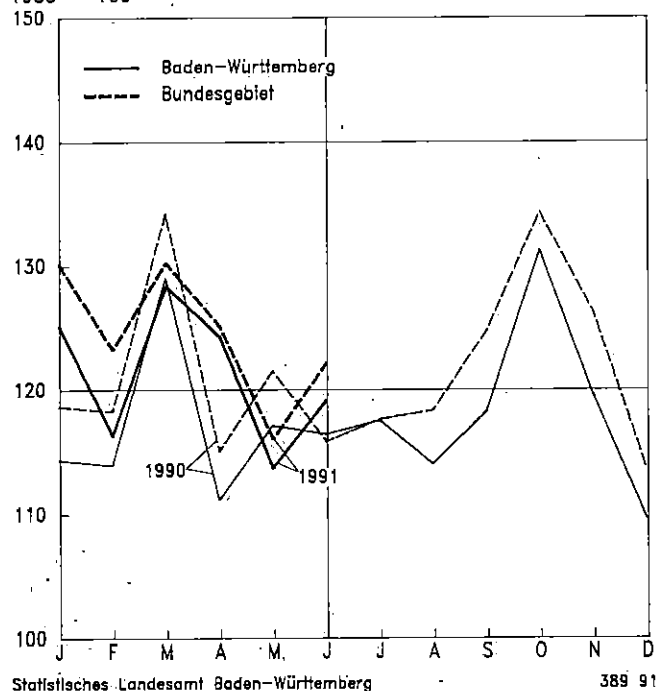


Tabelle 8

Strukturdaten des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg 1990 und im 1. Halbjahr 1991

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	Beschäftigte			Arbeiterstunden			Produktion			Exportquote ¹⁾	
	1990 ins- gesamt MD ²⁾	Veränderung		1990 ins- gesamt	Veränderung		1990 Index MD ²⁾	Veränderung		1990	1989
		1990 gegen 1989	1. Hj. 1991 gegen 1. Hj. 1990		1990 gegen 1989	1. Hj. 1991 gegen 1. Hj. 1990		1990 gegen 1989	1. Hj. 1991 gegen 1. Hj. 1990		
	1000	%		Mill.	%		1985=100	%			
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1 521,0	+ 2,7	+ 2,6	1 572,1	+ 1,5	+ 0,7	117,1	+ 4,7	+ 4,1	31,4	32,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	170,8	+ 2,6	+ 1,5	174,5	0,0	- 1,0	118,6	+ 5,1	+ 2,6	24,6	25,3
Chemische Industrie	71,8	+ 2,5	+ 2,8	56,2	- 0,4	- 0,8	116,4	+ 7,2	+ 6,2	35,4	35,6
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1 005,0	+ 3,0	+ 2,6	1 012,4	+ 2,1	+ 0,7	118,8	+ 4,7	+ 4,5	38,5	40,4
Maschinenbau	289,3	+ 5,8	+ 3,2	290,7	+ 3,7	+ 0,4	128,0	+ 8,0	+ 1,4	43,7	46,2
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz: usw.	235,1	+ 1,6	+ 2,7	266,2	+ 1,8	+ 3,0	107,2	+ 3,9	+ 0,8	43,8	46,6
Elektrotechnik, Reparatur von Haushalts- geräten	262,9	+ 1,4	+ 2,0	239,8	+ 1,6	- 0,6	123,5	+ 3,7	+ 6,4	31,2	32,5
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	52,3	+ 0,4	+ 1,4	51,0	- 0,3	- 2,9	117,1	+ 4,9	+ 3,5	40,5	42,8
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	283,8	+ 1,8	+ 2,7	317,4	+ 0,1	+ 0,9	112,1	+ 3,8	+ 4,5	20,4	20,9
Textilgewerbe	62,9	- 3,3	- 4,0	71,3	- 5,7	- 6,4	93,3	+ 1,0	- 0,3	25,8	26,0
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	61,4	+ 3,8	+ 5,0	67,8	+ 3,3	+ 4,3	104,1	+ 5,6	+ 4,2	8,4	9,6
Nachrichtlich Bundesgebiet: Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	7 236,7	+ 2,9	+ 2,4	7 805,8	+ 1,9	+ 0,5	118,3	+ 5,1	+ 4,7	29,5	31,2

1) Hauptbeteiligt. - 2) Monatsdurchschnitt.

teilweise - wie im Bereich Büromaschinen/ADV-Geräte (+ 29,0 %) und im Stahl- und Leichtmetallbau (+ 9,9 %) - sogar wesentlich beschleunigt. Dies galt auch für die Mehrzahl der Zweige des Verbrauchsgütergewerbes - beispielsweise für die Druckindustrie (+ 9,1 %) und die Holzverarbeitung (+ 8,6 %) -, wenngleich daneben in Teilbereichen - wie der Textilindustrie (- 0,3 %) und der Ledererzeugung (- 5,6 %) und -verarbeitung (- 6,7 %) - auch Einbußen verzeichnet wurden. Fortgesetzt hat sich insbesondere auch der Aufschwung im Ernährungsgewerbe (+ 7,5 %). Demgegenüber hat sich der Expansionspfad im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe insgesamt doch deutlich abgeflacht. Den zwar beträchtlichen Produktionssteigerungen in der Chemischen Industrie (+ 6,2 %) und vor allem in der Eisenschaffenden Industrie

(+ 20,2 %) standen hier in einigen Branchen (z.B. Gießereien: - 3,7 %; Gummiverarbeitung: - 3,8 %) Ausstoßrückgänge gegenüber.

Die Veränderungsdaten von Auftragseingang und Produktion im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt waren in den einzelnen Monaten von Januar bis Juni nicht zuletzt aufgrund von Basiseffekten sehr unterschiedlich, so daß sich ein unmittelbar an den Veränderungsdaten ansetzendes Bild über die Entwicklungstendenzen im bisherigen Jahresverlauf kaum gewinnen läßt. Werden jedoch die jeweiligen Kalendereinflüsse, die in erster Linie die Produktion, in geringerem Umfang aber auch den Auftragseingang betreffen, in ungefährender Einschätzung berücksichtigt, dann ergibt sich der Eindruck einer relativ stetigen Produktionsentwicklung auf einem bislang noch

stabilen Aufwärtstrend, während sich im Auftragsverlauf eher eine Verlangsamung abzeichnet.

Die Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes sind im Zeitraum Januar bis Juni um 6,4 % gestiegen. Dies ergab sich aus der gegenläufigen Entwicklung von Inlandserlösen (+ 12,1 %) einerseits und Auslandsumsätzen (- 5,5 %) andererseits. Die Exportquote sank damit - nach 30,4 % im 2. Halbjahr des Vorjahres - auf 28,8 %. Weiterhin nach oben tendierte die Anzahl der Beschäftigten; die Erhöhung belief sich im Monats- und Branchendurchschnitt auf 2,6 %. Die relativ geringe Zunahme der geleisteten Arbeiterstunden (+ 0,7 %) läßt mit Blick auf die gleichzeitig erzielte Produktionsausweitung wiederum auf einen erheblichen Produktivitätsanstieg schließen.

Bauwirtschaft im 1. Halbjahr 1991: Entwicklung auf hohem Niveau - jedoch mit leichter Abschwächung bei den Genehmigungen im Wohnungsbau

Das Jahr 1990 war durch eine dynamische Entwicklung der Baukonjunktur gekennzeichnet. So übertrafen die nominalen Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe das Vorjahresniveau um 14,3 % (Tabelle 9). Die stärkeren Impulse kamen 1990 wiederum von der Hochbaunachfrage (+ 16,1 %) - die Auftragsentwicklung war jedoch auch im Tiefbau (+ 11,4 %) deutlich aufwärtsgerichtet. Merklich geringere, aber auch hier noch stattliche Veränderungsraten - nämlich + 8,4 % im Hochbau und + 5,8 % im Tiefbau - waren hingegen bei realer Betrachtung der Ordertätigkeit, das heißt unter Berücksichtigung der das ganze Jahr über anhaltenden Rohbaupreissteigerungen, zu konstatieren.

Der Aufschwung im Hochbaubereich wurde im wesentlichen von der Nachfrageexpansion im Wohnungsbau (nominal: + 19,4 %) sowie im Wirtschaftshochbau (+ 15,9 %) getragen, wenn gleich daneben auch die öffentlichen Hochbaufträge nicht unerheblich gestiegen sind (+ 6,6 %). Die Zuwachsraten im Tiefbaubereich reichten von 6,4 % im Straßenbau über 8,1 % im

sonstigen öffentlichen Tiefbau bis zu 21,8 % in der insgesamt allerdings weniger bedeutenden Sparte der Wirtschaftstiefbauten.

Die reale und von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte Produktion wurde 1990 im Bauhauptgewerbe um 4,1 % gesteigert. Diese beachtliche Produktionsausweitung basierte jedoch ausschließlich auf dem kräftigen Anstieg der Hochbauleistung um jahresdurchschnittlich 7,3 %. Die Tiefbauproduktion blieb hingegen um 1,0 % unter dem Niveau von 1989. Im Zuge einer insgesamt florierenden Baukonjunktur wurde 1990 erstmals seit neun Jahren wieder eine zunehmende Beschäftigtenzahl im Bauhauptgewerbe ermittelt; die Aufstockung belief sich im Jahresdurchschnitt auf 1,9 %.

Tempo und Breite der Auftriebskräfte im Hochbaubereich kamen 1990 - noch deutlicher als in Produktion und Auftragseingang - im Genehmigungsgeschehen zum Ausdruck. So belief sich die Zunahme des genehmigten Hochbauvolumens, gemessen an der Kubikmeterzahl des umbauten Raumes, auf 17,2 %, wobei speziell der Wohnungsbau einen Zuwachs von 23,7 % aufwies (Nichtwohnbau: + 11,7 %). Insgesamt wurden 1990 72 372 Wohnungen in Wohngebäuden zum Neubau freigegeben (+ 36,0 %) und somit das höchste Genehmigungsergebnis seit 1973 verzeichnet. Das Gesamtergebnis wurde hierbei von der enormen Steigerung der genehmigten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (44 299 Wohnungen; + 65,9 %) entscheidend geprägt. Deutlich gestiegen ist jedoch auch die Zahl der genehmigten Wohnungen in Zweifamilienhäusern (10 754; + 22,8 %). Lediglich bei zum Neubau freigegebenen Einfamilienhäusern wurde der Vorjahresstand unterschritten (15 991; - 6,6 %).

Hinter diesen zum Teil sehr hohen Jahresveränderungsraten verbirgt sich gleichwohl eine doch schon erhebliche Expansionsverlangsamung in der Folge der einzelnen Quartale. Das genehmigte Volumen im Nichtwohnbau lag im 4. Quartal sogar unter dem entsprechenden Vorjahreswert, und auch im Wohnungsbau wurden die außerordentlich kräftigen Wachstumsraten vor allem

der beiden ersten Quartale nicht mehr erreicht, wenngleich im Vorjahresvergleich noch immer positive Veränderungen festgestellt wurden.

Die somit bereits im 4. Quartal 1990 sich abzeichnende Abschwächung der Genehmigungstendenz setzte sich im 1. Halbjahr des laufenden Jahres fort, nunmehr jedoch im Zuge negativer Veränderungen im Wohnungsbau, während im Nichtwohnbau aufgrund kräftiger Impulse im 2. Quartal auch insgesamt noch ein leichter Zuwachs ermittelt wurde. Zusammengefaßt ergab dies beim genehmigten Hochbauvolumen im 1. Halbjahr einen Rückgang um 1,8 % (Wohnungsbau: - 6,0 %; Nichtwohnbau: + 2,5 %). Nachdem im 1. Quartal noch eine Zunahme um 3,7 % erzielt wurde, ließ im 2. Quartal auch die Anzahl der genehmigten Neubauwohnungen in Wohngebäuden merklich nach (- 4,1 %), so daß das Halbjahresergebnis mit 36 193 freigegebenen Wohnungen etwas schwä-

cher war als im Vorjahr (- 0,5 %). Hierbei beschleunigte sich die bereits 1990 zu verzeichnende Abnahme bei den Einfamilienhäusern (Anzahl: 6 960; - 22,3 %), im Gegensatz zum Vorjahr machte sich nun jedoch auch eine Abschwächungstendenz bei den Wohnungen in Zweifamilienhäusern (5 320; - 9,4 %) bemerkbar. Die zahlenmäßig bei weitem dominierenden Wohnungsgenehmigungen in Mehrfamilienhäusern waren im 1. Quartal nochmals beträchtlich (+ 23,7 %), im 2. Quartal dagegen nur noch leicht (+ 0,5 %) aufwärtsgerichtet. Der Halbjahresstand belief sich hier auf 23 336 Wohnungen und damit auf eine noch immer beachtliche Zuwachsrate von 10,7 %.

Nach den relativ schwachen Ergebnissen im 1. Quartal (insgesamt: - 0,9 %; Hochbau: - 2,3 %; Tiefbau: + 2,0 %) konnte beim Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in den Monaten April bis Juni - getragen von der Hochbauparte

Tabelle 9

Nominale Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe in Baden-Württemberg 1990 und 1991 (1985 = 100)

— Veränderung gegen Vorjahr in % —

Zeitraum	Bauhaupt- gewerbe insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	darunter			zusammen	darunter		
			Wohnungs- bau	gewerb- licher und industri- eller Bau	öffentlicher Bau ¹⁾		Straßen- bau	gewerb- licher und industri- eller Bau	sonstiger öffentlicher Bau ¹⁾
1990 1. Vierteljahr	+ 25,8	+ 31,3	+ 36,7	+ 34,2	+ 4,4	+ 16,0	+ 14,4	+ 27,8	+ 10,3
2. Vierteljahr	+ 9,6	+ 11,9	+ 20,0	+ 7,9	+ 0,1	+ 6,1	- 1,1	+ 4,1	+ 8,7
1. Halbjahr	+ 16,7	+ 20,7	+ 27,7	+ 19,8	+ 2,1	+ 10,1	+ 4,8	+ 14,6	+ 9,4
3. Vierteljahr	+ 14,2	+ 18,4	+ 23,4	+ 14,1	+ 22,8	+ 7,6	+ 10,5	+ 23,7	- 7,0
4. Vierteljahr	+ 9,5	+ 4,6	+ 0,9	+ 10,0	- 1,1	+ 19,1	+ 4,3	+ 34,2	+ 23,0
2. Halbjahr	+ 12,0	+ 11,6	+ 11,9	+ 12,1	+ 11,3	+ 12,7	+ 8,0	+ 28,7	+ 6,8
Jahr	+ 14,3	+ 16,1	+ 19,4	+ 15,9	+ 6,6	+ 11,4	+ 6,4	+ 21,8	+ 8,1
1991 1. Vierteljahr	- 0,9	- 2,3	+ 3,7	- 11,0	+ 16,1	+ 2,0	- 9,3	+ 10,1	+ 11,6
1. Halbjahr	+ 5,3	+ 6,6	+ 12,7	+ 1,1	+ 10,5	+ 3,0	+ 2,4	+ 25,3	- 1,8
Nachrichtlich Bundesgebiet:									
1990 Jahr	+ 15,1	+ 18,2	+ 25,5	+ 18,3	+ 4,9	+ 10,3	+ 11,4	+ 6,8	+ 9,4
1991 1. Vierteljahr	+ 3,6	+ 1,8	+ 4,7	+ 2,4	- 5,9	+ 6,7	- 14,9	+ 8,2	+ 18,3
1. Halbjahr	+ 7,2	+ 8,3	+ 10,4	+ 9,5	+ 2,2	+ 5,5	- 8,7	+ 16,4	+ 7,5

1) Ohne Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost, einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck.

- wiederum eine deutliche Belebung festgestellt werden (insgesamt: + 10,9 %; Hochbau: + 15,4 %; Tiefbau: + 3,7 %). Der Auftragsverlauf im gesamten 1. Halbjahr war somit durch nicht unerhebliche nominale Steigerungsraten gekennzeichnet (insgesamt: + 5,3 %; Hochbau: + 6,6 %; Tiefbau: + 3,0 %). Ein anderes Bild ergibt sich jedoch, wenn anstelle der wertmäßigen, die preisbereinigte Nachfrageentwicklung betrachtet wird. So lag die reale Ordertätigkeit in den ersten sechs Monaten im Hochbau um 0,5 % und im Tiefbau um 2,9 % unter den entsprechenden Vorjahresvolumina. Während sich das Minus im Tiefbau auf beide Quartale erstreckte (1. Quartal: - 3,8 %; 2. Quartal: - 2,3 %), läßt sich demgegenüber das leicht negative Resultat im Hochbaubereich ausschließlich auf das schwache Anfangsquartal zurückführen (1. Quartal: - 8,6 %; 2. Quartal: + 7,6 %).

Parallel zu dem insgesamt durchaus auf hohem Niveau verlaufenden, aber im 1. Halbjahr in realer Hinsicht nicht mehr weiter expandierenden Auftrags-
eingang konnte hingegen die reale Bauleistung nochmals erheblich ausgedehnt werden. Zwar ermöglichten die Witterungsverhältnisse im 1. Quartal kaum nennenswerte Steigerungen (Hochbau: + 0,7 %; Tiefbau: 0,0 %), was jedoch durch den anziehenden Produktionsverlauf im 2. Quartal (Hochbau: + 9,3 %; Tiefbau: + 3,8 %) mehr als ausgeglichen wurde, so daß im Halbjahresdurchschnitt insbesondere in den Hochbauparten beträchtliche Erhöhungen zu verzeichnen waren (Hochbau: + 5,5 %; Tiefbau: + 2,3 %). Fortgesetzt hat sich zudem der seit dem Vorjahr positive Beschäftigtentrend im Bauhauptgewerbe. So haben die Betriebe im 1. Halbjahr ihren Personalbestand um 2,5 % vergrößert.

Trotz insgesamt gedämpfter Auftragsentwicklung bei gleichzeitiger Produktionsausweitung verfügen die Betriebe noch immer über relativ umfangreiche Auftragsbestände: Die realen Auftragsreserven für Hochbauten übertrafen Ende Juni das entsprechende Vorjahresvolumen um 8,4 %, und das Polster an noch nicht erledigten Tiefbaufträgen war sogar um 10,1 % höher.

Ausfuhrentwicklung von Januar bis Mai: Abschwächungstrend bislang noch ungebrochen

Im Jahr 1990 wurden Waren im Wert von 111,8 Mrd. DM aus Baden-Württemberg ausgeführt (Tabelle 10). Nicht ganz erreicht wurde damit das mit 112,0 Mrd. DM allerdings sehr hohe Ausfuhrniveau von 1989 (- 0,1 %), in dessen Verlauf der Export noch eine tragende Säule des konjunkturellen Aufschwungs bildete. Die im Frühjahr 1990 einsetzende Entwicklung rückläufiger Ausfuhrwerte ging einher mit der allgemein nachlassenden Konjunktur in wichtigen Abnehmerländern, wobei sich insbesondere die beginnende Rezession in den USA (- 8,8 %) und in Großbritannien (- 7,6 %) in einer geringeren Abnahme baden-württembergischer Erzeugnisse niederschlug. Beim Absatz in die USA und in den übrigen Dollarraum kam erschwerend hinzu, daß die D-Mark gegenüber dem US-Dollar jahresdurchschnittlich (1990 gegenüber 1989) um 16,5 % aufgewertet wurde. Die Ausfuhr in die EG-Länder (+ 0,4 %) und in die EFTA-Staaten (+ 0,8 %) stieg kaum noch, etwas deutlicher war die Zunahme beim Export in die Entwicklungsländer (+ 3,1 %) und hierbei vor allem in die OPEC-Staaten (+ 8,1 %). Sogar ausgesprochen kräftig expandierte - wie schon in den vorangegangenen Jahren - der baden-württembergische Absatz nach Japan (+ 31,1 %). Die Rangfolge der wichtigsten Abnehmerländer wurde wiederum angeführt von Frankreich (Anteil: 13,4 %), gefolgt von Italien knapp vor den USA (jeweils 9,9 %).

Die im Jahresverlauf 1990 - auch bundesweit - zunehmend hervorgetretene Abschwächungstendenz im Exportgeschäft setzte sich in den ersten Monaten des laufenden Jahres zunächst noch unvermindert fort. Verstärkt bemerkbar machte sich insbesondere die überwiegend schwache Investitionskonjunktur in den westlichen Industrieländern, so daß nunmehr auch die Ausfuhr baden-württembergischer Maschinenbauerzeugnisse - im Vorjahr mit 1,6 % noch leicht gestiegen - merklich zurückging (Januar bis Mai: - 7,3 %). Erheblich beschleunigt hat sich zudem der bereits 1990 (- 4,2 %) negative Trend bei den Kraftfahrzeugexporten (- 17,7 %), was wohl

Tabelle 10

Ausfuhr Baden-Württembergs 1990 und Januar bis Mai 1991 nach Handelspartnern

Handelspartner	1990			Januar bis Mai 1991		
	Mill. DM	%	Veränderung gegen Vorjahr in %	Mill. DM	%	Veränderung gegen Vorjahr in %
Europa	81 329,8	72,7	+ 0,8	33 563,0	74,7	- 4,4
davon						
EG-Länder	52 586,1	47,0	+ 0,4	22 188,7	49,4	- 2,5
Frankreich	14 980,7	13,4	+ 1,9	6 326,1	14,1	- 4,2
Belgien-Luxemburg	5 012,3	4,5	+ 4,8	2 106,7	4,7	- 2,3
Niederlande	6 193,5	5,5	+ 1,9	2 656,4	5,9	- 0,8
Italien	11 119,1	9,9	+ 0,3	4 799,4	10,7	0,0
Großbritannien	7 834,7	7,0	- 7,6	2 903,8	6,5	- 14,2
Republik Irland	350,2	0,3	+ 5,7	143,7	0,3	- 7,6
Dänemark	1 415,6	1,3	- 1,9	597,0	1,3	+ 0,5
Griechenland	1 003,4	0,9	- 0,7	417,5	0,9	- 1,5
Portugal	954,3	0,9	+ 7,3	460,2	1,0	+ 11,2
Spanien	3 722,4	3,3	+ 4,1	1 778,1	4,0	+ 14,2
EFTA Länder ¹⁾	22 206,6	19,9	+ 0,8	8 982,1	20,0	- 6,3
Staatshandelsländer ²⁾	3 708,1	3,3	- 3,1	1 627,6	3,6	- 13,0
Übriges Europa	2 829,1	2,5	+ 16,3	988,5	2,2	- 11,7
Afrika	2 754,1	2,5	- 14,2	984,8	2,2	- 17,5
Amerika	13 736,2	12,3	- 8,1	5 051,0	11,2	- 15,2
darunter						
Vereinigte Staaten	11 031,5	9,9	- 8,8	3 961,0	8,8	- 18,0
Asien	13 085,0	11,7	+ 10,3	5 072,9	11,3	- 11,5
darunter						
Japan	4 709,3	4,2	+ 31,1	1 660,1	3,7	- 19,7
Australien und Ozeanien	930,3	0,8	- 26,6	267,3	0,6	- 40,0
Ausfuhr insgesamt	111 837,7	100	- 0,1	44 939,8	100	- 7,2
davon						
Industrialisierte Länder	96 120,3	85,9	- 0,2	38 764,4	86,3	- 6,8
Entwicklungsländer	11 396,9	10,2	+ 3,1	4 547,1	10,1	- 8,5
darunter OPEC-Länder ³⁾	3 202,0	2,9	+ 8,1	1 248,2	2,8	- 8,6
Staatshandelsländer insgesamt	4 318,3	3,9	- 5,2	1 627,6	3,6	- 13,0
Nachrichtlich Bundesgebiet:						
Ausfuhr insgesamt	642 654	100	+ 0,3	269 409	100	- 2,8

1) Island, Norwegen, Schweden, Finnland, Schweiz, Österreich. - 2) Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien. - 3) Vereinigte Arabische Emirate, Irak, Iran, Kuwait, Katar, Saudi-Arabien, Algerien, Ecuador, Indonesien, Gabun, Libyen, Nigeria, Venezuela.

in erster Linie auf die derzeit sehr schwache Verkaufsentwicklung in den USA (Kfz-Exporte: - 34,4 %) zurückzuführen ist. Insgesamt lagen die baden-württembergischen Ausfuhrlieferungen von Januar bis Mai um 7,2 % unter dem entsprechenden Vorjahreswert, wobei in sämtlichen Monaten (zuletzt im Mai um 5,8 %) das jeweilige Vorjahresniveau

unterschritten wurde. Bezogen auf das westliche Bundesgebiet zeigen die bereits für das 1. Halbjahr vorliegenden Zahlen einen Exportrückgang um 2,5 % - nach dem Minus im Mai (- 4,4 %) läßt jedoch der im Juni ermittelte Anstieg (+ 4,0 %) auch für den weiteren Jahresverlauf auf eine sich tendenziell verbessernde Ausfuhrentwicklung im

Bund wie auch in Baden-Württemberg schließen. Die Abwertung der D-Mark dürfte hierzu ebenso beitragen wie die allmähliche Konjunkturerholung in Westeuropa und den USA.

Noch relativ günstig entwickelte sich von Januar bis Mai die baden-württembergische Ausfuhr in die EG-Länder (- 2,5 %), so daß diese Lieferungen mit dem - für Baden-Württemberg - hohen Anteil von 49,4 % am Gesamtexport beteiligt waren (1990: 47,0 %). Die beträchtlichen Einbußen beim Absatz nach Frankreich (- 4,2 %) und vor allem nach Großbritannien (- 14,2 %) konnten durch gesteigerte Lieferungen nach Spanien (+ 14,2 %) und Portugal (+ 11,2 %) immerhin teilweise ausgeglichen werden. Bei der Ausfuhr in die übrigen Partnerländer ergab sich zu meist in etwa eine Stagnation oder ein leichter Rückgang. Frankreich (Anteil: 14,1 %) und Italien (10,7 %) waren wiederum - auch weltweit - die wichtigsten Abnehmerländer.

Die Staaten der EFTA (Anteil: 20,0 %) haben in den ersten fünf Monaten wert-

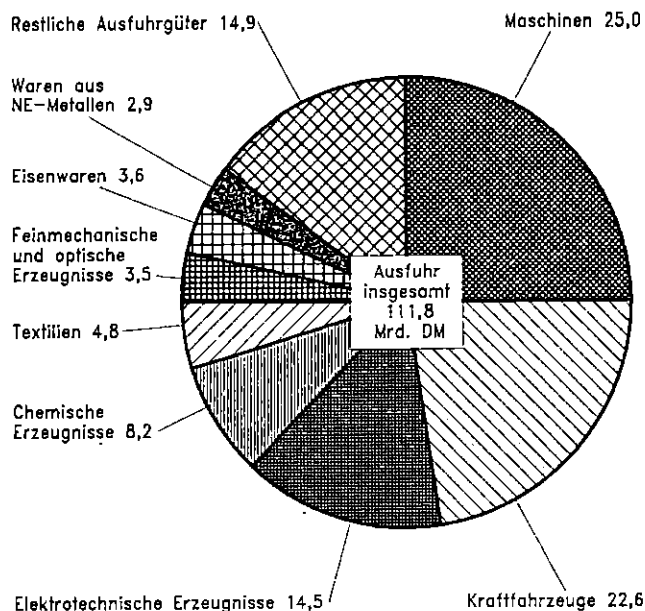
mäßig um insgesamt 6,3 % weniger Waren aus Baden-Württemberg eingeführt. Deutlich ausgewirkt haben sich dabei die rezessiven Tendenzen in Schweden (- 20,8 %) und Finnland (- 27,4 %) sowie der abgeschwächte Konjunkturverlauf in der Schweiz (- 5,5 %), die gleichwohl - noch vor den USA (Anteil: 8,8 %) - die Stelle des drittgrößten Abnehmers einnahm (9,2 %). Aufwärtsgerichtet war hingegen die Ausfuhr nach Österreich (+ 3,9 %), das mit einem Anteil von 6,6 % in die Reihe der größten Abnehmerländer aufrückte.

Die Bedeutung der außereuropäischen Industrie- und Schwellenländer als Importeure baden-württembergischer Produkte war im Zeitraum Januar bis Mai - wohl nicht zuletzt als Nachwirkung der 1990 erfolgten Höherbewertung der D-Mark gegenüber Dollar und Yen - geringer als im Vorjahr. Neben der abermals erheblichen Einbuße im USA-Geschäft (- 18,0 %) ergaben sich nun auch rückläufige Werte beim Export nach Japan (- 19,7 %) - auch hier wesentlich bedingt durch stark nachlassende Kfz-Lieferungen (- 31,0 %). Zudem verringerten sich die Gesamtexporte in die südostasiatischen Schwellenländer Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur (insgesamt: - 8,2 %) sowie nach Kanada (- 17,0 %).

Schaubild 4

Struktur der Ausfuhr Baden-Württembergs 1990

Anteile in %



Die Ausfuhr in die Entwicklungsländer (Anteil: 10,1 %) ist im betrachteten Zeitraum um 8,5 % gesunken, wobei die Beeinträchtigungen wegen des Golfkrieges in diesem Zusammenhang nicht unerheblich waren. Während die Lieferungen nach Kuwait und in den Irak nahezu vollständig zum Erliegen kamen und sich der Absatz etwa nach Ägypten, Katar und in die Vereinigten Arabischen Emirate ganz erheblich reduzierte, wurden die Exporte in den Iran mehr als verdoppelt. Teilweise beträchtliche Steigerungsraten waren darüber hinaus bei der Ausfuhr in weitere Entwicklungsländer Asiens (z.B. Indonesien, Malaysia), aber auch Lateinamerikas (z.B. Mexiko, Argentinien) zu verzeichnen.

Im Zuge der tiefgreifenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruchprozesse gestaltet sich der Handel mit den europäischen Staaten des ehe-

maligen Ostblocks insgesamt zunächst noch schleppend (- 13,8 %; Anteil: 3,1 %). Rückläufige Realeinkommen und allgemein knappe Devisenbestände behindern nach wie vor eine nachfragewirksame Entfaltung des grundsätzlich umfassenden Bedarfs an westlichen Konsum- und Investitionsgütern. Gleichwohl verlief das Exportgeschäft mit den einzelnen Ländern durchaus unterschiedlich. So standen etwa den schrumpfenden Ausfuhrwerten im Handel mit der Sowjetunion und mit Bulgarien die doch schon erheblichen Zuwachsraten vor allem bei den Lieferungen nach Polen und in die Tschechoslowakei gegenüber.

Vom Rückgang der Ausfuhrfähigkeit im vorliegenden Zeitraum waren die beiden dominierenden Warenkategorien - Maschinen (- 7,3 %; Anteil: 24,5 %) und Kraftfahrzeuge (- 17,7 %; Anteil: 20,9 %) besonders betroffen. Demgegenüber konnten die Ausfuhrwerte der anteilmäßig an dritter und vierter Stelle liegenden elektrotechnischen (+ 1,2 %; Anteil: 15,7 %) und chemischen Erzeugnisse (+ 2,4 %; Anteil: 8,9 %) sogar erhöht werden. Gemessen am Anteil an den Gesamtexporten folgen die Textilien (- 2,9 %; Anteil: 5,0 %) vor den Eisenwaren (- 2,1 %; 3,8 %) und den feinmechanischen/optischen Erzeugnissen (- 3,7 %; 3,5 %) - hier ergaben sich jeweils relativ mäßige Abnahmeraten. Stärker war dagegen die Abschwächung bei den Waren aus NE-Metallen (- 7,3 %; 2,9 %).

1990 noch mäßige Preissteigerungen, Jahresteuerrate im Juli 1991 aber bei 4,5 %

Die Verbraucherpreise sind 1990 insgesamt nur moderat gestiegen. So lag der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Baden-Württemberg im Jahresdurchschnitt um 2,9 % über dem Wert des Vorjahres. Während aber im 1. Halbjahr 1990 eine leichte Beruhigung des Preisanstiegs zu verzeichnen war, nahm die Teuerungsrate im Sommer, insbesondere im Zusammenhang mit der Krise in der Golfregion, über kräftig gestiegene Preise für Mineralölprodukte stärker zu. Im 1. Halbjahr 1990 betrug die Jahressteigerungsrate des Preisindex für die Lebenshal-

tung 2,8 %, im 2. Halbjahr lag die entsprechende Rate bei vorübergehend steigender Tendenz um 3,2 % über dem entsprechenden Vorjahreswert. Deutlich stärkere Preiserhöhungen waren beim Preisindex für Bauleistungen festzustellen, der im Jahresdurchschnitt 1990 um 6,9 % stieg.

Die relativ ruhige Preistendenz hielt auch in den ersten Monaten des laufenden Jahres zunächst noch an. So hat sich im 1. Quartal 1991 der Anstieg der Lebenshaltungskosten in Baden-Württemberg mit + 3,0 % gegenüber dem 4. Quartal 1990 (3,3 %) sogar leicht abgeschwächt. Nach 3,0 % im April und 3,1 % im Mai kletterte die Preissteigerungsrate jedoch bereits im Juni auf 3,6 % und im Juli mit 4,5 % seit langem erstmals wieder über die 4-Prozent-Marke - eine höhere Jahresveränderungsrate wurde zuletzt im Januar 1983 ermittelt. Ausschlaggebend waren hierfür in erster Linie die Verbrauchsteueranhebungen zum 1. Juli. Überdurchschnittlich stiegen im Juli die Energiepreise (+ 7,3 %), was auf einen Anstieg der Heizölpreise um 25,5 % zurückzuführen ist. Weiterhin war auch bei den Gütern für Verkehr und Nachrichtenübermittlung (+ 9,8 %) und hier insbesondere bei den Kraftstoffen (+ 30,3 %) sowie bei den Wohnungsmieten (+ 4,6 %) eine stärkere Verteuerung festzustellen.

Tendenziell treibende Impulse dürften jedoch auch bereits von den diesjährigen Tarifabschlüssen sowie von dem Wechselkursbedingt wieder stärkeren Anstieg der Einfuhrpreise ausgegangen sein. So lag das Niveau der Einfuhrpreise im 1. Quartal 1991 schon geringfügig über dem entsprechenden Vorjahresstand - nachdem 1990 noch ein Rückgang um 2,3 % gegenüber 1989 zu verzeichnen war -, und in den folgenden Monaten beschleunigte sich diese Entwicklung im Zuge des nachlassenden Außenwertes der D-Mark nicht unerheblich (April: + 1,8 %; Mai: + 2,7 %; Juni: + 3,5 % - 2. Quartal insgesamt: + 2,6 %).

Die Entwicklung der Einfuhrpreise wirkte sich auch auf die weiteren Handelsstufen aus. Die Preissteigerungsrate der industriellen Erzeugerpreise betrug bundesweit im 1. Halbjahr 1991 2,1 %.

Die Preissteigerungsrate im Großhandel lag im 1. Quartal 1991 bei 1,7 % und im Einzelhandel bei 2,2 %. Im 2. Quartal 1991 lagen die entsprechenden Raten schließlich bei 1,4 und 2,5 %. Deutlich stärkere Preiserhöhungen zeigt auch der Preisindex für Bauleistungen, der im 1. Quartal 1991 um 6,8 % stieg und im 2. Quartal um 7,0 %.

Die Lohn- und Gehaltssteigerungen fielen von April 1990 bis April 1991 höher aus als im Vorjahr. So erhöhte sich der Index der Bruttomonatsverdienste aller Angestellten in der Industrie, im Handel, bei den Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe in Baden-Württemberg im entsprechenden Zeitraum um 5,0 %. Das durchschnittliche Bruttogehalt der männlichen Angestellten belief sich im April 1991 auf 5 451 DM (+ 5,3 %), während ihre Kolleginnen im Durchschnitt lediglich 3 457 DM (+ 5,2 %) verdienten.

Im gleichen Zeitraum stiegen die Bruttostundenverdienste aller in der Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen – gemessen am Index der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste – durchschnittlich um 6,4 % (Vorjahreszeitraum: + 4,1 %). Beim Index der Bruttowochenverdienste betrug die Steigerung hingegen 6,1 %, da gleichzeitig die Zahl der bezahlten Wochenstunden um 0,3 % unter dem Vorjahreswert lag. Im April 1991 belief sich die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Arbeiter auf 39,3 Stunden. In dieser Arbeitszeit sind auch jene 1,6 Stunden enthalten, die über die regelmäßige betriebsübliche Arbeitszeit hinaus geleistet wurden. Die Industriearbeiter in Baden-Württemberg erhielten im April 1991 im Durchschnitt einen Bruttowochenverdienst von 897 DM (+ 6,2 %); die Arbeiterinnen bekamen im Schnitt 636 DM (+ 6,2 %).

Tabelle 11

Ausgewählte Preisindizes im Bundesgebiet und in Baden-Württemberg 1990 und 1991

– Veränderung gegen Vorjahr in % –

Monat	Außenhandel		Landwirtschaft ¹⁾		Industrie	Handel		Wohnungs- bau	Lebens- haltung
	Einfuhr- preise	Ausfuhr- preise	Erzeuger- preise landwirt- schaftlicher Produkte	Einkaufs- preise landwirt- schaftlicher Betriebs- mittel	Erzeuger- preise ge- werblicher Produkte (Inland) ¹⁾	Groß- handels- verkaufs- preise ¹⁾	Einzel- handels- preise ²⁾	Preisindex für	
								Bau- leistungen an neuen Wohnge- bäuden ²⁾	die Lebens- haltung ³⁾
Bundesgebiet ⁴⁾								Baden-Württemberg	
Jahr	— 2,3	+ 0,1	— 5,1	— 0,7	+ 1,7	+ 0,7	+ 2,1	+ 6,9	+ 2,9
1991									
Januar	+ 0,8	+ 1,0	— 5,3	— 0,1	+ 2,3	+ 1,6	+ 2,4	.	+ 3,2
Februar	0,0	+ 1,1	— 2,7	+ 1,2	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,4	+ 6,8	+ 3,0
März	0,0	+ 1,3	— 2,9	+ 0,1	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,9	.	+ 2,6
1. Quartal	+ 0,2	+ 1,1	— 3,5	+ 0,4	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,2	.	+ 3,0
April	+ 1,8	+ 1,6	— 3,8	+ 0,5	+ 2,2	+ 0,9	+ 2,2	.	+ 3,0
Mai	+ 2,7	+ 1,7	— 2,2	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,3	+ 2,4	+ 7,0	+ 3,1
Juni	+ 3,5	+ 1,7	— 2,8	+ 2,7	+ 2,3	+ 1,9	+ 2,8	.	+ 3,6
2. Quartal	+ 2,6	+ 1,7	— 2,9	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,4	+ 2,5	.	+ 3,2
1. Halbjahr	+ 1,5	+ 1,4	— 3,2	+ 1,0	+ 2,1	+ 1,6	+ 2,4	.	+ 3,1
Juli	+ 3,3	+ 1,6	— 3,3	+ 4,0	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,5	.	+ 4,5 ⁵⁾

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. – 2) Einschließlich Umsatz-(Mehrwert-)steuer. – 3) Aller privaten Haushalte. – 4) Quelle: Statistisches Bundesamt. – 5) August: + 4,2 %.

Um festzustellen, ob die nominalen Lohn- und Gehaltserhöhungen angesichts der Preisentwicklung ausreichen, den bisherigen Lebensstandard aufrechtzuerhalten bzw. zu verbessern, wird die Veränderung des Reallohnindex berechnet. Dieser wird über den Quotienten aus dem Wochenverdienstindex und dem Preisindex für die Lebenshaltung ermittelt. Der Reallohnindex weist von April 1990 bis April 1991 einen Zuwachs von 2,9 % und somit eine Reallohnverbesserung aus. Im weiteren Jahresverlauf ist allerdings aufgrund der deutlichen Preissteigerungen hier mit einer Abflachung zu rechnen.

1990 wirkten sich die steigenden Real-löhne auch auf die private Nachfrage aus, die zudem auch durch andere Faktoren günstiger war als 1989. So stieg die Zahl der Erwerbstätigen, hinzu kam eine starke Nachfrage aus den neuen Bundesländern. Aufgrund dieser starken Impulse nahm der private Verbrauch real in den alten Bundesländern um 4,3 % zu, nachdem er 1989 nur um 1,5 % gestiegen war. Entsprechend waren auch die Umsätze im Einzelhandel in Baden-Württemberg steigend. So konnten die Einzelhandelsbetriebe in Baden-Württemberg 1990 einen Umsatzzuwachs von 9,2 % verbuchen. Unter Berücksichtigung der gestiegenen Einzelhandelspreise ergab sich eine reale Zunahme um 6,9 %. Ein lebhafter Geschäftsverlauf wurde in der Kraftfahrzeugbranche (nominal: + 11,6 %), bei den sogenannten freien Tankstellen (+ 11,7 %), beim Einzelhandel mit Elektrotechnischen Erzeugnissen (+ 10,7 %) und beim Fach-einzelhandel mit Nahrungs- und Genuß-mitteln (+ 10,2 %) beobachtet.

Diese günstige Entwicklung setzte sich auch 1991 fort. So konnten die Einzelhandelsbetriebe für den Zeitraum Januar bis April 1991 eine nominale Umsatzsteigerung von 13,0 % (real: + 10,0 %) verzeichnen. Überdurchschnittlich stiegen dabei die nominalen Umsätze in der Kraftfahrzeugbranche (+ 24,4 %), bei den Warenhäusern (+ 19,4 %), im Textilgewerbe (+ 13,2 %) sowie im Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen (+ 13,8 %) und bei den freien Tankstellen (+ 14,9 %).

Öffentliche Finanzen

Der Haushalt des Landes Baden-Württemberg hat 1990 bei einem Ausgabenvolumen von 47,785 Mrd. DM mit einem Einnahmenüberschuß von 559,2 Millionen DM abgeschlossen. Diese Entwicklung kam dadurch zustande, daß sich die Gesamteinnahmen gegenüber 1989 um 6,9 % erhöht haben, während die Gesamtausgaben im gleichen Zeitraum um 6,6 % angestiegen sind.

Die Ist-Steuereinnahmen als wichtigste Einnahmenquelle des Landes lagen 1990 mit 32,13 Mrd. DM um 4,6 % höher als im Vorjahr. Sie überschritten damit den Haushaltsansatz 1990 (31 600 Mill. DM) um 534,8 Mill. DM (+ 1,7 %). Dieses Ergebnis wurde durch deutliche Einnahmesteigerungen bei der Lohnsteuer, Umsatzsteuer, Erbschaftssteuer, Einfuhrumsatzsteuer und Gewerbesteuer bestimmt.

An Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt wurden 1990 insgesamt 6 684,1 Mill. DM gebucht. Das sind 933,5 Mill. DM bzw. 16,2 % mehr als 1989. Darin enthalten sind rund 165 Mill. DM Darlehensaufnahmen für vorzeitige Schuldentilgungen in gleicher Höhe. Abzüglich der Tilgungsausgaben für Kreditmarktschulden in Höhe von 4 188,7 Mill. DM ergibt sich für den Landeshaushalt eine Netto-Kreditaufnahme für 1990 von rund 2 495,4 Mill. DM. Die sonstigen Haushaltseinnahmen stiegen 1990 im Vergleich zu 1989 um 9,2 % und erreichten eine Höhe von 9 525,4 Mill. DM.

Die den Gesamteinnahmen von 48,344 Mrd. DM gegenüberstehenden Gesamtausgaben von 47,785 Mrd. DM teilen sich zu 35,3 % auf Personalausgaben und zu 64,7 % auf Sachausgaben auf. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Personalausgaben mit 5,1 % deutlich geringer an als die Sachausgaben, die im gleichen Zeitraum um 7,4 % zunahmen. Allein die Steuereinnahmen deckten im Haushaltsjahr 1990 67,2 % der Gesamtausgaben gegenüber 68,6 % im Vorjahr.

Im 1. Halbjahr 1991 betrugen die Steuereinnahmen des Landes 16,3 Mrd. DM (+ 9,4 %). Die Kreditaufnahmen beliefen sich auf 2,0 Mrd. DM, das waren

184 Mill. DM weniger als im 1. Halbjahr 1990. Sonstige Einnahmen wurden in Höhe von 5,1 Mrd. DM verzeichnet. Damit beliefen sich die Gesamteinnahmen des Landes im 1. Halbjahr 1991 auf 23,4 Mrd. DM (+ 10,2 %). Diesen Einnahmen standen Gesamtausgaben in Höhe von 24,0 Mrd. DM gegenüber (+ 6,3 %), wobei Personalausgaben in Höhe von 9,2 Mrd. DM (+ 5,4 %) und Sachausgaben in Höhe von 14,7 Mrd. DM (+ 6,9 %) anfielen.

Bei den Gemeindefinanzen in Baden-Württemberg konnten während des laufenden Jahres erneut steigende Einnahmen und Ausgaben festgestellt werden. So nahmen die bereinigten Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1990 gegenüber 1989 um 5,5 % auf 32,56 Mrd. DM zu; die entsprechende Ausgabensteigerung lag bei 6,3 % und führte zu Ausgaben in Höhe von insgesamt 31,93 Mrd. DM. Im einzelnen erhöhten sich auf der Einnahmenseite der Gemeinden und Gemeindeverbände die Nettoeinnahmen aus Steuern im angegebenen Zeitraum um 255,3 Mill. DM oder 2,1 % auf 12,41 Mrd. DM. Dabei stiegen vor allem die Einnahmen aus der Gewerbesteuer um 6,3 % an. Bei der Grundsteuer betrug die Zunahme 3,3 %, während sich die Einnahmen aus der den Gemeinden anteilig zustehenden Einkommensteuer 1990 um 2,3 % reduzierten. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist steuerreformbedingt rückläufig. Auf der Ausgabenseite fielen insbesondere die Leistungen für die Sozialhilfe u.ä. stärker ins Gewicht. Gegenüber 1989 erhöhten sich 1990 diese Ausgaben um 13 % auf 3,85 Mrd. DM. Die weiterhin umfangreichsten Ausgaben wurden im Bereich der Sachinvestitionen getätigt; hier lagen die Ausgaben der Gemeinden 1990 bei 8,9 Mrd. DM und damit um 4,3 % über dem entsprechenden Vorjahreswert. Der größte Teil davon wurde mit 5,92 Mrd. DM für Baumaßnahmen (+ 1,4 %) verwendet. Der Anteil der Baumaßnahmen an den bereinigten Ausgaben betrug somit 18,5 % gegenüber 19,4 % im Vorjahr.

Im 1. Halbjahr 1991 konnten die Gemeinden Einnahmen in Höhe von 15,6

Mrd. DM verbuchen, während sich die Ausgaben auf 16,0 Mrd. DM beliefen. Die Einnahmesteigerung betrug damit 9,0 %, wobei die Nettoeinnahmen aus Steuern um 7,9 % stiegen. Gleichzeitig nahmen die Ausgaben um 12,1 % zu. Hier stiegen die Sozialen Leistungen um 11,9 %. Aber auch die Investitionsausgaben nahmen um 12,6 % zu, darunter die Baumaßnahmen ebenfalls um 12,6 %.

Der Doppelhaushalt 1991/92 wurde einschließlich des Nachtrags im Juli auf 51,457 Mrd. DM für das Jahr 1991 und 53,572 Mrd. DM für das Jahr 1992 festgestellt. Die Einnahmen des Landes werden 1991 voraussichtlich zu 66,6 % aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, zu 28,5 % aus übrigen Einnahmen und zu 4,9 % aus Verwaltungseinnahmen gedeckt. An Personalkosten werden 1991 voraussichtlich rund 18,24 Mrd. DM (35,4 % der Gesamtausgaben) anfallen. Mit 6,4 Mrd. DM werden rund 12,5 % der Landesausgaben für Investitionen und Investitionsförderung ausgegeben. Die Nettokreditaufnahme 1991 wird 2,8 Mrd. DM betragen, sie wird 1992 auf 2,5 Mrd. DM zurückgeführt werden.

Insbesondere wegen der großen Zuwanderungen der Aus- und Übersiedler sind Mehraufwendungen im Bereich spezifischer Baumaßnahmen sowie im allgemeinen für den Sozialen Wohnungsbau unumgänglich. Im Nachtrag werden Mehrausgaben u.a. im Zusammenhang mit der Finanzierung der Deutschen Einheit, aufgrund der Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst sowie den Sonderprogrammen in den Bereichen Kinderhort an der Schule, Verkehr und Wohnungsbau anfallen. Die Finanzierung dieser zwangsläufigen Mehrausgaben wird im wesentlichen durch Sparmaßnahmen in anderen Bereichen, durch einen Überschuß aus 1990 sowie höhere Steuereinnahmen erreicht, so daß die Nettokreditaufnahme gegenüber dem Uretat in beiden Jahren nicht erhöht werden muß. Die Ausweitung der Haushalte 1991 und 1992 ist somit in erster Linie im Zusammenhang mit den politischen und wirtschaftlichen Veränderungen im Gebiet der ehemaligen DDR und in Osteuropa zu sehen.

Teil II

Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen

1. Wirtschaft

1.1 Struktur und Entwicklung der Kreditwirtschaft in Baden-Württemberg

Struktur und Entwicklung der Kreditwirtschaft in Baden-Württemberg

Einleitung

Die wirtschaftliche Dynamik des Bankensektors war in den letzten Jahrzehnten weit überdurchschnittlich. Während die reale Bruttowertschöpfung bundesweit von 1970 bis 1988 insgesamt um 52 % zunahm, belief sich die Zuwachsraten speziell der Kreditwirtschaft auf 130 %. Entsprechend überproportional war der Anstieg der Beschäftigtenzahl - von 1970 bis 1987 (Arbeitsstättenzahlungen) um 46,7 % gegenüber 10,6 % im Durchschnitt sämtlicher Wirtschaftszweige der Bundesrepublik. Landesweit wurden für die Kreditwirtschaft mit 54,5 % bei der Beschäftigung und mit 135 % bei der Bruttowertschöpfung sogar noch höhere Zuwachsraten ermittelt.

Diese außerordentlich dynamische Entwicklung wurde sowohl von den quantitativen und qualitativen Erweiterungen in der Bankleistungsnachfrage als auch von den technisch-organisatorischen und produktspezifischen Innovationen auf der Angebotsseite vorangetrieben. Zudem ist ein gut funktionierendes, leistungsstarkes Bankensystem nicht nur als eigenständiger Wachstumsfaktor, sondern - mehr noch - als zentrale Schaltstelle des Geld- und Kapitalkreislaufs und als Erbringer wichtiger Dienstleistungen - so etwa bei der Abwicklung von Auslandsgeschäften - für eine von hochentwickelter Industrie und zunehmender Dienstleistungsdurchdringung geprägte Volkswirtschaft von großer Bedeutung. Die Leistungsfähigkeit des Ganzen, das heißt der Gesamtheit wirtschaftlicher Betätigungen, wird nicht unwesentlich von den Koordinie-

rungs- und Dienstleistungsfunktionen des Bankensektors - als finanzwirtschaftlicher "Nervenzentrale" - beeinflusst.

Der vorliegende Beitrag befaßt sich mit dem Umfang und der Struktur des Kreditgewerbes in Baden-Württemberg - auch im Vergleich zu den übrigen Bundesländern und zum Bundesgebiet insgesamt¹. Hierbei wird neben dem Aspekt der ökonomischen Leistungserstellung - wie sie in den Beschäftigten- und Wertschöpfungszahlen zum Ausdruck kommt - auch den Fragen der bankwirtschaftlichen Versorgung und der Bedeutung des Bankenstandortes Baden-Württemberg - als Unternehmenssitz - nachgegangen. Die Stellung der baden-württembergischen Bankniederlassungen im bundesweiten Maßstab wird unter anderem anhand der untergliederten bankstatistischen Informationen zum Einlagen- und Kreditgeschäft verdeutlicht. Gesondert betrachtet wird darüber hinaus das Geschäft der Bausparkassen, und ein kurzer Blick wird zudem auf die Ertragslage der Kreditinstitute geworfen. Das Augenmerk richtet sich jeweils insbesondere auf die relative Position der einzelnen Institutsgruppen, um damit auch auf die Besonderheiten der heimischen Bankenstruktur hinzuweisen.

1 Aufgrund mangelnder Datenverfügbarkeit und -vergleichbarkeit hinsichtlich der neuen Bundesländer beschränken sich die vergleichenden Tabellendarstellungen und Aussagen auf den Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990.

Als statistische Quellen wurden hauptsächlich die Arbeitsstättenzählungen von 1970 und 1987, die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Bankenstatistik der Deutschen Bundesbank herangezogen. Von der Landeszentralbank wurden hierbei zum Teil auch Sonderauswertungen zur Verfügung gestellt. Methodische Erläuterungen befinden sich im Anhang des Berichts.

Das Bankwesen in der Bundesrepublik Deutschland

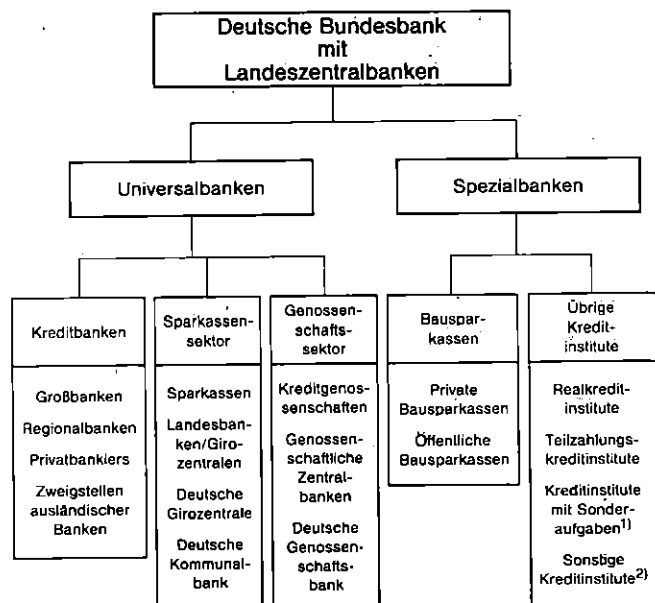
Das Bankensystem in der Bundesrepublik wird geprägt vom Typus der Universalbank, deren Geschäftstätigkeit sich im Prinzip auf sämtliche banküblichen Leistungen und Kundengruppen erstreckt, wenngleich die einzelnen Institutsgruppen der Universalbanken, bestehend aus Kreditbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken (vgl. Übersicht), - mitunter historisch bedingt - durchaus noch unterschiedliche geschäftspolitische Schwerpunkte auf-

weisen. Daneben existieren jedoch auch zahlreiche Spezialinstitute, die sich allerdings vielfach im Beteiligungsbesitz einer oder mehrerer Universalbanken befinden². In Baden-Württemberg sind - wie auch die folgenden Ausführungen belegen werden - aus dem Bereich der spezialisierten Kreditinstitute vor allem die Bausparkassen stark vertreten.

Die Tradition des Kreditgewerbes in Deutschland reicht bis ins Mittelalter zurück. Die Geldwechsel- und Kreditgeschäfte wurden damals von Privatbankiers, die darüber hinaus vorwiegend als Handelsunternehmer tätig waren, durchgeführt. Eine große Bedeutung erlangten die Privatbankiers insbesondere in den ersten Jahrzehnten der Industrialisierung. Daneben wurden jedoch in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bereits die ersten Vorläufer der heutigen Sparkassen gegründet. Der Genossenschaftsgedanke "Hilfe durch Selbsthilfe" lag erstmals 1815 einer Bankgründung zugrunde und fand in der Folgezeit - zunächst im kleingewerblichen und später auch im landwirtschaftlichen Bereich - eine rasche und flächendeckende Verbreitung. Im Zuge der fortschreitenden Industrialisierung mit dem wachsenden Kapitalbedarf der entstehenden Großindustrien und verstärkt nach der Reichsgründung (1871) setzte dann die Gründungswelle der Aktienbanken ein. Das erste große Bankenzentrum Deutschlands entstand in Berlin.

Übersicht

Das Bankensystem*) in der Bundesrepublik Deutschland



*) Ohne Postscheck- und Postsparkassenämter, die - als rechtlich unselbständige Betriebe der Deutschen Bundespost - in diesem Beitrag generell ausgedammert wurden. - 1) Teils öffentlich - rechtliche, teils privatrechtlich organisierte Kreditinstitute, die vorwiegend spezifische und sektoral begrenzte Finanzierungsaufgaben erfüllen (z.B. Kreditanstalt für Wiederaufbau). - 2) Darunter: Kapitalanlagegesellschaften, Kassenvereine und Kreditgarantiegemeinschaften.

Bedeutsam für die Entwicklung des Kreditgewerbes nach 1945 waren vor allem die Aufhebung der Bedarfsprüfung für Bank- und Zweigstellengründungen (1958), die Abschaffung der staatlichen Zinsbindung (1967) sowie die allgemein erkennbare Tendenz zum Mengengeschäft, die mit der zunehmenden Geldvermögensbildung - auch der unteren und mittleren Einkommensgruppen - bei gleichzeitig wachsendem Kreditbedarf

2 Eine umfassende Darstellung des Bankensystems ist dem Buch von Eberhart Ketzel: Das Kreditwesen in der Bundesrepublik Deutschland - Institutionen und Märkte -, Köln 1982, S. 80 ff., zu entnehmen.

der Wirtschaft einherging³. Im Gefolge haben sich das Leistungsprogramm und der Kundenkreis der Universalbankengruppen tendenziell angeglichen, die Zweigstellennetze wurden beträchtlich ausgebaut - der Wettbewerb zwischen den Instituten und Institutsgruppen wurde erheblich intensiviert, was nicht zuletzt in der fortschreitenden Differenzierung und Arrondierung des Dienstleistungsprogramms in Richtung eines Allfinanz-Angebots zum Ausdruck kommt. Mit der steigenden internationalen Güter- und Unternehmensverflechtung, mit der Entstehung und dem schnellen Wachstum der internationalen Finanzmärkte und auch mit der zunehmenden Bedeutung der D-Mark als internationaler Kredit- und Anleihewährung expandierte das Auslandsgeschäft in den letzten Jahrzehnten wie kein anderer Geschäftsbereich der deutschen Banken. Nachdem das Auslandsgeschäft zunächst vorwiegend über Korrespondenzbankbeziehungen und internationale Kooperationen ("Bankenclubs") abgewickelt wurde - die eigentliche Präsenz im Ausland beschränkte sich auf Repräsentanzen -, gingen die Institute verstärkt in den 70er Jahren dazu über, Auslandsfilialen und Tochtergesellschaften zu gründen und Beteiligungen an ausländischen Banken zu erwerben. In dieser Zeit entwickelte sich Frankfurt mehr und mehr zum mit Abstand dominierenden bankwirtschaftlichen Zentrum der Bundesrepublik und mittlerweile auch zu einem international bedeutenden Finanzplatz.

Kreditinstitute mit Sitz in Baden-Württemberg

Die Vielgestaltigkeit der deutschen Bankenlandschaft, die sich aus dem wettbewerblichen Nebeneinander von privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Universalbanken einerseits

und spezialisierten Kreditinstituten andererseits ergibt, ist grundsätzlich auch in Baden-Württemberg vorzufinden. Hierbei ist jedoch zu unterscheiden zwischen den in Baden-Württemberg tätigen und den hier ansässigen Kreditinstituten. Betrachtet man zunächst das Kriterium des Unternehmenssitzes, so ergeben sich durchaus einige landesspezifische Besonderheiten.

Von den insgesamt 848 Banken mit Sitz in Baden-Württemberg (Stand: Ende 1989; ohne Bausparkassen) entfallen allein 727 Institute auf den genossenschaftlichen Sektor (Tabelle 1). Hinzu kommt noch - als württembergisches Zentralinstitut - die Genossenschaftliche Zentralbank AG (Stuttgart). Der zahlenmäßige Anteil dieser Bankengruppe ist somit im Land beträchtlich höher als im Bundesgebiet. Ein Grund hierfür liegt sicherlich in der historisch gewachsenen Wirtschaftsstruktur des Landes mit seiner Vielzahl an Klein- und Mittelbetrieben, die eine gute Voraussetzung für die Gründung und Entwicklung insbesondere der gewerblichen Kreditgenossenschaften (Volksbanken) bildete. Aufgrund des seit Ende der 60er Jahre anhaltenden Fusionsprozesses, der wesentlich zur Erhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Genossenschaftsbanken beitrug, reduzierte sich jedoch die Anzahl der Kreditgenossenschaften von 1969 bis 1989 im Land um 1 051 und bundesweit um 4 781 Institute. Die Kreditgenossenschaften im Badischen und im Württembergischen Genossenschaftsverband zählten 1989 zusammen knapp 2,6 Mill. Einzelmitglieder (Anhangtabelle 1) - gegenüber 1975 eine Steigerung um 58,4 %. Mit der erheblichen Zunahme der Einzelmitglieder und genossenschaftlichen Aktionäre hat sich auch die Mitgliederstruktur der Volksbanken und Raiffeisenbanken grundlegend verändert. So ist der Anteil der Arbeiter, Angestellten und Beamten seit den 50er Jahren enorm gestiegen und bildet mittlerweile die mit Abstand dominierende Berufsgruppe.

Während bei den Kreditgenossenschaften die Zersplitterung in relativ kleine Einheiten in Württemberg ausgeprägter ist als im badischen Landesteil - so gehörten 1989 dem Württembergischen Genossenschaftsverband 535 Institute an,

3 Vgl. hierzu wie auch zu den folgenden Ausführungen zum Auslandsgeschäft: Büschgen, H.E.: Zeitgeschichtliche Problemfelder des Bankwesens der Bundesrepublik Deutschland, in: Deutsche Bankengeschichte, Band 3, Frankfurt a.M. 1983, S. 385 ff. und S. 397 ff.

Tabelle 1

Kreditinstitute*) mit Sitz in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet) 1969, 1979 und 1989**
 – Stand jeweils am Jahresende –

Bankengruppe	Baden-Württemberg					Bundesgebiet			
	1989	1979	1969	Ver- änderung 1989 gegenüber 1969		1989	1979	1969	Ver- änderung 1989 gegenüber 1969
	Anzahl								
Kreditbanken	22	15	25	–	3	321	252	315	+ 6
davon									
Großbanken	–	–	–	–	–	6	6	6	0
Regionalbanken und Sonstige ¹⁾	15	7	10	+	5	229	157	137	+ 92
Privatbankiers	7	8	15	–	8	86	89	172	– 86
Sparkassen	92	92	133	–	41	583	603	851	– 268
Kreditgenossenschaften	727	982	1 778	–	1 051	3 223	4 443	8 004	– 4 781
Realkreditinstitute	2	2	5	–	3	37	39	48	– 11
Teilzahlungskreditinstitute ²⁾	–	18	32	–	32	–	115	191	– 191
Sonstige Kreditinstitute	5	6	14	–	9	112	120	127	– 15
darunter									
Girozentralen	1	2	2	–	1	11	12	13	– 2
Genossenschaftliche Zentralbanken	1	1	4	–	3	4	10	18	– 14
Insgesamt	848	1 115	1 987	–	1 139	4 276	5 572	9 536	– 5 260

*) Ohne Bausparkassen sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter. - **) Hier wie auch in den folgenden Tabellen und Schaubildern: Ohne die Bundesländer auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und ohne Berlin (Ost). - 1) Von den Niederlassungen ausländischer Banken werden jeweils die ersten Zweigstellen im Bundesgebiet als Kreditinstitute erfaßt und der Bankengruppe "Kreditbanken" zugeordnet. - 2) Diese statistische Bankengruppe wurde 1986 aufgelöst; die damals existierenden Teilzahlungskreditinstitute (72 im Bundesgebiet/9 in Baden-Württemberg) wurden entsprechend ihrer Rechtsform den "Regionalbanken" (42/7), den "Privatbankiers" (22/1) und den "Kreditgenossenschaften" (8/1) zugeordnet.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Landeszentralbank Baden-Württemberg; eigene Berechnungen.

dem Badischen Genossenschaftsverband hingegen nur 187⁴⁾-, ergibt sich bei den Sparkassen ein umgekehrtes Bild. Die unterschiedliche Größenstruktur der badischen im Vergleich zu den württembergischen Sparkassen ist etwa daran ersichtlich, daß die 68 badischen Sparkassen an der gesamten Bilanzsumme aller 92 Sparkassen in Baden-Württemberg lediglich einen Anteil von 38 % erreichen (Stand: Ende 1989). Das weitaus größte Institut unter den baden-württembergischen Sparkassen ist die bis auf das Jahr 1818 zurückgehende Landesgiro-

kasse (Stuttgart), die auch bundesweit zu den größten Sparkassen zählt. Aus der Fusion der Badischen Kommunalen Landesbank - Girozentrale - mit der Landesbank Stuttgart Girozentrale am 31.12.1988 entstand die Südwestdeutsche Landesbank Girozentrale (Stuttgart-Mannheim) als neues Spitzeninstitut der badischen und der württembergischen Sparkassen (Sparkassenzentralbank), aber auch als größte, national und international tätige Universalbank Baden-Württembergs.

Mit lediglich 22 in Baden-Württemberg ansässigen Instituten sind die Kreditbanken im Land - gemessen am Kriterium des Unternehmenssitzes - nur schwach vertreten. Die Großbanken (Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und ihre Berliner Tochterinstitute) sowie die großen Regionalbanken (z.B. Bayerische Vereinsbank AG) betreiben zwar in Baden-

4 Aufgrund weiterer Fusionen ist die Zahl der württembergischen Volksbanken und Raiffeisenbanken auf nunmehr 516 Institute zurückgegangen. Der Badische Genossenschaftsverband zählt derzeit noch 180 Mitgliedsinstitute.

Württemberg bedeutende Kopfstellen und zumeist ein umfangreiches Zweigstellennetz, ihren Sitz haben sie jedoch ausserhalb des Landes. Als Ursachen dafür lassen sich historische Begebenheiten und Entwicklungen anführen. So etwa der Umstand, daß die Gründungswelle im Bankensektor in Südwestdeutschland später als in Preußen, Bayern oder Hessen einsetzte und zudem einige Regionalbanken und Privatbankiers von Banken mit Sitz außerhalb der heutigen Landesgrenzen übernommen und als Filialen dieser Institute weitergeführt wurden.⁵ Ein wesentlicher Grund muß ferner darin gesehen werden, daß sich in Baden und in Württemberg - auch nach der Gründung des Südweststaates im Jahr 1952 - kein mit Frankfurt, Düsseldorf oder München vergleichbares regionales Bankenzentrum mit auch überregionaler Ausstrahlung herausbildete. Neben Stuttgart waren (und sind) vor allem Karlsruhe und Mannheim auf regionaler Ebene durchaus bedeutende Bankplätze. Unter den baden-württembergischen Kreditbanken ist - entsprechend ihrer Größe - die Baden-Württembergische Bank AG (Stuttgart), die aus den ehemaligen Notenbanken Badens und Württembergs (bis zum 1.1.1876⁶ - danach noch bis 1935 als sogenannte Privatnotenbanken tätig) hervorging, zu erwähnen.

Aus dem Bereich der Spezialbanken sind unter anderem zwei Realkreditinstitute - nämlich die (öffentlich-rechtliche) Landeskreditbank Baden-Württemberg (Karlsruhe) und die (private) Württembergische Hypothekenbank AG (Stutt-

gart) - in Baden-Württemberg ansässig. Hervorzuheben sind insbesondere auch die zwei öffentlichen und die vier privaten Bausparkassen im Land, darunter die Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot - gemeinnützige GmbH - (Ludwigsburg), die 1924 als erste Bausparkasse in Deutschland gegründet wurde (in Tabelle 1 wurden entsprechend der Darstellungsform der Landeszentralbank die Bausparkassen nicht ausgewiesen).

ARBEITSSTÄTTEN UND BESCHÄFTIGTE

Beschäftigtenzunahme von 1970 bis 1987 stärker als im Bundesdurchschnitt

Bei der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987 wurden 7 716 Arbeitsstätten (örtliche Einheiten) der Kreditwirtschaft in Baden-Württemberg erfaßt (Tabelle 2). Die große Bedeutung der Sparkassen und der genossenschaftlichen Banken bei der flächendeckenden Bereitstellung von Bankleistungen kommt darin zum Ausdruck, daß landesweit gut 86 % der kreditgewerblichen Arbeitsstätten von diesen Institutsgruppen unterhalten werden (Sparkassen: 42,4 %; Kreditgenossenschaften: 43,8 %). Die Kreditbanken sind zwar mit 734 Arbeitsstätten im Land durchaus beachtlich vertreten (Anteil: 9,5 %), auf Bundesebene ist ihr Anteil (15,9 %) jedoch noch beträchtlich höher (Schaubild 1). Insgesamt waren 1987 19,3 % aller kreditwirtschaftlichen Arbeitsstätten des Bundesgebiets in Baden-Württemberg angesiedelt.

Der Vergleich mit den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung von 1970 zeigt eine Zunahme der Gesamtzahl der Arbeitsstätten im Bankensektor des Landes um 27,3 %. Während die Kreditbanken (+ 24,2 %), die Kreditgenossenschaften (+ 22,4 %) und - am stärksten - die Sparkassen (+ 47,4 %) ihre Filialnetze erheblich ausbauten, wurde insbesondere bei den übrigen Kreditinstituten ein starker Rückgang (- 56,3 %) der Arbeitsstättenzahl verzeichnet. Auch bei der Beschäftigtenentwicklung liegen die übrigen Kreditinstitute mit einem Anstieg um lediglich 1,8 % von 1970 bis 1987 an letzter Stelle unter den hier betrachteten Bankengruppen.

5 Vgl. Pfeleiderer, O.: Geldwesen, Banken und Versicherungen, in: Baden-Württemberg - Staat, Wirtschaft, Kultur -, Hrsg.: Theodor Pfizer, Stuttgart 1963, S. 201 ff.

6 An diesem Stichtag vollzog sich der Übergang vom (norddeutschen) Taler und vom (süddeutschen) Gulden zur Mark; die Preußische Bank wurde gleichzeitig in die Reichsbank umgewandelt.

Tabelle 2

Arbeitsstätten und Beschäftigte der Kreditwirtschaft*) in Baden-Württemberg nach Bankengruppen
 – Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987 –

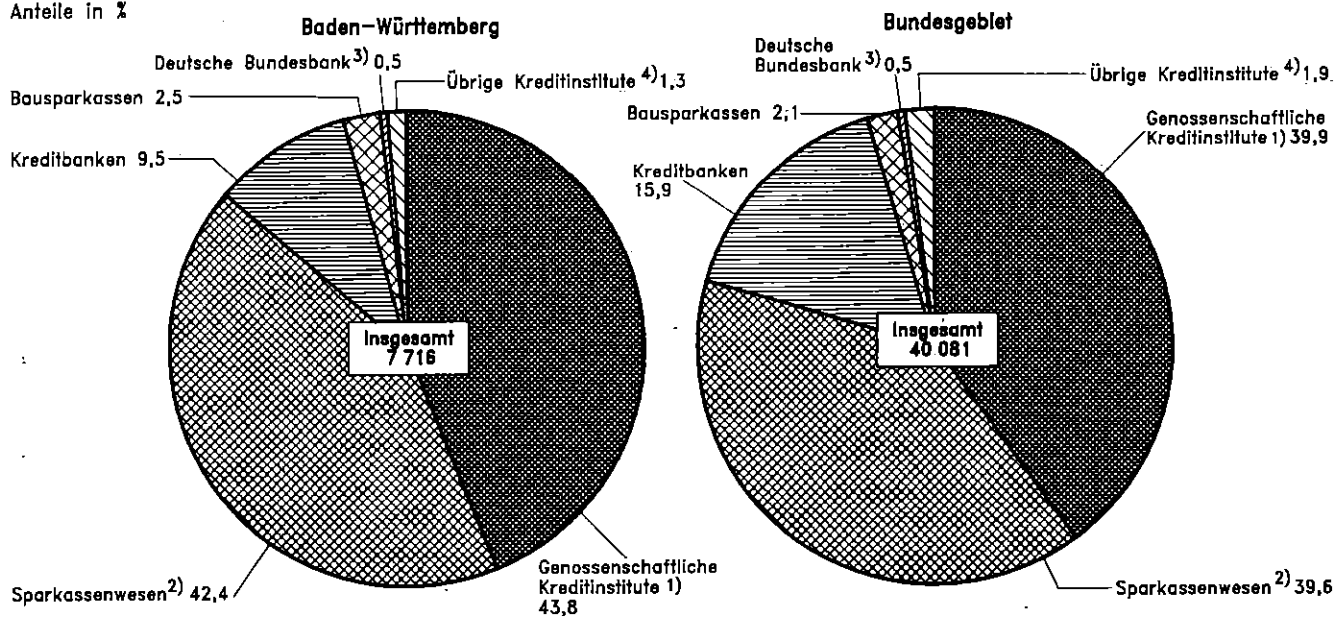
Bankengruppe	Arbeitsstätten				Beschäftigte			
	insgesamt	Struktur	Anteil am Bundesgebiet	Veränderung 1987 gegenüber 1970 ¹⁾	insgesamt	Struktur	Anteil am Bundesgebiet	Veränderung 1987 gegenüber 1970 ¹⁾
	Anzahl	%			Anzahl	%		
Deutsche Bundesbank ²⁾	37	0,5	17,5	– 17,8	1 817	1,8	12,8	+ 31,0
Kreditbanken	734	9,5	11,5	+ 24,2	17 266	17,1	9,9	+ 24,9
Sparkassenwesen ³⁾	3 271	42,4	20,6	+ 47,4	38 563	38,2	16,2	+ 75,3
Genossenschaftliche Kreditinstitute ⁴⁾	3 378	43,8	21,1	+ 22,4	31 485	31,2	22,0	+ 74,4
Bausparkassen	195	2,5	22,7	– 9,7	9 916	9,8	48,3	+ 21,1
Übrige Kreditinstitute ⁵⁾	101	1,3	13,5	– 56,3	1 982	2,0	9,6	+ 1,8
Kreditwirtschaft insgesamt	7 716	100	19,3	+ 27,3	101 029	100	16,5	+ 54,5

*) Hier wie auch in den folgenden Tabellen und Schaubildern: Ohne Postscheck- und Postsparkassenämter. – 1) Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970. – 2) Auf Landesebene: Haupt- und Zweigstellen der Landeszentralbank. – 3) Einschließlich Girozentralen, Landesbanken. – 4) Einschließlich Genossenschaftliche Zentralbanken. – 5) Realkreditinstitute, Teilzahlungskreditinstitute, Kreditinstitute mit Sonderaufgaben und sonstige Kreditinstitute.

Schaubild 1

Arbeitsstätten der Kreditwirtschaft in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1987 nach Bankengruppen
 – Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987 –

Anteile in %



1) Einschließlich Genossenschaftliche Zentralbanken. – 2) Einschließlich Girozentralen, Landesbanken. – 3) Haupt- und Zweigstellen der Landeszentralbank. – 4) Realkreditinstitute, Teilzahlungskreditinstitute, Kreditinstitute mit Sonderaufgaben und sonstige Kreditinstitute.

Die Zahl der Arbeitsplätze im gesamten Kreditgewerbe des Landes ist in diesem Zeitraum um 54,5 % und damit stärker als im Bundesdurchschnitt (+ 46,7 %) gestiegen. Mit Abstand die höchsten Zuwachsraten wurden im Sparkassenwesen (+ 75,3 %) und in der genossenschaftlichen Bankengruppe (+ 74,4 %) ermittelt. Die außerordentliche wirtschaftliche Dynamik, die sich hinter diesen Zahlen verbirgt, wird deutlich, wenn man zum Vergleich die Beschäftigtenzunahme der Gesamtwirtschaft heranzieht (Land: + 15,5 %; Bund: + 10,6 %).

Im Mai 1987 waren in der Kreditwirtschaft Baden-Württembergs 101 029 Beschäftigte und damit 2,2 % aller Beschäftigten im Land tätig. Der Anteil an den Beschäftigten der Kreditinstitute im Bundesgebiet belief sich auf 16,5 % und war somit höher als die entsprechenden Anteile an der Bevölkerung (1987: 15,2 %) oder am gesamtwirtschaftlichen Bruttoinlandsprodukt (1987: 16,1 %). Die höchsten Beschäftigtenzahlen weisen wiederum die Sparkassen (38 563) und die Kreditgenossenschaften (31 485) auf. Bei den im Lande tätigen Kreditbanken wurden 17 266 Arbeitsplätze gezählt, was immerhin einem Anteil von 17,1 % am gesamten Kreditgewerbe des Landes entspricht. Daraus geht hervor, daß die Kreditbanken doch in höherem Maße im Land präsent sind, als dies beim Anteil an den Arbeitsstätten, mit der Vielzahl an Klein- und Kleinstfilialen des Sparkassen- und Genossenschaftssektors, zum Ausdruck kommt. Zur Beurteilung der Bedeutung einzelner Institutsgruppen innerhalb des Bankenbereichs müssen jedoch insbesondere auch die einzelnen Bankleistungsarten und das jeweils getätigte Volumen betrachtet werden. Diese Betrachtung wird im folgenden - jedenfalls für die Einlagen- und Kreditgeschäfte mit Nichtbanken - noch vorgenommen werden. Bei den Bausparkassen ist demgegenüber schon anhand der Beschäftigtenzahl (9 916) eindeutig zu ersehen, daß das Land Baden-Württemberg für diese Bankengruppe einen bevorzugten Standort und ein günstiges Tätigkeitsgebiet darstellt. So entfielen 1987 auf das Land 48,3 % aller Arbeitsplätze der Bausparkassen im Bundesgebiet.

Flächendeckend gute Versorgung mit Bankleistungen

In Anhangtabelle 2 wurden die Arbeitsstätten und Beschäftigten der Kreditwirtschaft nach Stadt- und Landkreisen ausgewiesen. Bei der Relation "Arbeitsstätten je 10 000 Einwohner" liegen die Werte zwischen 5,5 (Kreis Esslingen) und 18,3 (Main-Tauber-Kreis); im Landesdurchschnitt kamen 1987 8,3 Arbeitsstätten der Kreditwirtschaft auf 10 000 Einwohner. Die Zahlen weisen darauf hin, daß das Angebot an Bankdienstleistungen in allen Stadt- und Landkreisen ortsnahe verfügbar ist. Dieser Eindruck bestätigt sich auch beim Blick auf die Relation "Anteil der Beschäftigten in der Kreditwirtschaft an den Beschäftigten insgesamt": hier ergeben sich im allgemeinen nur relativ geringe Schwankungen; lediglich der Kreis Schwäbisch Hall - als Sitz der gleichnamigen Bausparkasse der Volksbanken und Raiffeisenbanken - weicht mit einem Anteil des Kreditgewerbes von 6,9 % beträchtlich vom Landesdurchschnitt (2,2 %) ab. Erhebliche Unterschiede sind dagegen bei den Veränderungsraten der Anzahl der Arbeitsstätten und bei der Beschäftigtenentwicklung von 1970 bis 1987 feststellbar. Auffallend ist hierbei, daß viele eher ländlich strukturierte Kreise - insbesondere bei der Beschäftigtenentwicklung - weit überdurchschnittliche Zuwachsraten aufweisen. Während an zentralen Bankplätzen wie Stuttgart (+ 17,0 %) und Karlsruhe (+ 32,5 %) die Beschäftigtenzunahme relativ bescheiden ausfiel, haben sich die Beschäftigtenzahlen im Zollernalbkreis (+ 112,3 %), im Rhein-Neckar-Kreis (+ 111,3 %), im Bodenseekreis (+ 102,2 %) und im Kreis Heidenheim (+ 100,4 %) mehr als verdoppelt. In Verbindung mit den mittlerweile nur noch recht geringen Abweichungen bei den gesamtwirtschaftlichen Beschäftigtenanteilen des Kreditgewerbes läßt diese Entwicklung darauf schließen, daß im Jahr 1970 offensichtlich noch vorhandene regionale Niveauunterschiede im bankwirtschaftlichen Versorgungsgrad im betrachteten Zeitraum weitgehend abgebaut wurden, so daß sich nunmehr eine flächendeckend gute Versorgungssituation konstatieren läßt.

Wenngleich der Landeshauptstadt Stuttgart nicht die Bedeutung eines alles überragenden regionalen Bankenzentrums zukommt, so liegt hier doch eindeutig der Schwerpunkt der finanziellen und speziell der kreditgewerblichen Dienstleistungen in Baden-Württemberg. Mit 13 154 Beschäftigten entfielen 1987 13,0 % aller Arbeitsplätze der Banken im Land auf die Landeshauptstadt. Der Anteil an den Beschäftigten insgesamt belief sich in Stuttgart auf überdurchschnittliche 3,0 %; höhere Anteile wurden jedoch – neben Schwäbisch Hall – auch für den Kreis Ludwigsburg und den Stadtkreis Karlsruhe ermittelt (jeweils 3,3 %).

Klein- und Kleinstfilialen dominieren zahlenmäßig

Nahezu die Hälfte (47,3 %) aller am 25. Mai 1987 in Baden-Württemberg erfaßten Arbeitsstätten des Kreditgewerbes wurde nach 1969 eröffnet. Der Anteil der nach 1969 eröffneten Arbeitsstätten ist somit gleichwohl geringer als in der Gesamtwirtschaft (63,8 %) oder etwa im Verarbeitenden Gewerbe (52,4 %) des Landes, jedoch höher als der entsprechende Wert für die Kreditwirtschaft im Bundesgebiet (40,9 %; vgl. Anhangtabelle 3). Auf die nach 1969 erfolgten Eröffnungen entfielen aber lediglich 25,3 % der 1987 registrierten Arbeits-

Tabelle 3

Arbeitsstätten und Beschäftigte der Kreditwirtschaft in Baden-Württemberg nach Eröffnungsjahren
– Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987 –

Bankengruppe	Arbeits- stätten	Be- schäftigte	Davon: nach Eröffnungsjahren					
			Arbeits- stätten	Be- schäftigte	Arbeits- stätten	Be- schäftigte	Arbeits- stätten	Be- schäftigte
			vor 1970		1970 bis 1984		1985 bis 1987 (25. Mai)	
	insgesamt		Anzahl					
Deutsche Bundesbank ¹⁾	37	1 817	31	1 592	5	190	1	35
Kreditbanken	734	17 266	381	13 279	318	3 547	35	440
Sparkassenwesen ²⁾	3 271	38 563	1 373	26 928	1 697	9 832	201	1 803
Genossenschaftliche Kreditinstitute ³⁾	3 378	31 485	2 183	23 651	1 076	6 982	119	852
Bausparkassen	195	9 916	55	8 363	122	1 497	18	56
Übrige Kreditinstitute ⁴⁾	101	1 982	43	1 651	46	254	12	77
Kreditwirtschaft insgesamt	7 716	101 029	4 066	75 464	3 264	22 302	386	3 263
			Struktur nach Eröffnungsjahren in %					
Deutsche Bundesbank ¹⁾	100	100	83,8	87,6	13,5	10,5	2,7	1,9
Kreditbanken	100	100	51,9	76,9	43,3	20,5	4,8	2,5
Sparkassenwesen ²⁾	100	100	42,0	69,8	51,9	25,5	6,1	4,7
Genossenschaftliche Kreditinstitute ³⁾	100	100	64,6	75,1	31,9	22,2	3,5	2,7
Bausparkassen	100	100	28,2	84,3	62,6	15,1	9,2	0,6
Übrige Kreditinstitute ⁴⁾	100	100	42,6	83,3	45,5	12,8	11,9	3,9
Kreditwirtschaft insgesamt	100	100	52,7	74,7	42,3	22,1	5,0	3,2

1) Haupt- und Zweigstellen der Landeszentralbank. - 2) Einschließlich Girozentralen, Landesbanken. - 3) Einschließlich Genossenschaftliche Zentralbanken. - 4) Realkreditinstitute, Teilzahlungskreditinstitute, Kreditinstitute mit Sonderaufgaben und sonstige Kreditinstitute.

Tabelle 4

Neueröffnungen der Kreditwirtschaft in Baden-Württemberg von 1981 bis zum 25. Mai 1987**– Arbeitsstätten und Beschäftigte****– Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987 –**

Jahr	Arbeits- stätten	Be- schäftigte	Anteil an den Eröffnungen ¹⁾ in Baden-Württemberg		Anteil an den Neueröffnungen im Bundesgebiet	
			Arbeits- stätten	Beschäftigte	Arbeits- stätten	Beschäftigte
	Anzahl			%		
1981	77	606	45,6	36,9	18,8	31,1
1982	64	215	42,7	25,7	19,4	11,9
1983	67	268	36,6	17,7	22,0	15,0
1984	59	223	32,6	14,1	19,9	9,6
1985	57	169	30,0	11,6	18,6	9,9
1986	48	212	27,4	12,2	17,1	12,6
1987	15	62	71,4	89,9	16,3	7,5
Insgesamt	387	1 755	36,2	19,9	19,2	14,5

1) Neueröffnungen und Standortverlagerungen.

plätze, woraus ersichtlich ist, daß es sich hierbei doch vorwiegend um die Gründung kleinerer Bankstellen sowie um die Standortverlagerung kleinerer Bankfilialen handelte. Überdurchschnittlich hohe Anteile der nach 1969 eröffneten Arbeitsstätten ergeben sich bei den Bausparkassen (71,8 %) und Sparkassen (58,0 %) sowie bei den übrigen Kreditinstituten (57,4 %). Auch die Kreditbanken (48,1 %) liegen noch leicht über dem durchschnittlichen Anteil im gesamten Kreditgewerbe (Tabelle 3).

In Tabelle 4 werden speziell die Neueröffnungen von Arbeitsstätten im Bankensektor von 1981 bis zum Stichtag der Zählung dargestellt. Im Gegensatz zu den Eröffnungen wurden hier die Standortverlagerungen ausgeklammert. Die jeweiligen, zum Teil unter einem Drittel liegenden Anteile der Neueröffnungen an den Eröffnungen insgesamt zeigen jedoch, daß im betrachteten Zeitraum gerade auch zahlreiche Standortverlagerungen stattgefunden haben. Insgesamt wurden von 1981 bis zum 25. Mai 1987 387 neue Bankstellen im Land mit 1 755 Beschäftigten gegründet. Die

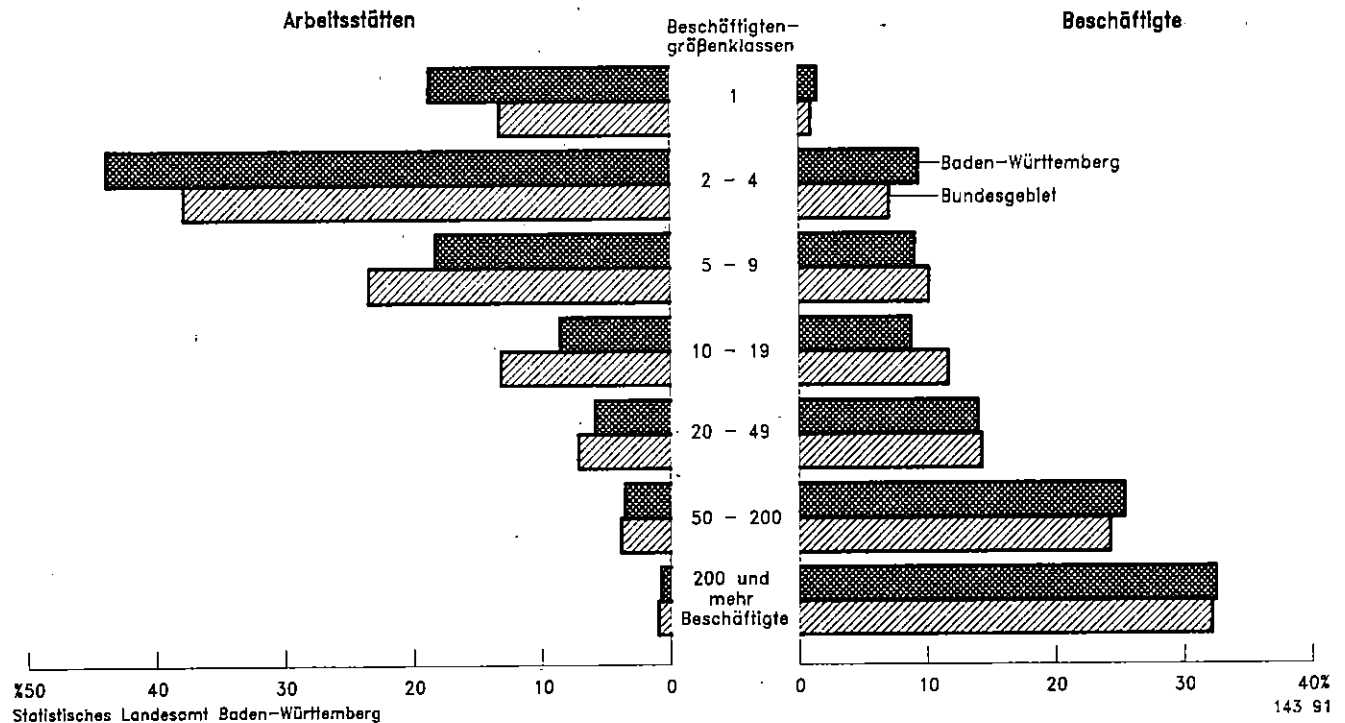
durchschnittliche Belegschaft dieser Arbeitsstätten beläuft sich somit auf 4,5 Beschäftigte. Anteilig am Bundesgebiet entfielen 19,2 % der Neueröffnungen und 14,5 % der damit verbundenen Arbeitsplätze auf Baden-Württemberg.

Über 60 % aller Bankstellen im Land haben weniger als 5 Beschäftigte, und in gut 80 % der Bankfilialen arbeiten weniger als 10 Personen (Schaubild 2). Dennoch sind in den Arbeitsstätten mit weniger als 10 Beschäftigten nur knapp 20 % und in den Arbeitsstätten mit weniger als 5 Beschäftigten lediglich etwas mehr als 10 % aller Arbeitsplätze der Kreditwirtschaft angesiedelt; auf die rund 4 % der Bankstellen mit 50 Beschäftigten und mehr entfällt hingegen weit mehr als die Hälfte (knapp 58 %) der Bankbeschäftigten in Baden-Württemberg. Bei etwa 1 % der Arbeitsstätten handelt es sich um "örtliche Einheiten" mit 200 Beschäftigten und mehr; diese Großfilialen und Hauptniederlassungen stellen nahezu ein Drittel der kreditgewerblichen Arbeitsplätze im Land. Beim Vergleich mit der Größenstruktur der kreditwirtschaftlichen Ar-

Schaubild 2

Arbeitsstätten und Beschäftigte der Kreditwirtschaft in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1987

-Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987-



beitsstätten im Bundesgebiet fällt auf, daß auf Landesebene die Klein- und Kleinstfilialen (unter 5 Beschäftigte) überproportional zu Buche schlagen, während bundesweit die mittleren Größenklassen (von 5 bis 49 Beschäftigten) stärker vertreten sind. Die jeweiligen Anteile der größeren Bankstellen (50 Beschäftigte und mehr) entsprechen sich demgegenüber weitgehend.

Die Bankstellennetze der einzelnen Bankengruppen im Land weisen zum Teil recht unterschiedliche Größenstrukturen auf (Anhangtabelle 4). Naturgemäß weichen vor allem die Geschäftsstellen der Deutschen Bundesbank mit ihren spezifischen Zentralbankfunktionen deutlich von der durchschnittlichen Größenverteilung ab; der Schwerpunkt liegt hier bei den Arbeitsstätten mit 20 bis 49 Beschäftigten (Anteil: knapp 60 %). Bei den Kreditbanken kann ein Schwerpunkt bei den Arbeitsstätten mit 5 bis 19 Beschäftigten (Anteil: knapp 52 %) ausgemacht werden; auch für die höheren

Größenklassen ergeben sich in dieser Institutsgruppe überdurchschnittliche Anteile (20 bis 49: knapp 12 %; 50 und mehr: gut 9 %). Bei den übrigen Bankengruppen dominieren hingegen eindeutig die Klein- und Kleinstfilialen (1 bis 4) mit Anteilen zwischen 56 % (übrige Kreditinstitute) und 76 % (Bausparkassen). Aus dem Vergleich mit der Größenstruktur der Arbeitsstätten im Jahr 1970 geht für die Kreditwirtschaft insgesamt hervor, daß sich viele der 1970 noch von einer Person betriebenen Kleinstfilialen im betrachteten Zeitraum zu Arbeitsstätten mit mehreren Beschäftigten entwickelten; der entsprechende Anteil der Kleinstfilialen ging von 33,6 % auf 18,8 % zurück, während der Anteil der Bankstellen mit 2 bis 4 Beschäftigten von 34,9 % auf 43,9 % gestiegen ist. Auch für die nächsthöheren Größenklassen (bis unter 200 Beschäftigte) wurden durchweg Anteilszunahmen ermittelt, so daß für den vorliegenden Zeitraum allgemein eine Tendenz hin zu personell besser ausgestatteten Arbeitsstätten ersichtlich ist.

Im Bundesländervergleich: Hessen mit hervorgehobener Position.

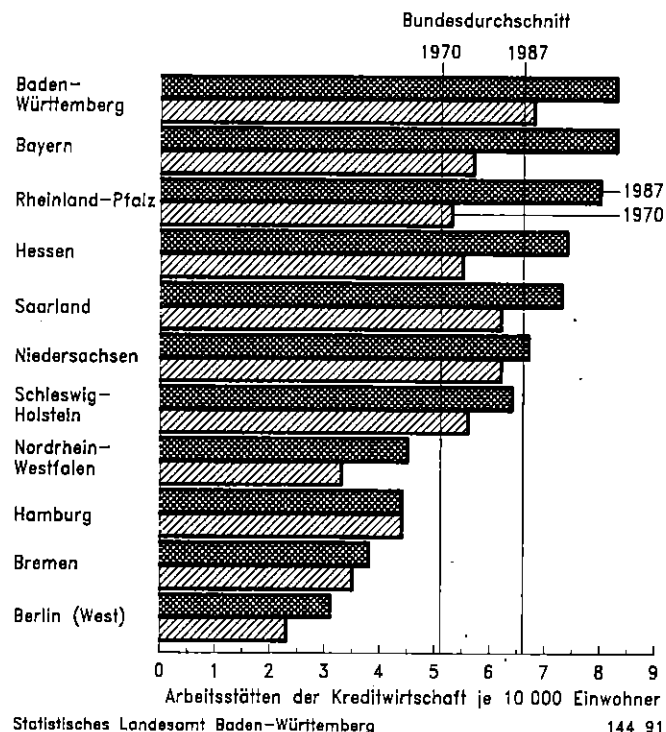
Die landesweit außerordentlich hohe Anzahl an Klein- und Kleinstfilialen äußert sich ferner darin, daß Baden-Württemberg - zusammen mit Bayern - die höchste Bankstellendichte unter allen westlichen Bundesländern aufweist (Schaubild 3). Die Aussagekraft der auf die Einwohnerzahl bezogenen Bankstellendichte im Hinblick auf Versorgungsaspekte sollte jedoch nicht überschätzt werden, da hierbei in erster Linie unterschiedliche Besiedlungsstrukturen - so ist die Bankstellendichte in den ländlichen Räumen im allgemeinen höher als in den Stadtkreisen - und die historisch gewachsene Präsenz einzelner Bankengruppen, wie etwa der Genossenschaftsbanken, maßgeblich sind. So deuten die Zahlen und Relationen der Bankbeschäftigten - unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Besiedlungsstrukturen - nicht darauf hin, daß zwischen den Bundesländern größere Unterschiede im kreditwirtschaftlichen Versorgungsgrad gegeben sind (Tabelle 5). Schließlich bietet der im Laufe der 70er und 80er Jahre beträchtlich intensivierte Bankenwettbewerb - gerade auch im sogenannten Mengengeschäft - eine gewisse Garantie dafür, daß regionale Versorgungsdefizite nicht entstehen oder - sofern ursprünglich vorhanden - tendenziell abgebaut werden. Letztlich bestehen die Unterschiede im wesentlichen darin, daß die Bankleistungen einerseits - wie etwa in Baden-Württemberg oder Bayern - schwerpunktmäßig von einer Vielzahl kleinerer Bankstellen oder - wie in Nordrhein-Westfalen und in den Stadtstaaten - von einer verhältnismäßig kleinen Anzahl durchschnittlich größerer Bankstellen angeboten werden. Die führende Stellung Baden-Württembergs hinsichtlich der Bankstellendichte erlaubt jedoch immerhin die Aussage, daß die Bankleistungen im Land in besonders hohem Maße ortsnahe und damit kundennah verfügbar sind.

Die Zunahme der Bankbeschäftigten in Baden-Württemberg von 1970 bis 1987 (+ 54,5 %) entsprach in etwa der Entwicklung im Bundesland Hessen (+ 55,1 %), das mit dem bundesweit mit Abstand führenden Bankenplatz Frankfurt a.M. eine hervorgehobene Position im Bereich der Kreditwirtschaft ein-

Schaubild 3

Bankstellendichte in den Bundesländern 1970 und 1987

-Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen vom 27. Mai 1970 und vom 25. Mai 1987-



nimmt. In Frankfurt a.M. haben - unter anderem - die Deutsche Bundesbank, zwei Großbanken und zahlreiche Regionalbanken sowie die Zentralinstitute des deutschen Genossenschafts- und Sparkassensektors ihren Sitz; Frankfurt a.M. ist darüber hinaus auch der bevorzugte Standort der in der Bundesrepublik tätigen ausländischen Banken. Somit kommt die Kreditwirtschaft in keinem anderen Bundesland auf einen entsprechend hohen Anteil an der Gesamtbeschäftigung wie in Hessen (3,1 %; Bundesdurchschnitt: 2,3 %). Was jedoch die Beschäftigtenentwicklung im betrachteten Zeitraum anbelangt, so wurden die höchsten Zuwachsraten nicht in Hessen, sondern in Bayern (+ 62,4 %) und Rheinland-Pfalz (+ 58,4 %) ermittelt. Die jeweiligen Veränderungsrate waren jedoch auch in den übrigen Bundesländern - mit Ausnahme Hamburgs (lediglich + 5,7 %) - außerordentlich hoch.

Gemessen daran, daß die Kreditinstitute 1987 in Baden-Württemberg gut 22 000 Personen mehr als in Hessen beschäftigten, war die entsprechende Differenz in

Tabelle 5

Arbeitsstätten, Beschäftigte und Löhne und Gehälter der Kreditwirtschaft in den Bundesländern und im Bundesgebiet

– Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987 –

Land/Bundesgebiet	Arbeitsstätten		Beschäftigte					Löhne und Gehälter	
	1987	Ver- änderung 1987 gegenüber 1970 ¹⁾	1987				Ver- änderung 1987 gegenüber 1970 ¹⁾	im Jahr 1986	
	Anteil am Bundes- gebiet		insgesamt	Anteil am Bundes- gebiet	Anteil an den Be- schäftigten insgesamt	je 1000 Ein- wohner		insgesamt	Anteil am Bundes- gebiet
	%		Anzahl	%		Anzahl	%	Mill. DM	%
Baden-Württemberg	19,3	+ 27,3	101 029	16,5	2,2	10,9	+ 54,5	4 041,5	15,1
Bayern	22,6	+ 50,6	112 492	18,4	2,2	10,3	+ 62,4	4 530,1	17,0
Berlin (West)	1,5	+ 27,3	16 437	2,7	1,7	8,2	+ 35,7	738,7	2,8
Bremen	0,6	+ 0,8	8 326	1,4	2,4	12,6	+ 27,1	381,0	1,4
Hamburg	1,7	– 11,7	25 722	4,2	2,7	16,1	+ 5,7	1 444,7	5,4
Hessen	10,1	+ 37,0	78 936	12,9	3,1	14,3	+ 55,1	3 995,0	14,9
Niedersachsen	12,0	+ 9,4	62 670	10,2	2,3	8,8	+ 40,2	2 614,4	9,8
Nordrhein-Westfalen	18,8	+ 33,3	143 960	23,5	2,0	8,6	+ 40,5	6 415,2	24,0
Rheinland-Pfalz	7,3	+ 51,2	31 347	5,1	2,2	8,6	+ 58,5	1 264,2	4,7
Saarland	1,9	+ 10,1	9 038	1,5	2,0	8,6	+ 37,0	415,3	1,6
Schleswig-Holstein	4,1	+ 17,7	21 541	3,5	2,3	8,4	+ 46,0	883,5	3,3
Bundesgebiet	100	+ 30,8	611 498	100	2,3	10,0	+ 46,7	26 723,6	100

1) Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970.

der Lohn- und Gehaltssumme äußerst gering (Baden-Württemberg: 4,04 Mrd. DM; Hessen: 4,00 Mrd. DM – jeweils die Summe im Jahr 1986). Diese Diskrepanz, die sich – allerdings in jeweils unterschiedlichem Umfang und mit Ausnahme Hamburgs – auch zwischen Hessen und den übrigen Bundesländern ergibt, ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß der internationale Bankenstandort Frankfurt a.M. mit seinen zahlreichen Hauptverwaltungen und zentralen Bankleistungsfunktionen eine Vielzahl besonders hochwertiger und entsprechend gut dotierter Arbeitsplätze bietet.⁷

BRUTTOWERTSCHÖPFUNG

Als Indikator zur Abschätzung der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung einzelner Wirtschaftsbereiche und deren Entwicklung im Zeitablauf eignet sich die im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelte Bruttowertschöpfung (BWS). Ein Ziel des dabei angewandten Berechnungsverfahrens ist die überschneidungsfreie Berechnung der Wertschöpfung für alle Bereiche der Wirtschaft unter Berücksichtigung der Vorleistungsverflechtung. Die Besonderheiten bei der Berechnung der Wertschöpfung des Bankensektors werden im Anhang des Berichts erläutert.

Wachstum im Bankensektor mehr als doppelt so hoch wie in der Gesamtwirtschaft

Die Sonderstellung des Landes Hessen tritt anhand der BWS des Kreditgewerbes noch deutlicher als beim Merkmal

7 Weitere Informationen über Beschäftigte und Arbeitsstätten der Kreditwirtschaft in der Untergliederung nach Bundesländern und nach Bankengruppen sind der Anhangtabelle 5 zu entnehmen.

Tabelle 6

Entwicklung der Bruttowertschöpfung der Kreditinstitute in den Bundesländern und im Bundesgebiet 1970 bis 1988

– in Preisen von 1980 –

Jahr	Baden- Württem- berg	Bayern	Berlin (West)	Bremen	Hamburg	Hessen	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Rhein- land- Pfalz	Saarland	Schles- wig- Holstein	Bundes- gebiet
%												
Veränderung zum Vorjahr												
1980	+ 2,6	+ 3,0	+ 5,5	- 0,7	+ 0,4	+ 1,1	+ 3,0	+ 1,2	+ 3,6	+ 4,4	+ 3,1	+ 2,1
1981	- 1,0	- 0,0	+ 12,8	- 2,5	+ 1,0	+ 2,0	- 1,2	+ 0,5	- 0,3	+ 1,1	- 1,2	+ 0,6
1982	+ 1,7	+ 3,3	+ 11,3	+ 2,7	+ 4,1	+ 4,7	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,3
1983	+ 0,8	+ 3,1	+ 4,8	+ 1,5	+ 4,5	- 1,7	+ 1,3	+ 1,7	- 0,5	+ 0,5	+ 2,7	+ 1,2
1984	+ 3,5	+ 1,8	+ 2,5	- 6,8	- 1,5	+ 3,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,3	- 0,9	- 0,4	+ 1,5
1985	+ 4,4	+ 7,1	+ 4,7	+ 2,3	+ 5,0	+ 8,3	+ 3,9	+ 3,0	+ 4,3	+ 0,4	+ 2,7	+ 5,2
1986	+ 6,8	+ 10,2	+ 1,8	+ 1,6	+ 2,8	+ 4,9	+ 4,8	+ 4,8	+ 3,4	+ 3,5	+ 7,2	+ 5,8
1987	+ 6,2	+ 4,6	+ 2,2	+ 2,0	+ 0,7	+ 5,2	+ 4,5	+ 3,2	+ 5,2	+ 0,4	+ 2,9	+ 4,3
1988 ¹⁾	+ 6,5	+ 5,2	+ 2,6	+ 10,6	+ 5,7	+ 6,9	+ 2,9	+ 3,5	+ 4,9	+ 0,7	+ 0,4	+ 5,1
Veränderung gegenüber 1970												
1980	+ 76,9	+ 90,9	+ 36,3	+ 60,8	+ 52,7	+ 105,5	+ 78,7	+ 53,5	+ 83,7	+ 84,1	+ 93,1	+ 76,4
1988 ¹⁾	+ 134,5	+ 168,5	+ 105,5	+ 178,6	+ 89,7	+ 184,2	+ 114,8	+ 86,9	+ 123,1	+ 98,7	+ 127,6	+ 129,7
Veränderung gegenüber 1980												
1988 ¹⁾	+ 32,6	+ 40,7	+ 50,8	+ 11,1	+ 24,2	+ 38,3	+ 20,2	+ 21,8	+ 21,5	+ 8,0	+ 17,8	+ 30,2
Anteil an der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche												
1970	2,4	2,7	2,0	3,0	3,1	5,3	2,2	2,4	2,1	2,4	2,1	2,7
1975	2,8	3,3	2,1	3,6	3,5	6,5	2,6	2,7	2,5	2,8	2,4	3,2
1980	3,2	3,7	2,4	3,9	3,9	7,7	2,9	3,0	2,9	3,3	3,0	3,6
1985	3,2	3,8	3,0	3,7	4,2	8,3	3,0	3,1	2,9	3,2	3,0	3,8
1986	3,4	4,1	3,0	3,8	4,3	8,4	3,0	3,3	2,9	3,3	3,2	3,9
1987	3,5	4,2	3,0	3,8	4,4	8,6	3,1	3,3	3,1	3,3	3,2	4,0
1988 ¹⁾	3,6	4,2	3,0	4,0	4,4	8,8	3,1	3,3	3,1	3,2	3,2	4,1
Anteil am Bundesgebiet												
1970	13,9	16,2	3,0	1,7	5,5	17,9	8,1	25,7	4,0	1,3	2,7	100
1975	14,0	17,1	2,4	1,7	5,1	19,4	8,2	23,7	4,1	1,4	2,8	100
1980	14,0	17,5	2,3	1,6	4,7	20,8	8,2	22,3	4,2	1,4	3,0	100
1985	13,6	18,1	2,9	1,3	4,8	21,8	7,8	21,6	4,0	1,3	2,8	100
1986	13,8	18,8	2,8	1,3	4,7	21,6	7,7	21,4	3,9	1,2	2,9	100
1987	14,0	18,9	2,7	1,3	4,5	21,7	7,7	21,2	3,9	1,2	2,8	100
1988 ¹⁾	14,2	18,9	2,7	1,3	4,5	22,1	7,6	20,9	3,9	1,1	2,7	100

1) Vorläufige Werte.

"Beschäftigte" hervor. So war 1988 der Anteil der Kreditwirtschaft an der Gesamtwirtschaft in Hessen mit 8,8 % doppelt so hoch als etwa in Hamburg, das mit 4,4 % immerhin den zweithöchsten Wert unter allen Bundesländern aufwies (Tabelle 6); mit 22,1 % erzielte die Kreditwirtschaft Hessens ferner den höchsten Landesanteil an der Bankenvertschöpfung des Bundesgebiets, und mit einer Veränderungsrate von + 184,2 % wurde in Hessen auch bundesweit der kräftigste Wertschöpfungszuwachs des Kreditgewerbes von 1970 bis 1988 verzeichnet.

In Anbetracht dessen, daß sich innerhalb der Landesgrenzen kein überregional bedeutsames Bankenzentrum befindet, erreicht die Wertschöpfung der Kreditinstitute in Baden-Württemberg ein - im Ländervergleich - beachtliches Niveau. Zwar ist der Anteil des Bankensektors an der in Baden-Württemberg relativ hohen gesamtwirtschaftlichen BWS (1988: 3,6 %) geringer als im Bundesdurchschnitt (4,1 %), wird jedoch Hessen entsprechend seiner bereits dargelegten Sonderstellung ausgeklammert, dann beläuft sich der kreditgewerbliche Wertschöpfungsanteil im

Durchschnitt der restlichen zehn Bundesländer ebenfalls auf 3,6 %. Betrachtet man lediglich die restlichen Flächenstaaten, so weist die Wirtschaft Baden-Württembergs - nach Bayern (4,2 %) - den zweithöchsten Bankanteil auf.

Die Zuwachsrate der BWS des Kreditgewerbes lag in Baden-Württemberg von 1970 bis 1988 bei 134,5 % und übertraf somit zum einen das gesamtwirtschaftliche Wachstum im Land um mehr als das Doppelte (+ 60,2 %) und zum anderen auch das bundesdurchschnittliche Wachstum des Bankensektors (+ 129,7 %) um knapp 5 Prozentpunkte. Unter den Flächenstaaten wurde wiederum - neben Hessen - lediglich in Bayern (+ 168,5 %) eine höhere Wachstumsrate der Kreditinstitute ermittelt. Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man die Veränderungsrate der Kreditwirtschaft für den kürzeren Zeitraum von 1980 bis 1988 betrachtet. Die Zahlen belegen zwar - im Vergleich zu den 70er Jahren (1970 bis 1980: im Land + 76,9 %) - allgemein ein etwas gemächlicheres Expansionstempo des Bankensektors, mit einer Zunahme um landesweit 32,6 % wurde jedoch das gesamtwirtschaftliche Wachstum im Land (+ 19,9 %) gleichwohl beträchtlich übertroffen. Auch der Vergleich zum Bundesgebiet (+ 30,2 %) zeigt wiederum eine leicht überdurchschnittliche Entwicklung des Kreditgewerbes im Land. Unter den Flächenstaaten weist Baden-Württemberg auch im kürzeren Betrachtungszeitraum das drittbeste Ergebnis auf; es ändert sich allerdings die Reihenfolge der beiden Spitzenreiter, da nunmehr Bayern mit einem kreditwirtschaftlichen Wachstum von 40,7 % vor Hessen (+ 38,3 %) liegt.

Neben der führenden Position des Landes Hessen im Rahmen der bundesdeutschen Bankenlandschaft ist somit bemerkenswert, daß für das Kreditgewerbe Bayerns eine auffallend dynamische Entwicklung und ein relativ hoher Stellenwert innerhalb der bayerischen Gesamtwirtschaft festgestellt werden kann. Ausschlaggebend sind hierbei wohl die überregionale Bedeutung und die expansive Entwicklung des Bankenplatzes München, die wiederum eng mit dem wachsenden Rang der größten deut-

schen Regionalbanken⁸ - nämlich der Bayerischen Vereinsbank AG (München) und der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank AG (München) - zusammenhängen. Zusammen mit der Bayerischen Landesbank Girozentrale haben damit drei der zehn größten Banken der Bundesrepublik⁹ ihren Sitz in München. Die Stellung des Finanzzentrums München wird zudem gestützt und abgerundet durch die Hauptniederlassungen bedeutender Versicherungsunternehmen.

BANKENSTATISTIK

Die folgenden Aussagen über das Einlagen- und Kreditgeschäft der Banken im Bundesländervergleich beziehen sich auf die jeweils in den Ländern gelegenen Niederlassungen (Bankstellen); der Sitz der Kreditinstitute spielt folglich in der nach Ländern untergliederten Darstellung nur insofern eine Rolle, als möglicherweise an den jeweiligen Hauptniederlassungen im Vergleich zu den Zweigstellen besonders hohe Einlagen- und Kreditvolumina anfallen. Da die Angaben der Kreditinstitute mit überregionalen Aufgaben, die über kein Filialnetz verfügen, nicht regional zugeordnet werden, wird auf den Ausweis des Bundesgebiets insgesamt verzichtet. Statt dessen wird zu Vergleichszwecken die Summe der Länder herangezogen.

Hoher Anteil der heimischen Bankniederlassungen an den bundesweiten Spareinlagen

Der Anteil der baden-württembergischen Kreditwirtschaft an den bundesweiten Einlagen und aufgenommenen Krediten

8 Die beiden genannten Institute werden nach wie vor zu den Regionalbanken gezählt, obwohl sie längst den Charakter nicht nur bundesweit, sondern auch international tätiger Universalbanken haben.

9 Gemessen an der Bilanzsumme (Stand: Ende 1987). Vgl. hierzu: Das Bankwesen in Deutschland, Hrsg.: Bundesverband deutscher Banken e.V., 16. Ausgabe, Köln 1989.

Tabelle 7

Einlagen und aufgenommene Kredite von in- und ausländischen Nichtbanken im Bundesländervergleich

Stand: 1.1.1990

Land ¹⁾	Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken			Davon								
				Sichteinlagen ²⁾			Termingelder ³⁾			Spareinlagen		
	insgesamt	Anteile am		zusammen	Anteile am		zusammen	Anteile am		zusammen	Anteile am	
		1.1.1990	1.1.1980		1.1.1990	1.1.1980		1.1.1990	1.1.1980		1.1.1990	1.1.1980
	Mill. DM	%		Mill. DM	%		Mill. DM	%		Mill. DM	%	
Baden-Württemberg	292 513	15,1	14,6	45 787	15,6	15,1	130 181	13,4	13,0	116 545	17,3	15,8
Bayern	409 768	21,2	18,8	51 644	17,6	16,3	218 846	22,6	18,6	139 278	20,7	19,8
Berlin (West)	91 559	4,7	4,3	11 477	3,9	3,4	60 868	6,3	6,2	19 214	2,8	2,9
Bremen	23 127	1,2	1,4	3 533	1,2	1,4	12 443	1,3	1,8	7 151	1,1	1,1
Hamburg	73 978	3,8	4,7	15 061	5,1	5,6	41 799	4,3	5,9	17 118	2,5	3,2
Hessen	263 374	13,6	12,0	40 384	13,8	12,9	156 695	16,2	14,3	66 295	9,8	9,7
Niedersachsen	161 030	8,3	9,0	24 949	8,5	9,3	68 633	7,1	7,6	67 448	10,0	10,2
Nordrhein-Westfalen	444 358	22,9	26,0	74 673	25,5	26,8	199 372	20,6	24,8	170 313	25,3	26,8
Rheinland-Pfalz	91 459	4,7	4,7	12 941	4,4	4,5	38 160	3,9	3,5	40 358	6,0	5,8
Saarland	24 209	1,3	1,3	4 138	1,4	1,5	9 520	1,0	1,1	10 551	1,6	1,6
Schleswig-Holstein	61 126	3,2	3,2	8 798	3,0	3,4	32 248	3,3	3,3	20 080	3,0	3,0
Summe der Länder	1 936 501	100	100	293 385	100	100	968 765	100	100	674 351	100	100

1) Die Angaben umfassen jeweils die in den Ländern gelegenen Niederlassungen der zur Monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute. Nicht regional erfaßt sind Kreditinstitute mit überregionalen Aufgaben ohne Filialnetz. - 2) Täglich fällige und bis unter 1 Monat befristete Einlagen. - 3) Einschließlich Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Sparbriefen, nicht börsenfähigen Inhabersparschuldverschreibungen, Sparkassenobligationen u.ä.

Quellen: Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen.

von Nichtbanken (Summe der Länder) belief sich am Jahresbeginn 1990 auf 15,1 % (Tabelle 7) und entsprach somit in etwa dem Bevölkerungsanteil des Landes. Relativ hohe Anteile weist das Kreditgewerbe Baden-Württembergs bei den Sichteinlagen (15,6 %) und insbesondere bei den Spareinlagen (17,3 %) auf, während von den bundesweiten Termingeldern lediglich 13,4 % auf die Niederlassungen im Land entfielen. Gegenüber 1980 ergaben sich jeweils geringe Anteilsgewinne des baden-württembergischen Bankgewerbes bei den Sichteinlagen und Termingeldern, bei den Spareinlagen konnte der Landesanteil mit einem Plus von 1,5 Prozentpunkten sogar beträchtlich erhöht werden. Insgesamt konnte das Kreditgewerbe Baden-Württembergs damit seine Position bei den Einlagen und aufgenommenen Krediten im betrachteten Zeit-

raum nicht unwesentlich verbessern (Anteil 1980: 14,6 %). Der Vergleich mit dem Stand zum Jahresbeginn 1980 zeigt jedoch beim Einlagengeschäft noch deutlichere Anteilsgewinne des bayerischen (von 18,8 % auf 21,2 %) und des hessischen Kreditgewerbes (von 12,0 % auf 13,6 %); dem stehen die merklichen Anteilsverluste Niedersachsens (von 9,0 % auf 8,3 %), Hamburgs (von 4,7 % auf 3,8 %) und vor allem Nordrhein-Westfalens (von 26,0 % auf 22,9 %) gegenüber.

Betrachtet man das Einlagengeschäft in der Untergliederung nach Bankengruppen (Anhangtabelle 6), so ist zunächst länderübergreifend, d.h. für die Summe der Länder wie auch für die überwiegende Mehrzahl der einzelnen Länder, festzustellen, daß die Termingelder bei den Kreditbanken die dominierende Ein-

Tabelle 8

Verbindlichkeiten und Forderungen der Kreditinstitute**- Marktanteile*) der Bankengruppen im Bundesländervergleich -****Stand: 1.1.1990**

Land ¹⁾	Einlagen und aufgenommene Kredite von in- und ausländischen Nichtbanken								Kredite an in- und ausländische Nichtbanken			
	insgesamt				darunter Spareinlagen							
	Kredit-banken	Spar-kassen	Kredit-ge-nossen-schaften	übrige Kredit-institute	Kredit-banken	Spar-kassen	Kredit-ge-nossen-schaften	übrige Kredit-institute	Kredit-banken	Spar-kassen	Kredit-ge-nossen-schaften	übrige Kredit-institute
	%											
Baden-Württemberg	15,5	40,7	32,8	11,0	9,2	49,8	40,9	0,1	19,9	31,9	25,8	22,4
Bayern	29,2	33,2	23,4	15,1	19,3	48,8	31,8	0,1	38,4	20,8	13,8	27,0
Berlin (West)	37,7	18,5 ²⁾	8,1	38,9 ²⁾	53,5	43,7 ²⁾	12,2	0,6 ²⁾	32,7	16,7 ²⁾	5,5	48,3 ²⁾
Bremen	24,5		5,4		19,8		9,1		22,3		2,9	
Hamburg	35,4	26,0	5,4	33,2	30,5	58,5	9,5	1,5	27,9	14,3	2,4	55,4
Hessen	31,9	23,8	16,7	27,7	13,1	52,3	34,3	0,3	29,7	16,1	9,7	44,5
Niedersachsen	14,7	42,5	23,3	19,4	12,9	53,4	27,9	5,9	18,1	31,0	13,5	37,4
Nordrhein-Westfalen	21,7	42,6	18,8	16,9	17,2	59,1	23,6	0,1	25,1	30,6	12,3	32,1
Rheinland-Pfalz	10,9	43,1	30,4	15,6	8,4	55,7	35,8	0,1	12,9	30,7	21,0	35,4
Saarland	15,3	45,3	29,0	10,4	7,8	59,5	32,5	0,2	16,6	37,3	22,6	23,6
Schleswig-Holstein	16,4	35,9	19,6	28,1	20,7	54,2	24,3	0,8	15,3	25,8	9,5	49,5
Summe der Länder	23,7	35,4	21,5	19,4	16,3	53,2	29,8	0,8	26,7	24,8	13,6	34,8

*) Anteile am entsprechenden Gesamtvolumen aller Bankengruppen im jeweiligen Bundesland. - 1) Die Angaben umfassen jeweils die in den Ländern gelegenen Niederlassungen der zur Monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute. Nicht regional erfaßt sind Kreditinstitute mit überregionalen Aufgaben ohne Filialnetz. - 2) Aus Geheimhaltungsgründen Berlin und Bremen zusammengefaßt, da dort jeweils nur eine Sparkasse ihren Sitz hat.

Quellen: Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen.

lagenform darstellen und bei den übrigen Kreditinstituten sogar - bei nur relativ geringfügigen Spar- und Sichteinlagenbeständen - nahezu das gesamte Einlagengeschäft mit dem Nichtbankensbereich umfassen. Im Sparkassen- und Genossenschaftssektor der Länder bilden demgegenüber nach wie vor die Spareinlagen die wichtigste Art der Einlagen und aufgenommenen Kredite von Nichtbanken.

Es ist insofern naheliegend, daß die relativ starke Position der heimischen Bankniederlassungen im Bereich der Spareinlagen sowie der recht geringe Anteil an den bundesweiten Termingeldern mit der landesspezifischen Präsenz der einzelnen Institutsgruppen zusammenhängen; eine exakte Schlußfolgerung im Hinblick auf die Anlagepräferenzen der Bankkunden ist hingegen nicht

möglich, da aus den Daten der Bankenstatistik nicht hervorgeht, in welchem Umfang und in welcher Form baden-württembergische Nichtbanken (Unternehmen, Privatpersonen und öffentliche Haushalte) Einlagen bei Bankstellen außerhalb der Landesgrenzen unterhalten und umgekehrt.

In Tabelle 8 werden die auf das jeweilige Bundesland bezogenen Marktanteile der einzelnen Bankengruppen dargestellt. In Analogie zu dem relativ hohen Spareinlagenanteil des Landes erzielen die Sparkassen (40,7 %) und insbesondere die Kreditgenossenschaften (32,8 %) beim Einlagengeschäft in Baden-Württemberg erheblich höhere Marktanteile als in der Gesamtheit der Länder (Sparkassen: 35,4 %; Kreditgenossenschaften: 21,5 %). Lediglich in Rheinland-Pfalz (30,4 %) und im Saar-

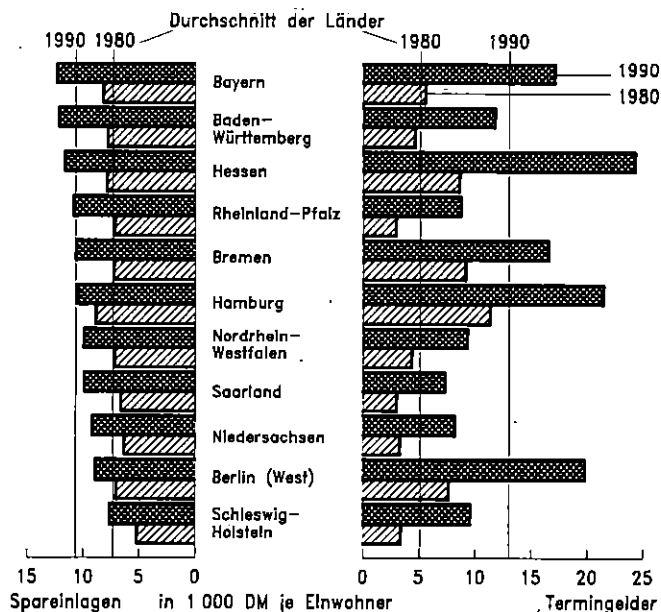
land (29,0 %) können die Volksbanken und Raiffeisenbanken annähernd hohe Marktanteile vorweisen. Andererseits – und wiederum in Analogie zum unterdurchschnittlichen Landesanteil bei den Termingeldern – sind die Kreditbanken (15,5 %) und die übrigen Kreditinstitute (11,0 %) beim Einlagengeschäft in Baden-Württemberg im Vergleich zum Länderdurchschnitt (Kreditbanken: 23,7 %; übrige Kreditinstitute: 19,4 %) erheblich unterrepräsentiert.

Die unterschiedliche Bedeutung einerseits der Spareinlagen und zum anderen der Termingelder im Kreditgewerbe der einzelnen Bundesländer wird in Schaubild 4 verdeutlicht, wobei diese Darstellung lediglich die Einlagen von Unternehmen und Privatpersonen umfaßt (Nichtbanken ohne öffentliche Haushalte). Der Maßstab "DM je Einwohner" wurde hierbei in erster Linie deshalb gewählt, um die Niveauunterschiede zwischen den beiden Einlageformen und deren Entwicklung im Zeitverlauf (1990 gegenüber 1980) unabhängig von der jeweiligen Landesgröße und somit für alle Länder vergleichbar darstellen zu können. Daran anknüpfende Aussagen über "Pro-Kopf-Bestände" (einschließlich der Unternehmen) können hingegen allenfalls für den Bereich der Spareinlagen näherungsweise getroffen werden, da hier Anlagen, die die Ländergrenzen überschreiten, wohl eine relativ geringe Rolle spielen. So dürfte die in Schaubild 4 erkennbare Rangfolge – mit Baden-Württemberg an zweiter Stelle hinter Bayern – in etwa mit der Reihenfolge der "Pro-Kopf-Spareinlagen" übereinstimmen. Für den Bereich der Termingelder sind jedoch – wie auch die teilweise enormen Niveauunterschiede im Ländervergleich zeigen – länderbezogene Aussagen über "Pro-Kopf-Bestände" nicht möglich.

Länderübergreifend ist festzustellen, daß die Termingelder von 1980 bis 1990 beträchtlich stärker gestiegen sind als die Spareinlagen. Diese Entwicklung muß vor allem in Verbindung damit gesehen werden, daß die Anleger im Zuge ständig wachsender Geldvermögensbestände in zunehmendem Maße das gesamte Spektrum der Anlageformen in Betracht ziehen, verstärkt Informationen heranziehen und Vergleiche anstel-

Schaubild 4

Spareinlagen und Termingelder^{*)} von Unternehmen und Privatpersonen im Bundesländervergleich 1990 und 1980



*) Die Angaben für die Länder umfassen jeweils die in den Ländern gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute. Nicht regional erfaßt sind Kreditinstitute mit überregionalen Aufgaben ohne Filialnetz.
Quelle: Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

145 91

len und infolgedessen die Zinsempfindlichkeit allgemein zunimmt. Die Institute tragen ihrerseits dem veränderten Anlegerverhalten Rechnung, indem sie vielfältige Anlagemöglichkeiten für alle Kundengruppen mit ihren unterschiedlichen Einkommensverhältnissen und Sparambitionen anbieten.

Der Anteil der Spareinlagen an den gesamten Einlagen und aufgenommenen Krediten von Unternehmen und Privatpersonen ist – im Bereich der Kreditwirtschaft Baden-Württembergs – von 62 % im Jahr 1970 und noch 52 % im Jahr 1980 auf nunmehr 43 % gesunken (Stand: 1.1. 1990). 1989 und 1990 sind die Spareinlagen nicht nur relativ zu den übrigen Einlageformen, sondern auch in absoluten DM-Beständen zurückgegangen. Demgegenüber erhöhte sich der entsprechende Anteil der Termingelder (einschließlich Sparbriefe, Sparkassenobligationen u.ä.) von 18 % im Jahr 1970 über 31 % im Jahr 1980 auf mittlerweile 42 %. Der daraus ersichtliche relative Umschichtungsprozeß hat

Tabelle 9

Kredite an in- und ausländische Nichtbanken im Bundesländervergleich

Stand: 1.1.1990

Land ¹⁾	Kredite an Nichtbanken			Davon								
				kurzfristige Kredite ²⁾			mittelfristige Kredite ³⁾			langfristige Kredite ⁴⁾		
	insgesamt	Anteile am		zu- sammen	Anteile am		zu- sammen	Anteile am		zu- sammen	Anteile am	
		1.1.1990	1.1.1980		1.1.1990	1.1.1980		1.1.1990	1.1.1980		1.1.1990	1.1.1980
	Mill. DM	%		Mill. DM	%		Mill. DM	%		Mill. DM	%	
Baden-Württemberg	312 971	13,9	13,5	62 304	15,8	14,8	27 506	16,3	12,5	223 161	13,2	13,3
Bayern	481 843	21,4	19,0	75 772	19,3	17,1	31 672	18,8	16,3	374 399	22,1	20,0
Berlin (West)	94 195	4,2	3,5	13 205	3,4	2,5	8 795	5,2	4,5	72 195	4,3	3,6
Bremen	31 426	1,4	2,2	5 837	1,5	1,8	2 316	1,4	1,8	23 273	1,4	2,4
Hamburg	123 926	5,5	5,8	23 551	6,0	6,5	11 133	6,6	5,5	89 242	5,3	5,7
Hessen	328 292	14,5	13,9	55 624	14,1	12,0	24 641	14,6	20,4	248 027	14,6	13,4
Niedersachsen	195 788	8,7	9,0	31 845	8,1	9,6	15 038	8,9	7,4	148 905	8,8	9,0
Nordrhein-Westfalen	485 692	21,5	23,6	93 907	23,9	26,3	34 302	20,3	22,2	357 483	21,1	23,0
Rheinland-Pfalz	98 572	4,4	4,4	16 623	4,2	4,6	7 393	4,4	4,5	74 556	4,4	4,4
Saarland	23 469	1,0	1,3	4 395	1,1	1,4	1 605	1,0	1,5	17 469	1,0	1,2
Schleswig-Holstein	80 390	3,6	3,8	10 273	2,6	3,3	4 229	2,5	3,5	65 888	3,9	3,9
Summe der Länder	2 256 564	100	100	393 336	100	100	168 630	100	100	1 694 598	100	100

1) Die Angaben umfassen jeweils die in den Ländern gelegenen Niederlassungen der zur Monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute. Nicht regional erfaßt sind Kreditinstitute mit überregionalen Aufgaben ohne Filialnetz. - 2) Vereinbarte Laufzeit bis einschließlich 1 Jahr. - 3) Vereinbarte Laufzeit von über 1 bis unter 4 Jahren. - 4) Vereinbarte Laufzeit von 4 Jahren und darüber.

Quellen: Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen.

sich in den Bilanzen der Sparkassen und Kreditgenossenschaften, besonders deutlich niedergeschlagen; die Einlagenstruktur der in Baden-Württemberg tätigen Kreditbanken hat sich dagegen im betrachteten Zeitraum nur verhältnismäßig wenig geändert.

Langfristige Kredite schlagen landesweit nur unterproportional zu Buche

Die Kreditvergabe der Kreditinstitute an Nichtbanken wird entsprechend der vereinbarten Laufzeit in Teilbereiche untergliedert (vgl. Tabelle 9, Fußnoten). Dem langfristigen Kredit kommt hierbei - gemessen am gesamten Kreditvolumen - die weitaus größte Bedeutung zu. An zweiter Stelle sind die kurzfristigen Kredite anzuführen, die wiederum mit erheblichem Abstand vor den mittelfristigen Krediten rangieren.

Der Anteil der baden-württembergischen Bankstellen an der Summe der Länder betrug Anfang 1990 beim gesamten Kreditgeschäft 13,9 %; dies stellt gegenüber 1980 (13,5 %) zwar eine leichte Steigerung dar, der erreichte Wert liegt gleichwohl noch immer deutlich unter dem Bevölkerungsanteil. Dieser Umstand ist jedoch ausschließlich auf den relativ geringen Landesanteil bei den langfristigen Krediten zurückzuführen (1990: 13,2 %; 1980: 13,3 %); die auf die Kreditwirtschaft Baden-Württembergs entfallenden Anteile an den kurz- und mittelfristigen Krediten haben sich dagegen im betrachteten Zeitraum erhöht und lagen 1990 über dem Bevölkerungsanteil des Landes. Analog zum Einlagengeschäft sind auch bei der Kreditvergabe im Zeitvergleich einerseits die gestiegenen Anteile Bayerns (von 19,0 % auf 21,4 %) und Hessens (von 13,9 % auf

14,5 %) und andererseits vor allem der Anteilsverlust des nordrhein-westfälischen Kreditgewerbes (von 23,6 % auf 21,5 %) zu konstatieren.

Analogien zum vorangegangenen Abschnitt über das Einlagengeschäft ergeben sich teilweise auch bei der Betrachtung der Kreditvolumina der einzelnen Bankengruppen (Anhangtabelle 7). Die Kreditwirtschaft Baden-Württembergs weist wiederum bei den Sparkassen (1990: 17,8 %; 1980: 15,8 %) und - stärker noch - bei den Kreditgenossenschaften (1990: 26,2 %; 1980: 23,9 %) relativ hohe und zudem von 1980 bis 1990 beträchtlich gestiegene Anteile an der bundesweiten Kreditvergabe der jeweiligen Bankengruppe auf. Auf der anderen Seite sind die Anteile Baden-Württembergs am bundesweiten Kreditgeschäft der Kreditbanken (1990: 10,3 %; 1980: 8,4 %) und der übrigen Kreditinstitute (1990: 8,9 %; 1980: 12,1 %) wiederum auffallend gering.

Die langfristigen Kredite, die sich im wesentlichen aus den Wohnungsbaukrediten sowie aus den längerfristigen Investitions- und Kommunalkrediten zusammensetzen, stellen in allen hier betrachteten Bankengruppen das Hauptkontingent der gewährten Kredite. Während jedoch das Kreditvolumen der übrigen Kreditinstitute zu über 90 % aus langfristigen Forderungen besteht, beläuft sich der entsprechende Anteil bei den Kreditbanken "lediglich" auf zirka die Hälfte der Kreditforderungen; in dieser Institutsgruppe schlagen demgegenüber die kurzfristigen Kredite mit rund einem Drittel am gesamten Kreditvolumen weit überdurchschnittlich zu Buche. Die Sparkassen gewähren etwa drei Viertel des Kreditvolumens zu einer Laufzeit von 4 Jahren und darüber, und die Bilanz der Kreditgenossenschaften weist entsprechende Laufzeiten mit einem Anteil von rund zwei Dritteln an den gesamten Kreditforderungen aus.

Werden wiederum die Marktanteile der einzelnen Bankengruppen betrachtet (Tabelle 8), dann wird ersichtlich, daß in sämtlichen Ländern die übrigen Kreditinstitute beim Kreditgeschäft beträchtlich höhere Marktanteile als im Einlagenbereich erreichen. Die Marktanteile der Sparkassen sowie der Kreditgenossenschaften sind hier dagegen ge-

nerell niedriger als beim Einlagengeschäft. Für die Kreditbanken ist diesbezüglich zwar keine länderübergreifende Aussage möglich, in der Summe der Länder wie auch in Baden-Württemberg überwiegt jedoch der Marktanteil der Kreditsparte.

Die übrigen Kreditinstitute verzeichnen bundesweit das höchste Kreditvolumen aller Bankengruppen - auf Landesebene nehmen hingegen die Sparkassen, gefolgt von den Kreditgenossenschaften, die Spitzenstellung ein - und erzielen speziell beim langfristigen Kredit mit über 40 % in der Summe der Länder mit Abstand den höchsten Marktanteil. In Anbetracht dessen ist der - gemessen am Bevölkerungsanteil - unterproportionale Anteil des baden-württembergischen Kreditgewerbes am bundesweiten Kreditvolumen, der ja gerade aus der relativ schwachen Position im Bereich der langfristigen Kreditvergabe resultiert, wohl vorwiegend auf die unterdurchschnittliche Präsenz der übrigen Kreditinstitute im Land zurückzuführen. Daneben dürfte jedoch auch der Umstand eine Rolle spielen, daß speziell Wohnungsbau und -erwerb in Baden-Württemberg in überdurchschnittlich hohem Maße über das Bausparwesen, das in den bankstatistischen Angaben nicht enthalten ist, finanziert werden.

Nur eine der insgesamt 28 privaten Hypothekenbanken des Bundesgebiets (Stand: 31.12.1989) hat ihren Sitz in Baden-Württemberg; die 5 öffentlich-rechtlichen und die 11 privaten Kreditinstitute mit Sonderaufgaben haben allesamt ihren Sitz außerhalb der Landesgrenzen. Wenngleich diese Banken vielfach ihre Dienste auch in Baden-Württemberg anbieten, ist dennoch anzunehmen, daß sich das langfristige Kreditgeschäft mit baden-württembergischen Kreditnehmern - und hierbei insbesondere die Abwicklung von Großkrediten - in nennenswertem Umfang in Bankstellen anderer Bundesländer niederschlägt, wobei in diesem Zusammenhang zuallererst die zentralen Bankplätze Frankfurt a.M. sowie das räumlich nahe liegende München in Betracht kommen. Mit der Landeskreditbank Baden-Württemberg (Karlsruhe), deren Tätigkeit sich schwerpunktmäßig auf den Bereich langfristiger Finanzierungen und Groß-

kredite erstreckt, ist jedoch immerhin eine der großen deutschen Spezialbanken in Baden-Württemberg ansässig.

Baden-württembergische Banken verzeichnen relativ günstige Ertragslage

Im Zuge der kräftig expandierenden Bankleistungsnachfrage erwirtschaften die deutschen Kreditinstitute im allgemeinen relativ hohe Erträge, die jedoch nicht zuletzt aufgrund der sich mehr oder weniger zyklisch verändernden Zinsspanne ständigen Schwankungen unterworfen sind. Im Jahr 1989 erzielten die deutschen Banken einen Zinsüberschuß von 73,1 Mrd. DM und im zinsunabhängigen Dienstleistungsgeschäft einen Provisionsüberschuß in Höhe von 15,0 Mrd. DM. Abzüglich des Verwaltungsaufwands (einschließlich Personalkosten) verblieb somit ein Betriebsergebnis von 27,4 Mrd. DM. Im Trend der 80er Jahre kann in diesem Zusammenhang eine tendenziell zunehmende Bedeutung der Dienstleistungs-sparten und des damit verbundenen Provisionsüberschusses festgestellt werden¹⁰. Die Ertragslage der einzelnen Institute und Institutsgruppen wird somit in wachsendem Umfang von der jeweiligen Wettbewerbsposition im Bereich des Zahlungsverkehrs, im Auslands- und im Konsortialgeschäft sowie im Wertpapier- und Depotgeschäft (einschließlich Vermögensverwaltung) beeinflusst. Insbesondere im Rahmen der bereits weit gediehenen Allfinanz-Strategien wird hierbei angestrebt, das Ertragspotential durch ein sämtliche Finanzdienstleistungen umfassendes Angebot "aus einer Hand" zu erweitern. Eine Schlüsselfunktion wird hierbei den Girokonten und den Dienstleistungen im Zahlungsverkehr (z.B. kartengesteuerte Zahlungssysteme) zugeschrieben, da diese vielfach die Grundlage und den Anfang für umfassende Geschäftsverbindungen bilden.

Wie bereits in den einleitenden Ausführungen zum deutschen Bankwesen dar-

gelegt wurde, weisen die einzelnen - privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen - Universalbankengruppen zwar noch immer unterschiedliche Tätigkeitsschwerpunkte auf, im Hinblick auf Leistungsprogramme und Kundenkreise ist jedoch eine gewisse Angleichungstendenz seit einigen Jahren erkennbar. Während sich die Kreditbanken im allgemeinen noch intensiver dem sogenannten Mengengeschäft zuwenden, sind die Sparkassen und Kreditgenossenschaften insbesondere darum bemüht, ihre im Vergleich zum traditionellen Einlagen- und Kreditgeschäft weniger bedeutenden Dienstleistungssparten - auch im Rahmen ihrer Verbundsysteme - verstärkt auszubauen, wobei die zweistelligen Zuwachsraten beim Provisionsüberschuß signalisieren, daß sich die Sparkassen (1989: bundesweit + 19,9 %) und Kreditgenossenschaften (+ 15,2 %) auch im Dienstleistungsgeschäft durchaus erfolgreich behaupten können.

Zur Beurteilung der Ertragssituation werden ertragsrelevante Größen wie Zinsüberschuß, Provisionsüberschuß und Betriebsergebnis in Relation zum jahresdurchschnittlichen Geschäftsvolumen¹¹ betrachtet. (Tabelle 10). Die relativ hohen Zinsüberschuß-Quoten der Sparkassen und Kreditgenossenschaften belegen hierbei landes- und bundesweit die überdurchschnittliche Bedeutung des zinsabhängigen Geschäfts für diese Institutsgruppen, die in diesem Zusammenhang - gegenüber den Kreditbanken - auch über den Vorteil eines umfangreicheren Reservoirs an zinsgünstigen Spareinlagen verfügen. Der Provisionsüberschuß schlägt hingegen bundesweit bei den Kreditbanken wesentlich stärker als bei den Sparkassen und Genossenschaftsbanken zu Buche. Auf Landesebene lagen 1989 die Kreditbanken (mit Sitz in Baden-Württemberg) bei der Provisionsüberschuß-Relation demgegenüber lediglich knapp vor den hier an-

10 Vgl. hierzu: Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahre 1989, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, August 1990, S. 18.

11 Bilanzsumme zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln, den Kreditnehmern abgerechnete eigene Ziehungen im Umlauf sowie aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel.

Tabelle 10

Ertragslage der Kreditinstitute im Bundesgebiet und speziell der Kreditinstitute mit Sitz in Baden-Württemberg 1989

Ausgewählte Positionen der Gewinn- und Verlustrechnungen	Baden-Württemberg				Bundesgebiet			
	alle Banken	darunter			alle Banken	darunter		
		Kredit- banken	Spar- kassen	Kredit- genossen- schaften		Kredit- banken	Spar- kassen	Kredit- genossen- schaften
% des durchschnittlichen Geschäftsvolumens								
Zinsüberschuß	2,06	1,71	2,71	3,00	1,73	1,94	2,78	2,97
Provisionsüberschuß	0,28	0,37	0,36	0,46	0,36	0,72	0,36	0,45
Betriebsergebnis ¹⁾	0,81	0,52	1,04	1,01	0,65	0,67	1,03	0,81
Jahresüberschuß nach Steuern ²⁾	0,22	0,20	0,23	0,25	0,20	0,29	0,19	0,20

1) Zinsüberschuß + Provisionsüberschuß \div Verwaltungsaufwand. - 2) Betriebsergebnis + Saldo der sonstigen Erträge und Aufwendungen \div Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Landeszentralbank Baden-Württemberg; eigene Berechnungen.

sässigen Sparkassen und mit beträchtlichem Abstand hinter den Kreditgenossenschaften.

In Baden-Württemberg wie auch im Bundesgebiet insgesamt konnten die Sparkassen und die Kreditgenossenschaften - gemessen am auf das Geschäftsvolumen bezogenen Betriebsergebnis - eine günstigere Ertragslage als die Kreditbanken verzeichnen. Werden jedoch darüber hinaus der Saldo der sonstigen Erträge und Aufwendungen (vorwiegend Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen, Wertpapiere und Beteiligungen) sowie die Steueraufwendungen in Rechnung gestellt, dann nivellieren sich die Unterschiede der gruppenspezifischen Ertragsrelationen für das Jahr 1989; bundesweit konnten hier - beim Jahresüberschuß nach Steuern - die Kreditbanken sogar den höchsten Wert verbuchen. Insgesamt konnten die Kreditinstitute mit Sitz in Baden-Württemberg im Jahr 1989 - insbesondere im Hinblick auf das Betriebsergebnis - eine im Bundesvergleich überdurchschnittlich gute Ertragslage vorweisen. Speziell die Ertragsquoten der im Lande ansässigen Kreditbanken lagen jedoch unter den Durchschnittswerten der Kreditbanken im Bundesgebiet, während vor allem die heimischen Kreditgenossenschaften verhältnismäßig hohe Ertragsrelationen erzielten.

BAUSPARKASSEN

Bausparkassen sind Unternehmen, die nach dem Prinzip des Sparerkollektivs hauptsächlich Einlagen von Bausparern entgegennehmen und aus den angesammelten Beträgen Gelddarlehen für wohnungswirtschaftliche Maßnahmen zur Verfügung stellen. Der Unterschied zu den übrigen Universal- und Spezialbanken besteht im wesentlichen darin, daß der Kreis der Sparer mit dem Kreis der späteren Darlehensnehmer identisch ist (Bauspargemeinschaft). Seit dem Inkrafttreten des Bausparkassengesetzes am 1. Januar 1973 werden die Bausparkassen auch in rechtlicher Hinsicht als Kreditinstitute behandelt, wobei für sie das Spezialbankprinzip verbindlich ist, und unterliegen der Bankenaufsicht durch das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen. Entsprechend der Veröffentlichungsweise der Deutschen Bundesbank wurden die Bausparkassen und das Bauspargeschäft im Rahmen der bankstatistischen Abschnitte zunächst ausgeklammert, um nunmehr gesondert betrachtet zu werden.

Baden-Württemberg - das klassische Land des Bausparwesens

Prof. Dr. Otto Pfeleiderer, der ehemalige Präsident der Landeszentralbank, äußerte sich - im Jahr 1963 - wie folgt

über den Hintergrund des in Baden-Württemberg besonders verbreiteten Bausparens¹²: "Bei dem unter der Bevölkerung des südwestdeutschen Raumes besonders stark ausgeprägten Drang zum Eigenheim nimmt es nicht wunder, daß das Bausparwesen hier seinen Anfang genommen und auch sein ergiebigstes Betätigungsfeld gefunden hat." – und an anderer Stelle – "Hier liegt in der Gegenwart eine besonders charakteristische Form der vielberufenen schwäbischen Sparsamkeit vor, die in ihrer Zweckbestimmung zugleich dem für den Schwaben charakteristischen Individualismus und seinem Hang zum eigenen Stück Land entspricht".

Baden-Württemberg ist nicht nur das Land mit dem traditionell höchsten Bausparaufkommen, sondern hier sind auch einige der größten und bundesweit tätigen privaten Bausparkassen ansässig. Von den insgesamt 18 privaten Bausparkassen (Stand: 31.12.1989), die bundesweit über einen Marktanteil von gut zwei Dritteln verfügen, haben 4 ihren Sitz in Baden-Württemberg. Darunter befindet sich die derzeit marktführende Schwäbisch Hall AG – Bausparkasse der Volksbanken und Raiffeisenbanken –;

auch die 3 weiteren Bausparkassen zählen zu den 5 größten privaten Bausparkassen der Bundesrepublik. Daneben gab es Ende 1989 im Bundesgebiet 12 öffentliche Landesbausparkassen, deren Tätigkeit sich auf die regionalen Teilmärkte der jeweiligen Sparkassenverbände erstreckt, von denen 2 – eine badische und eine württembergische – in Baden-Württemberg tätig sind.

Im Zuge des vorherrschenden Trends wird das Bauspargeschäft in zunehmendem Maße in die Allfinanz-Konzepte des gesamten finanziellen Dienstleistungsbereichs integriert. Während die Unternehmen des Sparkassen- und des Genossenschaftssektors ihre traditionellen Verbundaktivitäten in dieser Richtung intensivieren, versuchen die Kreditbanken und auch die Versicherungsunternehmen in erster Linie durch Kapitalbeteiligungen sowie durch die Gründung und den Ausbau von Tochtergesellschaften im Rahmen des Allfinanzwettbewerbs ihre gesteckten Ziele zu erreichen. Umgekehrt gibt es Bausparkassen, die ihrerseits das reine Bauspargeschäft verlassen und – soweit es das Spezialbankprinzip zuläßt – im Universalbank- sowie im Versicherungsgeschäft tätig werden. Der Bausparkmarkt ist insofern – wie auch die übrigen Teilmärkte der Finanzdienstleistungen – in einer innovativen Neuordnungsphase begriffen.

12 Vgl. Pfeleiderer, O., a.a.O., S. 206/207.

Tabelle 11

Bausparkassen mit Sitz in Baden-Württemberg

a) Ausgewählte Bilanzzahlen am 31.12.1989

Bilanzposition	Insgesamt	Veränderung Ende 1989 gegenüber Ende 1979	Anteil an den Bausparkassen im Bundes- gebiet	
			1989	1979
	Mill. DM	%		
Bilanzsumme	75 549	+ 32,9	46,9	46,6
Baudarlehen	61 782	+ 24,7	47,3	47,3
Bauspareinlagen	59 297	+ 21,0	49,5	47,0
Eigenkapital ¹⁾	3 645	+ 152,6	43,2	39,6

1) Grund- oder Stammkapital und Rücklagen.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Landeszentralbank Baden-Württemberg; eigene Berechnungen.

b) Neu abgeschlossene Bausparverträge 1980 bis 1989

Zeitraum	Insgesamt	Anteil an den Bausparkassen im Bundesgebiet
	1000	%
1987	1 383	51,5
1988	1 626	51,1
1989	1 321	48,7
1980 bis 1989	12 793	49,7

Tabelle 12

Regionale Gliederung des Bauspargeschäfts im Bundesgebiet

– Bestände zur Jahresmitte 1990 –

Wohnsitz der Bausparer ¹⁾	Bauspareinlagen			Baudarlehen			Bausparverträge ²⁾		
	insgesamt	je Einwohner ³⁾		insgesamt	je Einwohner ³⁾		insgesamt	je 1000 Einwohner ³⁾	
		zu- sammen	Ver- änderung gegen- über Ende 1980		zu- sammen	Ver- änderung gegen- über Ende 1980		zu- sammen	Ver- änderung gegen- über Ende 1980
Mill. DM	DM	%	Mill. DM	DM	%	Anzahl		%	
Baden-Württemberg	26 886	2 795	+ 9,2	29 931	3 112	+ 19,1	5 543 269	576	+ 10,6
Bayern	25 949	2 313	+ 19,4	24 018	2 140	+ 21,9	5 015 675	447	+ 23,8
Berlin (West)	2 398	1 126	— 5,6	2 012	944	— 3,5	386 141	181	+ 7,1
Bremen	1 007	1 495	— 3,9	1 002	1 487	— 18,0	273 464	406	— 1,2
Hamburg	1 892	1 163	— 2,9	2 178	1 339	— 3,1	422 861	260	+ 10,2
Hessen	9 946	1 757	+ 6,9	10 315	1 822	+ 13,0	2 275 700	402	+ 8,6
Niedersachsen	12 954	1 778	+ 5,5	16 899	2 320	+ 16,6	3 331 972	457	+ 17,5
Nordrhein-Westfalen	24 266	1 419	— 6,3	28 119	1 644	— 4,5	5 584 205	326	+ 8,3
Rheinland-Pfalz	7 728	2 088	+ 10,4	8 509	2 299	+ 22,5	1 775 572	480	+ 15,9
Saarland	1 834	1 722	— 1,8	2 341	2 198	— 13,5	425 676	400	+ 11,4
Schleswig-Holstein	3 872	1 492	+ 0,9	4 551	1 754	— 2,7	984 756	380	+ 6,1
Bundesgebiet	118 734	1 894	+ 6,1	129 875	2 072	+ 10,9	26 019 291	415	+ 13,1

1) Bei Darlehen: üblicherweise nach der Lage des beliebigen Grundstücks. – 2) Zugeteilte und nicht zugeteilte Verträge. – 3) Bevölkerung zum 1.1.1990

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Ende 1989 verwalteten die deutschen Bausparkassen die Rekordzahl von rund 25,8 Mill. Bausparverträgen und einen Spareinlagenbestand in Höhe von 120,0 Mrd. DM¹³. Gegenüber Ende 1979 haben damit bundesweit die Anzahl der Bausparverträge um 21,6 % und die Bauspareinlagen um 15,0 % zugenommen. Wie aus den Angaben in Tabelle 11 hervorgeht, entfällt etwa die Hälfte des gesamten Marktvolumens auf die Bausparkassen mit Sitz in Baden-Württemberg, die in den 80er Jahren 12,8 Mill. Neuabschlüsse und einen Zuwachs der Bauspareinlagen um 21,0 % verbuchen konnten. Der Einlagenbestand der baden-württembergischen Bausparkassen belief sich Ende 1989 auf 59,3 Mrd. DM und erreichte damit – zum Vergleich –

gut die Hälfte des gesamten Spareinlagenbestandes der in Baden-Württemberg gelegenen Bankniederlassungen (ohne Bausparkassen).

Der regionale Ausweis der Bausparaktivitäten (Tabelle 12) zeigt für Baden-Württemberg zur Jahresmitte 1990 einen Bestand von 5,5 Mill. Bausparverträgen und somit – im Verhältnis zur Bundesbevölkerung – einen Anteil von 21,3 %. Bezogen auf die Einwohnerzahl ergibt dies den Spitzenwert von landesweit 576 Bausparverträgen je 1 000 Einwohner gegenüber 415 Verträgen im Bundesdurchschnitt. Mit 480 Bausparverträgen je 1 000 Einwohner weist Rheinland-Pfalz – gefolgt von Niedersachsen (457) und Bayern (447) – die zweithöchste Vertragsquote auf; in diesen Ländern wurden von 1980 bis 1990 zudem die höchsten Zuwachsraten bei der Vertragsquote ermittelt. Die Bewohner Baden-Württembergs verfügten 1990 über einen bei den Bausparkassen angelegten Einlagenbestand von 26,9 Mrd. DM; das

13 Vgl. Angele, J.: Bauspargeschäft 1989, in: Wirtschaft und Statistik, Hrsg.: Statistisches Bundesamt, September 1990, S. 646.

Guthaben je Einwohner betrug 2 795 DM und war somit um rund 900 DM höher als im Bundesdurchschnitt. Den baden-württembergischen Bausparguthaben am nächsten kamen - sowohl im Gesamtbetrag (25,9 Mrd. DM) als auch in der Relation je Einwohner (2 313 DM) - die Bewohner Bayerns, die zudem ihren Einlagenbestand gegenüber 1980 mit 19,4 % bundesweit am stärksten aufgestockt haben. Auf der anderen Seite hat die Bevölkerung Baden-Württembergs mit einem Darlehensbestand von 29,9 Mrd. DM (3 112 DM je Einwohner) im Ländervergleich auch das höchste Kreditvolumen von den Bausparkassen in Anspruch genommen.

Das von baden-württembergischen Unternehmen wesentlich geprägte deutsche Bausparwesen steht derzeit vor beträchtlichen Herausforderungen. So werden die Bausparkassen in den westlichen Bundesländern zur Beseitigung des Wohnungsmangels und insbesondere in den neuen Bundesländern bei der dringend erforderlichen Renovierung und Modernisierung des Wohnungsbestandes wichtige Aufgaben zu erfüllen haben. Das Bausparen wurde zum 1. Juli des vorigen Jahres in der damaligen DDR zugelassen, und bereits am 2. Juli 1990 nahm die erste ostdeutsche Bausparkasse, die Ostdeutsche Landesbausparkasse AG, ihre Tätigkeit auf; für das Gebiet der ehemaligen DDR gelten noch bis Ende 1993 besonders günstige staatliche Bauspar-Förderungsregelungen. Eine weitere Herausforderung ergibt sich im Hinblick auf die Vollen- dung des Europäischen Binnenmarktes 1993, deren Wettbewerbseffekte auch den Markt für Wohnungsbaufinanzierungen betreffen. Mit der am 1.1.1991 in Kraft getretenen Novelle des Bausparkassengesetzes¹⁴ wurden die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die deutschen Bausparkassen nunmehr auch im Ausland ihre Leistungen anbieten und - zu diesem Zweck - auch Beteiligungen an ausländischen Unternehmen erwerben können; eine gewisse

Hürde - aber andererseits auch eine beträchtliche Chance - dürfte hierbei darin bestehen, daß das kollektive Bausparsystem in den anderen EC-Staaten wie auch im übrigen Ausland noch weitgehend unbekannt ist.

Schlußbemerkungen

Auch die Bankenlandschaft Baden-Württembergs ist von der Vielfalt des deutschen Bankwesens geprägt. Sämtliche Bankengruppen sind im Land vertreten; der Bevölkerung sowie den Unternehmen und öffentlichen Haushalten steht somit ein umfassendes Angebot an finanziellen Dienstleistungen zur Verfügung. Die relativ gute Versorgungslage wird darüber hinaus zahlenmäßig belegt durch die bundesweit höchste Bankstellendichte (zusammen mit Bayern) und durch die - bezogen auf die Einwohnerzahl - überdurchschnittlich hohe Anzahl an Bankbeschäftigten.

Im Hinblick auf die kreditgewerbliche Wertschöpfung kommt den zentralen Bankplätzen mit ihren großen Hauptverwaltungen und zentralen Bankleistungsfunktionen eine wesentliche Bedeutung zu. In Anbetracht dessen, daß Baden-Württemberg kein mit München oder gar mit Frankfurt a.M. vergleichbares Finanzzentrum vorweisen kann, entspricht der auf Baden-Württemberg entfallende Anteil an der bundesweiten Wertschöpfung des Bankensektors durchaus dem gesamtwirtschaftlichen Stellenwert des Landes. Gemessen am gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfungsanteil des Kreditgewerbes in den jeweiligen Bundesländern liegt Baden-Württemberg zwar hinter Hessen und Bayern, aber doch mit merklichem Abstand vor den übrigen westlichen Flächenstaaten. Der diesbezügliche Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt wird durch die Sonderstellung Hessens stark verzerrt und ist insofern kaum aussagekräftig.

Nach Ansicht der Experten wird die Standort-Konzentration der überregionalen Finanzdienstleistungen auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene eher zunehmen. Diejenigen Finanzplätze, die schon derzeit in hohem Maße in das Geflecht der internationalen Finanzmärkte eingebunden sind und überregionale Zentrumsfunktionen innehaben, könnten

14 Vgl. Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, Hrsg.: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 46/1990 vom 03.12.1990.

demzufolge aufgrund entsprechender Führungsvorteile von einer sich selbst tragenden Wachstumsdynamik profitieren. Für Baden-Württemberg mit seiner vorwiegend auf den regionalen Markt ausgerichteten Kreditwirtschaft könnte sich diese Entwicklung als nachteilig erweisen. Von daher erscheint eine Stärkung des Finanzplatzes Stuttgart erforderlich, um weiteren Positionsverlusten gegenüber Hessen und auch Bayern entgegenzuwirken.

Die künftigen Chancen des Bankenstandortes Baden-Württemberg liegen gleichwohl voraussichtlich weniger in den Möglichkeiten einer stärkeren Zentralisierung als in den günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven, die sich insbesondere aus der wirtschaftlichen Integration Europas für das Land eröffnen. Im Umfeld weltweit tätiger Großunternehmen und einer Vielzahl exportorientierter mittelständischer Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, die sich verstärkt auch über Kooperationen, Beteiligungen und Niederlassungen im Ausland engagieren, ergibt sich für komplementäre Finanzdienstleistungen wie auch für die übrigen unternehmensbezogenen Dienstleistungen ein umfangreiches und für die Zukunft vielversprechendes Betätigungsfeld. Inwieweit in anderen Bundesländern ansässige Institute und - im Zuge des gemeinsamen EG-Bankenmarktes - auch ausländische Banken in Baden-Württemberg Fuß fassen oder ihr bisheriges Engagement ausdehnen werden, wird nicht zuletzt von der künftigen Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Institute abhängen; mit einer weiteren Intensivierung des Wettbewerbs ist jedenfalls zu rechnen.

Wie auch die vorangegangenen Ausführungen gezeigt haben, verfügen die Sparkassen und vor allem auch die Kreditgenossenschaften in Baden-Württemberg über besonders hohe Marktanteile. Die Stärken dieser Institutsgruppen - die Kundennähe und speziell der enge Kontakt zur mittelständischen Wirtschaft - bieten hierbei günstige Voraussetzungen, um auch im schärferen Wettbewerb der kommenden Jahre bestehen zu können. Die Anforderungen werden jedoch zweifellos zunehmen, wobei insbesondere die jeweiligen Verbundorganisationen vor beträchtlichen Herausforderungen

stehen. Dies ergibt sich sowohl aus der wachsenden Bedeutung des Auslandsgeschäfts und der internationalen Geschäftsverbindungen wie auch aus dem Zusammenwachsen der bisherigen Teilmärkte zu einem Allfinanz-Markt, der für die Tätigkeit der Sparkassen und Kreditgenossenschaften zwar keine grundsätzliche Neuerung, aber eine neuartige Konkurrenzsituation im Verhältnis zu den übrigen Finanzdienstleistungsunternehmen darstellt. Die Ansprüche an umfassende und qualifizierte Beratungs- und Leistungsangebote nehmen somit weiter zu. Institute, die - wie die Großbanken - über ein internationales Netz an Niederlassungen und Tochtergesellschaften verfügen und insbesondere an allen bedeutenden Finanzplätzen vertreten sind, haben in dieser Hinsicht Wettbewerbsvorteile.

Die beachtlichen Erfolge der öffentlich-rechtlichen und der genossenschaftlichen Universalbanken gerade auch in jüngster Vergangenheit, die sich unter anderem in den relativ hohen Ertragsrelationen widerspiegeln, deuten jedoch darauf hin, daß diese Institutsgruppen durchaus in der Lage sind, sich unter den aktuellen Marktentwicklungen und neu strukturierten Wettbewerbsbedingungen zu behaupten. Grundlegende Veränderungen in der Bankenstruktur des Landes sind damit auch nach der EG-weiten Öffnung des Bankenmarktes kaum zu erwarten. Weitere strukturelle Anpassungen werden vielmehr innerhalb der einzelnen Institutsgruppen und hierbei vor allem innerhalb des Sparkassen- und des Genossenschaftssektors erfolgen. So dürfte sich die Tendenz zur Schaffung von günstigeren Betriebsgrößen mit erweiterten Geschäftsspielräumen und einer größeren Beweglichkeit auch unter dem Eindruck der harmonisierten Normen zur Eigenkapitalausstattung in Form von weiteren Fusionen fortsetzen; unumgänglich erscheint ferner die weitere Straffung der Verbundaktivitäten, die in den kommenden Jahren zunehmend konzernähnlichen Charakter annehmen könnten¹⁵.

15 Vgl. hierzu: Hey, H.: Sparkassen-Finanzgruppe - ein Weg ohne Alternative, in: Sparkasse, Zeitschrift des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, 1/1991, S. 8ff.

Zusammenfassung

- Zu Beginn des Jahres 1990 hatten 848 der insgesamt 4 276 bundesdeutschen Kreditinstitute ihren Sitz in Baden-Württemberg. Darunter befanden sich 728 Institute des Genossenschafts- und 93 Banken des Sparkassensektors sowie 22 Kreditbanken (15 Regionalbanken und 7 Privatbankiers). Zu den 20 größten Banken Deutschlands zählten - gemessen an der Bilanzsumme - die Südwestdeutsche Landesbank Girozentrale (Stuttgart-Mannheim) und die Landeskreditbank Baden-Württemberg (Karlsruhe).
- In den 7 716 Arbeitsstätten der Kreditwirtschaft des Landes waren im Mai 1987 101 029 Beschäftigte tätig. Die jeweiligen Anteile am Bundesgebiet beliefen sich bei den Arbeitsstätten auf 19,3 % und bei den Beschäftigten auf 16,5 % und waren somit höher als der baden-württembergische Bevölkerungsanteil (15,2 %) oder der Anteil am Bruttoinlandsprodukt (16,1 %).
- Gegenüber 1970 nahm die Zahl der Arbeitsstätten um 27,3 % und die der Bankbeschäftigten um 54,5 % zu. Der Arbeitsplatzzuwachs lag damit weit über dem Durchschnitt der Gesamtwirtschaft des Landes (+ 15,5 %), aber auch merklich über der Beschäftigtenausweitung des Kreditgewerbes auf Bundesebene (+ 46,7 %). Die kräftigsten Zunahmen wurden mit jeweils rund 75 % bei den Sparkassen und Kreditgenossenschaften ermittelt.
- Die Sparkassen (38 563) und die Kreditgenossenschaften (31 485) weisen unter den im Lande tätigen Bankengruppen mit Abstand die höchsten Beschäftigtenzahlen auf. Es folgen die Kreditbanken (17 266) vor den Bausparkassen (9 916); auf Baden-Württemberg entfällt damit nahezu die Hälfte (48,3 %) aller Bausparkassen-Arbeitsplätze der westlichen Bundesländer.
- Die Dominanz der Sparkassen (3 271) und der genossenschaftlichen Institute (3 378) bei der flächendeckenden Bereitstellung von Bankleistungen kommt vor allem anhand der hohen Arbeitsstättenzahlen zum Ausdruck. Die Filialnetze dieser Institutsgruppen prägen auch die Größenstruktur der kreditwirtschaftlichen Arbeitsstätten im Land. So hatten 1987 63 % aller Arbeitsstätten weniger als 5 Beschäftigte. Gegenüber 1970 wurde jedoch die personelle Ausstattung der Bankfilialen tendenziell verbessert; der Anteil der "Ein-Mann/Frau-Filialen" ist von 33,6 % auf 18,8 % gesunken.
- Die auf die Einwohnerzahl bezogene Anzahl der kreditgewerblichen Arbeitsstätten ist wesentlich von der Besiedlungsstruktur abhängig. Eher ländlich strukturierte Gebiete des Landes verfügen hierbei im allgemeinen über eine höhere Bankstellendichte als vorwiegend städtisch geprägte Kreise und Regionen. Baden-Württemberg insgesamt weist mit 8,3 Arbeitsstätten je 10 000 Einwohner bundesweit - gleichrangig mit Bayern - die höchste Bankstellendichte auf.
- Im Hinblick auf bankwirtschaftliche Versorgungsaspekte sind insbesondere auch die Beschäftigtenzahlen zu betrachten. In einigen Landkreisen hat sich die Zahl der Bankbeschäftigten von 1970 bis 1987 mehr als verdoppelt, während in den regionalen Bankenzentren Stuttgart (+ 17,0 %) und Karlsruhe (+ 32,5 %) nur unterdurchschnittliche Zuwachsraten verzeichnet wurden. Auffallende regionale Versorgungsdefizite sind anhand der vorliegenden statistischen Daten nicht zu erkennen. Mit rund 11 Bankbeschäftigten je 1 000 Einwohner liegt Baden-Württemberg an zweiter Stelle unter den Flächenstaaten und deutlich über dem Bundesdurchschnitt.
- Die reale Bruttowertschöpfung des Bankensektors ist in Baden-Württemberg von 1970 bis 1988 um 134,5 % (Gesamtwirtschaft: 60,2 %) und somit etwas stärker als im gesamten Bundesgebiet (129,7 %; Gesamtwirtschaft: 52,0 %) gestiegen. Sowohl bei der Veränderungsrate als auch beim gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfungsanteil der Kreditwirtschaft

erreicht Baden-Württemberg den dritten Rang unter den Flächenstaaten. Außerordentlich dynamisch entwickelte sich die Kreditwirtschaft in Bayern und in Hessen, das mit dem auch international bedeutenden Finanzzentrum Frankfurt a.M. eine Sonderstellung unter den Bundesländern einnimmt.

- Der Anteil der baden-württembergischen Bankniederlassungen an den bundesweiten Einlagen und aufgenommenen Krediten von Nichtbanken betrug Anfang 1990 15,1 % und entsprach damit in etwa dem Bevölkerungsanteil. Den überdurchschnittlichen Anteilen in den Teilbereichen Sichteinlagen (15,6 %) und - insbesondere - Spareinlagen (17,3 %) stand hierbei ein relativ geringer Bestand an Termingeldern (Anteil: 13,4 %) gegenüber.
- Der - gemessen an der Bevölkerung - unterproportionale Anteil der im Land tätigen Kreditinstitute an der Kreditvergabe an Nichtbanken im Bundesgebiet (13,9 %) ist auf den vergleichsweise geringen Anteil am langfristigen Kreditvolumen (13,2 %) zurückzuführen (dagegen: mittelfristige Kredite: 16,3 %; kurzfristige Kredite: 15,8 %). Dies könnte damit zusammenhängen, daß lediglich 2 der insgesamt 37 bundesdeutschen Realkreditinstitute (Stand: Anfang 1990) ihren Sitz in Baden-Württemberg haben. Ferner dürfte hierbei eine Rolle spielen, daß Wohnungsbau und -erwerb in Baden-Württemberg in besonders hohem Maße über das - in diesen Angaben nicht enthaltene - Bausparwesen finanziert werden.
- Betrachtet man die Marktanteile der einzelnen Institutsgruppen im Einlagen- und Kreditgeschäft in den einzelnen Bundesländern, dann fällt auf, daß die Sparkassen (Einlagen: 40,7 %; Kredite: 31,9 %) und vor allem die Kreditgenossenschaften (32,8 %; 25,8 %) in Baden-Württemberg überdurchschnittlich hohe

Marktanteile erzielen; auf der anderen Seite liegen die Marktanteile der Kreditbanken (15,5 %; 19,9 %) wie auch der übrigen Kreditinstitute (11,0 %; 22,4 %) unter den Durchschnittswerten dieser Bankengruppen auf Bundesebene.

- Die in Baden-Württemberg ansässigen Kreditinstitute konnten im Jahr 1989 eine überdurchschnittlich günstige Ertragslage vorweisen. Das durchschnittliche Betriebsergebnis lag mit 0,81 % (in Relation zum Geschäftsvolumen) beträchtlich über der Ertragsquote der bundesdeutschen Banken insgesamt (0,65 %). Nicht zuletzt basierend auf vergleichsweise hohen Zinsüberschußquoten verbuchten die heimischen Sparkassen (1,04 %) und Genossenschaftsbanken (1,01 %) relativ hohe Betriebsergebnisse.
- Das deutsche Bausparwesen wurde nicht nur im Südwesten begründet (1924), sondern fand hier auch seine weiteste Verbreitung. Mit 576 Bausparverträgen je 1 000 Einwohner (Bundesgebiet: 415) und einem Pro-Kopf-Bestand von 2 795 DM an Bauspareinlagen (Bundesgebiet: 1 894 DM; Stand: Jahresmitte 1990) erweisen sich die Einwohner Baden-Württembergs als die fleißigsten Bausparer der Bundesrepublik.
- Die baden-württembergischen Bausparkassen zählen zu den größten der Bundesrepublik und verfügen - zusammen genommen - etwa über die Hälfte des Bausparmarktes der westlichen Bundesländer; neue Herausforderungen ergeben sich nunmehr im Zuge der bereits im Juli 1990 erfolgten Einführung des Bausparens in Ostdeutschland sowie im Hinblick auf die mögliche Ausdehnung der Geschäftstätigkeit auf die übrigen EG-Staaten, in denen diese spezifische Form der Wohnungsbaufinanzierung bislang noch weitgehend unbekannt ist.

1.2 Größenstruktur der baden-württembergischen Unternehmen

Mehr Unternehmen und Beschäftigte im Dienstleistungsbereich

Neben wichtigen wirtschaftsstatistischen Basisdaten über Arbeitsstätten als den kleinsten örtlichen Einheiten werden im Rahmen der Arbeitsstättenzählungen auch Daten über Unternehmen erhoben. Als Unternehmen gilt hierbei die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die aus handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führt und den Ertrag ermittelt¹. So wurden am 25. Mai 1987, dem Zählungstichtag der letzten Arbeitsstättenzählung, in Baden-Württemberg 339 411 Unternehmen mit 3 660 572 Beschäftigten bzw. Beschäftigungsfällen² außerhalb der eigentlichen Land- und Forstwirtschaft ermittelt. Von den Beschäftigten waren 92 % im Land selbst und nur 8 % (293 191) in den zugehörigen Niederlassungen der Unternehmen in anderen Bundesländern (alte Bundesländer) tätig. Gegenüber der Arbeits-

stättenzählung von 1970 nahm die Zahl der Unternehmen um 17,4 % und die der Beschäftigten um 9,2 % zu. Somit lagen die Zuwachsraten sowohl bei den Unternehmen als auch den tätigen Personen erheblich über dem Plus von 10,1 % bzw. 3,1 % im Bundesgebiet insgesamt (Tabelle 1)³.

Ebenso wie bei den Arbeitsstätten belegen auch die Unternehmensergebnisse der Arbeitsstättenzählung in Baden-Württemberg die zunehmende Tertiärisierung der Wirtschaft. Seit der Erhebung im Jahre 1970 sind im gesamten erwerbswirtschaftlich ausgerichteten Dienstleistungsbereich knapp ein Drittel an Unternehmen und 50,4 % an Beschäftigten hinzugekommen. Auf diesen immer bedeutender werdenden Wirtschaftsbereich entfielen damit 1987 über zwei Drittel der kleinsten rechtlichen Einheiten (237 400) des Landes mit fast zwei Fünfteln der Beschäftigungsfälle (1,4 Mill.). Trotz geringerer Zunahmen (+ 18,3 % bzw. + 33,2 %) lagen die Unternehmens- und Beschäftigtenanteile im Bundesgebiet bei diesen Dienstleistungen sogar bei 73,8 % bzw. 49,5 %.

Im Gegensatz zum tertiären Bereich mußten die Unternehmen des Produzierenden Gewerbes des Landes nach der Zahl der Unternehmen und Beschäftigten Einbußen seit 1970 hinnehmen. Sie waren jedoch weniger stark (- 7,6 % bzw. - 7,4 %) als im Bund (- 9,7 % bzw. - 16,1 %). Auf diesen Bereich der Wirtschaft des Landes entfielen damit 1987 nur noch gut ein Viertel der Unternehmen (96 900) mit drei Fünfteln der tätigen Personen (2,2 Mill.). Im Bundesgebiet lagen diese Anteile bei 24,8 % und 49,9 %. Das bedeutet, daß

-
- 1 Das Unternehmen muß nach außen als selbständige Firma erkennbar sein. Zusammenschlüsse rechtlich selbständiger Firmen (Konzerne, Holdings) werden bei der Arbeitsstättenzählung nicht ermittelt. Die Darstellung von Ergebnissen für Unternehmen erfolgt nur für den Sektor "Unternehmen und Freie Berufe". Hingegen werden für den nichterwerbswirtschaftlichen, öffentlichen Bereich, d.h. für die Organisationen ohne Erwerbszweck, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung einschließlich ihrer besonders nachgewiesenen Anstalten und Einrichtungen nur Ergebnisse für Arbeitsstätten nachgewiesen.
 - 2 Bei der Arbeitsstättenzählung werden Beschäftigungsfälle ermittelt. Das heißt, daß die ausgewiesene Beschäftigtenzahl auch Mehrfachbeschäftigungen - zum Beispiel bei Ausübung zweier verschiedener Teilzeittätigkeiten einer Person - beinhaltet.

-
- 3 Hier wie bei allen nachfolgenden Vergleichen zum Bundesgebiet insgesamt handelt es sich um die zusammengefaßten Ergebnisse der alten Bundesländer.

Tabelle 1

Unternehmen und Beschäftigte im Bundesgebiet 1987 und 1970*) nach Wirtschaftsabteilungen

Nr. der Systematik ¹⁾	Wirtschaftliche Gliederung	Unternehmen			Beschäftigte		
		am 25. Mai 1987	am 27. Mai 1970	Veränderung 1987 gegenüber 1970	am 25. Mai 1987	am 27. Mai 1970	Veränderung 1987 gegenüber 1970
		Anzahl		%	Anzahl		%
0	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ²⁾	28.195	18 649	+ 51,2	137 958	91 089	+ 51,5
1	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	3 010	3 327	- 9,5	485 183	525 245	- 7,6
2	Verarbeitendes Gewerbe	336 560	409 027	- 17,7	8 581 914	10 188 166	- 15,8
3	Baugewerbe	181 598	164 909	+ 10,1	1 864 592	2 309 381	- 19,3
4	Handel	585 073	646 898	- 9,6	3 880 167	3 608 358	+ 7,5
5	Verkehr und Nachrichtenüber- mittlung	81 039	73 964	+ 9,6	1 513 583	1 444 901	+ 4,8
6	Kreditinstitute und Versicherungs- gewerbe	80 052	43 417	+ 84,4	979 435	660 536	+ 48,3
7	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht	802 324	544 919	+ 47,2	4 473 807	2 427 839	+ 84,3
0 - 7	Insgesamt	2 097 851	1 905 110	+ 10,1	21 916 639	21 255 515	+ 3,1

*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen vom 27. Mai 1970 und 25. Mai 1987. - 1) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung. - 2) Nur Unternehmen, die bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) als Gewerbebetriebe gelten.

im Bundesgebiet gleich viele Menschen in Unternehmen des Produzierenden Gewerbes wie des privaten Dienstleistungsbereichs beschäftigt waren, während die meisten Arbeitsplätze baden-württembergischer Unternehmen doch noch im Produzierenden Gewerbe lagen.

Dienstleistungsunternehmen und Freie Berufe mit an der Spitze

Eine Untersuchung der Unternehmensergebnisse der Arbeitsstättenzählung im einzelnen zeigt, daß hinsichtlich der Zahl der Unternehmen die Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht, an der Spitze standen (Tabelle 2). Fast zwei Fünftel aller Unternehmen des Landes (126 400) waren 1987 - nach einer Zunahme von über 60 % gegenüber 1970 - diesem Dienstleistungsbereich zuzuordnen. Hinsichtlich der Zahl der Beschäftigten lag jedoch - trotz eines Rückgangs um 7 % - nach wie vor das Verarbeitende Gewerbe an erster Stelle. Hier hatte noch

immer die Hälfte aller in baden-württembergischen Unternehmen tätigen Personen (1,9 Mill.) - innerhalb des Landes und im übrigen Bundesgebiet - einen Arbeitsplatz. Die Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht, die ihre Beschäftigtenzahl seit der letzten Erhebung fast verdoppeln konnten, kamen mit knapp einem Fünftel der besetzten Arbeitsplätze (665 000) nunmehr an zweiter Stelle.

Bei einem Vergleich mit den Unternehmensergebnissen der Arbeitsstättenzählung im Bundesgebiet insgesamt (Tabelle 3) zeigt sich eine ähnliche - wenn auch weniger stark ausgeprägte - Entwicklung.

Seit der Arbeitsstättenzählung 1970 haben - neben dem nach wie vor an der Spitze stehenden Verarbeitenden Gewerbe - die Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen erheblich an Bedeutung gewonnen. Die nachfolgende Untersuchung konzentriert sich deshalb auf diese beiden "Wirtschaftsabteilungen".

Tabelle 2

Unternehmen und Beschäftigte in Baden-Württemberg 1987 und 1970*) nach Wirtschaftsabteilungen

Nr. der Systematik ¹⁾	Wirtschaftliche Gliederung	Unternehmen			Beschäftigte		
		am 25. Mai 1987	am 27. Mai 1970	Veränderung 1987 gegenüber 1970	am 25. Mai 1987	am 27. Mai 1970	Veränderung 1987 gegenüber 1970
		Anzahl		%	Anzahl		%
0	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ²⁾	5 064	3 673	+ 37,9	27 312	17 051	+ 60,2
1	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	567	539	+ 5,2	36 111	32 466	+ 11,2
2	Verarbeitendes Gewerbe	65 361	74 052	- 11,7	1 864 765	2 005 563	- 7,0
3	Baugewerbe	31 019	30 365	+ 2,2	310 877	350 482	- 11,3
4	Handel	86 109	84 400	+ 2,0	545 492	463 092	+ 17,8
5	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	11 075	9 290	+ 19,2	79 198	57 922	+ 36,7
6	Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	13 831	8 125	+ 70,2	132 198	84 195	+ 57,0
7	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht	126 385	78 578	+ 60,8	664 619	340 106	+ 95,4
0 - 7	Insgesamt	339 411	289 022	+ 17,4	3 660 572	3 350 877	+ 9,2

*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen vom 27. Mai 1970 und 25. Mai 1987. - 1) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung. - 2) Nur Unternehmen, die bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) als Gewerbebetriebe gelten.

Tabelle 3

Unternehmen und Beschäftigte in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1987 und 1970*) nach Wirtschaftsabteilungen

Anteil in %

Nr. der Systematik ¹⁾	Wirtschaftliche Gliederung	Unternehmen				Beschäftigte			
		am 25. Mai 1987		am 27. Mai 1970		am 25. Mai 1987		am 27. Mai 1970	
		Anteil am							
		Landes- ergebnis	Bundes- ergebnis	Landes- ergebnis	Bundes- ergebnis	Landes- ergebnis	Bundes- ergebnis	Landes- ergebnis	Bundes- ergebnis
0	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ²⁾	1,5	1,3	1,3	1,0	0,7	0,6	0,5	0,4
1	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	0,2	0,1	0,2	0,2	1,0	2,2	1,0	2,5
2	Verarbeitendes Gewerbe	19,3	16,0	25,6	21,5	50,9	39,2	59,9	47,9
3	Baugewerbe	9,1	8,7	10,5	8,7	8,5	8,5	10,5	10,9
4	Handel	25,4	27,9	29,2	34,0	14,9	17,7	13,8	17,0
5	Verkehr und Nachrichtenüber- mittlung	3,3	3,9	3,2	3,9	2,2	6,9	1,7	6,8
6	Kreditinstitute und Versicherungs- gewerbe	4,1	3,8	2,8	2,3	3,6	4,5	2,5	3,1
7	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht	37,2	38,2	27,2	28,6	18,2	20,4	10,2	11,4
0 - 7	Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100

*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen vom 27. Mai 1970 und 25. Mai 1987. - 1) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung. - 2) Nur Unternehmen, die bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) als Gewerbebetriebe gelten.

gen"⁴. Dabei wurden in der "Wirtschaftsabteilung 2" (Verarbeitendes Gewerbe) zusätzlich einzelne Branchen, wie der Maschinenbau, die Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbei-

tungsgeräten und -einrichtungen, die Herstellung von Kraftwagen und deren Teile sowie die Elektrotechnik für die Darstellung ausgewählt. In der "Wirtschaftsabteilung 7" (Dienstleistungen,

4 Nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979 (Grundsystematik des Statistischen Bundesamtes) wird die Gesamtwirtschaft in zehn Wirtschaftsabteilungen untergliedert:

0 = Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

1 = Energie- und Wasserversorgung, Bergbau

2 = Verarbeitendes Gewerbe

3 = Baugewerbe

4 = Handel

5 = Verkehr und Nachrichtenübermittlung

6 = Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe

7 = Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht

8 = Organisationen ohne Erwerbszweck

9 = Gebietskörperschaften und Sozialversicherung

Tabelle 4

Unternehmen und Beschäftigte in Baden-Württemberg 1987*) nach ausgewählten Wirtschaftszweigen und Ein- und Mehrbetriebsunternehmen

Nr. der Systematik ¹⁾	Wirtschaftliche Gliederung	Unternehmen						Nieder- lassungen von Mehr- betriebs- unter- nehmen	Durch- schnitt- liche Anzahl der Nieder- lassungen von Mehr- betriebs- unter- nehmen	Beschäftigte in		
		ins- gesamt	davon				ins- gesamt			davon		
			Einbetriebs- unternehmen		Mehrbetriebs- unternehmen					Einbetriebs- unternehmen		
			Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %				Anzahl		Anzahl
0 - 7	Insgesamt	339 411	323 493	95,3	16 918	4,7	68 575	3,7	3 660 572	1 974 089	53,9	
	darunter											
2	Verarbeitendes Gewerbe	65 361	60 843	93,1	4 518	6,9	14 995	3,3	1 864 765	755 768	40,5	
7	Dienstleistungen, soweit von Unter- nehmen und Freien Berufen er- bracht	126 385	123 052	97,4	3 333	2,6	8 986	2,7	664 619	540 381	81,3	
242	Maschinenbau	4 396	4 002	91,0	394	9,0	1 295	3,3	296 901	137 910	46,5	
243	Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	339	305	90,0	34	10,0	308	9,1	49 672	2 406	4,8	
244	Herstellung von Kraftwagen und deren Teilen	512	452	88,3	60	11,7	512	8,5	270 237	20 315	7,5	
250	Elektrotechnik	2 999	2 718	90,6	281	9,4	1 439	5,1	291 976	63 002	21,6	
781	Rechtsberatung, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung	10 967	10 698	97,5	269	2,5	613	2,3	53 768	49 011	91,2	
784	Technische Beratung und Planung	13 048	12 673	97,1	375	2,9	926	2,5	54 332	42 818	78,8	
787	Werbung	4 820	4 770	99,0	50	1,0	119	2,4	19 989	17 686	88,5	
794	Grundstücks- und Wohnungswesen	6 714	6 526	97,2	188	2,8	557	3,0	21 546	17 915	83,1	

*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987. - 1) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung.

soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht) waren dies die Rechtsberatung, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung, die technische Beratung und Planung, die Werbung sowie das Grundstücks- und Wohnungswesen.

Einbetriebsunternehmen vorherrschend

In den meisten Fällen bestand das Unternehmen (die Praxis oder das Büro) aus einer einzigen Arbeitsstätte. So waren über neun Zehntel (95,3 %) der 339 411 Unternehmen in Baden-Württemberg solche sogenannten Einbetriebsunternehmen. Folglich waren die Angaben zur überwiegenden Mehrzahl der Unternehmen und der Arbeitsstätten identisch. Von den Beschäftigten entfielen hierauf allerdings nur 53,9 %, auf die

relativ wenigen (4,7 %) Mehrbetriebsunternehmen hingegen 46,1 %. Im Durchschnitt kamen knapp vier Niederlassungen (eine Haupt- und drei Zweigniederlassungen) mit jeweils knapp 29 tätigen Personen auf ein Mehrbetriebsunternehmen.

Das Verhältnis Einbetriebs- zu Mehrbetriebsunternehmen ist beim Verarbeitenden Gewerbe und den Dienstleistungsunternehmen der "Wirtschaftsabteilung 7" besonders gegensätzlich. So bestand im Verarbeitenden Gewerbe jedes vierzehnte Unternehmen aus einer Hauptniederlassung und einer oder mehreren Zweigniederlassungen. Die Unternehmen der "Wirtschaftsabteilung 7" hingegen hatten fast ausnahmslos nur eine Arbeitsstätte. Von den Beschäftigten waren beim Verarbeitenden Gewerbe drei Fünftel, bei den Dienstleistungsunternehmen und Freien Berufen hingegen nur ein Fünftel in Mehrbetriebsunternehmen tätig. Noch stärker zeigten sich die Gegensätze bei den für die Untersuchung ausgewählten Branchen. Bei der Herstellung von Kraftwagen zum Beispiel, erwies sich sogar jedes neunte Unternehmen als ein Mehrbetriebsunternehmen, bei der Werbung hingegen nur jedes hundertste. Entsprechendes gilt für die Beschäftigten; im Straßenfahrzeugbau arbeiteten über neun Zehntel, in der Werbung hingegen nur gut ein Zehntel in Mehrbetriebsunternehmen (Tabelle 4).

den Unternehmen		Beschäftigte in den Niederlassungen von Mehrbetriebs- unternehmen	Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten in Niederlassungen von Mehrbetriebs- unternehmen
in			
Mehrbetriebs- unternehmen		Anzahl	
Anzahl	Anteil in %		
1 686 483	46,1	1 686 483	28,6
1 108 997	59,5	1 108 997	74,0
124 238	18,7	124 238	13,2
158 991	53,6	158 991	122,8
47 266	95,2	47 266	153,5
249 922	92,5	249 922	488,1
228 974	78,4	228 974	159,1
4 757	8,8	4 757	7,8
11 514	21,2	11 514	12,4
2 303	11,5	2 303	19,4
3 631	16,9	3 631	6,5

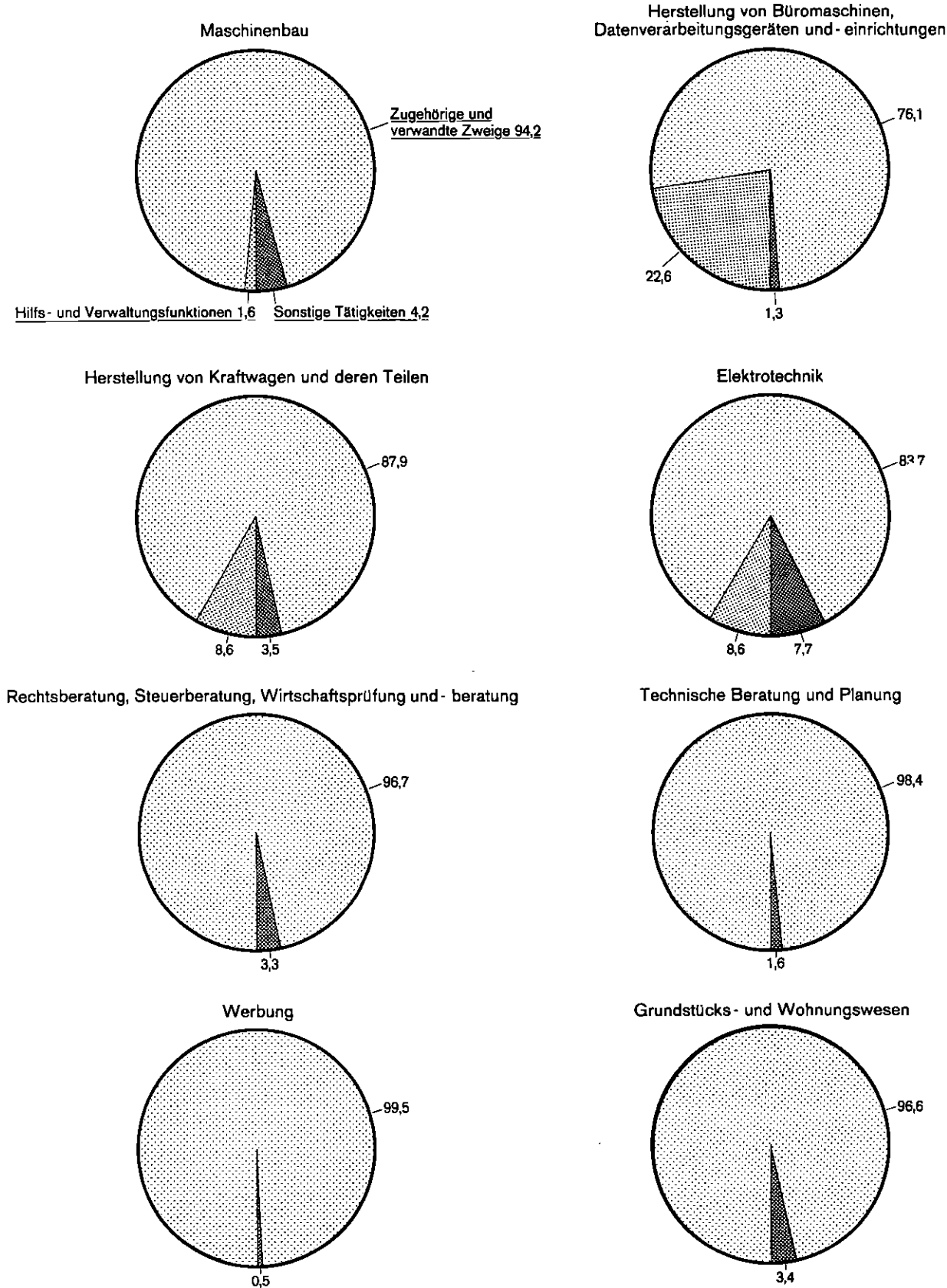
Wirtschaftliche Tätigkeit der Niederlassungen

In diesem Zusammenhang erhebt sich auch die Frage nach der wirtschaftlichen Verflechtung zwischen Unternehmen und Niederlassung. Sie ist zu beantworten mit einem Vergleich des jeweiligen wirtschaftlichen Schwerpunkts der Tätigkeit, der bei den ausgewählten Branchen der "Wirtschaftsabteilungen 2 und 7" zu unterschiedlichen Ergebnissen führte. Gemessen an der Zahl der Beschäftigten spiegelten die Niederlassungen der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes zumeist die verschiedenen Facetten der jeweiligen Branche wider. Teilweise nahmen sie jedoch auch Verwaltungs- und Hilfsfunktionen (z.B. Schulungszentrum für Mitarbeiter und

Schaubild 1

Beschäftigte von Mehrbetriebsunternehmen in Baden-Württemberg 1987*)
nach wirtschaftlichem Schwerpunkt des Unternehmens und Schwerpunkt der Tätigkeit
in den Niederlassungen

Anteile in %



*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987.
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Betriebsfremde, Verkaufsniederlassung, Reparaturwerkstätte) wahr, dies insbesondere bei der Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen. Bei den vier Branchen des Dienstleistungsbereichs hingegen entfielen meistens solche zusätzlichen Funktionen als Schwerpunkttätigkeit der Niederlassung. Hier waren auch die Niederlassungen hauptsächlich auf brancheneigene Tätigkeiten konzentriert (Schaubild 1).

Diese strukturellen Gegebenheiten sind am ehesten mit unterschiedlichen Unternehmensgrößen zu erklären, auf die nachfolgend noch näher eingegangen wird. So dürften die im Vergleich zum Dienstleistungsbereich größeren Unternehmenseinheiten im Verarbeitenden Gewerbe allein schon aus organisatorischen Gründen eine Auslagerung von bestimmten Produktionsteilen und Zusatzfunktionen erfordern, die dann zum Schwerpunkt der Tätigkeit der Niederlassung werden. Die darüber hinaus interessie-

rende Frage nach der Diversifikation der wirtschaftlichen Tätigkeiten von Unternehmen ist allerdings mit den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung - oder überhaupt mit Daten der amtlichen Statistik - nur schwerlich zu beantworten. Sie dürfte sich weniger auf der Ebene der "kleinsten rechtlich selbständigen Einheiten" als vielmehr auf Konzernebene abspielen, die der amtlichen Statistik nicht zugänglich ist.

Kleinere und mittelgroße Unternehmen gewinnen noch an Bedeutung

Wie bereits ausgeführt, gab es am 25. Mai 1987 insgesamt 339 411 Unternehmen in Baden-Württemberg. Im Vergleich zur Arbeitsstättenzählung 1970 bedeutete dies eine Zunahme des Unternehmensbestandes um über 50 000 oder 17,4 %. Die Zahl der Arbeitsplätze in den Unternehmen nahm im selben Zeitraum um rund 310 000 bzw. um 9,2 % auf gut 3,66 Millionen zu. Damit betrug 1987 der Anteil baden-württembergischer Un-

Tabelle 5

Unternehmen und Beschäftigte in Baden-Württemberg im Zeitvergleich*) nach Beschäftigtengrößenklassen

Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten	Unternehmen			Beschäftigte		
	1961	1970	1987	1961	1970	1987
Anteil in %						
1 - 4	77,4	72,4	67,5	15,4	12,8	12,8
5 - 49	20,4	25,1	30,3	24,5	24,0	30,1
50 - 499	2,0	2,3	2,0	27,9	27,1	24,1
500 und mehr	0,2	0,2	0,2	32,2	36,1	33,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Kumulierte Anteile in %						
1 - 4	77,4	72,4	67,5	15,4	12,8	12,8
1 - 49	97,8	97,4	97,8	39,9	36,8	42,9
1 - 499	99,8	99,8	99,8	67,8	63,9	67,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen vom 6. Juni 1961, 27. Mai 1970 und 25. Mai 1987.

ternehmen an der Gesamtzahl im Bundesgebiet 16,2 % gegenüber 15,2 % im Jahre 1970. Nahezu die gleichen Relationen ergeben sich für die Arbeitsplätze. Dabei ging die durchschnittliche Beschäftigtenzahl je Unternehmen des Landes von 12 auf 11 und im Bundesdurchschnitt von 11 auf 10 zurück. Schon allein diese Verhältniszahlen deuten an, daß im Land wie im Bund nach wie vor die kleineren Unternehmen in der Überzahl waren.

Um einen Einblick in die Größenstruktur im einzelnen zu erhalten, bedarf es einer Untersuchung der Unternehmensergebnisse der Arbeitsstättenzählung nach Beschäftigtengrößenklassen. Es zeigt sich dabei, daß über neun Zehntel aller baden-württembergischen Unternehmen 1987 über weniger als 20 Arbeitsplätze verfügten. Schon die mit weniger als 5 Beschäftigten stellten gut zwei Drittel aller Unternehmen. Ein hierzu konträres Bild bietet sich, werden die jeweiligen Anteile an der Beschäftigtenzahl betrachtet. So entfielen von der Gesamtzahl auf die Unternehmen mit weniger als 20 gerade ein Drittel und lediglich etwas weniger als ein Achtel auf die mit unter 5 tätigen Personen. Jeweils ein weiteres Drittel kam auf die Unternehmen der mittleren bzw. oberen Größenklasse (20-499 bzw. 500 und mehr Beschäftigte), die zusammen nur knapp 6 % der Unternehmen repräsentierten. Damit unterschieden sich die Größenstrukturen nur unwesentlich von denen des Bundesgebietes insgesamt.

Im Vergleich zu 1970 war der Beschäftigtenanteil der Unternehmen der oberen Größenklasse des Landes rückläufig (von 36,1 % auf 33,0 %). Auch in den Größenklassen von 50 bis 499 tätigen Personen haben die Anteilswerte - trotz zum Teil geringfügiger absoluter Zunahmen - abgenommen. Dagegen konnten die Einheiten mit 5 bis 49 Beschäftigten ihren Arbeitsplatzanteil um 6 Prozentpunkte ausbauen. Greift man in diesem Zusammenhang noch auf die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung von 1961 zurück, so haben langfristig allein die Unternehmen dieser Größenklasse an Gewicht zugelegt (Tabelle 5). Diejenigen mit einer Belegschaft von 50 und mehr erreichten ihren Kulminationspunkt - dem Beschäftigtenanteil nach - 1970.

Bei den ganz kleinen Einheiten (1-4 Beschäftigte) hingegen war 1987 und 1970 gegenüber 1961 eine abnehmende Tendenz festzustellen⁵.

Konträre Tendenzen im Verarbeitenden Gewerbe und bei den Dienstleistungen

Der sich 1987 wieder verstärkt zeigende Trend zur eher kleineren Einheit ging vor allem auf die starke Zunahme der Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen zurück. Infolge der meist individuellen Beratungsfunktionen herrschten hier mehr kleinbetrieblich strukturierte Unternehmen vor. Darüber hinaus dürften jedoch auch Rationalisierungsmaßnahmen im produzierenden Bereich (z.B. automatisierte Fertigung) zu teilweise personell verkleinerten Einheiten geführt haben⁶. Dennoch entfielen im Verarbeitenden Gewerbe - der noch immer mit Abstand am stärksten besetzten Wirtschaftsabteilung des Landes - rund die Hälfte der Arbeitsplätze auf die wenigen Unternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten (Bund: 47,0 %). Im Gegensatz dazu kam auf Kleinunternehmen mit weniger als 20 tätigen Personen - die über vier Fünftel aller Unternehmen in dieser Wirtschaftsabteilung stellten - ein Beschäftigtenanteil von lediglich 15,1 % (Tabelle 6 sowie Tabelle 1 und 2 im Anhang).

5 Anders wären sicherlich die kapitalmäßigen und personellen Verflechtungen im Rahmen von Konzernen, Holdinggesellschaften o.ä. zu beurteilen, die zwischenzeitlich oftmals sogar über den nationalen Bereich hinausgehen. Aus schon dargelegten Gründen sind solche Konzentrationsuntersuchungen im eigentlichen Sinne mit Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung leider nicht möglich.

6 Vgl. Zeitel, Gerhard: Längerfristige Entwicklung der Unternehmens- und Wirtschaftsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der kleinen und mittleren Unternehmungen, in: Veröffentlichungen des Instituts für Mittelstandsforschung, Universität Mannheim, Nr. 3, 1990.

Tabelle 6

Unternehmen und Beschäftigte in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1987*) nach Wirtschaftsabteilungen und Beschäftigtengrößenklassen

Nr. der Systematik ¹⁾	Wirtschaftliche Gliederung	Regionale Gliederung	Unter- nehmen	Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten								
			Beschäftigte insgesamt	1	2 - 4	5 - 9	10 -	20 -	50 -	100 -	200 -	500 und mehr
				Anzahl	Anteil in %							
Unternehmen												
0 - 7	Insgesamt	Baden- Württemberg	339 411	26,0	41,5	19,3	7,6	3,4	1,1	0,6	0,4	0,2
		Bundesgebiet	2 097 853	27,0	41,4	18,8	7,4	3,4	1,0	0,5	0,3	0,2
	darunter											
2	Verarbeitendes Gewerbe	Baden- Württemberg	65 361	18,7	32,3	22,8	12,7	7,3	2,7	1,7	1,2	0,6
		Bundesgebiet	336 560	19,2	31,9	22,8	13,0	7,5	2,7	1,5	1,0	0,5
7	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht	Baden- Württemberg	126 385	28,5	44,7	19,4	5,2	1,6	0,4	0,2	0,1	0,0
		Bundesgebiet	802 325	28,6	44,5	19,3	5,2	1,6	0,4	0,2	0,1	0,1
Beschäftigte												
0 - 7	Insgesamt	Baden- Württemberg	3 660 572	2,4	10,4	11,5	9,3	9,3	6,7	7,3	10,1	33,0
		Bundesgebiet	21 915 838	2,6	10,7	11,6	9,4	9,5	6,6	6,6	8,8	34,3
	darunter											
2	Verarbeitendes Gewerbe	Baden- Württemberg	1 864 765	0,7	3,2	5,3	5,9	7,8	6,4	8,3	12,9	49,6
		Bundesgebiet	8 581 914	0,8	3,5	5,9	6,8	8,8	7,2	8,3	11,8	47,0
7	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht	Baden- Württemberg	664 619	5,4	23,0	23,3	12,6	8,5	5,1	4,9	6,5	10,6
		Bundesgebiet	4 474 212	5,1	21,6	21,9	11,8	8,2	4,7	4,8	7,2	14,5

*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987. - 1) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung.

Gegenüber 1970 ging die Beschäftigtenzahl der baden-württembergischen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes zwar insgesamt um 7,0 % zurück, hiervon waren jedoch die Unternehmen mit 5 bis 49 Beschäftigten nicht betroffen. Sie legten mit Zuwachsraten zwischen 10 % (20 bis 49 Beschäftigte) und gut 40 % (10 bis 19 Beschäftigte) deutlich zu. Weniger stark ausgeprägt waren die Zunahmen im Bund, so daß sich der Anteil der Unternehmen des Landes von 19,7 % im Jahr 1970 auf 21,7 % im Jahr 1987 vergrößerte (Tabelle 7 und Tabelle 1 im Anhang).

Ein Blick auf die Größenstruktur der "Wirtschaftsabteilung 7", Dienstlei-

stungen von Unternehmen und Freien Berufen, zeigt die große Bedeutung der kleineren Unternehmenseinheiten auf. So entfielen 64,3 % der Beschäftigungsfälle auf solche mit weniger als 20 tätigen Personen (Bund: 60,4 %). Im Gegensatz zum Verarbeitenden Gewerbe (mit rund der Hälfte) arbeiteten in der Größenklasse mit 500 und mehr lediglich 10,6 % der Zugehörigen dieser Wirtschaftsabteilung (Bund: 14,5 %).

Gegenüber 1970 ist jedoch sowohl bei baden-württembergischen Unternehmen als auch im Bundesdurchschnitt die Zahl der Beschäftigungsfälle in allen Größenklassen der "Wirtschaftsabteilung 7" stark angestiegen. So hat sie sich bei

Tabelle 7

Unternehmen und Beschäftigte in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1970*) nach Wirtschaftsabteilungen und Beschäftigtengrößenklassen

Nr. der Systematik ¹⁾	Wirtschaftliche Gliederung	Regionale Gliederung	Unter- nehmen	Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten								
			Beschäftigte insgesamt	1	2 - 4	5 - 9	10 -	20 -	50 -	100 -	200 -	500 und mehr
			Anzahl	Anteil in %								
Unternehmen												
0 - 7	Insgesamt	Baden- Württemberg	289 022	26,9	45,5	16,9	6,0	3,2	1,2	0,7	0,5	0,2
		Bundesgebiet	1 905 110	28,3	44,6	16,5	6,0	3,3	1,1	0,6	0,4	0,2
	darunter											
2	Verarbeitendes Gewerbe	Baden- Württemberg	74 052	25,8	37,3	17,1	7,8	5,7	2,6	1,6	1,3	0,7
		Bundesgebiet	409 027	25,7	36,2	18,3	8,6	5,8	2,4	1,5	1,1	0,6
7	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht	Baden- Württemberg	78 578	24,6	54,2	15,7	3,8	1,2	0,3	0,1	0,1	0,0
		Bundesgebiet	544 919	25,6	53,8	15,2	3,6	1,2	0,3	0,1	0,1	0,0
Beschäftigte												
0 - 7	Insgesamt	Baden- Württemberg	3 350 877	2,3	10,5	8,7	6,8	8,4	7,3	7,9	12,0	36,1
		Bundesgebiet	21 255 515	2,5	10,6	8,9	7,1	8,8	7,1	7,3	9,9	37,8
	darunter											
2	Verarbeitendes Gewerbe	Baden- Württemberg	2 005 563	1,0	3,8	4,1	3,9	6,6	6,8	8,3	14,4	51,2
		Bundesgebiet	10 188 166	1,0	4,0	4,7	4,6	7,1	6,8	8,1	13,0	50,5
7	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht	Baden- Württemberg	340 106	5,7	33,7	22,5	11,4	8,3	4,6	4,3	4,9	4,6
		Bundesgebiet	2 427 839	5,7	32,1	21,2	10,4	8,0	5,0	4,5	5,6	7,5

*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970. - 1) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung.

den Unternehmen des Landes in der Größenklasse 5 bis 499 mehr als verdoppelt und in der mit 500 und mehr tätigen Personen sogar auf mehr als das Vierfache erhöht. Im Bundesgebiet insgesamt wurden Steigerungsraten von über 100 % erreicht. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß Unternehmen dieser Größenordnung in der "Wirtschaftsabteilung 7" allgemein nur in verhältnismäßig geringer Zahl zu finden waren.

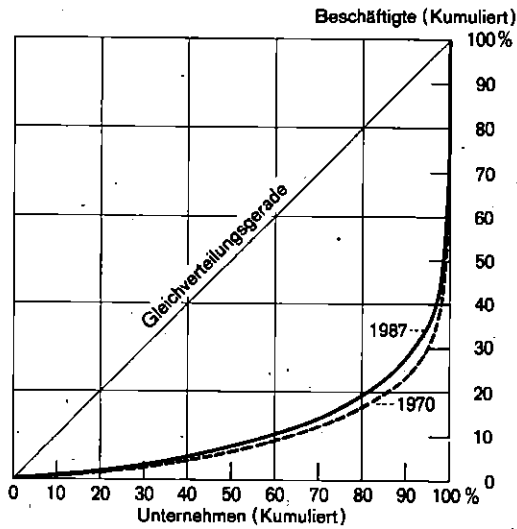
Zusammenfassend läßt sich über die Entwicklung der Unternehmensstruktur 1987 gegenüber 1970 beim Verarbeitenden Gewerbe sowie bei den Dienstleistungen von Unternehmen und Freien

Berufen folgendes feststellen: Beim Verarbeitenden Gewerbe haben allein die Unternehmen der Größenklasse von 5 bis 49 tätigen Personen an Gewicht zugelegt. Hier hat sich der Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten von 14,6 % auf 19,0 % vergrößert. Diesem Zuwachs standen Beschäftigungsverluste sowohl bei den Unternehmen der Größenklasse von 1 bis 4 (von 4,8 % auf 3,9 %) als auch von 50 und mehr tätigen Personen (von 80,7 % auf 77,2 %) gegenüber. Bei den Dienstleistungen verzeichneten die Unternehmen aller Größenklassen von 5 tätigen Personen an aufwärts einen Zugewinn des Beschäftigtenanteils, und zwar insgesamt von 60,6 % auf 71,5 %. Dieser Zunahme stand ein entsprechen-

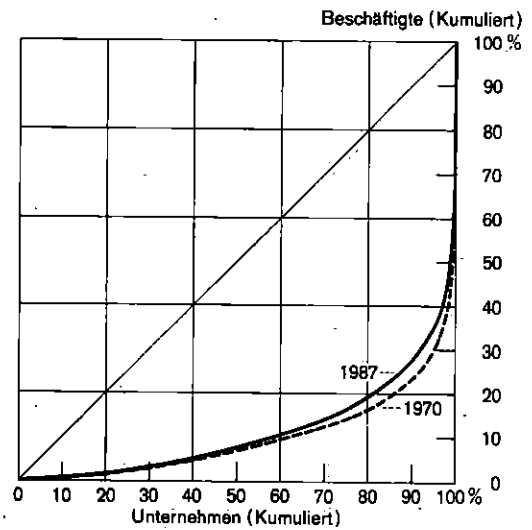
Lorenzkurven für Unternehmen und Beschäftigte *) in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet **1970 und 1987**

Baden-Württemberg

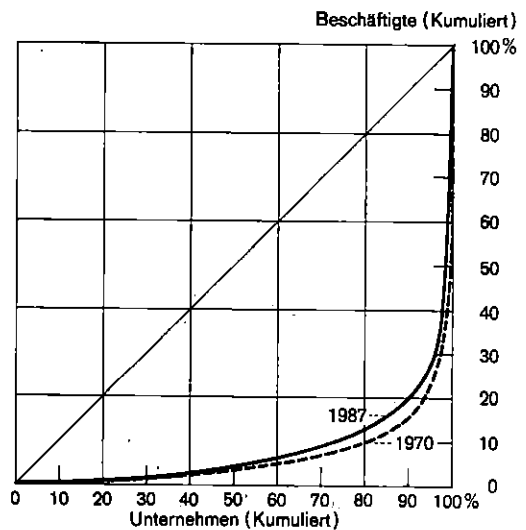
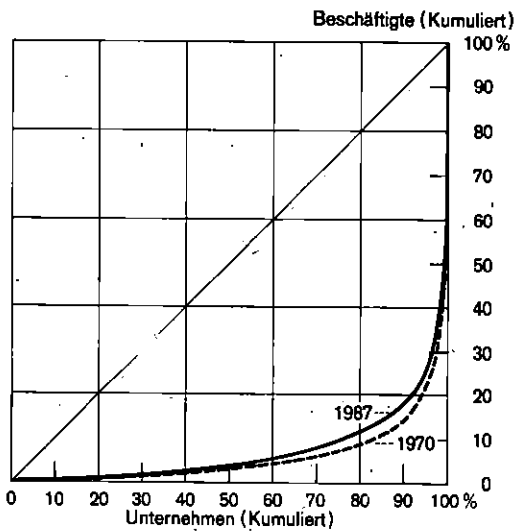
1. Wirtschaft insgesamt (Wirtschaftsabteilungen 0-7)



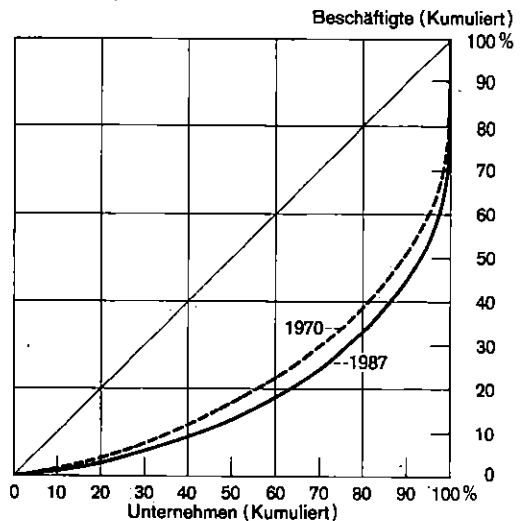
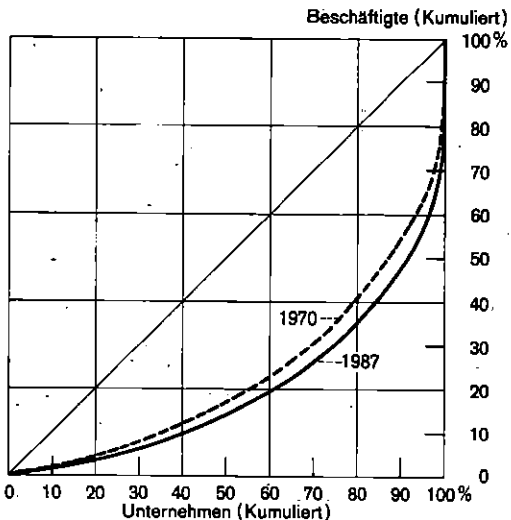
Bundesgebiet



2. Verarbeitendes Gewerbe (Wirtschaftsabteilung 2)



3. Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht (Wirtschaftsabteilung 7)



*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen vom 27. Mai 1970 und 25. Mai 1987.
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

der Anteilsverlust (von 39,4 % auf 28,4 %) bei den Unternehmen der Größenklasse von 1 bis 4 tätigen Personen gegenüber.

Einen Überblick über die Verteilung von Beschäftigten und Unternehmen geben zusätzlich die in Schaubild 2 dargestellten Lorenzkurven für Land und Bund. Sie zeigen die sich entsprechenden, kumulierten Anteile der Unternehmen und Beschäftigten sowie die Abweichung von einer angenommenen Gleichverteilung auf. Die Darstellung erfolgt für die Wirtschaft insgesamt, das Verarbeitende Gewerbe sowie die Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen in den Jahren 1987 und 1970.

Auch Unterschiede in den Unternehmensgrößen der einzelnen Branchen

Auch innerhalb der einzelnen Wirtschaftsabteilungen stellt man zum Teil deutliche Unterschiede in den Größenstrukturen der Unternehmen in den für die Untersuchung ausgewählten Branchen fest, auf die nachfolgend näher eingegangen wird. Darüber hinaus sind weitere Einzelheiten der Tabelle 1 im Anhang zu entnehmen.

Die nach den Unternehmensergebnissen der Arbeitsstättenzählung beschäftigungsstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes waren 1987 in Baden-Württemberg der Maschinenbau, die Herstellung von Kraftwagen und deren Teile (Kfz-Herstellung) und die Elektrotechnik mit Größenordnungen zwischen 297 000 (Maschinenbau) und 270 000 (Kfz-Herstellung) tätigen Personen. Mit rund 50 000 fiel die Zahl der Beschäftigten in den Unternehmen der Herstellung von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen (ADV-Geräteherstellung) wesentlich geringer aus. Sowohl im Vergleich zur Gesamtwirtschaft als auch zum Verarbeitenden Gewerbe zeigten sich in erster Linie bei den Unternehmen der Kfz-Herstellung und der ADV-Geräteherstellung 1987 Unterschiede in den Größenstrukturen. Hier dominierten die Einheiten der oberen Größenklasse (500 und mehr tätige Personen) mit Beschäftigtenanteilen von jeweils mehr als 90 %. Im Gegensatz dazu fiel diese Be-

schäftigtengrößenklasse bei Maschinenbauunternehmen mit knapp 50 % wesentlich geringer aus. Mit 73 % nahm die Elektrotechnik hier eine Mittelstellung ein.

Ähnliche Relationen ergaben sich auch bundesweit. Lediglich bei der ADV-Geräteherstellung war der Anteil dieser obersten Größenklasse mit etwas über 80 % um einiges geringer als in Baden-Württemberg. Die Maschinenbauunternehmen des Landes - wie auch im Bundesdurchschnitt - hatten hingegen ein besonders starkes Gewicht in den Größenklassen von 20 bis 199 Beschäftigten (26,3 % bzw. 27,2 %) und von 200 bis 499 Beschäftigten (17,6 % bzw. 16,0 %). Auch in der Klasse bis zu 19 tätigen Personen war der Anteil im Maschinenbau mit 6,3 % bzw. 7,2 % im Vergleich zu den übrigen drei Branchen relativ groß. Hierbei dürfte sich nicht zuletzt die Spezialisierung von Unternehmen dieser Größenordnung auf Sonderanfertigungen oder die Produktion kleinerer Serien ausgewirkt haben.

Ebenso wie bei den Unternehmen des Landes mit Schwerpunkt im Verarbeitenden Gewerbe zeigten sich auch bei den ausgewählten Branchen der "Wirtschaftsabteilung 7" unterschiedliche Strukturen. Hierzu ist allerdings anzumerken, daß es z.B. Unternehmen der Rechts- und Steuerberatung, der Wirtschaftsprüfung und -beratung sowie des Grundstücks- und Wohnungswesens in der obersten Größenklasse mit 500 und mehr Beschäftigten überhaupt nicht, Unternehmen der technischen Beratung und Planung sowie der Werbung in dieser Klasse lediglich in sehr geringem Umfang gab. Der Beschäftigungsschwerpunkt dieser Dienstleistungsunternehmen lag eindeutig bei Kleinunternehmen mit bis zu 19 Arbeitsplätzen. An der Spitze standen hier die Rechts-, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung mit 84,2 % vor dem Grundstücks- und Wohnungswesen (76,1 %), gefolgt von der technischen Beratung und Planung (72,2 %) sowie der Werbung (55,1 %). Ähnliche Größenverhältnisse waren im übrigen auch bundesweit für diese Branchen zu beobachten. Die nächstgrößten Anteile - zwischen 14 % (Rechts-, Steuer- und Wirtschaftsberatung sowie technische Beratung und

Planung) und gut 20 % (Grundstücks- und Wohnungswesen) - wurden von den baden-württembergischen Unternehmen dieser vier Branchen in der Größenklasse von 20 bis 199 Beschäftigten erreicht.

Beschäftigungsstrukturen der Unternehmen 1987

Ein weiterer Aspekt im Zusammenhang mit einer Untersuchung über die Unternehmensgröße ist in der Beschäftigungsstruktur der Unternehmen zu sehen (Tabelle 8). Hierzu zeigt sich, daß von den über 3,66 Millionen Beschäftigten in Unternehmen nicht ganz 322 000 bzw. 8,8 % als tätige Inhaber arbeiteten. Weitere 2,2 % waren unbezahlt mithelfende Familienangehörige. Der weit überwiegende Teil - 3,26 Millionen - entfiel jedoch erwartungsgemäß auf die Gruppe der Arbeitnehmer. Hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung der beiden Geschlechter ist dabei hervorzuheben, daß jeder dritte Beschäftigte eine Frau war,

der Frauenanteil bei den unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen sogar bis auf fast 70 % anstieg. Von den tätigen Inhabern war dagegen lediglich jeder Vierte weiblichen Geschlechts.

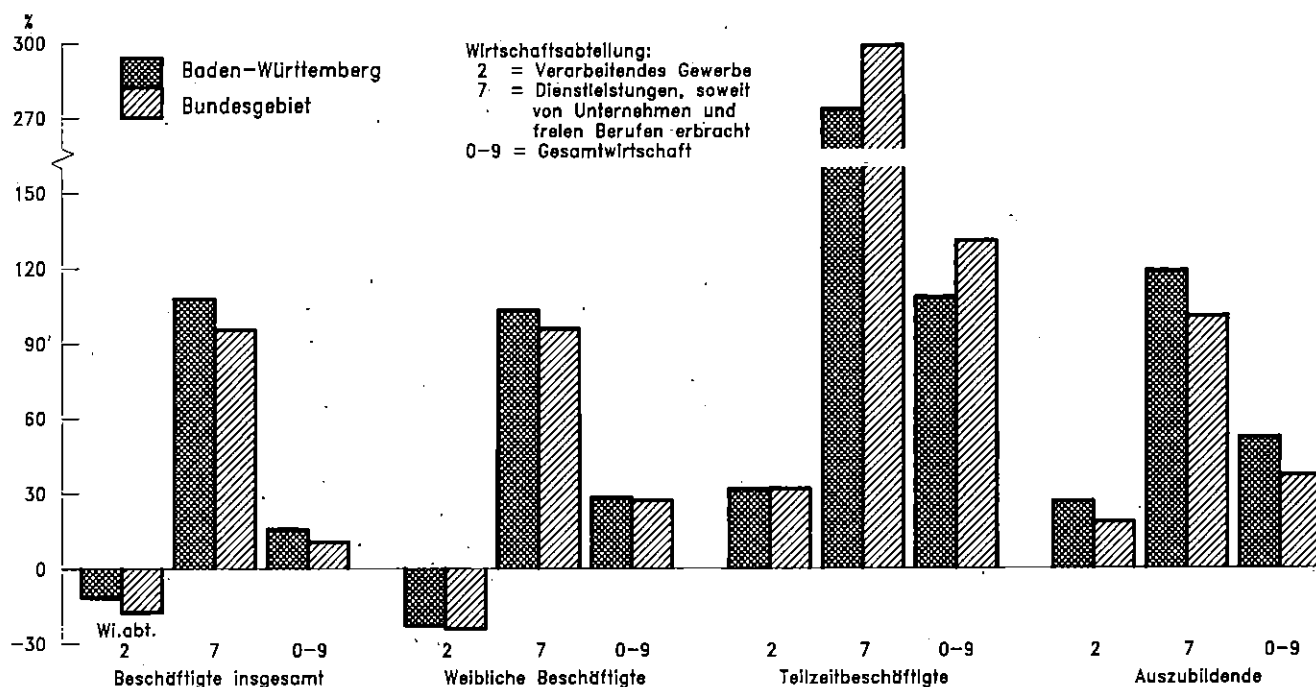
Bei den 21,9 Millionen Beschäftigten im Bundesgebiet insgesamt ergaben sich in etwa die gleichen Verhältnisse. Unterschiede zeigten sich jedoch wiederum zwischen den einzelnen Wirtschaftsabteilungen sowohl beim Land als auch beim Bund. So hatten in baden-württembergischen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes lediglich 3,1 % der Beschäftigten den Status eines tätigen Inhabers, der niedrigste Prozentsatz unter sämtlichen Wirtschaftsabteilungen. Im Bereich der Dienstleistungen von "Wirtschaftsabteilung 7" fiel der Anteil der tätigen Inhaber aufgrund der kleinbetrieblichen Unternehmensstruktur mit 19,2 % dagegen am größten aus. Auch bei den unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen war der Beschäftigtenanteil im Verarbeitenden Gewerbe mit 0,7 % am

Tabelle 8
Beschäftigte in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1987*) nach Wirtschaftsabteilungen und Stellung im Unternehmen

Nr. der Systematik ¹⁾	Wirtschaftliche Gliederung	Beschäftigte		Von den Beschäftigten sind ...					
		insgesamt	weiblich	tätige Inhaber		unbezahlt mithelfende Familienangehörige		Arbeitnehmer	
				zusammen	weiblich	zusammen	weiblich	zusammen	weiblich
		Anzahl	Anteil in %						
Baden-Württemberg									
0 - 7	Insgesamt	3 660 572	37,4	8,8	2,3	2,2	1,5	89,0	33,6
	darunter								
2	Verarbeitendes Gewerbe	1 864 765	30,1	3,1	0,5	0,7	0,6	96,1	29,0
7	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht	664 619	58,4	19,2	6,2	4,8	3,2	76,0	48,9
Bundesgebiet									
0 - 7	Insgesamt	21 915 838	37,5	9,1	2,6	2,2	1,4	88,7	33,4
	darunter								
2	Verarbeitendes Gewerbe	8 581 947	28,5	3,6	0,6	0,8	0,6	95,7	27,3
7	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht	4 474 212	58,1	18,0	6,1	4,5	2,9	77,5	49,1

*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987. - 1) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung.

Veränderung der Beschäftigungsstruktur in Arbeitsstätten in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1987 gegenüber 1970 in %^{*)}



*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen vom 27. Mai 1970 und 25. Mai 1987.
 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

173 91

geringsten und bei den Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen mit 4,8 % am größten. Während der Frauenanteil bei den tätigen Inhabern in Unternehmen der "Wirtschaftsabteilung 7" deutlich höher lag (32,4 %) als beim Verarbeitenden Gewerbe (15,4 %), ergab sich bei den unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen das umgekehrte (67,3 % zu 74,8 %) Verhältnis.

Eine differenziertere Untergliederung der Arbeitnehmer nach Angestellten, Facharbeitern usw. liegt für Unternehmen nicht vor. Sie wurde bei der Arbeitsstättenzählung lediglich für die örtliche Einheit (Arbeitsstätte), erfragt. Bei der nachfolgenden Darstellung der Beschäftigungsstrukturen anhand der Arbeitsstättenergebnisse ist deshalb zu berücksichtigen, daß hier - im Gegensatz zu den Unternehmensergebnissen - in der Gesamtwirtschaft auch der nicht-erwerbswirtschaftliche, öffentliche Dienstleistungsbereich enthalten ist. Die

Grundzüge der sozio-ökonomischen Struktur werden hierdurch allerdings nicht beeinflusst.

Starke Zunahme der Teilzeit- und weiblichen Beschäftigten

Bei der Arbeitsstättenzählung 1987 wurden in Baden-Württemberg insgesamt 4 496 168 Beschäftigte in 425 030 Arbeitsstätten ermittelt. Im Vergleich zur vorangegangenen Erhebung 1970 hat die Zahl der Beschäftigten insgesamt (um 15,5 %) deutlich zugenommen⁷. Dabei lag der Anstieg im Lande über der Zuwachsrates im Bundesdurchschnitt (+ 10,5 %). Diese für Baden-Württem-

7 Meyer-Haitz, Doris/Gölz, Uwe: Die Arbeitsstättenzählung 1987 in Baden-Württemberg, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 3/1989, S. 111.

berg günstigere Entwicklung zeigte sich im übrigen durchweg bei allen Beschäftigungsgruppen (Angestellte, Facharbeiter, sonstige Arbeiter) und war vor allem auf den kräftigen Zuwachs der Teilzeitarbeit zurückzuführen. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten hat sich 1987 gegenüber 1970 im Lande (von 353 364 auf 736 278) mehr als verdoppelt⁸. Bundesweit ergab sich sogar eine Zunahme um ca. 130 % (Schaubild 3), da zum Teil in anderen Bundesländern Arbeitsplatzverluste durch Teilzeitarbeit aufgefangen wurden.

Hierin kommt auch ein gewisser struktureller Wandel zum Ausdruck. So übte 1987 nahezu jeder Sechste eine Teilzeitbeschäftigung aus. 1970 hingegen arbeitete nicht einmal jeder Zehnte in Teilzeit. Wie im Detail noch aufzuzeigen ist, variierte der Anteil der Teilzeitbeschäftigten allerdings stark nach einzelnen Branchen. So betrug die Quote der Teilzeitbeschäftigten bei Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen, wo Arbeiten offensichtlich relativ flexibel aufteilbar sind, rund 31 % (Bund: 30 %). Dagegen fiel dieser Anteil im Verarbeitenden Gewerbe mit oftmals starren Arbeitsabläufen oder auch schwer aufteilbarer Schichtarbeit wesentlich geringer aus (Land 8 %, Bund 7 %). Seit 1970 verzeichnete der Bereich der Dienstleistungen bei den Teilzeitbeschäftigten eine Expansion von mehr als 270 %, während beim Verarbeitenden Gewerbe die Zunahme mit knapp 32 % vergleichsweise bescheiden ausfiel.

Auch die Zahl berufstätiger Frauen nahm im Vergleich zur Arbeitsstättenzählung 1970 überdurchschnittlich zu (+ 28,0 %). Sie stellten mit 1,8 Millionen rund 40 % aller tätigen Personen. Wie schon bei den Teilzeitbeschäftigten war der Anteil der weiblichen Beschäftigten im Dienstleistungsbereich mit beinahe 57 % unter den Wirtschaftsabteilungen am höchsten. Seit 1970 hat sich hier die absolute Zahl der Frauen sogar verdoppelt. Beim Verarbeitenden Gewerbe, (Frauenanteil von 30 %) ging die Frauenbeschäftigung dagegen zurück

(- 20,4 %). Auch hier - wie schon bei den Teilzeitbeschäftigten - entsprachen Struktur und Entwicklung dem Bundesdurchschnitt⁹.

Unterschiedliche Beschäftigungsstruktur nach Größenklassen

Untergliedert man die Beschäftigten nach Stellung im Betrieb und nach der Größe der Arbeitsstätte, zeigen sich auch hier deutliche Unterschiede (Tabelle 9 und Tabelle 3 im Anhang). So arbeitete in der Größenklasse von 1 bis 19 Beschäftigten fast jeder Vierte in Teilzeit, in der obersten Größenklasse (500 und mehr Beschäftigte) dagegen lediglich jeder Zehnte. Hierbei stellten sich allerdings gegenläufige Tendenzen heraus. Während die Quote der Teilzeitbeschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe mit zunehmender Größenklasse deutlich zurückging und in den größten Arbeitsstätten mit 500 und mehr Beschäftigten im Lande lediglich noch bei 4,2 % lag, stieg sie im Dienstleistungsbereich mit zunehmender Größenklasse kräftig bis auf 53,6 % an. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß Arbeitsstätten - wie schon Unternehmen - mit 500 und mehr Beschäftigten relativ wenig vertreten waren. Darüber hinaus zeigt sich die Beschäftigungsstruktur der "Wirtschaftsabteilung 7" stark von den Gegebenheiten bei den Arbeitsstätten der Gebäudereinigung mit einer Vielzahl von Arbeitnehmern, zumeist Teilzeitbeschäftigten, beeinflußt. So stellten die Gebäudereiniger mit 56 000 Teilzeitbeschäftigten allein gut ein Viertel aller Teilzeitbeschäftigten im gesamten Bereich der Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen.

Die weiblichen Beschäftigten waren in der Gesamtwirtschaft in der Größenklasse von 1 bis 19 tätigen Personen überdurchschnittlich stark vertreten (47,0 %), wobei ihr Anteil in der Klasse

⁸ Vgl. hierzu: Meyer-Haitz, Doris/Gölz, Uwe: Die Arbeitsstättenzählung 1987..., a.a.O., S. 110.

⁹ Vgl.: Meyer-Haitz, Doris/Gölz, Uwe: Die Arbeitsstättenzählung 1987..., a.a.O. S. 111 sowie März, Ulrike: Strukturwandel der Wirtschaft im Spiegel der Arbeitsstättenzählung - Beschäftigungschancen für Frauen? in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7/1989, S. 308 ff.

Tabelle 9

Beschäftigte in Arbeitsstätten in Baden-Württemberg 1987*) nach Wirtschaftsabteilungen, Beschäftigtengrößenklassen und Stellung im Betrieb

Nr. der Systematik ¹⁾	Wirtschaftliche Gliederung	Arbeitsstätten mit ... bis ... Beschäftigten	Beschäftigte			Von den Beschäftigten sind ...				Von den Arbeitnehmern sind ...				
			insgesamt	und zwar		tätige Inhaber	unbe- zahlt mit- helfende Familien- ange- hörige	Arbeitnehmer		Beamte und Ange- stellte	Fach- arbeiter, Ge- sellten	sonstige Arbeiter	Auszu- bildende	
				weib- lich	Teil- zeit- be- schäf- tigte			zusammen	dar- unter Aus- länder					
			Anzahl	Anteil in %			Anzahl	Anteil in %						
0 - 9	Insgesamt	1 - 19	1 564 288	47,0	23,4	20,2	5,0	74,8	1 169 311	5,0	51,6	18,7	20,1	9,6
		20 - 499	2 038 668	38,7	13,9	0,6	0,0	99,4	2 025 842	9,5	48,0	19,5	26,4	8,1
		500 und mehr	893 212	32,3	9,7	0,0	-	100,0	893 048	14,8	41,0	21,1	32,9	5,0
		zusammen	4 496 168	40,3	16,4	7,3	1,8	90,9	4 088 199	9,3	47,5	19,5	28,0	6,8
	darunter													
2	Verarbeitendes Gewerbe	1 - 19	296 077	34,6	16,9	18,0	4,5	77,5	229 475	6,1	28,2	34,6	24,5	12,8
		20 - 499	775 292	33,5	8,5	0,7	0,0	99,2	789 342	13,8	28,7	28,1	37,7	5,5
		500 und mehr	830 737	24,0	4,2	0,0	-	100,0	830 801	17,5	32,7	28,0	36,9	4,4
		zusammen	1 702 106	30,2	8,4	3,5	0,8	95,7	1 629 418	14,2	30,2	28,2	35,5	6,1
7	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht	1 - 19	450 873	58,7	28,9	28,4	7,1	84,4	290 433	8,2	57,2	9,0	22,2	11,7
		20 - 499	208 737	52,9	32,8	1,1	0,1	98,8	206 290	12,7	44,8	8,7	40,2	6,5
		500 und mehr	58 430	53,9	53,8	0,0	-	100,0	58 421	16,2	33,4	6,0	58,8	2,0
		zusammen	718 040	56,6	30,8	18,2	4,5	77,3	555 144	9,6	50,0	8,8	32,7	8,7

Nr. der Systematik ¹⁾	Wirtschaftliche Gliederung	Arbeitsstätten mit ... bis ... Beschäftigten	Beschäftigte			Von den Beschäftigten sind ...				Von den Arbeitnehmern sind ...			
			insgesamt	und zwar		tätige Inhaber	unbe- zahlt mit- helfende Familien- ange- hörige	Arbeitnehmer		Beamte und Ange- stellte	Fach- arbeiter, Ge- sellten	sonstige Arbeiter	Auszu- bildende
				weib- lich	Teil- zeit- be- schäf- tigte			zusammen	dar- unter Aus- länder				

Veränderung 1987 gegenüber 1970 in %																								
0 - 9	Insgesamt	1 - 19	+	30,9	+	45,6	+	108,6	+	7,3	-	19,9	+	45,7	+	48,9	+	68,9	+	27,0	+	17,3	+	54,6
		20 - 499	+	15,1	+	25,9	+	107,0	-	35,5	-	40,6	+	15,7	-	15,3	+	50,1	+	8,8	-	19,9	+	54,3
		500 und mehr	-	3,4	+	1,2	+	121,0	-	52,4	-	X	-	3,4	-	24,2	+	20,9	-	0,8	-	28,5	+	39,9
		zusammen	+	15,5	+	28,0	+	108,4	+	4,7	-	20,2	+	17,5	-	13,2	+	48,5	+	10,5	-	15,6	+	51,9
darunter																								
2	Verarbeitendes Gewerbe	1 - 19	+	6,5	+	10,4	+	59,5	-	25,3	-	38,8	+	24,2	+	3,3	+	84,6	+	20,2	-	7,5	+	58,0
		20 - 499	-	12,0	-	21,7	+	20,1	-	45,1	-	49,4	-	11,5	-	23,8	+	15,4	+	2,7	-	33,0	+	21,3
		500 und mehr	-	17,8	-	31,4	+	20,0	-	56,3	-	-	-	17,8	-	30,7	-	0,5	-	3,7	-	36,2	+	11,5
		zusammen	-	11,8	-	20,4	+	31,5	-	27,9	-	39,1	-	10,8	-	26,2	+	12,3	+	2,9	-	32,8	+	28,5
7	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht	1 - 19	+	72,9	+	72,7	+	185,8	+	51,9	-	5,5	+	104,0	+	110,5	+	132,4	+	51,5	+	79,3	+	90,5
		20 - 499	+	170,7	+	162,8	+	386,5	+	74,5	+	53,4	+	172,5	+	179,8	+	171,0	+	137,2	+	177,0	+	218,7
		500 und mehr	+	662,5	+	545,1	+	1 073,4	+	80,0	-	-	+	662,9	+	1 012,6	+	502,7	+	1 730,0	+	742,4	+	817,5
		zusammen	+	107,8	+	103,1	+	273,2	+	52,3	-	5,2	+	148,0	+	188,0	+	155,5	+	90,3	+	159,7	+	118,5

*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987. - 1) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung.

von 2 bis 4 mit 50,3 % am höchsten ausfiel. In allen übrigen Größenklassen blieb dagegen der Frauenanteil unter dem Durchschnitt. In der obersten Größenklasse mit 500 und mehr Beschäftigten war lediglich noch jeder Dritte eine Frau¹⁰. Für das Verarbeitende Ge-

werbe gilt ähnliches. Im Dienstleistungsbereich hingegen war der Frauenanteil in mittelgroßen Arbeitsstätten (20 bis 499 Beschäftigte) mit allerdings immerhin noch 52,9 % am geringsten. Damit stimmten tendenziell Landes- und Bundesergebnis wiederum überein.

Nur geringe branchenspezifische Modifikationen

10 Vgl. hierzu auch: Veldhues, Bernhard: Beschäftigung von Frauen, Teilzeitkräften und Auszubildenden nach der Größe der Arbeitsstätten - Ergebnis der Arbeitsstättenzählung 1987, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1990, S. 95 ff.

Die für das Verarbeitende Gewerbe und die Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen dargestellten Beschäftigungsverhältnisse von Teilzeitarbeitenden und Frauen können im we-

Tabelle 10

**Beschäftigte in Arbeitsstätten in Baden-Württemberg 1987*) nach ausgewählten Wirtschaftszweigen, Beschäftigten-
größenklassen und Stellung im Betrieb**

Nr. der Systematik ¹⁾	Wirtschaftliche Gliederung	Arbeitsstätten mit ... bis ... Beschäftigten	Beschäftigte			Von den Beschäftigten sind ...					Von den Arbeitnehmern sind ...			
			insgesamt	und zwar		tätige Inhaber	unbe- zahlt mit- helfende Familien- ange- hörige	Arbeitnehmer		Beamte und Ange- stellte	Fach- arbeiter, Ge- sellten	sonstige Arbeiter	Auszu- bildende	
				weib- lich	Teil- zeit- be- schäf- tigte			zusammen	dar- unter Aus- länder					
			Anzahl	Anteil in %					Anzahl	Anteil in %				
242	Maschinenbau	1 - 19	20 218	19,5	14,8	10,9	2,5	86,6	17 511	7,4	29,8	43,4	20,0	8,9
		20 - 499	152 908	17,7	5,4	0,6	0,0	99,4	152 003	9,0	33,6	40,3	19,0	7,1
		500 und mehr	114 638	18,4	5,9	0,0	-	100,0	114 586	14,7	33,5	38,3	24,8	5,5
		zusammen	287 764	17,3	6,3	1,1	0,2	98,7	284 100	11,2	33,3	38,9	21,4	6,4
243	Herstellung von Büro- maschinen, Datenver- arbeitungsgeräten und -einrichtungen	1 - 19	1 681	22,9	13,9	13,2	2,7	84,1	1 413	3,3	67,8	14,9	11,0	8,4
		20 - 499	8 677	28,4	5,0	0,1	-	99,9	8 669	4,9	66,1	10,4	18,8	4,7
		500 und mehr	15 878	28,2	3,5	-	-	100,0	15 878	8,3	70,5	17,2	8,3	4,0
		zusammen	24 034	27,9	4,6	1,0	0,2	98,9	23 758	7,1	69,1	15,1	11,4	4,4
244	Herstellung von Kraftwagen und deren Teilen	1 - 19	2 066	22,4	15,1	13,7	3,2	83,1	1 717	10,3	28,6	45,7	19,2	8,5
		20 - 499	28 200	22,9	4,6	0,4	0,0	99,8	28 098	21,4	24,0	32,3	38,9	4,9
		500 und mehr	174 113	13,4	1,3	0,0	-	100,0	174 097	20,9	23,1	28,9	44,4	3,7
		zusammen	204 379	14,8	1,9	0,2	0,0	99,8	203 912	20,9	23,3	29,5	43,4	3,9
250	Elektrotechnik	1 - 19	12 815	34,3	21,1	13,2	3,4	83,4	10 683	5,9	42,4	23,8	29,7	4,2
		20 - 499	97 636	41,2	8,7	0,3	0,0	99,8	97 285	12,4	34,0	20,8	40,8	4,5
		500 und mehr	142 651	34,5	4,7	0,0	-	100,0	142 629	18,4	38,3	20,0	37,2	4,5
		zusammen	253 102	37,1	7,1	0,8	0,2	99,0	250 597	15,5	36,8	20,5	38,2	4,5
781	Rechtsberatung, Steuer- beratung, Wirtschaftsprüfung und -beratung	1 - 19	48 698	59,9	27,9	25,7	2,1	72,3	33 743	1,2	78,3	1,2	6,1	14,4
		20 - 499	8 019	55,8	17,9	5,8	0,1	94,1	7 545	1,8	85,4	1,8	4,0	8,7
		500 und mehr	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
		zusammen	54 715	59,3	28,5	22,7	1,8	75,5	41 288	1,3	79,6	1,3	5,7	13,3
784	Technische Beratung und Planung	1 - 19	41 710	36,5	22,8	32,2	6,2	61,8	25 697	2,1	82,4	1,8	8,5	7,3
		20 - 499	13 622	27,4	7,3	1,9	0,1	98,0	13 346	3,5	92,2	2,0	2,3	3,6
		500 und mehr	4 152	13,3	2,5	-	-	100,0	4 152	8,0	71,0	21,0	4,7	3,3
		zusammen	59 484	32,8	17,8	23,0	4,4	72,6	43 195	2,9	84,3	3,7	8,2	5,8
787	Werbung	1 - 19	11 487	45,2	20,2	38,8	5,4	55,8	8 397	2,4	70,8	4,6	15,3	9,3
		20 - 499	6 627	49,2	51,3	0,6	0,1	99,3	6 582	5,0	41,2	5,9	50,8	2,1
		500 und mehr	4 784	55,7	98,2	0,0	-	100,0	4 783	3,8	0,7	-	99,3	-
		zusammen	22 898	48,5	45,6	19,6	2,7	77,8	17 762	3,7	41,0	3,9	51,1	4,1
794	Grundstücks- und Wohnungswesen	1 - 19	17 291	42,8	24,4	27,6	4,2	68,1	11 783	1,5	82,8	3,6	10,3	3,3
		20 - 499	4 447	43,0	24,5	0,3	-	99,7	4 435	3,7	69,5	5,7	22,2	2,6
		500 und mehr	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
		zusammen	21 738	42,8	24,4	22,0	3,4	74,8	16 218	2,1	79,1	4,2	13,6	3,1

*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987. 1) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung.

sentlichen als durchaus typisch für den gesamten produzierenden Bereich bzw. für den tertiären Bereich angesehen werden. Es gab nur wenige branchenspezifische Modifikationen (Tabelle 10 und 11).

Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten war z.B. in allen vier ausgewählten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes etwas geringer als im Durchschnitt. Dabei fiel er in der Elektrotechnik mit 7,1 % noch am größten aus, vor dem Maschinenbau (6,3 %) und der ADV-Geräteherstellung (4,6 %). In der Kfz-Herstellung lag die Quote - möglicherweise bedingt durch den vergleichsweise verbreiteten Einsatz von Schichtarbeit mit

der Erfordernis kompletter Schichten - sogar lediglich bei 1,9 %. Mit Ausnahme des Maschinenbaus ging der Anteil der teilzeitbeschäftigten Arbeitskräfte - wie im gesamten Verarbeitenden Gewerbe - mit wachsender Größenklasse deutlich zurück.

Der Anteil weiblicher Beschäftigter war unter den vier Branchen mit 14,8 % bei der Kfz-Herstellung am kleinsten, mit dem geringsten Wert in der obersten Größenklasse. Während der Frauenanteil in der ADV-Geräteherstellung mit 27,9 % dem Durchschnitt im Verarbeitenden Gewerbe ziemlich nahe kam, lag er in der Elektrotechnik mit 37,1 % deutlich höher.

Tabelle 11

Beschäftigte in Arbeitsstätten in Baden-Württemberg 1987*) nach ausgewählten Wirtschaftszweigen, Beschäftigtengrößenklassen und Stellung im Betrieb
 – Veränderung 1987 gegenüber 1970 –

Nr. der Systematik ¹⁾	Wirtschaftliche Gliederung	Arbeitsstätten mit ... bis ... Beschäftigten	Beschäftigte			Von den Beschäftigten sind ...				Von den Arbeitnehmern sind ...			
			insgesamt	und zwar		tätige Inhaber	unbe- zahlt mit- helfende Familien- ange- hörige	Arbeitnehmer		Beamte und Ange- stellte	Fach- arbeiter, Ge- sellten	sonstige Arbeiter	Auszubildende
				weiblich	Teilzeit- be- schäftigte			zusammen	dar- unter Aus- länder				
242	Maschinenbau	1 - 19 20 - 499 500 und mehr zusammen	18,2 11,8 - 24,4 - 5,8	31,2 19,4 - 26,8 - 3,0	79,9 105,3 154,5 118,0	- 32,8 - 38,9 - 32,5 - 33,9	- 38,0 - 42,1 - - 38,8	34,3 12,3 - 24,4 - 5,3	0,4 - 8,4 - 30,2 - 21,1	80,3 41,0 - 11,0 15,1	27,8 21,7 - 23,2 0,0	14,8 - 26,8 - 39,3 - 31,9	4,8 15,7 - 18,9 1,4
243	Herstellung von Büro- maschinen, Datenver- arbeitungsgeräten und -einrichtungen	1 - 19 20 - 499 500 und mehr zusammen	178,0 - 7,1 73,9 43,0	117,5 14,6 37,8 32,9	289,8 158,6 79,5 124,3	184,3 - 50,0 - 130,0	109,1 - - 109,1	180,9 - 7,0 73,9 42,4	253,8 - 30,7 73,4 35,8	208,0 - 0,3 113,7 85,8	180,0 - 19,2 140,5 75,1	82,4 - 24,7 - 47,9 - 38,2	181,3 37,3 174,5 111,2
244	Herstellung von Kraftwagen und deren Teilen	1 - 19 20 - 499 500 und mehr zusammen	29,1 105,2 27,8 34,7	79,5 132,7 13,5 28,3	84,6 278,4 97,9 133,6	8,5 - 8,3 188,7 8,2	45,7 - 78,9 - 18,6	32,7 108,3 27,6 34,7	5,4 93,5 18,2 25,0	75,4 125,4 29,5 38,2	30,4 105,2 29,0 38,7	- 1,5 - 99,8 23,9 28,8	50,5 85,4 58,0 60,3
250	Elektrotechnik	1 - 19 20 - 499 500 und mehr zusammen	28,1 18,0 - 17,0 - 4,4	44,8 19,6 - 28,4 - 9,4	149,4 43,1 2,7 32,2	- 7,5 - 34,2 - 83,3 - 14,8	- 15,5 - 65,8 - - 18,4	38,8 18,3 - 18,9 - 4,3	48,7 - 1,9 - 34,4 - 26,2	93,2 84,1 8,0 24,8	9,5 22,0 9,9 14,3	40,7 - 3,0 - 40,4 - 27,5	- 49,9 - 5,9 24,2 4,8
781	Rechtsberatung, Steuer- beratung, Wirtschaftsprüfung und -beratung	1 - 19 20 - 499 500 und mehr zusammen	130,7 206,5 - 139,4	147,2 285,6 - 160,1	253,5 329,9 - 259,8	114,5 439,5 - 119,4	17,9 900,0 - 18,9	144,0 198,3 - 152,4	538,9 509,1 - 529,9	138,1 182,1 - 143,9	314,8 X - 455,2	293,9 208,1 - 280,3	140,9 355,2 - 155,3
784	Technische Beratung und Planung	1 - 19 20 - 499 500 und mehr zusammen	82,2 72,8 401,4 72,7	86,9 103,1 227,2 92,1	184,8 153,2 X 184,0	72,8 43,3 - 71,9	21,9 38,5 - 22,0	82,4 73,3 401,4 77,4	32,8 37,8 X 88,8	61,4 97,3 255,8 80,5	22,1 - 61,3 X 51,2	181,7 - 38,3 X 114,3	21,8 53,4 X 34,3
787	Werbung	1 - 19 20 - 499 500 und mehr zusammen	142,8 274,4 X 252,1	195,5 289,4 X 328,8	375,8 689,1 X 1 034,0	122,7 17,8 X 121,0	87,8 150,0 - 88,0	171,2 279,8 X 334,0	200,0 1 078,8 X 739,2	152,8 179,9 X 183,5	73,5 278,0 - 150,4	298,7 484,5 X 982,2	294,7 98,8 - 233,2
794	Grundstücks- und Wohnungswesen	1 - 19 20 - 499 500 und mehr zusammen	188,8 18,4 - 111,9	168,0 28,8 - 119,2	308,1 216,8 - 283,8	175,1 - 14,3 - 173,8	100,0 - - 100,0	171,7 16,5 - 99,1	87,5 101,2 - 93,8	189,8 5,8 - 104,2	39,1 - 39,2 - - 8,4	111,1 142,1 - 123,9	328,3 76,9 - 224,2

*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen vom 27. Mai 1970 und 25. Mai 1987. - 1) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung.

Auch bei den ausgewählten Dienstleistungsbranchen entsprachen die Strukturen der Teilzeit- und Frauenbeschäftigung im wesentlichen dem Muster, das für die gesamte "Wirtschaftsabteilung 7" dargestellt wurde. Lediglich in der Werbung fiel die Quote der Teilzeitbeschäftigten überdurchschnittlich aus, die in der obersten Beschäftigtengrößenklasse sogar mehr als 98 % betrug. Dabei dürfte sich nicht zuletzt der Einsatz von Arbeitskräften in Werbekolonnen, bei der Verteilung und Zustellung von Werbematerial und für ähnliche Tätigkeiten ausgewirkt haben. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten lag dagegen in

der Rechts-, Steuer- und Wirtschaftsberatung mit 59,3 % über dem der Dienstleistungen insgesamt.

Deutlicher Anstieg der Auszubildenden um 52 %

Unter den Arbeitnehmern standen an erster Stelle die insgesamt gut 1,94 Millionen Angestellten mit einem Anteil von 47,5 % vor den mehr als 1,06 Millionen "sonstigen Arbeitern" (d.h. in der Regel ohne abgeschlossene, qualifizierte Ausbildung) mit 26,0 % und den über 800 000 Facharbeitern und Gesellen

(19,6 %) (Tabelle 9 und Tabelle 3 im Anhang). Die Angestellten waren dabei in der Beschäftigtengrößenklasse bis zu 19 tätigen Personen - wo sie mehr als die Hälfte aller Arbeitnehmer stellten - prozentual am stärksten und in der obersten Größenklasse mit 500 und mehr Beschäftigten am geringsten (41,0 %) vertreten. Dagegen nahm der Anteil der "sonstigen Arbeiter" sowie der Facharbeiter und Gesellen mit steigender Größenklasse kontinuierlich zu und erreichte in der obersten Klasse - 500 und mehr Beschäftigte - mit 32,9 % (bzw. 21,1 %) den mit Abstand größten Wert. Hierzu ist allerdings anzumerken, daß sowohl Facharbeiter als auch "sonstige Arbeiter" bei den Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen zahlenmäßig kaum eine Rolle spielten. Vielmehr wird die gesamtwirtschaftliche Struktur maßgeblich von den Verhältnissen im Verarbeitenden Gewerbe geprägt, in dem mehr als die Hälfte der Facharbeiter (459 882) und der "sonstigen Arbeiter" (578 922) tätig war. Hinsichtlich ihrer Verteilung nach Beschäftigtengrößenklassen wirkte sich sicherlich die Art der Fertigung entscheidend aus. So werden bei Serien- produktionen größeren Ausmaßes im allgemeinen weniger hochqualifizierte Facharbeiter als sonstige an- und ungelernte Arbeitskräfte benötigt. Im Gegensatz hierzu stehen die kleineren Arbeitsstätten mit der Produktion kleiner Serien und individueller Erzeugnisse, für die Facharbeiter weit mehr gefragt sind als ungelernte Kräfte.

In der derzeitigen arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Diskussion kommt - neben der Beschäftigung von Frauen und der Teilzeitarbeit - vor allem der Ausbildungssituation besondere Bedeutung zu. Auch dazu lassen sich aus den Daten der Arbeitsstättenzählung einige Erkenntnisse gewinnen. So wurden 1987 insgesamt rund 280 000 Auszubildende ermittelt. Dies entsprach einem Anteil von 6,8 % an allen Arbeitnehmern. Im Vergleich zur Arbeitsstättenzählung 1970 nahm die Zahl der Auszubildenden um knapp 52 % zu, wobei die kleineren und mittelgroßen Arbeitsstätten die größten Zuwachsraten aufwiesen. Bundesweit entfiel auf die Auszubildenden ein Anteil von 7,1 % aller Arbeitnehmer, wobei die Zuwachsrate

mit 36,6 % unter der in Baden-Württemberg lag. Während im untersuchten Dienstleistungsbereich des Landes die Ausbildungsintensität gegenüber der vorangegangenen Arbeitsstättenzählung mit zunehmender Größenklasse deutlich anstieg (bis auf 617,5 % bei den Großunternehmen), war sie im Verarbeitenden Gewerbe in der kleinsten Größenklasse - 1 bis 19 Beschäftigte - (+ 56,0 %) am größten.

Die Rechtsform der Unternehmen

Bei einer Differenzierung der Unternehmen des Landes nach der Rechtsform lag mit einem Anteil von vier Fünfteln der Schwerpunkt 1987 bei den Einzelunternehmen (285 396), d.h. als Zusammenfassung der Unternehmen mit einer oder mehreren Personen als Inhaber (Tabelle 12). Von Bedeutung erwies sich weiterhin die Rechtsform der GmbH (36 000), in der ein Zehntel der Unternehmen firmierte. In der Statistik der Kapitalgesellschaften - die jeweiligen Daten werden aus Veröffentlichungen der Zentralregister-Beilage zum Bundesanzeiger entnommen - wurden allerdings zum 31.05.1987 nahezu 55 000 GmbHs ausgewiesen. Der Unterschied von ca. 19 000 Unternehmen beruht darauf, daß Gesellschaften des Handelsrechts, die nur rechtlich durch eine Eintragung in das Handelsregister bestehen und kein eigenes Personal haben, von der Arbeitsstättenzählung nicht erfaßt wurden.

Bei der Verteilung der Beschäftigten erreichten die Einzelunternehmen sowie die GmbHs einen Anteil von jeweils knapp einem Drittel. Zwei Zehntel entfielen auf die Rechtsformen OHG, KG bzw. GmbH & Co. KG, wobei diese nur 4 % der Unternehmen stellten. Ein Zehntel der beschäftigten Personen war darüber hinaus bei einer AG bzw. KGaA tätig, während lediglich 0,1 % der Unternehmen diese Rechtsform innehatten.

Die Analyse der Unternehmensstruktur nach Rechtsformen auf Bundesebene kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Lediglich bei der GmbH lag der Beschäftigtenanteil - mit 26 % - etwas unter, bei der AG bzw. KGaA - mit 15 % - etwas über den entsprechenden Landeswerten. Landes- wie bundesweit waren die OHG

Tabelle 12

Unternehmen und Beschäftigte in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1987*) nach ausgewählten Wirtschaftszweigen und nach der Rechtsform

Nr. der Systematik ¹⁾	Wirtschaftliche Gliederung	Unter- nehmen	Beschäftigte	Die Unternehmen werden betrieben ...											
				von 1 oder mehreren Personen als Inhaber		als OHG, KG, GmbH und Co.KG		als GmbH		als AG bzw: KG a.A.		als sonstige Rechtsform			
		insgesamt		Unter- nehmen	Beschäf- tigten- anteil	Unter- nehmen	Beschäf- tigten- anteil	Unter- nehmen	Beschäf- tigten- anteil	Unter- nehmen	Beschäf- tigten- anteil	Unter- nehmen	Beschäf- tigten- anteil		
		Anzahl		%		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
Baden-Württemberg															
0 - 7	Insgesamt	339 411	3 860 572	285 398	30,8	14 762	22,2	38 239	30,8	348	12,3	2 688	3,9		
	darunter														
2	Verarbeitendes Gewerbe	85 381	1 884 765	48 584	13,8	5 882	26,8	10 789	38,6	114	19,9	212	0,9		
7	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht	126 385	884 619	114 621	64,9	2 119	9,0	8 855	22,4	86	0,4	724	3,3		
242	Maschinenbau	4 396	288 901	1 950	8,8	776	38,0	1 851	48,0	15	7,0				
243	Herstellung von Büro- maschinen, Datenver- arbeitungsgeräten und -einrichtungen	339	49 672	200				129	96,7			-	-		
244	Herstellung von Kraftwagen und deren Teilen	512	270 237	256		94	12,8	156	11,5	6		-	-		
250	Elektrotechnik	2 989	291 976	1 521	2,8	348	18,4	1 117	58,8	6	20,2	7	0,1		
781	Rechtsberatung, Steuer- beratung, Wirtschaftsprüfung und -beratung	10 987	53 768	10 095	85,0	47	1,0	781	12,4						
784	Technische Beratung und Planung	13 048	54 332	12 192	74,7	64	1,8	773	17,4						
787	Werbung	4 820	19 989	4 101	47,8	102	19,2	610	32,9						
794	Grundstücks- und Wohnungswesen	6 714	21 546	3 588	31,9	737	12,9	2 213	45,7	23	1,2				
Bundesgebiet															
0 - 7	Insgesamt	2 097 853	21 915 838	1 759 193	31,5	101 901	20,6	219 666	25,9	2 780	14,5	4 193	0,8		
	darunter														
2	Verarbeitendes Gewerbe	338 581	8 581 947	250 458	15,9	31 028	26,0	53 471	33,8	671	23,8	171	0,3		
7	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht	802 325	4 474 212	722 827	81,2	15 942	12,4	58 293	21,8	688	1,5	2 999	1,4		
242	Maschinenbau	17 935	1 104 140	7 755	6,4	3 283	32,4	8 814	44,1	92	16,8				
243	Herstellung von Büro- maschinen, Datenver- arbeitungsgeräten und -einrichtungen	1 831	106 288	918	2,9	48	2,3	830	68,5			-	-		
244	Herstellung von Kraftwagen und deren Teilen	1 931	777 177	930	1,0	260	8,8	598	18,4	20	70,8				
250	Elektrotechnik	13 813	1 124 636	6 887	3,5	1 889	19,3	4 991	41,3	56	35,8				
781	Rechtsberatung, Steuer- beratung, Wirtschaftsprüfung und -beratung	76 895	389 231	69 803	82,8	461	1,3	6 014	12,3	132	2,1	502	1,3		
784	Technische Beratung und Planung	84 838	279 144	56 888	65,3	877	4,1	5 300	23,3	31	0,9	117	8,2		
787	Werbung	28 181	99 493	23 693	51,9	739	11,2	3 704	36,5	7	0,0	41	0,2		
794	Grundstücks- und Wohnungswesen	42 450	153 075	24 351	32,4	4 692	12,2	12 256	41,1	188	5,1	95	0,4		

*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987. - 1) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung.

sowie die übrigen Rechtsformen (zum Beispiel eingetragene Genossenschaften, Unternehmen mit öffentlicher Trägerschaft etc.) von untergeordneter Bedeutung.

Im Vergleich zur Arbeitsstättenzählung 1970 fällt das Gewicht auf, das die GmbH zwischenzeitlich erlangt hat. Ihr Anteil an allen baden-württembergischen Unternehmen hat sich bis 1987 auf 10,7 % erhöht und damit mehr als verfünffacht, bei den Beschäftigten ist er von 19,6 % auf 30,8 % angestiegen. Die Bedeutung, die die Unternehmen in der Rechtsform der GmbH erlangt haben, ging hauptsächlich zu Lasten der Unternehmen mit einer oder mehreren Personen als Inhaber (- 6,6 Prozentpunkte), die aber dennoch ihre Spitzenstellung behielten. Der Beschäftigtenanteil hingegen war beim Einzelunternehmen weniger stark zurückgegangen als bei der OHG, KG, GmbH & Co. KG zusammen (- 3,9 bzw. - 5,9 Prozentpunkte).

Die Verschiebungen zu Gunsten der GmbH, die ähnlich in den einzelnen Wirtschaftsbereichen sowie auch im gesamten Bundesgebiet festzustellen sind, dürften u.a. auch auf eine Änderung im Steuerrecht zurückzuführen sein. So besteht seit 1977 die für die Gesellschafter günstige Möglichkeit, auf Gewinnausschüttungen gezahlte Körperschaftsteuer auf die Einkommenssteuerschuld der Anteilseigner anzurechnen¹¹. Darüber hinaus dürfte hierzu auch die Zulassung der Gründung einer GmbH durch nur eine Person seit 1981 beigetragen haben.

Im Verarbeitenden Gewerbe firmierten drei Viertel der Unternehmen als Einzelunternehmen

In Baden-Württemberg wurden 1987 im Verarbeitenden Gewerbe drei Viertel der Unternehmen als Einzelunternehmen und knapp ein Fünftel als GmbH betrieben (Tabelle 12). Damit scheinen die anderen Rechtsformen von untergeordneter Bedeutung zu sein. Allerdings zeigt eine Untersuchung einzelner Wirtschafts-

zweige erhebliche Unterschiede zu den Durchschnittswerten. So firmierten beispielsweise im Maschinenbau (oder bei der Kfz-Herstellung) 44 % (50 %) der Unternehmen als Einzelunternehmen, 38 % als GmbH (30 %) und 18 % als OHG, KG bzw. GmbH & Co. KG (18 %).

Für die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe spielten mit nur 14 % der Tätigen weniger die Einzelunternehmen die entscheidende Rolle. Vielmehr wiesen die Unternehmen einen hohen Beschäftigtenanteil auf, die als GmbH (39 %), als OHG, KG bzw. GmbH & Co. KG (27 %) und als AG bzw. KGaA (20 %) firmierten. Auch bei den für die Analyse ausgewählten Branchen - beispielsweise bei der Herstellung von Büromaschinen (97 %), der Elektrotechnik (59 %) und dem Maschinenbau (48 %) - lag der Beschäftigtenschwerpunkt bei der GmbH. Im Bereich Elektrotechnik belegte die Rechtsform AG bzw. KGaA mit einem Fünftel der dort Beschäftigten den zweiten Platz, dicht gefolgt von der OHG, KG bzw. GmbH & Co. KG mit 18 %. Demgegenüber war im Maschinenbau die OHG, KG bzw. GmbH & Co. KG als Rechtsform mit 38 % bedeutender als die AG bzw. KGaA und die Einzelunternehmung mit jeweils 7 %.

Während sich auf Bundesebene die Unternehmensstruktur des Verarbeitenden Gewerbes bezüglich der Rechtsformen ähnlich gestaltete, waren bei der Beschäftigung Differenzen zu entdecken. So erreichten bundesweit die OHG, KG bzw. GmbH & Co. KG sowie die AG bzw. KGaA - im Gegensatz zu den badenwürttembergischen Unternehmen - fast gleich hohe Beschäftigtenanteile (26 % bzw. 24 %). Für die Kfz-Herstellung sind in Baden-Württemberg wegen der Geheimhaltungsvorschriften kaum Aussagen möglich, die Beschäftigtenquote auf Bundesebene betrug in diesem Wirtschaftszweig bei der AG bzw. KGaA 71 %, bei der GmbH 16 % und der OHG, KG bzw. GmbH & Co. KG 9 %.

Bei Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen firmierten neun Zehntel der Unternehmen als Einzelunternehmen

Bei den Dienstleistungen war die Bedeutung der Einzelunternehmen mit neun Zehntel aller Unternehmen beson-

11 Berke, Paul: Die Struktur der Unternehmen am 25. Mai 1987, in: Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen, Heft 9/1990, S. 668 ff.

ders groß. Mit einem Anteil von 7 % folgte die GmbH. Einzelne Branchen wie die Rechts- und Wirtschaftsberatung oder die technische Beratung lagen im Durchschnitt. Demgegenüber besaß die Rechtsform der GmbH bei der Werbung einen überdurchschnittlichen Unternehmensanteil (13 %) auf Kosten der Einzelunternehmen. Deutlich unterschied sich hiervon das Grundstücks- und Wohnungswesen, bei dem lediglich die Hälfte der Unternehmen als Einzelunternehmen betrieben wurde, aber ein Drittel als GmbH und ein Zehntel als OHG, KG bzw. GmbH & Co. KG.

Auch der Schwerpunkt der Beschäftigung lag bei den Dienstleistungen mit einem Anteil von zwei Dritteln bei den Einzelunternehmen - im Gegensatz zum Verarbeitenden Gewerbe -. Als Arbeitgeber waren darüber hinaus die GmbH (22 %) sowie OHG, KG bzw. GmbH & Co. KG (9 %) von Bedeutung. Bei der Rechts- und Wirtschaftsberatung sowie der technischen Beratung allein standen die Einzelunternehmen mit 85 % bzw. 75 % an erster Stelle. Mit Abstand folgte die GmbH mit 12 % bzw. 17 %. Bei der Werbung, dem Grundstücks- und Wohnungswesen hingegen war eine andere Struktur festzustellen. Der Schwerpunkt der Beschäftigung lag bei der Werbung mit 48 % bei den Einzelunternehmen und mit 33 % bei der GmbH. Umgekehrt verhielt es sich beim Grundstücks- und Wohnungswesen; hier entfielen 46 % der tätigen Personen auf die GmbH und 32 % auf die Einzelunternehmen.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß im Land wie im Bund, im Verarbeitenden Gewerbe wie bei den Dienstleistungsunternehmen und Freien Berufen die Unternehmen in der Rechtsform eines Einzelunternehmens dominierten. Hingegen ergaben sich im Blick auf die Verteilung der Beschäftigten im Land wie im Bund erhebliche Unterschiede zwischen dem Verarbeitenden Gewerbe sowie den Dienstleistungsunternehmen und Freien Berufen. Während bei den Dienstleistungen auch der Beschäftigungsschwerpunkt bei den Einzelunternehmen lag, entfiel der weit überwiegende Teil der Beschäftigten der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes auf die Kapital- und Personengesellschaften.

Betrachtung der Rechtsformen nach Beschäftigtengrößenklassen

Betrachtet man die Rechtsformen in der Gliederung nach Größenklassen, so lassen sich wegen der Geheimhaltungsvorschriften nur wenige Aussagen treffen. Bei Einzelunternehmen kam den kleinen Einheiten die entscheidende Rolle zu. Dies gilt sowohl bezüglich der Anzahl der Unternehmen als auch bezüglich der Beschäftigung. Bei großen Unternehmen gewannen die Rechtsformen OHG, GmbH, usw. bis schließlich hin zu AG bzw. KGaA immer mehr an Bedeutung. Während beispielsweise Unternehmen mit einer oder mehreren Personen als Inhaber zu 99 % weniger als 20 Beschäftigte aufwiesen, betrug dieser Anteil bei der AG bzw. KGaA lediglich ein gutes Drittel. Darüber hinaus waren 86 % der Beschäftigten von Unternehmen mit einem oder mehreren Inhabern in der Größenklasse 1 - 19 tätige Personen zu finden, während bei der AG bzw. KGaA lediglich 0,1 % hierauf entfielen. Bei den Unternehmen der letztgenannten Rechtsformen kamen über neun Zehntel der Beschäftigten auf die oberste Größenklasse.

Zusammenfassung

- Nach den vorliegenden Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987 waren am Zählungstichtag in Baden-Württemberg rund 339 000 Unternehmen (ohne eigentliche Land- und Forstwirtschaft) mit knapp 3,7 Millionen Beschäftigten zu verzeichnen. Von den Beschäftigten waren 92 % im Land selbst und nur 8 % (293 191) in den zugehörigen Niederlassungen der Unternehmen in anderen Bundesländern (nur alte Bundesländer) tätig. Als Unternehmen gilt hierbei die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die aus handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führt und den Ertrag ermittelt. Gegenüber der Arbeitsstättenzählung von 1970 nahm die Zahl der Unternehmen um 17,4 % und die der Beschäftigten um 9,2 % zu. Die Zuwachsraten lagen damit deutlich über dem Plus von 10,1 % bzw. 3,1 % im Bundesgebiet insgesamt.

- Auch die Unternehmensergebnisse der Arbeitsstättenzählung zeigen die zunehmende Tertiarisierung der Wirtschaft. Seit der Erhebung 1970 sind im gesamten erwerbswirtschaftlichen Dienstleistungsbereich knapp ein Drittel an Unternehmen und 50,4 % an Beschäftigten hinzugekommen. (Bund: + 18,3 % bzw. + 33,2 %). Im Gegensatz hierzu mußte das Produzierende Gewerbe des Landes bei Unternehmen und Beschäftigten Einbußen hinnehmen. Sie waren jedoch weniger stark (- 7,6 % bzw. - 7,4 %) als im Bund (- 9,7 % bzw. - 16,1 %). Damit waren im Bundesdurchschnitt gleich viele Menschen in Unternehmen des Produzierenden Gewerbes wie des erwerbswirtschaftlichen Dienstleistungsbereichs beschäftigt, während die meisten Arbeitsplätze baden-württembergischer Unternehmen doch noch im Bereich des Produzierenden Gewerbes lagen.

- Eine Untersuchung der Unternehmensergebnisse im einzelnen zeigt, daß hinsichtlich der Zahl der Unternehmen die Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht, an der Spitze standen. Fast zwei Fünftel aller Unternehmen des Landes (126 400) und des gesamten Bundesgebietes waren 1987 hier zuzuordnen. Hinsichtlich der Zahl der Beschäftigten stand nach wie vor das Verarbeitende Gewerbe an erster Stelle. Hier hat noch immer die Hälfte (Bund: 39,2 %) aller in baden-württembergischen Unternehmen tätigen Personen (1,9 Millionen) einen Arbeitsplatz. Die Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen (Wirtschaftsabteilung 7) lagen mit knapp einem Fünftel (664 600) der besetzten Arbeitsplätze an zweiter Stelle. Die Untersuchung konzentrierte sich deshalb auf diese beiden Bereiche. Zusätzlich wurden auch einzelne Branchen, der Maschinenbau, die Herstellung von ADV-Geräten, die Kfz-Herstellung, die Elektrotechnik (Verarbeitendes Gewerbe) sowie die Rechtsberatung, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung, die technische Beratung und Planung, die Werbung, das Grundstücks- und Wohnungswesen

(Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen) für die Darstellung ausgewählt.

- Über neun Zehntel aller Unternehmen des Landes verfügten 1987 über weniger als 20 Arbeitsplätze. Schon diejenigen mit weniger als 5 Beschäftigten stellten gut zwei Drittel aller Unternehmen. Hierzu konträr entfiel von der Gesamtzahl der Beschäftigten auf die Unternehmen mit weniger als 20 Arbeitsplätzen gerade ein Drittel und lediglich etwas weniger als ein Achtel auf die mit unter 5 tätigen Personen. Im Vergleich zu 1970 war der Beschäftigtenanteil der obersten Größenklasse (500 und mehr tätige Personen) bei Unternehmen des Landes rückläufig (von 63,2 % auf 57,1 %). Dies traf auch auf die Unternehmen mit 50 bis 499 tätigen Personen zu, während die kleineren Unternehmenseinheiten (5 - 49 tätige Personen) ihren Arbeitsplatzanteil um 6 Prozentpunkte ausbauen konnten. Damit unterscheiden sich die Größenstrukturen des Landes nur unwesentlich von denen des Bundes.

- Der sich von 1970 bis 1987 wieder verstärkt zeigende Trend zum kleineren Unternehmen ging vor allem auf die starke Zunahme der Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen zurück. In diesem Teilbereich entfielen 64,3 % der Arbeitsplätze auf Unternehmen mit weniger als 20 (Bund: 60,4 %), im Verarbeitenden Gewerbe hingegen rund die Hälfte der Arbeitsplätze auf Unternehmen mit 500 und mehr (Bund: 47,0 %) tätigen Personen. Auch bei den für die Untersuchung ausgewählten Branchen zeigten sich Unterschiede in den Größenstrukturen. So dominierten bei der Herstellung von Kraftfahrzeugen und der von ADV-Geräten Großunternehmen (mit 500 und mehr tätigen Personen) mit Beschäftigtenanteilen von jeweils mehr als 90 %. Beim Maschinenbau dagegen waren hierfür nur 50 % zu ermitteln. Bei den ausgewählten Dienstleistungsunternehmen und Freien Berufen wiederum lag der Beschäftigungsschwerpunkt durchweg bei Kleinunternehmen mit bis zu 19 tätigen Personen.

- Bei einer Differenzierung der Unternehmen des Landes nach der Rechtsform lag der Schwerpunkt bei den Einzelunternehmen, d.h. bei Unternehmen mit einer oder mehreren Personen als Inhaber (vier Fünftel). Von Bedeutung erwies sich weiterhin die Rechtsform der GmbH (ein Zehntel). Auch bei der Verteilung der Beschäftigten standen diese mit jeweils einem Drittel im Vordergrund. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt man auch auf Bundesebene. Dabei fällt ganz allgemein die zunehmende Bedeutung der Rechtsform der GmbH seit 1970 auf; vor allem steuerrechtliche Gründe dürften hierfür ursächlich gewesen sein. Untersucht man wiederum die Verhältnisse im Verarbeitenden Gewerbe sowie bei den Dienstleistungsunternehmen und Freien Berufen, zeigen sich zum Teil erhebliche Unterschiede zu den Durchschnittswerten. Insgesamt firmierten 1987 im Verarbeitenden Gewerbe drei Viertel der Unternehmen als Einzelunternehmen und knapp ein Fünftel als GmbH. Bei den Dienstleistungsunternehmen und Freien Berufen war das Gewicht der Einzelunternehmen mit neun Zehntel weit größer, das der GmbH jedoch mit nur 7 % erheblich geringer. Nach Größenklassen betrachtet, spielte generell bei den kleinen Unternehmen das Einzelunternehmen die entscheidende Rolle. Bei großen Unternehmen gewannen die Rechtsformen OHG, GmbH usw. bis schließlich hin zur AG bzw. KGaA immer mehr an Bedeutung.
- Ein weiterer wichtiger Teilaspekt der Untersuchung stellte die Beschäfti-

gungsstruktur dar. Sie ergibt sich allerdings nur aus den Arbeitsstättenergebnissen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß - im Gegensatz zu den Unternehmensergebnissen der Arbeitsstättenzählung - in den Daten für die Gesamtwirtschaft auch der nichterwerbswirtschaftliche, öffentliche Bereich enthalten ist. Die Grundzüge der sozio-ökonomischen Struktur werden hierdurch nicht beeinflusst.

Es zeigte sich bei dieser Untersuchung, daß der Anstieg des Arbeitsplatzangebotes 1987 gegenüber 1970 hauptsächlich auf den Zuwachs der Teilzeitbeschäftigung zurückgeht. Sie hat sich in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt (Bund + 131 %). Die Quote der Teilzeitbeschäftigten variierte 1987 allerdings stark nach einzelnen Bereichen. Sie betrug bei den Dienstleistungsunternehmen und Freien Berufen mit flexibel aufteilbaren Arbeiten fast ein Drittel, im Verarbeitenden Gewerbe mit eher starren Arbeitsabläufen aber nur 8 %. Ähnlich verhält es sich mit der Beschäftigung von Frauen. Auch hier nahmen die Dienstleistungen mit 57 % eine Spitzenstellung ein (Verarbeitendes Gewerbe: 30 %). Von Interesse sind auch die Daten zur Ausbildungssituation aus der Arbeitsstättenzählung 1987 im Vergleich zu 1970. Danach hat die Zahl der Auszubildenden in diesem Zeitraum um knapp 52 % zugenommen (Bund: 37 %), mit kleineren und mittelgroßen örtlichen Einheiten (Arbeitsstätten) an der Spitze.

2. Ländlicher Raum

Die Versorgung mit Dienstleistungsinfrastruktur im Ländlichen Raum i.e.S. Baden-Württembergs

Zur Thematik und Methode

Traditionell trennt man die Gesamtwirtschaft in drei Sektoren: Primärer - (Urproduktion von Rohstoffen), Sekundärer - (Be- und Verarbeitung von Rohstoffen) und Tertiärer Sektor (der gesamte Dienstleistungsbereich). Im Laufe langfristiger Entwicklungen verschieben sich die Gewichte der Wirtschaftsbereiche untereinander. Zunächst drängt anteilmäßig (Beschäftigte und Wertschöpfung) der Sekundäre den Primären Sektor zurück, dann schrumpft der Sekundäre zugunsten des Tertiären Sektors.

Diese Entwicklung von der "Agrar-" über die "Industrie-" zur "Dienstleistungsgesellschaft" wurde in Baden-Württemberg kräftig, aber langsamer als in anderen Bundesländern vollzogen. 1987 kamen hier auf 100 Erwerbstätige des Primären und Sekundären Sektors 97 des Tertiären; dies ist der niedrigste Wert von allen Ländern des "alten" Bundesgebiets. In diesem Zusammenhang muß allerdings berücksichtigt werden, daß im Land Baden-Württemberg die Zahl der Beschäftigten im Tertiären Sektor 1970 bis 1987 kräftiger angestiegen ist als bundesweit (+ 54 % gegenüber + 45 %). Gleichzeitig war aber der Abbau von Arbeitsplätzen im Sekundären Sektor geringer als im Bundesgebiet (- 11 % gegenüber - 18 %).

Das Zahlenverhältnis "Erwerbstätige im Primären und Sekundären Sektor zu denjenigen im Tertiären Sektor" sagt viel über die Wirtschaftsstruktur eines Raumes, aber nur wenig über die Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse aus. Hier werden unter anderem Aussagen über die Versorgung von Bevölkerung und Wirtschaft mit Gütern und Dienstleistungen benötigt. Strukturanteile und darauf aufbauende Kennziffern sind für

solche Aussagen nicht geeignet, da ein breiter industriell-handwerklicher Sektor rein rechnerisch einen entsprechend kleinen Tertiären Sektor nach sich ziehen muß. Besser geeignet für Regionalvergleiche sind Kennziffern wie "Dienstleistungsbeschäftigte je 1 000 Einwohner", die im folgenden Verwendung finden.

Der Beitrag untersucht die Versorgung Baden-Württembergs und speziell die des Ländlichen Raumes mit haushalts- und unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Da die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung zunehmend von Dienstleistungen bestimmt werden, kann auch von "Dienstleistungsinfrastruktur" gesprochen werden.

Folgende Bereiche werden betrachtet: Einzelhandel, Gaststättengewerbe, Kreditwesen, Persönliche Dienstleistungen, Dienstleistungen für Unternehmen, Bildungs-, Gesundheits- und kulturelle Indikatoren. Nicht betrachtet werden die technischen Infrastrukturbereiche Verkehr, Energie, Wasser oder die Versorgung mit Grund- und Hauptschulen, da hier ein flächendeckendes Angebot vorhanden ist. Auf die Untersuchung von Wohlfahrtseinrichtungen, Handwerksdienstleistungen und des Gewerbe- und Industrieflächenangebots wurde aus Mangel an verfügbaren Daten verzichtet.

Untersuchungsraum ist Baden-Württemberg mit den vier Raumkategorien: Verdichtungsräume, deren Randzonen, Verdichtungsgebiete im Ländlichen Raum und der Ländliche Raum im engeren Sinne (Ländlicher Raum i.e.S.). Der Ländliche Raum i.e.S. wird weiterhin in seiner Zugehörigkeit zu den zwölf Regionen des Landes betrachtet. Bei der kleinräumigen Analyse des Ländlichen Raums i.e.S. wird auf die "Nahberei-

che" und Gemeinden als Raumbereiche zurückgegriffen. Die Nahbereiche stellen die Verflechtungsbereiche der Grundversorgung der Bevölkerung dar. Hauptdatenquellen der Untersuchung sind die Arbeitsstättenzählungen 1970 und 1987, die auch den Untersuchungszeitraum markieren.

Die regionale Versorgung mit Dienstleistungsinfrastruktur wird anhand eines breiten Indikatorenbündels gemessen, wobei nur solche Indikatoren in Frage kommen, die in der regionalen und branchenmäßigen Tiefe vorliegen. Der Versorgungsgrad wird als Besatzzahl (meist: Beschäftigte des jeweiligen Infrastrukturbereichs je 1 000 der Wohnbevölkerung) ermittelt. Bei bestimmten Dienstleistungen wird auch die "Erreichbarkeit" der Einrichtungen ("Arbeitsstätten je 100 qkm") untersucht.

Disparitäten werden über "Konzentrationsmaße" und "Meßziffern" ermittelt, dargestellt als Abweichungen vom Landesdurchschnitt (weitere Erläuterungen zu Indikatoren, Datenquellen usw. im Anhang).

Tabelle

Versorgung mit Dienstleistungsinfrastruktur in Baden-Württemberg und im "alten" Bundesgebiet 1987 nach Infrastrukturbereichen

Infrastrukturbereiche ¹⁾	Baden-Württemberg	"Altes" Bundesgebiet
Einzelhandel ²⁾	41,1	41,2
Gaststättengewerbe ²⁾	10,4	10,7
Kreditwesen ²⁾	9,4	9,4
Dienstleistungen für Unternehmen ²⁾	46,4	40,0
Persönliche Dienstleistungen ²⁾	6,8	7,5
Gesundheitswesen		
– Ärzte u.ä. freie medizinische Berufe ²⁾	11,7	11,1
– Planmäßige Betten in Akutkrankenhäusern ³⁾	6,7	7,5

1) Einzelindikatoren siehe Anhangtabelle 1. – 2) Beschäftigte je 1000 Einwohner. – 3) Planmäßige Betten je 1000 Einwohner.

Der Beitrag gliedert sich wie folgt:

- Die Dienstleistungsinfrastruktur Baden-Württembergs im Vergleich zum Bundesgebiet 1987
- Versorgung mit Dienstleistungsinfrastruktur in den Raumkategorien Baden-Württembergs 1970 und 1987
- Beschäftigten- und Arbeitsstättenentwicklung in ausgewählten Dienstleistungsbereichen in den Raumkategorien Baden-Württembergs 1970/1987
- Versorgung mit Dienstleistungsinfrastruktur in den ländlichen Räumen i.e.S. der Regionen 1987
- Analyse der Versorgung mit Dienstleistungsinfrastruktur im ländlichen Raum i.e.S. auf Nahbereichs- und Gemeindeebene
 - Versorgung in den verschiedenen Infrastrukturbereichen
 - Regionale Schwerpunkte der "Unterversorgung"
 - Zur Bedeutung der Mittelzentren.

Die Dienstleistungsinfrastruktur Baden-Württembergs im Vergleich zum Bundesgebiet 1987

Für den Vergleich Baden-Württembergs mit dem "alten" Bundesgebiet wurden aufgrund der Datenlage folgende Infrastrukturbereiche ausgewählt: Einzelhandel, Gaststättengewerbe, Kreditwesen, Persönliche Dienstleistungen, Dienstleistungen für Unternehmen, Ärzte und andere medizinische Berufe sowie planmäßige Betten in Akutkrankenhäusern.

In den Bereichen Kreditwesen, Gaststättengewerbe und Einzelhandel liegt Baden-Württemberg exakt im Bundesdurchschnitt (Beschäftigte je 1000 Einwohner). Innerhalb des Einzelhandels sind jedoch bestimmte (Angebots- bzw. Nachfrage-) Schwerpunkte vorhanden. In Baden-Württemberg überrepräsentiert sind Elektro- und Haushaltsgeräte, Papier/Druckerzeugnisse/Büromaschinen u.ä. sowie das Kfz-Gewerbe. Unterrepräsentiert hingegen sind persönliche Dienstleistungen (Friseur, Kosmetik, Reisebüros u.ä.), Schmuck/Foto/Spielwaren/Optik sowie auch Nahrungsmittel/Getränke/Tabakwaren u.ä.

Die planmäßige Bettenzahl in Krankenhäusern ist in Baden-Württemberg - als Folge restriktiver, kostenbewußter Krankenhausbedarfsplanung - deutlich niedriger als im Bundesgebiet.

Auffallend hoch ist der Versorgungsgrad Baden-Württembergs mit Dienstleistungen für Unternehmen (Technische Beratung und Planung, Werbung, EDV-Firmen u.ä.). Der hohe Stellenwert des Produzierenden Gewerbes innerhalb der Gesamtwirtschaft, das "schwäbische Tüftlerwesen", der Sitz namhafter EDV-Großunternehmen sowie die zahlreichen mittelständischen Unternehmen (hoher Bedarf an externen Dienstleistungen) spielen hierbei eine maßgebliche Rolle.

Versorgung mit Dienstleistungsinfrastruktur in den Raumkategorien Baden-Württembergs 1970 und 1987

Die Entwicklung der Versorgungsgrade verlief in den Dienstleistungsbereichen zwischen 1970 und 1987 sehr unterschiedlich. Die stärksten Zunahmen weisen Dienstleistungen für Unternehmen, Ärzte/medizinische Berufe und Volkshochschulkurse, nur geringe die Basisbereiche Persönliche Dienstleistungen und Einzelhandel,¹ Schrumpfraten der Krankenhausbereich auf.

Diese Aussagen gelten sowohl für Verdichtungsräume und Verdichtungsgebiete als auch für Randzonen und Ländlicher Raum i.e.S., (vgl. Schaubild 1).

Im folgenden wird die Situation und Entwicklung der vier Raumkategorien bezüglich ihrer Versorgung mit Dienstleistungsinfrastruktur beschrieben.

1 Die Aussagekraft im Bereich Lebensmitteleinzelhandel ist etwas eingeschränkt, da das Lebensmittelhandwerk (Bäckereien, Metzgereien) in den verwendeten Daten nicht enthalten ist. Unterschiede in der Versorgung zwischen den einzelnen Raumkategorien könnten noch zusätzlich überzeichnet sein, da reine Verkaufsfilialen etwa von Großbäckereien, die im Ländlichen Raum i.e.S. seltener sein dürften, als zum Einzelhandel zählend berücksichtigt sind.

Die Verdichtungsräume weisen 1987 bei Einzelhandel, Persönlichen Dienstleistungen, Dienstleistungen für Unternehmen, Kreditwesen und insgesamt im Bildungs-, Gesundheits- und Kulturbereich die beste Versorgung auf. Besonders gut ist sie beim (hochwertigen) Büro-Einzelhandel, vielen "spezialisierten" Dienstleistungen (Softwarehäuser, Marktforschung, Gewerbeimmobilienmakler usw.), Theatern, Bühnen u.ä. sowie Großbibliotheken. Vielfach dient das Angebot nicht nur den Verdichtungsräumen, sondern auch dem näheren und weiteren Umland (Einkaufs- und "Freizeitpendler", Teilversorgung der Bildungs- und Arbeitspendler).

Der Vergleich 1987 zu 1970 zeigt, daß bei den meisten Dienstleistungen Dezentralisierungstendenzen zu beobachten sind, das heißt die Konzentration der Dienstleistungsangebote auf die Verdichtungsräume nimmt - zugunsten der Randzonen und teilweise des Ländlichen Raums i.e.S. - ab.

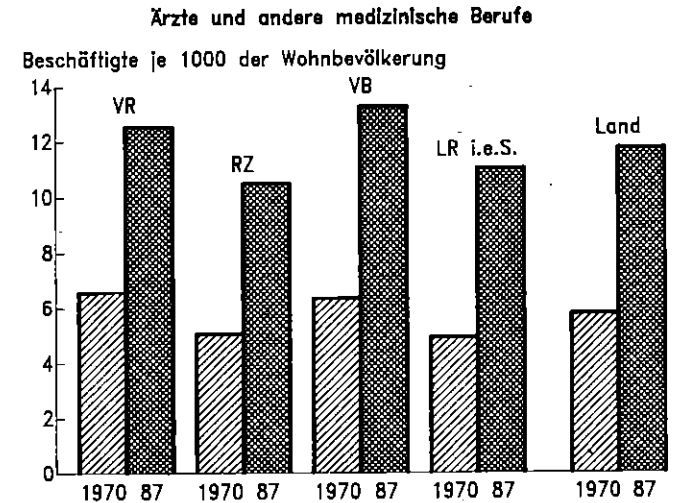
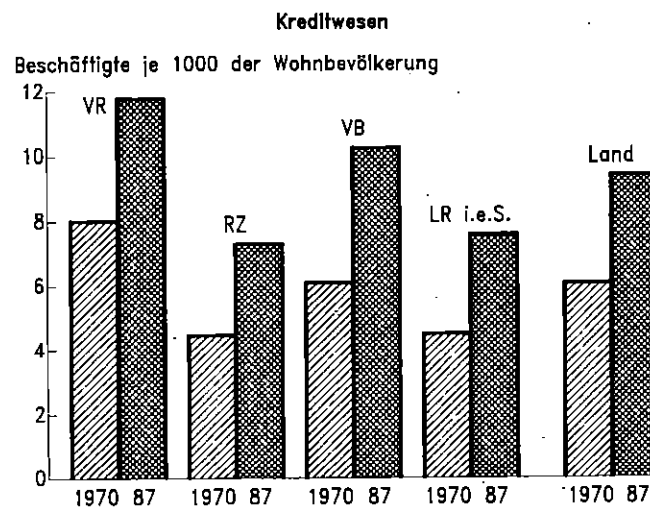
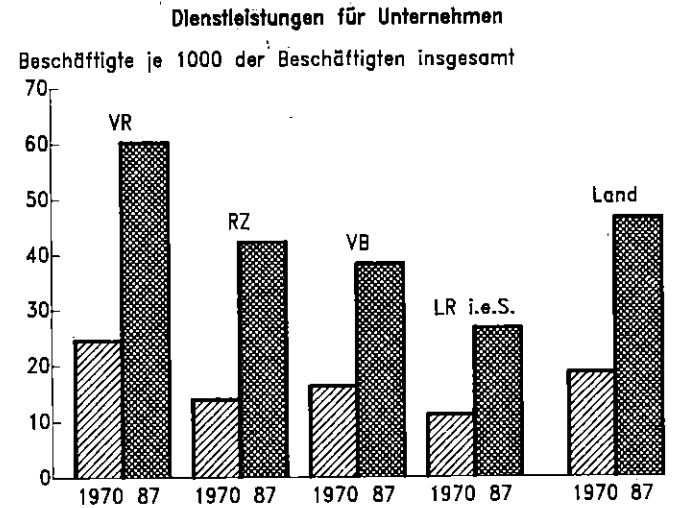
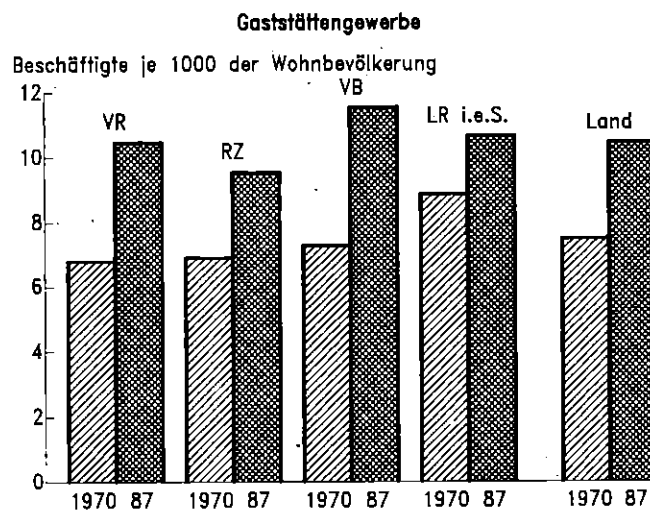
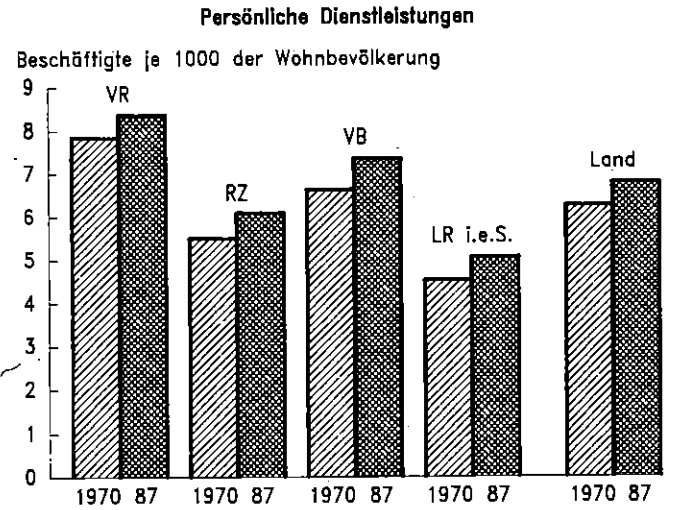
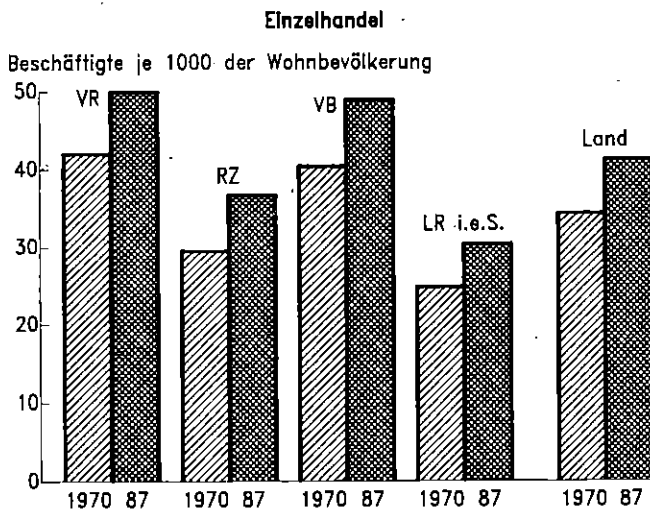
Das hohe Versorgungsniveau bei gleichzeitiger Tendenz zu Dezentralisierung entspricht den Zielen der Landesentwicklung für die Verdichtungsräume: Erfüllung übergeordneter wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Aufgaben, ohne daß durch weitere infrastrukturelle Einrichtungen neue Verdichtungsanreize entstehen.

In den Randzonen sind 1987 (noch) alle Infrastrukturbereiche unterrepräsentiert. Die Nähe zum Versorgungsangebot der Verdichtungsräume, aber auch das weit überdurchschnittliche Bevölkerungswachstum dieser Räume, sind von maßgeblichem Einfluß. Die größte relative Bedeutung - höher als die Verdichtungsgebiete und der Ländliche Raum i.e.S. - besitzen sie bei den Dienstleistungen für Unternehmen. Sie profitieren deutlich von der Nähe zu den Zentren (Informations- und Kontaktvielfalt, Kundennähe usw.).

Ausgehend von einer relativ niedrigen Basis zeichnen sich die Randzonen durch starke wirtschaftliche Dynamik aus.

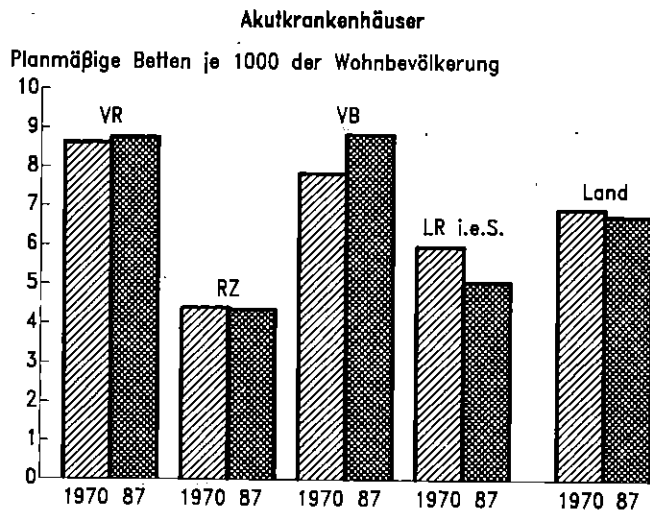
Die allgemein gestiegenen Versorgungsgrade in den Randzonen belegen, daß diese sich ebenfalls entsprechend der

Versorgung mit Dienstleistungsinfrastruktur in den Verdichtungsräumen (VR), Randzonen (RZ), Verdichtungsbereichen (VB), dem Ländlichen Raum i.e.S. (LR i.e.S.) und Baden-Württemberg insgesamt (Land) 1970 und 1987 *)



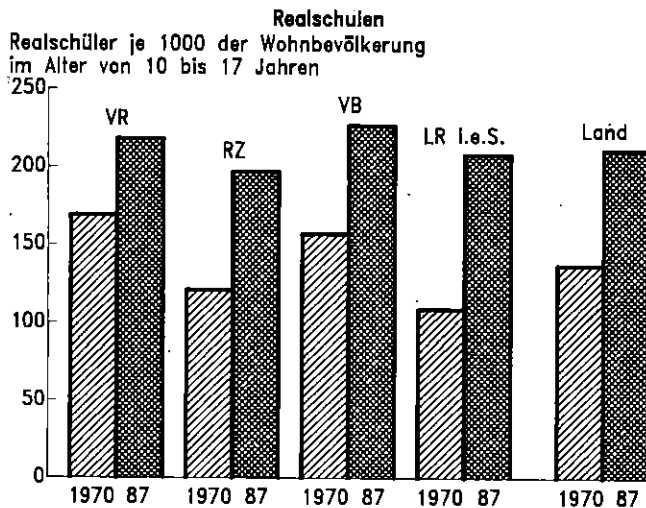
*) Volkshochschulen 1972 und 1982.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



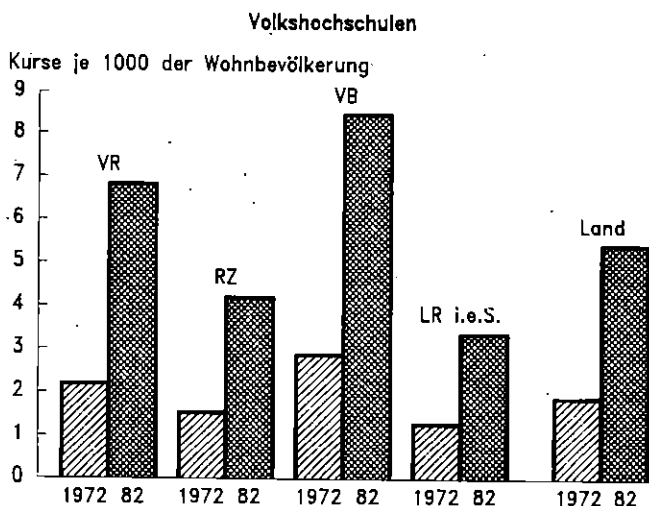
landesplanerischen Zielvorstellung entwickelt haben, nämlich der "Vervollständigung des Versorgungsniveaus". Auch ein zweites Ziel, "Entwicklungsimpulse in den angrenzenden Ländlichen Raum zu vermitteln" ist in vielen Fällen, erreicht worden (vgl.: Kleineräumige Analyse auf Nahbereichs- und Gemeindeebene).

Die Verdichtungsgebiete besitzen - wie die Verdichtungsgebiete - ebenfalls in den meisten Infrastrukturbereichen deutliche Bedeutungsüberschüsse. Hier konzentrieren sich u.a. Einzelhandel, Kreditwesen und Persönliche Dienstleistungen. Bei Gaststätten, Realschulen, Ärzten/medizinischen Berufen und Volkshochschulkursen werden sogar die höchsten Versorgungsgrade aller Raumkategorien erreicht.



Lediglich bei Dienstleistungen für Unternehmen fallen die Verdichtungsgebiete sehr deutlich hinter die Verdichtungsgebiete und auch hinter die Randzonen zurück. Dies ist unter anderem auf das weitgehende Fehlen der Werbebranche zurückzuführen, die in den Randzonen sehr kräftig expandierte.

Insgesamt betrachtet haben die Verdichtungsgebiete teilweise ihre Bedeutung als Dienstleistungsstandorte ausbauen können (z.B. im Kreditbereich), teilweise mußten aber auch Bedeutungsverluste hingenommen werden (z.B. bei den Dienstleistungen für Unternehmen).



Der Ländliche Raum i.e.S. ist 1987 - ähnlich wie die Randzonen - durch Unterrepräsentanz in allen Bereichen charakterisiert (Ausnahme: Gaststättengewerbe). Auch für die Zukunft dürfte zwischen den Raumkategorien keine völlige Angleichung zu erwarten sein. Es sind jedoch im Ländlichen Raum i.e.S. umfassende Aufholprozesse in vielen Bereichen nachzuweisen. Die insgesamt positive Entwicklung des Ländlichen Raums i.e.S. ist sowohl auf endogene Nachfragesteigerung, als auch auf die Ausstrahlung der Verdichtungsgebiete und deren Randzonen in den Ländlichen Raum i.e.S. zurückzuführen.

Im Akutkrankenhausbereich hingegen fand im Ländlichen Raum i.e.S. ein Großteil des erwähnten Bettenabbaus

statt. In dem Maße in dem sich hier die Versorgung statistisch verschlechterte, verbesserte sie sich in den meist gut erreichbaren Verdichtungsgebieten, so daß das reale Angebot kaum schlechter geworden sein dürfte.

Eine landesplanerische Zielvorgabe für den Ländlichen Raum i.e.S. lautet sinngemäß: Ausbau und Erhaltung einer ausgewogeneren Ausstattung mit Versorgungseinrichtungen. Wie die positive Entwicklungsdynamik in (fast) allen Bereichen zeigt, ist - zumindest auf der Ebene des Ländlichen Raums i.e.S. insgesamt - dieses Ziel erreicht worden. Allerdings können bei einer differenzierten Raumbetrachtung durchaus Defizite in Einzelbereichen konstatiert werden (vgl. S. 63 ff.)

Beschäftigten- und Arbeitsstättenentwicklung in ausgewählten Dienstleistungsbereichen in den Raumkategorien Baden-Württembergs 1970/1987

In allen hier untersuchten Dienstleistungsbereichen (Einzelhandel, Gaststättengewerbe, Kreditwesen, Persönliche Dienstleistungen und Dienstleistungen für Unternehmen) erhöhte sich zwischen 1970 und 1987 die Zahl der Beschäftigten und der Arbeitsstätten. Auch im Gesundheits-, Bildungs- und Kulturwesen liegen steigende Tendenzen vor. Die Höhe der Wachstumsraten ist zwischen den verschiedenen Raumkategorien aber sehr unterschiedlich.

Der Einzelhandel in seiner Gesamtheit expandierte am stärksten in den Randzonen (39 % Beschäftigtenzunahme) und im Ländlichen Raum i.e.S. (30 %). Diese Expansionen sind primär die Folge der vorausgegangenen und weiter anhaltenden Bevölkerungszuwächse dieser Räume. In Teilbereichen des Einzelhandels sind folgende Tendenzen feststellbar:

Bei den Beschäftigtenzahlen des "Einzelhandels mit Gütern des täglichen Bedarfs" (Nahrungsmittel u.ä.) weisen die Verdichtungsgebiete stärkeres Wachstum als die Randzonen und die Verdichtungsgebiete stärkeres Wachstum als der Ländliche Raum i.e.S. auf. Analog dazu nahmen die Arbeitsstätten in den Verdichtungsgebieten und Verdichtungs-

gebieten geringer ab als in den Randzonen und im Ländlichen Raum i.e.S. Aus der Sicht der Verdichtungsgebiete und Verdichtungsgebiete sind folgende Gründe für das gute Abschneiden zu nennen: Kaufkraftgewinn durch Erhöhung der Tagbevölkerung, stärkere Diversifikation des Angebots (Delikatessengeschäfte u.ä.) sowie bereits weitgehender Abschluß des Konzentrationsprozesses (das "Ladensterben" hatte hier früher eingesetzt).

Der "Einzelhandel mit Gütern des gehobenen Bedarfs" (Schmuck, Foto, Optik) gewinnt in den Randzonen und im Ländlichen Raum i.e.S. an Bedeutung: Die Beschäftigtenzuwächse liegen hier bei über 50 % (in den Verdichtungsgebieten und Verdichtungsgebieten vergleichsweise bei knapp 20 %). In den Randzonen ist die starke Nachfrageentwicklung u.a. die Folge des überdurchschnittlichen Einkommensniveaus und des niedrigeren Durchschnittsalters der Bevölkerung. Im Ländlichen Raum i.e.S. dürfte auch die "Angleichung der Lebensverhältnisse" zwischen Stadt und Land eine wichtige Rolle spielen.

Der "Einzelhandel mit Luxusartikeln" (Bekleidungsgeschäfte der Haute-Couture, Antiquitäten u.ä.) und des "spezialisierten Bedarfs" (Möbelbeschläge, Fachsportgeschäfte u.ä.), konzentriert sich weiterhin auf die größeren Städte.

Die Wachstumsraten der "Einrichtungs- und Möbelhäuser" sind in den Randzonen und im Ländlichen Raum i.e.S. sehr hoch (Beschäftigtenzuwächse um 70 bzw. 50 %). Aufgrund des umfassenden Flächenbedarfs und des großen Kundeneinzugsbereichs dieser Branche werden verkehrsgünstig gelegene, relativ preiswerte Standorte im Umland der Zentren gesucht.

Im Gaststättengewerbe weisen Verdichtungsgebiete, Verdichtungsgebiete und Randzonen weitaus höhere Beschäftigten- und Arbeitsstättenzunahmen als der Ländliche Raum i.e.S. auf. Der Ländliche Raum i.e.S. büßt immer mehr Dorfgaststätten ein, ohne daß die "Schnellgastronomie", die sehr stark expandiert, hier bereits maßgeblich Fuß gefaßt hätte.

Die Banken und Sparkassen haben ihr Filialnetz in den 70er und 80er Jahren kräftig in die Fläche ausgeweitet: In den Randzonen und im Ländlichen Raum i.e.S. verdoppelte sich seit 1970 die Zahl der Angestellten.

Dreistellige Zuwachsraten sind landesweit bei den Dienstleistungen für Unternehmen festzustellen. Geringer Flächenbedarf, Unabhängigkeit von speziellen Transportanbindungen sowie die Ubiquität moderner Kommunikationstechnologien (Telefon, Telefax, Datex) erfordern keine Ansiedlung in den Wirtschaftszentren. Dennoch wird von vielen die räumliche Nähe zu den Zentren gesucht, wie die höchsten Zuwachsraten in den Randzonen belegen (Fühlungsvorteile). Dies gilt vor allem für die EDV-Unternehmen, die innerhalb dieses Wirtschaftszweigs als wichtigster Wachstumsträger fungieren. Auch die großen Rechts- und Steuerberatungssozialitäten sowie Wirtschaftsprüfungsunternehmen favorisieren nach wie vor die Nähe zu ihren Kunden und den Gerichten. Auch die Werbebranche scheint weiterhin auf Kundennähe angewiesen zu sein. Der Ländliche Raum i.e.S. weist bei der Beschäftigtenentwicklung 1970 bis 1987 höhere Zuwächse als die Verdichtungsräume und Verdichtungsgebiete auf; allerdings ist die absolute Bedeutung dieses Wirtschaftsbereichs nach wie vor relativ gering.

Die Persönlichen Dienstleistungen expandieren entsprechend der Bevölkerungsdynamik am kräftigsten in den Randzonen und im Ländlichen Raum i.e.S. In diesem Bereich machen sich Änderungen der Lebensgewohnheiten und die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen ländlichen und städtischen Gebieten bemerkbar, wie sich vor allem im Bereich "Verkehrs- und Reisevermittlung" deutlich zeigt.

Im Gesundheitsbereich ist die in allen Raumkategorien starke Zunahme der Ärzte und anderen medizinischen Berufe auffallend. Auch hier weisen Randzonen und der Ländliche Raum i.e.S. die höchsten Zuwächse auf. Demgegenüber verringerte sich die Zahl der Akutkrankenhäuser in allen Raumkategorien, wobei sich aber nur im Ländlichen Raum i.e.S. auch die Zahl der planmäßigen Betten reduzierte.

Weiterhin entwickelten sich in allen Räumen die Kulturindikatoren positiv. Hier profitierten Verdichtungsgebiete und Verdichtungsgebiete - entgegen dem allgemeinen Trend - überdurchschnittlich.

Versorgung mit Dienstleistungsinfrastruktur in den Ländlichen Räumen i.e.S. der Regionen 1987

Beim Vergleich der einzelnen Ländlichen Räume i.e.S. in den Regionen ist deren unterschiedliche Größe zu beachten. So besteht zum Beispiel der Ländliche Raum i.e.S. der Region Mittlerer Neckar aus drei voneinander getrennten kleinen Gebieten am Rand des Verdichtungsraums und dessen Randzone mit insgesamt nur etwa 101 000 Einwohnern (1987)².

Der Ländliche Raum i.e.S. der Region Mittlerer Neckar kann - trotz seiner "schlechten Werte" - kaum als unter- oder schwach versorgt bezeichnet werden. Dieser Raum hatte sehr kräftige Bevölkerungszuwächse (1975 bis 1987 ca. 7 %), die den Versorgungsgrad "drücken". Außerdem ist das optimale Versorgungsangebot der größeren Städte leicht erreichbar.

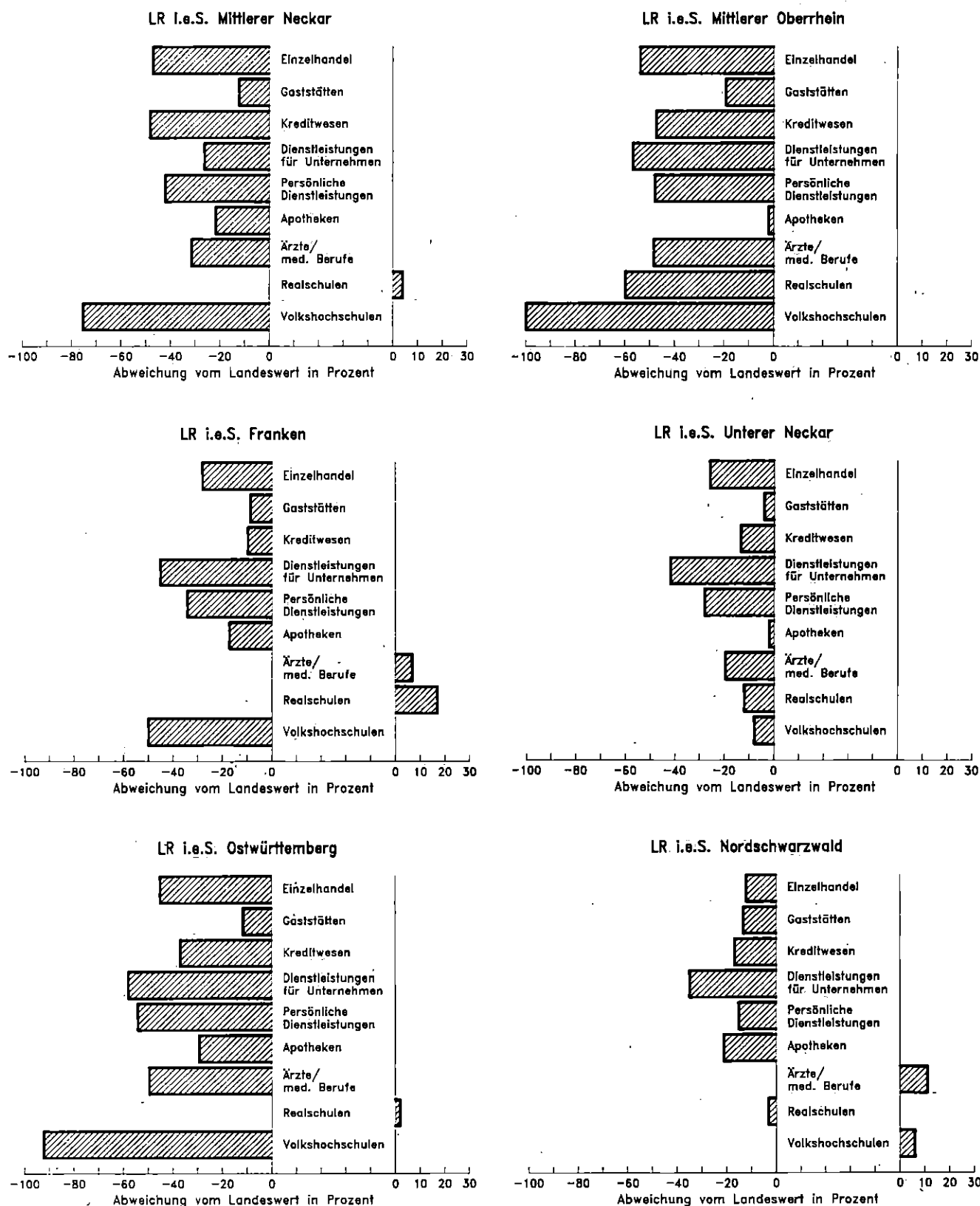
Es werden im folgenden nur solche Dienstleistungen betrachtet, die von der Bevölkerung bzw. den Wirtschaftsunternehmen in der Regel relativ häufig und in der Nähe zum Wohnort bzw. Standort des Betriebes in Anspruch genommen werden. Im Gesundheitswesen zum Beispiel wird daher nur die Versorgung mit "Ärzten und anderen freien medizinischen Berufen" sowie "Apotheken", aber nicht die Versorgung im Krankenhausbereich betrachtet.

Die Dienstleistungs-Versorgungsprofile 1987 der Ländlichen Räume i.e.S. - dargestellt als Abweichungen vom Lan-

2 Vgl. dazu: Statistisch-prognostischer Bericht 1988/89, Zur Situation und Entwicklung des Ländlichen Raums i.e.S., S. 67ff.

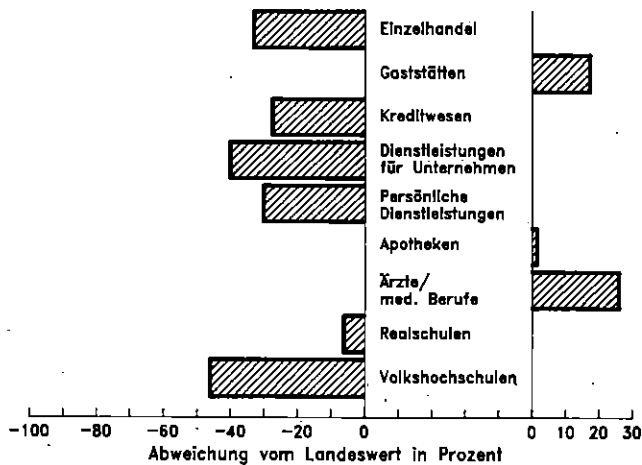
Schaubild 2

Versorgung mit Dienstleistungsinfrastruktur in den Ländlichen Räumen der Regionen Baden-Württemberg 1987^{*)}

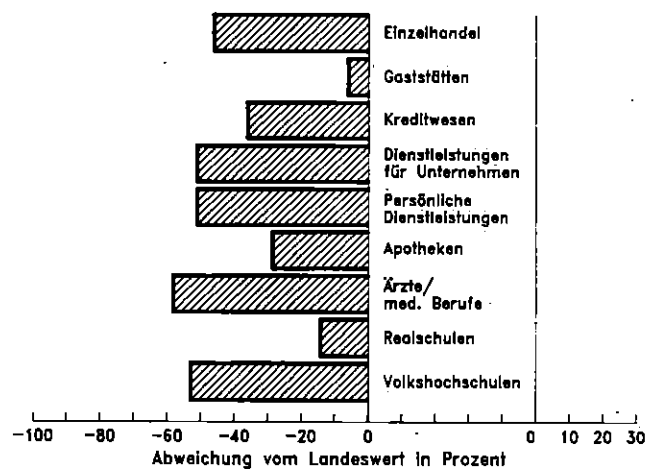


^{*)} Volkshochschulen 1982.

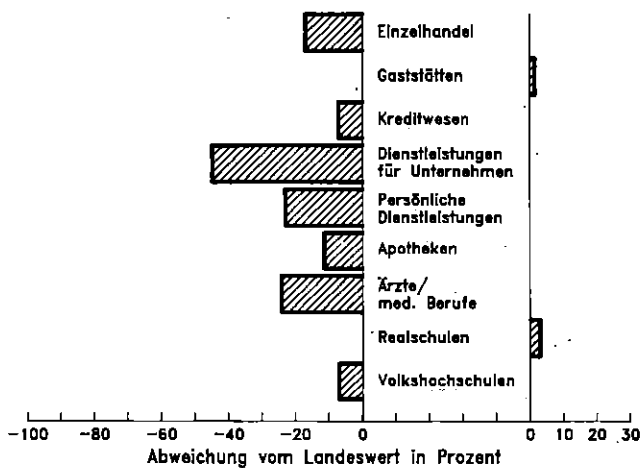
LR i.e.S. Südl. Oberrhein



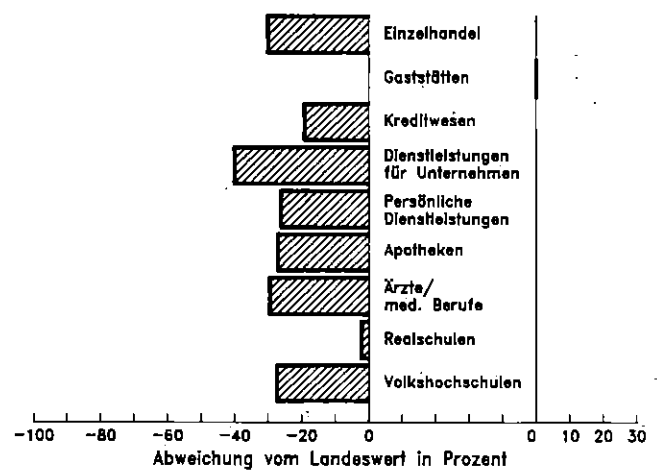
LR i.e.S. Neckar-Alb



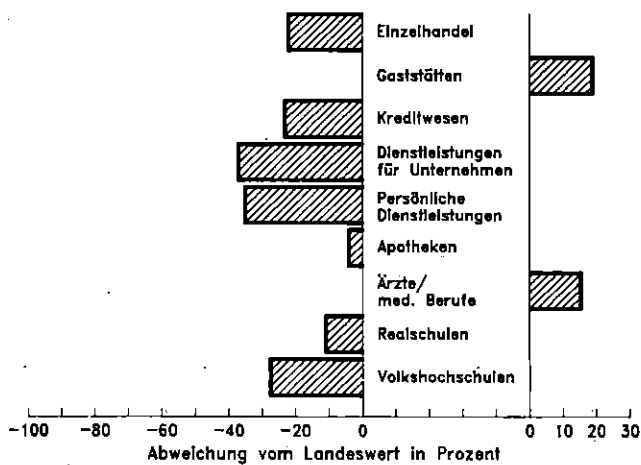
LR i.e.S. Schwarzwald-Baar-Heuberg



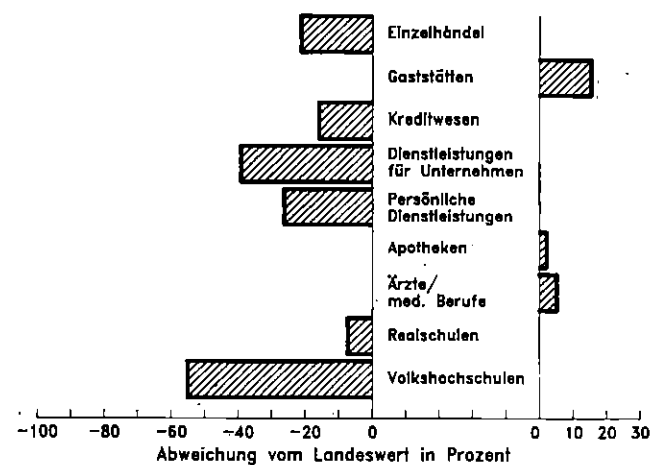
LR i.e.S. Donau-Iller



LR i.e.S. Hochrhein-Bodensee



LR i.e.S. Bodensee-Oberschwaben



Landesdurchschnitt - weisen Gemeinsamkeiten und spezifische Ausprägungen auf. Als Gemeinsamkeiten können genannt werden:

- in der Regel bei allen Dienstleistungsbereichen negative Abweichungen
- relativ geringe negative, zum Teil auch positive Abweichungen beim Gaststättengewerbe, beim Kreditwesen sowie bei Ärzten/medizinischen Berufen, Apotheken und Realschulen
- stark negative Abweichungen meist bei den Dienstleistungen für Unternehmen und bei den Volkshochschulen.

Folgende Gruppen von Ländlichen Räumen i.e.S. können unterschieden werden:

- Mittlerer Neckar, Ostwürttemberg, Mittlerer Oberrhein und Neckar-Alb

Die Versorgungsprofile der Ländlichen Räume i.e.S. der Regionen Mittlerer Neckar, Ostwürttemberg, Mittlerer Oberrhein und Neckar-Alb ähneln sich: Hohe negative Abweichungen vom Landesdurchschnitt bei (fast) allen Infrastrukturbereichen, einschließlich der Basisbereiche Einzelhandel, Kreditwesen und Persönliche Dienstleistungen. Ostwürttemberg und Neckar-Alb weisen zusätzlich auch bei der Gesundheitsversorgung (Ärzte/medizinische Berufe, Apotheken) hohe negative Werte auf.

- Unterer Neckar, Schwarzwald-Baar-Heuberg und Donau-Iller

Die Ländlichen Räume i.e.S. der Regionen Unterer Neckar, Schwarzwald-Baar-Heuberg und Donau-Iller weisen bei (fast) allen Infrastrukturbereichen geringe negative Abweichungen vom Landesdurchschnitt auf. In diesen Ländlichen Räumen, in denen zwischen 200 000 und 315 000 Einwohner leben, sind nur bei den Dienstleistungen für Unternehmen rechnerische Abweichungen von etwa - 40 % gegeben. Diese Dienstleistungen werden üblicherweise vor allem in der Nähe der großen Produktions- und Verwaltungszentren benötigt. Bei den Persönlichen Dienstleistungen beträgt die Abweichung zwischen -20 und -30 %, beim Kreditwesen

unter -20 %, bei den Realschulen maximal -12 % (Unterer Neckar). Hierbei ist zu beachten, daß in ländlichen Gebieten zahlreiche Persönliche Dienstleistungen innerhalb der Familie oder im Bekanntenkreis erbracht werden (keine Erfassung durch die Statistik).

Diese drei Ländlichen Räume sind in ihrer Gesamtheit recht gut mit Dienstleistungen versorgt. Offensichtlich handelt es sich um vergleichsweise eigenständige Wirtschafts- und Lebensräume, in denen die Versorgung der Bevölkerung und der ansässigen Wirtschaft weitgehend gesichert scheint: tendenziell könnte man von "Infrastruktur-autarken" Gebieten sprechen. Hochrangige Güter und Dienstleistungen, die nur selten benötigt werden, stehen in den Oberzentren Mannheim, Heidelberg, Villingen-Schwenningen und Ulm zur Verfügung. Diese Zentren besitzen aber nicht die "Zugkraft", um die Tragfähigkeit der Versorgungseinrichtungen in ihrem Umland und damit im Ländlichen Raum zu gefährden. Dies ist teilweise in der ersten Gruppe der Fall.

- Südlicher Oberrhein, Hochrhein-Bodensee, Bodensee-Oberschwaben und Franken

Die Ländlichen Räume i.e.S. der drei "Südregionen" Hochrhein-Bodensee, Bodensee-Oberschwaben und Südlicher Oberrhein weisen bei den meisten Indikatoren geringe negative Abweichungen vom Landesdurchschnitt auf; bei zwei Indikatoren, nämlich dem Gaststättengewerbe und "Ärzten und anderen freien medizinischen Berufen" sind deutlich positive Werte feststellbar.

Ursächlich hierfür ist die landschaftliche Attraktivität dieser Räume, die sie zu bedeutenden Fremdenverkehrs-, Erholungs- und Kurgebieten werden ließ. Zahlreiche Speisewirtschaften, Cafés, Eisdielen und ähnliche Einrichtungen verdanken diesem Reiseverkehr ihre Existenz. Der hohe Freizeitwert der "Südregionen" hat vermutlich auch zu überproportional vielen Niederlassungen freiberuflicher "Mediziner" geführt. Der Hauptgrund ist aber die bundesweit einmalige Ballung von Heilbädern und Kurorten am südlichen Oberrhein, im Schwarzwald und in

Oberschwaben. In den dortigen Kureinrichtungen ist ein großer Teil der Ärzte und der sonstigen medizinischen Berufe beschäftigt. Deren Tätigkeit kommt nur in geringem Umfang der ansässigen Bevölkerung zugute. Daher kann von einer guten, aber nicht von einer Überversorgung im Gesundheitsbereich gesprochen werden. Hierfür spricht auch, daß bei den Apotheken keine auffallend positive Versorgung festzustellen ist.

Insgesamt ist die Versorgung mit Dienstleistungsinfrastruktur in den drei hier beschriebenen Ländlichen Räumen, die Bevölkerungszuwächse von 4 - 5 % im Zeitraum 1975 bis 1987 aufweisen, recht ausgewogen.

Der Ländliche Raum i.e.S. der Region Franken weist ähnlich wie die "Südregionen" bei der Mehrzahl der Indikatoren nur geringe negative Werte auf. Bei Ärzten/medizinischen Berufen sowie den Realschulen ist Franken besser als das Land insgesamt versorgt. Die hohe Ärztekonzentration ist auch in Franken eine Folge des Kur- und Krankenhauswesens. Zahlreiche Kliniken, Sanatorien usw. befinden sich vor allem in Bad Mergentheim, dem größten Heilbad des Landes.

Die Interpretation Frankens ist durch die sehr inhomogene Raumstruktur erschwert; verdichtungsraumnahen Teilen stehen periphere ländliche gegenüber. Insgesamt ergibt sich ein etwas uneinheitliches Bild (vgl. Analyse auf Nahbereichs- und Gemeindeebene).

- Nordschwarzwald

Der Ländliche Raum i.e.S. der Region Nordschwarzwald weist von allen Räumen insgesamt die beste Versorgung mit Dienstleistungen auf. Besonders fallen die für Ländliche Räume sehr guten Werte im Einzelhandel und bei den Persönlichen Dienstleistungen auf; bei Ärzten/medizinischen Berufen und Volkshochschulen wird sogar der Landesdurchschnitt übertroffen.

Hauptgrund für das hohe Dienstleistungsniveau dürfte die Bevölkerungsstruktur sein. Aufgrund starker Zuwanderung ist diese "städtisch geprägt" und weist hohes Einkommens- und Bil-

dungsniveau auf. Hieraus resultiert die hohe Nachfrage nach den erwähnten Infrastrukturdiensten.

Die hohe Ärztedichte ist hier aber auch auf Kurorte und Heilbäder zurückzuführen. Die Versorgung mit Apotheken ist im Nordschwarzwald unterdurchschnittlich.

Analyse der Versorgung mit Dienstleistungsinfrastruktur im Ländlichen Raum i.e.S. auf Nahbereichs- und Gemeindeebene

Regionale Versorgungsdisparitäten innerhalb des Ländlichen Raums i.e.S. werden in folgenden Bereichen auf der Ebene der 261 Nahbereiche und auf Gemeindeebene ermittelt: Einzelhandel, Persönliche Dienstleistungen, Kreditwesen, Ärzte, Apotheken, Gaststättengewerbe sowie Dienstleistungen für Unternehmen.

Als "statistisch unterversorgt" werden in dieser Untersuchung Nahbereiche mit einer mehr als 60%igen negativen Abweichung vom Landeswert bezeichnet, sofern sie nicht direkt an einen Nahbereich mit Werten über dem Landesdurchschnitt angrenzen.

Flächendeckende Versorgung mit Gaststätten, Apotheken und Kreditinstituten

Bei Gaststätten (kein unterversorgter Nahbereich), Apotheken (4 unterversorgte Nahbereiche) und Kreditinstitute (5 unterversorgte Nahbereiche), kann man von einer größtenteils flächendeckenden Versorgung des Ländlichen Raumes i.e.S. sprechen, da unterversorgte Nahbereiche nur punktuell auftreten.

Im Gaststättengewerbe liegen die einzelnen Nahbereichswerte im gesamten Ländlichen Raum i.e.S. weitgehend in der Nähe des Landesdurchschnitts; negative Abweichungen von mehr als 30 % sind relativ selten. Eine sehr gute Versorgung ist vor allem im Schwarzwald, am Oberrhein, in Oberschwaben und im Gebiet Taubergrund/östliche Hohenloher Ebene gegeben.

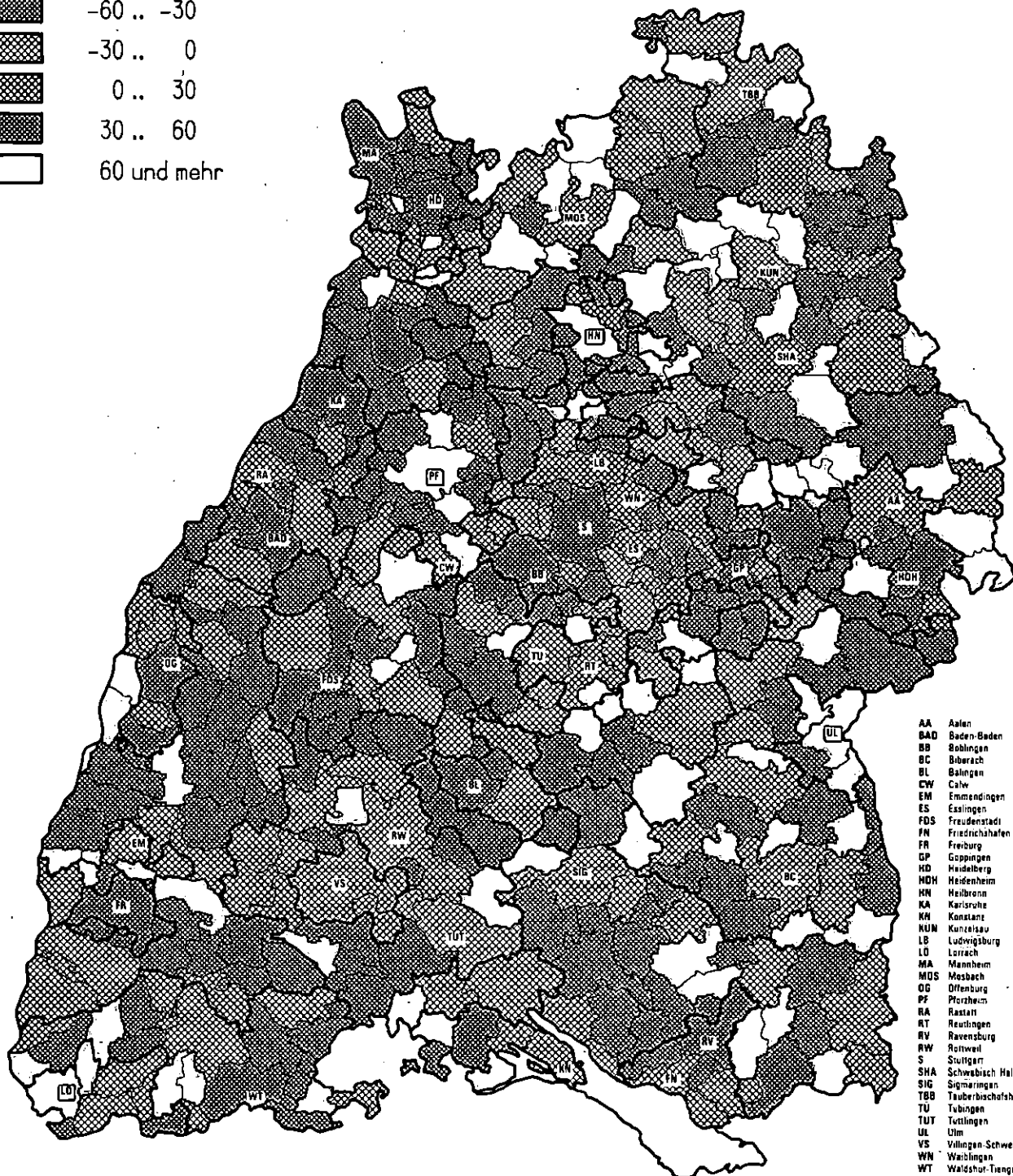
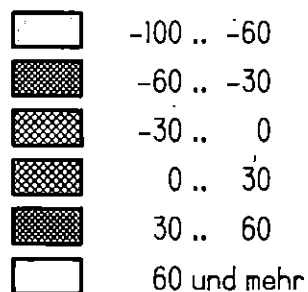
Einzelhandel

Versorgung in den Nahbereichen Baden-Württembergs 1987

Indikator: Beschäftigte je 1000 Einwohner

Abweichung vom Landeswert in Prozent

von .. bis unter



AA Aalen
 BAD Baden-Baden
 BB Balingen
 BC Biberach
 BL Balingen
 CW Calw
 EM Emmendingen
 ES Esslingen
 FDS Freudenstadt
 FN Friedrichshafen
 FR Freiburg
 GP Goppingen
 HD Heidelberg
 HDH Heidenheim
 HN Heilbronn
 KA Karlsruhe
 KH Konstanz
 KUN Künzelsau
 LB Ludwigsburg
 LO Lorch
 MA Mannheim
 MOS Mosbach
 OG Offenburg
 PF Pforzheim
 RA Rastatt
 RT Reutlingen
 RV Ravensburg
 RW Rottweil
 S Stuttgart
 SGA Schwäbisch Hall
 SIG Sigmaringen
 TBB Tauberbischofsheim
 TU Tübingen
 TUT Tuttlingen
 UL Ulm
 VS Villingen-Schwenningen
 WN Waiblingen
 WT Waldshut-Tiengen

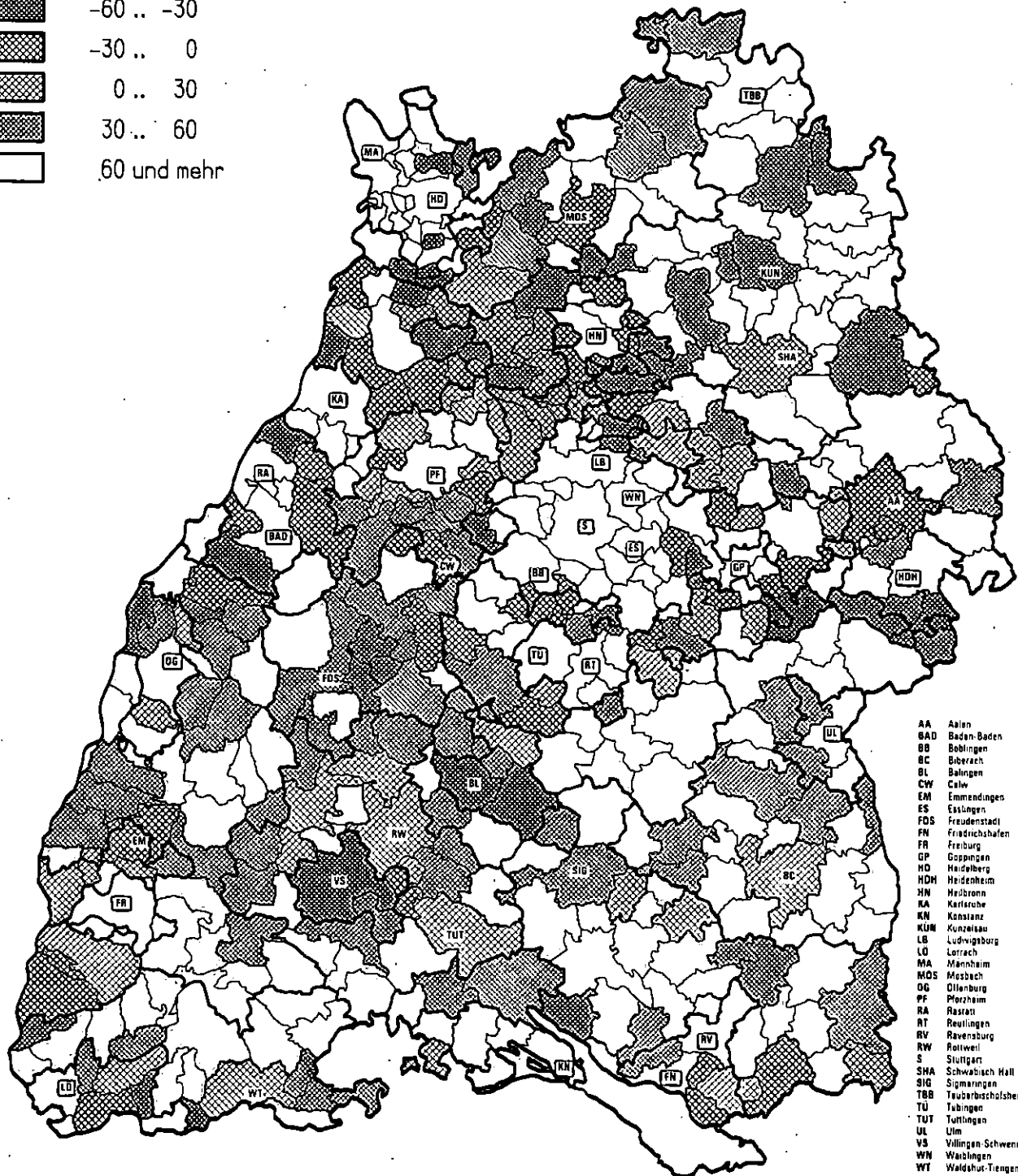
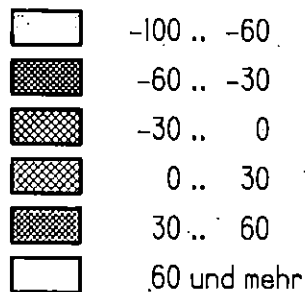
Einzelhandel

Erreichbarkeit in den Nahbereichen Baden-Württembergs 1987

Indikator: Arbeitsstätten je 100 qkm

Abweichung vom Landeswert in Prozent

von .. bis unter



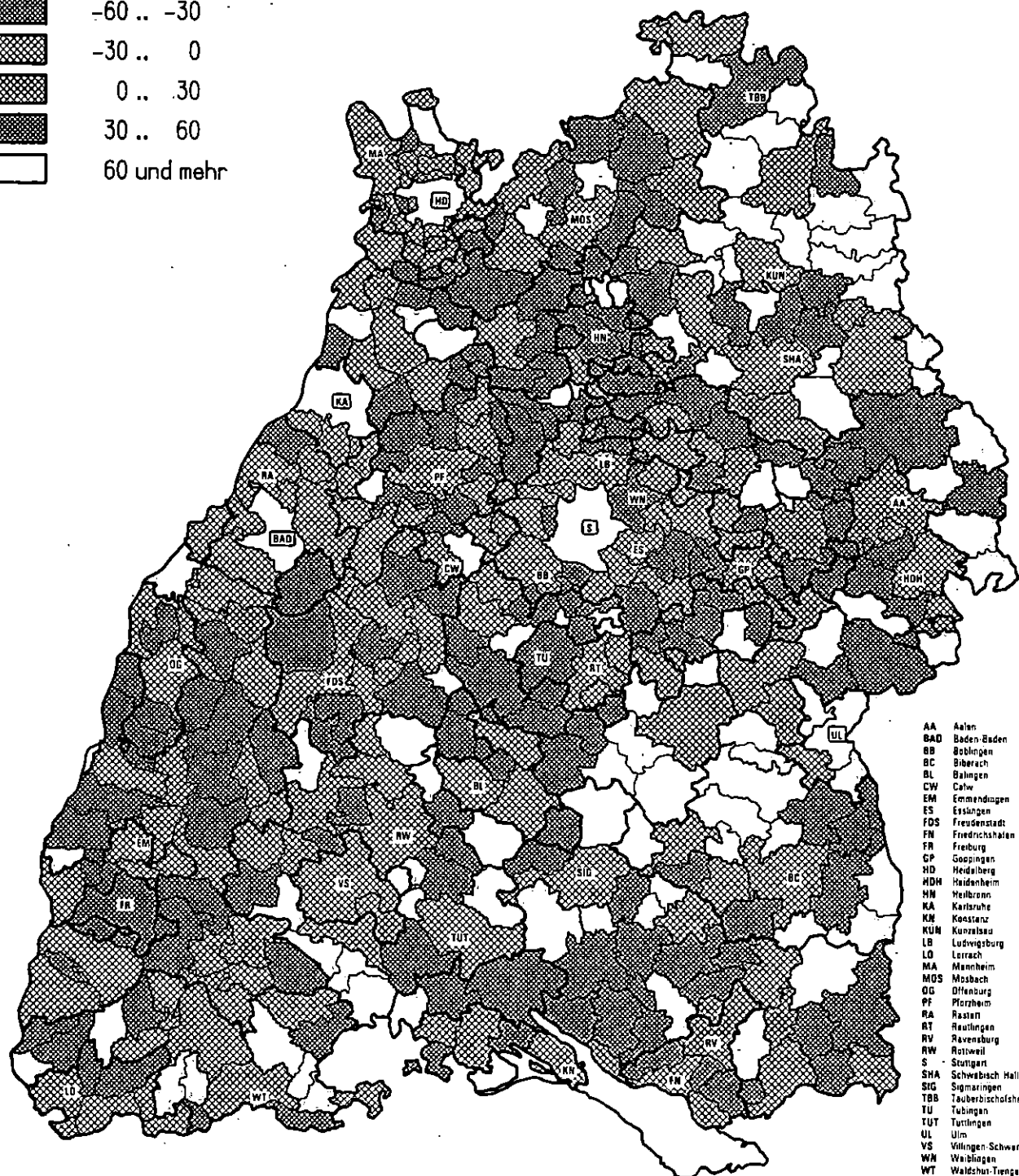
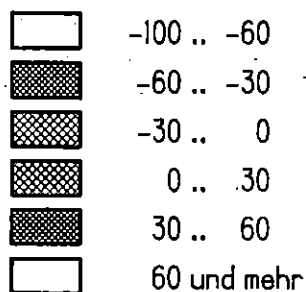
AA	Aalen
BAD	Baden-Baden
BB	Baden
BC	Baden
BL	Baden
CA	Calw
CW	Emmendingen
EM	Emmendingen
ES	Eßlingen
FOS	Friedrichshafen
FN	Friedrichshafen
FR	Friedrichshafen
GP	Göppingen
HD	Heidelberg
HDH	Heidenheim
HN	Heidenheim
KA	Karlsruhe
KN	Konstanz
KUN	Konstanz
LB	Ludwigsburg
LO	Lorch
MA	Mannheim
MOS	Mosbach
OG	Ottlingen
PF	Pforzheim
RA	Rastatt
RT	Reutlingen
RV	Ravensburg
RW	Reutlingen
S	Stuttgart
SHA	Schwabach Hall
SIG	Sigmaringen
TBB	Tübingen
TUB	Tübingen
TUT	Tübingen
UL	Ulm
VS	Vödingen-Schwenningen
WN	Waldshut-Tiengen
WT	Waldshut-Tiengen

Persönliche Dienstleistungen Versorgung in den Nahbereichen Baden-Württembergs 1987

Indikator: Beschäftigte je 1000 Einwohner

Abweichung vom Landeswert in Prozent

von .. bis unter



AA Aalen
BAD Baden-Baden
BB Böttingen
BC Biberach
BL Balingen
CW Calw
EM Emmendingen
ES Esslingen
FDS Friedrichshafen
FN Friedrichshafen
FR Freiburg
GP Goppingen
HD Heidelberg
HDH Heidenheim
HN Heilbronn
KA Karlsruhe
KN Konstanz
KUN Künzelsau
LB Ludwigsburg
LD Lorch
LO Lorch
MA Mannheim
MOS Mosbach
OG Offenburg
PF Pforzheim
RA Rastatt
RT Reutlingen
RV Ravensburg
RW Rottweil
S Stuttgart
SHA Schwabach Hall
SIG Sigmaringen
TBB Tauberbischofsheim
TU Tübingen
TUT Tübingen
UL Ulm
VS Vödingen-Schwannungen
WN Waiblingen
WT Waldshut-Tiengen

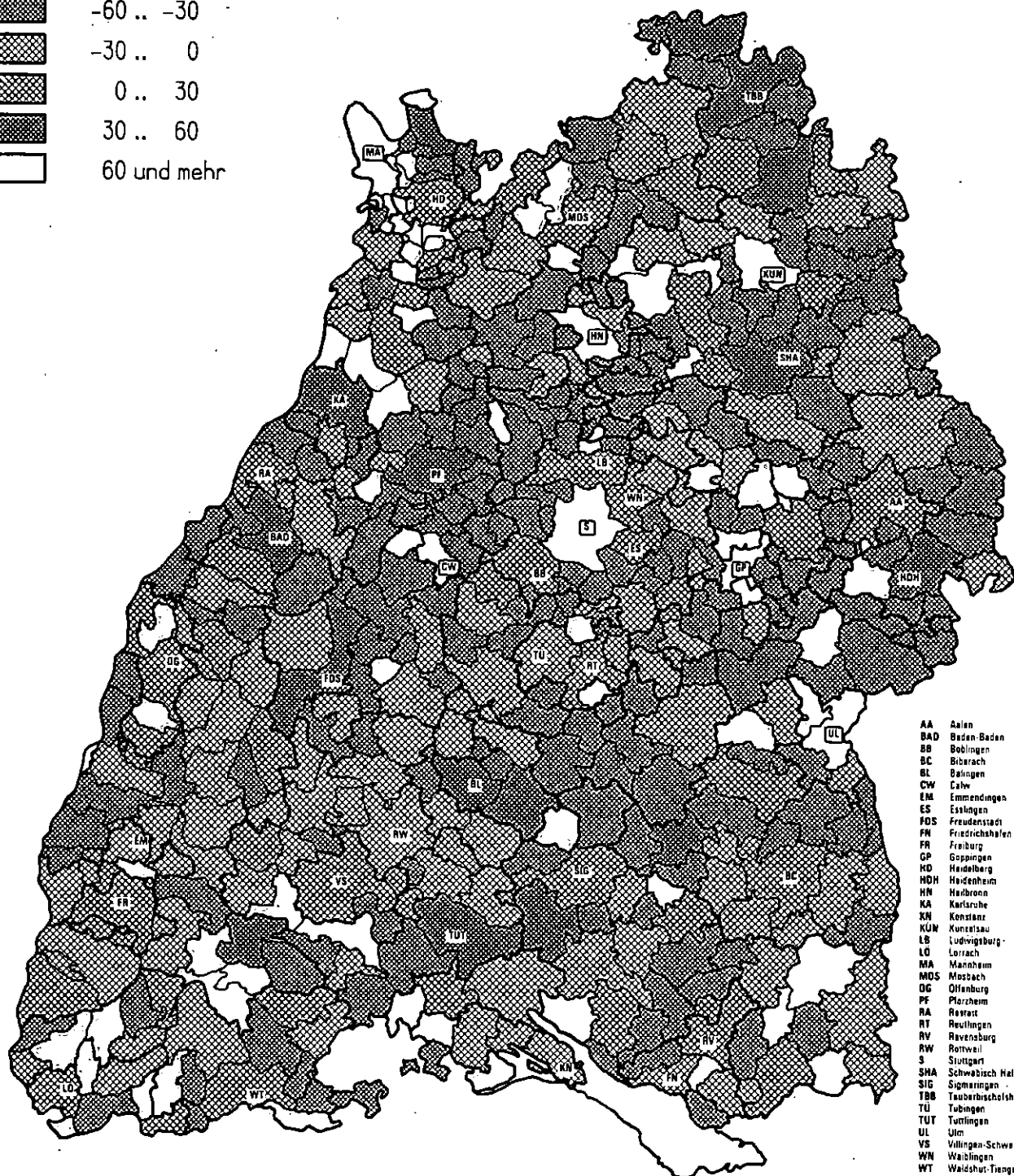
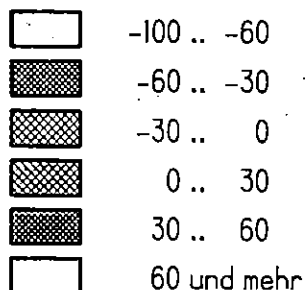
Kreditwesen*)

Versorgung in den Nahbereichen Baden-Württembergs 1987

Indikator: Beschäftigte je 1000 Einwohner

Abweichung vom Landeswert in Prozent

von .. bis unter



AA Aalen
 BAD Baden-Baden
 BB Biberach
 BC Biberach
 BL Balingen
 CW Calw
 EM Emmendingen
 ES Esslingen
 FDS Freudenstadt
 FH Friedrichshafen
 FR Freiburg
 GP Goppingen
 HD Heidelberg
 HDH Heidenheim
 HN Heilbronn
 KA Karlsruhe
 KN Konstanz
 KUM Künigsau
 LB Ludwigsburg
 LO Lorch
 MA Mannheim
 MDS Mosbach
 OG Offenburg
 PF Pforzheim
 RA Rastatt
 RT Reutlingen
 RV Ravensburg
 RW Rottweil
 S Stuttgart
 SHA Schwäbisch Hall
 SIG Sigmaringen
 TBB Tübingen
 TU Tübingen
 TUT Tuttlingen
 UL Ulm
 VS Vödingen-Schwanningen
 WN Waiblingen
 WT Waldshut-Tiengen

*) Kreditbanken, Sparkassen, Genossenschaftliche Kreditinstitute.

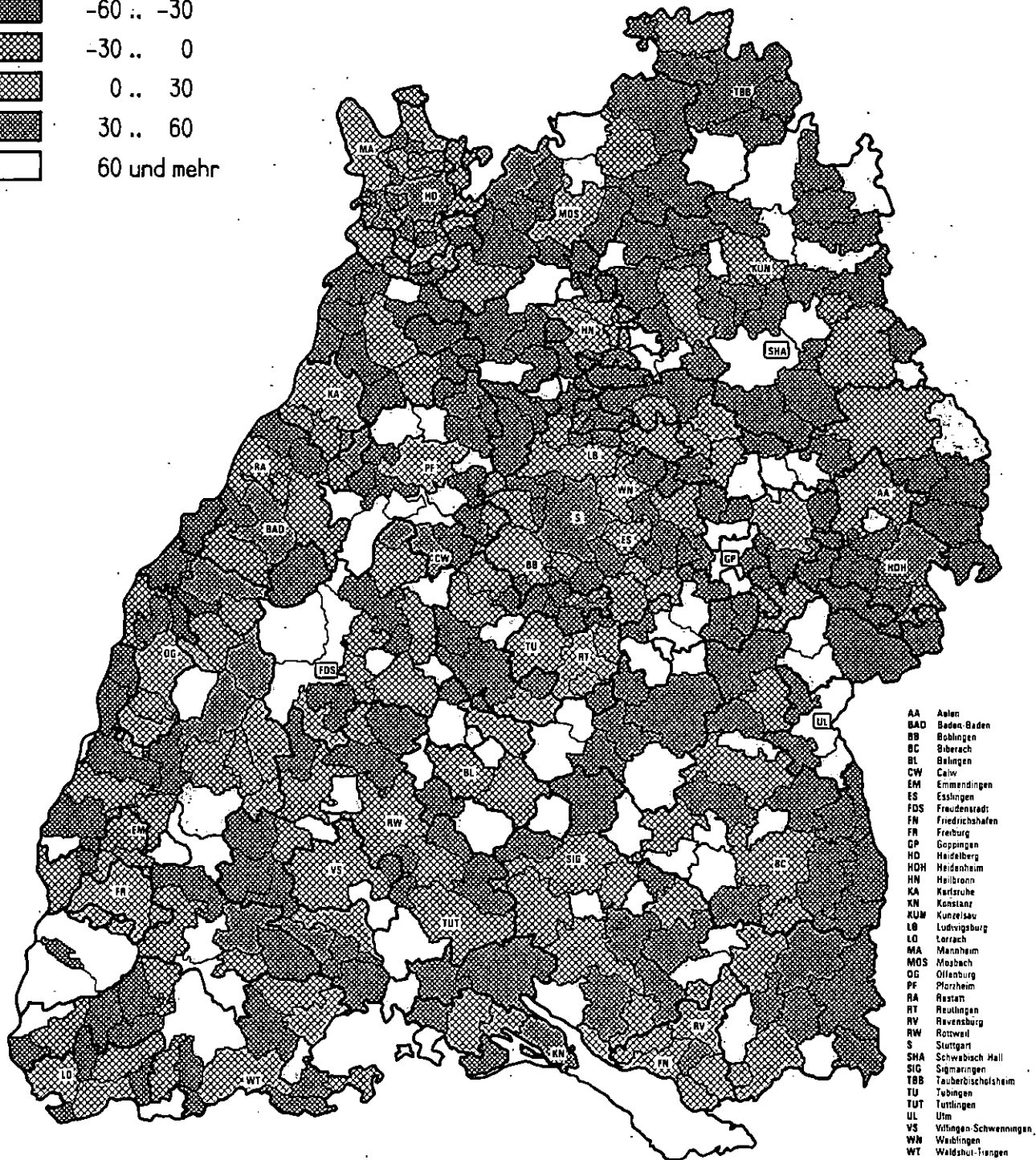
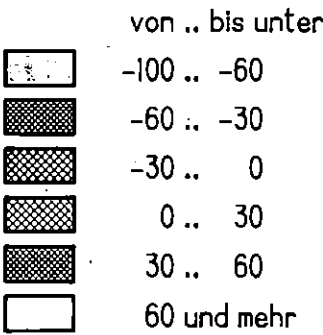
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landesinformationssystem

Ärzte u.a. freie medizinische Berufe Versorgung in den Nahbereichen Baden-Württembergs 1987

Indikator: Beschäftigte Je 1000 Einwohner

Abweichung vom Landeswert in Prozent



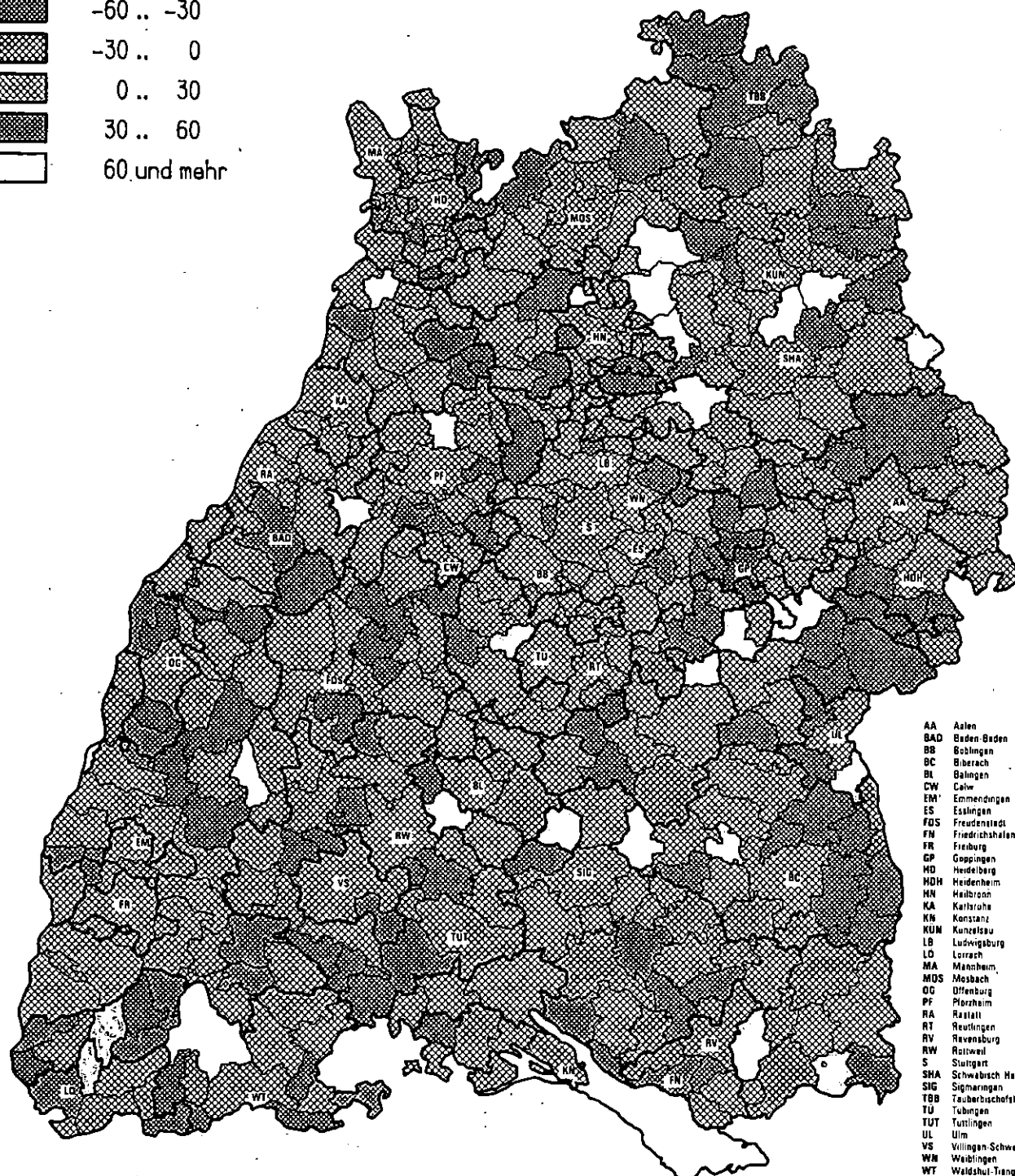
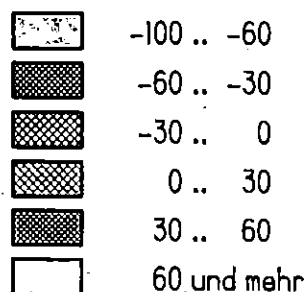
Apotheken

Versorgung in den Nahbereichen Baden-Württembergs 1987

Indikator: Beschäftigte Je 1000 Einwohner

Abweichung vom Landeswert in Prozent

von .. bis unter



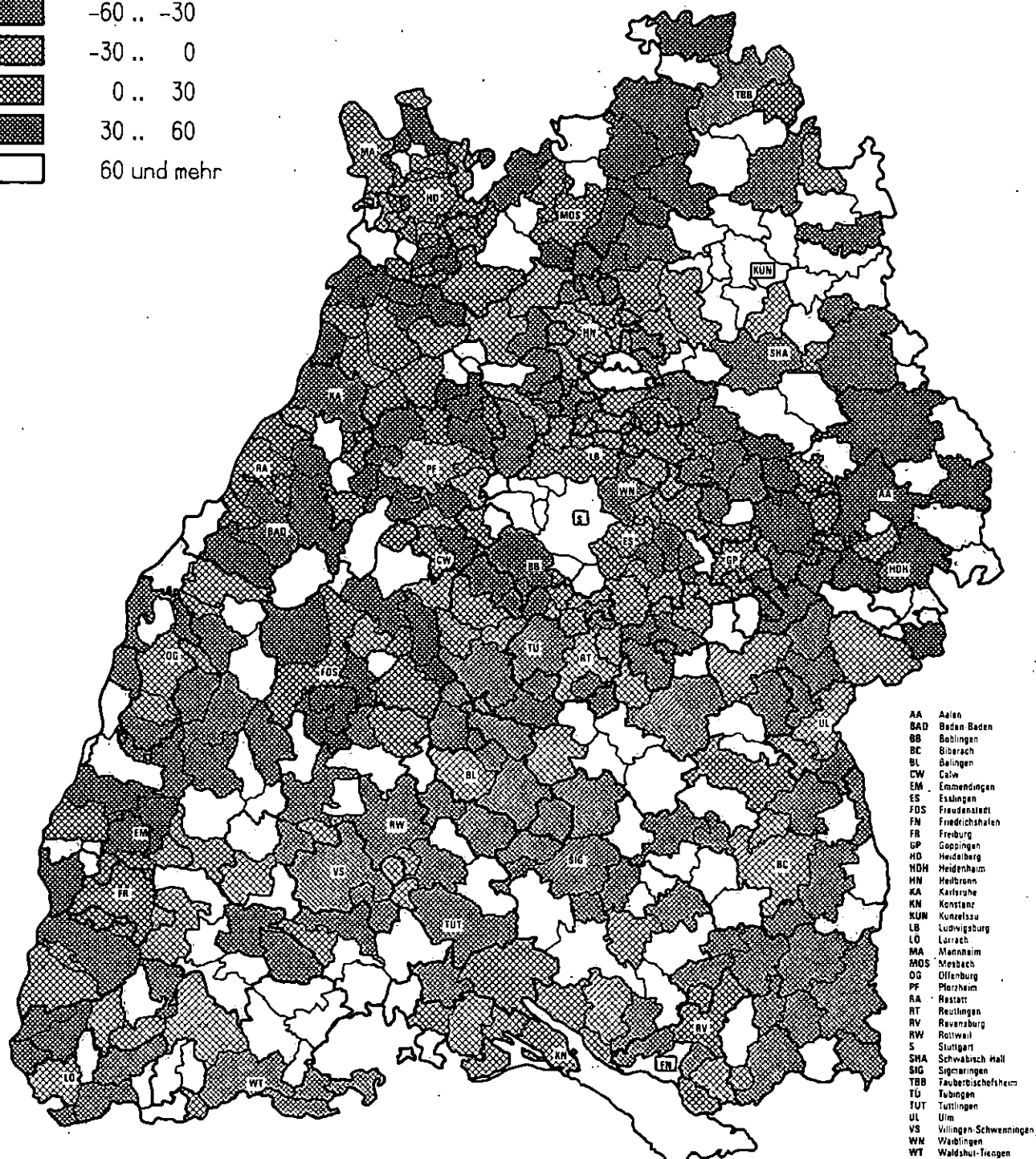
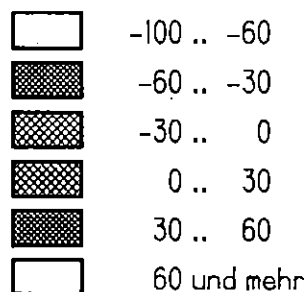
AA Aalen
 BAD Baden-Baden
 BS Balingen
 BC Biberach
 BL Balingen
 CW Calw
 EM Emmendingen
 ES Esslingen
 FDS Friedrichshafen
 FN Fribourg
 FR Fribourg
 GP Goppingen
 HD Heidelberg
 HDH Heidenheim
 HN Heilbronn
 KA Karlsruhe
 KN Konstanz
 KUN Künzelsau
 LB Ludwigsburg
 LO Lorch
 MA Mannheim
 MOS Mosbach
 OF Offenburg
 PF Pforzheim
 RA Rastatt
 RT Reutlingen
 RV Ravensburg
 RW Rottweil
 S Stuttgart
 SHA Schwabisch Hall
 SIG Sigmaringen
 TBB Taubertal
 TU Tübingen
 TUT Tübingen
 UL Ulm
 VS Vödingen-Schweningen
 WN Weibingen
 WT Waldshut-Tiengen

Dienstleistungen für Unternehmen Versorgung in den Nahbereichen Baden-Württembergs 1987

Indikator: Beschäftigte je 1000 Beschäftigte insgesamt

Abweichung vom Landeswert in Prozent

von .. bis unter



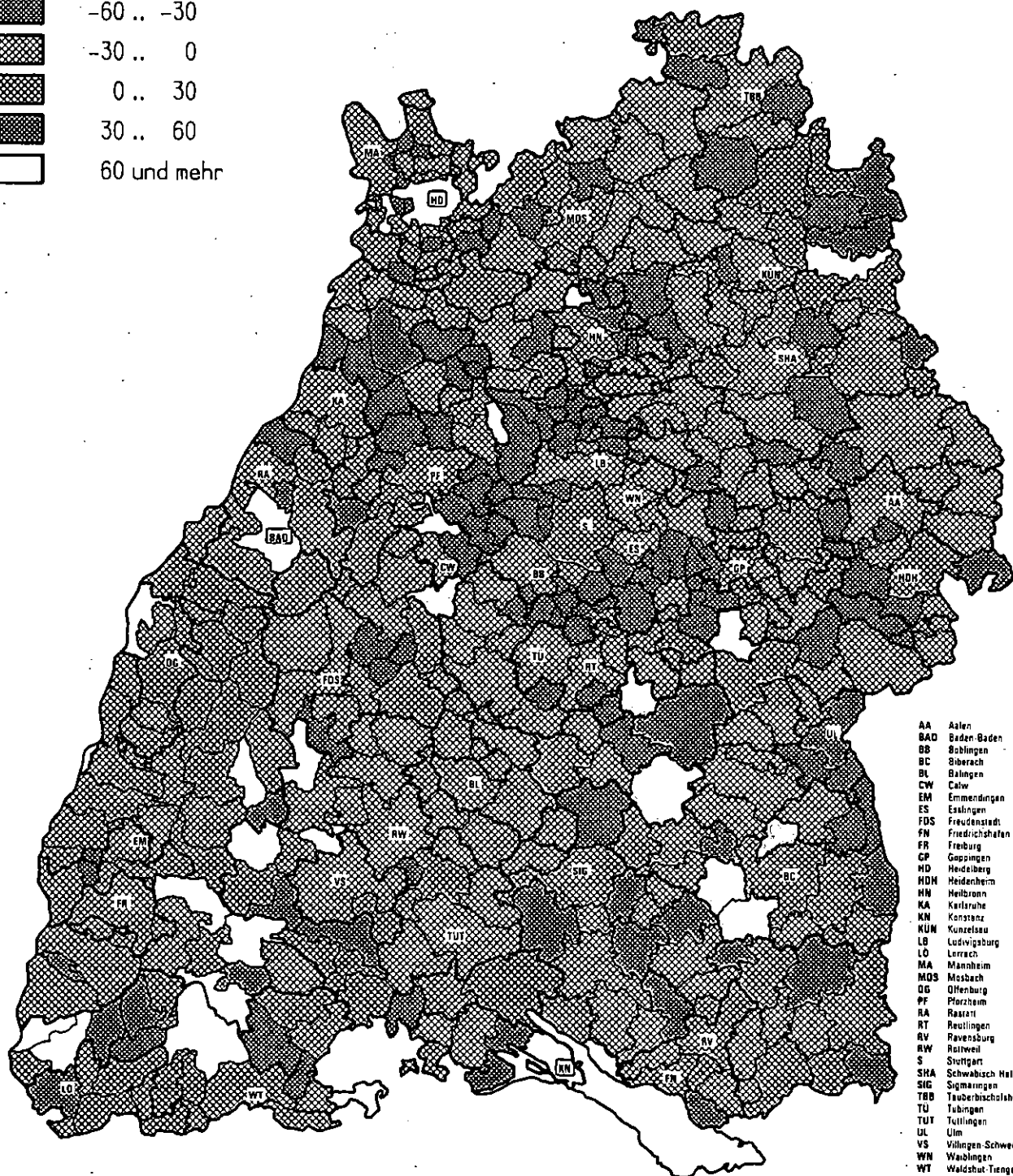
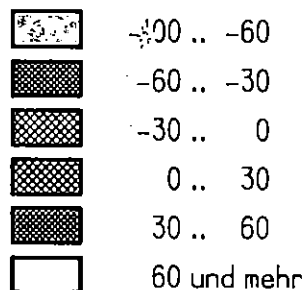
Gaststättengewerbe

Versorgung in den Nahbereichen Baden-Württembergs 1987

Indikator: Beschäftigte je 1000 Einwohner





Abweichung vom Landeswert in Prozent

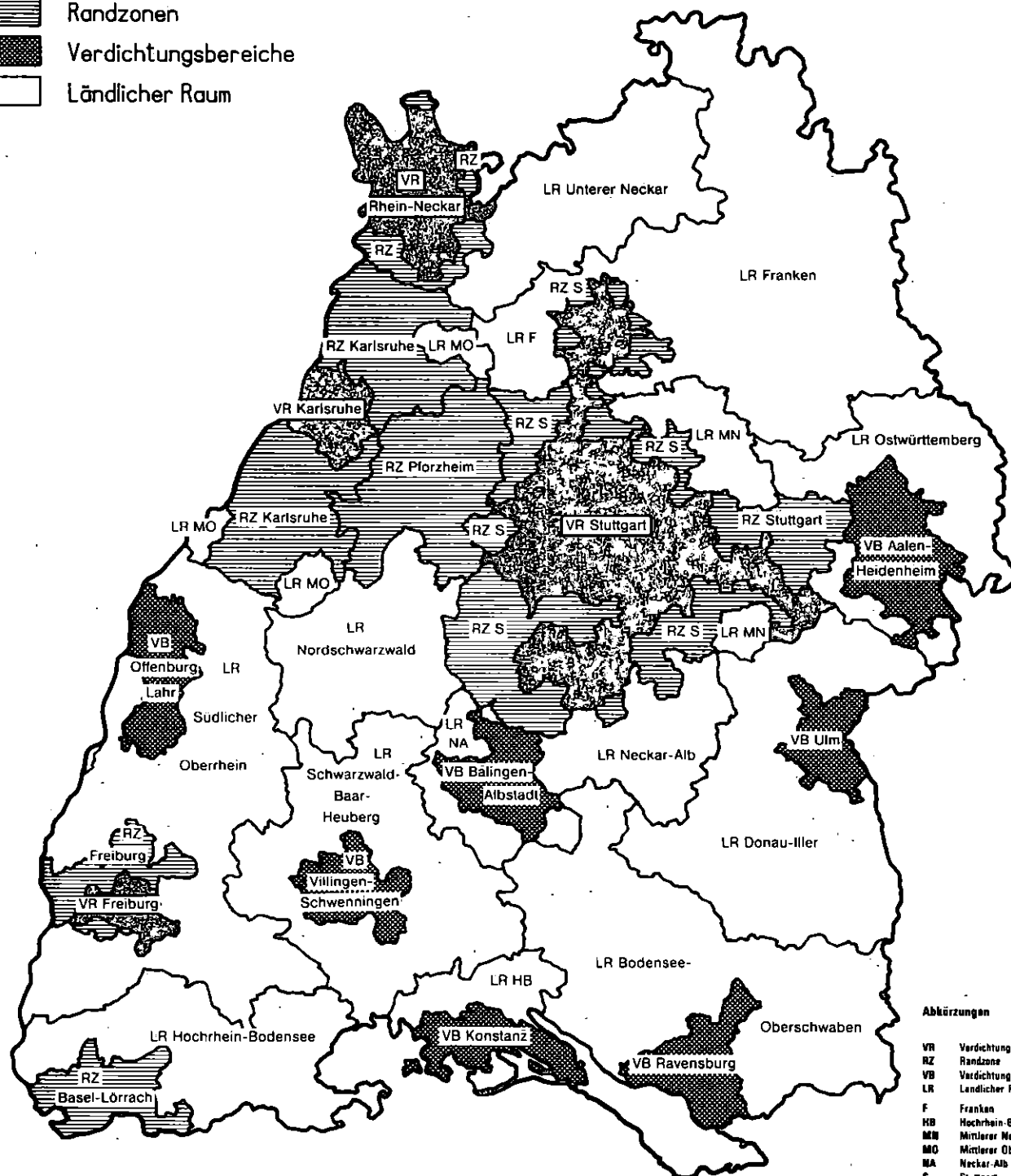
von .. bis unter



AA Aalen
 BAD Baden-Baden
 BB Biberach
 BC Biberach
 BL Balingen
 CW Calw
 EM Emmendingen
 ES Esslingen
 FDS Freudenstadt
 FN Friedrichshafen
 FR Freiburg
 GP Goppingen
 HD Heidelberg
 HDH Heidenheim
 HN Heilbronn
 KA Karlsruhe
 KN Konstanz
 KUN Künzelsau
 LB Ludwigsburg
 LO Lorch
 MA Mannheim
 MDS Mosbach
 OG Offenburg
 PF Pforzheim
 RA Rastatt
 RT Reutlingen
 RV Ravensburg
 RW Reutlingen
 S Stuttgart
 SHA Schwabisch Hall
 SIG Sigmaringen
 TRB Tübingen
 TU Tübingen
 TUL Tübingen
 UL Ulm
 VS Vödingen-Schwenningen
 WN Waiblingen
 WT Waldshut-Tiengen

Raumkategorien des Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg vom 12. Dezember 1983

-  Verdichtungsräume
-  Randzonen
-  Verdichtungsgebiete
-  Ländlicher Raum



Abkürzungen

- VR Verdichtungsraum
- RZ Randzone
- VB Verdichtungsgebiet
- LR Ländlicher Raum
- F Franken
- HB Hochrhein-Bodensee
- MN Mittlerer Neckar
- MO Mittlerer Oberrhein
- NA Neckar-Alb
- S Stuttgart

Im Kreditwesen weisen die Nahbereiche und Gemeinden des Ländlichen Raums i.e.S. vielfach unter dem Landesdurchschnitt liegende Werte auf. Zahlreiche, punktuell auftretende, meist kleinere Gemeinden mit hohen negativen Abweichungen vom Landesdurchschnitt, werden vermutlich von Nachbargemeinden mitversorgt. Größere regionale Disparitäten innerhalb des Ländlichen Raums i.e.S. sind nicht festzustellen.

Bei den Apotheken ist die Versorgung der Nahbereiche großräumig ähnlich ausgeglichen wie beim Kreditwesen, wobei Werte über dem Landesdurchschnitt schwerpunktmäßig im Süden Baden-Württembergs auftreten.

Regionale Disparitäten bei Einzelhandel, Persönlichen Dienstleistungen und Ärzten/medizinischen Berufen

Beim Einzelhandel sind 14, bei Ärzten/medizinischen Berufen 20 und bei den Persönlichen Dienstleistungen 32 Nahbereiche statistisch unterversorgt. Von einer flächendeckenden Versorgung kann in diesen Bereichen nicht ausgegangen werden. Dies wird auch durch Betrachtungen auf Gemeindeebene bestätigt.

Beim Einzelhandel sind keine größeren unterversorgten Gebiete feststellbar. Vielfach werden schwach oder nicht versorgte Gemeinden von besser ausgestatteten Städten und Gemeinden mitversorgt. Als Beispiel sei auf Riedlingen und sein Umland hingewiesen.

Bei Ärzten/medizinischen Berufen fallen große Teile des Schwarzwalds, aber auch Gemeinden und Nahbereiche der übrigen Landesteile auf, die landesweit Spitzenwerte erreichen. Hierbei handelt es sich um die bereits erwähnten Kurzentren.

Bei den Persönlichen Dienstleistungen weisen die Mittlere Schwäbische Alb, die im Einzugsbereich Memmingsens liegenden Teile Oberschwabens und Teile Frankens (vor allem der Raum Bad Mergenheim/Künzelsau) eine schwache Versorgung auf. Der Zeitvergleich 1970 zu 1987 zeigt gewisse räumliche Verlagerungen der gut bzw. schlecht versorg-

ten Gebiete, die auf eine kleinräumig differenzierte Entwicklungsdynamik hinweisen.

Konzentration und Dezentralisierung bei den Dienstleistungen für Unternehmen

Betriebe dieses Wirtschaftszweiges versorgen in der Regel nicht nur ihre unmittelbare Umgebung, sondern werden auch von Unternehmen aus größerer Entfernung nachgefragt. Dennoch liefert die Analyse auf Nahbereichs- bzw. Gemeindeebene wertvolle Erkenntnisse.

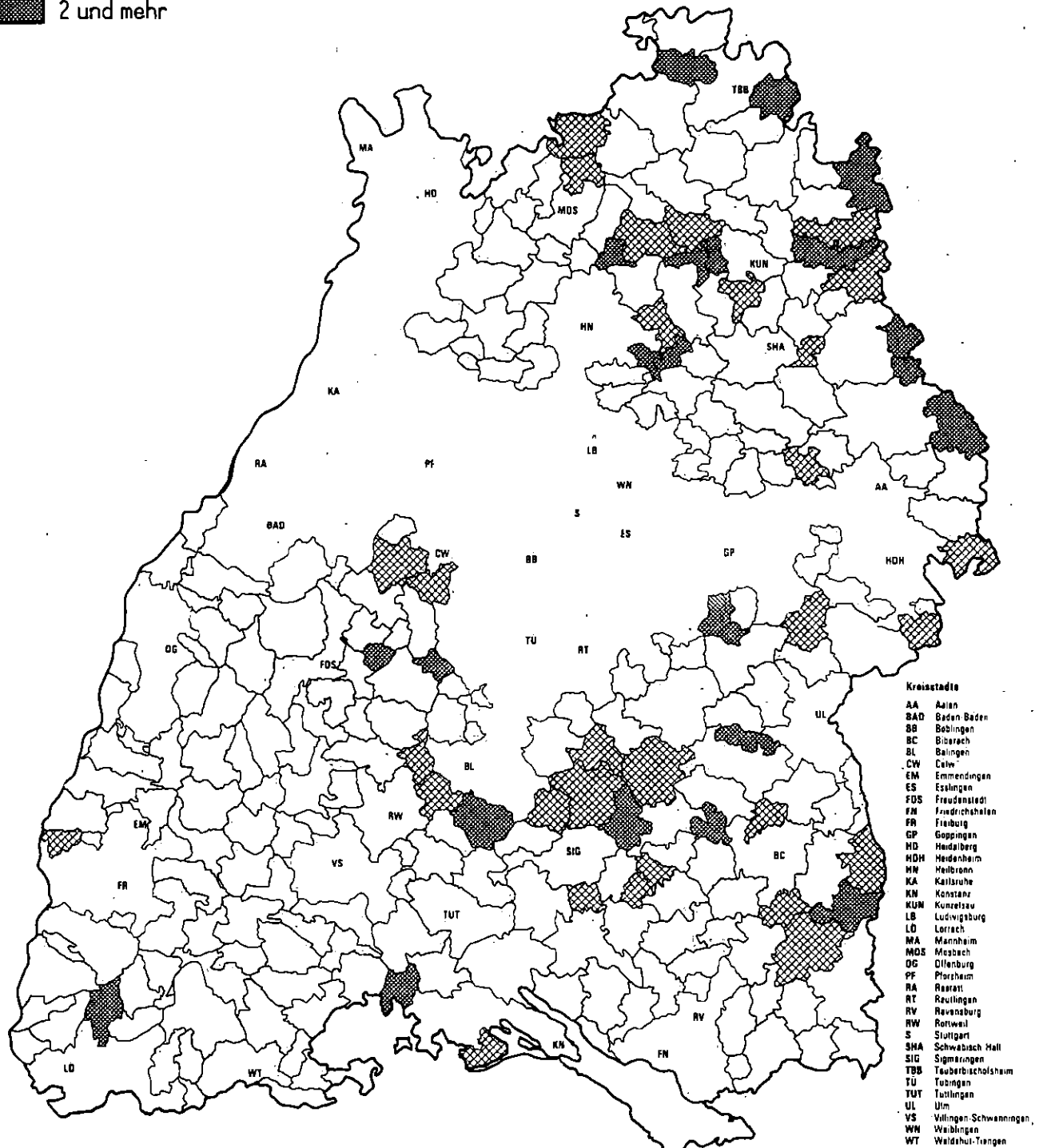
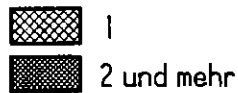
Dienstleistungen für Unternehmen konzentrieren sich in den drei großen Wirtschaftsräumen des Landes (Mannheim/Heidelberg, Karlsruhe, Stuttgart), wobei der Raum Stuttgart deutlich dominiert. Als vierter Schwerpunkt kann der Bodenseeraum gelten, während der Freiburger Wirtschaftsraum bei Dienstleistungen für Unternehmen relativ unbedeutend ist.

Fast der gesamte Ländliche Raum i.e.S. weist negative oder sogar hohe negative Werte im Vergleich zum Landesdurchschnitt auf. Hierbei ist zu beachten, daß Dienstleistungen für Unternehmen - wie bereits erwähnt - schwerpunktmäßig in der Nähe der großen Produktions- und Verwaltungszentren benötigt werden. Im Ländlichen Raum i.e.S. der südlichen Landeshälfte befinden sich punktuell einzelne Gemeinden mit positiven Werten; dies ist im Nordosten des Landes nicht der Fall. Ob diese Gemeinden mit positiven Werten als "Entwicklungsvorboten" angesehen werden können, ist fraglich. Auch 1970 haben sich im Süden Baden-Württembergs punktuell Gemeinden mit "guter Versorgung" im Bereich Dienstleistungen für Unternehmen befunden. Allerdings sind diese in der Regel nicht dieselben wie 1987!

Insgesamt sind bei den Dienstleistungen für Unternehmen - wie bereits beschrieben - generell im Zeitraum 1970 bis 1987 sehr hohe Zuwachsraten, aber auch räumliche Dezentralisierungstendenzen nachweisbar. Von diesen profitieren die Randzonen, aber auch zunehmend die verdichtungsraumnahen Teile des Ländlichen Raums i.e.S.

In Teilbereichen der Dienstleistungsinfrastruktur* unterversorgte Nahbereiche des Ländlichen Raums i.e.S. Baden-Württemberg 1987

Statistisch unterversorgt in ... Bereich/en



* Einzelhandel, Persönliche Dienstleistungen, Kreditwesen, Ärzte/med. Berufe, Apotheken

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landesinformationssystem

Regionale Schwerpunkte der Unterversorgung

Schaubild 3 zeigt die Gebiete (Nahbereiche), die bei einem oder mehreren der Infrastrukturbereiche statistisch unterversorgt sind (ohne "Dienstleistungen für Unternehmen"). Als regionale Schwerpunkte sind der Heuberg und die Mittlere Schwäbische Alb, das Altmoränenland Oberschwabens, Teile des Baulandes und der Hohenloher Ebene (abseits der Entwicklungsachsen) sowie an Bayern angrenzende Teilräume Frankens, Ostwürttembergs und Oberschwabens zu nennen. Bei dieser Aufzählung ist zu beachten, daß Versorgungsangebote in Bayern nicht untersucht wurden. Dadurch werden möglicherweise grenznahe Nahbereiche als "unterversorgt" ausgewiesen, obwohl dies durch ihre Nähe zu anderen Zentren (z.B. Memmingen, Würzburg) nicht der Fall ist.

Wie schon ausgeführt bestehen Versorgungsdefizite in erster Linie in den Bereichen Einzelhandel, Persönliche Dienstleistungen und Ärzte/medizinische Berufe.

Mittelzentren des Ländlichen Raums i.e.S.

Den Mittelzentren des Ländlichen Raums i.e.S. kommt große Bedeutung für die Versorgung des Ländlichen Raums i.e.S. zu. Hier werden Dienstleistungen angeboten, die seltener nachgefragt werden, und daher nur bei ausreichend großer Bevölkerungszahl des Einzugsgebiets existieren können. Die Versorgungsgrade der Mittelzentren können daher als Grobindikator für deren "Bedeutungsüberschuß" dienen. Hierbei ist zu beachten, daß die Versorgungsgrade bei gleichem Infrastrukturangebot höher sind, wenn das Umland bei hoher Bevölkerungszahl infrastrukturschwach und/oder das Mittelzentrum selbst relativ wenige Einwohner aufweist.

Diese Betrachtung beschränkt sich auf die drei großen Dienstleistungsinfrastrukturbereiche Einzelhandel, Persönliche Dienstleistungen und Kreditwesen. Von den 33 im Landesentwicklungsplan 1983 ausgewiesenen Mittelzentren des Ländlichen Raums i.e.S. weisen sechs in zwei oder drei Bereichen Werte auf,

die um 50 % und mehr über dem Landesdurchschnitt liegen. Diese besitzen einen wesentlich höheren Bedeutungsüberschuß als die vier Mittelzentren, die in keinem der drei Bereiche über dem Landesdurchschnitt liegen.

Neben den von der Landesplanung ausgewiesenen Mittelzentren, verfügen auch sonstige Städte des Ländlichen Raums i.e.S. über teilweise hohe Bedeutungsüberschüsse (Meßkirch, Triberg, St. Blasien).

Übersicht

"Bedeutungsüberschuß" der landesplanerisch ausgewiesenen Mittelzentren des Ländlichen Raums i.e.S. 1987

	Einzelhandel	Persönliche Dienstleistungen	Kreditwesen
Waldshut - Tiengen	+	+	+
Biberach	+	0	+
Freudenstadt	+	0	+
Riedlingen	+	0	+
Titisee-Neustadt	+	0	+
Sigmaringen	+	-	+
Mosbach	+	0	0
Nagold	+	0	0
Rottweil	+	0	0
Wangen	+	0	0
Ehingen	0	+	0
Bad Mergentheim	0	0	+
Donaueschingen	0	0	+
Heslach/Hausach/Wolfach	0	0	+
Mühlheim	0	0	+
Öhringen	0	0	+
Schwäbisch Hall	0	0	+
Tuttlingen	0	0	+
Überlingen	0	0	+
Künzelsau	0	-	+
Tauberbischofsheim	0	-	+
Crailsheim	+	0	-
Eberbach	0	0	0
Münsingen	0	0	-
Saulgau	0	-	0
Sinsheim	0	-	0
Schramberg	0	-	-
Buchen	-	-	0
Wertheim	-	-	0
Ellwangen	-	-	-
Horb a.N.	-	-	-
Laupheim	-	-	-
Leutkirch	-	-	-

Versorgungsgrad (Beschäftigte je 1000 Einwohner)

+	50% und mehr über Landesdurchschnitt
0	bis 50% über Landesdurchschnitt
-	unter Landesdurchschnitt

Zusammenfassung der Ergebnisse

Versorgung mit Dienstleistungsinfrastruktur:

- Baden-Württemberg im Vergleich zum Bundesgebiet 1987

In den Bereichen Kreditwesen, Gaststättengewerbe und Einzelhandel liegt Baden-Württemberg exakt im Bundesdurchschnitt (Beschäftigte je 1000 Einwohner), im Krankenhausbereich darunter, bei Dienstleistungen für Unternehmen (Technische Beratung/-Planung, EDV-Firmen u.ä.) deutlich darüber.

Baden-Württemberg und die Raumkategorien 1970 und 1987

Die Entwicklung der Dienstleistungsbereiche verlief sehr unterschiedlich: starke Zunahmen bei Dienstleistungen für Unternehmen, Ärzten/medizinischen Berufen und Volkshochschulen, geringe bei Persönlichen Dienstleistungen und Einzelhandel, Abnahmen im Krankenhausbereich.

Verdichtungsräume und Verdichtungsgebiete weisen nach wie vor bei allen Infrastrukturbereichen den höchsten Versorgungsgrad auf. Dies ist keine Überraschung, da diese vielfach auch die Randzonen und den Ländlichen Raum i.e.S. mitversorgen. Der Vergleich 1987 zu 1970 zeigt aber, daß bei den meisten Dienstleistungen Dezentralisierungstendenzen zu beobachten sind, das heißt die Konzentration der Dienstleistungsangebote auf die Verdichtungsräume nimmt - zugunsten der Randzonen und des Ländlichen Raums i.e.S. - ab.

- Ländliche Räume i.e.S. der Regionen Baden-Württembergs 1987 (Vergleich mit Landesdurchschnitt)

Mittlerer Neckar, Ostwürttemberg, Mittlerer Oberrhein und Neckar-Alb:

Hohe negative Abweichungen vom Landesdurchschnitt bei (fast) allen Infrastrukturbereichen, einschließlich Einzelhandel, Kreditwesen und Persönliche Dienstleistungen. Ostwürt-

temberg und Neckar-Alb, auch bei der Gesundheitsversorgung hohe negative Werte.

Unterer Neckar, Schwarzwald-Baar-Heuberg und Donau-Iller:

Geringe negative Abweichungen bei (fast) allen Infrastrukturbereichen.

Nur bei den Dienstleistungen für Unternehmen hohe negative Abweichungen.

"Südregionen" Hochrhein-Bodensee, Bodensee-Oberschwaben und Südlicher Oberrhein:

Geringe negative Abweichungen bei den meisten Indikatoren, beim Gaststättengewerbe und bei Ärzten/medizinischen Berufen deutlich positive Werte.

Franken:

Geringe negative Abweichungen bei der Mehrzahl der Indikatoren, bei Ärzten/medizinischen Berufen sowie Realschulen positive Werte.

Nordschwarzwald:

Insgesamt die beste Versorgung, nur geringe negative Abweichungen im Einzelhandel und bei den Persönlichen Dienstleistungen; bei Ärzten/medizinischen Berufen und Volkshochschulen positive Werte.

- Ländlicher Raum i.e.S. auf Nahbereichs- und Gemeindeebene 1987

Bei Gaststätten, Apotheken und Kreditinstituten kann man von einer größtenteils flächendeckenden Versorgung des Ländlichen Raumes i.e.S. sprechen. Beim Einzelhandel, bei Ärzten/medizinischen Berufen und bei den Persönlichen Dienstleistungen ist dies nicht der Fall.

Als regionale Schwerpunkte unterversorgter Gebiete sind der Heuberg und die Mittlere Schwäbische Alb, Teile Oberschwabens, des Baulandes und der Hohenloher Ebene sowie an Bayern angrenzende Teilräume Frankens und Ostwürttembergs zu nennen.

Zwischen den Mittelzentren des Ländlichen Raums i.e.S., die für die

Versorgung des Ländlichen Raums mit seltener nachgefragten Gütern und Dienstleistungen sehr wichtig sind, bestehen deutliche Unterschiede bezüglich ihrer Bedeutung als Versorgungsorte ("Bedeutungsüberschuß").

Insgesamt ist das Dienstleistungsangebot - je nach Infrastrukturbereich - mehr oder weniger gleichmäßig über das Landesgebiet verteilt. Innerhalb des Ländlichen Raums i.e.S. existieren keine

großen zusammenhängenden Gebiete, die als "über- oder unterversorgt" gelten können. Begünstigt wird diese regionale Ausgeglichenheit durch das dichte Netz funktionstüchtiger Ober- und Mittelzentren. Die peripheren Gebiete, wie z.B. der innere Schwarzwald oder Teile des Bodenseeraumes, stellen wichtige Fremdenverkehrs-, Kur- oder Erholungsgebiete dar. Hier erhöhen die Gäste das Nachfragepotential der Wohnbevölkerung, so daß auch hier viele Dienstleistungseinrichtungen tragfähig sind.

3. Bildungswesen

Strukturelle Entwicklungen im dualen System und die Ausbildungs- und Berufschancen der Mädchen

Vorbemerkung

Das duale System läßt sich vereinfachend dadurch kennzeichnen, daß Betrieb bzw. Ausbildungsträger und Berufsschule bei der Berufsausbildung zusammenwirken. Im engeren Sinne umfaßt das duale System die praktische und theoretische Ausbildung in den anerkannten Ausbildungsberufen, deren Ordnungen gem. § 25 (1) des Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. nach den analogen Vorschriften der Handwerksordnung erlassen werden. Zur Jahresmitte 1990 umfaßte das vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) herausgegebene Verzeichnis insgesamt 377 Ausbildungsberufe.

Für Berufe im Gesundheitswesen (z.B. Krankenschwester/-pfleger, Medizinisch-technische Assistent(-in) u.ä.) sowie für sozialpflegerische und sozialpädagogische Berufe wie Erzieher(-in) gelten besondere bundes- oder landesrechtliche Regelungen. Obwohl auch hier theoretische und praktische Ausbildungselemente zusammenfließen; werden die in diesen Berufen ausgebildeten Personen als (berufliche) Vollzeitschüler erfaßt, während die nach dem BBiG in den anerkannten Ausbildungsberufen Befindlichen in aller Regel die (Teilzeit-)Berufsschule besuchen. Die nachfolgende Untersuchung beschränkt sich im wesentlichen auf Auszubildende

nach dem BBiG. Dabei werden die Begriffe Auszubildender und Lehrling ebenso synonym verwendet, wie die Worte "Ausbildungsplatz" und "Lehrstelle". Nur am Rande soll auf solche Ausbildungsgänge eingegangen werden, die im weiteren Sinne als "duale" verstanden werden könnten, wie etwa das Studium an der Berufsakademie, der Wechsel von Praktikum und Schulbesuch in der Erzieher(innen)-Ausbildung oder die neugeschaffene Altenpflegeausbildung an Berufsfachschulen in Teilzeitform.

Von der Lehrstellenknappheit zum Bewerbermangel

Die Leistungsfähigkeit des dualen Systems wurde früher nicht selten daran gemessen, inwieweit es in der Lage war, den Ausbildungswünschen der jungen Menschen gerecht zu werden. Im allgemeinen wurde eine solche Forderung nur in quantitativer Hinsicht erhoben, d.h. jede(r) an einer Berufsausbildung Interessierte sollte auch einen Ausbildungsplatz bekommen, wenn gleich an den Berufspräferenzen Abstriche unterstellt werden. Diese globale Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage war in der Vergangenheit nicht immer gegeben, wenn man die Verhältnisse seit 1977 – dem ersten Jahr

Tabelle 1

Indikatoren für das Angebot und die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in Baden-Württemberg 1977 bis 1990

Jahr	Schulabgänger		Lehrstellen- be- werber ²⁾⁽³⁾	Gemeldete Lehr- stellen ²⁾⁽³⁾	Unbe- setzte Lehr- stellen ²⁾⁽⁴⁾	Noch nicht vermittelte Be- werber ²⁾⁽⁴⁾	Neu abgeschlossene Aus- bildungsverträge nach den Kriterien		Auszu- bildende insgesamt	Von den noch nicht vermittelten Be- werbern (Spalte 6) waren weiblich	
	insge- samt ¹⁾	darunter von allgemein- bildenden Schulen					des Berufs- bildungsbe- reichs ⁴⁾	der amt- lichen Sta- tistik ⁵⁾		Anzahl	%
			1	2	3	4			5		
1977	160 938	139 459	70 199	51 820	3 307	4 201	81 496	81 699	197 742	.	.
1978	169 114	147 381	74 434	59 401	3 777	3 366	89 719	91 866	222 495	.	.
1979	169 622	146 298	78 563	71 768	7 807	2 626	96 152	97 688	244 111	1 624	61,8
1980	175 989	151 481	74 203	81 564	9 863	2 423	97 788	100 800	260 190	1 442	59,5
1981	177 146	150 175	73 515	82 221	8 831	2 716	94 610	95 933	255 437	1 579	58,1
1982	182 915	153 397	83 728	76 847	5 100	4 655	95 065	97 592	253 054	2 853	61,3
1983	185 587	154 515	101 030	73 728	4 008	6 799	100 534	104 214	257 368	4 363	64,2
1984	179 139	149 575	105 582	73 349	4 789	7 000	107 938	108 740	270 260	4 494	64,2
1985	174 170	146 309	105 833	77 078	5 461	5 470	105 291	105 542	274 578	3 487	63,7
1986	158 609	134 478	98 113	83 605	7 887	3 495	104 245	104 137	271 031	2 200	62,9
1987	151 438	126 818	91 095	90 944	10 050	2 848	98 956	99 864	262 130	1 750	61,4
1988	145 321	118 650	83 092	96 000	14 427	1 974	93 311	92 971	251 080	1 112	56,3
1989	136 604	108 713	74 837	102 932	19 376	1 448	89 651	85 731	234 732	775	53,5
1990	..	103 759	71 599	115 687	28 688	1 107	82 717	81 512	223 436	515	46,5

1) Von beruflichen Schulen nur Abgänger mit Fachschulreife, Fachhochschulreife und Hochschulreife. – 2) Angaben der Arbeitsverwaltung. – 3) Zeitraum: 1.10. des Vorjahres bis 30.9. des betreffenden Jahres. – 4) Stichtag: 30.9. – 5) Stichtag: 31.12.

der Berufsbildungsstatistik – zugrunde-
legt (Tabelle 1). Die Differenz zwischen
den der Arbeitsverwaltung gemeldeten
Stellen (Spalte 4) und den dort gemel-
deten Bewerbern (Spalte 3) reicht aller-
dings als Kriterium für die Beurteilung
der Ausbildungsstellensituation nicht
aus. Wie man durch Vergleich der beim
Arbeitsamt registrierten Bewerber und
Stellen auf der einen Seite (Spalten 3

und 4) und der neu abgeschlossenen
Ausbildungsverträge (Spalten 7 und 8,
die zu unterschiedlichen Stichtagen
doch meist ähnliche Ergebnisse auswei-
sen) auf der anderen Seite unschwer
feststellen kann, ist der Einschaltungs-
grad der Arbeitsverwaltung begrenzt
und schwankt außerdem im Zeitver-
lauf¹. Wenn man unterstellt, daß sich
die Tatsache der unvollständigen stati-

- 1 Auf der Angebotsseite des Lehrstel-
lenmarkts errechnet sich der Ein-
schaltungsgrad der Arbeitsverwal-
tung üblicherweise entsprechend der
in Tabelle 1 ausgewiesenen Werte
nach der Formel:

$$\frac{\text{Spalte 4}}{\text{Spalte 7} + \text{Spalte 5}} \quad \text{wobei}$$

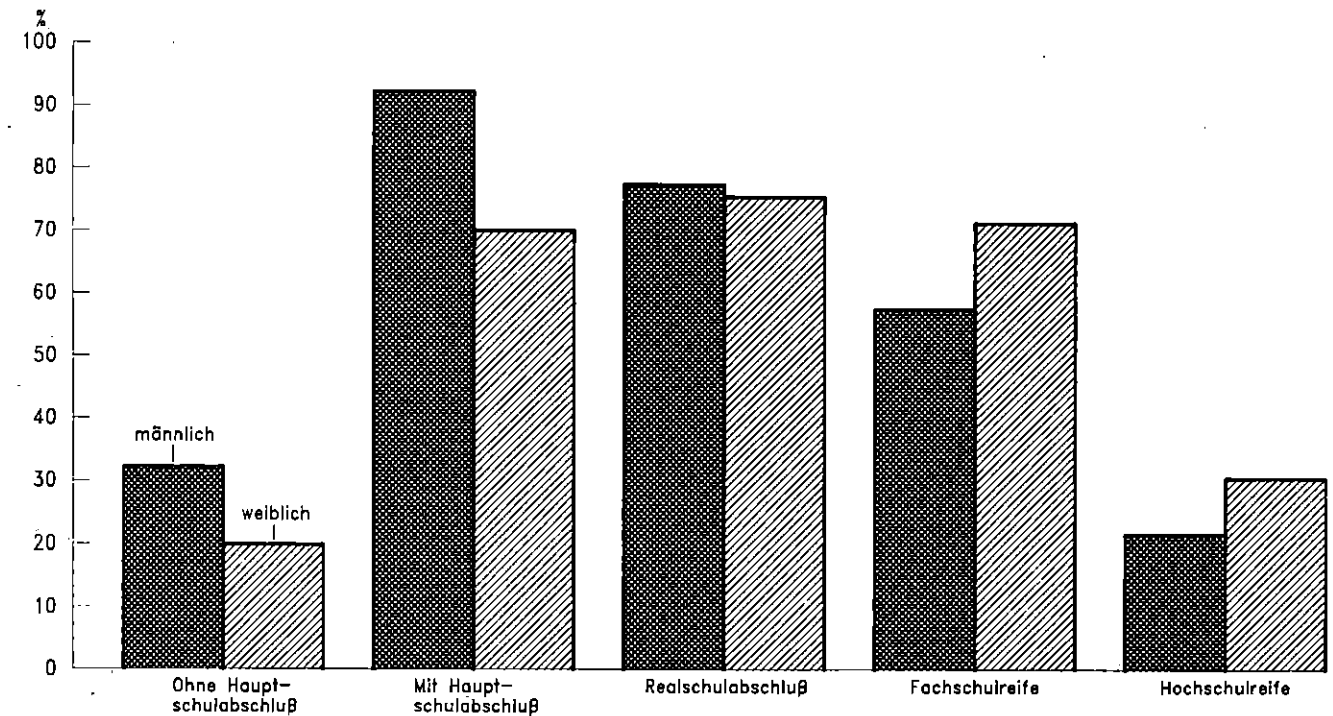
allerdings nicht berücksichtigt wer-
den kann, daß unter Umständen
auch von den nicht gemeldeten Stel-
len ein gewisser Anteil nicht besetzt
werden konnte. Nach dieser Berech-
nungsmethode ergibt sich für 1980
ein Einschaltungsgrad von 76 %, für
1989 von 94 %.

Auf der Nachfrageseite liegen wieder-
um keine Daten über diejenigen er-
folglosen Lehrstellenbewerber vor,
die sich nicht an die Arbeitsverwal-
tung gewandt haben. Insofern stellt
auch hier die Berechnung des Ein-
schaltungsgrads nach der Formel

$$\frac{\text{Spalte 3}}{\text{Spalte 7} + \text{Spalte 6}}$$

nur eine Annäherung an die tatsäch-
lichen Verhältnisse dar. Aus diesem
Grund wird auf die Darstellung der
Gesamtnachfrage und des Gesamtan-
gebots verzichtet. Erforderlichenfalls
können diese durch Addition der
Spalten 6 und 7 (oder 8) bzw. der
Spalten 5 und 7 (oder 8) errechnet
werden.

Übergangsquote ^{a)} in das duale System in Baden-Württemberg 1989 nach Geschlecht und Abschlußart



a) Neueingetretene Teilzeitschüler mit Ausbildungsvertrag 1989 in Relation zu den Schulabgängern im Schuljahr 1988/89.
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

223 91

stischen Erfassung der Bewerbungsvorgänge nicht gravierend auswirkt, so kommt man zu dem Schluß, daß seit 1986 ein globaler Überschuß an Lehrstellen gegenüber den Bewerberzahlen zu verzeichnen ist, der nunmehr sogar die ursprünglich geforderte Quote von 12,5 % übersteigt². Anzumerken ist, daß die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze in allen Arbeitsamtsbezirken des Landes höher ist als die entsprechende Nachfrage, aber aus regionaler Sicht in unterschiedlichem Ausmaß; hierauf soll jedoch nicht näher eingegangen werden.

Trotz des erheblichen Stellenüberhangs wurden auch am Abschluß der Beratungsjahre 1987 bis 1990 von der Arbeitsverwaltung noch eine gewisse Anzahl von Bewerbern als unversorgt gemeldet. Der Anteil der Mädchen an den zum Ende des Beratungsjahres noch nicht vermittelten Bewerbern war seit der statistischen Erfassung dieses Merkmals überdurchschnittlich hoch (Tabelle 1, Spalte 11). Im Zuge des Umschwungs von der Lehrstellenknappheit zum Bewerbermangel ist er jedoch erheblich gesunken und liegt nunmehr

niedriger als bei der Gesamtbewerberzahl (51,7 % im Jahre 1990).

Präferenzen für das duale System je nach Abschlußart unterschiedlich

Der Wunsch nach einer Berufsausbildung im dualen System hängt sehr stark von dem im allgemeinbildenden Schulwesen erreichten Abschluß ab. Beispielsweise entschieden sich nach einer überschlägigen Berechnung 4 von 5 Hauptschulabsolventen des Jahres 1989 für eine Lehre. Die Abgänger/-innen mit mittlerem Abschluß stehen den ehemaligen Hauptschülern in der Bevorzugung des dualen Systems kaum nach. Die im Schaubild 1 dargestellten

2 Im Ausbildungsplatzförderungsgesetz vom 07.09.1976 waren für den Fall, daß die angebotenen Ausbildungsplätze die nachgefragten Plätze (insgesamt gesehen) um weniger als 12,5 % überstiegen, finanzielle Hilfen vorgesehen, die durch eine Berufsbildungsabgabe finanziert werden sollten.

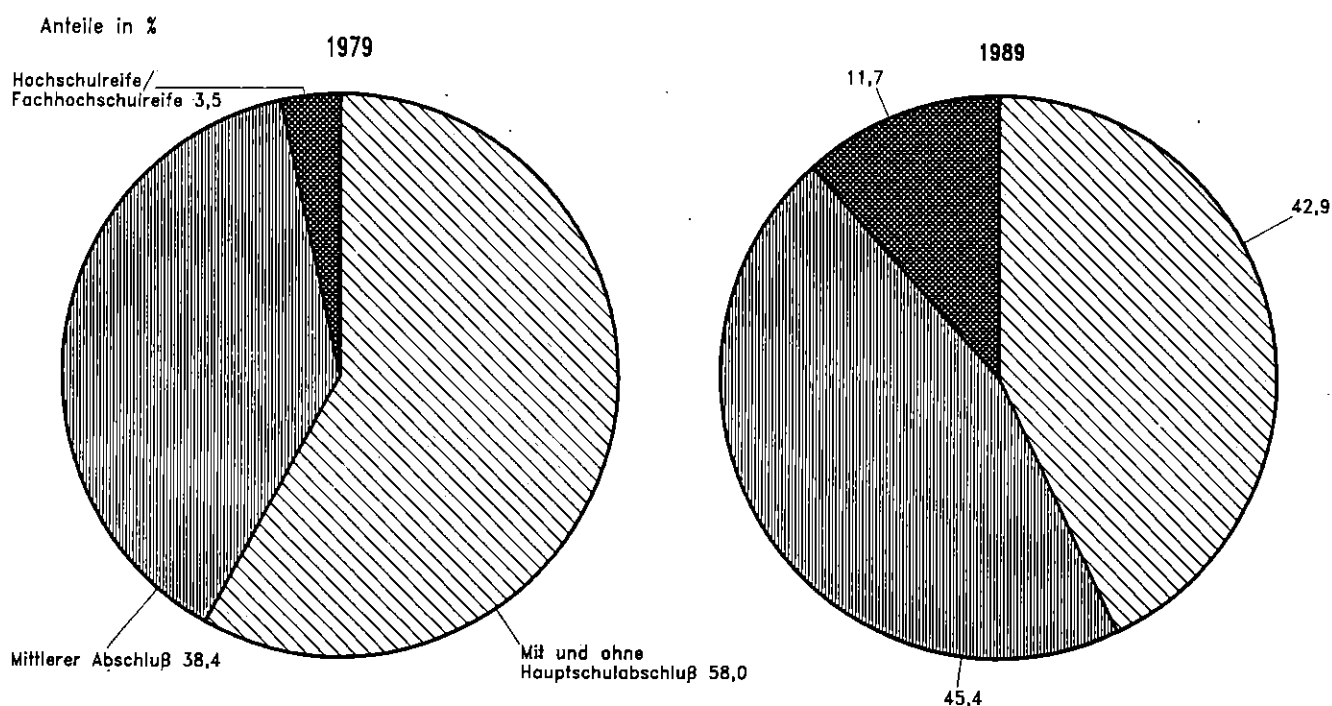
(fiktiven) Übergangsquoten zeigen allerdings geschlechtsspezifische Unterschiede auf und beruhen auf der Unterstellung, daß Schulabschluß und Berufsschuleintritt im gleichen Jahr (1989) erfolgten. Eine echte Verlaufsstatistik besteht nicht, so daß hilfsweise auf den Vergleich von Abgangs- und Zugangsströmen im allgemeinbildenden bzw. beruflichen Schulwesen zurückgegriffen werden muß. Die Ungenauigkeit dieser Methode tritt umso stärker zutage, je häufiger zwischen Schulabschluß und Berufsschuleintritt eine andere berufliche Schule besucht wird und die Absolventenzahl oder das Verhalten der Schulabgänger/-innen starken Schwankungen unterworfen ist. Der Besuch einer beruflichen Vollzeitschule ist in vielen Fällen sogar Bestandteil der Berufsausbildung, so insbesondere im Handwerk, wo in verschiedenen Berufen als Ersatz für die Grundstufenausbildung im Betrieb der Besuch der einschlägigen einjährigen Berufsfachschule vereinbart wird. Für diese Zeit schließen Ausbildungsträger und Lehrling einen privatrechtlichen Vorvertrag ab, der dann ein Jahr später in ein Lehrverhältnis nach dem BBiG einmündet. Etwa ein Viertel der ehemaligen Hauptschüler und Hauptschülerinnen (Jungen etwas häufiger) absolviert eine solche fachbezogene Vollzeitschulausbildung; ein weiteres Viertel besucht eine zweijährige; zur Fachschulreife führende Berufsfachschule, wobei diese Möglichkeit von Mädchen etwas häufiger gewählt wird als von Jungen. Durch die geschilderten "Mehrfach"-Eintritte in das berufliche Schulwesen ergeben sich mit Hilfe der beschriebenen Methode bei den Abgängern mit Haupt- und Real-schulabschluß Übergangsquoten, die in der Summe weit über 100 % liegen.

Eine andere Methode, die Beteiligung am dualen System darzustellen, ist über die Berechnung von Altersquoten möglich. Beispielsweise befanden sich nach den Ergebnissen der Beschäftigtenstatistik zur Jahresmitte 1989 rund 43 % der 18-jährigen in einer Berufsausbildung. Da jedoch im Alter von 19 bis etwa 23 Jahren noch ein erheblicher Teil von junger Menschen eine Berufsausbildung beginnt, steigt die Gesamtquote der dual Ausgebildeten noch weiter an. Geht man von einer durchschnittlich

dreijährigen Ausbildungsdauer aus und setzt die Zahl der Auszubildenden bzw. Berufsschüler mit Lehrvertrag in Bezug zur Gesamtzahl der 17- bis 20-jährigen in der Bevölkerung, so läßt sich daraus ermitteln, daß gegenwärtig etwa zwei Drittel aller jungen Leute einen anerkannten Ausbildungsberuf erlernen. Dieser grobe Durchschnittswert umfaßt auch die Abgänger mit Hochschulreife, von denen etwa ein Viertel eine Lehre absolviert. Im Unterschied zu den Abgängern mit Hauptschulabschluß und mittlerer Reife ist bei diesem Abschlußniveau die Beteiligung des weiblichen Geschlechts am dualen System höher: Nahezu jede dritte Abiturientin wählt als Alternative oder Vorbereitung zum Studium eine praktische Berufsausbildung nach dem BBiG. Berücksichtigt man noch andere Ausbildungsgänge mit betrieblichem Bezug wie das Studium an der Berufsakademie (ca. 8 - 10 %) und in den Berufen des Gesundheitswesens (ca. 9 %) sowie den Besuch des Berufskollegs (ca. 11 %), so ergibt sich für Abiturientinnen rechnerisch eine Übergangsquote in Bildungsgänge außerhalb des Hochschulbereichs von über 50 %. Nicht in allen Fällen wird diese Wahl als echte Alternative zum Studium gesehen, sondern häufig auch als Vorbereitung oder besserer Fundierung einer späteren akademischen Ausbildung. Beispielsweise bekundete im Frühjahr 1990 unter den studierwilligen Abiturientinnen jede vierte die Absicht, sich erst nach einer anderweitigen Ausbildung an der Hochschule einzuschreiben.

Das steigende Interesse von Abiturient(inn)en am dualen System und die tendenzielle Erhöhung des Anteils von Abgängern mit mittlerer Reife und Hochschulreife an allgemeinbildenden Schulen hat dazu geführt, daß die formale Qualifikation der angehenden Lehrlinge im vergangenen Jahrzehnt sehr stark angestiegen ist. Aus globaler Sicht, also für alle Neueintritte zusammen, läßt sich dies mit Hilfe der Berufsschulstatistik für einen längeren Betrachtungszeitraum belegen (Schaubild 2). Danach stieg der Anteil der Schüler/-innen mit mindestens mittlerem Abschluß unter den Neueintritten in die Teilzeitschulen mit Ausbildungsvertrag innerhalb eines Jahrzehnts von 42 auf 57 %. Der letztgenannte Durchschnittswert für beide

Neueingetretene Berufsschüler^{*)} in Baden-Württemberg 1979 und 1989 nach Vorbildung



*) Nur Schüler mit Ausbildungsvertrag, einschließlich Kooperativem Berufsgrundbildungsjahr und Sonderberufsschulen.
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

224 91

Geschlechter wird jedoch von den Mädchen weit übertroffen: Zwei von drei Anfängerinnen in einem anerkannten Ausbildungsberuf haben gegenwärtig Abitur oder einen mittleren Bildungsabschluß vorzuweisen. Dies beruht nicht nur auf dem (im Vergleich zu den Jungen) häufigeren Besuch von Realschule und Gymnasien, sondern auch auf der höheren Repräsentanz von Mädchen in den zweijährigen Berufsfachschulen, in denen die dem Realschulabschluß gleichgestellte Fachschulreife erworben werden kann.

Eine träger- bzw. berufsbezogene Auswertung der Vorbildung liegt erst ab Mitte/Ende der 80er Jahre vor. Daher können in der Differenzierung nach Bereichen bzw. einzelnen Ausbildungsberufen noch keine längerfristigen Veränderungen herausgearbeitet werden; die begrenzte Datenlage erlaubt jedoch immerhin den Schluß, daß das Vorbildungsniveau der Lehrlinge vor allem in den kaufmännischen Berufen in Industrie und Handel angehoben wurde; hier stieg der Abiturientenanteil unter den Lehrlingen zwischen 1985 und 1989 von 17 auf 21 Prozent. Unter den angehen-

den Bank- und Versicherungskaufleuten hat nunmehr nahezu die Hälfte vorher die Hochschul- oder Fachhochschulreife erworben. Dagegen beträgt die Abiturientenquote unter den neueingetretenen Lehrlingen im Handwerk nach wie vor rund 5 %, in den kaufmännischen Berufen dieses Ausbildungsbereichs liegt sie bei 3 %.

Ausbildungsbereiche unterschiedlich stark betroffen

Die Strukturverschiebungen auf dem Lehrstellenmarkt im Laufe der 80er Jahre, so läßt sich eine Zwischenbilanz ziehen, sind gekennzeichnet durch

- eine geringere Zahl von Bewerber(innen) aber mit erheblich angestiegenem Vorbildungsniveau, und gleichzeitig
- eine zunehmende Zahl von Stellen.

Dies hat dazu geführt, daß auf der Anbieterseite ein erheblicher Konkurrenzdruck entstanden ist und zahlreiche Stellen mittlerweile nicht mehr besetzt werden können. Diese Entwicklung traf jedoch die einzelnen Ausbildungsbereiche nicht in gleichem Maße, wie man bei

Tabelle 2

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Baden-Württemberg 1979, 1984 und 1989 nach Ausbildungsbereichen

Ausbildungsbereich	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge			Veränderung	
	1979	1984	1989	1989 gegen 1979	1989 gegen 1984
	Anzahl			%	
Industrie und Handel	51 883	56 236	47 984	- 7,5	- 14,7
Handwerk	32 402	36 245	24 586	- 24,1	- 32,2
Landwirtschaft	3 164	3 586	2 086	- 34,1	- 41,8
Öffentlicher Dienst	2 504	4 087	3 277	+ 30,9	- 19,8
Freie Berufe	6 998	7 978	7 196	+ 2,8	- 9,8
Hauswirtschaft	737	608	602	- 18,3	- 1,0
Insgesamt	97 688	108 740	85 731	- 12,2	- 21,2

einem 5- bzw. 10-Jahresvergleich unschwer feststellen kann (Tabelle 2). Beispielsweise können die Freien Berufe immer noch mehr Neuabschlüsse melden als ein Jahrzehnt zuvor, auch wenn gegenüber dem allgemeinen Höchststand von 1984 ein Rückgang von etwa 10 % eingetragen ist. Neben der Landwirtschaft war das Handwerk von den rückläufigen Bewerberzahlen prozentual am stärksten tangiert. Innerhalb dieses Ausbildungsbereichs haben schrumpfende Branchen wie das Textil- und Bekleidungshandwerk sowie das Bau- und Ausbaugewerbe wesentlich stärkere Abnahmen zu verzeichnen als beispielsweise das Holz- oder Metallhandwerk.

Trend zu Berufen mit neuen Anforderungen?

Um die Strukturverschiebungen noch näher analysieren zu können, wurde in einem 10-Jahres-Vergleich die Entwicklung der quantitativ bedeutsamsten Ausbildungsberufe gegenübergestellt (vgl. Anhang, Tabelle 1). Global betrachtet liegt die Zahl der Auszubildenden 1989 knapp 4 % niedriger als ein Jahrzehnt zuvor, doch in den gewerblichen wie in den kaufmännischen Berufen von Industrie und Handel deutlich höher. In der für den Facharbeiter-nachwuchs bedeutenden Berufsgruppe der Schlosser und Mechaniker werden heute unter Einschluß der verschiedenen Fachrichtungen in dem neugeschaffenen Ausbildungsberuf des/der Indu-

striemechanikers/-mechanikerinnen erheblich mehr (+ 11 %) Jungen ausgebildet als zu Ende der 70er Jahre; Schlosserinnen/Mechanikerinnen sind allerdings nach wie vor selten zu finden (Anteil jetzt 4,5 %). Auch in den wichtigsten Elektroberufen der Industrie, die ebenfalls neu geordnet wurden, hat sich die Lehrlingszahl erhöht. Allerdings verzeichnet der Ausbildungsberuf "Werkzeugmacher/-innen" eine Abnahme. In den klassischen Ausbildungsberufen des Bau- und Ausbaugewerbes wie "Maurer" und "Zimmerer" sind die Lehrlingszahlen dagegen auf weniger als die Hälfte des Bestands von 1979 abgesunken. Auch im Metall- und Textilhandwerk sind große Einbrüche zu registrieren, während die kaufmännischen Ausbildungsberufe im Handwerk vom Lehrlingsrückgang nicht so stark tangiert wurden. Es scheint so, als ob die kaufmännischen Präferenzen der Mädchen wegen des Rückgangs der Bewerberzahlen nunmehr eher realisiert werden können als Ende der 70er-/Anfang der 80er Jahre. Sie haben in diesem Bereich des Handwerks einen Anteil von fast 92 %.

Als Beleg für den vermuteten "Nachholbedarf" seitens der Bewerberinnen läßt sich in noch stärkerem Maße die Entwicklung in den kaufmännischen Berufen von Industrie und Handel anführen (Frauenanteil: 66 %). Hier spielen offensichtlich auch qualitative Momente eine Rolle: Berufe mit zweijähriger Ausbildungsdauer stagnieren (Büroge-

hilfin) bzw. sind auf ein Drittel des früheren Bestands geschrumpft (Verkäufer/-in), während die wichtigsten dreijährigen Ausbildungsgänge eine starke Ausweitung erfahren haben. Auffallend ist, daß der 2-jährige Ausbildungsabschluß im Einzelhandel vorrangig von Mädchen absolviert wird und dieser verkürzte Ausbildungsgang bei der Einstellung weniger Anerkennung findet, als die 3-jährige Ausbildung.

Im Bereich der "Freien Berufe" werden zwar jetzt wesentlich mehr Lehrlinge ausgebildet als ein Jahrzehnt zuvor, doch sind diese Berufe wie "Arzthelferin" und "Rechtsanwaltsgehilf(e)in" nahezu ausschließlich in weiblicher Hand.

Geschlechtsspezifische Berufswahl lediglich abgeschwächt

Die veränderte Lage auf dem Lehrstellenmarkt hat die Ausbildungschancen der Mädchen zumindest aus zusammenfassender Sicht verbessert. Binnen 10 Jahren stieg ihr Anteil an der Gesamtzahl der Auszubildenden von 37,7 auf 44,2 %. Dennoch sind unter qualitativen Aspekten zahlreiche Einschränkungen und Relativierungen angezeigt. Zwar ist beispielsweise der feminine Anteil in den meisten gewerblichen Berufen gestiegen, aber im Metall- und Elektrobereich, der im Blick auf die Zukunft neu geordnet wurde, ist er immer noch vergleichsweise gering. Lediglich im Bereich des Technischen Zeichnens ist die weibliche Dominanz noch ausgeprägter geworden. Dies möglicherweise deshalb, weil die künftige Rolle dieses Berufs ungewiß ist. Es bestehen Tendenzen, die bislang vermittelten Tätigkeiten verstärkt mit Hilfe der EDV abzuwickeln bzw. mit Konstruktion und Fertigung zu verzahnen. Erfahrungsgemäß reagieren Jungen auf Strukturveränderungen im Beschäftigungsgefüge rascher als Mädchen.

Ferner ist für die Berufschancen von Belang, daß zweijährige Ausbildungsgänge wie "Bürogehilfe/-gehilfin" oder "Verkäufer/-in" eine hohe Frauenquote (100 bzw. 81 %) aufweisen. Andererseits haben die Frauen auch in so begehrten Berufen wie Bank- bzw. Industriekaufmann/-frau ihre Repräsentanz erhöhen können. Auch der Ausbau der Ausbildungskapazitäten im öffentlichen Dienst

unter Einschluß der Post kam dem weiblichen Geschlecht in weit stärkerem Maße zugute als den Männern. Generell bleibt aber festzuhalten, daß das Berufsspektrum der Frauen im dualen System weniger breit gestreut erscheint als das der Männer. Die 10 am stärksten besetzten Ausbildungsberufe erfassen über die Hälfte (53 %) der weiblichen Lehrlinge, obwohl zur Jahresmitte 1989 insgesamt 378 anerkannte Ausbildungsberufe geführt wurden. Unter diesen 10 Berufen sind 7 kaufmännische Berufe, 2 Helferinnen-Berufe und die "Friseurin". Demgegenüber ist das Schwergewicht der männlichen Berufsausbildung einigermaßen gleichmäßig auf gewerbliche und kaufmännische Berufe verteilt und konzentriert sich nicht in gleichem Maße auf wenige Berufe (vgl. Übersicht). Frauen sind insbesondere stark in Berufen außerhalb des dualen Systems, z.B. in Berufen des Gesundheitswesens vertreten.

Beim Ausbildungserfolg kaum Geschlechter-Unterschiede

Als Kriterien für die erfolgreiche Absolvierung des dualen Systems kommt zunächst das Ausmaß der vorzeitigen Lösung von Verträgen in Betracht. Bezieht man die Vertragslösungen 1989 auf den Lehrlingsbestand zu Beginn des Jahres (Tabelle 3, Spalte 1), so stellt man für den öffentlichen Dienst die größte Stabilität hinsichtlich der Ausbildungsverhältnisse fest, während im Handwerk die Vertragslösungsquote nach der Statistik am höchsten ist. Von Seiten der Kammern wird allerdings darauf hingewiesen, daß Betriebs- und Inhaberwechsel, die naturgemäß im Handwerk häufiger vorkommen, auch dann als vorzeitige Beendigung gezählt werden, wenn das Lehrverhältnis ohne Unterbrechung fortgeführt wird. Geschlechtsspezifische Daten liegen für das Handwerk nicht vor; es fällt jedoch auf, daß im überwiegend weiblich geprägten kaufmännischen Sektor noch relativ mehr Ausbildungsverträge vorzeitig beendet werden als in den klassischen Handwerksberufen. In Industrie und Handel ist dieser Unterschied zwischen gewerblichen und kaufmännischen Berufen ebenfalls zu beobachten. Dies führt dazu, daß die Mädchen - obgleich in kaufmännischen Berufen erfolgreicher

Übersicht

Am stärksten besetzte Ausbildungsberufe in Baden-Württemberg (Stichtag 31.12.1989) getrennt nach Geschlecht

Männliche			Weibliche		
Auszubildende					
Rang ¹⁾	Ausbildungsberuf	Zahl der Auszubildenden am 31.12.1989	Rang ¹⁾	Ausbildungsberuf	Zahl der Auszubildenden am 31.12.1989
1	Kraftfahrzeugmechaniker	6 393	1	Industriekauffrau	7 892
2	Elektroinstallateur	5 380	2	Kauffrau im Einzelhandel	7 866
3	Industriemechaniker Fachrichtung Maschinen- und Systemtechnik	5 188	3	Bürokauffrau	7 318
4	Bankkaufmann	4 623	4	Arzthelferin	6 704
5	Industriemechaniker Fachrichtung Geräte- und Feinwerktechnik	4 407	5	Friseurin	6 248
6	Kaufmann im Groß- und Außenhandel	4 177	6	Fachverkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk	5 380
7	Industriekaufmann	3 912	7	Bankkauffrau	5 234
8	Kaufmann im Einzelhandel	3 429	8	Zahnarzthelferin	5 081
9	Schreiner	3 189	9	Kauffrau im Groß- und Außenhandel	3 799
10	Werkzeugmacher	2 876	10	Bürogehilfin	3 049
11	Gas- und Wasserinstallateur	2 721	11	Verkäuferin	3 018
12	Koch	2 670	12	Hotelfachfrau	2 909
13	Werkzeugmechaniker Fachrichtung Stanz- und Umformtechnik	2 588	13	Rechtsanwaltsgehilfin	2 794
14	Mechaniker	2 302	14	Fachgehilfin in steuer- und wirtschafts- beratenden Berufen	2 292
15	Maschinenschlosser	2 279	15	Technische Zeichnerin	1 949
16	Maler- und Lackierer	2 277	16	Verwaltungsfachangestellte	1 868
17	Maschinenbaumechaniker	2 218	17	Floristin	1 341
18	Maurer	2 210	18	Bauzeichnerin	1 219
19	Bäcker	2 172	19	Apothekenhelferin	1 217
20	Energieelektroniker Fachrichtung Anlagentechnik	2 142	20	Gärtnerin	1 131

1) Die Ausbildungsberufe werden nach der Häufigkeit (Anzahl der Auszubildenden) geordnet. Solange im Bereich der neu geordneten Metall- und Elektroberufe noch die bisherigen Berufe übergangsweise weitergeführt werden, kommt es zu Verfälschungen bei der Rangfolge.

als die Jungen - wegen ihrer geringen Repräsentanz in den gewerblichen Berufen eine höhere "Abbrecherquote" vorzuweisen haben. Ansonsten kann man jedoch wenig Unterschied zwischen den Geschlechtern beim Ausbildungserfolg

feststellen. Dies gilt auch für das Bestehen der Lehrabschlußprüfung (Tabelle 3, Spalten 7 und 8), wo die Frauen allerdings insbesondere im Handwerk etwas besser abschneiden als die Männer.

Tabelle 3

Ausbildungserfolg bei der Berufsausbildung in Baden-Württemberg 1989 nach Geschlecht

Ausbildungsbereich	Vorzeitige Lösung von Ausbildungsverträgen ¹⁾		Erfolg bei der Abschlußprüfung 1989					
			Teilnehmer		bestanden		Erfolgsquote ²⁾	
	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich
	%		Anzahl				%	
Industrie und Handel	5,2	5,6	54 230	25 999	51 691	24 743	95,3	95,2
Gewerbliche Ausbildungsberufe	4,0	5,3	21 067	4 129	20 268	3 980	96,2	96,4
Kaufmännische Ausbildungsberufe	6,1	5,7	33 163	21 870	31 423	20 763	94,8	94,9
Handwerk	11,7	.	28 730	8 235	26 440	7 772	92,0	94,4
Ländwirtschaft	6,4	7,4	2 612	838	2 501	817	95,8	97,5
Öffentlicher Dienst	2,6	2,4	3 960	1 903	3 777	1 857	95,4	97,6
Freie Berufe	8,0	8,0	7 138	6 941	7 014	6 832	98,3	98,4
Hauswirtschaft	7,4	7,3	1 035	1 029	1 014	1 008	98,0	98,0
Insgesamt	7,3	.	97 705	44 945	92 437	43 029	94,6	95,7

1) Vorläufige Lösungen 1989 in % des Bestandes an Auszubildenden am 31.12.1988. – 2) Bestandene Abschlußprüfungen in % der Teilnehmerzahl.

Faßt man die vorzeitige Lösung von Verträgen und die nicht bestandenen Prüfungen unter Berücksichtigung einer im Durchschnitt knapp dreijährigen Ausbildungsdauer zusammen, so kommt man bei dieser formalen Betrachtungsweise auf eine Erfolgsquote von rund 75 %; sie ist damit seit Anfang der 80er Jahre um etwa 7 Prozentpunkte gefallen. Wegen der statistischen Unzulänglichkeiten darf jedoch die Methode der multiplikativen Verknüpfung jährlicher Erfolgsquoten zu einer Gesamtquote nur als Hinweis in Richtung auf die tatsächliche Größenordnung gesehen werden. Auch die im Berufsbildungsbericht verwendete Richtgröße

vorzeitig gelöste Verträge
neu abgeschlossene Verträge

ist mit methodischen Problemen behaftet, führt aber gegenwärtig ebenfalls zu einer Erfolgsquote von unter 80 %. Diese Methode hat außerdem den Nachteil, daß sie aus erhebungstechnischen Gründen keine geschlechtsspezifische Berechnung erlaubt.

Für den Erfolg im Rahmen der dualen Ausbildung ist auch relevant, daß zusammen mit dem Lehrabschluß seit 1986

in verstärktem Maße auch zusätzliche formale Qualifikationen erworben werden. Im Jahre 1989 haben beispielsweise 2 290 ehemalige Hauptschüler/-innen zusammen mit dem Gesellen- bzw. Gehilfenbrief einen mittleren Bildungsabschluß zuerkannt bekommen. Auch an Fach- und Technikerschulen wurden über 2 000 mittlere Abschlüsse an frühere Hauptschulabsolventen verliehen.

Für die Absolventen in den anerkannten Ausbildungsberufen gibt es zahlreiche Angebote zur Anpassung des erworbenen Wissens und zum Erwerb zusätzlicher, aufstiegsorientierter Qualifikationen. Zum einen ist dies über das breite Lehrgangsspektrum der Kammern und anderer Verbände möglich, zum anderen im Rahmen des beruflichen Schulwesens. Dort sind die Technikerschulen am stärksten ausgebaut, wobei das Schwergewicht jetzt im Vollzeitbereich liegt, auch wenn der Technikerabschluß ebenso in einer längeren berufsbegleitenden Teilzeitschule erworben werden kann. Frauen sind an den Technikerschulen nur zu etwa 7 % und damit deutlich geringer vertreten als unter den gewerblichen Lehrlingen (15 %), wobei solche Vergleiche streng genom-

Tabelle 4

Arbeitslosigkeit nach vorheriger Berufsausbildung in Baden-Württemberg 1984 bis 1990

Jahr	Arbeitslosigkeitsmeldungen ¹⁾ (Bewegung)	Arbeitslose am 30. September (Bestand)
1984	14 228	9 664
1985	15 627	8 030
1986	15 022	5 322
1987	13 782	5 876
1988	13 122	4 654
1989	10 904	3 171
1990	8 919	-

¹⁾ In dem Zeitraum von 1.10. des Vorjahres bis zum 30.9. des betreffenden Jahres.

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg.

men mit früheren Azubi-Anteilen angestellt werden müßten.

An den handwerklichen und gewerblichen Meisterschulen liegt der Frauenanteil bei 3 %. Deutlich höher ist diese Quote an Fachschulen für Betriebswirtschaft (41 %) bzw. für Hauswirtschaft, (15 Schülerinnen = 100 %), doch spielen diese Angebote im Vergleich zu den Meister- und Technikerschulen eine geringe Rolle.

Übergang in das Beschäftigungssystem erfordert oft Anpassung

Das Risiko, nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung arbeitslos zu werden, war Mitte der 80er Jahre relativ hoch; infolge der seit mehreren Jahren anhaltenden guten Konjunktur- und Arbeitsmarktlage ist es jedoch deutlich abgesunken (vgl. Tabelle 4). Das Verhältnis zwischen der Zahl der Bewegungsfälle, also der Zugänge innerhalb eines Jahres (Spalte 1), und den jeweiligen Bestandszahlen (Spalte 2) hat sich zudem erhöht und damit verbessert. Dies bedeutet, daß die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit nach abgeschlossener Lehre wesentlich geringer geworden ist. Vor allem Anfang der 80er Jahre konnte allerdings in vielen Fällen eine Arbeitslosigkeit nur durch die hohe Anpassungsbereitschaft der ausgebildeten Kräfte vermieden werden. Häufig wurde nicht nur der Ausbildungsbetrieb nach Abschluß der Lehre verlassen, sondern auch der erlernte Beruf. Gelegentlich war hierbei dann auch die Aufnahme einer Hilfsarbeitertätigkeit zu verzeichnen.³ Nach den Daten der

³ Vgl. Beitr. AB 42.9, S. 38ff. und Übersichten 2 bis 6 zum IAB-Kurzbericht "Regionalisierte Daten über Mobilität nach Abschluß der betrieblichen Berufsausbildung" vom 15.06.1987.

Tabelle 5

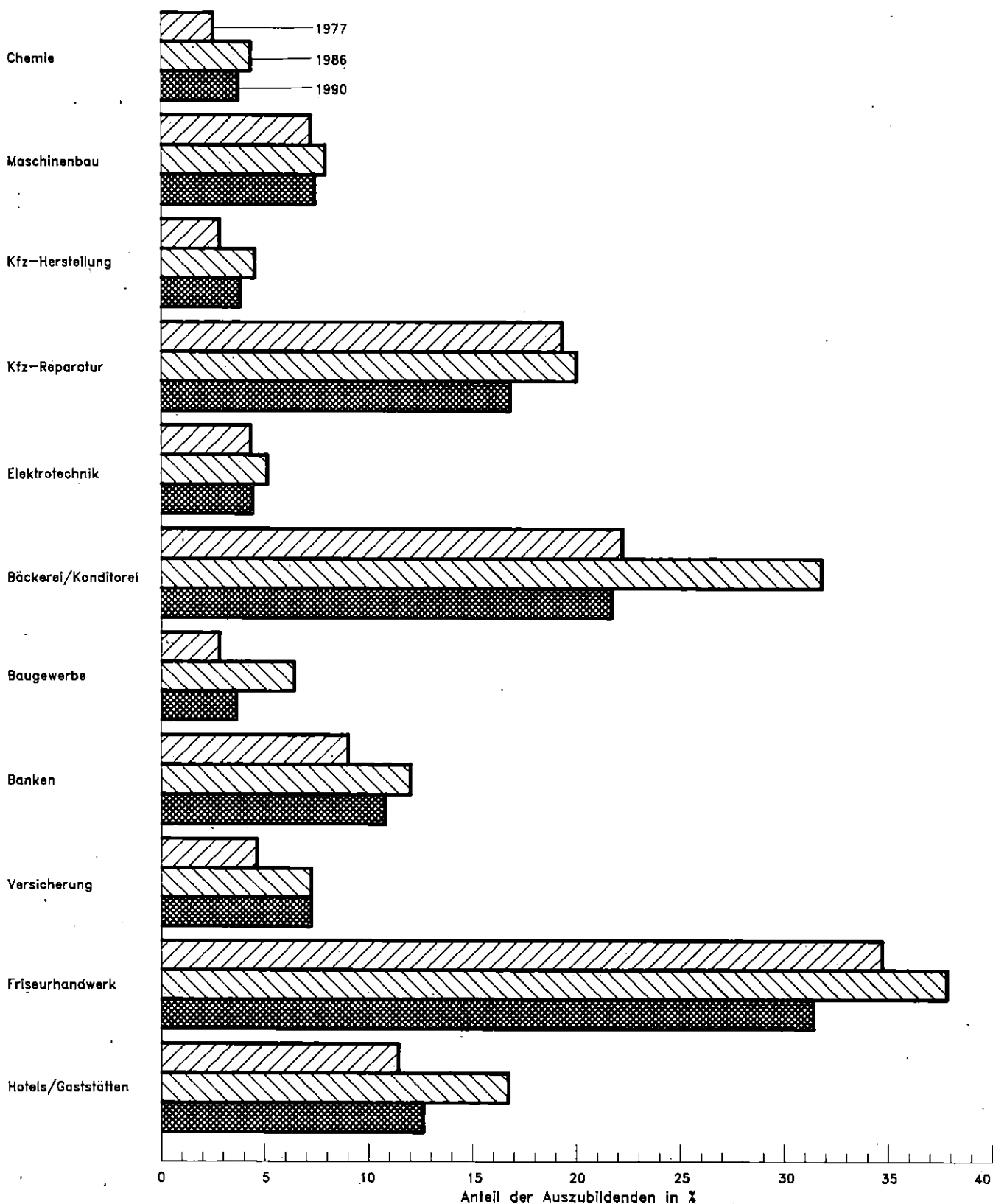
Erwerbstätige im Alter unter 25 Jahren mit abgeschlossener Ausbildung in ausgewählten Berufen in Baden-Württemberg 1987^{*)} nach dem Verbleib

(Ausgewählter) Erlernter Beruf	Erwerbstätige unter 25 Jahren mit praktischer Berufsausbildung	Darunter mit ausgeübtem Beruf am Stichtag ¹⁾						Erlernter und ausgeübter Beruf stimmen nicht überein ¹⁾
		Schlosser/ Mechaniker	Kraft- fahrer	Büro- kraft	Verkäufer	Soldat/ Polizist	Hilfs- arbeiter	
	Anzahl	%						
Kfz.-Mechaniker	21 976	8	6	0	0	12	7	49
Werkzeugmacher	9 706	5	1	0	0	11	3	29
Rohrinstallateur	9 348	3	2	0	0	11	5	29
Bäcker	6 813		3	0	0	10	11	46
Technischer Zeichner	7 316	0	0	4	0	4	2	17
Sprechstundenhelfer	19 712	0	0	12	1	0	2	25
Friseur	13 641	0	0	4	4	1	11	43

^{*)} Stichtag 25.5.1987 (Volkszählung); - ¹⁾ Erwerbstätige mit ausgeübtem Beruf "Soldat/Polizist" wurden nicht berücksichtigt.

Schaubild 3

Anteil der Auszubildenden*) in ausgewählten Wirtschaftszweigen in Baden-Württemberg 1977, 1986 und 1990



*) Anteil der Auszubildenden an der Gesamtzahl der vollbeschäftigten versicherungspflichtigen Arbeitnehmer, Stichtag jeweils 30. Juni.

Volkszählung 1987 waren beispielsweise 35,1 % der Erwerbstätigen unter 25 Jahren mit abgeschlossener Berufsausbildung nicht mehr im erlernten Beruf tätig; nur ein geringer Teil dieses Berufswechsels ist auf die Ableistung des Wehrdienstes zurückzuführen. Nach den in Tabelle 5 ausgewiesenen Werten war das Verlassen des erlernten Berufs besonders häufig bei Kfz-Handwerkern/Handwerkerinnen, Bäckern/Bäckerinnen und Friseuren/Friseurinnen festzustellen. In diesem Zusammenhang ist auch die Darstellung der Lehrlingsanteile in bestimmten Branchen zu sehen (Schaubild 3 bzw. geschlechtsspezifische Differenzierung in Anhangtabelle 2).

Die Mitte der 80er Jahre beobachteten hohen Ausbildungsquoten in den genannten Gewerbebezügen sind in den vergangenen Jahren allerdings erheblich zurückgegangen.

Beteiligung an Weiterbildung steigend

Die Flexibilität von dual ausgebildeten Kräften kann trotz breiter Grundausbildung auf die Dauer nur gewährleistet werden, wenn eine ständige Anpassung der Kenntnisse und Fertigkeiten an den aktuellen Stand der Technik erfolgt. Dieser Grundsatz ist unbestritten und erfordert von Betrieben wie Arbeitnehmern eine ausgeprägte Bereitschaft zur Weiterbildung. Im Rahmen des Mikrozensus wird in mehrjährigem Abstand erfragt, inwieweit in den letzten beiden Jahren an Veranstaltungen zur beruflichen Weiterbildung teilgenommen wurde. Zwischen 1982 und 1989 stieg die Teilnahmequote der Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung von 5,1 auf 7,4 %, während sie bei Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung von 1,3 auf 0,8 % zurückging. Allerdings ist darauf hinzuweisen, daß Personen mit Hochschulabschluß 1989 relativ häufiger (1989: 19,4 %) an Veranstaltungen der beruflichen Weiterbildung teilgenommen haben und die Teilnahmequote seit 1982 (12,3 %) stärker gestiegen ist. Unter den Akademikern ist außerdem der Unterschied zwischen den Geschlechtern geringer als unter den Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung, was zum Teil daher rührt, daß Frauen mit Hochschulabschluß eine

höhere Erwerbstätigkeitsquote aufweisen als die übrigen Angehörigen des weiblichen Geschlechts. Daher sind die Unterschiede zwischen Frauen und Männern bei der Weiterbildungsteilnahmequote der dual Ausgebildeten nicht als gravierend zu werten, zumal die weibliche Beteiligung vor allem an innerbetrieblichen Maßnahmen stärker steigt als die männliche. Generell ist bei den in Tabelle 6 vorgestellten Werten zu beachten, daß es sich um Stichprobenergebnisse des Mikrozensus (1 %) handelt, die bei kleineren Teilmassen mit erheblichen Auswahl- oder zufallsbedingten Fehlern behaftet sein können. Tiefergehende Analysen wie etwa die Unterscheidung nach Voll- und Teilzeitbeschäftigten sind unter diesen Umständen nicht zu vertreten. Auch läßt sich schwerlich nachweisen, daß die Weiterbildungsmaßnahmen für Frauen eher der Anpassung an neuere Entwicklungen als dem Erwerb zusätzlicher Qualifikationen dienen, selbst wenn die geringere weibliche Beteiligung an Bildungsmaßnahmen von längerer Dauer diese Vermutung nahelegen.

Ausblick

Die geburtenschwachen Jahrgänge der 70er Jahre haben trotz eher steigendem Interesse am dualen System zu einem deutlichen Einbruch in vielen Ausbildungsberufen geführt. Der generelle Rückgang des Potentials hat sich jedoch in sehr differenzierten - vielfach auch positiven - Veränderungsraten niedergeschlagen. Wie gezeigt wurde, haben dabei qualitative Momente und Zukunftserwartungen eine Rolle gespielt, teilweise aber auch traditionelle oder prestige-orientierte Motive. Beispielsweise werden ausgebildete Facharbeiter im Baugewerbe trotz der Konjunkturanfälligkeit dieser Branche kaum mit dem Verlust des Arbeitsplatzes rechnen müssen; dennoch ist in den Bauberufen teilweise ein dramatischer Nachwuchsmangel zu beobachten. Da in den nächsten Jahren die Zahl der Hauptschulabsolventen voraussichtlich noch weiter zurückgeht, wird es entscheidend darauf ankommen, die Jugendlichen mit mittlerem Abschluß, Fachhochschul- und Hochschulreife verstärkt für gewerblich-technische Berufe zu interessieren.

Tabelle 6

Teilnehmer an Veranstaltungen zur beruflichen Weiterbildung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in Baden-Württemberg seit 1982 nach Bildungsabschluß

Bildungsabschluß	Geschlecht	Teilnehmer ¹⁾				Teilnehmerquote ²⁾			
		1982	1985	1987	1989	1982	1985	1987	1989
		1000				%			
a) allgemeiner Schulabschluß									
Hauptschulabschluß	männlich	91,1	155,0	136,7	113,7	4,5	7,8	7,0	6,0
	weiblich	34,8	56,2	52,4	38,5	1,7	2,9	2,8	2,1
	zusammen	125,9	211,2	189,1	152,2	3,1	5,4	4,9	4,1
Realschul- oder gleichwertiger Abschluß	männlich	40,4	79,5	81,4	68,8	9,6	16,1	15,9	12,5
	weiblich	26,4	56,3	60,7	57,4	4,4	8,2	8,5	7,5
	zusammen	66,8	135,8	142,1	126,2	6,6	11,5	11,6	9,6
Fachhochschulreife	männlich	10,5	24,7	26,3	26,8	11,6	21,8	22,3	19,2
	weiblich	4,2	7,5	6,7	10,2	9,4	16,2	12,5	13,2
	zusammen	14,7	32,2	33,0	37,0	10,9	20,2	19,2	17,0
Hochschulreife	männlich	33,4	75,8	87,8	74,3	9,7	18,1	19,0	13,7
	weiblich	16,2	38,4	47,3	46,5	7,0	13,5	14,8	12,2
	zusammen	49,6	114,2	135,1	120,8	8,7	16,2	17,3	13,1
b) beruflicher Schulabschluß									
ohne Berufsausbildung	männlich	13,6	19,1	22,4	7,2	2,0	2,9	3,5	1,2
	weiblich	12,3	17,5	18,5	6,5	0,9	1,4	1,6	0,6
	zusammen	25,9	36,6	40,9	13,7	1,3	1,9	2,2	0,8
Lehr-/Anlernausbildung oder gleichwertiger Berufsfachschulabschluß	männlich	92,0	156,8	152,4	134,6	6,2	9,7	9,7	8,4
	weiblich	44,6	81,2	89,4	91,3	3,7	6,2	6,7	6,3
	zusammen	136,6	238,0	241,8	225,9	5,1	8,4	8,3	7,4
Berufliches Praktikum	männlich	3,5	8,2	6,3	4,5	10,0	17,4	16,5	13,0
	weiblich	3,1	6,9	5,0	5,1	6,0	11,1	10,7	12,7
	zusammen	6,6	15,1	11,3	9,6	7,6	13,8	13,3	12,8
Meister-/ Techniker- oder gleichwertiger Berufsfachschulabschluß	männlich	29,2	64,5	57,9	54,0	10,9	20,1	18,8	16,1
	weiblich	6,0	16,2	12,7	13,9	7,8	17,2	14,9	14,3
	zusammen	35,2	80,7	70,6	67,9	10,2	19,4	18,0	15,7
Fachhochschulabschluß	männlich	9,1	28,7	32,2	28,7	9,1	22,2	24,9	20,1
	weiblich	2,0	9,4	7,9	7,2	5,9	18,6	15,8	13,5
	zusammen	11,1	38,1	40,1	35,9	8,3	21,2	22,4	18,3
Hochschulabschluß	männlich	24,6	49,5	58,2	52,4	13,7	27,8	26,9	20,1
	weiblich	10,5	19,7	29,3	27,6	9,9	21,7	23,3	18,2
	zusammen	35,1	69,2	87,5	80,0	12,3	25,8	25,6	19,4

1) Teilnehmer an Veranstaltungen zur beruflichen Weiterbildung in den letzten zwei Jahren vor der Befragung. – 2) Anteil der Teilnehmer an der jeweiligen Wohnbevölkerung.

Quelle: Mikrozensus Baden-Württemberg.

Spätestens zum Ende des Jahrzehnts dürfte dann die Zahl der Lehrstellenbewerber wieder ansteigen. Das Niveau der ersten Hälfte der 80er Jahre wird allerdings auf absehbare Zeit nicht mehr erreicht werden.

Zusammenfassung

- In den ca. 380 anerkannten Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) werden in Baden-Württemberg gegenwärtig rund 223 000 Lehrlinge ausgebildet; gegenüber dem Höchststand von 1985 ist das ein Rückgang von fast 19 %. Frauen sind in diesen Berufen insgesamt gesehen leicht unterrepräsentiert, u.a. weil sie häufiger Berufe erlernen, für deren Ausbildung berufliche Vollzeitschulen bereitstehen (Schulen für Berufe des Gesundheitswesens u.ä.).
- In dem betrachteten Zeitraum seit Ende der 70er Jahre war nach der Statistik nur in den Jahren 1983 bis 1985 die Gesamtzahl der angebotenen Ausbildungsplätze geringer als die Nachfrage, wenngleich hier Probleme der statistischen Ermittlung von Angebot und Nachfrage unter Berücksichtigung des Einschaltungsgrads der Arbeitsverwaltung zu konstatieren sind.
- Von den (männlichen) Hauptschulabsolventen streben rund 80-90 % in das duale System; Mädchen mit Hauptschulabschluß besuchen etwas häufiger als Jungen berufliche Vollzeitschulen. Hierbei erwerben sie in erheblichem Umfang noch einen mittleren Abschluß (Fachschulreife), treten dann aber meist noch als Lehrstellenbewerberinnen auf.
- Nahezu jede dritte Abiturientin entscheidet sich für eine Berufsausbildung nach dem BBiG. 15-20 % der Abiturientinnen wählen eine Berufsausbildung, die im Rahmen der beruflichen Vollzeitschulen erfolgt (Beispiel: Gesundheitsberufe, Assistentinnenberufe). Berücksichtigt man noch die Studienaufnahmen an der Berufsakademie, so nimmt weniger als die Hälfte der Absolventinnen unmittelbar nach dem Abitur ein Studium auf.
- Auch Abiturienten (männlichen Geschlechts) entscheiden sich heute häufiger für eine Lehre als früher. Diese Tendenz und die Veränderung der Abgängerstruktur an den allgemeinbildenden Schulen haben dazu geführt, daß das Vorbildungsniveau im dualen System - vor allem in den kaufmännischen Berufen - im letzten Jahrzehnt deutlich angestiegen ist.
- Der demografisch bedingte Rückgang der Schulabgängerzahlen seit 1984 hat zu einem Rückgang der Bewerberzahlen für Berufsausbildungsstellen geführt, der das Handwerk und die Landwirtschaft wesentlich stärker traf als die Bereiche "Industrie und Handel", "Öffentlicher Dienst" und "Freie Berufe".
- Im Bau- und Ausbaugewerbe sowie im Metall- und Textilhandwerk ist die Lehrlingszahl stark zurückgegangen, während in kaufmännischen Berufen mit hohem Abiturientenanteil die Zahl der Auszubildenden noch angestiegen ist. Auch in den neu geordneten Metall- und Elektroberufen sind teilweise Zuwächse zu verzeichnen.
- Die geschlechtstypische Berufswahl hat sich nur wenig abgeschwächt: Mädchen wählen im dualen System vor allem kaufmännische Berufe sowie den Friseurinnen- und Helferinnen-Beruf. In den neuen Metall- und Elektroberufen sind sie schwach vertreten. Allerdings sind sie beim Ausbildungsabschluß im Durchschnitt mindestens so erfolgreich wie die Jungen.
- Die Lehrabschlußprüfung wird von rund 95 % der Auszubildenden (Mädchen: 96 %) bestanden. Berücksichtigt man noch die vorzeitige Beendigung von Lehrverträgen, die vor allem während der Probezeit erfolgt, so durchlaufen rund drei Viertel aller Lehrlinge die Ausbildung erfolgreich.
- An Weiterbildungsmaßnahmen scheinen Frauen seltener teilzunehmen als Männer, wenngleich ihre Beteiligung in den letzten Jahren relativ stärker gestiegen ist.

4. Sozialstruktur

4.1 Die Situation der Frauen im Landesdienst

Einleitung

Nach einer allgemeinen Übersicht über die Bereiche des öffentlichen Dienstes in Baden-Württemberg bringt der Beitrag im Hauptteil Aussagen zur aktuellen Struktur des Personals im Landesdienst. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die Unterschiede bei männlichen und weiblichen Beschäftigten. Im abschließenden Teil wurde als Vergleich zur Situation im Jahr 1990 diejenige des Jahres 1986 mit ausgewählten Übersichten nach Einzelplänen des Landeshaushalts und für die Ministerien herangezogen. Hierfür waren zwei Gründe ausschlaggebend: Zum einen wurde 1986 aus methodischen Gründen gewählt, da erstmalig nach 1977 eine Erhebung mit individuellen Daten durchgeführt wurde, zum anderen wird damit die Situation vor Einführung der Leitlinien zur Förderung von Frauen im Landesdienst zum 1. Februar 1987 aufgezeigt.

ÖFFENTLICHER DIENST: ARBEITGEBER FÜR MEHR ALS 700.000 BESCHÄFTIGTE

Mehr als die Hälfte der 9,7 Millionen Einwohner Baden-Württembergs am 30. Juni 1990 waren Frauen (5,0 Millionen). Im April 1989 waren 3,2 Millionen der Frauen im erwerbsfähigen Alter, d.h. 15 bis unter 65 Jahre alt. 1,8 Millionen von ihnen waren in irgendeiner Weise erwerbstätig, die Erwerbstätigenquote (bezogen auf alle Frauen und Mädchen) lag also bei 36 Prozent. Zu derselben Zeit betrug die Zahl der männlichen Erwerbstätigen 2,7 Millionen; ihre Erwerbstätigenquote war 59 Prozent. 1000 erwerbstätigen Männern standen 658 erwerbstätige Frauen gegenüber. Im Bundesgebiet lag zum selben Zeitpunkt sowohl die Erwerbstätigenquote der Frau-

en mit 34 Prozent wie auch die der Männer mit 57 Prozent um zwei Prozentpunkte niedriger; 1000 erwerbstätigen Männern standen 637 erwerbstätige Frauen gegenüber.

Von den Zahlen her günstiger lag die Geschlechterrelation im öffentlichen Dienst. Mehr als 729 000 Erwerbstätige, darunter rund 328 000 Frauen, waren am 30. Juni 1990 dem öffentlichen Dienst im weiteren Sinn in Baden-Württemberg zuzurechnen. Hier kamen also 816 Frauen auf 1 000 Männer. Tabelle 1 sowie Tabelle 1 im Anhang geben einen umfassenden Überblick über alle im unmittelbaren und mittelbaren öffentlichen Dienst in unserem Land Beschäftigten.

Zunächst sind hier die Beschäftigten des Landes einschließlich der seiner rechtlich unselbständigen wirtschaftlichen Unternehmen und seiner Krankenhäuser mit kaufmännischer Rechnungsführung ausgewiesen. Daneben finden wir die Beschäftigten der kommunalen Gebietskörperschaften (Gemeinden, Landkreise, Regional- und Landeswohlfahrtsverbände) und der kommunalen Zweckverbände. Der mittelbare Landesdienst umfaßt die Sozialversicherungsträger unter Aufsicht des Landes. Im "nachrichtlich" ausgewiesenen Teil enthält die Tabelle darüber hinaus die Angaben über Beschäftigte der rechtlich selbständigen Krankenhäuser der öffentlichen Hand sowie über Beschäftigte der rechtlich selbständigen Wirtschaftsunternehmen der Bereiche Versorgung, Entsorgung und Verkehr. Keine Aussagen können allerdings über die sonstigen Unternehmen in "öffentlicher Hand" gemacht werden, z.B. über in Form einer GmbH oder anderer rechtlich selbständiger Unternehmen im vollständigen oder teilweisen Landesbesitz betriebene Wohnungs- und Siedlungseinrichtungen, Messen oder Kurbetriebe.

Tabelle 1

Personal im öffentlichen Dienst Baden-Württembergs am 30. Juni 1990 nach Beschäftigungs-

Beschäftigungsbereich	Insgesamt		Und					
			Vollzeitbeschäftigte		Teilzeitbeschäftigte			
	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	T1 ¹⁾		T2 ¹⁾	
	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich
Öffentlicher Dienst	531 156	270 098	406 700	159 893	98 296	88 944	26 160	21 261
Land	268 774	116 286	210 548	65 662	54 434	47 353	3 792	3 271
Verwaltung	235 064	96 244	182 843	51 651	49 073	42 503	3 148	2 790
Rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen	6 707	1 124	5 792	464	563	401	352	259
Krankenhäuser ³⁾	27 003	18 218	21 913	13 547	4 798	4 449	292	222
Gemeinden/Gv.	240 132	141 133	177 266	84 610	41 434	39 262	21 432	17 261
Verwaltung	163 202	89 478	116 212	47 610	28 226	26 654	18 764	15 214
Rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen	15 867	3 950	13 234	2 219	1 424	1 052	1 209	679
Krankenhäuser ³⁾	61 063	47 705	47 820	34 781	11 784	11 556	1 459	1 368
Kommunale Zweckverbände	4 431	1 637	3 402	833	523	469	506	335
Mittelbarer öffentlicher Dienst	17 819	11 042	15 484	8 788	1 905	1 860	430	394
Nachrichtlich:								
Rechtlich selbständige Wirtschaftsunternehmen ⁴⁾	33 351	5 930	31 790	4 578	1 270	1 099	291	253
Rechtlich selbständige Krankenhäuser	5 257		4 132		987		138	
Bundesdienst	159 446	51 592	139 194	32 090	16 722	16 101	3 530	3 401
Öffentlicher Dienst im weiteren Sinn	729 210	327 620 ⁵⁾	581 816	196 561 ⁵⁾	117 275	106 144 ⁵⁾	30 119	24 915 ⁵⁾

1) T1 = Teilzeitbeschäftigte mit mindestens der Hälfte, T2 = Teilzeitbeschäftigte mit weniger als der Hälfte der regelmäßigen Wochenkehr. - 5) Ohne weibliche Beschäftigte in rechtlich selbständigen Krankenhäusern.

Vervollständigt wird das Bild des öffentlichen Dienstes im weiteren Sinn durch Angaben über das in Baden-Württemberg beschäftigte Personal im unmittelbaren und mittelbaren Bundesdienst.

Land und kommunaler Bereich

Unter den gut 531 000 Personen, die am 30. Juni 1990 bei Behörden, Wirtschaftsunternehmen und Krankenhäu-

sern des Landes, der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände sowie der Sozialversicherungsträger unter Landesaufsicht beschäftigt waren, waren der Zahl nach Männer und Frauen fast gleich stark vertreten; 1000 Männern standen 1034 Frauen gegenüber. Dieses auf den ersten Blick ausgewogene Bild wird jedoch differenzierter, auch wenn man nur in die groben Strukturen hineinsieht: Nur 39,3 % der Vollzeitbeschäftigten und 33,1 % der Beamten waren Frauen, dagegen 90,5 % der Teil-

bereichen

zwar

Beamte, Richter		Angestellte ²⁾		Arbeiter		Zeitvertrag		Auszubildende	
insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich
187 703	62 171	233 956	156 856	109 497	51 071	28 053	14 616	32 017	20 625
163 870	55 536	80 152	50 915	24 752	9 835	16 080	7 274	17 599	9 506
160 513	55 240	58 415	35 456	16 136	6 248	12 747	5 423	14 835	7 916
1 859	34	815	524	4 033	566	52	26	634	48
1 498	262	20 922	14 935	4 583	3 021	3 281	1 825	2 130	1 542
22 103	6 205	136 395	95 334	81 634	39 594	11 363	6 923	13 137	10 290
21 329	6 078	82 098	54 802	59 775	28 598	7 444	4 859	6 247	4 926
421	38	4 814	1 864	10 632	2 048	1 086	365	531	135
353	89	49 483	38 668	11 227	8 948	2 833	1 699	6 359	5 229
413	64	2 371	1 024	1 647	549	135	77	113	73
1 317	366	15 038	9 583	1 464	1 093	475	342	1 168	756
—	—	15 155	4 324	18 196	1 606	680	265	1 338	303
—	—	4 313	.	944	.	321	.	467	.
75 669	13 390	32 663	21 345	51 114	16 857	.	.	15 566	5 190
263 372	75 561 ⁵⁾	286 087	182 525 ⁵⁾	179 751	69 534 ⁵⁾	29 054	14 881 ⁵⁾	49 388	26 118 ⁵⁾

arbeitszeit. - 2) Einschließlich DO-Angestellte. - 3) Mit kaufmännischem Rechnungswesen. - 4) Der Bereiche Versorgung, Entsorgung, Ver-

zeitbeschäftigten (T 1)¹⁾ oder 67,6 % der Angestellten. Auch zwischen den einzelnen Beschäftigungsbereichen gab es deutliche Unterschiede: so arbeiteten im

1 Teilzeitbeschäftigte (T1) mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit; Teilzeitbeschäftigte (T2) mit weniger als der Hälfte der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit.

kommunalen Bereich insgesamt mehr Frauen als für das Land, nämlich 25 000 mehr. Die Relation weiblich zu männlich belief sich im kommunalen Bereich auf 1 426 Frauen zu 1 000 Männern, im Landesdienst auf 763 Frauen zu 1 000 Männern. Im Bereich des mittelbaren Landesdienstes (Sozialversicherungsträger unter Aufsicht des Landes) standen sogar 1 629 Frauen 1 000 Männern gegenüber. Innerhalb der kommunalen Dienste und des mittelbaren Landesdienstes sind jedoch die Ungleichgewichte

Tabelle 2

Beschäftigte*) des Landes Baden-Württemberg 1990 und 1986 nach Einzelplänen

Einzelplan	1990				1986			
	Frauen	Männer	Insgesamt	Relation ¹⁾	Frauen	Männer	Insgesamt	Relation ¹⁾
Verwaltung								
01 Landtag	53	100	153	530	47	89	136	528
02 Staatsministerium	114	134	248	851	120	150	270	800
03 Innenministerium	8 108	37 095	45 203	219	7 583	38 126	45 709	199
04 Kultusministerium	46 708	48 408	95 116	965	46 913	50 144	97 057	936
05 Justizministerium	9 954	10 573	20 527	941	9 048	10 435	19 483	867
06 Finanzministerium ²⁾	11 593	12 925	24 518	897	10 790	13 399	24 189	805
07 Wirtschaftsministerium	389	824	1 213	472	358	819	1 177	437
08 Ministerium für Ländlichen Raum ³⁾	1 791	3 723	5 514	481	2 422	6 233	8 655	389
09 Sozialministerium	2 729	1 301	4 030	2 098	3 026	1 530	4 556	1 978
10 Umweltministerium	1 210	2 672	3 882	453	—	—	—	—
11 Rechnungshof	19	98	117	194	16	90	106	178
14 Wissenschaftsministerium	11 486	19 909	31 395	577	10 462	18 730	29 192	559
Zusammen	94 154	137 762	231 916	683	90 785	139 745	230 530	650
Krankenhäuser								
09 Landeskrankenhäuser	4 380	2 782	7 162	1 574	4 102	2 718	6 820	1 509
14 Universitätskliniken	13 616	5 933	19 549	2 295	12 508	5 427	17 935	2 305
Zusammen	17 996	8 715	26 711	2 065	16 610	8 145	24 755	2 039

*) Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte (T1) mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit. - 1) Frauen auf 1000 Männer. - 2) Ohne wirtschaftliche Unternehmen des Kapitels 0620. - 3) Ohne Beschäftigte der Forstämter, Kapitel 0833.

zwischen Männern und Frauen bei der Art des Beschäftigungsverhältnisses wie der Zugehörigkeit zu den Laufbahngruppen ebenfalls gegeben.

STRUKTUREN IM LANDESDIENST 1990

Bei den fast 269 000 Bediensteten des Landes lag der Frauenanteil bei 43,3 %, bei der Landesverwaltung, in der 235 000 Personen beschäftigt waren, bei 41,2 %. Sieht man von den rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen²⁾ ab, die von ihrer Organisation und von

ihren Tätigkeitsbereichen her anders geprägt sind und schon immer einen geringen Frauenanteil ausgewiesen haben so wird - wie auch bei anderen Gebietskörperschaften - die Höhe des Frauenanteils an den Beschäftigten stark geprägt von der Anzahl an Krankenhäusern; in den staatlichen Krankenhäusern sind zwei Drittel der Beschäftigten Frauen.

Die nachfolgenden Untersuchungen und Aussagen beziehen sich auf die Landesverwaltung und die staatlichen Krankenhäuser.

Der Begriff "Verwaltung" umfaßt alle Beschäftigten der Behörden, Bildungseinrichtungen und Gerichte des Landes, ausgenommen die in Kapitel 0620 des Landeshaushaltsplanes angegebenen Landesbetriebe sowie die den wirt-

2 Versorgungs-, Verkehrsunternehmen sowie land- und forstwirtschaftliche Unternehmen und die staatlichen Münzen.

schaftlichen Unternehmen ebenfalls zugerechneten Beschäftigten der Forstämter und Forstreviere. Ausgenommen sind auch die Landeskrankenhäuser des Kapitels 0930 und die Universitätskliniken; auf diese wird jeweils gesondert Bezug genommen.

Die rund 6 700 Beschäftigten bei den rechtlich unselbständigen Landesbetrieben, darunter waren gut 1 100 Frauen (16,8 %), werden in die Untersuchung auch deshalb nicht mit einbezogen, weil durch Umwandlungen in rechtlich selbständige Unternehmen (im Untersuchungszeitraum z.B. der Staatsbäder oder des Hafens Mannheim) der Berichtskreis nicht konstant ist.

Außer acht gelassen sind auch die im Bereich von Verwaltung und Krankenhäusern beschäftigten 3 440 Teilzeitarbeitskräfte (T2) mit weniger als der halben regelmäßigen Wochenarbeitszeit; von diesen sind 3 012 Frauen (87,6 %). Gut die Hälfte der T2-Beschäftigten sind Angestellte, die anderen Arbeiter. In den nachfolgenden Tabellen sind deshalb – im Gegensatz zu Tabelle 1 und den Tabellen im Anhang – keine T2-Beschäftigten enthalten.

Beamte/Angestellte/Arbeiter

Die Aufgaben der Landesverwaltung werden zu mehr als zwei Dritteln von Beamten bewältigt; ein Viertel der Beschäftigten waren Angestellte, nur 6,3 % Arbeiter. Bei den 160 500 Beamten dominierten zahlenmäßig deutlich die Männer, denn 71,2 % der männlichen Bediensteten, aber nur 58,7 % der weiblichen Beschäftigten hatten den Beamtenstatus. 60,0 % der knapp 57 000 Angestellten und 33,2 % der knapp 15 000 Arbeiter waren Frauen.

Die Personalstandstatistik weist über Jahre hinweg für den Bereich der staatlichen Krankenhäuser deutlich weniger Beschäftigte mit Beamtenstatus aus als die Stellenpläne der Landeshäushalte. Aus aufbereitungstechnischen Gründen sind die Akademischen Oberräte und Wissenschaftlichen Assistenten der Universitätskliniken als Beamte auf Zeit den Angestellten des höheren Dienstes zugeordnet. Erfasst wurden für den Krankenhausbereich 1990 knapp 1 500

Beamtinnen und Beamte (nur 5,6 % der Beschäftigten). 262 Beamtinnen (1,5 % der weiblichen Beschäftigten) standen hier 1236 Beamten (14,2 % des männlichen Krankenhauspersonals) gegenüber. In den Krankenhäusern waren 1990 fast 20 700 Angestellte beschäftigt, darunter knapp 10 000 Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte, die Vergütung nach dem Tarifvertrag für Pflegekräfte (Anlage 1 B zum BAT) erhalten. 21,0 % dieses Pflegepersonals waren Männer. Bei den als Arbeiter entlohten 4 500 Beschäftigten betrug der Frauenanteil 65,7 %.

Laufbahnen

Deutliche Unterschiede zeigten sich 1990 bei der Besetzung der verschiedenen Laufbahnen im Beamten- und Angestelltendienst mit Männern und Frauen.

Ein Drittel der Beschäftigten mit Beamtenstatus in der Landesverwaltung waren Frauen. Nur jeder fünfte Angehörige des höheren Dienstes war eine Frau. Im gehobenen Dienst waren Männer und Frauen fast gleich stark vertreten (Frauenanteil 48,1 %), im mittleren Beamtenamtendienst war ihr Anteil mit 19,1 % noch sehr gering.

Deutlich anders war der Frauenanteil an den Laufbahngruppen bei den Angestellten der Landesverwaltung. Ein Viertel des höheren Dienstes (25,6 %) und gut drei Viertel (78,9 %) des mittleren Dienstes waren Frauen, beim gehobenen Dienst gut zwei Fünftel (42,1 %).

In den staatlichen Krankenhäusern lag der Frauenanteil in den Beamtenlaufbahnen bei 15,0 % (höherer Dienst), 26,1 % (gehobener Dienst) bzw. 21,7 % (mittlerer Dienst). Ganz anders war die Situation bei den Angestellten. Zwar war auch hier der Anteil der Frauen bei den Angehörigen des höheren Dienstes mit 29,4 % noch relativ gering; im gehobenen und mittleren Dienst waren aber deutlich mehr Frauen als Männer beschäftigt, der Frauenanteil lag bei 68,7 % bzw. 80,5 %.

Bei einem Vergleich des Landesdienstes in den Flächenländern mit Daten vom 30. Juni 1989 nahm Baden-Württemberg hinsichtlich des Frauenanteils im höheren und gehobenen Dienst der Beamten

und Angestellten eine leicht unterdurchschnittliche Stellung ein. Im höheren Dienst betrugen die Abweichungen - 1,9 (Beamte) bzw. - 1,2 (Angestellte) Prozentpunkte, im gehobenen Dienst - 1,2 bzw. - 0,9 Prozentpunkte.

Einstufungen

Die Masse der Beamten und Beamtinnen des höheren Dienstes und der Richter finden sich in den Besoldungsgruppen A13 bis A16, R1 und R2 sowie C1 bis C3 bei den Hochschulangehörigen. Nur wenige sind hervorgehoben mit den Besoldungsgruppen B, R3 bis R8 und C4, 1990 waren es insgesamt 2 078 vollbeschäftigte Personen oder 4,1 %. Unter ihnen waren 37 Frauen, d.h. 0,5 % der vollbeschäftigten Frauen im höheren Beamtendienst. Das war bei einem Frauenanteil von 15,6 % der 7 882 Vollbeschäftigten des höheren Dienstes so wenig, daß weitere Aussagen dazu kaum

zu treffen sind mit Ausnahme derjenigen, daß 28 von ihnen im Bereich der Wissenschaft (Einzelplan 14) tätig waren, weitere 5 als Richterinnen.

Bei den 45jährigen und älteren Vollbeschäftigten stabilisiert sich der Frauenanteil in der A-Besoldung (und vergleichbaren Zuordnungen) bei knapp 10 %. Wie viele dieser Frauen eine Funktionsstelle innehaben, kann anhand der vorliegenden Daten nicht festgestellt werden.

Auch bei den Beamten des gehobenen Dienstes ist der Frauenanteil in den Spitzenbereichen (A12, A13S, A13 L bis A 15 L) deutlich geringer als der Laufbahndurchschnitt mit 48,1 %. In der Besoldungsstufe A 12 lag der Frauenanteil bei den Vollzeitbeschäftigten bei 36,8 %, unter Einbeziehung der hier besonders großen Anzahl von Teilzeitbeschäftigten lag er für alle bei 60,1 %.

Tabelle 3

Personal des Landes*) Baden-Württemberg 1977 bis 1990 nach ausgewählten Merkmalen

Besoldungsordnung Laufbahngruppe	Insgesamt						Darunter weiblich						Frauenanteil in %		
	1977	1980	1983	1986	1989	1990	1977	1980	1983	1986	1989	1990	1986	1990	
Vollzeitbeschäftigte Beamte und Richter ¹⁾															
BesO B	311	381	379	363	399	407	2	4	3	4	5	7	1,1	1,7	
R	2 091	2 426	2 481	2 486	2 547	2 563	186	234	265	266	303	326	10,7	12,7	
H/C	3 993	4 322	4 869	4 975	4 985	5 278	137	180	203	204	228	308	4,1	5,8	
A Höherer Dienst	43 456	35 890	33 116	27 726	27 553	27 645	9 855	7 597	5 717	3 553	3 293	3 272	12,8	11,8	
A Lehrer		51 705	13 082	15 806	14 963	15 184		3 667	4 042	3 569	3 721	25,9	24,5		
A 9 - A 13 S			43 272	46 663	41 520	39 997		39 453	18 638	15 749	12 638	11 418	11 368	30,4	28,8
Vollzeitbeschäftigte Angestellte ¹⁾															
Höherer Dienst	7 776	8 358	9 126	9 566	10 371	9 987	1 412	1 453	1 628	1 863	2 122	1 983	19,5	19,9	
Gehobener Dienst	13 191	12 048	12 509	12 163	12 386	12 594	5 215	4 592	4 548	4 329	4 273	4 461	35,6	35,4	
Teilzeitbeschäftigte Beamte und Richter (T1) ²⁾															
Höherer Dienst	152	117	5 140	6 216	6 285	6 064	133	96	4 105	4 227	4 474	4 373	68,0	72,1	
Gehobener Dienst	585	217	13 533	19 582	21 667	22 227	467	200	12 198	17 608	19 619	20 330	89,9	91,5	
Teilzeitbeschäftigte Angestellte (T1) ²⁾															
Höherer Dienst	1 897	3 115	2 128	2 803	3 947	4 059	827	1 681	776	1 091	1 610	1 732	38,9	42,7	
Gehobener Dienst	4 671	11 800	2 448	2 217	2 840	3 107	3 986	8 910	2 149	2 149	2 492	2 746	87,5	88,4	

*) Verwaltung, rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen und kaufmännisch buchende Krankenhäuser. - 1) Ohne Auszubildende. - 2) Mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit.

In den Besoldungsstufen A 13 S/A 13 L bis A 15 L lagen die entsprechenden Zahlen bei 21,9 % bzw. 38,1 %. Mitbestimmend für den insgesamt sehr hohen Frauenanteil bei der Besoldungsstufe A 12 ist die Tatsache, daß sie das Eingangsamt für Lehrerinnen und Lehrer an Grund- und Hauptschulen ist; ohne diese Lehrkräfte liegt der Frauenanteil bei den Vollzeitbeschäftigten der Besoldungsstufe A 12 deutlich niedriger, nämlich bei 16,9 %.

Altersstruktur

Die ungleichgewichtige Verteilung von Männern und Frauen im Landesdienst wird besonders deutlich in den Alterspyramiden der Beamten und Angestellten (Schaubild 1). Neben dem Schwerpunkt der Aufgabenbewältigung durch Beamte zeigt das Schaubild deutlich auch die besondere Bedeutung der Teilzeitarbeit für Frauen durch fast alle Altersgruppen ab dem 30. Lebensjahr. Der in den beiden Geschlechtern fast ausgeglichene Sockel des Beamten-Altersbaumes täuscht über die erheblichen Laufbahnunterschiede hinweg.

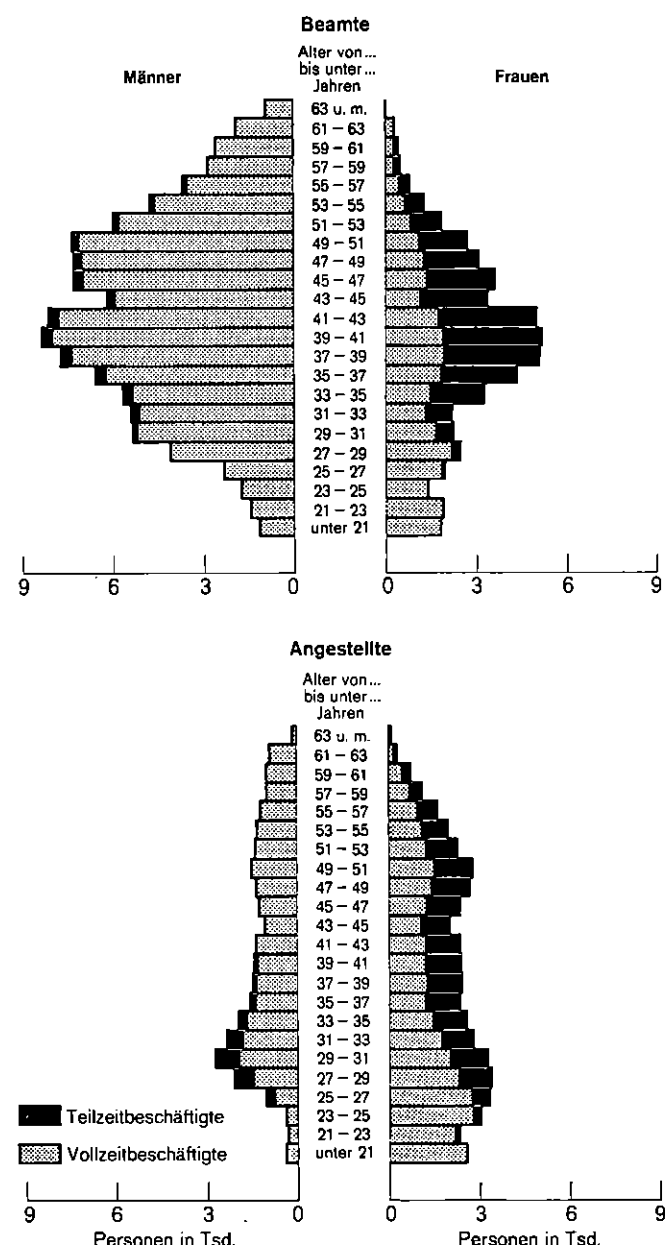
Teilzeitbeschäftigung teilweise stark ausgeprägt

Von den rund 235 000 Beschäftigten der Landesverwaltung waren 20,9 %, von den 27 000 der Krankenhäuser 17,8 % teilzeitbeschäftigt mit einem Umfang von mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit.

In allen ministeriellen Bereichen und in allen Laufbahnen der Beamten und Angestellten gibt es nur vereinzelt Männer mit Teilzeitbeschäftigung. Daß im Gegensatz zu den Krankenhäusern mit einer Frauenquote von 92,7 % der Teilzeitbeschäftigten, diese Quote bei der Landesverwaltung bei "nur" 86,6 % liegt, wird durch die besondere Situation bei beamteten und angestellten Lehrern (gehobener und höherer Dienst) und den wissenschaftlichen Mitarbeitern der Hochschulen hervorgerufen.

Von den Beamtinnen der Landesverwaltung war 1990 fast jede Zweite (47,1 %) teilzeitbeschäftigt. Das ist umso bemerk-

Landesbedienstete Baden-Württembergs am 30. 6. 1990 nach Altersgruppen und Dienstverhältnis



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

239 91

kenswerter als nur 12 Jahre früher (1977) nur 2 % der Beamtinnen teilzeitbeschäftigt waren. Von den 26 000 teilzeitbeschäftigten Beamtinnen waren knapp 24 000 (91,0 %) im Schuldienst. Bei den weiblichen Angestellten hatte 1990 gut jede Dritte (37,8 %) einen Teilzeitvertrag, 1977 war es knapp ein Drittel (30,0 %).

Zeitverträge

Fast 7 400 Vollzeitbeschäftigte und rund 5 000 Teilzeitbeschäftigte der Landesverwaltung, das waren 17,4 % der Angestellten und Arbeiter, hatten 1990 einen Zeitvertrag, über dessen Dauer allerdings nichts bekannt ist; auch ist nicht feststellbar, wieviele Verträge hiervon im Rahmen der Arbeitsmarktfördermaßnahmen abgeschlossen wurden. Insgesamt 7 200 Männer und 5 200 Frauen waren mit einem Zeitvertrag beschäftigt. In fast allen Bereichen der Landesverwaltung sind Zeitarbeitsverträge zu finden. Mehr als die Hälfte aller Zeitarbeitsverträge wurden jedoch an den 9 Universitäten des Landes abgeschlossen und hier zu fast drei Vierteln mit männlichen Angestellten. Dies hat allerdings einen statistisch-methodischen Grund, denn hier finden sich vor allem die Verträge mit den Universitätsassistenten (Beamten auf Zeit) wieder.

In den Landeskrankenhäusern und Universitätskliniken waren 3 200 Personen mit einem Zeitarbeitsvertrag beschäftigt, 55,3 % von ihnen waren weibliche Mitarbeiter.

Auszubildende

Rund 17 600 Ausbildungsplätze waren am 30. Juni 1990 im Landesdienst besetzt. Der Beschäftigungsstruktur entsprechend dominierten auch hier die Beamten mit 12 500 gegenüber Angestellten mit 3 900 und Arbeitern (1 200). Der Anteil der weiblichen Auszubildenden betrug im Bereich der Landesverwaltung 53,4 %, bei den Krankenhäusern 72,4 %. In den einzelnen Laufbahnen ist der Frauenanteil an den Auszubildenden jedoch sehr unterschiedlich (vgl. Tabelle 4). Kommen im höheren Beamtendienst 787 Frauen auf 1 000 Männer, so sind es bei der gehobenen Beamtenlaufbahn 2 333 auf 1 000 Männer, also mehr als doppelt so viele. Bei den Beamtenanwärtern des mittleren Dienstes überwiegen zwar deutlich die jungen Männer; läßt man jedoch die Polizeianwärter (nur 227 Mädchen auf 1 000 Männer) außer Betracht, dann sind die Verhältnisse ähnlich wie im gehobenen Dienst, nämlich 1 829 Frauen auf 1 000 Männer.

Ausbildungsplätze für Angestellte sind praktisch nur im mittleren Dienst zu finden, auch hier dominieren deutlich die Mädchen (3 166 Frauen auf 1 000 Männer).

Für den höheren Beamtendienst gibt es praktisch nur zwei Ausbildungsgänge, nämlich den als Lehrer (1 378 Frauen auf 1 000 Männer) und als Gerichts- und Verwaltungsreferendare (643 Frauen auf 1 000 Männer). Sehr viel stärker als bei dem Lehramt an Gymnasien (Beamte des höheren Dienstes) ist die Ausbildung bei den Lehrern an Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen (Beamte des gehobenen Dienstes) zu einer weiblichen Domäne geworden (3 994 Frauen auf 1 000 Männer). Auch in der Ausbildung im gehobenen Dienst der Innenverwaltung überwiegt die Zahl der Frauen die der Männer (1 985 : 1 000), während sie in der Steuerverwaltung fast gleich ist (1 351 : 1 000). In der Steuerverwaltung ist dagegen der mittlere Dienst ein fast ausschließlich von weiblichen Personen ausgeübter Beruf (3 097 weibliche Anwärter auf 1 000 männliche).

Bei den Arbeitern überwiegen noch deutlich die männlichen Auszubildenden (Frauenrelation 217 : 1 000) bei Berufen vor allem in den Bereichen Straßenbau und Forstwirtschaft.

VERÄNDERUNGEN BRAUCHEN ZEIT

Vorbemerkungen

Die Landesregierung hat mit Wirkung zum 1. Februar 1987 Leitlinien zur Förderung von Frauen im Landesdienst erlassen. Ob diese in den seither vergangenen drei Jahren Wirkung gezeigt haben, soll mit Hilfe der jährlichen Statistik des Personalstandes zum 30.06. untersucht werden. Dabei ist neben der Kürze des seither vergangenen Zeitraums insbesondere festzuhalten, was die Personalstandstatistik nicht zu geben vermag:

- Sie enthält keine Aussagen über die Zahl der neu zu besetzenden Stellen und der erfolgten Neueinstellungen

Tabelle 4
Auszubildende im baden-württembergischen Landesdienst am 30. Juni 1990

Einzelplan Laufbahngruppe	Auszubildende			Darunter weibliche Auszubildende		
	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Beamtinnen	Angestellte	Arbeiterinnen
Verwaltung						
01 Landtag	—	—	—	—	—	—
02 Staatsministerium	—	—	—	—	—	—
03 Innenministerium	2 973	444	346	1 108	324	4
04 Kultusministerium	3 003	63	—	2 129	52	—
05 Justizministerium	3 909	597	44	1 628	582	11
06 Finanzministerium ¹⁾	1 850	140	—	1 221	123	—
07 Wirtschaftsministerium	—	14	4	—	10	—
08 Ministerium für Ländlichen Raum	107	94	97	41	49	41
09 Sozialministerium	29	23	—	20	14	—
10 Umweltministerium	22	159	1	3	77	—
11 Rechnungshof	—	—	—	—	—	—
14 Wissenschaftsministerium	258	268	390	207	182	90
Zusammen	12 151	1 802	882	6 357	1 413	146
Krankenhäuser						
09 Landeskrankenhäuser	4	744	36	4	543	13
14 Universitätskliniken	5	1 307	34	3	968	11
Zusammen	9	2 051	70	7	1 511	24
Laufbahngruppen						
Höherer Dienst	4 477	—	—	1 971	—	—
Gehobener Dienst	4 306	8	—	3 014	2	—
Mittlerer Dienst	3 377	3 845	—	1 379	2 922	—
Einfacher Dienst	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	12 160	3 853	952	6 364	2 924	170

1) Ohne die Auszubildenden der Kapitel 0620 (Wirtschaftsunternehmen) und 0833 (Forstämter).

- sie enthält keine Aussagen über den Wiedereinstieg/die Wiedereingliederung von beurlaubten Bediensteten (z.B. nach einer "Familienpause")
- sie kann keine Angaben machen über Angebote und Nutzung von Fortbildungsmaßnahmen
- sie liefert keine Daten über Höhergruppierungen und Laufbahnwechsel

In der Personalstandstatistik hängt die Zuordnung des einzelnen Beschäftigten zu einer bestimmten Aufgabe ab vom

Stellenplan oder von der Veranschlagung der Mittel, die seiner Besoldung dienen, in einem bestimmten Kapitel des Staatshaushaltsplanes. Brüche in den Datenreihen von einem Doppelhaushalt zum nächsten sind nicht zu vermeiden.

Zum 1. Juli 1987 wurde das Umweltministerium eingerichtet. Einzelne Abteilungen und nachgeordnete Behörden des Sozial- und des Ernährungsministerium gingen darin auf. Im Personalstand war dies zum 30. Juni 1988 erstmals zu berücksichtigen, tatsächlich deutlich gemacht konnte es jedoch erst nach Ab-

wicklung des noch bestehenden Doppelhaushalts 1987/88 werden, da die Personalausgaben noch aus den bisherigen Kapiteln zu decken waren. Etwas vergrößerte Vergleichsdaten für die Ressorts ohne die betroffenen Kapitel sind jedoch möglich.

Entwicklung 1986 bis 1990

Das Personal im Bereich der Landesverwaltung (Tabelle 2 und 4) hat zwischen 1986 und 1990 nur geringfügig zugenommen, nämlich um knapp 1 400 Personen oder 0,6 %. Neben einem leichten Rückgang bei der Zahl der männlichen Beschäftigten (- 1,4 %) war ein Zuwachs von 3,7 % bei der Zahl der weiblichen Beschäftigten festzustellen. Mit ursächlich für diese Veränderungen ist die Tatsache, daß bei den jüngeren Jahrgängen der Beschäftigten im Landesdienst der Frauenanteil deutlich höher liegt als bei denjenigen, die in den nächsten Jahren altersbedingt ausscheiden werden. So betrug 1990 der Frauenanteil bei den unter 35jährigen (ohne Auszubildende) 47,8 %, bei den 55jährigen und Älteren 28,3 %.

Abgesehen von den Umstrukturierungen im Bereich der Umwelt fanden sich die größten Veränderungen im Bereich Kultus (- 1 941) und Wissenschaft (+ 2 203), die auch zusammen mit der Innenverwaltung die von der Beschäftigtenzahl her größten Ressorts sind.

Per Saldo waren 1990 3 369 Frauen mehr und 1 983 Männer weniger als 1986 beschäftigt. Dabei entfielen auf den Bereich Kultus - 205 Frauen und - 1 736 Männer, auf den Bereich Wissenschaft 1 024 Frauen und 1 179 Männer mehr. Abgesehen von kleineren Veränderungen, bei denen zu viele Zufälle die Daten bestimmen können, fällt noch auf, daß in der Innenverwaltung 525 Frauen dazukamen, während 1 031 Männer gingen, also ein Saldo von - 506 Beschäftigten. Auch im Bereich der Justiz sind 906 Frauen, aber nur 138 Männer mehr beschäftigt. In der Finanzverwaltung wird das Minus von 474 Männern durch das Plus von 803 Frauen mehr als ausgeglichen (Saldo + 329). Faßt man die von der Umstrukturierung Umwelt betroffenen drei Ressorts zusammen, so wird der Gesamtzuwachs an Bediensteten von 1,6 % (215 Beschäftigte) von Frauen gestellt (+ 282 Frauen, - 67 Männer).

Tabelle 5

Beschäftigte*) der Ministerien des Landes Baden-Württemberg 1990 und 1986

Kapitel/Ministerium	1990				1986			
	Frauen	Männer	insgesamt	Relation ¹⁾	Frauen	Männer	insgesamt	Relation ¹⁾
0201 Staatsministerium	86	99	185	867	66	92	158	717
0301 Innenministerium	206	486	692	424	189	458	647	413
0401 Kultusministerium	118	210	328	562	114	188	302	606
0501 Justizministerium ²⁾	64	126	190	508	135	145	280	931
0601 Finanzministerium	65	211	276	308	58	202	260	287
0701 Wirtschaftsministerium	85	159	244	535	64	148	212	432
0801 Ministerium für Ländlichen Raum	99	223	322	444	107	340	447	315
0901 Sozialministerium	102	178	280	573	76	177	253	429
1001 Umweltministerium	78	196	274	398	—	—	—	—
1401 Wissenschaftsministerium	76	167	243	455	67	163	230	411
0511 Min. Bund/Europa ³⁾	30	35	65	857	24	27	51	889
Zusammen	1 009	2 090	3 099	483	900	1 940	2 840	464

*) Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte (T1) mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit. - 1) Frauen auf 1000 Männer. - 2) 1986 einschließlich der Beschäftigten aus Mitteln der allgemeinen Bewilligungen. - 3) 1986 Kapitel 0204.

Strukturverbesserungen?

Bei den vollzeitbeschäftigten Beamten des höheren Dienstes fanden sich 1986 bei der pauschalen Betrachtung nach großen Altersgruppen nur in den Bereichen Kultus und Gesundheit/Soziales erwähnenswerte Frauenanteile bei den 45jährigen und älteren mit 127 bzw. 302 auf 1 000 Männer. Bei der mittleren Altersgruppe (35- bis unter 45jährige)

waren die Verhältnisse im Kultusbereich ähnlich (134), hier hatte die Justiz 120 Frauen auf 1 000 Männer, der Sozialbereich jedoch nur 168. Bei den unter 35jährigen, bei denen auch die Beamten des höheren Dienstes in Ausbildung dabei sind, war die Situation eindeutig besser, wenn auch weit von einer Gleichverteilung entfernt (Tabelle 3 und Tabelle 5), der höchste Wert lag im Bereich des Kultusministeriums bei 464 auf 1 000.

Tabelle 6

Weibliche Beschäftigte der Ministerien des Landes Baden-Württemberg am 30. Juni 1990 nach Laufbahngruppen

Kapitel/Ministerium	Beamtinnen				Angestellte					Arbeiterinnen
	zusammen	Höherer Dienst	Ge- hobener Dienst	Mittlerer Dienst	zusammen	Höherer Dienst	Ge- hobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	
Vollzeitbeschäftigte										
0201 Staatsministerium	10	2	4	4	55	3	14	38	—	1
0301 Innenministerium	59	12	27	20	111	2	10	95	4	4
0401 Kultusministerium	29	7	12	10	59	1	8	50	—	—
0501 Justizministerium	12	—	5	7	40	—	5	34	1	—
0601 Finanzministerium	21	2	10	9	39	—	3	36	—	—
0701 Wirtschaftsministerium	19	5	8	6	43	2	5	34	2	3
0801 Ministerium für Ländlichen Raum	20	8	8	4	59	—	11	47	1	—
0901 Sozialministerium	37	10	25	2	48	2	4	37	5	—
1001 Umweltministerium	12	2	10	—	59	1	13	42	3	—
1401 Wissenschaftsministerium	28	3	17	8	41	2	3	35	1	—
0511 Min. Bund/Europa	2	2	—	—	13	—	6	7	—	—
Zusammen	249	53	126	70	567	13	82	455	17	8
Teilzeitbeschäftigte (T1) ¹⁾										
0201 Staatsministerium	—	—	—	—	8	—	1	7	—	12
0301 Innenministerium	14	2	8	4	15	—	—	15	—	3
0401 Kultusministerium	4	—	3	1	11	—	—	11	—	15
0501 Justizministerium	6	—	3	3	4	—	—	4	—	2
0601 Finanzministerium	1	—	1	—	3	—	—	3	—	1
0701 Wirtschaftsministerium	4	—	3	1	9	—	—	7	2	7
0801 Ministerium für Ländlichen Raum	3	—	3	—	15	—	—	15	—	2
0901 Sozialministerium	3	—	2	1	13	2	—	10	1	1
1001 Umweltministerium	—	—	—	—	5	—	—	4	1	2
1401 Wissenschaftsministerium	1	—	1	—	4	—	—	3	1	2
0511 Min. Bund/Europa	—	—	—	—	5	—	1	4	—	10
Zusammen	36	2	24	10	92	2	2	83	5	57

1) Mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit.

Bis 1990 hatten sich - innerhalb des kurzen Zeitraums von vier Jahren - die Verhältnisse leicht zugunsten der Frauen verschoben, so z.B. im Kultusbereich in der Altersgruppe 45 Jahre und älter auf 132 Frauen zu 1 000 Männern oder im Bereich der Justiz in der mittleren Altersgruppe (35- bis unter 45jährige) auf 152:1 000. Die sehr günstige Entwicklung im Bereich des Sozialministeriums, hier änderte sich bei den 45jährigen und älteren die Frauen-/Männerrelation von 302:1 000 auf 486:1 000 dürfte allerdings der Ausgliederung der Umweltausschüsse und -behörden zuzuschreiben sein.

In den Ministerien selbst war 1986 noch kaum eine Frau unter den Beamten des höheren Dienstes zu finden: 29 auf 1 000 Männer. Bis 1990 hatte sich die Situation noch nicht wesentlich verändert, die Relation betrug 51:1 000. Die Daten zeigen, daß sich in einem relativ kleinen Kreis - wie hier den vollzeitbeschäftigten Beamten des höheren Dienstes - Änderungen, die vorwiegend vom Nachwuchs bestimmt sind, nur sehr langsam vollziehen können.

Im Rahmen der Berichterstattung zur Verwirklichung der Leitlinien hat das Sozialministerium Statistiken zu Stellenbewerbungen (gleiche Zugangschancen durch grundsätzlich geschlechtsneutrale Stellenausschreibung) und Neueinstellungen (Verwirklichung gleicher Zugangschancen) für den gehobenen und höheren Dienst erhoben. Der erste Erfahrungsbericht - erstellt für die Jahre 1987 und 1988 - zeigt deutliche Unterschiede in den Ressorts mit mehr technischen oder sonst fachspezifischen Berufen einerseits und allgemeinen Verwaltungsberufen (einschließlich Justizdienst) andererseits sowie zwischen gehobenem und höheren Dienst. Im gehobenen Dienst wurden mehr Frauen als Männer eingestellt, die Quote lag mit 53,6 % leicht höher als bei den Bewerbungen (53,1 %). Im höheren Dienst - hier hatten die Frauen bei den

Bewerbungen nur einen Anteil von 30,5 % - lag ihre Quote bei den Einstellungen mit 23,3 % noch erheblich darunter. Neuere Daten für die Jahre 1989 und 1990 werden vom Sozialministerium - Leitstelle für Frauenfragen - erhoben.

Zusammenfassung

- 96 900 oder zwei Fünftel der Bediensteten in der Landesverwaltung sind Frauen; in den staatlichen Krankenhäusern sind 18 000 oder zwei Drittel der Beschäftigten Frauen.
- Der Frauenanteil liegt bei den Beamten mit 33,9 % deutlich niedriger als bei den Angestellten (63,5 %).
- Während Frauen bei den Vollzeitbeschäftigten mit nur 31,1 % vertreten sind, stellen sie das Gros der Teilzeitbeschäftigten (87,0 %).
- Schwerpunkte der Frauenbeschäftigung sind bei den Beamten Tätigkeiten des gehobenen Dienstes, bei den Angestellten Tätigkeiten des mittleren Dienstes. Im höheren Dienst ist bei Beamten wie bei Angestellten nur jeder vierte Bedienstete eine Frau.
- Erhebliche Unterschiede in der Frauenbeschäftigung bestehen zwischen den einzelnen Ministerien zugeordneten Aufgabenbereichen: Überdurchschnittliche Frauenbeschäftigung im Sozialbereich, ausgewogene Männer-Frauen-Relation im Kultus-, Justiz- und Finanzbereich. Deutlich unterrepräsentiert sind Frauen im Bereich der Innenverwaltung.
- Längerfristig betrachtet wird der Frauenanteil in allen Bereichen zunehmen, denn unter den Auszubildenden ist bereits in einigen Ausbildungsgängen ein deutlicher Mädchenüberschuß.

4.2 Entwicklung der Ein-, Zwei- und Mehrpersonenhaushalte

Privathaushalte in Baden-Württemberg

- Entwicklung in den Jahren 1970 bis 1987 sowie Vorausschätzung bis zum Jahr 2005 -

I. Privathaushalte in Baden-Württemberg 1970 bis 1987

Neben der "Familie" spielt der (private) "Haushalt" in der politischen Diskussion eine zentrale Rolle. Während z.B. bei der Frage eines gerechten Familienlastenausgleichs die Familie als Gruppe verwandtschaftlich miteinander verbundener Personen im Mittelpunkt der politischen Überlegungen steht, kommt es bei Fragen der Wohnraumversorgung mehr darauf an, wieviele Personen zusammen wohnen und wirtschaften, also einen gemeinsamen Haushalt bilden. Die verwandtschaftlichen Beziehungen der Personen im Haushalt zueinander sind dabei nachrangig. Ob Daten über Familien oder über Haushalte politischen Planungen zugrundegelegt sind, ist deshalb von der jeweiligen Fragestellung abhängig.

Der folgende Beitrag befaßt sich - seinem Titel entsprechend - ganz überwiegend mit "Haushalten", die in der großen Mehrzahl der Fälle Familienhaushalte sind. Zum einen soll versucht werden, die Entwicklung der Struktur der Privathaushalte in Baden-Württemberg ausgehend von der Volkszählung 1970 bis zur Volkszählung 1987 nachzuzeichnen, wobei auch - für die politische Planung bedeutsame - regionale Unterschiede in die Betrachtung einfließen. Zum anderen soll anhand einer Vorausschätzung ein Rahmen für die - aus heutiger Sicht - zu erwartende Entwicklung bis zum Jahr 2005 auf Landesebene abgesteckt werden. Angesichts der erheblichen Zuwanderungszahlen, die auch in Baden-Württemberg in der jüngeren Vergangenheit zu verzeichnen waren und von denen niemand mit Bestimmtheit sagen kann, wie sie sich in

den nächsten Jahren entwickeln werden, muß dieser Rahmen allerdings relativ "grob" ausfallen. Die Modellrechnung wird deshalb in zwei Varianten vorgelegt: Die untere Variante geht von einer sehr niedrigen Zunahme der Bevölkerung und einer Beendigung der Entwicklung hin zu kleineren Haushalten aus. Der oberen Variante liegt demgegenüber die Annahme eines hohen Bevölkerungszuwachses verbunden mit einer zumindest in den kommenden Jahren noch anhaltenden Abnahme der durchschnittlichen Haushaltsgröße zugrunde. Die beiden Varianten stecken somit einen "Korridor" ab, in dem die tatsächliche Entwicklung voraussichtlich liegen könnte.

Abgrenzungen

Einen Haushalt (= Privathaushalt) bilden alle Personen, die gemeinsam wohnen und wirtschaften, also insbesondere auch ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren. Wer allein wirtschaftet, bildet einen eigenen (Einpersonen-) Haushalt, und zwar auch dann, wenn er mit anderen Personen eine gemeinsame Wohnung teilt:

Bewohner von Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften (z.B. Truppenunterkünfte, Pflegeheime etc.), die keine Möglichkeit zur eigenen Haushaltsführung haben, bilden keine Haushalte. Anders dagegen Bewohner von Wohnheimen, in denen die Möglichkeit zum eigenen Wirtschaften gegeben ist (z.B. Studentenwohnheime). Die dort lebenden Personen werden wie alle Mitglieder eines Haushalts zur "Bevölkerung in Privathaushalten" gerechnet. Andere, auch gebräuchliche Bezeichnungen für die Gesamtheit der in Privathaushalten lebenden Personen sind "Personen in Privathaushalten" bzw. "Haushaltsmitglieder".

Personen mit mehreren Wohnungen werden in jeder Wohnung einem Haushalt zugerechnet. So ist z.B. ein Familienvater, der als Wochenendpendler auswärts arbeitet und am Arbeitsort eine

Zweitwohnung bewohnt, Angehöriger zweier Haushalte und wird an beiden Wohnsitzen zur Bevölkerung in Privathaushalten gerechnet. Diese Regelung ist dadurch gerechtfertigt, daß Haushalte an jedem Wohnsitz entsprechenden Wohnraum in Anspruch nehmen und die Einrichtungen der jeweiligen Gemeinde benutzen. Von der Doppel- bzw. Mehrfachzählung gibt es jedoch, soweit man Daten der Volkszählungen bzw. des Mikrozensus bis 1983 betrachtet, eine Ausnahme: Haushalte, deren sämtliche Mitglieder am betreffenden Ort nicht zur Wohnbevölkerung¹ zählen, werden bei der Auszählung der "Privathaushalte" und der "Bevölkerung in Privathaushalten" nicht berücksichtigt, um Personen, die sich offensichtlich nur gelegentlich am Nebenwohnsitz aufhalten (z.B. in Ferienwohnungen), auszuklamern. Diese Regelung wurde im Mikrozensus ab dem Jahr 1985 fallengelassen, so daß ein direkter Vergleich von Mikrozensus- und Volkszählungsergebnissen aus methodischen Gründen nicht ganz problemlos möglich ist².

Unterschiedlich gehandhabt wird bei den Volkszählungen und beim Mikrozensus darüber hinaus die Zurechnung bereits erwachsener Kinder zum Haushalt der Eltern, sofern sie – was relativ häufig vorkommt – dort noch als Haushaltsmitglied angegeben werden. So werden im Mikrozensus und bei der Volkszählung 1970 ledige Personen, die

25 Jahre und älter sind, nicht mehr zum Haushalt der Eltern gezählt, wenn sie eine weitere Wohnung innehaben, sich dort überwiegend aufhalten und ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten. Bei der Volkszählung 1987 gibt es eine solche Abgrenzung nicht³.

Durchschnittliche Haushaltsgröße 1987 bei 2,4 Personen

Zwischen den Volkszählungen 1970 und 1987 hat die Zahl der Privathaushalte in Baden-Württemberg – wie übrigens bereits seit Anfang der 50er Jahre – kontinuierlich zugenommen. Da die Bevölkerung in Privathaushalten nicht im gleichen Maße gestiegen ist, ist im Ergebnis eine gleichzeitige Abnahme der durchschnittlichen Haushaltsgröße zu verzeichnen. Während 1950 noch 3,0 Personen in einem Durchschnittshaushalt lebten, waren es 1961 2,9 und 1970 nur noch 2,8 Personen. Bis 1987 sank dann die durchschnittliche Haushaltsgröße auf lediglich 2,4 Personen.

Die Entwicklung ab 1970 ist Tabelle 1 zu entnehmen. Dabei wurde, um den Trend deutlicher ablesbar zu machen, auf die Darstellung eines Teils der Mikrozensus-Jahresergebnisse verzichtet. Hinzuweisen ist auch hier – wie z.T. bereits oben geschehen – auf methodische Unterschiede zwischen Volkszählung (VZ) und Mikrozensus (MZ), die insbesondere an den "Nahtstellen" zwischen den VZ- und MZ-Ergebnissen zu Friktionen führen können. Insbesondere ist zu bedenken, daß die Zuverlässigkeit der Mikrozensusergebnisse mit zunehmendem zeitlichem Abstand zur jeweils letzten Volkszählung, die ja die Auswahlgrundlage für die Stichprobenziehung bildet, abnimmt. Zudem beeinflussen mögliche sich kumulierende Fehler in der Bevölkerungsfortschreibung, die ebenfalls auf der jeweils letzten Volkszählung aufbaut und die zur Hochrechnung der Mikrozensusergebnisse herangezogen wird, eben diese Ergebnisse.

- 1) Die Wohnbevölkerung umfaßt diejenigen Personen, die in dem angegebenen Gebiet ihre ständige Wohnung haben. Personen mit mehreren Wohnungen werden in der Gemeinde gezählt, von der aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen. Für nicht-erwerbstätige bzw. in Ausbildung stehende Personen erfolgt die Zuordnung nach dem Ort ihres überwiegenden Aufenthaltes.
- 2) Diese methodische Änderung führte z.B. zu einer beträchtlichen Zunahme der ausgewiesenen Zahl der Einpersonenhaushalte im Mikrozensus. Vgl. hierzu Statistisches Bundesamt, Ergebnisse des Mikrozensus 1989, Fachserie 1, Reihe 3 (Haushalte und Familien), S. 23.

- 3) Vgl. hierzu auch Wedel, Edgar: Haushalte 1987 – Methode und Ergebnis der Volkszählung, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 5/1989, S. 273 f.

Tabelle 1
Privathaushalte in Baden-Württemberg 1970 bis 1987 nach der Haushaltsgröße

Jahr	Privathaushalte insgesamt		Davon mit ... Personen										Personen in Privathaushalten ¹⁾	Durchschnittliche Haushaltsgröße (Anzahl der Personen je Haushalt)
			1		2		3		4		5 und mehr			
	1000	%	1000	%	1000	%	1000	%	1000	%	1000	%	1000	
1970 ²⁾	3 128,3	100	770,7	24,6	805,1	25,7	599,3	19,2	510,0	16,3	443,2	14,2	8 765,1	2,8
1973	3 414,9	100	908,9	26,6	908,1	26,6	618,9	18,1	533,6	15,6	445,4	13,0	9 249,8	2,7
1976	3 502,0	100	1 024,7	29,3	919,1	26,2	606,4	17,3	561,6	16,0	390,2	11,1	9 121,4	2,6
1979	3 581,3	100	1 063,4	29,7	964,2	26,9	616,2	17,2	569,1	15,9	368,4	10,3	9 154,0	2,6
1982	3 728,9	100	1 148,4	30,8	1 016,2	27,3	645,2	17,3	590,5	15,8	328,6	8,8	9 282,5	2,5
1985	3 864,6	100	1 279,0 ³⁾	33,1	1 067,7	27,6	641,8	16,6	584,8	15,1	291,3	7,5	9 256,2	2,4
1987 ²⁾	3 900,2	100	1 272,7	32,6	1 057,3	27,1	681,5	17,5	596,9	15,3	291,8	7,5	9 404,8	2,4

1) Die Anzahl der Haushaltsmitglieder wird im Mikrozensus, je nach sachlichem Zusammenhang, einerseits mit Merkmalen des Privathaushalts, andererseits nach ihren eigenen Merkmalen getrennt ermittelt und hochgerechnet. In dieser Tabelle sind die nach erstgenannter Methode ermittelten Zahlen aufgeführt. - 2) 1970 und 1987: Ergebnisse der Volkszählung, sonst Ergebnisse des Mikrozensus. - 3) Durch methodische Änderungen im Auswertungskonzept des Mikrozensus ist die Zahl der Einpersonenhaushalte ab 1985 erhöht (vgl. Fußnote 2 im Text).

Betrachtet man zu Analysezwecken deshalb lediglich die Eckpunkte des zu beschreibenden Zeitraums, die Volkszählungsjahre 1970 und 1987, sind folgende Feststellungen zu treffen.

Einpersonenhaushalt häufigste Haushaltsgröße

Bei der Volkszählung im Mai 1987 wurden ziemlich genau 3,90 Mill. Haushalte in Baden-Württemberg gezählt. Gegenüber 1970 ist somit eine Zunahme um gut 770 000 Haushalte oder 24,7 % zu verzeichnen (Tabelle 2); 1970 waren noch knapp 3,13 Mill. Haushalte gezählt worden. Die Entwicklung verlief allerdings je nach Größe des Haushalts völlig gegensätzlich. Die Zahl der Einpersonenhaushalte stieg um eine halbe Million (+ 65,1 %) auf weit über 1,2 Millionen. Auch die absoluten Zahlen der Haushalte mit zwei (+31,3 %), drei (+ 13,7 %) und vier Personen (+17,0 %) stiegen deutlich an, wogegen bei den Haushalten mit fünf und mehr Personen eine erhebliche Reduzierung (- 34,2 %) festzustellen ist.

Dementsprechend haben sich die Anteile der einzelnen Haushaltsgrößen an der Gesamtzahl der privaten Haushalte verschoben. 1987 war annähernd jeder dritte Haushalt (32,6 %) ein Einperso-

nenhaushalt, 1970 war es nur jeder vierte (24,6 %). Damit ist der Einpersonenhaushalt der am häufigsten vorkommende Haushaltstyp. Der Anteil der Zweipersonenhaushalte ist ebenfalls gestiegen, wenn auch nur geringfügig von 25,7 % auf 27,1 %. Demgegenüber ist die Bedeutung der anderen Haushaltsgrößen, gemessen an ihrem prozentualen Anteil, zurückgegangen: Während sich die Anteile der Haushalte mit zwei und drei Personen auf 17,5 % bzw. 15,3 % im Jahr 1987 lediglich leicht reduzierten, hat sich der Anteil der Haushalte mit

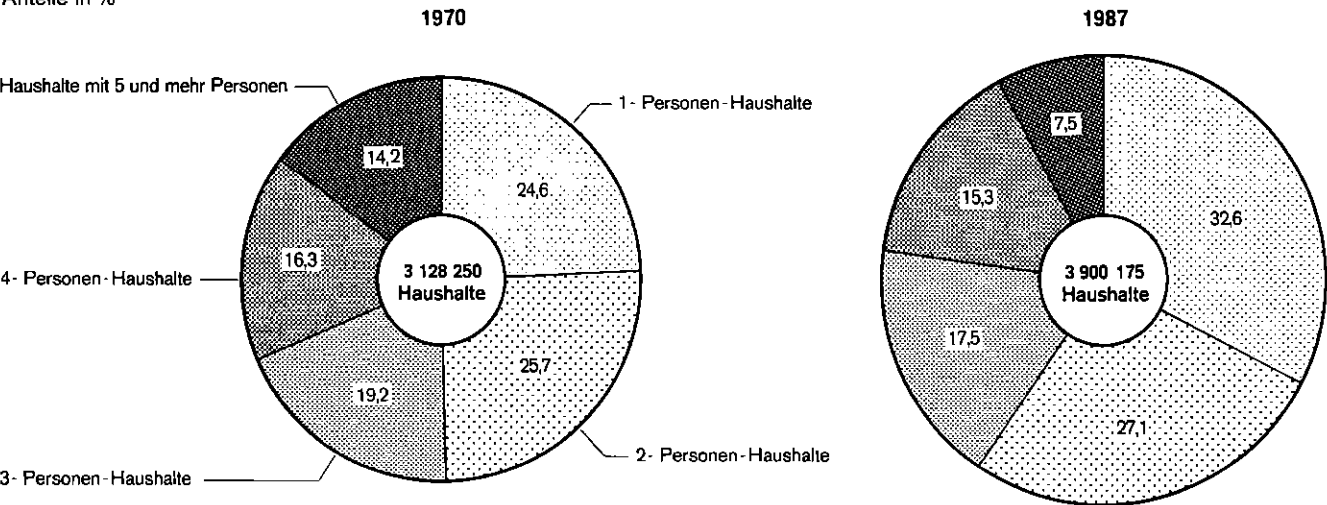
Tabelle 2
Privathaushalte in Baden-Württemberg 1970 und 1987 nach der Haushaltsgröße

Haushaltsgröße	Privathaushalte					
	1970		1987		Veränderung 1987 gegenüber 1970	
	Anzahl	%	Anzahl	%		
1 Person	770 670	24,6	1 272 673	32,6	+ 502 003	+ 65,1
2 Personen	805 061	25,7	1 057 302	27,1	+ 252 241	+ 31,3
3 Personen	599 256	19,2	681 522	17,5	+ 82 266	+ 13,7
4 Personen	510 030	16,3	596 912	15,3	+ 86 882	+ 17,0
5 und mehr Personen	443 233	14,2	291 766	7,5	- 151 467	- 34,2
Insgesamt	3 128 250	100	3 900 175	100	+ 771 925	+ 24,7

Schaubild 1

Privathaushalte in Baden-Württemberg 1970 und 1987 nach der Haushaltsgröße

Anteile in %



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

220 91

fünf und mehr Personen, von denen 1987 nur noch knapp 292 000 ermittelt wurden, auf 7,5 % annähernd halbiert (Schaubild 1). Vor allem diese extrem gegensätzlichen Entwicklungen bei den Einpersonenhaushalten und den "großen" Haushalten mit fünf und mehr Personen haben entscheidend zur oben beschriebenen Abnahme der durchschnittlichen Haushaltsgröße zwischen 1970 und 1987 beigetragen.

Dennoch bleibt festzuhalten, daß auch 1987 der ganz überwiegende Teil der Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten lebte, nämlich 86,5 % (Tabelle 3). Lediglich 13,5 % führten einen Haushalt

als Einzelperson, wodurch der Eindruck, der bei alleiniger Betrachtung der Haushaltszahlen entstehen mag, etwas relativiert wird. Der größte Teil der Bevölkerung in Privathaushalten, nämlich jede vierte Person (25,4 %), lebte in einem 4-Personen-Haushalt. Ungefähr gleich große Teile (22,5 bzw. 21,7 %) lebten in Haushalten mit zwei bzw. drei Personen, während der Anteil der Personen in Haushalten mit fünf und mehr Personen im Jahr 1987 16,9 % betrug. Im Jahr 1970 lebte noch die größte Gruppe der Bevölkerung, nämlich 29,1 %, in Haushalten dieser Größe.

In den 17 Jahren, in denen die Bevölkerung in Privathaushalten insgesamt in Baden-Württemberg um 640 000 oder 7,3 % auf 9,40 Mill. anstieg und in denen auch alle Haushaltsgrößen von einer Person bis zu vier Personen deutliche Zuwächse verzeichneten, verringerte sich also die Zahl der Mitglieder von Haushalten mit fünf und mehr Personen um annähernd eine Million (~ 37,7 %)!

Tabelle 3

Personen in Privathaushalten in Baden-Württemberg 1970 und 1987 nach der Haushaltsgröße

Haushaltsgröße	Personen in Privathaushalten					
	1970		1987		Veränderung 1987 gegenüber 1970	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1 Person	770 670	8,8	1 272 673	13,5	+ 502 003	+ 65,1
2 Personen	1 610 122	18,4	2 114 604	22,5	+ 504 482	+ 31,3
3 Personen	1 797 768	20,5	2 044 566	21,7	+ 246 798	+ 13,7
4 Personen	2 040 120	23,3	2 387 648	25,4	+ 347 528	+ 17,0
5 und mehr Personen	2 546 372	29,1	1 585 323	16,9	- 961 049	- 37,7
Insgesamt	8 765 052	100	9 404 814	100	+ 639 762	+ 7,3

Viele Ursachen für Verschiebungen in der Haushaltsstruktur

Für die Veränderungen in der Zahl und Größenstruktur der Haushalte sind eine Vielzahl von Ursachen maßgebend, auf die hier nicht im Einzelnen eingegangen werden kann, weil die Komponenten zwar qualitativ benannt, nicht aber sta-

tistisch-quantitativ gemessen werden können. Grundsätzlich hängt die Zahl und Struktur der Privathaushalte sowohl von der Entwicklung der Bevölkerung und der diese determinierenden Faktoren ab (z.B. Fruchtbarkeit und Sterblichkeit, Wanderungsverhalten), als auch von Faktoren, die das Haushaltsbildungsverhalten beeinflussen. Beispielsweise sind hier die zunehmende Neigung jüngerer Menschen, bereits als Ledige einen eigenen Haushalt zu führen⁴, oder die Tendenz zur Bildung von nichtehelichen Lebensgemeinschaften zu nennen, aber auch - künftig möglicherweise von steigender Bedeutung - die Knappheit des Angebots an Wohnungen.

Durch das Zusammenwirken dieser und einer großen Zahl anderer Faktoren haben sich in der Vergangenheit gravierende Verschiebungen in der Form des Zusammenlebens der einzelnen Personen ergeben. So ist heute das Zusammenleben in Familien und Haushalten insbesondere durch Individualisierungs- und Pluralisierungstendenzen in den Lebensstilen gekennzeichnet. Dies spiegelt sich in Tabelle 4 wider, in der anhand von Ergebnissen des Mikrozensus 1973⁵ und der Volkszählung 1987 die altersabhängigen Aufteilungen der Haushaltsmitglieder nach Haushaltsgrößen einander gegenübergestellt sind.

So hat beispielsweise der Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahl pro Familie zur Abnahme der Haushalte mit fünf und mehr Personen beigetragen. Während 1973 noch 48,8 % aller unter 20jährigen in solchen größeren Haushalten lebten, waren es 1987 nur noch 32,3 %. Gleichzeitig ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die in 4-Personen-Haushalten lebten, von 32,1 auf 42,0 % gestiegen.

Während sich zudem das Heiratsalter im Schnitt deutlich nach oben verschoben hat⁶ und innerhalb der Ehe der Kinderwunsch später realisiert wird, ist die Zahl der unverheiratet Zusammenlebenden ohne Kinder erheblich gestiegen. Dies dürfte mit ein wesentlicher Grund dafür sein, daß z.B. der Anteil der 25- bis unter 30jährigen in Haushalten mit drei Personen von 30,7 % im Jahr 1973 auf 25,3 % 1987 gesunken ist. Das gleiche dürfte auch zum Rückgang bei den Vier-Personen-Haushalten beigetragen haben, in denen 1973 noch 23,0 %, 1987 aber nur noch 19,7 % aller Personen dieser Altersgruppe lebten.

Detaillierte, hier nicht näher darzustellende Aussagen zu Änderungen in den Formen des Zusammenlebens lassen sich aus den jährlichen Mikrozensus-erhebungen ableiten, bei denen - im Gegensatz zur Volkszählung 1987 - auch die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Haushaltsmitgliedern erfragt werden⁷. Es sei in diesem Zusammenhang lediglich noch darauf

4) Wobei dieser Trend zum Teil durch die Tatsache kompensiert wird, daß Kinder heute länger bei ihren Eltern leben, als das früher der Fall war. Vgl. hierzu: "Singles" - Versuch einer Beschreibung, in: Statistisches Bundesamt, Ergebnisse des Mikrozensus 1989, a.a.O., S. 25. - Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auch auf die neuere Untersuchung von Schwarz, Thomas: Singles in Baden-Württemberg - eine neue Lebensform?, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5/1991, S. 201.

5) Aus der Volkszählung 1970 sind entsprechende Zahlen nicht verfügbar. Die Bevölkerung in Privathaushalten wird im Mikrozensus erst ab dem Jahr 1972 ausgewiesen.

6) Vgl. Gröner, Gerhard: Heiraten, Geburten und Sterbefälle 1988, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7/1989, S. 305.

7) Vgl. zum Beispiel für Baden-Württemberg die Analyse von Schwarz, Thomas: Haushalts- und Familientypen 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 6/1989, S. 254. Ergebnisse auf Bundesebene enthält der Aufsatz "Formen des Zusammenlebens 1988", in: Statistisches Bundesamt, Ergebnisse des Mikrozensus 1988, Fachserie 1, Reihe 3 (Haushalte und Familien), S. 22.

Tabelle 4

Personen in Privathaushalten in Baden-Württemberg 1973 und 1987 nach Altersgruppen und Haushaltsgröße

Alter von ... bis unter ... Jahren	Personen in Privathaushalten insgesamt		Davon in Haushalten mit ... Person(en)									
			1		2		3		4		5 und mehr	
	1973 ¹⁾	1987 ²⁾	1973	1987	1973	1987	1973	1987	1973	1987	1973	1987
	in 1000		%									
unter 20	2 840,2	2 119,9	0,73	1,04	2,05	3,73	16,36	20,85	32,05	42,04	48,81	32,34
20 - 25	667,6	913,4	13,11	17,29	18,47	17,85	27,77	21,39	19,44	23,25	21,21	20,22
25 - 30	583,0	829,1	11,17	18,33	24,49	25,88	30,69	25,32	23,00	19,68	10,65	10,79
30 - 35	737,5	690,8	7,29	13,01	14,64	19,53	26,16	26,00	31,80	29,52	20,11	11,93
35 - 40	697,2	645,6	7,01	9,79	12,39	15,44	19,68	23,80	30,61	34,59	30,31	16,39
40 - 45	590,6	589,4	6,54	9,55	13,17	15,84	20,47	23,87	26,40	32,91	33,42	17,83
45 - 50	546,9	742,2	7,99	9,05	19,60	19,15	23,53	26,08	23,22	28,65	25,65	17,07
50 - 55	496,6	610,8	8,90	9,40	29,62	27,06	26,66	27,85	17,26	21,67	17,56	14,03
55 - 60	372,4	531,8	15,47	11,36	42,59	39,47	22,29	26,12	11,12	14,14	8,54	8,91
60 - 65	511,2	470,4	19,80	16,75	50,10	49,62	17,59	20,65	6,92	8,19	5,59	4,80
65 - 70	456,7	374,9	24,02	25,03	53,95	53,10	12,94	14,24	4,12	4,48	4,97	3,16
70 - 75	338,5	325,5	32,10	35,40	49,60	49,67	9,33	8,97	3,27	2,80	5,71	3,17
75 und mehr	325,8	581,0	39,81	44,82	37,32	38,15	9,67	7,87	4,33	3,73	8,87	5,42
Insgesamt	9 162,2	9 404,8	9,92	13,53	19,65	22,48	20,04	21,74	23,04	25,39	27,35	16,86

1) 1973: Ergebnisse des Mikrozensus. Ausgewiesen sind hier – im Gegensatz zu Tabelle 1 – die Personenzahlen, die sich aus der Hochrechnung nach den Merkmalen der ermittelten Personen ergeben. - 2) 1987: Ergebnisse der Volkszählung.

hingewiesen, daß auch die Tatsache, daß immer seltener drei Generationen in einem Haushalt zusammenleben, zur Abnahme der Anzahl der größeren Haushalte beigetragen hat⁸.

Fast zwei Drittel der Alleinlebenden sind Frauen

Für die überproportionale Zunahme der Einpersonenhaushalte sind sowohl demographische Faktoren als auch Verhaltensänderungen ursächlich. Vergleicht man wiederum die Eckjahre 1970 und 1987 (Tabelle 5), so ist zunächst eine Zunahme der Einpersonenhaushalte von gut 770 000 auf knapp 1,273 Mill. festzustellen. Gegenüber 1970 lebten also etwa eine halbe Million Personen (+ 65,1 %) mehr allein im eigenen Haus-

halt. Der Anteil der Alleinlebenden⁹ an der Gesamtzahl der Personen in Privathaushalten stieg von 8,8 % auf 13,5 %.

Besonders gravierende Zunahmen der Einpersonenhaushalte gab es in der Altersgruppe der 20- bis unter 30jährigen und bei den sehr alten Personen von 80 und mehr Jahren, deren auch absolute Zahl besonders stark zugenommen hat. Bei den erstgenannten hat sich die Zahl der Einpersonenhaushalte mehr als verdoppelt, bei letzteren sogar verdreifacht. Aber auch bei den 30- bis unter 40jährigen sowie bei den 40- bis unter

8) Vgl. Schwarz, Thomas: Haushalts- und Familientypen 1987, a.a.O., S. 256.

9) Da sich in einer Wohnung mehrere Haushalte befinden können – Abgrenzungskriterium ist, nach Angabe des Befragten, das gemeinsame bzw. getrennte Wirtschaften –, dürfte es sich zu einem kleinen Teil tatsächlich um Wohngemeinschaften oder um nichteheliche Lebensgemeinschaften handeln. Vgl. hierzu: Schwarz, Thomas: Haushalts- und Familientypen 1987, a.a.O., S. 260.

Tabelle 5

Einpersonenhaushalte in Baden-Württemberg 1970 und 1987 nach Alter und Geschlecht

Alter von ... bis unter ... Jahren	Einpersonenhaushalte												Veränderung 1987 gegenüber 1970					
	1970						1987											
	insgesamt		davon				insgesamt		davon				insgesamt		davon			
			männlich		weiblich				männlich		weiblich				männlich		weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Unter 20	18602	2,4	8879	3,5	9723	1,9	22079	1,7	8846	1,8	13233	1,7	+ 3477	+ 18,7	- 33	- 0,4	+ 3510	+ 36,1
20 - 30	137774	17,9	86464	34,3	51310	9,9	309924	24,4	164906	33,8	145018	18,5	+172150	+125,0	+ 78442	+ 90,7	+ 93708	+182,6
30 - 40	77200	10,0	52404	20,8	24796	4,8	153058	12,0	98679	20,3	54378	6,9	+ 75858	+ 98,3	+ 46275	+ 88,3	+ 29583	+119,3
40 - 50	63824	8,3	26790	10,6	37034	7,1	121544	9,6	80248	16,5	41296	5,3	+ 57720	+ 90,4	+ 53458	+199,5	+ 4262	+ 11,5
50 - 60	104583	13,6	18825	7,5	85738	16,5	117849	9,3	54888	11,3	62961	8,0	+ 13286	+ 12,7	+ 36063	+191,6	- 22777	- 25,6
60 - 70	183019	23,8	27891	11,1	155128	29,9	172594	13,6	28770	5,5	145824	18,8	- 10425	- 5,7	- 1121	- 4,0	- 9304	- 6,0
70 - 80	143040	18,6	21874	8,7	121166	23,4	246671	19,4	30925	6,3	215746	27,5	+103631	+ 72,4	+ 9051	+ 41,4	+ 94580	+ 78,1
80 und mehr	42648	5,5	9228	3,7	33420	6,4	128954	10,1	21988	4,5	106986	13,6	+ 86308	+202,4	+ 12740	+138,1	+ 73566	+220,1
Insgesamt	770670	100	262355	100	518315	100	1272873	100	487230	100	785443	100	+502003	+ 85,1	+234875	+ 93,1	+267128	+ 51,5

50jährigen sind beträchtliche Zunahmen zu verzeichnen, ebenso in der Altersgruppe 70 bis unter 80 Jahre.

In der Altersgruppe bis unter 30 Jahren dürfte zum einen das Hineinwachsen der geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre in diese Altersgruppe für den rapiden Anstieg der Einpersonenhaushalte maßgebend sein, zum anderen die Tatsache, daß die Zahl derer, die wegen Studium oder Ausbildung das Elternhaus verlassen (müssen), sicher gestiegen ist. Dennoch kommt in den genannten Zahlen auch ein in der Gesellschaft zu beobachtender Individualisierungs- bzw. Singularisierungsprozeß zum Ausdruck, der primär auf veränderte Wertorientierungen und damit einhergehende Verhaltensänderungen der Menschen zurückzuführen ist. Wie Tabelle 4 in der Gegenüberstellung der Jahre 1973 und 1987 ausweist, ist der Anteil derjenigen Personen, die in Einpersonenhaushalten leben, in diesem Zeitraum in allen Altersgruppen gestiegen, mit Ausnahme der 55- bis unter 60jährigen und der 60- bis unter 65jährigen. Ein besonders deutlicher Anstieg dieser Quote ist bei den Personen im Alter von 20 bis ca. 35 Jahren und bei den Senioren ab 70 Jahren abzulesen.

Der starke Anstieg der Zahl der Einpersonenhaushalte von älteren Personen mit 70 und mehr Jahren hat seine Ursache nicht nur in der Tatsache, daß immer mehr Menschen ein hohes Alter erreichen, wobei allerdings noch immer eine geschlechtsspezifisch unterschiedliche Lebenserwartung existiert. Vielmehr geht dieser Anstieg auch und vor

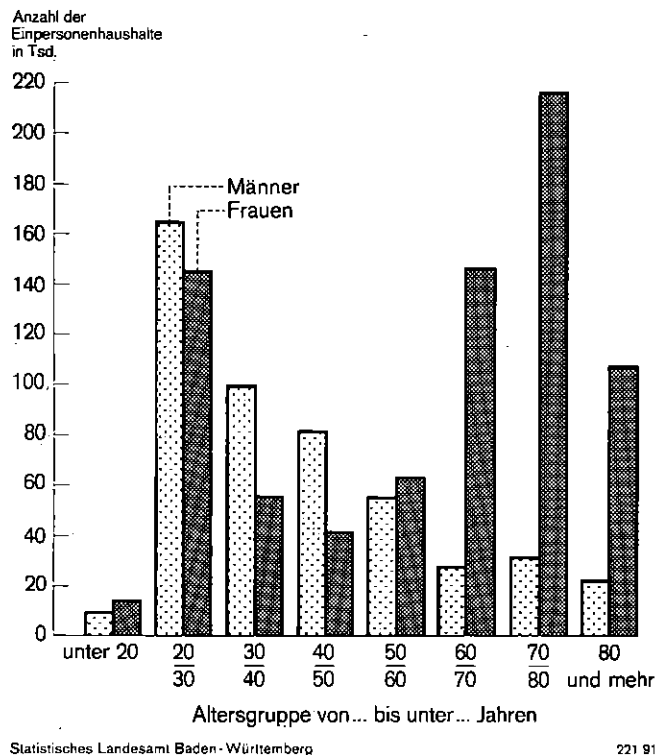
allem darauf zurück, daß ältere Menschen heute eher als früher ökonomisch, sozial und auch gesundheitlich in der Lage sind, einen eigenen Haushalt zu führen und diese Selbständigkeit auch wünschen. Sie verbleiben deshalb - auch nach dem Tod des Ehepartners - eine viel längere Zeitspanne als früher in der eigenen Wohnung¹⁰. 1987 wurden bereits 29,5 % der Einpersonenhaushalte von Personen des genannten Alters geführt (Tabelle 5). Bezieht man noch die 60- bis unter 70jährigen ein, waren es 43,1 % oder annähernd 550 000 Haushalte. Den zweiten großen Anteil an den Einpersonenhaushalten stellen die 20- bis unter 40jährigen mit 36,4 %, die anderen Altersgruppen spielen eine deutlich geringere Rolle.

Wirft man einen Blick auf die Geschlechterverteilung der "Singles", fällt zunächst auf, daß nicht ganz zwei Drittel (61,7 %) aller Einpersonenhaushalte 1987 von Frauen geführt wurden, und nur 38,3 % von Männern. Allerdings ist das Verhältnis in den einzelnen Altersgruppen sehr unterschiedlich. Bei den 20- bis unter 50jährigen überwiegen deutlich die Männer, während in den anderen Altersgruppen die alleinlebenden Frauen die Mehrheit stellen (Schaubild 2). In den Altersgruppen ab 60 Jahren liegen die Anteile der "weiblichen" Einpersonenhaushalte weit über 80 %. Knapp 470 000 alleinlebenden Frauen stehen hier lediglich etwa 80 000

10) Vgl. ebenda, S. 260.

Schaubild 2

Einpersonenhaushalte in Baden-Württemberg 1987 nach Altersgruppen und Geschlecht



derum in der großen Mehrzahl Frauen. Jeder zehnte Einpersonenhaushalt in Baden-Württemberg war damit ein "Hochbetagten"- Haushalt.

Hinsichtlich des Familienstandes der Alleinlebenden gibt es naturgemäß abhängig vom Lebensalter erhebliche Unterschiede. Bei den unter 30jährigen waren 1987 über 90 % ledig. Auch in den Altersgruppen der 30- bis unter 60jährigen stellten die Ledigen die jeweils größte Gruppe, wobei allerdings ihr Anteil mit steigender Altersgruppe von 65,1 % auf 35,6 % abnahm (Tabelle 6). Der Anteil der Verheirateten¹¹ an den Alleinlebenden lag in diesen Altersgruppen zwischen 16,2 und 24,1 %, derjenige der Geschiedenen zwischen 17,6 und 30,1 %. Bei den 50- bis unter 60jährigen waren bereits 22,7 % verwitwet. Dieser Familienstand dominiert auch klar bei den Alleinlebenden ab 60 Jahren. Bei den 60- bis unter 70jährigen waren knapp 60 % verwitwet, in den Altersgruppen darüber über 80 %, wobei es sich ganz überwiegend um verwitwete Frauen handelte.

alleinstehende Männer gegenüber. Auch dabei spielt natürlich die bei Männern höhere Sterblichkeit eine wesentliche Rolle, wie ein Blick auf die Familienstandsgliederung der alleinlebenden älteren Menschen unten zeigen wird.

Bemerkenswert ist auch, daß 1987 fast 129 000 Hochbetagte, also Personen im Alter von mindestens 80 Jahren, allein einen Haushalt führten, auch hier wie-

11) Es kann sich hierbei um verheiratet getrenntlebende Personen handeln, aber auch um Zweithaushalte, z.B. von Wochenendpendlern.

Tabelle 6

Einpersonenhaushalte in Baden-Württemberg 1987 nach Alter und Familienstand

Alter von ... bis unter ... Jahren	Zusammen	Davon				Männlich	Davon				Weiblich	Davon			
		ledig	ver- heiratet	ver- witwet	ge- schieden		ledig	ver- heiratet	ver- witwet	ge- schieden		ledig	ver- heiratet	ver- witwet	ge- schieden
	Anzahl	%				Anzahl	%				Anzahl	%			
Unter 20	22 079	96,0	3,3	0,3	0,5	8 846	95,9	3,6	0,1	0,4	13 233	96,0	3,1	0,3	0,5
20 - 30	309 924	90,2	6,5	0,3	2,9	164 906	90,0	7,2	0,2	2,6	145 018	90,5	5,7	0,5	3,3
30 - 40	153 058	65,1	16,2	1,1	17,6	98 679	63,8	18,8	0,6	16,7	54 379	67,4	11,3	2,0	19,3
40 - 50	121 544	41,6	24,1	4,3	30,1	80 248	39,7	30,3	1,8	28,2	41 296	45,2	11,9	9,1	33,8
50 - 60	117 849	35,6	16,8	22,7	24,8	54 888	35,0	29,1	8,5	27,4	62 961	38,1	6,1	35,1	22,6
60 - 70	172 594	23,1	4,5	59,4	12,9	26 770	24,9	15,9	36,7	22,4	145 824	22,8	2,4	63,6	11,2
70 - 80	246 671	11,1	2,0	81,5	5,4	30 925	10,8	6,4	74,0	8,7	215 746	11,2	1,4	82,5	4,9
80 und mehr	128 954	10,4	1,6	85,5	2,5	21 968	6,2	3,9	87,0	2,9	106 986	11,3	1,1	85,1	2,5
Insgesamt	1 272 673	45,1	8,6	35,2	11,1	487 230	57,9	16,0	12,1	13,9	785 443	37,1	4,0	49,6	9,3

Haushaltsstruktur regional unterschiedlich

Unter regionalen Gesichtspunkten ist vor allem die Ungleichverteilung der einzelnen Haushaltsgrößen zu beachten, die sich zwischen 1970 und 1987 teilweise noch verstärkt hat. Stellt man bei den einzelnen Haushaltsgrößen die jeweils höchsten und niedrigsten prozentualen Anteile innerhalb desselben Jahres auf Kreisebene einander gegenüber, so ergibt sich zum Beispiel bei den Einpersonenhaushalten für das Jahr 1970 eine Differenz von 23,8 Prozentpunkten, während diese 1987 bereits bei 31,8 Prozentpunkten lag. 1970 wies der Stadtkreis Heidelberg als Spitzenreiter 40,7 % Einpersonenhaushalte auf, der Alb-Donau-Kreis lag mit 16,9 % an letzter Stelle. 1987 bestanden dagegen in Heidelberg und Freiburg bereits mehr als die Hälfte (jeweils 53,7 %) aller Haushalte lediglich aus einer Person, während der entsprechende Wert im Alb-Donau-Kreis auf 21,9 % gestiegen war, womit dieser im Kreisvergleich wieder das Schlußlicht bildete (Tabelle 7).

In weniger ausgeprägter Form ist die regionale Auseinanderentwicklung auch bei den Zwei- bis Vier-Personen-Haushalten zu beobachten, lediglich bei Haushalten mit fünf und mehr Personen sind die Unterschiede geringer geworden. So wurde der höchste prozentuale Anteil von Haushalten dieser Größe 1970 im Landkreis Biberach ermittelt mit 24,6 %, der niedrigste im Stadtkreis Stuttgart mit 6,5 %. 1987 lag der höchste Wert mit 14,1 % ebenfalls im Landkreis Biberach, der niedrigste mit 3,3 % im Stadtkreis Heidelberg, wo somit nur noch jeder dreißigste Haushalt fünf oder mehr Mitglieder hat. Die jeweilige Differenz sank demnach von 18,1 auf 10,8 Prozentpunkte.

Generell ist festzustellen, daß insbesondere in großen Städten überproportional viele kleine Haushalte anzutreffen sind, während in den eher ländlich geprägten Landesteilen noch vermehrt große Haushalte existieren. Allerdings vollzieht auch der Ländliche Raum die Entwicklung hin zu kleineren Haushalten nach,

er folgt also den in den Verdichtungsräumen zu beobachtenden Tendenzen¹².

Die regional bestehenden Unterschiede in den Haushaltsgrößenstrukturen treten am deutlichsten bei Betrachtung der Vergleichsgröße "Durchschnittliche Personenzahl je Haushalt" zutage. So gehörte zum Beispiel 1987 einem Haushalt im Stadtkreis Heidelberg im Schnitt genau eine Person weniger an als einem Haushalt im Hohenlohekreis. Heidelberg hatte mit durchschnittlich 1,8 Personen die geringste Haushaltsgröße aller Stadt- und Landkreise, während der Hohenlohekreis, der Alb-Donau-Kreis sowie die Landkreise Biberach und Sigmaringen mit im Schnitt 2,8 Personen die Gebiete mit den größten Haushalten in Baden-Württemberg waren (Schaubild 3). Der Landeswert lag, wie bereits erwähnt, bei 2,4 Personen. Neben Heidelberg hatten auch alle anderen Stadtkreise unterdurchschnittliche Haushaltsgrößen, wobei die Werte von 1,9 bis zu 2,3 Personen je Haushalt reichten. Von den Landkreisen wiesen nur die Kreise Tübingen (2,2) und Konstanz (2,3) ähnlich niedrige Werte auf.

Betrachtet man die regionale Verteilung der Einpersonenhaushalte nach Altersgruppen (Tabelle 8), zeigen sich auch hier beträchtliche Unterschiede. 1987 lag der Anteil der Alleinlebenden über 60 Jahren an den Einpersonenhaushalten insgesamt auf Kreisebene zwischen 59,1 % im Neckar-Odenwald-Kreis und 24,0 % im Landkreis Tübingen. Dafür waren im Kreis Tübingen 62,3 % der Einpersonenhaushalte in die Altersgruppe 20 bis unter 40 Jahre einzuordnen. In dieser Altersgruppe wiesen der Zollernalbkreis und der Kreis Rottweil mit jeweils 22,1 % die niedrigsten Werte auf. Nicht ganz so groß waren die Abstände zwischen Maximum- und Minimum-Wert in der Altersgruppe 40 bis unter 60 Jahre.

12) Vgl. Frank, Eberhard: Zur Entwicklung der Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur des Ländlichen Raumes, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 11/1989, S. 517.

Tabelle 7

Privathaushalte in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1987 nach der Haushaltsgröße

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Privat- haushalte insgesamt	Davon mit ... Personen										Personen in Privat- haushalten	Durch- schnittliche Haushalts- größe (An- zahl der Personen je Haushalt)
		1		2		3		4		5 und mehr			
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Stadtkreis Stuttgart, Landeshauptstadt	283 561	133 602	47,1	75 214	26,5	37 416	13,2	27 306	9,8	10 023	3,5	558 914	2,0
Landkreise													
Böblingen	128 859	37 839	29,4	34 812	27,0	23 970	18,6	23 043	17,9	9 196	7,1	320 726	2,5
Esslingen	194 435	61 830	31,7	53 982	27,8	35 084	18,0	31 894	16,3	12 085	6,2	465 737	2,4
Göppingen	93 534	26 605	28,4	26 589	28,4	17 823	19,1	15 836	16,7	6 881	7,4	232 815	2,5
Ludwigsburg	184 357	55 375	30,0	52 892	28,6	34 282	18,6	30 812	16,6	11 416	6,2	446 881	2,4
Roms-Murr-Kreis	148 264	43 630	29,4	42 436	28,6	27 177	18,3	25 230	17,0	9 791	6,6	363 397	2,5
Region Mittlerer Neckar	1 033 010	358 680	34,7	285 705	27,7	175 732	17,0	153 521	14,9	59 372	5,7	2 388 470	2,3
Stadtkreis Heilbronn	50 010	17 848	35,7	14 345	28,7	8 409	16,8	8 705	13,4	2 703	5,4	113 164	2,3
Landkreise													
Heilbronn	97 759	24 745	25,3	26 841	27,5	19 082	19,5	18 393	18,8	8 898	8,9	256 419	2,6
Hohenlohekreis	31 743	7 738	24,4	8 267	26,0	5 650	17,8	6 058	19,1	4 030	12,7	87 607	2,8
Schwäbisch Hall	57 949	15 080	26,0	15 060	26,0	10 329	17,8	10 461	18,1	7 019	12,1	158 959	2,7
Main-Tauber-Kreis	45 752	11 703	25,6	11 787	25,8	8 248	18,0	8 443	18,5	5 571	12,2	124 740	2,7
Region Franken	283 213	77 114	27,3	76 300	27,0	51 718	18,3	50 060	17,7	28 021	9,9	738 889	2,6
Landkreise													
Heidenheim	48 972	13 808	27,2	13 888	27,8	9 801	19,2	8 587	17,1	4 310	8,6	127 891	2,6
Ostalbkreis	106 223	28 470	26,8	27 398	25,8	19 046	17,9	19 412	18,3	11 897	11,2	283 353	2,7
Region Ostwürttemberg	156 195	42 076	26,9	41 286	26,4	28 647	18,3	27 979	17,9	16 207	10,4	411 044	2,6
Regierungsbezirk Stuttgart	1 472 418	477 870	32,5	403 291	27,4	256 097	17,4	231 560	15,7	103 600	7,0	3 538 403	2,4
Stadtkreise													
Baden-Baden	24 150	10 164	42,1	7 032	29,1	3 545	14,7	2 519	10,4	890	3,7	49 669	2,1
Karlsruhe	132 957	59 186	44,5	37 328	28,1	19 455	14,6	12 474	9,4	4 534	3,4	266 261	2,0
Landkreise													
Karlsruhe	144 931	36 791	25,4	40 996	28,3	31 326	21,6	28 037	18,0	9 781	6,7	369 191	2,5
Rastatt	77 617	19 987	25,8	22 445	28,9	16 261	21,0	13 288	17,1	5 638	7,3	196 933	2,5
Region Mittlerer Oberrhein	379 655	126 108	33,2	107 801	28,4	70 587	18,6	54 318	14,3	20 843	5,5	882 054	2,3
Stadtkreise													
Heidelberg	70 836	38 011	53,7	16 802	23,4	8 425	11,9	5 448	7,7	2 350	3,3	130 871	1,8
Mannheim	148 451	66 933	45,1	42 004	28,3	21 572	14,5	12 694	8,6	5 248	3,5	295 143	2,0
Landkreise													
Neckar-Odenwald-Kreis	48 036	11 457	23,9	12 411	25,8	9 744	20,3	9 110	19,0	5 314	11,1	131 277	2,7
Rhein-Neckar-Kreis	192 698	54 065	28,1	57 134	29,6	39 982	20,7	30 240	15,7	11 277	5,9	469 382	2,4
Region Unterer Neckar	460 021	170 488	37,1	128 151	27,9	79 723	17,3	57 492	12,5	24 189	5,3	1 026 673	2,2
Stadtkreis Pforzheim	50 547	19 831	39,2	14 457	28,6	8 174	16,2	5 839	11,6	2 246	4,4	108 778	2,2
Landkreise													
Calw	54 344	17 390	32,0	14 116	26,0	9 135	16,8	8 858	16,3	4 847	8,9	134 872	2,5
Enzkreis	65 075	18 531	28,4	18 713	28,8	13 347	20,5	11 709	18,0	4 775	7,3	166 440	2,6
Freudenstadt	39 893	11 783	29,5	10 388	26,0	6 683	16,8	6 761	16,9	4 298	10,8	103 075	2,6
Region Nordschwarzwald	209 859	65 535	31,2	57 854	27,5	37 339	17,8	33 185	15,8	16 166	7,7	513 163	2,4
Regierungsbezirk Karlsruhe	1 049 535	362 109	34,5	293 606	28,0	187 649	17,9	144 973	13,8	61 198	5,8	2 421 890	2,3
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	98 573	51 860	53,7	21 832	22,6	11 203	11,6	7 989	8,3	3 689	3,8	180 991	1,9
Landkreise													
Breisgau-Hochschwarzwald	79 689	22 230	27,9	21 802	27,4	14 106	17,7	13 458	16,9	8 093	10,2	208 607	2,6
Emmendingen	50 513	13 054	25,8	13 389	26,5	9 733	19,3	9 171	18,2	5 166	10,2	134 175	2,7
Ortensaukreis	134 899	35 360	26,2	35 519	26,3	26 160	19,4	23 369	17,3	14 491	10,7	358 932	2,7
Region Südlicher Oberrhein	361 674	122 504	33,9	92 542	25,6	61 202	16,9	53 987	14,9	31 439	8,7	880 705	2,4
Landkreise													
Rottweil	48 701	12 944	26,6	12 971	26,6	8 857	18,2	8 864	17,8	5 265	10,8	128 865	2,6
Schwarzwald-Baar-Kreis	79 187	23 780	30,0	22 027	27,8	14 413	18,2	12 543	15,8	6 424	8,1	198 293	2,5
Tuttlingen	43 742	11 788	26,9	11 691	27,7	8 173	18,7	7 808	17,9	4 282	9,8	114 200	2,6
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	171 630	48 512	28,3	46 689	27,2	31 443	18,3	29 015	16,9	15 971	9,3	439 358	2,6
Landkreise													
Konstanz	102 550	37 187	36,2	27 608	26,9	17 096	16,7	14 159	13,8	8 520	6,4	235 719	2,3
Lörrach	78 409	23 481	29,9	22 760	29,0	14 257	19,2	11 736	15,0	6 175	7,9	192 597	2,5
Waldshut	56 211	15 674	27,9	15 236	27,1	9 923	17,7	9 246	16,4	6 132	10,9	148 789	2,6
Region Hochrhein-Bodensee	237 170	76 322	32,2	65 604	27,7	41 276	17,4	35 141	14,8	18 827	7,9	575 085	2,4
Regierungsbezirk Freiburg	770 474	247 338	32,1	204 835	26,6	133 921	17,4	118 143	15,3	66 237	8,6	1 895 148	2,5
Landkreise													
Reutlingen	98 520	29 306	29,7	28 860	27,1	17 641	17,9	16 784	17,0	8 129	8,3	246 558	2,5
Tübingen	81 613	35 743	43,8	17 811	21,6	11 340	13,9	11 120	13,6	5 799	7,1	180 638	2,2
Zollernalbkreis	67 398	17 358	25,8	18 638	27,7	13 124	19,5	12 337	18,3	5 941	8,8	175 308	2,6
Region Neckar-Alb	247 529	82 405	33,3	62 909	25,4	42 105	17,0	40 241	16,3	19 869	8,0	602 502	2,4
Stadtkreis Ulm	47 089	18 492	39,3	12 738	27,1	7 125	15,1	5 957	12,7	2 757	5,9	104 065	2,2
Landkreise													
Alb-Donau-Kreis	57 132	12 506	21,9	14 583	25,5	10 961	18,2	11 851	20,4	7 431	13,0	162 116	2,8
Biberach	56 066	14 037	25,0	13 481	24,0	9 903	17,7	10 751	19,2	7 894	14,1	157 182	2,8
Region Donau-Iller ¹⁾	160 267	45 035	28,1	40 802	25,5	27 989	17,5	28 359	17,7	18 082	11,3	423 343	2,6
Landkreise													
Bodenseekreis	69 674	20 964	30,1	19 145	27,5	11 861	17,0	11 275	16,2	6 429	9,2	174 980	2,5
Ravensburg	89 201	26 457	29,7	22 580	25,3	14 722	16,5	14 781	16,6	10 661	12,0	234 554	2,6
Sigmaringen	41 077	10 495	25,5	10 134	24,7	7 178	17,5	7 580	18,5	5 890	13,9	113 994	2,8
Region Bodensee-Oberschwaben	199 952	57 916	29,0	51 859	25,9	33 761	16,9	33 636	16,8	22 780	11,4	523 528	2,6
Regierungsbezirk Tübingen	607 748	185 356	30,5	155 570	25,6	103 855	17,1	102 236	16,8	60 731	10,0	1 549 373	2,5
Baden-Württemberg	3 900 175	1 272 673	32,6	1 057 302	27,1	681 522	17,5	696 912	15,3	291 766	7,5	9 404 814	2,4

1) Soweit Land Baden-Württemberg.

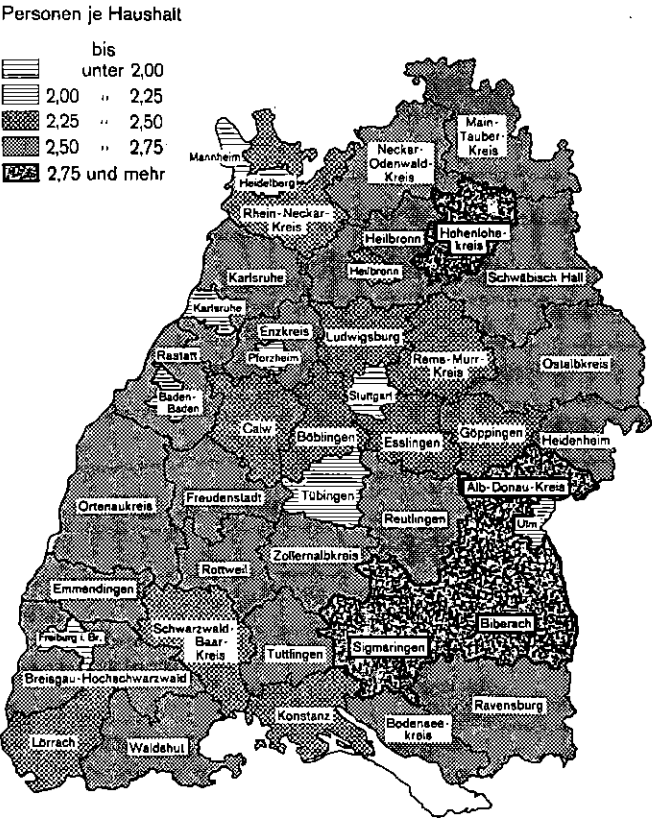
Der größte Anteil in dieser Altersgruppe war mit 24,1 % in der Landeshauptstadt Stuttgart zu verzeichnen, der niedrigste wiederum im Landkreis Tübingen mit 11,9 %.

Wie aus den genannten Zahlen bereits andeutungsweise deutlich wird, sind insbesondere in den Universitätsstädten Einpersonenhaushalte überproportional vertreten, wobei der Anteil dieser Haushaltsgröße an den Haushalten insgesamt vor allem dann sehr hoch liegt, wenn die jeweilige Stadt eine im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl große Universität beherbergt. Besonders anschaulich wird dies, wenn man die Universitätsstadt Tübingen betrachtet, die nicht mit einem Stadtkreis identisch ist. Hier beträgt der Anteil der Einpersonenhaushalte an den Haushalten insgesamt 60,2 %, was die höchste Quote aller Universitätsstädte darstellt. In der Universitätsstadt Konstanz liegt die Quote der Einpersonenhaushalte bei 50,1 %, womit sie nach Tübingen, Freiburg (53,7 %) und Heidelberg (ebenfalls 53,7 %) unter den Universitätsstädten die vierte Stelle einnimmt. Die Stadt Ulm weist hier mit 39,3 % den niedrigsten Wert auf. Auch in der Kenngröße "Durchschnittliche Personenzahl je Haushalt" weisen die Städte Tübingen und Konstanz mit 1,8 bzw. 1,9 Personen äußerst niedrige Werte auf. Der hohe Studentenanteil an den Alleinlebenden läßt sich darüber hinaus daran ablesen, daß in der Stadt Tübingen fast drei Viertel (72,4 %) aller Einpersonenhaushalte von 20- bis unter 40jährigen geführt werden, in der Stadt Konstanz gut die Hälfte (50,7 %).

Durchschnittliche Haushaltsgröße umgekehrt proportional zur Gemeindegröße

Der Zusammenhang zwischen der Haushaltsstruktur und dem Grad der Verstädterung eines Gebietes läßt sich auch anhand einer Aufgliederung der Haushaltsgrößen nach Gemeindegrößenklassen eindeutig nachweisen (Tabelle 9). So zeigt sich, daß mit zunehmender Gemeindegröße der Anteil der Einpersonenhaushalte steigt, während der Prozentsatz der Haushalte mit fünf und mehr Personen kontinuierlich zurückgeht. Im Jahr 1987 bestand in den 97 Kleingemeinden des Landes mit weniger

Schaubild 3
Durchschnittliche Haushaltsgröße in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1987



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 222 91

als 1000 Einwohnern nur etwa jeder fünfte Haushalt (19,0 %) aus einer Person, in den acht Großstädten mit wenigstens 100 000 Einwohnern war es annähernd jeder zweite (46,1 %). Anders dagegen bei Haushalten mit fünf und mehr Personen. Diesem Haushaltstyp gehörte in den Großstädten im Schnitt nur jeder 26. Haushalt (3,8 %) an, in Kleingemeinden fast jeder sechste (17,4 %). Entsprechend variiert auch die durchschnittliche Haushaltsgröße: In Gemeinden unter 1000 Einwohnern bildeten im Schnitt 3,0 Personen einen Haushalt, in Städten mit mindestens 100 000 Einwohnern dagegen 2,0 Personen. Interessant ist in diesem Zusammenhang noch, daß der Anteil der Zweipersonenhaushalte über alle Gemeindegrößenklassen hinweg relativ konstant ist, er schwankt lediglich zwischen 25,4 und 28,1 %. In der Tendenz gilt dies auch für die Haushalte mit drei Personen, deren Häufigkeit lediglich in Städten ab 50 000 Einwohnern deutlicher zurückgeht.

Tabelle 8

Einpersonenhaushalte in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1987 nach Altersgruppen

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Einpersonen- haushalte insgesamt	Davon Haushalte von Personen im Alter von ... bis unter ... Jahren									
		unter 20		20 - 40		40 - 60		60 - 80		80 und mehr	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Stadtkreis Stuttgart, Landeshauptstadt	133 602	2 303	1,7	53 878	40,3	32 133	24,1	34 414	25,8	10 874	8,1
Landkreise Böblingen	37 838	612	1,6	14 033	37,1	8 539	22,6	11 344	30,0	3 310	8,7
Esslingen	61 630	900	1,5	22 863	37,1	12 837	20,8	18 947	30,7	6 083	9,9
Göppingen	26 605	271	1,0	6 699	25,2	5 190	19,5	10 830	40,7	3 615	13,6
Ludwigsburg	55 375	763	1,4	18 989	34,3	11 985	21,6	18 242	32,9	5 396	9,7
Rems-Murr-Kreis	43 630	514	1,2	14 374	32,9	8 955	20,5	14 937	34,2	4 850	11,1
Region Mittlerer Neckar	358 680	5 363	1,5	130 836	36,5	79 639	22,2	108 714	30,3	34 128	9,5
Stadtkreis Heilbronn	17 848	382	2,1	5 588	31,3	3 464	19,4	6 236	34,9	2 178	12,2
Landkreise Heilbronn	24 745	344	1,4	6 926	28,0	4 384	17,7	10 057	40,6	3 034	12,3
Hohenlohekreis	7 738	146	1,9	2 231	28,8	1 288	16,6	3 100	40,1	973	12,6
Schwäbisch Hall	15 080	325	2,2	4 372	29,0	2 452	16,3	6 110	40,5	1 821	12,1
Main-Tauber-Kreis	11 703	258	2,2	2 715	23,2	1 862	15,9	5 276	45,1	1 592	13,6
Region Franken	77 114	1 455	1,9	21 832	28,3	13 450	17,4	30 779	39,9	9 598	12,4
Landkreis Heidenheim	13 606	108	0,8	3 195	23,5	2 438	17,9	6 041	44,4	1 824	13,4
Ostalbkreis	28 470	512	1,8	7 936	27,9	4 832	17,0	11 642	40,9	3 548	12,5
Region Ostwürttemberg	42 076	620	1,5	11 131	26,5	7 270	17,3	17 683	42,0	5 372	12,8
Regierungsbezirk Stuttgart	477 870	7 438	1,6	163 799	34,3	100 359	21,0	157 176	32,9	49 098	10,3
Stadtkreise Baden-Baden	10 164	158	1,6	2 842	28,0	1 861	18,3	3 984	39,2	1 319	13,0
Karlsruhe	59 166	1 023	1,7	26 220	44,3	10 369	17,5	16 296	27,5	5 258	8,9
Landkreise Karlsruhe	36 791	370	1,0	10 509	28,6	6 677	18,1	14 862	40,4	4 373	11,9
Rastatt	19 987	171	0,9	5 419	27,1	3 762	18,8	8 336	41,7	2 299	11,5
Region Mittlerer Oberrhein	126 108	1 722	1,4	44 990	35,7	22 669	18,0	43 478	34,5	13 249	10,5
Stadtkreise Heidelberg	38 011	714	1,9	22 355	58,8	5 470	14,4	7 163	18,8	2 309	6,1
Mannheim	66 933	1 255	1,9	27 464	41,0	13 711	20,5	18 935	28,3	5 568	8,3
Landkreise Neckar-Odenwald-Kreis	11 457	209	1,8	2 632	23,0	1 850	16,1	5 318	46,4	1 448	12,6
Rhein-Neckar-Kreis	54 065	697	1,3	17 888	33,1	9 969	18,4	19 688	36,4	5 823	10,8
Region Unterer Neckar	170 466	2 875	1,7	70 339	41,3	31 000	18,2	51 104	30,0	15 148	8,9
Stadtkreis Pforzheim	19 831	327	1,6	6 841	34,5	3 792	19,1	6 490	32,7	2 381	12,0
Landkreise Calw	17 390	421	2,4	5 969	34,3	3 067	17,6	6 121	35,2	1 812	10,4
Enzkreis	16 531	190	1,1	4 603	27,8	2 981	18,0	6 619	40,0	2 138	12,9
Freudenstadt	11 783	411	3,5	3 087	26,2	2 070	17,6	4 763	40,4	1 452	12,3
Region Nordschwarzwald	65 535	1 349	2,1	20 500	31,3	11 910	18,2	23 993	36,6	7 783	11,9
Regierungsbezirk Karlsruhe	362 109	5 946	1,6	135 829	37,5	65 579	18,1	118 575	32,7	36 180	10,0
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	51 860	1 163	2,2	29 499	56,9	7 296	14,1	10 506	20,3	3 396	6,5
Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald	22 230	551	2,5	8 323	37,4	3 932	17,7	7 285	32,8	2 139	9,6
Emmendingen	13 054	174	1,3	3 961	30,3	2 393	18,3	5 066	38,8	1 460	11,2
Ortenaukreis	35 360	542	1,5	10 642	30,1	5 854	16,6	14 316	40,5	4 006	11,3
Region Südlicher Oberrhein	122 504	2 430	2,0	52 425	42,8	19 475	15,9	37 173	30,3	11 001	9,0
Landkreise Rottweil	12 944	296	2,3	2 865	22,1	2 274	17,6	5 720	44,2	1 789	13,8
Schwarzwald-Baar-Kreis	23 780	606	2,5	7 010	29,5	4 497	18,9	8 947	37,6	2 720	11,4
Tuttlingen	11 788	178	1,5	3 052	25,9	2 105	17,9	4 844	41,1	1 609	13,6
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	48 512	1 080	2,2	12 927	26,6	8 876	18,3	19 511	40,2	6 118	12,6
Landkreise Konstanz	37 167	654	1,8	14 905	40,1	6 451	17,4	11 267	30,3	3 890	10,5
Lörrach	23 481	393	1,7	7 559	32,2	4 612	19,6	8 285	35,3	2 632	11,2
Waldshut	15 674	339	2,2	4 728	30,2	2 878	18,4	6 033	38,5	1 696	10,8
Region Hochrhein-Bodensee	76 322	1 386	1,8	27 192	35,6	13 941	18,3	25 585	33,5	8 218	10,8
Regierungsbezirk Freiburg	247 338	4 896	2,0	92 544	37,4	42 292	17,1	82 269	33,3	25 337	10,2
Landkreise Reutlingen	29 306	477	1,6	10 152	34,6	5 059	17,3	10 205	34,8	3 413	11,6
Tübingen	35 743	662	1,9	22 267	62,3	4 253	11,9	6 616	18,5	1 945	5,4
Zollernalbkreis	17 356	248	1,4	3 827	22,1	3 116	18,0	7 760	44,7	2 405	13,9
Region Neckar-Alb	82 405	1 387	1,7	36 246	44,0	12 428	15,1	24 581	29,8	7 763	9,4
Stadtkreis Ulm	18 492	353	1,9	7 467	40,4	3 427	18,5	5 692	30,8	1 553	8,4
Landkreise Alb-Donau-Kreis	12 506	176	1,4	3 295	26,3	2 250	18,0	5 260	42,1	1 525	12,2
Biberach	14 037	307	2,2	3 951	28,1	2 485	17,7	5 577	39,7	1 717	12,2
Region Donau-Iller	45 035	836	1,9	14 713	32,7	8 162	18,1	16 529	36,7	4 795	10,6
Landkreise Bodenseekreis	20 964	399	1,9	7 055	33,7	4 084	19,5	7 372	35,2	2 054	9,8
Ravensburg	26 457	900	3,4	9 426	35,6	4 740	17,9	8 831	33,4	2 560	9,7
Sigmaringen	10 495	277	2,6	3 370	32,1	1 749	16,7	3 932	37,5	1 167	11,1
Region Bodensee-Oberschwaben	57 916	1 576	2,7	19 851	34,3	10 573	18,3	20 135	34,8	5 781	10,0
Regierungsbezirk Tübingen	185 356	3 799	2,0	70 810	38,2	31 163	16,8	61 245	33,0	18 339	9,9
Land Baden-Württemberg	1 272 673	22 079	1,7	462 982	36,4	239 393	18,8	419 265	32,9	128 954	10,1

Tabelle 9
 Privathaushalte in Baden-Württemberg 1987 nach Gemeindegrößenklassen und Haushaltsgröße

Gemeindegrößenklassen von ... bis unter ... Einwohner	Anzahl der Gemeinden	Privathaushalte											Personen in Privat- haushalten	Durch- schnittliche Haushalts- größe (An- zahl der Personen je Haushalt)
		insgesamt	davon mit ... Personen											
			1		2		3		4		5 und mehr			
			Anzahl	% von Sp. 2	Anzahl	% von Sp. 2	Anzahl	% von Sp. 2	Anzahl	% von Sp. 2	Anzahl	% von Sp. 2	Anzahl	
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
unter 1 000	97	16 524	3 135	19,0	4 212	25,5	2 981	18,0	3 316	20,1	2 880	17,4	49 907	3,02
1 000 - 2 000	158	87 818	19 133	21,8	22 338	25,4	16 713	19,0	17 370	19,8	12 264	14,0	251 508	2,86
2 000 - 5 000	419	499 358	113 790	22,8	130 086	26,1	97 915	19,6	98 152	19,7	59 415	11,9	1 387 176	2,78
5 000 - 10 000	237	632 981	159 982	25,3	171 621	27,1	124 220	19,6	118 133	18,7	58 025	9,3	1 668 978	2,64
10 000 - 20 000	119	642 760	182 877	28,5	179 471	27,9	122 170	19,0	107 666	16,8	50 578	7,9	1 612 900	2,51
20 000 - 50 000	60	742 150	231 547	31,2	208 825	28,1	133 665	18,0	115 995	15,6	52 118	7,0	1 796 003	2,42
50 000 - 100 000	13	398 580	156 468	39,3	106 229	26,7	62 079	15,6	51 868	13,0	21 938	5,5	880 157	2,21
100 000 und mehr	8	880 004	405 743	46,1	234 520	26,6	121 779	13,8	84 412	9,6	33 550	3,8	1 758 185	2,00
Insgesamt	1 111	3 900 175	1 272 673	32,6	1 057 302	27,1	681 522	17,5	596 912	15,3	291 766	7,5	9 404 814	2,41

Wie sehr sich Einpersonenhaushalte in großen Städten konzentrieren, machen auch folgende Zahlen deutlich: Fast ein Drittel (31,9 %) aller Alleinlebenden hatten 1987 ihren Haushalt in einer der acht Großstädte des Landes mit mehr als 100 000 Einwohnern. Ein weiteres knappes Drittel (30,5 %) lebte in den 73 Gemeinden zwischen 20 000 und 100 000 Einwohnern. Das gute letzte Drittel (37,6 %) der Einpersonenhaushalte verteilte sich auf die 1030 Gemeinden mit bis zu 20 000 Einwohnern.

1988 etwa 130 000 Haushalte mit Allein-
 erziehenden in Baden-Württemberg

Bei einer Analyse der Veränderungen in der Haushaltsstruktur verdient noch eine spezielle Gruppe von Haushalten bzw. Familien besondere Aufmerksamkeit, die - aufgrund ihrer vielfältigen spezifischen Problemlagen - relativ häufig Gegenstand der politischen Diskussion ist. Gemeint sind alleinstehende Mütter oder Väter mit minderjährigen Kindern, kurz auch "Alleinerziehende" genannt.

Als Alleinerziehende werden alleinstehende - d.h. ledige, verheiratet getrenntlebende, verwitwete oder geschiedene - Männer oder Frauen bezeichnet, die mit ihren unter 18jährigen Kindern als Ein-Elternteil-Familie leben. Da Familie und Haushalt nicht identisch sein müssen, ist es möglich, daß noch andere verwandte oder familienfremde Personen zum Haushalt gehören. So

können z.B. Alleinerziehende im Haushalt ihrer Eltern wohnen oder mit einem Partner in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft leben. Es wird geschätzt, daß etwa 10 % der alleinerziehenden Mütter und knapp 30 % der Väter mit einem festen Partner zusammenleben¹³.

Wie die Definition der Alleinerziehenden deutlich macht, sind Ergebnisse statistischer Erhebungen mit Pflichtauskunft wie der Volkszählung 1987, die sich - nicht zuletzt zum Schutz der Privatsphäre - lediglich auf den Aspekt des "Haushalts" beschränken, aber keine Aussagen über die verwandtschaftlichen Beziehungen der Haushaltsmitglieder machen, zur Identifikation und Beschreibung dieser Personengruppe we-

13) Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hg.): Alleinerziehende in der Bundesrepublik Deutschland, Heft 21 der "Materialien und Berichte" der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle, Stuttgart 1989, S. 7. - Zur Gesamtproblematik der nichtehelichen Lebensgemeinschaften siehe auch Wingen, Max: Nichteheliche Lebensgemeinschaften (Formen - Motive - Folgen), Reihe "Texte und Thesen", Bd. 171, Zürich u. Osnabrück 1984.

nig geeignet¹⁴. Der folgenden Darstellung liegen deshalb Ergebnisse der jährlich durchgeführten Mikrozensus-erhebung zugrunde, die im Rahmen der Familienstatistik auch Daten über die Alleinerziehenden und ihre Kinder bereitstellt. Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen insofern nicht Haushalte, sondern Familien.

Wie Tabelle 10 ausweist, gab es 1988¹⁵ etwa 130 000 Familien von Alleinerziehenden in Baden-Württemberg, 35 000

mehr als im Jahr 1972. Da im gleichen Zeitraum die Gesamtzahl der Familien mit minderjährigen Kindern deutlich zurückgegangen ist, ist die Quote der Ein-Elternteil-Familien von 7,2 % auf 11,9 % gestiegen.

Die prozentuale Zunahme war bei den alleinerziehenden Männern (+ 43 %) gegenüber den Frauen (+ 36 %), zumindest in diesen 16 Jahren, nur leicht höher. An der Tatsache, daß es sich bei Alleinerziehenden ganz überwiegend um Frauen handelt, hat sich nichts geändert. Etwa 110 000 alleinerziehenden Müttern standen 1988 lediglich knapp 20 000 ebensolche Väter gegenüber. Damit war nur jede siebte alleinerziehende Person (15 %) ein Mann.

14) Gewisse Anhaltspunkte über die Größenordnung der Haushalte von Alleinerziehenden lassen sich aus der Volkszählung 1987 anhand der Ergebnisse über die "Sonstigen Haushalte (Haushalte ohne verheiratete Paare) mit ledigen Personen unter 18 Jahren im Haushalt" gewinnen. Einschränkend ist hierbei allerdings zu beachten: Die für Alleinerziehende definitionsgemäße Voraussetzung "Elternteil/Kind" muß nicht gegeben sein, da in der Volkszählung Verwandtschaftsverhältnisse der Haushaltsmitglieder nicht erhoben wurden. Auch läßt sich in den Fällen, in denen mehr als eine erwachsene Person im Haushalt lebt, nicht feststellen, welche dieser Personen der/die "Alleinerziehende" ist. Zudem basiert diese zur Haushaltsstatistik zu rechnende Auswertung der Volkszählung auf der "Bevölkerung in Privathaushalten", wogegen den im Rahmen der Familienstatistik des Mikrozensus festgestellten Ergebnissen über Alleinerziehende die "Bevölkerung am Familienwohnsitz" zugrunde liegt.

15) Die im folgenden dargestellten Mikrozensus-Ergebnisse des Jahres 1988 stehen für das Jahr 1987 nicht in aufbereiteter Form zur Verfügung. Ebenso liegen vor dem Jahr 1972 keine Mikrozensus-Ergebnisse vor, so daß gegenüber oben ein anderer Betrachtungszeitraum gewählt werden mußte.

Eine Aufschlüsselung der alleinerziehenden Mütter nach ihrem Alter (Tabelle 11) zeigt folgendes Ergebnis: Die größte Gruppe stellen die 25- bis unter 35jährigen mit 39 %, vor der Altersgruppe 35 bis unter 45 Jahre mit 33 %. Ein noch höheres Lebensalter weisen 19 % der weiblichen Alleinerziehenden auf. Knapp jede zehnte alleinerziehende Mutter (9 %) ist noch keine 25 Jahre alt. Entsprechende statistische Aussagen für alleinerziehende Männer sind wegen teilweise zu niedriger Fallzahlen auf Landesebene leider nicht möglich¹⁶. Doch dürfte bei ihnen, wie auch die Ergebnisse auf Bundesebene zeigen, das Lebensalter im Durchschnitt höher liegen als bei den Frauen.

Dieselbe Einschränkung ist auch hinsichtlich des Familienstandes der alleinerziehenden Männer zu machen. Bei den alleinerziehenden Müttern ergibt sich für das Jahr 1988 folgendes Bild: Der größte Teil dieser Frauen (44 %) ist geschieden, 25 % sind ledig, 18 % sind verwitwet und 13 % sind verheiratet, leben aber von ihrem Partner getrennt.

16) Aus diesem Grund wurden bei den Tabellen über Alleinerziehende zu Vergleichszwecken die Bundesergebnisse mit aufgeführt.

Tabelle 10

Familien Alleinerziehender mit Kindern unter 18 Jahren in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1972 - 1988*) nach Geschlecht

Jahr	Familien mit ledigen Kindern unter 18 Jahren insgesamt	Darunter Familien Alleinerziehender					
		zusammen		Alleinerziehende Mütter		Alleinerziehende Väter	
		in 1000	% von Sp. 1	in 1000	% von Sp. 2	in 1000	% von Sp. 2
		1	2	3	4	5	6
Baden-Württemberg,							
1972	1 311,7	94,7	7,2	81,0	85,5	13,7	14,5
1975	1 352,0	96,4	7,1	81,8	84,9	14,6	15,1
1978	1 295,3	113,2	8,7	98,8	87,3	14,4	12,7
1980	1 292,5	120,7	9,3	103,8	86,0	16,9	14,0
1982	1 264,6	124,5	9,8	107,2	86,1	17,3	13,9
1985	1 144,0	127,8	11,2	107,4	84,0	20,4	16,0
1988	1 094,2	129,7	11,9	110,1	84,9	19,6	15,1
Bundesgebiet							
1972	8 871	706	8,0	618	87,5	88	12,5
1975	8 784	736	8,4	640	87,0	96	13,0
1978	8 524	823	9,7	711	86,4	112	13,6
1980	8 408	868	10,3	728	83,9	141	16,2
1982	8 167	927	11,4	782	84,4	145	15,6
1985	7 338	941	12,8	803	85,3	138	14,7
1988	6 910	952	13,8	817	85,8	135	14,2

*) Ergebnisse des Mikrozensus.

Bei den Männern ist, so die Bundesergebnisse 1988¹⁷⁾, die Mehrzahl ebenfalls geschieden (41 %), immerhin 16 % sind ledig, 24 % sind verwitwet und 19 % leben getrennt.

Mehr Ein-Elternteil-Familien wegen gesteigener Zahl der Ehescheidungen und nichtehelicher Geburten

Wie Untersuchungen¹⁸⁾ zeigen, ist in der Vergangenheit der Anteil der Verwitweten an den Alleinerziehenden kontinuierlich gesunken, während der von Ge-

schiedenen erheblich angestiegen ist. Auch der Anteil der ledigen Mütter und Väter hat sich insbesondere in den letzten Jahren deutlich erhöht. Diese Entwicklung läßt vermuten, daß für die Zunahme der Ein-Elternteil-Familien aus demographischer Sicht im wesentlichen zwei Faktoren ausschlaggebend waren: Einmal die zunehmende Zahl nichtehelicher Geburten, zum anderen der Anstieg der Ehescheidungen. Diese Tendenzen vollziehen sich wiederum vor dem Hintergrund von heute deutlich gewandelten Einstellungen zu Ehe und Familie.

So geht heute nicht mehr in der Regelmäßigkeit wie früher der Geburt eines Kindes eine Eheschließung voraus, vielmehr wird immer öfter die bewußte Entscheidung getroffen, bei der Familiengründung auf eine legalisierte Partnerschaft unter Inkaufnahme möglicher ökonomischer und sozialer Nachteile zu verzichten. 1988 gab es in Baden-Würt-

17) Vgl. Statistisches Bundesamt, Ergebnisse des Mikrozensus 1988, a.a.O., S. 107.

18) Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hg.), Alleinerziehende in der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 8 ff.

temberg bereits 27 000 ledige alleinerziehende Mütter, wobei allerdings bedacht werden sollte, daß etwa ein Drittel dieser Mütter mit einem Partner zusammenleben dürfte¹⁹.

Von noch größerer Bedeutung für die Zunahme der Ein-Elternteil-Familien ist allerdings die Entwicklung der Ehescheidungen. Man kann auf Grund der bisherigen Entwicklung davon ausgehen, daß künftig etwa ein Drittel der neu geschlossenen Ehen irgendwann durch Scheidung wieder gelöst wird. Bereits heute geht die überwiegende Anzahl der

Ein-Elternteil-Familien aus einer geschiedenen Ehe hervor. Bundesweit stieg der Anteil der geschiedenen Alleinerziehenden an den Alleinerziehenden insgesamt im Zeitraum von 1972 bis 1988 bei den Männern von 34 % auf 41 %, bei den Frauen von 38 % auf 46 %²⁰. In Baden-Württemberg lag diese Quote 1988 bei den Frauen wie erwähnt bei 44 %, was in absoluten Zahlen 48 500 geschiedenen alleinerziehenden Frauen entspricht. Übernimmt man den auf Bundesebene ermittelten Anteilswert bei den Männern für das Land, wäre für das Jahr 1988 von etwa 8 000 geschiedenen alleinerziehenden Männern auszugehen.

- 19) Vgl. z.B. Wingen, Max: Unterschiedliche Grundmuster von Familienpolitik und gesellschaftlicher Wandel, in: Lüscher, K.; Schulteis, F.; Wehrspau, M. (Hg.): Die "postmoderne" Familie, Konstanz 1988, S. 355.

Tabelle 11

Altersstruktur der Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1988*)

Alter von ... bis unter ... Jahren	Alleinerziehende Mütter		Alleinerziehende Väter	
	in 1000	%	in 1000	%
Baden-Württemberg				
unter 25	10,2	9,3	/	/
25 - 35	42,4	38,5	/	/
35 - 45	36,4	33,1	(7,8)	(39,8)
45 - 55	16,9	15,3	(5,0)	(25,5)
55 und älter	/	/	/	/
Insgesamt	110,1	100	19,6	100
Bundesgebiet				
unter 25	73	8,9	8	5,9
25 - 35	315	38,6	28	20,7
35 - 45	274	33,5	49	36,3
45 - 55	127	15,5	37	27,4
55 und älter	29	3,6	13	9,6
Insgesamt	817	100	135	100

*) Ergebnisse des Mikrozensus.

Fast drei Viertel der Alleinerziehenden hat (nur) ein Kind zu versorgen

Zur Beurteilung der Situation der Alleinerziehenden-Familien sind Kenntnisse über Anzahl und Alter der Kinder unabdingbar, da z.B. der Umfang einer Erwerbstätigkeit sowie die benötigten Kinderbetreuungsmöglichkeiten auch wesentlich vom Alter des Kindes mit abhängen. Zur Beantwortung dieser Frage muß ebenfalls teilweise auf Bundesergebnisse des Mikrozensus zurückgegriffen werden. Nach den Ergebnissen für Baden-Württemberg hatten 1988 fast drei Viertel (74 %) aller Alleinerziehenden (nur) ein Kind zu versorgen, 21 % zwei Kinder und 5 % drei oder mehr Kinder, wobei die prozentualen Unterschiede - zumindest bei 1-Kind-Familien - zwischen Vätern und Müttern nur unwesentlich sind (Tabelle 12). Statistisch gesicherte Zahlen über alleinerziehende Väter mit zwei bzw. drei und mehr Kindern liegen wegen zu geringer Fallzahlen auf Landesebene nicht vor. Die durchschnittliche Kinderzahl pro Ein-Elternteil-Familie lag bei 1,3.

Eine Differenzierung nach dem Familienstand der alleinerziehenden Mütter zeigt darüber hinaus, daß die große Mehrzahl der ledigen Mütter (86 %) nur ein Kind hat. Die durchschnittliche Kinderzahl

- 20) Vgl. Statistisches Bundesamt, Ergebnisse des Mikrozensus 1988, a.a.O., S. 239.

Tabelle 12

Familien Alleinerziehender mit Kindern unter 18 Jahren in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1988*) nach der Anzahl der Kinder

Familien mit ... Kind(ern)	Alleinerziehende insgesamt		Alleinerziehende Mütter		Davon				Alleinerziehende Väter	
					ledig	verheiratet getrennt- lebend	verwitwet	ge- schieden		
	in 1000	%	in 1000	%					in 1000	
Baden-Württemberg										
1	95,9	74,0	81,5	74,0	23,3	(9,6)	14,4	34,2	14,4	73,5
2	27,3	21,0	23,4	21,3	/	/	/	11,5	/	/
3 und mehr	(6,5)	(5,0)	(5,2)	(4,7)	/	/	/	/	/	/
Insgesamt	129,7	100	110,1	100	27,0	14,8	19,8	48,5	19,6	100
Anzahl der Kinder insgesamt	170,7		144,5		31,0	21,0	26,6	65,9	26,2	
Durchschnittliche Anzahl der Kinder pro Familie	1,32		1,31		1,15	1,42	1,34	1,36	1,34	
Bundesgebiet										
1	694	72,9	589	72,1	170	76	91	252	105	77,8
2	207	21,7	183	22,4	25	37	25	96	25	18,5
3 und mehr	50	5,3	45	5,5	3	9	8	25	5	3,7
Insgesamt	952	100	817	100	198	122	124	373	135	100
Anzahl der Kinder insgesamt	1 276		1 105		231	180	166	528	171	
Durchschnittliche Anzahl der Kinder pro Familie	1,34		1,35		1,17	1,48	1,34	1,42	1,27	

*) Ergebnisse des Mikrozensus.

liegt bei ihnen deshalb etwas unter 1,2. Geringfügig unter dem Durchschnittswert für die alleinerziehenden Mütter insgesamt (74 %) liegen die verwitweten und geschiedenen Mütter, von denen 73 % bzw. 71 % ein Kind zu betreuen haben. Der Anteil der 1-Kind-Familien liegt bei den verheiratet getrenntlebenden weiblichen Alleinerziehenden mit 65 % am geringsten. Sie müssen sich im Schnitt um 1,4 Kinder kümmern.

Was die Altersstruktur der Kinder angeht, gibt es zwischen den alleinerziehenden Vätern und Müttern zum Teil deutlichere Unterschiede. In 17 % aller Familien von alleinerziehenden Frauen gibt es – mindestens – ein Kind unter 3 Jahren, in 32 % (mindestens) ein Kind

unter 6 Jahren und in 78 % (mindestens) ein Kind unter 15 Jahren, wobei sich die Prozentzahlen zu mehr als 100 % addieren, da eine Familie ggf. in zwei oder allen drei Gruppierungen zu zählen ist. Bei den alleinerziehenden Vätern ist nach den Mikrozensus-Ergebnissen auf Bundesebene davon auszugehen, daß der Anteil der Väter mit jüngeren Kindern deutlich geringer ist. So dürften nur etwa 20 % der Väter Kinder unter 6 Jahren zu versorgen haben²¹. Der – wiederum für das Land Baden-Württemberg im Jahr 1988 – errechnete Wert für Väter mit Kindern unter 15

21) Vgl. ebenda, S. 107.

Jahren liegt dagegen mit 75 % etwas unter dem entsprechenden Wert der Mütter. Dies läßt das Resümee zu, daß in den Ein-Elternteil-Familien jüngere Kinder, die einer besonders intensiven Betreuung und Zuwendung bedürfen, offensichtlich relativ häufiger bei den Müttern, ältere Kinder dagegen vergleichsweise häufiger bei den Vätern leben.

II: Vorausrechnung zur Entwicklung von Zahl und Struktur der Privathaushalte bis zum Jahr 2005

Neben den dargestellten deutlichen Strukturveränderungen des Zusammenlebens in Privathaushalten interessieren für die politische Planung nun auch die möglichen Perspektiven der weiteren Entwicklung. Schon in früheren Jahren mußte darauf hingewiesen werden, daß die Zahl der Haushalte bei stagnierender Gesamtbevölkerungszahl nicht gleichfalls stagnieren muß, ja sogar bei rückläufiger Gesamtbevölkerung zunächst vorübergehend noch weiter ansteigen kann. Solche Zusammenhänge erscheinen zum Beispiel auf dem Gebiet der Wohnungsbauplanung wichtig. In der vorliegenden Analyse wird daher auch der Versuch unternommen, auf der Grundlage jüngster demographischer Vorausrechnungen für Baden-Württemberg Aussagen speziell über die künftige Entwicklung der Privathaushalte zu machen. Dies ist naturgemäß ein mindestens ebenso risikobehaftetes Unterfangen wie allgemeine Bevölkerungsvorausrechnungen.

In der amtlichen Statistik wurden Haushaltsvorausrechnungen bisher mit Hilfe des Haushaltsvorstandsquotenverfahrens bzw. des Haushaltsmitgliederquotenverfahrens erstellt²², wobei sich in diesem Bereich das letztgenannte Verfahren immer mehr durchgesetzt hat²³. Die für beide Verfahren benötigten Ausgangsdaten stellen die Volkszählungen und die jährlich durchgeführten Mikrozensus-Erhebungen bereit. Da im Mikrozensus die Haushaltsmitglieder nach der Haushaltsgröße allerdings erst seit dem Jahr 1972 nachgewiesen werden und die entsprechenden Zahlen für die Anwendung des Haushaltsmitgliederquotenverfahrens unabdingbar sind, kann dieses Verfahren - stellt man in Rech-

nung, daß eine hinreichend lange Reihe von Stützjahren vorliegen muß - erst in jüngerer Zeit angewandt werden. Vor 1972 lagen Daten nur über die Haushaltsvorstände (heute: Bezugspersonen der Haushalte) vor. Die letzte vom Statistischen Landesamt für Baden-Württemberg erstellte Haushaltsvorausrechnung, datierend aus dem Jahr 1981, basierte dementsprechend auf dem Haushaltsvorstandsquotenverfahren²⁴, während die vorliegende nach dem Haushaltsmitgliederquotenverfahren durchgeführt wurde.

22) Einen Überblick über diese Verfahren gibt Linke, Wilfried: Drei Verfahren zur Vorausschätzung der Privathaushalte, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Heft 1/1983, S. 27. Diese und weitere Ansätze, z.B. Simulationsverfahren, werden auch kurz beschrieben bei Bucher, Hansjörg: Synopse über die in der Bundesrepublik Deutschland angewandten methodischen Ansätze zur Prognose der Zahl und Struktur der privaten Haushalte, in: Birg, Herwig (Hg.): Demographische Methoden zur Prognose der Haushalts- und Familienstruktur, Frankfurt/New York: Campus, 1986, S. 13.

23) Vgl. z.B.: Müller, Alexander: Künftige Entwicklung der privaten Haushalte, in: Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 4/1986, S. 218; Putz, Friedrich: Das Haushaltsmitgliederquotenverfahren in der Anwendung, in: Birg, Herwig: Demographische Methoden zur Prognose der Haushalts- und Familienstruktur, a.a.O., S. 123; Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes zur Entwicklung der Privathaushalte in der Bundesrepublik Deutschland, in: Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland (2. Teil), Bundestagsdrucksache 10/863 vom 5.1.1984, S. 149.

24) Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Statistischer Bericht A 1 8 / S - Basis 1980, vom 18.5.1981.

Haushaltsmitglieder- versus Haushaltsvorstandsquotenverfahren

Beiden Methoden ist gemein, daß sie von einem makroanalytischen Ansatz ausgehen, d.h. daß die Vorausrechnung nicht – wie z.B. bei Simulationsmodellen – auf den Individualdaten einzelner Personen basiert, sondern an Bevölkerungsaggregaten (z.B. Bevölkerung nach Altersgruppen, Geschlecht, Nationalität) ansetzt. Dementsprechend wird auch nicht angestrebt, Haushalts- bzw. Familienbildungsprozesse im Detail möglichst realistisch nachzuvollziehen, sondern es werden als aggregierte Verhaltensparameter interpretierbare Quoten herangezogen, wobei allein auf das Vorausrechnungsergebnis, nämlich den zu erwartenden Haushaltsbestand, abgestellt wird, nicht aber auf dessen Zustandekommen. Diese Einschränkung hinsichtlich der Aussagekraft des Ergebnisses wird dadurch aufgewogen, daß auf das für die Quotenverfahren benötigte Datenmaterial ein problemloser Zugriff möglich ist, während Daten, die den Haushaltsbildungsprozeß in seiner ganzen Komplexität abzubilden vermögen, nicht in wünschenswertem Ausmaß zur Verfügung stehen.

Sowohl das Haushaltsvorstandsquoten- als auch das Haushaltsmitgliederquotenverfahren knüpfen an vorausgegangene Bevölkerungsvorausrechnungen an. Beim Haushaltsvorstandsquotenverfahren wird zunächst für jeden Haushalt eine Person als Haushaltsvorstand definiert. Dann wird der Anteil der Haushaltsvorstände an der Bevölkerung, in der Regel unterteilt nach Alter, Geschlecht und ggf. Staatsangehörigkeit, errechnet. Auch eine Differenzierung nach der Haushaltsgröße ist grundsätzlich möglich. Diese Haushaltsvorstandsquoten werden extrapoliert und mit den jeweiligen vorausgerechneten Bevölkerungszahlen multipliziert. Durch Aufsummierung erhält man die Anzahl der Haushalte, die mit der Zahl der Haushaltsvorstände identisch ist. Da die Bevölkerungszahlen und die Haushaltsvorstandsquoten unabhängig voneinander ermittelt werden, können allerdings Kompatibilitätsprobleme, d.h. zahlenmäßige Unstimmigkeiten, bei der Zusam-

menführung beider Werte auftreten, die ggf. bereinigt werden müssen ²⁵.

Dies ist beim Haushaltsmitgliederquotenverfahren ausgeschlossen, da es unmittelbar bei der vorausgerechneten Bevölkerung ansetzt und diese lediglich auf die einzelnen Haushaltsgrößen "verteilt". Bei diesem Verfahren wird – seinem Namen entsprechend – jedes Haushaltsmitglied mit seinen speziellen Merkmalen gleichgewichtig berücksichtigt. Das Grundproblem des Haushaltsvorstandsquotenverfahrens, nämlich die Ableitung der Haushaltsgröße aus den Merkmalen lediglich eines seiner Mitglieder, tritt somit nicht auf ²⁶. Ein weiterer Vorteil dieses Verfahrens ist, daß im Ergebnis die Mehrpersonenhaushalte nach einzelnen Haushaltsgrößen ohne besondere Abstimmungsprobleme aufgegliedert erscheinen. Als Nachteil des Haushaltsmitgliederquotenverfahrens kann es demgegenüber aber angesehen werden, daß es im Gegensatz zu jenem Verfahren, bei dem aus der Kenntnis der Merkmale des Haushaltsvorstandes wenigstens ansatzweise Rückschlüsse auf die Zusammensetzung des Haushalts möglich sind, hierfür keinerlei Hinweise liefert ²⁷.

Grundlage: Bevölkerungsvorausrechnung für Baden-Württemberg

Die vorliegende Haushaltsvorausrechnung basiert auf einer vom Statistischen Landesamt aktuell erstellten Bevölkerungsvorausrechnung für Baden-Württemberg ²⁸. Angesichts der bereits an-

25) Vgl. hierzu und zu den weiteren Vor- und Nachteilen des Haushaltsvorstands- und des Haushaltsmitgliederquotenverfahrens insbesondere Putz, Friedrich: Das Haushaltsmitgliederquotenverfahren in der Anwendung, a.a.O., S.125 ff.

26) Vgl. ebenda, S. 126 f.

27) Vgl. Bucher, Hansjörg: Synopse ..., a.a.O., S. 26.

28) Eine Veröffentlichung in der Reihe der "Statistischen Berichte" (A I 8 – Basis 1.1.1990) ist für das 3. Quartal 1991 vorgesehen.

gesprochenen zur Zeit bestehenden besonderen Unwägbarkeiten im Hinblick auf die künftige Entwicklung der Zuwanderungszahlen erschien es nicht vertretbar, der Bevölkerungsvorausrechnung lediglich ein einziges Bündel von Annahmen zugrunde zu legen und andere denkbare Entwicklungen von vornherein auszublenden. Es wurden deshalb zwei Varianten berechnet, um die gesamte mögliche Spannweite der künftigen Bevölkerungsentwicklung aufzuzeigen. Die erste Variante geht von einer niedrigen Fruchtbarkeit verbunden mit einem niedrigen Wanderungsansatz aus, während die zweite Variante beide Faktoren deutlich höher ansetzt. Die mit dieser Vorgehensweise verbundene eingeschränkte Aussagekraft der Ergebnisse mußte im Interesse der Nutzer der Analyse in der politischen Planung in Kauf genommen werden ²⁹.

29) Vgl. hierzu auch Wingen, Max: Bevölkerungsvorausrechnungen als Aufgabe der amtlichen Statistik in der Politikberatung, Vortrag vor dem "Ausschuß für empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie" der Deutschen Statistischen Gesellschaft am 3.10.1990 in Stuttgart, unveröffentlichtes Manuskript, der im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit der amtlichen Statistik aber auch im wohlverstandenen Interesse der Informationsempfänger selbst ein Aufzeigen der gesamten Bandbreite der möglichen künftigen Entwicklung fordert: "Eine Konsequenz für die amtliche Statistik sollte sein, den Nutzern in Politik und Verwaltung ein Denken in "Korridoren" (Bandbreiten) der Entwicklung zuzumuten, In aller Regel erscheint allein ein solcher Ansatz, der von vornherein über die Präsentation nur einer einzigen Vorausrechnung hinausgeht, problemangemessen und vertretbar. Nur so kann auch vermieden werden, daß - wie gerade bei Verzicht auf alternative Annahmen leicht der Fall - für die Zukunft eine Wirklichkeit suggeriert wird, die mit sich ändernden Voraussetzungen und Rahmenbedingungen des demographischen Prozesses deutlich anders aussehen kann."

Grundlage der Bevölkerungsvorausrechnung, die einen Zeithorizont von 15 Jahren abdeckt, ist der Bevölkerungsstand vom 1. Januar 1990. Während bei beiden Varianten die Entwicklung der Sterblichkeit gleich angesetzt wurde, wurde die Fruchtbarkeit bei Variante I im gesamten Vorausrechnungszeitraum konstant auf dem Niveau des Jahres 1990 gehalten. Bei Variante II wurde von einem leichten Anstieg der Fruchtbarkeit bis zum Jahr 2000 ausgegangen, mit anschließender Beibehaltung des erreichten Niveaus.

Auch die Wanderungsansätze unterscheiden sich bei den beiden Varianten. Während für das Jahr 1990 noch in beiden Fällen ein Wanderungsgewinn von 190.000 Personen angenommen wurde, wurde für 1991 in Variante I ein Wanderungsgewinn von nur noch 85.000 Personen zugrundegelegt, der bis 1993 weiter auf 30.000 Personen im Jahr sinkt und dann in dieser Höhe konstant bleibt. Variante II geht dagegen von einem höheren Wanderungsüberschuß von 135.000 Personen noch im Jahr 1991 aus, der in den Folgejahren zwar auch kontinuierlich abnimmt, aber ab 1995 immer noch 35.000 Personen pro Jahr beträgt.

Das Haushaltsmitgliederquotenverfahren in der Durchführung

Die Vorausschätzung der Haushalte nach dem Haushaltsmitgliederquotenverfahren gliedert sich in folgende Arbeitsschritte:

Zunächst sind für die Stützjahre der Prognose die Haushaltsmitgliederquoten zu errechnen. Hierzu wird die jeweilige Bevölkerung in Privathaushalten benötigt, getrennt nach Altersgruppen, Geschlecht und Haushaltsgröße, ggf. zusätzlich nach Staatsangehörigkeit. Für jede Altersgruppe werden nun die Prozentanteile der Personen berechnet, die in einem Haushalt bestimmter Größe leben, wobei eine Aufgliederung von Einpersonenhaushalten bis zu Haushalten mit fünf und mehr Personen üblich ist. Diese Prozentanteile, die Haushaltsmitgliederquoten, addieren sich für jede Altersgruppe auf 100 Prozent. Für die vorliegende Vorausrechnung wurden für die Stützjahre 1973, 1976, 1979, 1982 und 1985 die altersgruppenspezifischen

Haushaltsmitgliederquoten aus dem Datenmaterial des Mikrozensus errechnet, für das Jahr 1987 aus dem der Volkszählung. Die Unterteilung der Altersgruppen folgte den zur Verfügung stehenden Tabellen, d.h. zwischen der ersten Altersgruppe (unter 20 Jahren) und der letzten (75 und mehr Jahre) wurde die Unterteilung in fünf Altersjahre umfassende Gruppen beibehalten. Auf eine an sich wünschenswerte getrennte Vorausrechnung der deutschen und ausländischen Haushalte mußte verzichtet werden, da die der Haushaltsvorausrechnung zugrundeliegende Bevölkerungsvorausrechnung aus methodischen Gründen keine Unterscheidung nach Nationalität beinhaltet.

Als zweiter Schritt wurden die für die Stützjahre errechneten Haushaltsmitgliederquoten mit Hilfe der Methode der kleinsten Quadrate extrapoliert, um die voraussichtlichen Werte für die Prognosejahre 1990, 1995, 2000 und 2005 zu erhalten. Dabei zeigte sich, daß eine mechanistische Verwendung der so gewonnenen Quoten nicht möglich war, da sich in einigen Fällen negative Werte ergeben hatten. Eine teilweise Anpassung der vorausgeschätzten Haushaltsmitgliederquoten an zwangsläufige oder zumindest wahrscheinliche Grenzen der Entwicklung bei den einzelnen Haushaltsgrößen war somit unumgänglich.

Es wurden deshalb für die weiteren Berechnungen zwei Alternativen ausgewählt, die die bisher zu beobachtende Entwicklung der Haushaltsstrukturen zunächst aufnehmen, dann aber, zu unterschiedlichen Zeitpunkten, die erreichten Quoten konstant halten. Zielsetzung dabei war es, durch die gewählten Alternativen den Bereich abzugrenzen, in dem die tatsächliche Entwicklung nach heutiger Erkenntnis mit einiger Wahrscheinlichkeit liegen könnte. Die erste Alternative übernimmt die mittels linearer Regression gewonnenen Haushaltsmitgliederquoten für das Jahr 1990 und hält diese Quoten dann bis zum Jahr 2005 konstant. Die zweite Alternative übernimmt die errechneten Quoten der Jahre 1990 und 1995 und hält sie dann auf dem Stand von 1995 konstant. Grundlage für die Wahl dieser beiden Alternativen war zum einen die Annahme, daß die bisherige Entwick-

lung, die zu einer Verringerung der durchschnittlichen Haushaltsgrößen führte, in einem überschaubaren Zeitraum zu Ende kommen wird. Darauf deuten auch bereits einzelne Faktoren hin. So haben sich z.B. die Geburten- und Scheidungszahlen nach stärkeren Veränderungen in den 70er und Anfang der 80er Jahre inzwischen auf einem relativ konstanten Niveau eingependelt. Auch die verhältnismäßig starke Abnahme von Familien mit drei Kindern setzt sich zur Zeit nicht weiter fort, wodurch sich die Zahl der 5-Personen-Haushalte wieder stabilisieren dürfte. Zum anderen erschien eine weitergehende Ausdifferenzierung der Vorausrechnungsvarianten, z.B. durch altersgruppenspezifische Abänderungen bei den Haushaltsmitgliederquoten, angesichts der Spannweite der zugrundeliegenden Bevölkerungsvorausrechnung als nicht sinnvoll.

Bevor die Haushaltsmitgliederquoten (Tabelle 13) mit den Ergebnissen der Bevölkerungsvorausrechnung in Beziehung gesetzt werden konnten, mußten die vorausgerechneten Bevölkerungszahlen in die "Bevölkerung in Privathaushalten" umgewandelt werden. Zu diesem Zweck wurden, getrennt nach Altersgruppen und Geschlecht, durch Gegenüberstellung der "Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung" und der "Bevölkerung in Privathaushalten" aus der Volkszählung 1987 Abweichungsquotienten errechnet, mit denen die vorausgerechneten Bevölkerungszahlen der Varianten I und II multipliziert wurden. Da mit den Ergebnissen der Volkszählung 1987 für die Berechnung der Abweichungsquotienten sowohl relativ zeitnahe als auch aus einer Totalerhebung stammende Daten zur Verfügung standen, erschien ihre ausschließliche Verwendung gerechtfertigt.

Im nächsten Schritt, der für Variante I und II der Bevölkerungsvorausrechnung separat durchzuführen war, wurde die so nach Geschlecht, Altersgruppe und Prognosejahr getrennt ermittelte Bevölkerung in Privathaushalten mit den fünf Haushaltsmitgliederquoten (entsprechend der Unterteilung in fünf Haushaltsgrößen) multipliziert. Und zwar wurden die Haushaltsmitgliederquoten der ersten Alternative, die im Ergebnis verglichen mit Alternative zwei zu größeren Haus-

Tabelle 13

Haushaltsmitgliederquoten*) für Privathaushalte in Baden-Württemberg 1987, 1990 und 1995

Alter von ... bis unter ... Jahren	Haushalte mit ...														
	1 Person			2 Personen			3 Personen			4 Personen			5 und mehr Personen		
	1987 ¹⁾	1990	1995	1987 ¹⁾	1990	1995	1987 ¹⁾	1990	1995	1987 ¹⁾	1990	1995	1987 ¹⁾	1990	1995
Männer															
unter 20	0,82	0,75	0,80	3,48	3,83	4,48	21,02	22,57	24,32	42,39	45,50	49,15	32,29	27,35	21,25
20 - 25	16,30	16,49	17,04	13,45	13,73	13,68	22,07	20,33	18,78	25,53	26,28	28,08	22,65	23,17	22,42
25 - 30	20,77	22,96	25,42	25,11	25,27	24,73	24,77	23,40	20,86	17,94	17,34	17,05	11,41	11,03	11,94
30 - 35	16,11	16,47	18,28	20,74	22,16	23,82	26,70	27,34	27,10	26,35	27,18	26,24	10,10	6,85	4,76
35 - 40	12,75	13,64	14,90	15,77	15,90	16,96	23,65	25,42	26,78	33,31	36,11	37,22	14,52	8,93	4,14
40 - 45	12,61	13,10	14,75	15,23	15,55	16,90	22,46	22,96	24,16	32,53	35,90	38,25	17,17	12,49	5,94
45 - 50	11,31	11,79	13,49	17,24	17,08	17,63	24,36	24,72	25,57	29,63	30,37	31,52	17,46	16,04	11,79
50 - 55	10,01	11,02	12,81	23,70	24,72	24,56	27,06	26,40	26,39	23,67	23,96	24,60	15,56	13,90	11,64
55 - 60	8,79	10,09	11,59	36,28	38,32	37,27	27,47	27,40	27,75	16,64	14,61	14,26	10,82	9,58	9,13
60 - 65	7,74	7,68	8,28	50,23	54,39	53,79	24,72	22,69	22,69	10,96	10,20	10,45	6,35	5,04	4,79
65 - 70	8,03	9,13	9,08	61,68	66,49	66,79	19,72	16,50	16,60	6,69	5,00	4,95	3,88	2,88	2,58
70 - 75	11,40	12,23	12,13	68,42	71,83	73,03	13,66	11,68	11,83	3,70	2,94	2,84	2,82	1,32	0,17
75 und mehr	20,52	21,79	21,80	61,59	64,09	66,05	9,77	8,51	8,22	3,44	2,57	2,38	4,68	3,04	1,55
Insgesamt	10,68	11,29	12,64	21,92	23,38	24,83	22,73	22,80	23,40	26,87	27,88	28,68	17,80	14,65	10,65
Frauen															
unter 20	1,28	1,30	1,46	3,99	4,36	4,92	20,67	22,10	23,81	41,68	44,78	48,34	32,38	27,46	21,47
20 - 25	18,33	20,48	22,68	22,42	22,34	21,79	20,69	18,48	15,43	20,87	20,14	20,79	17,69	18,56	19,31
25 - 30	15,71	17,65	20,70	26,70	28,44	30,34	25,91	25,21	23,21	21,54	20,71	18,51	10,14	7,99	7,24
30 - 35	9,78	11,21	13,42	18,28	19,57	21,53	25,28	25,87	26,08	32,82	34,14	33,60	13,84	9,21	5,37
35 - 40	6,70	7,30	8,59	15,09	15,68	17,07	23,96	25,06	26,60	35,92	39,12	41,01	18,33	12,84	6,73
40 - 45	6,28	6,79	7,74	16,50	16,04	16,74	25,38	25,80	27,30	33,32	35,62	37,82	18,52	15,75	10,40
45 - 50	6,66	5,88	5,38	21,18	20,15	19,25	27,90	28,08	29,18	27,61	29,51	31,91	16,65	16,38	14,28
50 - 55	8,75	8,75	7,49	30,61	33,17	32,81	28,69	27,69	28,33	19,54	18,10	19,14	12,41	12,29	12,23
55 - 60	13,94	14,17	11,57	42,67	43,28	42,53	24,76	25,16	26,96	11,64	11,58	12,98	6,99	5,81	5,96
60 - 65	23,31	23,80	21,06	49,17	53,27	55,08	17,68	15,33	16,29	6,17	5,27	5,63	3,67	2,33	1,94
65 - 70	35,37	37,66	37,16	47,88	49,38	50,43	10,90	9,06	9,36	3,13	2,31	2,21	2,72	1,59	0,84
70 - 75	48,95	51,87	52,77	39,08	40,10	40,95	6,32	4,77	4,37	2,29	1,40	1,10	3,36	1,86	0,81
75 und mehr	56,87	60,99	63,08	26,54	26,08	25,87	6,92	5,39	4,68	3,88	3,09	2,93	5,79	4,45	3,44
Insgesamt	16,22	17,78	19,07	23,01	24,19	25,38	20,81	20,70	21,24	23,99	24,50	25,14	15,97	12,83	9,17

*) Prozentanteil der Personen einer Altersgruppe, die in einem Haushalt bestimmter Größe leben. - 1) Ist-Ergebnis Volkszählung 1987.

halten und damit zu einer geringeren Gesamtzahl von Haushalten führt, auf die (niedrigere) Variante I der Bevölkerungsvorausrechnung angewandt, die Haushaltsmitgliederquoten der zweiten Alternative auf die (höhere) Variante II. Somit war für die einzelnen Bevölkerungsgruppen bekannt, wie sich die Personen zahlenmäßig auf die verschiedenen Haushaltsgrößen verteilen. Für

jede Haushaltsgröße und jedes Vorausrechnungsjahr wurde nun die Zahl der Haushaltsmitglieder aufaddiert und durch die jeweilige Haushaltsgröße geteilt. Das Ergebnis war die vorauszurechnende Zahl der Haushalte nach der Haushaltsgröße.

Das hierbei auftretende Problem des Teilers für Haushalte mit fünf und mehr

Tabelle 14
Mögliche Entwicklung der Privathaushalte in Baden-Württemberg bis 2005

Jahr	Privathaushalte insgesamt		Davon mit ... Personen										Durchschnittliche Haushaltsgröße (Anzahl der Personen je Haushalt)
			1		2		3		4		5 und mehr		
	in 1000	1987 = 100	in 1000	1987 = 100	in 1000	1987 = 100	in 1000	1987 = 100	in 1000	1987 = 100	in 1000	1987 = 100	
untere Variante													
1987 ¹⁾	3 900,2	100,0	1 272,7	100,0	1 057,3	100,0	681,5	100,0	596,9	100,0	291,8	100,0	2,41
1990	4 256,6	109,1	1 443,9	113,5	1 178,8	111,5	720,2	105,7	649,2	108,8	264,5	90,6	2,34
1995	4 385,5	112,4	1 463,5	115,0	1 236,4	116,9	746,0	109,5	673,7	112,9	265,9	91,1	2,34
2000	4 443,2	113,9	1 464,4	115,1	1 265,4	119,7	752,1	110,4	691,0	115,8	270,3	92,6	2,35
2005	4 496,8	115,3	1 491,6	117,2	1 295,5	122,5	749,4	110,0	686,9	115,1	273,4	93,7	2,34
obere Variante													
1987 ¹⁾	3 900,2	100,0	1 272,7	100,0	1 057,3	100,0	681,5	100,0	596,9	100,0	291,8	100,0	2,41
1990	4 256,6	109,1	1 443,9	113,5	1 178,8	111,5	720,2	105,7	649,2	108,8	264,5	90,6	2,34
1995	4 548,5	116,6	1 563,7	122,9	1 278,0	120,9	771,0	113,1	716,4	120,0	219,4	75,2	2,29
2000	4 627,9	118,7	1 563,9	122,9	1 313,0	124,2	786,2	115,4	743,0	124,5	221,8	76,0	2,31
2005	4 702,7	120,6	1 593,0	125,2	1 346,0	127,3	789,6	115,9	747,3	125,2	226,8	77,7	2,30

1) Ist-Ergebnis Volkszählung 1987.

Personen wurde so gelöst, daß für die sechs Stützjahre der Vorausrechnung die durchschnittlichen Größen dieser Haushalte ermittelt und diese Werte extrapoliert wurden. Entsprechend der Vorgehensweise bei den Haushaltsmitgliederquoten wurde im einen Fall der extrapolierte Wert des Jahres 1990 (5,29 Personen je Haushalt) für die Folgejahre als konstant angenommen, im anderen Fall derjenige des Jahres 1995 (5,17 Personen je Haushalt).

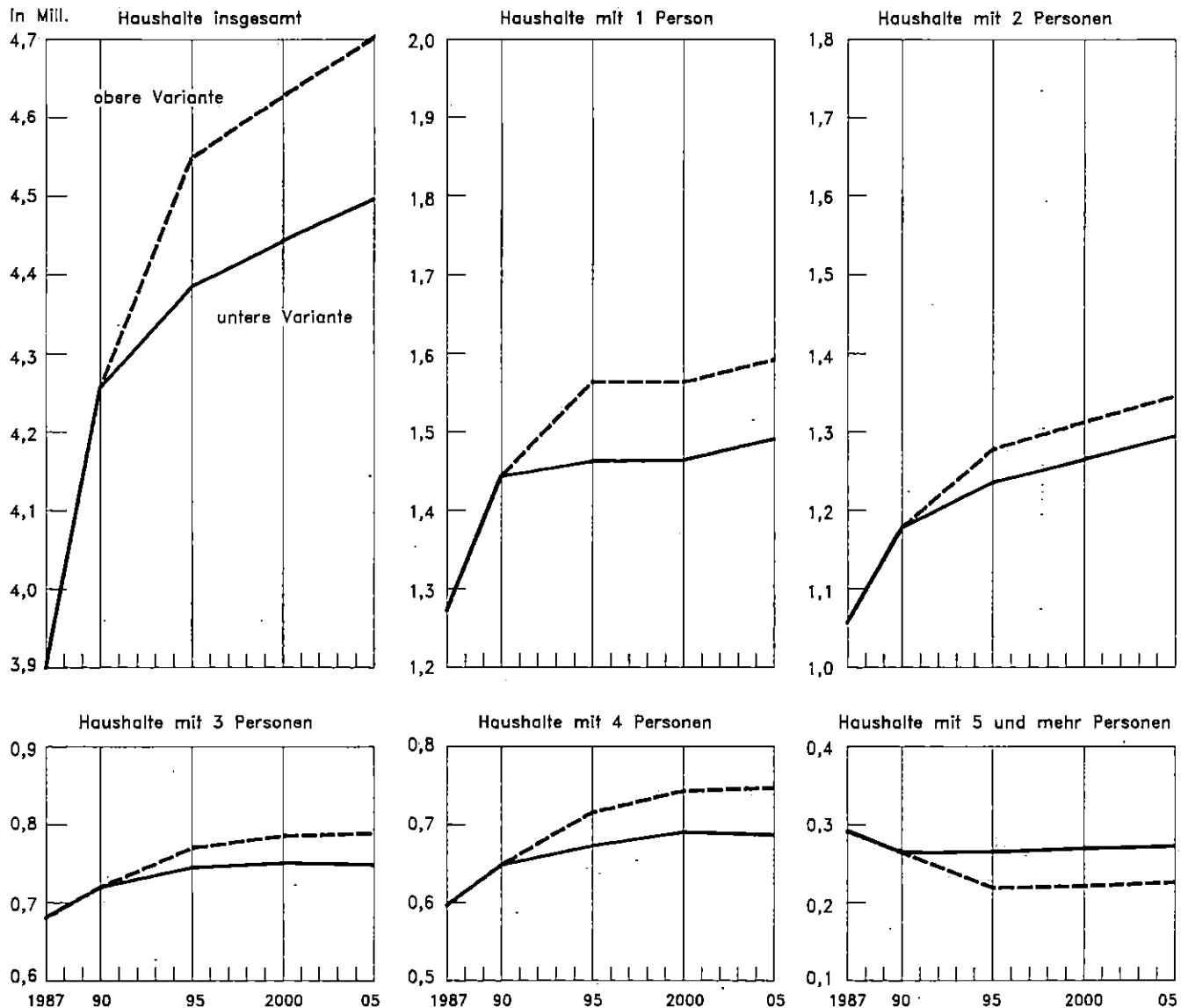
Als Ergebnis der Haushaltsvorausrechnung liegen somit zwei Zahlenreihen vor, die – aus heutiger Sicht – die mögliche Unter- bzw. Obergrenze der künftigen Haushaltsentwicklung bilden. Die im folgenden als "untere Variante" bezeichnete Zahlenreihe geht damit also von einem vergleichsweise geringen Bevölkerungswachstum und einer Stabilisierung der bestehenden durchschnittlichen Haushaltsgröße aus, während die "obere Variante" eine starke Bevölkerungszunahme und ein Anhalten des Trends zu kleineren Haushalten, zumindest noch in den nächsten Jahren, unterstellt.

Zwischen 4,5 und 4,7 Millionen Privathaushalte im Jahr 2005

Bis zum Jahr 2005 könnte die Gesamtzahl der Haushalte in Baden-Württemberg auf 4,5 bis 4,7 Mill. ansteigen (Tabelle 14). Dies wäre, bezogen auf den Stand zur Volkszählung 1987, als 3,9 Mill. gezählt wurden, eine Zunahme zwischen 15,3 und 20,6 %. Während nach dieser Modellrechnung zunächst noch ein steiler Anstieg der Kurve zu verzeichnen ist, würde sich das Tempo des Haushaltszuwachses ab Mitte der 90er Jahre leicht abschwächen (Schaubild 4).

Der prozentual stärkste Zuwachs, zwischen 22,5 und 27,3 %, ist bei den Zweipersonenhaushalten zu erwarten, deren Zahl im Jahr 2005 nach der Vorausrechnung zwischen knapp 1,3 und 1,35 Mill. liegen könnte. Ebenfalls über den Vergleichszeitraum deutlich ansteigen dürfte die Zahl der Einpersonenhaushalte, bei denen allerdings um 1995 ein vorläufiger Höhepunkt erreicht wäre. Erst ab der Jahrhundertwende wäre

Mögliche Entwicklung der Privathaushalte in Baden-Württemberg bis 2005 nach der Haushaltsgröße



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

343 91

danach dann mit einem weiteren leichten Anstieg zu rechnen. Im Jahr 2005 könnte sich die Zahl der Einpersonenhaushalte zwischen 1,49 und 1,59 Mill. bewegen.

Bei den Haushalten mit drei Personen ist nach der Vorausrechnung im Anschluß an einen leichten Anstieg bis Mitte dieses Jahrzehnts von einer weitgehenden Stabilisierung der Haushaltszahl zwischen knapp 750.000 und 790.000 auszugehen. Voraussichtlich ähnlich verlaufen könnte die Entwick-

lung der Vierpersonenhaushalte. Ihre Zahl würde danach bis zum Jahr 2005 verglichen mit 1987 um etwa 15 bis 25 % ansteigen und dann zwischen 687.000 und 747.000 liegen. Allerdings dürfte bei ihnen die Phase des zahlenmäßigen Anstiegs länger dauern, etwa bis zum Jahr 2000.

Der Verlauf bei den Haushalten mit fünf und mehr Personen ist insoweit besonders auffällig, als dies die einzige Haushaltsgröße ist, bei der zunächst ein Absinken der Haushaltszahl zu ver-

zeichnen ist³⁰. Während 1987 noch annähernd 292.000 Haushalte dieses Typs ermittelt wurden, ist bis 1995 eine Abnahme auf höchstens 91,1 % des Ursprungsbestandes zu erwarten, möglicherweise sogar auf nur noch 75,2 %. Erst danach ist nach der Modellrechnung wieder mit einem leichten Ansteigen zu rechnen, wobei allerdings bis zum Jahr 2005 die ursprüngliche Anzahl bei weitem nicht wieder erreicht würde.

Die durchschnittliche Größe eines Haushalts, die 1990 bei 2,34 Personen gelegen haben dürfte (nach 2,41 Personen noch im Jahr 1987), dürfte sich nicht mehr gravierend verringern. Nach der unteren Variante der Voraussrechnung, die ab dem Jahr 1990 ein konstantes Haushaltsbildungsverhalten voraussetzt, wird sich die durchschnittliche Personenzahl je Haushalt längerfristig bei dem bereits erreichten Wert halten. Nach der oberen Variante, die erst ab 1995 von konstanten Haushaltsmitgliederquoten ausgeht, ginge die durchschnittliche Haushaltsgröße zunächst weiter zurück auf 2,29 Personen im Jahr 1995. Danach würde sie wieder minimal ansteigen und im Jahr 2005 2,30 Personen betragen. Diese geringen Schwankungen sind auf Veränderungen in der der Voraussrechnung zugrundeliegenden Bevölkerung in Privathaushalten zurückzuführen, die – wie aus Tabelle 15 ersichtlich – im Voraussrechnungszeitraum stetig wächst und deren Altersstruktur sich im Zeitablauf weiter verändert.

30) Bedingt durch das Absinken ist bei dieser Haushaltsgröße die Zahl der Haushalte nach der unteren Variante größer als nach der oberen, da in der oberen Variante von einem Andauern der in der Vergangenheit zu beobachtenden Entwicklung bis zum Jahr 1995 ausgegangen wird, in der unteren Variante dagegen nur bis zum Jahr 1990 (vgl. Schaubild 4). – Derselbe Effekt tritt bei den Einpersonenhaushalten in der Altersgruppe 60 – 75 Jahre (Schaubild 5) auf.

Entwicklung der Einpersonenhaushalte je nach Altersgruppe verschieden

Die Bevölkerung in Privathaushalten würde nach den Ergebnissen der Voraussrechnung im Jahr 2005 zwischen 1,1 und gut 1,4 Mill. Personen höher liegen als 1987 und dann 10,52 bis 10,82 Mill. Personen betragen (Tabelle 15). Dies bedeutet einen Zuwachs zwischen 11,9 und 15,0 Prozent. Während 1987 noch 13,5 % dieser Personen allein lebten, stiege dieser Anteil auf 14,2 bis 14,7 %. Der Anteil der Personen in Zweipersonenhaushalten läge mit 24,6 bis 24,9 % ebenfalls etwas höher als 1987. Ebenso verhält es sich bei den Haushalten mit vier Personen, in denen zwischen 26,1 und 27,6 % leben würden. Keine Änderungen ergeben sich dagegen beim Anteil der Personen in Dreipersonenhaushalten. 1987 lebten in diesem Haushaltstyp 21,7 % der Bevölkerung, im Jahr 2005 könnten es ebenfalls zwischen 21,4 und 21,9 % sein. Haushalte mit fünf und mehr Personen dürften dagegen auf jeden Fall an Bedeutung verlieren. Höchstens 13,7 % und wenigstens 10,8 % aller Personen in Privathaushalten dürften am Ende des Voraussrechnungszeitraums in einem Haushalt dieser Größe leben, während es 1987 immerhin noch 16,9 % waren.

Abschließend soll noch ein kurzer Blick auf die Entwicklung der Einpersonenhaushalte unter den Gesichtspunkten Geschlecht und Alter geworfen werden. Bei den alleinlebenden Personen insgesamt sind im Zeitverlauf keine gravierenden Verschiebungen im Verhältnis der Geschlechter zu erwarten. Waren 1987 38,3 % aller Singles männlich, so liegen die entsprechenden Werte 1995 je nach Voraussrechnungsvariante zwischen 38,7 und 40,2 %, im Jahr 2005 zwischen 37,8 und 39,4 % (Tabelle 16). Bei den einzelnen Altersgruppen ergeben sich teilweise allerdings deutlichere Veränderungen.

Hinzuweisen ist insbesondere auch darauf, daß bei den einzelnen Altersgruppen die Entwicklung über den Voraussrechnungszeitraum hinweg völlig unterschiedlich verläuft. So ergibt sich, vergleicht man wiederum die Jahre 1987 und 2005 miteinander, bei den Altersgruppen 20 bis unter 25 Jahre sowie 25

Tabelle 15

Mögliche Entwicklung der Bevölkerung in Privathaushalten in Baden-Württemberg bis 2005

Jahr	Personen in Privathaushalten insgesamt		Davon in Haushalten mit ... Personen									
			1		2		3		4		5 und mehr	
	in 1000	1987 = 100	in 1000	1987 = 100	in 1000	1987 = 100	in 1000	1987 = 100	in 1000	1987 = 100	in 1000	1987 = 100
untere Variante												
1987 ¹⁾	9 404,8	100,0	1 272,7	100,0	2 114,6	100,0	2 044,6	100,0	2 387,6	100,0	1 585,3	100,0
1990	9 958,0	105,9	1 443,9	113,5	2 357,5	111,5	2 160,7	105,7	2 596,6	108,8	1 399,2	88,3
1995	10 275,6	109,3	1 463,5	115,0	2 472,8	116,9	2 238,0	109,5	2 695,0	112,9	1 406,4	88,7
2000	10 445,3	111,1	1 464,4	115,1	2 530,8	119,7	2 256,3	110,4	2 764,1	115,8	1 429,7	90,2
2005	10 524,6	111,9	1 491,6	117,2	2 591,1	122,5	2 248,3	110,0	2 747,5	115,1	1 446,1	91,2
obere Variante												
1987 ¹⁾	9 404,8	100,0	1 272,7	100,0	2 114,6	100,0	2 044,6	100,0	2 387,6	100,0	1 585,3	100,0
1990	9 958,0	105,9	1 443,9	113,5	2 357,5	111,5	2 160,7	105,7	2 596,6	108,8	1 399,2	88,3
1995	10 432,5	110,9	1 563,7	122,9	2 555,9	120,9	2 313,0	113,1	2 865,5	120,0	1 134,3	71,6
2000	10 667,4	113,4	1 563,9	122,9	2 626,0	124,2	2 358,7	115,4	2 972,0	124,5	1 146,8	72,3
2005	10 815,4	115,0	1 593,0	125,2	2 692,0	127,3	2 368,7	115,9	2 989,1	125,2	1 172,6	74,0

1) Ist-Ergebnis Volkszählung 1987.

bis unter 30 Jahre ein Rückgang der Einpersonenhaushalte, während sich vor allem bei den 35- bis unter 45jährigen sowie bei Senioren ab 65 Jahren erhebliche Zuwächse abzeichnen. Bei dieser Gruppe der Haushalte muß bis zum Jahr 2005 mit einem Anstieg zwischen 35,7 und 38,7 %, wiederum bezogen auf das Jahr 1987, gerechnet werden. Auch wird der Höchststand der Einpersonenhaushalte in den Altersgruppen wohl zu unterschiedlichen Zeitpunkten erreicht (Schaubild 5).

Zusammenfassung

- Einen Haushalt (= Privathaushalt) bilden alle Personen, die gemeinsam wohnen und wirtschaften. Wer allein wirtschaftet, bildet einen eigenen (Einpersonen-) Haushalt; und zwar auch dann, wenn er mit anderen Personen eine gemeinsame Wohnung teilt. Personen mit mehreren Wohnungen werden in der Regel in jeder Wohnung einem Haushalt zugerechnet. Sie gehen deshalb ggf. mehrfach in die "Bevölkerung in Privathaushalten" ein.
- Wie der Vergleich der Ergebnisse der Volkszählungen von 1987 und 1970

zeigt, hat sich die schon länger zu beobachtende Entwicklung hin zu kleineren Haushalten fortgesetzt. Im Schnitt bestand im Jahr 1987 in Baden-Württemberg ein Haushalt aus 2,4 Personen, 1970 waren es noch 2,8 Personen. Dies und die Zunahme der Bevölkerung in Privathaushalten - sie wuchs im genannten Zeitraum um 640.000 auf 9,40 Mill. Personen - führte dazu, daß sich die Zahl der Privathaushalte insgesamt um 24,7 % auf gut 3,9 Mill. erhöhte.

- Die stärksten Veränderungen gab es bei den Einpersonenhaushalten, die im Vergleichszeitraum um 65,1 % zugenommen haben, und bei den Haushalten mit fünf und mehr Personen, deren Anzahl um 34,2 % gesunken ist. 1987 war annähernd jeder dritte Haushalt ein Einpersonenhaushalt; damit ist dies der am häufigsten vorkommende Haushaltstyp. Dennoch bleibt festzuhalten, daß auch 1987 der ganz überwiegende Teil der Bevölkerung (86,5 %) in Mehrpersonenhaushalten lebte.
- Ursächlich für die festgestellten Entwicklungen hinsichtlich der Zahl und Größenstruktur der Haushalte sind ei-

Tabelle 16

Mögliche Entwicklung der Einpersonenhaushalte in Baden-Württemberg bis 2005 nach Alter und Geschlecht

Alter von ... bis unter ... Jahren	Einpersonenhaushalte														
	1987			1990			1995			2000			2005		
	ins- gesamt	davon		ins- gesamt	davon		ins- gesamt	davon		ins- gesamt	davon		ins- gesamt	davon	
		männ- lich	weib- lich		männ- lich	weib- lich		männ- lich	weib- lich		männ- lich	weib- lich			
	Anzahl														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
untere Variante															
unter 20	22 100	8 800	13 200	21 900	8 200	13 700	23 000	8 700	14 400	23 800	9 000	14 900	23 500	8 800	14 700
20 - 25	158 000	75 900	82 100	166 100	74 900	91 200	121 500	54 300	67 200	112 100	50 300	61 900	119 300	53 300	66 000
25 - 30	152 000	89 100	62 900	199 600	117 000	82 500	188 200	109 200	79 100	137 500	79 300	58 200	127 400	73 600	53 800
30 - 35	89 900	56 800	33 100	114 800	70 600	44 200	134 800	83 100	51 700	125 700	76 700	49 000	92 200	56 000	36 200
35 - 40	63 200	41 900	21 300	73 100	48 200	24 900	87 200	58 400	28 800	101 200	67 900	33 200	94 200	62 700	31 500
40 - 45	54 400	37 100	17 300	63 300	42 300	20 900	69 500	46 300	23 300	82 200	55 600	26 600	95 300	64 800	30 700
45 - 50	67 200	43 200	24 000	55 500	37 700	17 800	55 900	37 700	18 100	61 100	41 100	20 100	72 200	49 300	22 900
50 - 55	57 400	31 500	26 000	72 900	41 400	31 500	61 000	34 500	26 500	61 300	34 500	26 800	67 100	37 500	29 600
55 - 60	60 400	23 400	37 000	67 700	28 600	39 100	86 700	36 400	50 300	72 500	30 300	42 100	73 100	30 400	42 700
60 - 65	78 800	15 400	63 400	81 900	18 700	63 300	84 300	20 300	64 000	108 100	25 800	82 200	90 400	21 500	68 900
65 - 70	93 800	11 400	82 400	118 500	15 900	102 700	115 800	20 000	95 800	118 700	21 700	97 000	152 200	27 700	124 600
70 - 75	115 200	13 400	101 800	105 400	12 300	93 100	147 500	17 900	129 600	144 100	22 700	121 400	147 900	24 800	123 100
75 und mehr	260 400	39 500	220 900	303 100	43 900	259 200	287 900	39 500	248 400	316 200	44 200	272 000	336 700	54 100	282 600
Insgesamt	1 272 700	487 200	785 400	1 443 900	559 800	884 200	1 463 500	566 300	897 200	1 464 400	559 000	905 400	1 491 600	564 300	927 200
obere Variante															
unter 20	22 100	8 800	13 200	21 900	8 200	13 700	26 000	9 500	16 500	27 300	9 900	17 400	27 500	10 000	17 500
20 - 25	158 000	75 900	82 100	166 100	74 900	91 200	134 100	57 600	76 500	124 400	53 600	70 700	132 300	58 800	75 500
25 - 30	152 000	89 100	62 900	199 600	117 000	82 500	219 000	124 100	94 900	162 000	91 100	70 900	150 900	85 200	65 700
30 - 35	89 900	56 800	33 100	114 800	70 600	44 200	157 000	94 000	63 000	147 500	87 400	60 100	109 800	64 600	45 000
35 - 40	63 200	41 900	21 300	73 100	48 200	24 900	99 200	84 900	34 300	115 400	75 600	39 800	108 300	70 400	37 900
40 - 45	54 400	37 100	17 300	63 300	42 300	20 900	79 500	52 700	26 800	94 400	63 600	30 800	109 700	74 100	35 600
45 - 50	67 200	43 200	24 000	55 500	37 700	17 800	60 200	43 500	16 700	66 100	47 500	18 500	78 600	57 400	21 300
50 - 55	57 400	31 500	26 000	72 900	41 400	31 500	63 200	40 400	22 800	63 500	40 400	23 100	69 800	44 100	25 800
55 - 60	60 400	23 400	37 000	67 700	28 600	39 100	83 200	41 900	41 200	69 800	35 100	34 700	70 300	35 200	35 200
60 - 65	78 800	15 400	63 400	81 900	18 700	63 300	79 000	22 000	57 000	101 100	27 900	73 200	84 900	23 300	61 600
65 - 70	93 800	11 400	82 400	118 500	15 900	102 700	115 000	19 900	95 000	118 000	21 700	96 300	151 300	27 600	123 800
70 - 75	115 200	13 400	101 800	105 400	12 300	93 100	150 100	17 900	132 300	148 800	22 800	124 200	150 800	24 700	126 200
75 und mehr	280 400	39 500	220 900	303 100	43 900	259 200	298 200	39 800	258 400	327 700	44 500	283 100	349 000	54 600	294 400
Insgesamt	1 272 700	487 200	785 400	1 443 900	559 800	884 200	1 563 700	628 100	935 600	1 563 900	621 100	942 700	1 593 000	627 900	965 100

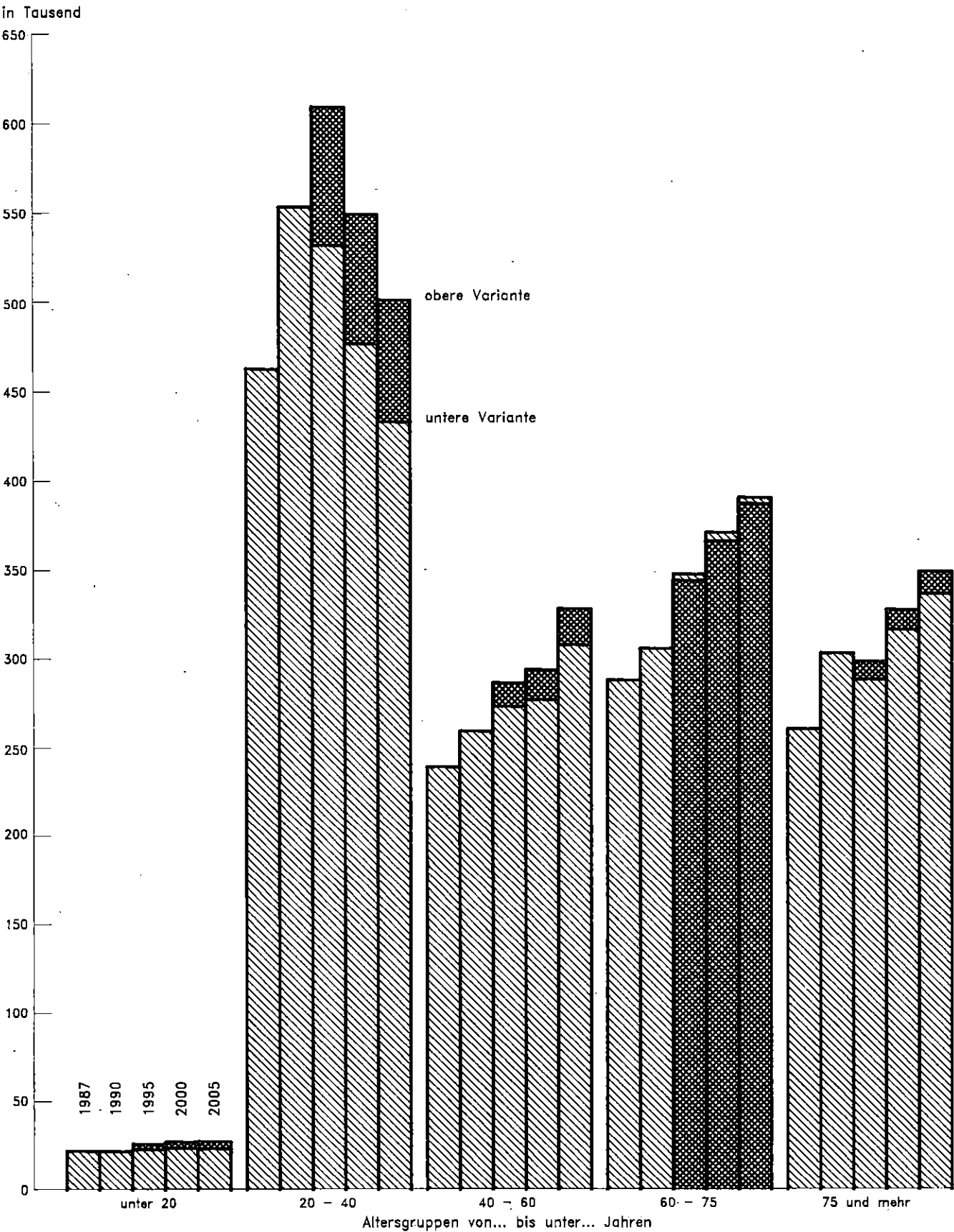
nerseits demographische Veränderungen, andererseits Wandlungen im Haushaltsbildungsverhalten der Bevölkerung. Beispielhaft können genannt werden: Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahl pro Familie, Anstieg der Zahl der unverheiratet Zusammen-

lebenden ohne Kinder oder Abnahme der Drei-Generationen-Haushalte.

- Der Anteil der Alleinlebenden an der Bevölkerung in Privathaushalten insgesamt stieg zwischen 1970 und 1987

Schaubild 5

Mögliche Entwicklung der Einpersonenhaushalte in Baden-Württemberg bis 2005 nach Altersgruppen



von 8,8 auf 13,5 %. Von den 1,27 Mill. Einpersonenhaushalten im Jahr 1987 wurden 43,1 % von Personen im Alter von 60 und mehr Jahren geführt. Knapp 129.000 Alleinlebende waren 80 Jahre oder älter. In den Altersgruppen ab 60 Jahren sind weit mehr als 80 % der "Singles" Frauen.

- Unter regionalen Gesichtspunkten sind deutliche Unterschiede in der Haushaltsgrößenstruktur festzustellen. Während in Verdichtungsräumen überproportional viele kleinere Haushalte anzutreffen sind, sind in eher ländlich geprägten Landesteilen die Haushalte größer. Allerdings vollzieht auch der Ländliche Raum die Entwicklung hin zu kleineren Haushalten nach. Der Zusammenhang zwischen der Haushaltsstruktur und dem Grad der Verstädterung läßt sich insbesondere anhand der Verknüpfung der Faktoren "Haushaltsgröße" und "Gemeindegrößenklasse" aufzeigen.

- Eine spezielle Gruppe von Haushalten bilden die Alleinerziehenden, also alleinstehende Mütter oder Väter mit ihren minderjährigen Kindern. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus gab es 1988 in Baden-Württemberg etwa 130.000 Familien von Alleinerziehenden, 35.000 mehr als noch 1972. Dabei standen etwa 110.000 alleinerziehenden Müttern lediglich knapp 20.000 ebensolche Väter gegenüber. Die Zunahme der Ein-Elternteil-Familien dürfte zum einen auf die zunehmende Zahl nichtehelicher Geburten, zum anderen auf den Anstieg der Ehescheidungen zurückzuführen sein.

- 74 % der Alleinerziehenden im Land hatten 1988 nur ein Kind zu versorgen, 21 % zwei Kinder und 5 % drei oder mehr Kinder. Die durchschnittliche Kinderzahl pro Ein-Elternteil-Familie lag bei 1,3 Kindern. In 17 % aller Familien von alleinerziehenden Frauen lebte - mindestens - ein Kind unter 3 Jahren, in 32 % (mindestens) ein Kind unter 6 Jahren und in 78 % (mindestens) ein Kind unter 15 Jahren. Bei den alleinerziehenden Vätern dürfte der Anteil derjenigen, die Kleinkinder bis zu 6 Jahren zu versorgen haben, deutlich geringer sein.

- Die vorliegende Haushaltsvorausrechnung bis zum Jahr 2005, die mit Hilfe des Haushaltsmitgliederquotenverfahrens erstellt wurde, basiert auf einer aktuell erstellten Bevölkerungsvorausrechnung für Baden-Württemberg. Angesichts der zur Zeit bestehenden besonderen Unwägbarkeiten im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Zuwanderungszahlen wurden zwei Entwicklungsvarianten ausgewählt und berechnet, die die - aus heutiger Sicht - wahrscheinliche Unter- bzw. Obergrenze der künftigen Haushaltsentwicklung darstellen. Sie bilden somit einen Rahmen, innerhalb dessen aller Voraussicht nach die tatsächlichen Haushaltszahlen liegen werden. Die untere Variante geht von einem vergleichsweise geringen Bevölkerungswachstum und einer Stabilisierung der bestehenden durchschnittlichen Haushaltsgröße aus, während die obere Variante eine starke Bevölkerungszunahme und ein Anhalten des Trends zu kleineren Haushalten, zumindest noch in den nächsten Jahren, unterstellt.

- Bis zum Jahr 2005 könnte die Gesamtzahl der Haushalte in Baden-Württemberg auf 4,5 bis 4,7 Mill. ansteigen, wobei sich das Tempo des Zuwachses der Haushaltszahlen ab Mitte der 90er Jahre wohl abschwächen dürfte. Die Zahl der Zweipersonenhaushalte würde danach am Ende des Vorauszugszeitraums zwischen knapp 1,3 und 1,35 Mill. liegen, die der Einpersonenhaushalte zwischen 1,49 und 1,59 Mill. Nur bei den Haushalten mit fünf und mehr Personen ist ein Rückgang der ursprünglichen Bestandszahl zu erwarten. Die durchschnittliche Haushaltsgöße würde sich nach den Ergebnissen der Vorauszugsrechnung nicht mehr gravierend verringern und im Jahr 2005 immer noch bei 2,3 Personen liegen (gegenüber 2,4 im Jahre 1987).

- Von der Bevölkerung in Privathaushalten, die für das Jahr 2005 mit 10,52 bis 10,82 Mill. Personen veranschlagt werden kann, würden dann möglicherweise 14,2 bis 14,7 % allein leben. 1987 lag dieser Wert noch bei 13,5 %. Während bei den alleinlebenden Personen im zahlenmäßigen Verhältnis der Geschlechter nur gering-

fürige Verschiebungen zu erwarten sind, ergeben sich im Hinblick auf ihre Altersstruktur deutlichere Veränderungen. Insbesondere wird wohl die Zahl der Einpersonenhaushalte von Senioren ab 65 Jahren erheblich zunehmen. Bei dieser Gruppe der Haushalte muß bis zum Jahr 2005 mit einem Anstieg zwischen 35,7 und 38,7 %, bezogen auf das Jahr 1987, gerechnet werden.

- Für die politische Planung ergibt sich

aus alledem: Sie muß sich zum einen auf weiter steigende Haushaltszahlen einrichten, zum anderen muß sie sich darauf einstellen, daß sie es aufgrund der beschriebenen Individualisierungs- und Pluralisierungstendenzen und den daraus resultierenden Veränderungen in den Haushaltsstrukturen zunehmend mit Haushalten zu tun haben wird, die in ihren Bedürfnissen sehr heterogen sind und denen es trotzdem möglichst allen gerecht zu werden gilt.

5. Umwelt und Verkehr

Die Landesregierung hat der Lösung der brennenden Verkehrsprobleme Vorrang eingeräumt. Die Schaffung eines eigenständigen Verkehrsministeriums ist der sichtbare Ausdruck dieser Prioritätssetzung. Die Öffentlichkeit verlangt vor allem eine Antwort auf die Frage, wie die hohen und nach übereinstimmender Auffassung aller Experten weiter wachsenden Mobilitätsansprüche im Personen- und Güterverkehr mit den veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Einklang gebracht werden können. Dabei geht es zunächst um den optimalen Weg, auf dem die gewünschten Verkehrsleistungen fließen sollen. Mit der Forderung "Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene" wird eine wichtige Weichenstellung umrissen. Des weiteren geht es darum, die Nachfrage nach Verkehrsleistungen sinnvoll zu bündeln und nach dem Motto "Weniger Verkehr bei gleicher Mobilität" die Vorteile der einzelnen Verkehrssysteme auszuschöpfen und miteinander zu kombinieren. Nicht zuletzt ist aber auch zu prüfen, inwieweit durch marktwirtschaftliche Ansätze der Ordnungs- und Steuerpolitik die Nachfrage nach Verkehrsleistungen beeinflusst werden kann.

Die klassische Diskussion der Verkehrsprobleme setzte sich meist mit Fragen der Verkehrssicherheit auseinander. Bei 4,9 Mill. PKW werden in Baden-Württemberg jährlich gut 250 000 Verkehrsunfälle polizeilich erfaßt; knapp 8 % davon enden tödlich oder mit schweren Verletzungen. Nach den Unfallziffern der letzten 20 Jahre war in Baden-Württemberg jede achte Familie von einem derartigen Unglücksfall betroffen.

In jüngster Zeit rückt die umweltpolitische Dimension des Verkehrsgeschehens stärker in den Vordergrund. Trotz Katalysator nahmen die verkehrsbedingten Emissionen bis heute eher zu als ab. Obwohl die Emissionen aus öffentlichen Kohlekraftwerken nach Einrichtung von Entstickungsanlagen und

die der Industrie durch den Einsatz emissionsärmerer Brennstoffe deutlich gesenkt werden konnten, liegen die Stickoxidemissionen insgesamt noch immer auf dem Niveau des Jahres 1985. Hohe Ozonkonzentrationen - Reaktionsprodukt von Stickoxiden und Kohlenwasserstoffen - haben im vergangenen und in diesem Sommer wiederholt die Öffentlichkeit alarmiert. Eine sensibilisierte Bevölkerung ist immer weniger bereit, die vom Straßenverkehr ausgehenden Beeinträchtigungen, nämlich Lärm und Schadstoffemissionen, Flächenbedarf und Zerschneidung der Landschaft hinzunehmen. Darüber hinaus tritt das Problem der Emission klimagefährdender Treibhausgase immer mehr in den Vordergrund.

Im vorliegenden Beitrag wird das zum Thema Umwelt und Verkehr verfügbare statistische Zahlenmaterial vorgestellt, ausgewertet und auf die wesentlichen Entwicklungslinien der zurückliegenden anderthalb Dekaden aufmerksam gemacht.

- Im ersten Teil werden die quantitativen Dimensionen der Verkehrsinfrastruktur markiert sowie deren qualitative Ausprägungen, Schwachstellen und Maßnahmen zur Behebung beschrieben.
- Im zweiten Teil wird statistisch nachgezeichnet, wie der aktuelle Verkehrsboom entstanden ist und welche Ursachen hierzu maßgeblich beigetragen haben. Gestützt auf Prognosen für den Personen- und den Güterverkehr werden Korridore eingegrenzt, innerhalb denen sich der Verkehr in Zukunft mit einiger Wahrscheinlichkeit bewegen wird.
- Der dritte Teil gilt dem Versuch, Datenlücken für den Gütertransit, den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und den Pendlerverkehr zu schließen. Für wichtige Teilbereiche des Verkehrsgeschehens liegen damit erstmals Orientierungswerte vor.
- Im vierten Teil werden die Daten zur Umweltbelastung aufgearbeitet. Die Inanspruchnahme von Flächen, die

Belastungen durch Lärm, Luftschadstoffe und Kohlendioxid werden analysiert und in Relation zu wichtigen Bezugsgrößen gestellt. Danach wird in einer Modellrechnung eine Basis geschaffen, um die künftig zu erwartende Emissionsbelastung besser abschätzen zu können. Bemerkungen zum bevorstehenden weiteren Verkehrszuwachs und den daraus resultierenden Umweltbelastungen münden in einen Ausblick auf künftig zu treffende Entscheidungen im Spannungsfeld von Umwelt und Verkehr.

1. VERKEHRSINFRASTRUKTUR DES LANDES

Länge der Autobahnen in 25 Jahren verdoppelt

Die Länge der überörtlichen Straßen in Baden-Württemberg betrug Anfang 1990 rund 28 000 km. Der größte Teil davon, nämlich 22 000 km, entfiel etwa zu gleichen Teilen auf Landes- und Kreisstraßen. Bundesstraßen waren auf 5 000 km Länge, Autobahnen auf knapp 1 000 km Länge ausgebaut. Autobahnen führen in der Regel vier Fahrstreifen, knapp 20 % der Gesamtlänge sind fünf-

und sechsstreifig ausgelegt. Bundesstraßen waren auf 20 % ihrer Länge mit drei und mehr Fahrstreifen versehen. Landes- und Kreisstraßen besitzen bis auf einen Anteil von 1 % nur ein bis zwei Fahrstreifen. Die Länge der Gemeindestraßen wurde 1976 letztmalig statistisch erfaßt. Damals betrug sie rund 44 000 km, heute dürfte sich der Wert bei rund 60 000 km¹ bewegen (Tabelle 1).

In den letzten 25 Jahren seit 1966 hat sich die Streckenlänge der Autobahnen um knapp 500 km erhöht und damit exakt verdoppelt. Die damals im Lande angestrebte Verbesserung der Nord/Süd- sowie West/Ost-Verbindungen wurde weitgehend erreicht. Die bedeutsamsten Straßenbauprojekte der letzten fünf Jahre waren dabei die Fertigstellung des neuen Aichelbergaufstiegs der A 8 Stuttgart-Ulm, die Umfahrung von Wangen im Allgäu im Zuge der A 96 Memmingen-Lindau und der Lückenschluß der A7 Würzburg-Ulm zwischen

1 Die Länge der Gemeindestraßen wurde aus der Gemeindestraßenfläche des Jahres 1990 und anhand einer durchschnittlichen Straßenbreite von 5,5 m ermittelt.

Tabelle 1

Länge des Straßennetzes in Baden-Württemberg seit 1966 nach Straßenarten*)

Straßenart	1966	1971	1976	1980	1985	1990
	km					
Bundesautobahnen ¹⁾	484	591	775	914	923	978
Bundesstraßen	4 144	4 665	4 729	4 775	4 930	5 006
Landesstraßen	12 995	12 678	12 695	12 694	10 223 ²⁾	10 118
Kreisstraßen	8 854	9 030	9 193	9 238	11 807 ²⁾	11 877
Überörtliche Straßen zusammen	26 477	26 964	27 392	27 621	27 883	27 979
Gemeindestraßen	35 981	39 542	43 645	... ³⁾	... ³⁾	60 000 ⁴⁾

*) Jeweils zum 1. Januar. - 1) Ohne Äste. - 2) 1.1.1984 Umstufung von 2 937 km Landesstraßen zu Kreisstraßen und 452 km Kreisstraßen zu Landesstraßen. - 3) Letztmalig zum 1. Januar 1976 statistisch erfaßt. - 4) Geschätzt; die Grundlage liefert die Gemeindestraßenfläche 1990 und eine durchschnittliche Straßenbreite von 5,5 m.

Neustädtlein und Heidenheim. Die Straßendichte, allein bezogen auf überörtliche Straßen, beläuft sich in Baden-Württemberg auf 0,8 km/qkm. Der Wert des Bundes für die alten Bundesländer liegt bei 0,7 km/qkm.

Der zweite Schwerpunkt zielte auf die Modernisierung und die Fahrbahnerweiterung besonders stark frequentierter Trassenstücke. Daher nahm in den letzten Jahren vornehmlich die Länge der mit fünf und mehr Fahrstreifen ausgebauten Strecken zu. War noch 1985 jeder sechste Autobahnkilometer mit mehr als vier Fahrstreifen angelegt, so galt dies danach für jeden dritten fertiggestellten Streckenkilometer. Herausragende Projekte der letzten 5 Jahre waren der Ausbau der A 5 zwischen dem Kreuz Walldorf über Karlsruhe in Richtung Süden und der A 8 zwischen Karlsruhe und Pforzheim/West.

Ausbau vor Neubau

Auch für die Bundes-, Landes- und Kreisstraßen lassen sich charakteristische Bauphasen beobachten. Der Ausbau des Bundesstraßennetzes zielte zunächst auf eine bessere Erschließung der Landesteile, fast die Hälfte des gesamten Streckenzugewinns der letzten 25 Jahre von rund 1 000 km fiel in die ersten fünf Jahre. Der Längenzuwachs für Landes- und Kreisstraßen summiert sich seit 1966 auf lediglich knapp 150 km. In den späteren Jahren war der Ausbau von Straßen bevorzugt auf die Erhöhung ihrer Verkehrsleistung und auf die Verbesserung ihrer Verkehrssicherheit ausgelegt. Unter dem Motto "Ausbau vor Neubau" wurden die Bundesstraßen für eine bessere Verkehrsabwicklung bis zum Jahr 1990 auf rund 500 km Länge mit drei und mehr Fahrstreifen versehen. Weitere Maßnahmen galten der Entschärfung von Gefahrenstellen, zumeist Begradigungen von Kurvenabschnitten und der Neugestaltung stark belasteter Ortsdurchfahrten.

Es liegt auf der Hand, daß sich die oben angeführten Straßenbaumaßnahmen kaum in der Längensstatistik niederschlagen (Tabelle 2). Dies trifft insbesondere für die Länge der Ortsdurchfahrten zu. Nach Fertigstellung neuer Ortsdurchfahrten und Ortsumgehungen

Tabelle 2

Freie Strecken und Ortsdurchfahrten in Baden-Württemberg 1980, 1985 und 1990 nach ausgewählten Straßentypen

Straßentyp	1980	1985	1990
	km		
Bundesstraßen	4 775	4 930	5 006
– Freie Strecke	3 746	3 920	4 002
– Ortsdurchfahrten	1 011	1 010	1 004
Landesstraßen	12 694	10 223 (12 700) ¹⁾	10 118 (12 603) ¹⁾
– Freie Strecke	10 192	8 189	7 780
– Ortsdurchfahrten	2 502	2 034	2 338
Kreisstraßen	9 238	11 807 (9 322) ¹⁾	11 877 (9 392) ¹⁾
– Freie Strecke	7 502	9 577	9 411
– Ortsdurchfahrten	1 736	2 230	2 466

1) Die Werte in Klammer verdeutlichen die Situation ohne Berücksichtigung der Umstufung vom 1.1.1984.

werden die alten Ortsdurchfahrten häufig in eine niedrigere Straßenkategorie eingestuft. Dies erklärt den Längenzuwachs der Ortsdurchfahrten von Landes- und Kreisstraßen. Dabei muß zudem die Umstufung der Straßen im Jahr 1984 als Folge der Kreisreform berücksichtigt werden.

Bundesbahn setzt auf Schnellbahntrassen

Das Schienennetz in Baden-Württemberg wird im wesentlichen von der Deutschen Bundesbahn betrieben. In ihrem Eigentum befand sich 1989 eine Strecke von rund 3 700 km Länge, zu drei Vierteln als Hauptstrecke, der Rest als Nebenstrecke genutzt. Rund die Hälfte der Gesamtstrecke wird elektrisch betrieben. Die restlichen Strecken – zum großen Teil Nebenstrecken – stehen unter Dieselbetrieb. Die Streckenlänge der nichtbundeseigenen Eisenbahnen beläuft sich auf gut 500 km und hat weitgehend den Charakter von Nebenstrecken. Nur 20 % dieses Streckennetzes sind elektrifiziert (Tabelle 3). Die Schienendichte beträgt im Land 10,3 km/100 qkm, im Bundesgebiet 10,9 km/100 qkm.

Tabelle 3

Streckennetz der Eisenbahnen in Baden-Württemberg seit 1971*)

Streckennetz	1971	1975	1980	1985	1989
	km				
Deutsche Bundesbahn (Eigentümlänge)					
Gesamtstreckenlänge	3 909	3 810	3 711	3 644	3 686
– Hauptbahnstrecken	3 023	2 872	2 867	2 844	2 885
– Nebenstrecken	886	938	844	800	801
Von den Gesamtstrecken werden elektrisch betrieben	1 099	1 467	1 845	1 701	1 752
Nichtbundeseigene Eisenbahnen (Streckenlänge)					
Gesamtstreckenlänge	663	658	603	578	525
Elektrisch betriebene Strecken	123	123	123	122	113

*) Jeweils zum 31. Dezember.

Wirtschaftlichkeitsüberlegungen veranlassen die Deutsche Bundesbahn, ihre Verkehrsleistungen der rückläufigen Nachfrage anzupassen. Der damit verbundene Abbau des Streckennetzes hat sich in den letzten Jahren jedoch deutlich verlangsamt. 80 % des Abbaus seit 1970 fielen in die 70er Jahre. Streckenstilllegungen werden vom Land Baden-Württemberg grundsätzlich nur noch akzeptiert, wenn für eine Weiterführung des Schienenbetriebs kein öffentliches Interesse mehr vorhanden ist oder aber weitere Erhaltungsinvestitionen wirtschaftlich nicht mehr vertretbar sind. Die im Bundesverkehrswegeplan 1985 vorgesehenen Neu- und Ausbaumaßnahmen sind teilweise bereits vollzogen. Von der vorgesehenen Neubaustrecke Mannheim-Stuttgart wurde der Abschnitt Mannheim/Graben-Neudorf 1987 fertiggestellt, die restliche Strecke ist seit Juni 1991 in Betrieb. Für die Ausbau-/Neubaustrecke Stuttgart-Ulm werden derzeit zwei Trassenführungen geprüft. Am viergleisigen Ausbau der Verbindung Karlsruhe-Offenburg für eine Maximalgeschwindigkeit von 250 km/h wird gearbeitet. Für den weiterführenden Abschnitt bis Basel laufen die Vorplanungen für ebenfalls vier Gleise, bislang war man vom Ausbau der jetzigen zweigleisigen Strecke

auf 200 km/h ausgegangen. Das Umdenken erfolgte durch die zunehmenden Restriktionen für den Alpentransit von Seiten der Schweiz und Österreich, die Verkehrssteigerungen im Güter- und Personenverkehr, die nach Einrichtung des EG-Binnenmarktes 1993 allgemein erwartet werden, und aufgrund des Ausbaus der Gotthard- und Lötschbergtrasse als neue Alpentransversale. Es ist daher seit längeren eine Forderung des Landes, daß wichtige Zulaufstrecken für den Alpentransit, wie die Strecke Ulm-Friedrichshafen, die nicht elektrifiziert ist, und die Strecke Stuttgart-Singen-Zürich, die auf deutschem Gebiet zu 44 % eingleisig verläuft, entsprechend ausgebaut werden. Weiterhin soll die Anbindung Baden-Württembergs an das französische Schienennetz sowohl über Karlsruhe-Straßburg als auch über Mannheim-Saarbrücken verbessert werden. Für beide Strecken laufen derzeit die Ausbauplanungen.

Die Erweiterung des Bundesgebietes führt zu Forderungen nach neuen Schienenverkehrsverbindungen in Richtung Berlin und in die neuen Bundesländer. Die früher wichtige Verbindung Heilbronn-Würzburg-Berlin liegt heute abseits der Intercity- und Interregio-

Bedienung, so daß Heilbronn heute die einzige Großstadt des alten Bundesgebietes ohne IC- oder IR-Anbindung ist.

Für einige Strecken sind Modernisierungsmaßnahmen, wie Elektrifizierungen und Streckenbegradigungen vorgesehen. Elektrifizierte Strecken zeichnen sich gegenüber dieselbetriebenen Abschnitten durch eine höhere Leistungsfähigkeit, kürzere Fahrtzeiten, geringere Lärmbelastung und eine geringere Schadstoffbelastung aus. Günstiger ist hauptsächlich die Belastung durch SO_2 , NO_x und Ruß.

Das Land Baden-Württemberg weist 22 Strecken der nichtbundeseigenen Eisenbahnen auf. Sie sind teils Stichbahnen in ländlichen Gebieten, teils Bestandteile der Nahverkehrsnetze in Verdichtungsräumen. Ihre Leistungen erbringen sie auf wirtschaftlich problematischen Strecken unter einem besseren Kosten-Nutzen-Verhältnis als die Deutsche Bundesbahn. Die Finanzierung der nichtbundeseigenen Eisenbahn-Unternehmen muß auch in der Zukunft gesichert sein. Ein Abbau des Streckennetzes und auch eine Reduzierung des Leistungsangebotes würde nur zu einer Verlagerung des Verkehrs auf die Straße führen.

Wasserstraßen mit freien Kapazitäten

Das der Binnenschifffahrt in Baden-Württemberg zur Verfügung stehende Wasserstraßennetz beträgt gut 500 km. Alle drei schiffbaren Flüsse, der Rhein, der Neckar und der Main sind Bundeswasserstraßen, lediglich die Strecke Rheinfelden-Basel steht unter Landeshoheit (Tabelle 4).

Das Land besitzt zehn Häfen und eine wechselnde Anzahl an Lösch- und Ladestellen, die je nach Bedarf für die Abfertigung des Güterverkehrs eingerichtet werden. Die Binnenschifffahrt befördert vor allem die Hauptgütergruppen Steine und Erden, Erze und Metallabfälle und Mineralölerzeugnisse. In den Häfen Baden-Württembergs wurden 1990 rund 44 Mill. t Güter umgeschlagen. Rund 75 % der Ankunft und des Abgangs erfolgte am Oberrhein, fast 25 % am Neckar und 0,4 % am Main. Der Auslastungsgrad der Schiffe belief sich

Tabelle 4

Wasserstraßennetz und Güterumschlag in Baden-Württemberg 1990

Wasserstraße	Schiffbare Länge	Häfen	Gesamtumschlag
	km		1000 t
Rhein	284 ¹⁾	Mannheim	7 774
		Karlsruhe	11 826
		Kehl	2 440
		Breisach	1 048
		Weil	427
		Rheinfelden	175
Neckar	201	Heilbronn	5 918
		Stuttgart	1 602
		Plochingen	547
Main	38	Wertheim	159 ²⁾

1) Einschließlich 14 km für Großschifffahrt nutzbare Strecke bis Basel (Landeswasserstraße). - 2) Einschließlich sonstiger Umschlagplätze.

im Jahr 1989 an Rhein und Main auf durchschnittlich 60 %, am Neckar auf 70 %. Dieser ist abhängig von der Witterung, z.B. bei Eisbildung, und bei ungestauten Flüssen vom Wasserstand. Des weiteren kann ein Schiff ausgehend vom Volumen ausgelastet sein, in Bezug auf die Masse jedoch noch Kapazitäten frei haben. Der Auslastungsgrad berücksichtigt nicht lange Liegezeiten der Schiffe ohne Fracht. Der spezifische Leistungsvorteil der Schifffahrt ergibt sich aus der großen Mengenleistungsfähigkeit bei vergleichsweise niedrigen Beförderungskosten, niedrigem Energieverbrauch und geringeren Umweltbelastungen. Die Nachteile liegen bei den langen Fahrzeiten, dem grobmaschigen Verkehrsnetz und der speziellen Eignung für Massengüter.

Luftverkehr mit hohen Zuwachsraten

Für die Verkehrsanbindung des Landes sind der internationale Flughafen Stuttgart und 22 Verkehrslandeplätze von Bedeutung. Sie dienen hauptsächlich der Befriedigung der Mobilitätsansprüche der Bevölkerung im Geschäfts- und Touristikverkehr. Auf dem Flughafen Stuttgart starteten bzw.

landeten 1990 im zivilen Bereich rund 125 000 Flugzeuge. Der gewerbliche Verkehr, darauf entfällt der Linienverkehr, der Charterverkehr, sonstiger gewerblicher Verkehr und Überführungsflüge,² stellte mit rund 88 500 Flugzeugbewegungen einen Anteil von etwa 70 %.

Das Aufkommen des Linienverkehrs verdoppelte sich in der Zeit von 1980 bis 1990 auf etwa 57 000 Flugzeugbewegungen (Schaubild 1). Nach einem Einschnitt Anfang der 80er Jahre erholte sich der Charterverkehr ab 1983 und stieg seitdem kontinuierlich bis auf rund 14 000 An- und Abflüge an. Im sonstigen gewerblichen Verkehr wurden ca. 16 000 Starts und Landungen durchgeführt. In diese Kategorie fallen

Rundflüge, Bildflüge, Reklameflüge, Gesundheitsflüge, Land- und Forstwirtschaftsflüge und gewerbliche Schulflüge. Auf den nichtgewerblichen Verkehr entfielen mit rund 36 000 Starts und Landungen ca. 30 % des Gesamtverkehrs.

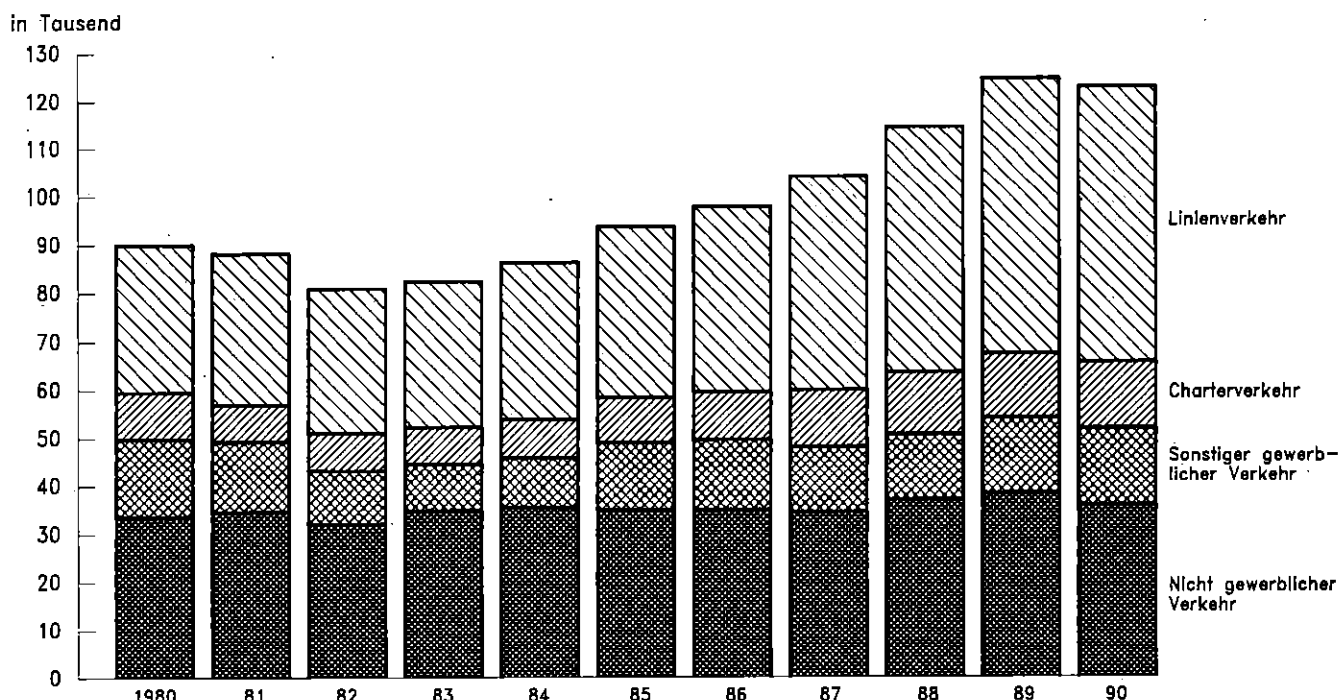
Die Anteile der einzelnen Verkehrsarten am zivilen Flugbewegungsaufkommen veränderten sich nur in zwei Bereichen. Der Zugewinn des Linienverkehrs von rund 15 % ging zu Lasten des nichtgewerblichen Verkehrs. In den Sparten Charterverkehr und sonstiger gewerblicher Verkehr kam es zu kaum nennenswerten Verschiebungen.

Im Jahr 1990 wurden rund 63 000 Tonnen Luftfracht auf dem Flughafen Stuttgart umgeschlagen. Eine Verdoppelung gegenüber vor zehn Jahren, aber gemessen am Anteil des Luftverkehrs am Gesamtaufkommen im Güterverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit 0,03 % von untergeordneter Bedeutung. Der Luftpostumschlag betrug rund 12 000 Tonnen, ebenfalls der zweifache Wert vom Jahre 1980.

2 Überführungsflüge sind Leerflüge ohne Nutzlast zum Zweck der Bereitstellung von Flugzeugen.

Schaubild 1

Flugzeugbewegungen (Starts und Landungen) auf dem Flughafen Stuttgart 1980 bis 1990



Quelle: Flughafen GmbH: Statistischer Jahresbericht 1990, Stuttgart 1991.
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Geschäftswelt nutzt zunehmend die regionalen Verkehrslandeplätze

Von den weiteren 22 Verkehrslandeplätzen im Lande werden laut Generalverkehrsplan zwölf Standorten eine überörtliche Bedeutung zugewiesen. Sie dienen dem gewerblichen Gelegenheitsverkehr, dem Geschäfts-, Reise- und Sportflugverkehr, der Flugschulung und sind Stützpunkte der Arbeitsluftfahrt für landwirtschaftliche Zwecke. Im Jahre 1990 starteten von Plätzen mit überörtlicher Bedeutung rund 183 000 Flugzeuge (Tabelle 5). Rund 53 000 Flüge waren gewerblich veranlaßt, die restlichen 150 000 dienten dem nicht gewerblichen Verkehr. Von allen überörtlichen Verkehrslandeplätzen des Landes starteten insgesamt im Vergleich zum Flughafen Stuttgart mehr als 3mal so viele Flugzeuge, wenngleich mit geringeren Startgewicht. Das Verhältnis des gewerblichen Verkehrs zum nichtgewerblichen Verkehr bezogen auf Stuttgart von 70 : 30 kehrt sich für die zwölf überörtlichen Landeplätze geradezu um. Der Anteil des gewerblichen Verkehrs stieg dabei in der Zeitspanne von 1980 bis 1990 auf rund 30 % an. So waren noch im Jahre 1980 mit 7 000 Starts nur 4 % der gewerblichen Nutzung unterlegen und der nichtgewerbliche Verkehr stellte mit 156 000 Starts 96 % des gesamten Flugaufkommens. Die Zahlen belegen die wachsende Bedeutung der über das Land verteilten Flugplätze für die Wirtschaft.

Beim Ausbau der Verkehrslandeplätze werden die Fördermittel vor allem zur Erhöhung der Flugsicherheit, zur Verbesserung der sonstigen Flugplatzstruktur und für den Umweltschutz, z.B. für die Sanierung von Entwässerungseinrichtungen, ausgegeben. Schwerpunkte der Förderung waren bisher die Verkehrslandeplätze in Aalen-Heidenheim, Baden-Baden, Donaueschingen, Freiburg, Friedrichshafen, Karlsruhe, Mannheim-Neuostheim, Mengen und Walldürn.

Tabelle 5

Flugbetrieb auf Verkehrslandeplätzen*) überörtlicher Bedeutung in Baden-Württemberg 1980, 1985 und 1990

Verkehrslandeplätze	Anzahl der Starts		
	1980	1985	1990
Aalen-Heidenheim	15 797	13 528	20 443
Baden-Baden/Oos	19 131	16 334	16 032
Donaueschingen/Villingen	11 476	9 450	17 255
Freiburg	14 543	12 125	15 359
Friedrichshafen	15 071	15 712	18 476
Heubach	6 280	5 492	10 548
Karlsruhe-Forchheim	21 237	14 810	17 396
Leutkirch-Unterzeil	8 481	8 567	10 976
Mannheim-Neuostheim	17 151	14 359	19 933
Mengen	18 143	16 951	19 715
Offenburg	5 626	5 078	8 342
Schwanningen	10 014	5 356	8 222
Insgesamt	162 950	137 762	182 697

Weitere Verkehrslandeplätze:

Biberach/Riß	Pfullendorf
Giengen/Brenz	Schwäbisch-Hall-Weckrieden
Konstanz	Schwäbisch-Hall-Hessental
Mosbach-Lohrbach	Walldürn
Niederstetten	Tannheim

*) Segel- und Motorsegelflugbewegungen, sowie Militärflugbewegungen sind außer Betracht.

Landesmittel für den Verkehr

Das Land Baden-Württemberg wendete im Jahr 1990 aus Landesmitteln rund 700 Mill. DM für alle Verkehrsträger auf. Es entfielen davon rund 400 Mill. DM auf den Bereich Straße, rund 235 Mill. DM auf den öffentlichen Personennahverkehr, 41,5 Mill. DM auf den Bereich Schiene - Deutsche Bundesbahn und nicht bundeseigene Eisenbahnen, 4,5 Mill. DM auf den Bereich Wasserstraßen und Häfen sowie 19 Mill. DM auf den Luftverkehr.

2. VERKEHRSENTWICKLUNG VERGANGENHEIT UND ZUKUNFT

Personenverkehr zu über 80 % mit PKW

Für den öffentlichen Verkehr mit Eisenbahnen, Omnibussen, Straßenbahnen, U-Bahnen und Flugzeugen weist die amtliche Statistik jährlich die Zahl der beförderten Personen nach. Entsprechende Angaben für den motorisierten Individualverkehr fehlen dagegen. Auf der Basis des Mineralölverbrauches und der PKW-Bestandsentwicklung werden daher vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)³ die Fahrleistungen bundesweit abgeschätzt. Das Fahrgastaufkommen in Baden-Württemberg wurde vom Bundesergebnis durch Verhältnisschätzung⁴ abgeleitet. Danach wurden 1989 in Baden-Württemberg 6,1 Mrd. Personen befördert. Davon übernahm der Individualverkehr mit 85 % den weitaus größten Teil, gefolgt vom öffentlichen Straßenpersonenverkehr mit 12 %, dem Schienenverkehr mit 3 % und dem Luftverkehr mit weniger als 0,1 % (Tabelle 6).

Zum besseren Verständnis der Verkehrsverhältnisse interessiert neben der Anzahl der beförderten Personen auch die Streckenlänge, die eine beförderte Person im Durchschnitt zurücklegt. Dabei gibt es zwischen den Verkehrsmitteln große Unterschiede. 12 km durchschnittliche Streckenlänge im öffentlichen Straßenverkehr standen 1989 rund 300 km im Luftverkehr gegenüber. Dazwischen lagen der individuelle Straßenverkehr und die Eisenbahnen mit 17 bzw. 43 km. Somit besaß der Luftverkehr seinen Schwerpunkt im Fernbe-

reich, während der öffentliche und der individuelle Straßenverkehr bevorzugt den Nahverkehr bedienten. Die Eisenbahnen haben sowohl im Nahbereich (S-Bahn) als auch im Fernverkehr (ICE, IC, Inter-Regio) eine wichtige Funktion.

Aus der Anzahl der beförderten Personen und den zurückgelegten Streckenlängen ergibt sich die Verkehrsleistung, die in Personenkilometern angegeben wird. Von den insgesamt 110 Mrd. zurückgelegten Personenkilometern (Pkm) des Jahres 1989 entfielen allein 83 % auf den Individualverkehr, mit weitem Abstand vor dem öffentlichen Straßenverkehr und dem Schienenverkehr mit 8 % bzw. 7 %. Der Luftverkehr kam nur auf 1 % der Verkehrsleistung (Tabelle 7).

Mit PKW vermehrt auch längere Strecken

In den vergangenen 15 Jahren gewann der individuelle Straßenverkehr 27 % an Fahrgästen hinzu, während der Schienenverkehr 2 % und der öffentliche Straßenverkehr 17 % einbüßten. Der Rückgang des Ausbildungsverkehrs ist mit der wichtigste Grund für die Verluste im öffentlichen Personenverkehr. Eine Sonderstellung nahm die S-Bahn im Großraum Stuttgart ein. Sie konnte seit ihrer Eröffnung 1978 einen schnell wachsenden Personenkreis an sich ziehen und war 1989 mit 68 Millionen beförderten Personen, trotz eines geringen Streckenanteils von 3,5 %, mit knapp einem Drittel am Fahrgastaufkommen des Schienenverkehrs in Baden-Württemberg beteiligt.

Mit 43 % Zuwachs zwischen 1975 und 1989 stieg die Verkehrsleistung für den Individualverkehr noch schneller an als die Anzahl der beförderten Personen. Dies bedeutet, daß nicht nur immer mehr Personen mit dem eigenen PKW fahren, sondern daß gleichzeitig immer längere Strecken zurückgelegt werden. Auch im öffentlichen Personenverkehr ist ein Trend zu längeren Reisedistanzen erkennbar, denn beim öffentlichen Straßenverkehr fiel der Rückgang der

3 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): Verkehr in Zahlen 1990, Hrsg.: Der Bundesminister für Verkehr, Bonn.

4 Berechnung des Fahrgastaufkommens in Baden-Württemberg: Anzahl der beförderten Personen des Bundes nach DIW multipliziert mit dem Anteil des PKW-Bestandes von Baden-Württemberg am Bestand der alten Bundesländer.

Verkehrsleistung geringer als der des Fahrgastaufkommens aus und bei den Eisenbahnen nahm die Verkehrsleistung trotz Fahrgastschwundes sogar zu.

Sowohl das Fahrgastaufkommen als auch die Verkehrsleistung entwickelten sich in Baden-Württemberg zwischen 1975 und 1989 etwas schneller als im Bundesgebiet. In Baden-Württemberg wuchsen das Fahrgastaufkommen um 19 % und die Verkehrsleistung um 34 %. Im Bundesgebiet erhöhten sich dagegen das Fahrgastaufkommen um 16 % und die Verkehrsleistung um 32 %. Gleichzeitig spielt der Individualverkehr in Baden-Württemberg mit einem Anteil von 85 % am Fahrgastaufkommen eine etwas größere Rolle als im Bundesdurchschnitt (82 % Anteil).

Gütertransport zur Hälfte auf der Straße

Im Güterverkehr wird allgemein zwischen Fern- und Nahverkehr unterschieden. Güter, die innerhalb eines Umkreises von 50 km Luftlinie, gemessen vom Standort des LKW, transportiert werden, gelten als Nahverkehr und Güter, die in der Transportweite diesen 50 km Radius überschreiten, als Fernverkehr. Angaben zur Gütermenge und den geleisteten Tonnenkilometern (tkm) werden im Fernverkehr von der amtlichen Statistik erhoben. Entsprechende Angaben für den Nahverkehr fehlen und werden mittels Stichproben und Modellrechnungen abgeschätzt.

Im Güterfernverkehr wurde im Lande 1989 fast die Hälfte aller Güter auf der Straße befördert, auf Wasserstraßen ein Viertel und auf Schienen knapp 20 %. Ein nicht unbedeutender Teil (8 %) wurde mit Hilfe von Rohölföhrnleitungen transportiert. Mit einem Anteil von weniger als 0,1 % ist der Gütertransport des Luftverkehrs vernachlässigbar gering (Tabelle 8). Insgesamt summierte sich die beförderte Gütermenge aller Verkehrsträger zu 160 Mill. Tonnen.

Im Durchschnitt wurde jede Tonne dieser Gesamtmenge 240 km weit transportiert. Über diesem Durchschnitt lag mit 270 km Streckenlänge der Straßenfern-

Tabelle 6

Personenverkehr in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1975 bis 1989 – Beförderte Personen in Mill. –

Jahr	Ins- gesamt	Davon			
		öffentlicher Straßen- personen- verkehr ¹⁾	Schienen- verkehr	Luft- verkehr	Indi- vidual- verkehr ²⁾
Baden-Württemberg					
1975	5 184	896	189	2,22	4 097
1980	5 679	901	208	2,65	4 568
1984	5 482	794	188	2,73	4 497
1985	5 365	766	199	2,95	4 398
1986	5 624	752	192	3,01	4 677
1987	5 910	764	184	3,45	4 958
1988	6 078	745	185	3,65	5 144
1989	6 144	744	186	3,87	5 210
Bundesgebiet					
1985	34 924	5 808	1 134	41,7	27 940
1989	39 603	5 697	1 145	56,0	32 705

1) Von Straßenverkehrsunternehmen beförderte Personen, einschl. Straßenbahnen und Kraftomnibussen der DB und DBP, ab 1985 ohne Unternehmen mit weniger als 6 Kraftomnibussen. – 2) Berechnung mit Hilfe von Durchschnittswerten, die sich aus "Verkehr in Zahlen" (DIW) für das Bundesgebiet ergeben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Kraftfahr-Bundesamt, Deutsche Bundesbahn, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Flughafen Stuttgart.

Tabelle 7

Personenverkehr in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1975 bis 1989 – Verkehrsleistungen in Mrd. Personen–km –

Jahr	Ins- gesamt	Davon			
		öffentlicher Straßen- personen- verkehr ¹⁾	Schienen- verkehr	Luft- verkehr	Indi- vidual- verkehr ²⁾
Baden-Württemberg					
1975	81,2	9,8	7,5	0,67	63,3
1980	92,4	10,9	7,2	0,81	73,5
1984	95,2	10,6	6,9	0,83	77,0
1985	94,8	9,1	8,0	0,90	76,7
1986	99,6	9,1	7,9	0,92	81,7
1987	103,4	9,3	7,6	1,04	85,4
1988	107,6	9,2	7,8	1,09	89,6
1989	109,0	9,2	7,9	1,15	90,8
Bundesgebiet					
1985	602,1	62,3	43,5	12,7	483,6
1989	687,1	62,5	42,3	16,6	565,7

1) Vgl. Tab. 6 Fußnote 1). – 2) Vgl. Tab. 6 Fußnote 2).
Quelle: Vgl. Tab. 6

verkehr, darunter mit 230 km die Binnenschifffahrt und die Eisenbahn mit 200 km. Gemessen an den geleisteten Tonnenkilometern lag von daher der Anteil des Straßenverkehrs mit 57 % sogar noch höher als hinsichtlich der Gütermenge, der Anteil der übrigen Verkehrsträger entsprechend geringer. In Baden-Württemberg wurde 1989 insgesamt eine Verkehrsleistung von 39 Mrd. tkm erbracht, das entsprach einem Anteil von 16 % an der Verkehrsleistung der alten Bundesländer (Tabelle 9).

Anteil des Straßengüterverkehrs nahm ständig zu

Im Güterverkehr war seit den 70er Jahren ein überproportionaler Zuwachs des Straßenverkehrs festzustellen. In diesem Zuge konnte der Straßenverkehr seinen Marktanteil an der Gütermenge zwischen 1975 und 1989 von 36 auf 50 % vergrößern. Entsprechend verringerte sich der Anteil der Binnenschifffahrt

von 30 auf 24 % und der des Schienenverkehrs von 24 auf 18 %. Wie beim Personenverkehr nahm auch beim Güterverkehr die durchschnittliche Streckenlänge je Tonne beförderter Ware schneller zu als die Menge der beförderten Güter. So stieg die Verkehrsleistung um 50 %, während die Gütermenge nur 34 % hinzugewann. Die schnell wachsende Verkehrsleistung wurde hauptsächlich auf der Straße erbracht, die ein Plus von 100 % zu verzeichnen hatte.

Im Bundesdurchschnitt betrug der Zuwachs der transportierten Güter im Fernverkehr zwischen 1975 und 1989 20 % und der Zuwachs der Verkehrsleistung 36 % und lag damit deutlich unter den Vergleichszahlen von Baden-Württemberg (Gütermenge + 34 %, Verkehrsleistung + 50 %). Gleichzeitig war der Anteil des Straßengüterverkehrs an der transportierten Gütermenge in Baden-Württemberg um 9 Prozentpunkte höher als im Bundesdurchschnitt, der des Schienenverkehrs entsprechend geringer.

Unter Anlehnung an die Veröffentlichungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr wurde die 1989 im Lande transportierte Gütermenge im Nahverkehr auf rund 400 Mill. Tonnen geschätzt.⁵ Damit übertraf das Güteraufkommen des Nahverkehrs die Transportmenge des Fernverkehrs um mehr als das Doppelte. Da aber die durchschnittlichen Transportweiten im Nahverkehr mit 20 km weit unter den 240 km des Fernverkehrs liegen, erreichte der Nahverkehr weniger als ein Fünftel der Verkehrsleistung des Fernverkehrs (Tabelle 8, 9).

In den Jahren 1975 bis 1980 erzielte das Güteraufkommen im Nahverkehr ein Wachstumsplus von 30 %, das aber zwi-

Tabelle 8

Güterverkehr in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1975 bis 1989

– Gütermenge in Mill. t –

Jahr	Güter- fern- verkehr zu- sammen	Darunter				Straßen- güter- nah- verkehr
		Straßen- güter- fern- verkehr	Eisen- bahnen ¹⁾	Binnen- schifffahrt	Rohöl- fern- leitung	
Baden-Württemberg						
1975	121,4	43,6	28,7	36,6	12,4	299,3
1980	140,7	58,0	31,2	37,7	13,8	390,6
1984	140,5	61,4	29,6	37,2	12,2	359,9
1985	141,7	64,9	30,7	33,8	12,3	345,8
1986	151,6	68,3	31,1	38,3	13,8	363,4
1987	154,1	71,9	30,1	37,1	14,9	362,6
1988	163,4	77,0	30,8	39,1	16,5 ³⁾	383,7
1989	162,3	80,9	29,9	38,4	13,1	404,8
Bundesgebiet						
1985	952,6	335,7	324,4	222,4	69,2	1 965
1989	1 024,5	413,5	307,0	234,8	67,8	2 300

1) Wagenladungsverkehr der DB und NE. – 2) Die Mengen wurden unter Anlehnung an die Veröffentlichung des DIW "Verkehr in Zahlen" und der BAG geschätzt. – 3) Berichtigte Zahl (Fachserie 8, Reihe 1, 1989).

Quelle: Bundesanstalt für den Güterverkehr, Statistisches Bundesamt, Flughafen Stuttgart, "Verkehr in Zahlen" (DIW).

5 Berechnung der Gütermenge des Nahverkehrs von Baden-Württemberg: Gütermenge des Nahverkehrs vom Bund multipliziert mit dem Anteil Baden-Württembergs am Nahverkehr des Bundes, Quelle Generalverkehrsplan Baden-Württemberg 1986.

schen 1980 und 1982 wieder zurückging und ab 1983 in einen zögerlichen Aufschwung überleitete. Erst 1989 konnte das Güteraufkommen des Jahres 1980 übertroffen werden. In dieser im Vergleich zum Fernverkehr schwachen Entwicklung spiegelt sich die Affinität des Nahverkehrs zur Bauwirtschaft wider.

Straßenverkehrsboom hat viele Ursachen

Ein hoher Bedarf an Mobilität gekoppelt mit steigenden Realeinkommen haben zu immer mehr zugelassenen PKW geführt. Dies und der Versuch des Staates, dem durch den Bau eines bedarfsgerechten und leistungsfähigen Straßennetzes nachzukommen, haben zu der heutigen Dominanz des Individualverkehrs geführt. Weitere Mobilitätswünsche werden in erster Linie durch die zunehmende Freizeit geweckt.

Rund 43 % der gefahrenen Kilometer legte die Bevölkerung der alten Bundesländer zum Zwecke der Freizeit zurück. Weitere 9 % entfallen auf den Urlaubsverkehr und 11 % auf den Einkaufsverkehr. Auf die Fahrt zum Arbeitsort und auf den Geschäfts- und Dienstleisterverkehr kommen 32 % der gefahrenen Personenkilometer. Verhältnismäßig gering ist der Anteil des Ausbildungsverkehrs (5 %). Seit zehn Jahren nehmen hauptsächlich die Freizeitfahrten zu, der Rest wie zum Beispiel Einkaufsfahrten, Urlaubsfahrten und Fahrten zum Arbeitsort stagniert oder steigt nur noch verhalten. Der Anstieg der Realeinkommen war die entscheidende Voraussetzung dieser Entwicklung. Ein Teil des Mehrverkehrs geht aber auch auf soziale Veränderungen zurück. Eine steigende Erwerbsquote, verlängerte Wege zwischen Wohnung, Arbeitsplatz und Einkaufsort, kleinere Familien und eine gestiegene Zahl an Einpersonenhaushalten (siehe dazu den Beitrag über Privathaushalte in Baden-Württemberg, S. 115 ff.) sowie ein Defizit an preisgünstigen Wohnungen in den Ballungsräumen rufen einen erhöhten Verkehrsbedarf hervor. Ferner kommt das Auto dem Wunsch nach Individualität entgegen, denn es ermöglicht ein spontanes Reisen ohne Fahrplan in vertrauter Umgebung. Schließlich ist das Auto

Tabelle 9

Güterverkehr in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1975 bis 1989

– Verkehrsleistung in Mrd. t km –

Jahr	Güter- fern- verkehr zu- sammen	Darunter				Straßen- güter- nah- verkehr ²⁾
		Straßen- güter- fern- verkehr	Eisen- bahnen ¹⁾	Binnen- schifffahrt	Rohöl- fern- leitung	
Baden-Württemberg						
1975	26,2	11,2	5,0	7,7	2,3	5,7
1980	31,7	15,6	5,7	8,0	2,4	7,7
1984	32,3	16,7	5,5	8,2	1,8	7,2
1985	32,9	17,7	6,0	7,3	1,9	7,0
1986	35,4	18,7	6,1	8,7	1,9	7,3
1987	36,2	19,7	5,9	8,4	2,2	7,3
1988	38,0	20,9	6,1	8,9	2,2	7,7
1989	39,2	22,2	6,0	8,8	2,2	8,3
Bundesgebiet						
1985	214,6	91,6	64,0	48,2	10,5	40,6
1989	241,1	113,4	62,1	54,0	11,2	46,9

1) Vgl. Tab. 8 Fußnote 1; – 2) Vgl. Tab. 8 Fußnote 2.
Quelle: Vgl. Tab. 8

nicht nur Transportmittel, sondern auch ein Prestigeobjekt und Ausdruck der eigenen Lebenseinstellung.

Neben einer kräftig ausgeweiteten Warenproduktion ist der enorm gestiegene Transportbedarf im Güterverkehr auf die Spezialisierung und Arbeitsteilung des Produzierenden Gewerbes zurückzuführen. Die Vorteile der Arbeitsteilung und der Produktionsverlagerung in Gebiete mit niedrigerem Lohnkostenniveau überwiegen die dadurch zusätzlich entstehenden Transportkosten. Die Arbeitsteilung und Spezialisierung geschieht auch zunehmend auf internationaler Ebene, nicht zuletzt eine Folge der Vollendung des EG-Binnenmarktes. Auch die fristgerechte Anlieferung von Vorprodukten, die mit dem Schlagwort "just in time" bezeichnet wird, und der Abbau der Fertigungstiefe bei den Unternehmen erfordern eine noch intensivere Zusammenarbeit mit Zulieferfirmen und führen deshalb zu mehr Lastwagen auf den Straßen.

Der Aufbau eines leistungsfähigen Straßennetzes, insbesondere der Neu- und Ausbau der Fernstraßen in den alten Bundesländern, folgte dem Mobilitätsbedarf und hat möglicherweise auch neuen Bedarf geweckt. Die Kraftfahrzeugindustrie ist dem Autofahrer ebenfalls entgegengekommen. Heute gibt es schnellere, komfortablere und zuverlässigere Kraftfahrzeuge als noch vor 20 Jahren. Nicht zuletzt tendieren wesentliche Teile der gesellschaftlichen Lebensgestaltung in Richtung Individualverkehr. Das Einkaufszentrum auf der grünen Wiese kann man nur mit dem PKW erreichen, die Industrieanlagen entlang der Autobahnen kommen dem LKW zugute, der teilweise autogerechte Ausbau der Innenstädte verdrängt Fahrradfahrer und Fußgänger und unzureichende Investitionen im öffentlichen Nahverkehr haben dessen Chancen geschnälert.

Verkehrsdichte in zehn Jahren um ein Drittel gestiegen

Die Belastung von Straßen und Umwelt hängt wesentlich von der Auslastung der im Personen- und Güterverkehr eingesetzten Fahrzeuge ab. Das gleiche Personenaufkommen führt bei sinkender Insassenzahl zu einer steigenden Verkehrsdichte. Meßgröße der Straßenbelastung ist die durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke (DTV). DTV-Werte werden flächendeckend alle fünf Jahre im Rahmen einer bundesweit einheitlichen Verkehrszählung im Auftrag des Bundesinnenministeriums ermittelt. Solche Zählungen wurden zuletzt 1985 und 1990 durchgeführt. Die Ergebnisse für 1990 liegen noch nicht vor. In den Jahren dazwischen werden die Ergebnisse der Verkehrszählung über automatische Zählstellen fortgeschrieben, von denen im Lande an Autobahnen, Bundesstraßen und Landesstraßen insgesamt 100 installiert sind. Die Verkehrsstärke auf Kreisstraßen wird analog der Entwicklung auf Landesstraßen fortgeschrieben. Für die Straßenkategorie Innerortsstraßen existieren Fortschreibungen nur für Ortsdurchfahrten. Auf den übrigen Innerortsstraßen werden keine Verkehrsstärken erhoben, so daß deren Fahrleistung geschätzt werden muß. Dies geschieht auf Basis der mittleren Fahrleistung je Fahrzeug und Jahr für Orts-

durchfahrten im Bundesgebiet unter Bezug auf den Kfz-Bestand in Baden-Württemberg.

Nach diesen Fortschreibungen betrugen die durchschnittlichen täglichen Fahrzeugdichten auf den Autobahnen 50 000 Fahrzeuge, auf den Bundesstraßen 11 400 und auf den Landes- und Kreisstraßen ca. 3 000. Die höchsten Fahrzeugdichten wurden 1989 an der A 8 zwischen Autobahndreieck Leonberg und dem Kreuz Stuttgart mit 105 000 Fahrzeugen pro Tag (1990: 110 000), an der A 831 zwischen Kreuz Stuttgart und der Anschlußstelle Sindelfingen Ost mit 101 000 (1990: 103 000) und an der A5 zwischen Kreuz Karlsruhe und Anschlußstelle KA-Durlach mit 95 000 Fahrzeugen (1990: 100 000) pro Tag beobachtet. Als Anhaltswert für die theoretische maximale Belastung einer 6-spurigen Autobahn wird bei einer mittleren Reisegeschwindigkeit von 110 Km/h 5 100 Kfz pro Stunde veranschlagt.⁶ Dies ergibt eine theoretische DTV von 122 400 Fahrzeugen. Damit wäre der Autobahnabschnitt zwischen Dreieck Leonberg und Kreuz Stuttgart zu rund 86 % ausgelastet, falls der Verkehrsfluß über 24 Stunden konstant bleibt. Da aber die Verkehrsdichte in der Nacht weitaus geringer ist als am Tage, sind die aufgeführten Streckenabschnitte häufig stark überlastet.

Die DTV-Werte von 1989 liegen in der Regel um ein Drittel höher als 1980, für Autobahnen sogar um 40 % (Tabelle 10). Damit übertraf Baden-Württemberg den Bundesdurchschnitt nicht unerheblich, nämlich für Autobahnen um 23 % und für Bundesstraßen sogar um 31 %.

Von der DTV werden die Jahresfahrleistungen abgeleitet. Sie betrugen 1989 auf den Außerortsstraßen 53 Mrd. km und auf den Innerortsstraßen 22 Mrd. km. Ein Drittel der Außerortsfahrlei-

6 Vgl. Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Arbeitsgruppe Straßenentwurf: Richtlinie für die Anlagen von Straßen, Teil Querschnitt, Ausgabe 1982, S. 32 ff.

Tabelle 10

Durchschnittliche tägliche Verkehrsstärken (DTV) und Jahresfahrleistungen (Jfl) in Baden-Württemberg 1980 bis 1989 nach Straßenarten

Jahr	Insgesamt	Innerorts- straßen	Außerortsstraßen						
			zusammen	Autobahnen		Bundesstraßen		Landes- und Kreisstraßen	
				DTV	Jfl	DTV	Jfl	DTV	Jfl
Jfl			DTV	Jfl	DTV	Jfl	DTV	Jfl	
Mill. km			Kfz/24 h	Mill. km	Kfz/24 h	Mill. km	Kfz/24 h	Mill. km	
1980	52 772	15 462	37 310	35 296	11 807	8 371	11 527	2 159	13 976
1984	57 420	17 461	39 959	37 764	12 764	8 414	11 882	2 363	15 313
1985	57 677	17 436	40 241	38 169	12 859	9 163	(11 970)	2 389	15 412
1986	64 234	19 495	44 739	41 600	14 056	9 850	14 236	2 528	16 447
1987	67 805	20 428	47 377	43 900	14 886	10 400	15 127	2 671	17 364
1988	71 833	21 111	50 722	46 350	16 576	10 900	15 978	2 816	18 168
1989	74 883	22 178	52 705	49 450	17 645	11 400	16 625	2 900	18 435
Nachrichtlich: Angaben für das Bundesgebiet									
1980	333 698	118 700	214 998	29 739	80 700	6 785	62 400	2 109	71 898
1989	438 500	127 700	310 800	40 259	128 900	8 700	78 000	2 708 ¹⁾	103 883 ¹⁾

1) Zuwachs ab 1985 entsprechend Bundesstraßen angenommen.

stungen entfiel auf die Autobahnen, obwohl deren Streckenanteil an der Straßenlänge nur 4 % beträgt. Dies verdeutlicht, welche wichtige Funktion die Autobahnen für den Straßenverkehr haben. Der Anteil der Bundesstraßen und der Landes- und Kreisstraßen war mit 32 % bzw. 35 % ähnlich hoch. Zwischen 1980 und 1989 nahmen die Fahrleistungen auf den Autobahnen um 50 % und auf den Bundesstraßen um 44 % zu. Damit stiegen die Fahrleistungen beider Straßenkategorien schneller als die DTV. Dies ist auf den Neubau von Autobahnen und Bundesstraßen zurückzuführen. So nahm die Autobahnfahrleistung nach der Fertigstellung der A 7 zwischen Würzburg und Ulm im Jahr 1988 um 11 % zu und übertraf somit erstmalig die Jahresfahrleistung der Bundesstraßen. Im Zeitraum 1980 bis 1990 ging im Gegensatz zu den Autobahnen und Bundesstraßen die Streckenlänge der Landes- und Kreisstraßen leicht zurück. Aus diesem Grund entwickelten sich die Fahrleistungen beider Straßenkategorien langsamer als die DTV.

Der Güterverkehr ist mit rund 11 % an der Jahresfahrleistung in Baden-Württemberg beteiligt. Die einzelnen

Straßenkategorien werden aber in unterschiedlicher Weise vom LKW-Verkehr benutzt: 36 % aller LKW-Fahrten wurden über die Autobahnen abgewickelt. Die Bundesstraßen und übrigen Außerortsstraßen haben zusammen einen Fahrleistungsanteil von 39 %. Damit sind die Autobahnen durch den LKW-Verkehr besonders stark belastet, denn jedes sechste Fahrzeug auf der Autobahn ist ein Lastkraftwagen.

Motorisierung und Fahrleistungen nehmen immer schneller zu

1990 gab es 5,6 Millionen Fahrzeuge in Baden-Württemberg. Mehr als 4,9 Millionen davon waren als PKW zugelassen. Mit 503 PKW je 1 000 Einwohner verfügte jeder zweite Einwohner im Lande über einen PKW. Für die Zukunft ist mit einem weiteren Anstieg des Motorisierungsgrades, namentlich der Frauen, zu rechnen, denn 1988 waren 840 PKW auf 1 000 Männer und 240 PKW auf 1000 Frauen zugelassen. Unter Berücksichtigung der tatsächlich von Frauen genutzten PKW betrug der Motorisierungsgrad der Frauen 300 PKW und der Männer 775 PKW je 1 000. Bereits seit 1985 nimmt der PKW-Bestand kräftig zu, jährlich um rund 5 %.

Der LKW-Bestand - Anfang 1991 waren 213 000 LKW darunter 32 000 mit mehr als 7,5 t Gesamtgewicht und 9 400 Busse in Baden-Württemberg zugelassen - erhöhte sich zwischen 1980 und 1990 um 13 % und damit deutlich langsamer als der PKW-Bestand (+ 36 %). Auch die Jahresfahrleistungen der LKW erreichten mit einem Plus von 26 % bei weitem nicht das Wachstum der PKW-Fahrleistungen (+ 43 %), obwohl die Entwicklung von Gütermenge und Anzahl der beförderten Personen anderes hätte erwarten lassen (Schaubild 2). Die Ursache hierfür liegt darin, daß die Zahl der Insassen in PKW tendenziell abnimmt, während der LKW-Transport zunehmend optimiert wird. Die Transporteffektivität der Lastkraftwagen wurde durch den Kauf von größeren LKW-Einheiten, verlängerte Fahrtzeiten und eine bessere Auslastung je Fahrt gesteigert. So nahm die Zahl der Sattelzugmaschinen zwischen 1980 und 1990 mit einem Plus von 26 % doppelt so schnell zu wie der gesamte LKW-Bestand. Der LKW-Auslastungsgrad, das ist die durchschnittlich transportierte Gütermenge

pro Fahrt, stieg von 3,7 Tonnen in 1980 auf 3,9 Tonnen in 1989. In diesem Zuge erhöhte sich die Transportleistung von 118 000 tkm auf 140 000 tkm (+18 %).

Der mittlere Besetzungsgrad der PKW ging dagegen deutlich zurück: wurden 1980 im statistischen Mittel noch 1,7 Personen pro Fahrt beobachtet, waren es 1989 nur noch 1,4 Personen. In der Folge verringerten sich die geleisteten Personenkilometer je Fahrzeug und Jahr von 20 300 auf 18 700 Pkm - und erhöhte sich die spezifische Fahrleistung pro PKW von 12 700 auf 13 500 km.

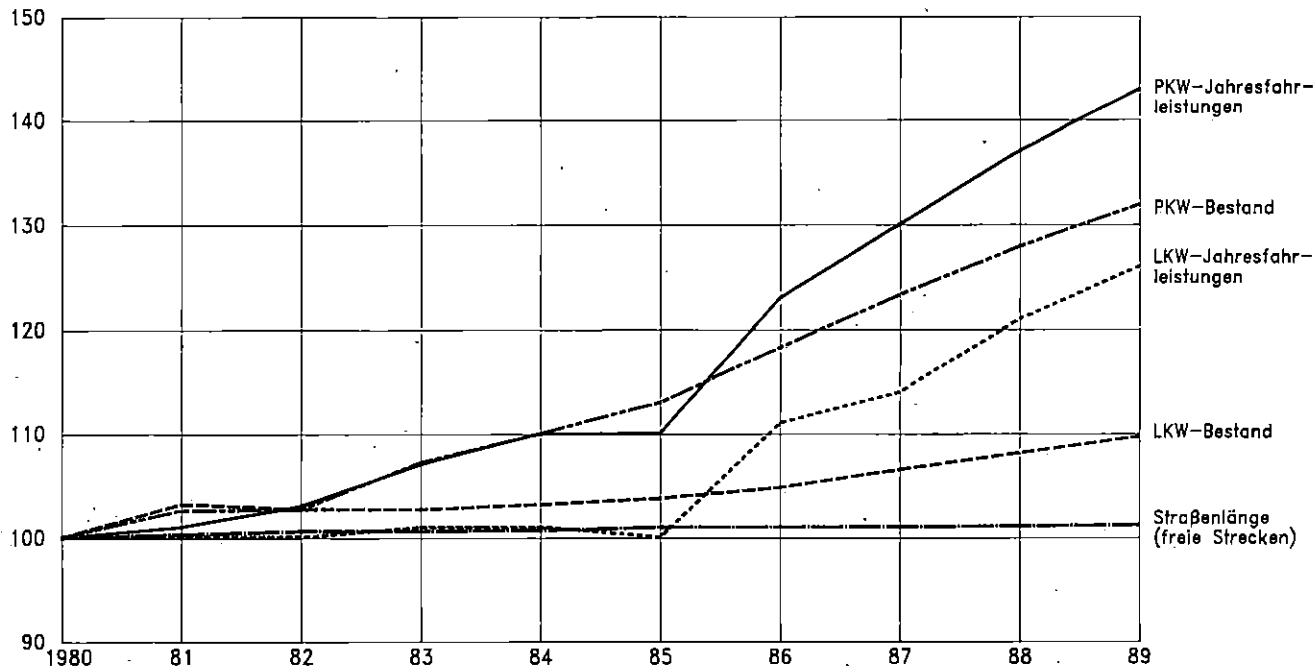
Niedrige Benzinpreise begünstigen hohe Fahrleistungen

Die Kraftstoffpreise nahmen in den letzten 10 Jahren einen sprunghaften Verlauf. Mit der zweiten Rohölverteuerungswelle stieg Anfang der achtziger Jahre der Kraftstoffpreis stark an, blieb bis Ende 1985 auf hohem Niveau und mündete 1986 in einen Preisverfall. Nach einer Korrektur nach oben lagen Ende 1989 die Kraftstoffpreise wieder

Schaubild 2

Kenngrößen des Kfz-Verkehrs in Baden-Württemberg 1980 bis 1989

1980 = 100



auf dem Niveau des Jahres 1980 (Schaubild 3). Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die verfügbaren Einkommen um 31 %, die Lebenshaltungskosten aller Haushalte um 26 %, die Bahntarife sogar um mehr als 50 %. Damit bestand zwischen der Entwicklung der Lebenshaltungskosten und der Kraftstoffpreise Ende 1989 eine deutliche Differenz. Durch die Mineralölsteuererhöhung zum 01.07.1991 haben sich Lebenshaltungskosten und Kraftstoffpreise in ihrem Anstieg seit 1980 wieder einander genähert.

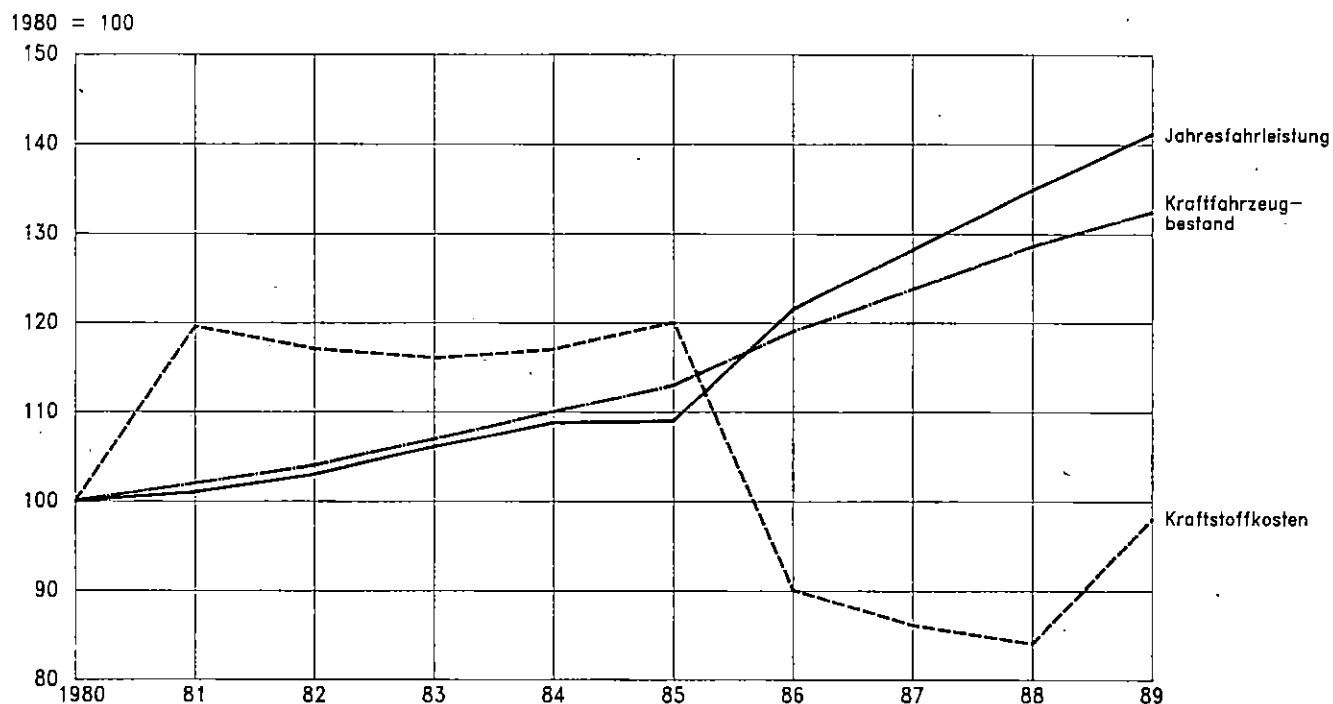
Man darf davon ausgehen, daß ein steigender Mobilitätsbedarf zur Anschaffung von zusätzlichen PKW führt, wenn dies die Einkommenssituation der privaten Haushalte zuläßt und die Alternativen zum PKW nicht attraktiver werden. Des weiteren ist anzunehmen, daß die vorhandenen PKW mehr gefahren werden, wenn unter anderem der Kraftstoff billiger wird. So stagnierte im Jahr 1980 unter dem Eindruck steigender Kraftstoffpreise und eines schwach zunehmenden Kfz-Bestandes die Fahrleistung.

Zwischen 1981 und 1985 nahmen bei fast gleichbleibendem Kraftstoffpreis die Fahrleistungen im gleichen Maße zu wie der Bestand und im Jahr 1986 schnellten sie um 13 % nach oben, nachdem die Kraftstoffpreise innerhalb kurzer Zeit um rund 30 % gefallen waren. In den Jahren 1986 bis 1989 entwickelten sich die Fahrleistungen bei leicht zurückgehenden Kraftstoffkosten geringfügig schneller als der Bestand. Insgesamt betrachtet ist die Zunahme der Fahrleistung je PKW in der Zeit zwischen 1980 und 1985 mit höherem Kraftstoffpreisen viel geringer als in der Zeit zwischen 1986 und 1989 mit niedrigeren Kraftstoffpreisen.

Es bleibt der Eindruck, daß der Straßenverkehrsboom seit 1986 nicht nur Folge eines entsprechend gestiegenen Mobilitätsbedarfs, sondern in hohem Maße auch als Reaktion auf die weiter verbesserten Einkommensverhältnisse breiter Schichten zu verstehen ist. Wesentlich dazu beigetragen hat die Entwicklung der Kraftstoffpreise, während gleichzeitig die Bahntarife stark

Schaubild 3

Kraftstoffpreise, Kraftfahrzeugbestand und Jahresfahrleistung in Baden-Württemberg 1980 bis 1989



angestiegen sind. Die weitere Verkehrsentwicklung wird auch in Zukunft von der Höhe der Mineralölpreise mitbestimmt werden.

Grenzen des Verkehrswachstums nicht in Sicht

Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr wurde soeben eine Personenverkehrsprognose⁷ für das Jahr 2010 fertiggestellt. Die Studie veranschaulicht Entwicklungen für West- und Ostdeutschland, wobei die Ergebnisse für die alten Bundesländer im wesentlichen auch die Entwicklung für Baden-Württemberg beschreiben. Es wurden drei Prognoseszenarien erarbeitet, die sich durch unterschiedliche Annahmen zu den ordnungspolitischen Rahmenbedingungen und - damit im Zusammenhang stehend - zu den Nutzerkosten unterscheiden. Der Status-quo-Prognose "F", welche die derzeit zu beobachtende Verkehrsentwicklung fortschreibt, wird in einer zweiten, dem Reduktionszenario "G", eine Entwicklung gegenübergestellt, wie sie sich aus einer gezielten Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene ergeben würde. Beide Varianten markieren einen Korridor, in den die weitere Entwicklung mit großer Sicherheit stattfinden wird. Die dritte Variante "H" beschreibt den Verkehrsfortgang, der von den Experten des Bundesverkehrsministeriums für am wahrscheinlichsten gehalten wird.

Allen Szenarien wurden die gleichen sozio-ökonomische Rahmenbedingungen unterstellt. Danach wächst die Einwohnerzahl im alten Bundesgebiet von 61,2 Mill. im Jahr 1988 auf 62,1 Mill. im Jahr 2010, der PKW-Bestand von 28,9 Mill. auf 37,3 Mill. PKW an. Für die privaten Haushalte geht man von einer kräftigen Erhöhung der Realeinkommen aus. Aus

diesem Grunde wird ein Anstieg des Motorisierungsgrades von 473 PKW pro 1 000 Einwohner im Jahr 1988 auf 601 PKW pro 1 000 Einwohner im Jahr 2010 für wahrscheinlich gehalten. Hinsichtlich der Raum- und Siedlungsstruktur wird angenommen, daß die langfristig wirksamen Suburbanisationsprozesse auch über den Prognosezeitraum hinweg anhalten und sich insofern die durchschnittliche Wegelänge im Personenverkehr erhöht.

Im einzelnen gehen die Prognoseszenarien von folgenden Annahmen aus. Die Prämissen sind vollständig im Anhang, Tabelle 1, aufgestellt. In Szenario "F", der Status-quo-Variante, wird unterstellt, daß keine weiteren staatlichen Eingriffen vorgenommen werden. Im Gegensatz dazu werden im Szenario "G" zusätzliche ordnungspolitische Maßnahmen zur gezielten Dämpfung der Expansion im Straßen- und Luftverkehr angenommen. Im speziellen bedeutet dies eine Verringerung der Geschwindigkeit im gesamten Strassennetz um global 5 %, verstärkte Parkrestriktionen und höhere Parkkosten, eine Verdoppelung der PKW-Nutzerkosten und die Einführung von deutlichen Zuschlägen auf die Flugpreise. Im Szenario "H" werden keine Maßnahmen angenommen, die gezielt die Nutzerkosten für den Straßen- und Luftverkehr erhöhen. Jedoch werden für den Prognosezeitraum Änderungen der verkehrspolitischen Rahmenbedingungen, die aus der heutigen Sicht auch ohne gezielte politische Einflußnahme eintreten werden, unterstellt. Im einzelnen handelt es sich um Änderungen der Nutzerkosten in den verschiedenen Verkehrszweigen, z.B. die Erhöhung der Kraftstoffkosten um 30 %, um Einflüsse der kommunalen Verkehrspolitik hinsichtlich der Parkraumverfügbarkeit und um Auswirkungen einer gegenüber dem Verkehrsangebot überproportionalen Steigerung der Verkehrsnachfrage.

7 Intraplan Consult GmbH, Institut für angewandte Verkehrs- und Tourismusforschung e.V.: Personenverkehrsprognose 2010 für Gesamtdeutschland, im Auftrag des Bundesministers für Verkehr, München 1991.

Bis zum Jahr 2010 Anstieg des Personenverkehrs um über 20 %

Die Verkehrsleistung nimmt in den alten Bundesländern nach allen drei Szenarien in den nächsten 20 Jahren um über 20 % zu. Die Unterschiede zwischen den Szenarien beruhen auf dem Tempo, mit dem

die verschiedenen Verkehrsträger wachsen (Tabelle 11). Im Status-quo-Szenario "F" wächst die Verkehrsleistung des Individualverkehrs um rund ein Fünftel, jene der Bahn um fast die Hälfte. Der öffentliche Straßenpersonenverkehr (ÖSPV) kann darin seine im Nahverkehr erbrachte Verkehrsleistung kaum steigern, während für den Luftverkehr mit über 70 % Wachstum gerechnet wird.

Demgegenüber simuliert das Reduktionsszenario "G" die weitere Verkehrsentwicklung bei sehr hohem Zuwachs für die öffentlichen Verkehrsträger. Die restriktiven Annahmen bezüglich Individual- und Luftverkehr bewirken hier eine Verlagerung des Fernverkehrs vor allem auf die Bahn und des Nahverkehrs auf den ÖSPV. So wird für die Bahn mit einer Verdoppelung der Verkehrsleistung gerechnet und für den ÖSPV mit einer Leistungssteigerung um rund die Hälfte. Der Zuwachs an Individualverkehr wird demzufolge auf 7 % und an Luftverkehr auf 50 % gedämpft. Das Szenario "H" spiegelt nach Auffassung der Gutachter die wahrscheinlichere Entwicklung wider. So wird für den Individualverkehr mit einem Zuwachs etwas unter und für den ÖSPV um 20 % gerechnet. Die Bahn soll ihre Verkehrsleistung um zwei Drittel steigern. Der stärkste Zuwachs wird jedoch dem Luftverkehr mit einer Zunahme von fast 90 % zugeschrieben.

Trotz relativ niedrigem Zuwachs in allen Szenarien wird der Individualverkehr in der Zukunft wie bereits in der Vergangenheit absolut am stärksten sein. Damit wird der Individualverkehr auch in Zukunft dominieren, er trägt weiterhin mit mehr als 70 % zum Gesamtverkehr bei. Selbst in Szenario "G" mit den höchsten Zuwachsraten für den öffentlichen Verkehr erreichen die Bahn und der ÖSPV nur 11 bzw. 13 % der gesamten Verkehrsleistung.

Was erwartet Baden-Württemberg im Personenverkehr?

Die in den verschiedenen Szenarien zugrundegelegten Wachstumsraten können - eine gewisse Fehlertoleranz vorausgesetzt - auf die Personenverkehrsleistung in Baden-Württemberg bezogen werden. Eine Zusammenstellung grundlegender Daten und Ergebnisse befindet sich im Anhang, Tabelle 2. Im Jahr 1988 betrug die Verkehrsleistung des Personenverkehrs im Lande rund 108 Mrd. Personenkilometer (Pkm). Den Hauptanteil stellte mit rund 90 Mrd. Pkm der Individualverkehr. Der Rest verteilte sich auf die Bahn mit fast 8 Mrd. Pkm, auf den ÖSPV mit über 9 Mrd. Pkm und auf den Luftverkehr mit rund 1 Mrd. Pkm (Tabelle 12):

Wirken nun bis zum Jahre 2010 keine geänderten staatlichen Eingriffe lenkend

Tabelle 11

Prognoseergebnisse für den Personenverkehr Westdeutschlands*) bis 2010
- Verkehrsleistung in Mrd. Personenkilometern -

Verkehrszweige	Basisjahr 1988	Expansions-Szenario "F" 2010		mittleres Szenario "H" 2010		Reduktionsszenario "G" 2010	
	Verkehrs- leistung	jährlicher Zuwachs	Index	jährlicher Zuwachs	Index	jährlicher Zuwachs	Index
	Mrd. Personen- kilometer	%	1988 = 100	%	1988 = 100	%	1988 = 100
Individualverkehr	561,9	1,1	124	0,8	117	0,3	107
Bahn	41,9	2,0	143	3,0	167	5,4	219
ÖSPV ¹⁾	69,5	0,3	106	1,0	121	2,4	152
Luft ²⁾	13,7	3,4	174	4,0	187	2,3	150
Insgesamt	687,0	1,1	124	1,0	122	0,9	120

*) Ohne Westberlin. - 1) Öffentlicher Straßenpersonenverkehr, nur Nahverkehr. - 2) Nur Fernverkehr.

auf das Verkehrsgeschehen ein, ergibt sich nach den Annahmen des Expansions-Szenarios "F" eine Verkehrsleistung von insgesamt 134 Mrd. Pkm. Der Individualverkehr würde dabei nur halb so stark wachsen wie in den letzten zehn Jahren, die Bahn doppelt so stark. Die Verkehrsleistung des Individualverkehrs läge demnach im Jahr 2010 über 110 Mrd. Pkm, jene der Bahn über 11 Mrd. Pkm. Im ÖSPV wäre mit keinen wesentlichen Änderungen zu rechnen. Der höchste Zuwachs ergäbe sich für den Luftverkehr, dessen Verkehrsleistung an fast 2 Mrd. Pkm heranreichen würde.

Im Reduktions-Szenario "G" wird davon ausgegangen, daß die insgesamt zu erwartende Verkehrsleistung von fast 130 Mrd. Pkm durch gezielte Maßnahmen verstärkt auf öffentliche Verkehrsmittel gelenkt werden kann. Dementsprechend würden sich die Verkehrsleistungen der Bahn bei über 17 Mrd. Pkm und die des ÖSPV bei 14 Mrd. Pkm bewegen. Der Wert des Luftverkehrs läge bei 1,7 Mrd. Pkm. Geänderte ordnungspolitische Rahmenbedingungen dämpfen den Leistungszuwachs im Individualverkehr. Seine Verkehrsleistung läge dann bei 96 Mrd. Pkm.

Nach den Annahmen des mittleren Szenarios "H" wird die gesamte Verkehrsleistung in Baden-Württemberg für das Jahr 2010 auf 131 Mrd. Pkm geschätzt. Die hohen Steigerungsraten für die Bahn und den Luftverkehr würden deren Verkehrsleistungen auf 13 Mrd. bzw. über 2 Mrd. Pkm anwachsen lassen. Unter den heutigen Rahmenbedingungen ist dann für diese Verkehrsträger mit Kapazitätsproblemen zu rechnen. Die Bahn kann dem prinzipiell – nach Meinung der Gutachter – durch eine verbesserte Signaltechnik, eine veränderte Logistik und eine Steuerung über die Fahrpreise entgegenwirken. Derzeit werden Strecken- und Sitzplatzkapazitäten nicht im technisch möglichen Maße ausgenutzt. Im Luftverkehr erscheint die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten ebenfalls prinzipiell möglich. Für den ÖSPV wird ein Wert von rund 11 Mrd. Pkm für realistisch angesehen.

Die für das Bundesgebiet getroffenen Annahmen könnten für Baden-Württemberg leicht zu einer generellen Unterschätzung der künftigen Verkehrsentwicklung führen. Dazu ist anzumerken, daß in den letzten 10 Jahren der Zuwachs der gesamten Verkehrsleistung bei 2 % p.a. lag und in Szenario "H"

Tabelle 12

Prognoseergebnisse*) für den Personenverkehr in Baden-Württemberg bis 2010
– Verkehrsleistung in Mrd. Personenkilometern –

Verkehrszweige	Basisjahr 1988	Expansions-Szenario "F" 2010		Mittleres Szenario "H" 2010		Reduktionsszenario "G" 2010	
	Verkehrsleistung		Index	Verkehrsleistung	Index	Verkehrsleistung	Index
	Mrd. Personenkilometer		1988 = 100	Mrd. Personenkilometer	1988 = 100	Mrd. Personenkilometer	1988 = 100
Individualverkehr	89,6	111,1	124	104,8	117	95,9	107
Bahn	7,8	11,2	143	13,0	167	17,1	219
ÖSPV ¹⁾	9,2	9,8	106	11,1	121	14,0	152
Luft ²⁾	1,1	1,9	174	2,1	187	1,7	150
Insgesamt	107,7	134,0	124	131,0	122	128,7	120

*) Die Steigerungsraten Westdeutschlands wurden für Baden-Württemberg übernommen. – 1) Öffentlicher Straßenpersonenverkehr, nur Nahverkehr. – 2) Nur Fernverkehr.

für die nächsten 20 Jahre ein Wachstum von nur 1 % p.a. unterstellt wird. Des weiteren dürfte das Bevölkerungswachstum in Baden-Württemberg deutlich über den oben vorgestellten bundesweiten Szenarien (plus 1,5 % von 1988 bis 2010) liegen. So weist allein schon die untere Variante der neuen Bevölkerungsvorausberechnung für Baden-Württemberg bis 2005 (siehe auch: Beitrag über die Privathaushalte, S. 115 ff.) und der Basis 1989 einen möglichen Anstieg um insgesamt 8,6 % aus. Liegt die Zuwachsrates der Bevölkerung höher als in der Verkehrsprognose des Bundes angenommen, so wird der sich daraus ergebende weitere Verkehrszuwachs im wesentlichen zusätzlich auf den Individualverkehr zukommen, wenn nicht dafür gesorgt wird, daß die Kapazitäten der anderen Verkehrsträger stärker aufgestockt werden als im Szenario "H" für den Bund als noch realistisch angenommen. Man sollte des weiteren nicht aus den Augen verlieren, daß Baden-Württemberg bereits heute durch Transitverkehr stärker beansprucht wird als andere Bundesländer und daß diesem Verkehrsaufkommen in den nächsten Jahren ein erhebliches Wachstum vorausgesagt wird. Ein Leistungszuwachs um 2 % p.a. für den Gesamtverkehr - diese Steigerungsrate entspricht dem durchschnittlichen Verkehrswachstum in den 80er Jahren und in etwa auch dem zukünftigen Wachstum, das nach der unteren Variante der neuen Bevölkerungsvorausrechnung zu erwarten wäre - und eine Begrenzung der Zuwachsrates für Bahn und öffentlichen Straßenverkehr würde für den Individualverkehr eine Steigerung um 44 % bis zum Jahr 2010 bedeuten. Anstatt mit rund 105 Mrd. Pkm wäre dann mit 129 Mrd Pkm zu rechnen. Damit läge der Individualverkehr künftig weit höher als selbst nach dem Expansions-Szenario zu erwarten.

Der Güterverkehr im Zeichen Europas

Die Güterverkehrsprognose für das Jahr 2010, die im Auftrag des Bundesministers für Verkehr in Arbeit ist, liegt noch nicht abschließend vor. Ersatzweise werden frühere, für die alten Bundesländer erstellte Güterverkehrs-

prognosen⁸ herangezogen. Die Veränderungen, die sich aus der deutschen Vereinigung und der Öffnung Osteuropas für die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Westen Europas ergeben, waren damals allerdings nicht absehbar. Dennoch liefern diese früheren Güterverkehrsprognosen wichtige Anhaltspunkte. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) stützt seine Studie auf das Jahr 1987. Sie wurde 1990 fertiggestellt und hat die Auswirkungen des EG-Binnenmarktes 1993 in die Überlegungen der Prognose für das Jahr 2005 miteinbezogen. Ergänzende Aussagen basieren auf einer Untersuchung der Deutschen Bank aus dem Jahr 1990.

Wie unsicher Aussagen über die weitere Entwicklung des Güterverkehrs bleiben müssen, zeigt die beträchtliche Abweichung zwischen dem DIW und der Deutschen Bank in der Abschätzung des Zuwachses des Transportaufkommens. Während der Prognoseansatz des DIW (die Veränderungsrate des realen BIP wird mit durchschnittlich 2,8 % p.a. angesetzt) bei 1,0 % p.a. liegt, nimmt die Deutsche Bank Zuwachsrates von jährlich 3 % an. Impulse für die Entwicklung des Güterverkehrs werden vor allem vom EG-Binnenmarkt 1993 erwartet. Es gilt als sicher, daß der Europäische Binnenmarkt einen Abbau technischer und administrativer Handelsbarrieren mit sich bringt und sich die Arbeitsteilung zwischen den Volkswirtschaften intensiviert. Die Wachstumsrate des internationalen Warenaustausches könnte dadurch höher liegen als der Zuwachs am produzierten Gütervolumen. Verstärkend wirken die sinkenden Kommunikationskosten und eine internatio-

⁸ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Institut für Landes- und Stadtentwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS), Institut für Straßen- und Verkehrswesen Universität Stuttgart: Konzeptionelle Fortentwicklung des Verkehrsbereichs, Berlin 1990; Deutsche Bank AG: Verkehr 2000 - Europa vor dem Verkehrsinfarkt? Eppelheim 1990.

nale Angleichung des Konsummusters vieler Produkte. Im industriellen Sektor wird sich die Arbeitsteilung vertiefen. Die Verlagerung innerbetrieblicher Funktionen auf externe Lieferanten vergrößert generell den Transportbedarf. Die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung Europas läßt erwarten, daß die Verkehrsleistung aller Verkehrsträger schneller wächst als das jeweilige Aufkommen. Die Güter werden im Zuge der vermehrten Arbeitsteilung zwischen den Unternehmen über immer weitere Entfernungen befördert. Die mittlere Transportweite im alten Bundesgebiet stieg in den letzten zehn Jahren um rund 10 km auf nunmehr 230 km an. Die grundlegenden Daten der Güterverkehrsprognose sind in einer Übersicht im Anhang, Tabelle 3, aufgeführt.

Tendenzen in den alten Bundesländern

Nach der prognostizierten Entwicklung wird es nicht zu der erwünschten Verlagerung auf die Schiene und Wasserwege kommen. Heute werden rund 80 % aller Güter im Nah- und Fernverkehr mit dem LKW befördert. Der LKW-Verkehr profitiert in den nächsten Jahren von den verstärkten internationalen Verflechtungen und den daraus resultierenden größeren Transportweiten. Sein großer Vorteil liegt in der fast vollkommenen Flächenerschließung. Für den LKW-Fernverkehr spricht ferner, daß sich der Anteil verarbeiteter, hochwertiger Produkte am gesamten Transportvolumen erhöhen und die bevorzugt mittels Bahn und Schiff transportierten Massengüter an Gewicht verlieren dürften. Der LKW kann zudem seine dominierende Stellung in den Branchen Nahrungs-/Futtermittel und Investitions-/Verbrauchsgüter ausbauen und vom überdurchschnittlichen Wachstum dieser Bereiche seinen Nutzen ziehen. Für den Zeitraum 1987 bis 2005 prognostiziert das DIW für die alten Bundesländer eine Wachstumssteigerung von jährlich 1,3 % für das Transportaufkommen und von 1,9 % für die Verkehrsleistung im Fernverkehr.

Der Straßengüternahverkehr profitiert von der Wiederbelebung der Bauwirtschaft in den neunziger Jahren. Die Produktionszuwächse basieren sowohl

auf dem Wohnungs- als auch auf dem Wirtschaftsbau. Der Baustellenverkehr wird im Nahverkehr ausschließlich über den LKW abgewickelt. Der Aufbau von "just-in-time" Produktionen begünstigt die Straße ebenfalls, die Zulieferer siedeln sich häufig in der Nähe ihrer Abnehmer an. Das DIW beziffert den Zuwachs des Güteraufkommens im Nahverkehr bis zum Jahr 2005 auf jährlich 0,8 %, den Zuwachs der Verkehrsleistung auf jährlich 1,0 %.

Die bahn- und schiffsaffinen Wirtschaftszweige des Montanbereichs, die Eisen- und Stahlindustrie, werden weiter an Bedeutung verlieren. Für die Bahn besteht die Chance, ihre Wettbewerbssituation durch Ausbau stark frequentierter Trassen und Neubau erforderlicher Streckenführungen zu verbessern. Ohne Veränderung der Rahmenbedingungen wird die Bahn das steigende Transportaufkommen aber nur unter dem Durchschnitt mittragen können. Für den kombinierten Verkehr fehlt es an Verlade- und Transportkapazitäten, Spezialwaggons und an leistungsfähigen Zulaufstrecken, z.B. zu den Alpentransversalen. Das DIW rechnet deshalb im Prognosezeitraum für die Bahn jährlich mit einem Aufkommenszuwachs von nur 0,03 % und einem Zuwachs der Transportleistung um 1,0 %. Im Zeitraum 1987 bis 1989 lag der jährliche Aufkommenszuwachs im Schienenverkehr allerdings bei 1,4 %. Von daher verdient die Erwartung der Deutschen Bank, nämlich eine Zunahme des Aufkommens um fast 1 % p.a. bis zum Jahr 2005 der Bahn, besondere Beachtung.

Die für 1992 geplante Eröffnung des Rhein-Main-Donau-Kanals soll der Binnenschifffahrt erhebliche Anstöße bringen. Der expandierende Ost-West-Handel verstärkt die Bedeutung dieses Verkehrsweges. Für die Aufkommenssteigerung prognostiziert das DIW 0,4 % p.a., für die Verkehrsleistung jährlich 1,2 %.

Der Straßengüterverkehr in Baden-Württemberg wächst bis 2010 um gut die Hälfte

Was läßt sich nun vor diesem Hintergrund für das Land Baden-Württemberg sagen?

Das Transportaufkommen des gesamten Güterverkehrs im Lande betrug 1989 rund 567 Mill. t und würde sich - nach dem Prognoseansatz des DIW - bis zum Jahre 2005 auf 659 Mill. t erhöhen. Entsprechend würde die Verkehrsleistung von rund 48 Mrd. tkm auf 62 Mrd. tkm wachsen.

Die Entwicklungsperspektiven der einzelnen Verkehrsträger auf die Verhältnisse in Baden-Württemberg übertragen würde dazu führen, daß der Straßengüterfernverkehr seinen bereits heute dominanten Anteil an der gesamten Verkehrsleistung von derzeit 46 % auf 53 % im Jahr 2005 ausbaute, während die anderen Verkehrsträger trotz (absoluter) Leistungssteigerungen (prozentual) etwas an Bedeutung verlören.

Ein deutlich anderer Verlauf ist zu erwarten, wenn man die verkehrspolitisch erwünschte Verlagerung des Straßengüterverkehrs auf die Schiene berücksichtigt. Unter der Annahme einer Verdoppelung der Verkehrsleistung der Eisenbahnen stiege deren Anteil auf beachtliche 20 %, wogegen der Anteil des Straßengüterverkehrs mit dann 45 % gegenüber heute fast unverändert bliebe. Wegen der allgemein zu erwartenden Steigerung der Verkehrsleistungen käme es aber auch dann zu einer beachtlichen absoluten Zunahme des Straßenverkehrs. Selbst wenn man wie das DIW insgesamt von maßvollen Zuwachsraten ausgeht und dabei die Auswirkungen der deutschen Vereinigung (noch) nicht berücksichtigt, errechnet sich für die Verkehrsleistungen im Straßengüter- und -fernverkehr Baden-Württembergs bis zum Jahr 2005 insgesamt ein Zuwachs von 38 %.

Gewichtige Gründe sprechen jedoch dafür, daß das aufgezeigte Szenario den Verkehrszuwachs unterschätzt, da insbesondere die Auswirkungen der deutschen Vereinigung nicht berücksichtigt sind. Hinzu kommt, daß der Anteil Baden-Württembergs am Bruttoinlandsprodukt in der Tendenz steigt, im Südwesten demnach auch ein überproportionaler Anstieg der Verkehrsleistung zu erwarten ist.

In einer Modellrechnung für Baden-Württemberg wurden diese Gesichtspunkte aufgegriffen und der Prognose-

ansatz des DIW nach oben korrigiert. Als Steigerungsrate für die Verkehrsleistungen im Fernverkehr wird von jährlich 2,5 % ausgegangen und für die Verkehrsleistungen der Eisenbahnen eine Verdoppelung unterstellt. Die übrigen Ansätze bleiben gegenüber der DIW-Prognose unverändert. Schließlich wird als Prognosezeitraum wie für die Personenverkehrsprognose der Zeitraum bis zum Jahr 2010 gewählt (Tabelle 13). Als Hauptergebnis der Modellrechnung ergibt sich für den Straßengüterfernverkehr ein Zuwachs um 60 %, für den Nahverkehr um 21 %. Für die gesamten Verkehrssteigerungen im Straßengüterverkehr kann demnach bis 2010 eine Steigerung um gut die Hälfte erwartet werden.

Die Treffgenauigkeit dieser Modellrechnung hängt im wesentlichen davon ab, wie sich die vielen - z.T. auch gegenläufigen - Einflußvariablen tatsächlich entwickeln. Dabei scheint die Annahme von jährlich + 2,3 % für die gesamten Verkehrsleistungen eher moderat. Im Durchschnitt der 80er Jahre ergab sich für Baden-Württemberg ein Zuwachs von jährlich 2,6 %, wobei die oben diskutierten, tiefgreifenden Veränderungen für den Fernverkehr erst noch bevorstehen. Hinzukommt, daß die Zuwachs-

Tabelle 13

Güterverkehrsleistung in Baden-Württemberg 1989 bis 2010
- Modellrechnung -

Verkehrsträger	1989	2005		2010	
	Leistung in Mrd. t km	1989 = 100	jährl. Wachstum in %-nach DIW	1989 = 100	jährl. Wachstum in %-Modellrechnung
Güterfernverkehr	39,2	130	1,88	154	2,57
darunter					
Straßengüterfernverkehr	22,2	146	2,88	160	2,86
Eisenbahnen	6,0	117	1,06	200	4,76
Binnenschifffahrt	8,8	119	1,19	124	1,14
Rohölfernleitungen	2,2	97	-0,19	97	-0,14
Straßengüternahverkehr	8,3	116	1,00	121	1
Güterverkehr insgesamt	47,4	128	1,72	148	2,29

rate von jährlich 5 % für den Schienenverkehr in Hinsicht auf den Ausbau der Infrastruktur schnelle und durchgreifende Entscheidungen voraussetzen, deren konkrete Ausgestaltung noch anstehen. Schließlich muß offenbleiben, ob die bevorstehende Eröffnung des Rhein-Main-Donau-Kanals Impulse auch für die Binnenschifffahrt Baden-Württembergs mit sich bringt. Von daher ist nicht auszuschließen, daß bei entstehenden Kapazitätsengpässen der Verkehr verstärkt über die Straße abgewickelt werden müßte, was zu einer weiteren Expansion des Straßenverkehrs führen muß. Ebenfalls schwer abzuschätzen ist die gerade für Baden-Württemberg wichtige Entwicklung im Gütertransit, künftig auch im Blick auf die neuen Bundesländer.

3. KLÄRUNG SPEZIELLER VERKEHRSFRAGEN - GÜTERTRANSIT, ÖPNV, PENDLER

Gütertransit - der Schwerpunkt liegt auf der Straße

Baden-Württemberg ist aufgrund seiner geographischen Lage Transitland für alle Richtungen. Bisher verliefen die Verkehrsströme primär von Nord nach Süd. Nach den politischen Umwälzungen in Osteuropa und der daraus resultierenden Öffnung nach Westen werden in Zukunft Ost-West-Bewegungen in verstärktem Maße hinzukommen.

Der Transitverkehr durch Baden-Württemberg ergibt sich aus dem Verkehr zwischen ausländischen Staaten, aus dem Verkehr zwischen ausländischen Staaten und anderen Bundesländern und drittens aus dem Verkehr zwischen anderen Bundesländern. Für alle drei Teilkomponenten des Gütertransitverkehrs werden teilweise auch Verkehrswege in Baden-Württemberg in Anspruch genommen. Statistische Angaben über das Verkehrsaufkommen im Gütertransit liegen getrennt nach diesen drei Teilbereichen für das gesamte Bundesgebiet vor, allerdings nicht gegliedert

nach Bundesländern. Aus der wahrscheinlichen Streckenführung zwischen dem Land des Versands und dem Land des Empfangs läßt sich der Umfang des Gütertransits durch Baden-Württemberg grob abschätzen. Absolut am stärksten schlägt der Verkehr zwischen ausländischen Staaten und dem Bundesgebiet zu Buche. Von den insgesamt 560 Mill. t des Güteraufkommens im Jahre 1989 dürften auf Baden-Württemberg zwischen 10 und 15 % entfallen. Einen vergleichsweise geringen Anteil bestreitet der Transitverkehr unter den Ländern Europas. Zehn Prozent von zusammen 44 Mill. Tonnen betreffen Baden-Württemberg. Für den Transitverkehr durch Baden-Württemberg kommen schließlich auch Verkehrsbewegungen zwischen anderen Bundesländern in Frage. Schätzungsweise dürfte hiervon ein (noch ohne Berücksichtigung der neuen Bundesländer) Drittel Baden-Württemberg durchqueren. Alle Komponenten zusammengefaßt summieren sich auf immerhin 70 Mill. t Gütertransit durch Baden-Württemberg. Damit entfällt fast die Hälfte des gesamten Güterfernverkehrsaufkommens auf den Gütertransit (Tabelle 14).

Gütertransit vollzieht sich vor allem auf der Straße. Im Bundesdurchschnitt rollt etwa 65 % des Durchgangsverkehrs über die Straße, nicht ganz 20 % über die Schiene und etwa 15 % der Güter transportiert die Binnenschifffahrt. Die Bundeszahlen sind im Prinzip auf Baden-Württemberg übertragbar. Mit der Einführung des EG-Binnenmarktes 1993 und aufgrund der weiteren Zunahme an Ost-West-Beziehungen ist mit einem steigenden Transitaufkommen in Baden-Württemberg zu rechnen. Dieser Güterverkehr wird zum größten Teil über die Straße abgewickelt werden.

Inzwischen pendelt schon fast jeder zweite Erwerbstätige zur Arbeit

Eine stichprobenhafte Befragung⁹ im Jahr 1989 ergab, daß rund ein Drittel aller Fahrten des Personenverkehrs zur

9 Ennid-Institut: Kontinuierliche Erhebung zum Verkehrsverhalten (KONTIV), Bielefeld, 1991.

Arbeits- oder Ausbildungsstätte unter-
nommen werden. Ein weiteres Drittel
aller Wege erfolgt im Rahmen der Frei-
zeit und die letzten gut 30 % verteilen
sich auf die Bereiche Einkauf/Versor-
gung, Service, Wirtschaftsverkehr und
sonstiger Verkehr. Da Teile dieses Be-
rufs- und Ausbildungsverkehrs an
Wochentagen die Straßen verstopfen,
drängen sich die Fragen auf: Wieviele
Erwerbstätige und Auszubildende Ba-
den-Württembergs sind betroffen? Mit
welchem Verkehrsmittel gelangen sie an
ihr Ziel und welche Entfernungen¹⁰wer-
den zurückgelegt?

Nach den Ergebnissen der Volkszählung
1987 gab es in Baden-Württemberg 1,8
Mill. Berufs- und 0,3 Mill. Ausbil-
dungsauspendler, zusammen rund 66 %
mehr als nach der Zählung des Jahres
1970.¹¹ Obwohl sich die Zahl der Aus-
pendler, die Gemeindegrenzen über-
schreiten, um mehr als die Hälfte
erhöht hat, nahm die Zahl der Erwerbs-
tätigen nur um rund vier Prozent von
4,18 Mill. auf 4,34 Mill. zu. Demnach
verlassen derzeit gut 40 % der Erwerbs-
tätigen Baden-Württembergs ihren
Wohnort, um in einer anderen Gemeinde
ihrer Arbeit nachzugehen. Im Jahr 1970
waren es rund 25 %. Die Zahl der Schü-
ler und Studierenden verringerte sich
von 1,4 Mill. auf 1,3 Mill. um sechs
Prozent. Überschritt 1970 noch erst
jeder siebte Auszubildende zum Unter-
richt die Gemeindegrenzen, so war es
im Jahr 1987 schon jeder vierte Schüler
oder Studierende.

Das deutlich gewachsene Gewicht der
die Gemeindegrenzen überschreitenden
Pendlerbewegungen hat mehrere Ursa-

Tabelle 14

Gütertransit in Baden-Württemberg 1989
– Gütermenge –

Verkehrsart	Güter- menge	Anteile der Verkehrsträger			
		Straße	Bahn	Binnen- schiff	Roh- öl- fern- leitung
	Mill. t	%			
Güterfernverkehr zusammen	160	50	18	24	8
darunter					
Transit	70	65	20	15	–
Straßengüternahverkehr	400	100	–	–	–
Güterverkehr insgesamt	560	86	5	7	2

chen. Ein Grund für die Entwick-
lung ist das Ungleichgewicht von Woh-
nungsnachfrage und -angebot in den
Ballungsräumen, daraus resultiert der
Zwang, ins Umland auszuweichen. Des
weiteren spielt der wachsende Speziali-
sierungsgrad der Berufe eine Rolle. Der
Erwerbstätige findet oft keinen ange-
messenen Arbeitsplatz am Wohnort und
aufgrund eines höheren Einkommens
kommt auch ein weiterer Anfahrtsweg in
Betracht. Der hohe Zuwachs des Anteils
der Ausbildungspendler resultiert aus
einer größeren Angebotspalette an wei-
terführenden und beruflichen Schulen
und einem heute höheren Schüleranteil
auf diesen Schulen.

Starker Pendlerverkehr aus dem Umland
der Städte

Der Anteil der die Gemeindegrenzen
überschreitenden Berufspendler an den
Erwerbstätigen am Wohnort stieg seit
1970 in allen Kreisen des Landes
(Schaubild 4). Im Jahr 1970 lagen die
Aus- und Einpendlerquoten noch in
fünfzehn ländlichen Kreisen unter 25 %.
Dies bedeutet, weniger als ein Viertel
aller Erwerbstätigen verließen ihren
Wohnort, um ihrer Arbeit nachzugehen.
Gleichzeitig kamen weniger als 25 % aller
Beschäftigten in einer Gemeinde von
außerhalb zur Arbeit.

Im Jahr 1987 hatte der Anteil der Pend-
ler aus diesen Gemeinden und der
Pendler in diese Gemeinden zumeist 30 %

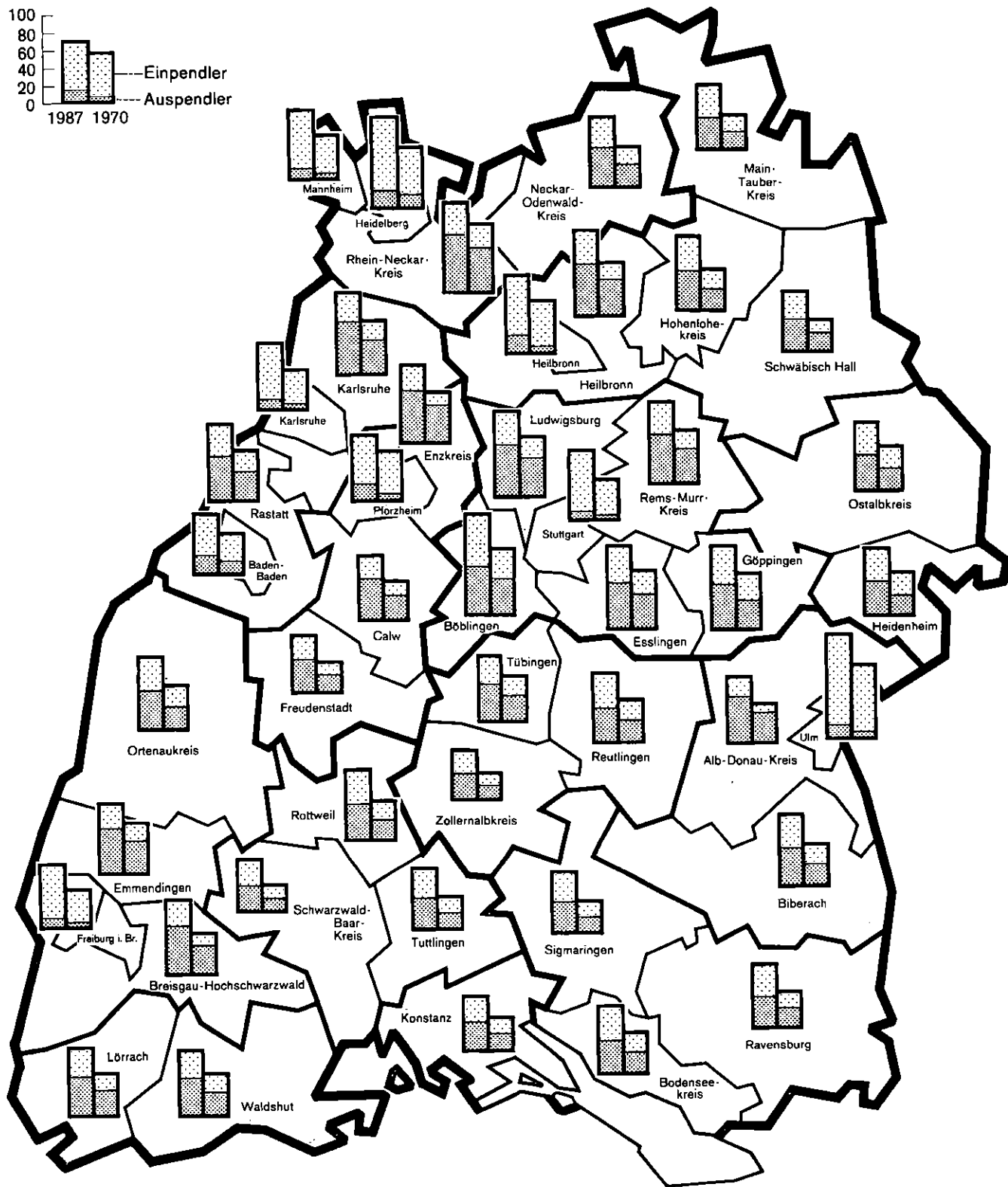
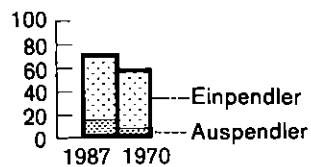
10 Die Entfernung zur Arbeits- oder
Ausbildungsstätte wurde anhand des
Zeitaufwandes für diesen Weg erfaßt.

11 Es wurden die Pendlerdaten der
Volkszählung 1970 auf den Gebiets-
stand der späteren Gebietsreform be-
zogen. Für die speziellen Merkmale
"Verkehrsmittel" und "Zeitaufwand"
beziehen sich die Daten der Volks-
zählung 1970 weiter auf den alten
Gebietsstand.

Schaubild 4

Berufseinpender und - auspendler der Kreise Baden-Württembergs im Jahr 1970*) und 1987

% der Erwerbstätigen



*) Die Werte beziehen sich auf den Gebietsstand von 1987.

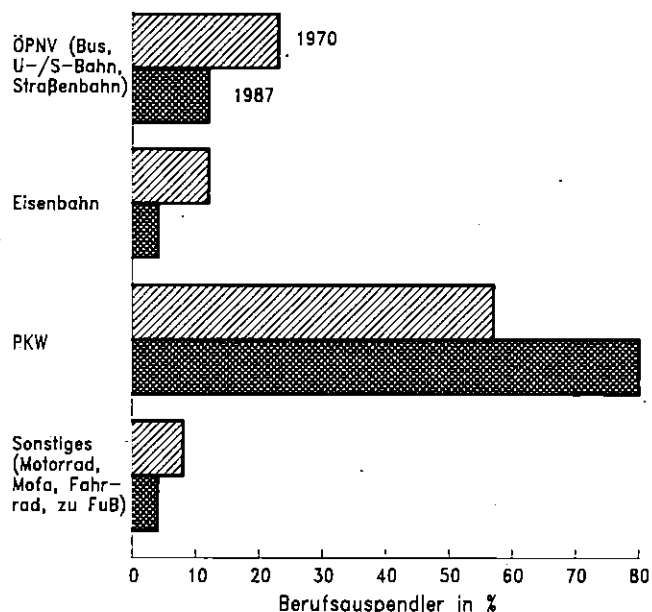
überschritten. Im Jahr 1970 wie auch 1987 sind es die Stadtkreise, die aufgrund des breiten Arbeitsplatzangebotes allein ein Drittel aller Einpendler anziehen. Für knapp zehn Prozent aller Berufstätigen, die zum Arbeitsplatz in eine andere Gemeinde fahren, heißt das Ziel Stuttgart. Die höchsten Wachstumsraten von über zwanzig Prozent mehr Einpendler fielen jedoch auf die vier Landkreise Heilbronn, Breisgau-Hochschwarzwald, Biberach und den Alb-Donau-Kreis. Dies ist auf das erweiterte Arbeitsplatzangebot in diesen Kreisen zurückzuführen. So nimmt der Kreis Breisgau-Hochschwarzwald in bezug auf den Zuwachs an Arbeitsplätzen mit über 50 % eine Spitzenposition ein. Hier spielte die günstige Entwicklung einiger dort ansässiger Branchen des Produzierenden Gewerbes, insbesondere die Herstellung von Kunststoffwaren sowie der Maschinenbau, eine Rolle. Ansonsten liegt es hauptsächlich an der Ausweitung der Bereiche Handel, Verkehr, Dienstleistungen und Organisationen ohne Erwerbszweck, Gebietskörperschaften. Es läßt sich eine zunehmende Pendlerverflechtung feststellen, da gleichzeitig viele Erwerbstätige aus diesen Kreisen in Nachbarkreise auspendeln. Kreise mit Auspendlerüberschuß liegen zumeist im Umfeld von Stadtkreisen. Inzwischen ist schon jeder zweite Erwerbstätige der Landkreise Karlsruhe, Rhein-Neckar, Heilbronn, Enzkreis, Ludwigsburg, Rems-Murr, Böblingen, Esslingen, Göppingen, Alb-Donau, Emmendingen und Breisgau-Hochschwarzwald Berufsauspendler über die Gemeindegrenzen. Die Spitzenreiterrolle nimmt der Rhein-Neckar-Kreis ein. Hier betrug die im Rahmen der Volkszählungen erhobene Auspendlerquote, schon 1970 rund 50 % und lag 1987 bei 63 %.

Der PKW - das favorisierte Verkehrsmittel der Berufspendler

Im Rahmen der Volkszählungen 1970 und 1987 wurde auch nach dem hauptsächlich für den Arbeitsweg benutzten Verkehrsmittel gefragt (Schaubild 5). So fuhren 1987 rund 80 % der Berufsauspendler mit dem PKW, rund 16 % benutzten ein öffentliches Verkehrsmittel¹², sonstige Verkehrsmittel spielen eine untergeordnete Rolle. Im Jahr 1970 war der Trend zum PKW noch nicht in die-

Schaubild 5

Berufsauspendler* in Baden-Württemberg 1970 und 1987 nach dem überwiegend benutzten Verkehrsmittel für den Weg zur Arbeit



*) Die Pendlerdaten der Volkszählung 1970 beziehen sich auf den alten Gebietsstand, die Werte der Volkszählung 1987 auf den Gebietsstand nach der Gemeindereform.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

205-91

sem Maße ausgeprägt. Damals fuhren fast 60 % mit dem PKW und 35 % mit öffentlichen Verkehrsmitteln - allerdings bezogen auf den Gebietsstand vor der Gemeindereform. Eine Alternative zum PKW bietet der öffentliche Verkehr anscheinend nur in den Ballungsräumen. Außer in Baden-Baden ist in allen Stadtkreisen der Autofahreranteil der einpendelnden Arbeitnehmer niedriger als in den ländlichen Umlandkreisen. Die Stadt Stuttgart hat mit rund 64 % die niedrigste PKW-Quote der erwerbstätigen Einpendler. Die Arbeitnehmer stammen zumeist aus dem Raum Mittlerer Neckar, der einzigen Region des Landes mit S-Bahn. Entsprechend pendelt jeder vierte Erwerbstätige dieses Gebietes mit Bahn oder Bus zur Arbeit in eine andere Gemeinde.

12 Unter dem Begriff "öffentliche Verkehrsmittel" wurden Bus, U-/S-Bahn, Straßenbahn und Eisenbahn zusammengefaßt.

Das gleiche Bild ergibt sich für die innergemeindlichen Berufspendler¹³ der Stadtkreise. Auch hier weist Stuttgart mit 51 % den geringsten Anteil an innergemeindlichen Autofahrern auf und mit 41 % den höchsten Anteil an Benutzern öffentlicher Verkehrsmittel.

Anders als bei den Berufsauspendlern sieht es bei den Ausbildungsauspendlern aus. Gut zwanzig Prozent benutzen den PKW und fast 70 % ein öffentliches Verkehrsmittel für den Weg zur Ausbildungsstätte. Schüler und Studierende, die aus Stadtkreisen auspendeln, fahren im Vergleich zu Landkreisen, häufiger mit dem Wagen. Der Maximalwert wird mit beinahe 70 % in Pforzheim erreicht. Ein Grund könnte sein, daß die Angebote des öffentlichen Verkehrs morgens in Richtung auf die Stadt und abends zum Umland hin zugeschnitten sind. Es wird sich zumeist um ältere Schüler oder Studierende handeln, für die auch eher das Verkehrsmittel PkW in Frage kommt.

Welches Verkehrsmittel für den Weg von der Wohnung zum Arbeitsplatz in Betracht kommt, hängt u.a. vom jeweiligen Zeitaufwand ab. Es hat sich eine generelle Erhöhung der Anfahrtszeit für Berufs- und Ausbildungspendler ergeben (Schaubild 6). Mehr als 80 % der Erwerbstätigen, Schüler und Studenten benötigen 1987 mehr als fünfzehn Minuten für den einfachen Weg zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte. Rund die Hälfte aller Pendler müssen fünfzehn bis dreißig Minuten für die Anfahrt einplanen und für fast jeden Dritten liegt der Zeitaufwand zwischen einer halben und einer ganzen Stunde. Fast fünf Prozent der Pendler nehmen sogar Fahrtzeiten von mehr als einer Stunde in Kauf. Eine Ursache für den teilweise großen Zeitaufwand dürfte neben der zum Teil großen Entfernung zum Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz darin liegen, daß die Verkehrsdichte auf den Straßen zuge-

nommen hat, so daß für bestimmte Strecken, u.a. in Städten, mit einer längeren Fahrtdauer zu rechnen ist. Es scheint aber, daß bei einer Stunde Anfahrtsweg eine Toleranzschwelle erreicht wird. Sicherlich kann ein Teil der langen Anfahrtswege durch den Umstieg auf ein anderes Verkehrsmittel zurückgelegt werden oder sie werden erst durch eine dichtere Verkehrsinfrastruktur möglich. Es fährt mittlerweile jeder zehnte erwerbstätige Auspendler aus einem Stadtkreis länger als eine Stunde. Vielleicht liegt es an der Attraktivität der Stadt besonders für bestimmte Bevölkerungsgruppen? Einen relativ hohen Anteil in dieser Gruppe mit langen Fahrtzeiten stellen anscheinend junge Akademiker, denn in den Universitätsstädten Heidelberg und Freiburg liegen die Anteile der Berufsauspendler mit mehr als einer Stunde Zeitaufwand für die Anfahrt bei 15 bzw. 17 %.

Investitionen im öffentlichen Personen-nahverkehr zahlen sich aus

Vor allem der drohende Verkehrsinfarkt auf den innerstädtischen Straßen, aber auch die lufthygienische Situation in den Städten und das wachsende Umweltbewußtsein rücken den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) immer stärker in den Mittelpunkt der verkehrspolitischen Diskussionen. Der ÖPNV beförderte im Jahr 1990 rund 760 Mill. Personen in Baden-Württemberg, davon etwa 417 Mill. in den Großräumen Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Freiburg, Heidelberg und Ulm.¹⁴ Diese Gebiete haben einen Anteil von rund 30 % an der Gesamtbevölkerung und rund 6 % an der gesamten Landesfläche (Tabelle 15). Nach der starken Abnahme der Beförderungszahlen in den Jahren 1980 bis 1989 auf 744 Mill. sind die Fahrgastzahlen im Jahr 1990 wieder um 12 Mill. beförderte Personen angewachsen. Der Anstieg geht von den Verdichtungsräumen aus. Allein die Großräume Stuttgart, Karlsruhe und Freiburg mit zusammen 323 Mill. Benutzern des ÖPNV verzeichneten

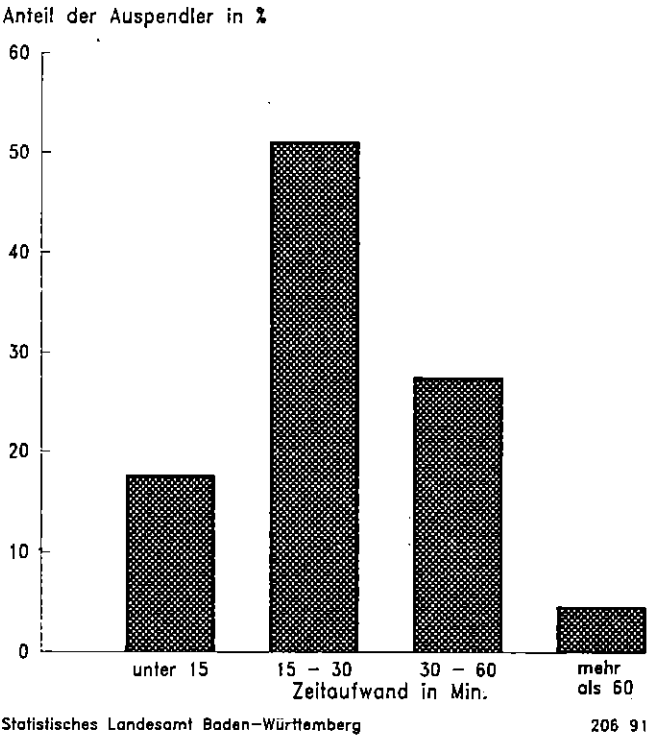
13 Innergemeindliche Berufspendler wechseln auf dem Weg von der Wohnung zur Arbeitsstätte den Gemeindeteil, entsprechend innergemeindliche Ausbildungspendler.

14 Das Verkehrsgebiet Ulm beinhaltet die Stadt Ulm in Baden-Württemberg und die Stadt Neu-Ulm in Bayern.

für das Jahr 1990 ein Plus von 18 Mill. Fahrgästen (Schaubild 7). Die Inanspruchnahme des ÖPNV im ländlichen Raum nimmt aber weiterhin ab. Bei einer eingehenden Analyse des ÖPNV von sechs Verdichtungsräumen und eines ländlichen Raumes fällt auf, daß ab dem Jahre 1984 in den Räumen Stuttgart, Karlsruhe und Freiburg die Beförderungszahlen stetig wuchsen. In Stuttgart waren es 1990 exakt 208 Mill. Fahrgäste gegenüber 181 Mill. im Jahr 1984, in Karlsruhe 70 Mill. zu 53 Mill., in Freiburg 45 Mill. gegenüber 29 Mill.. In den Verkehrsgebieten Mannheim, Heidelberg und Ulm stagnierten die Beförderungszahlen seit etwa 1984. Sie pendelten sich in Mannheim um 45 Mill., in Heidelberg um 23 Mill. und in Ulm um 19 Mill. beförderte Personen ein.

Für die Zuwächse in den genannten Räumen sind mehrere Ursachen ausschlaggebend. Der Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart ist der einzige Großraum in Baden-Württemberg, in dem S-Bahnen verkehren. Die S-Bahn erschließt die Stadt Stuttgart sowie sternförmig die umliegenden Landkreise Ludwigsburg, Rems-Murr, Esslingen und Böblingen. Der Vorteil der S-Bahn gegenüber Bus und Stadtbahn besteht in der großen Beförderungsleistung und den kurzen Fahrzeiten. Der Synergieeffekt aus S-Bahn, Stadtbahn, Straßenbahn und Bus kam durch eine ständige Verbesserung des Streckennetzes zunehmend zum Tragen und schuf Anreize zum Umsteigen auf den ÖPNV. Die Verkehrsbetriebe Karlsruhe erweiterten systematisch das Streckennetz, modernisierten den Wagenpark und setzten

Schaubild 6
Zeitaufwand der Berufsauspendler über die Gemeindegrenzen in Baden-Württemberg 1987



auf eine attraktive Tarifpolitik mit preisgünstigen Tageskarten seit 1985 und einer Umweltschutzkarte seit 1986. Die Freiburger Verkehrs-AG führte 1988 ebenfalls eine attraktive 24-Stunden-Netzkarte ein und erreichte hohe Absatzsteigerungen mit der Umweltschutzkarte seit 1984.

In Heidelberg, Mannheim und Ulm spiegeln sich eingeführte Neuerungen noch nicht in wesentlich höheren Fahrgastzahlen wider. Die Mannheimer Versor-

Tabelle 15

Beförderte Personen im öffentlichen Straßenverkehr in Baden-Württemberg und in ausgewählten Räumen 1980 bis 1990

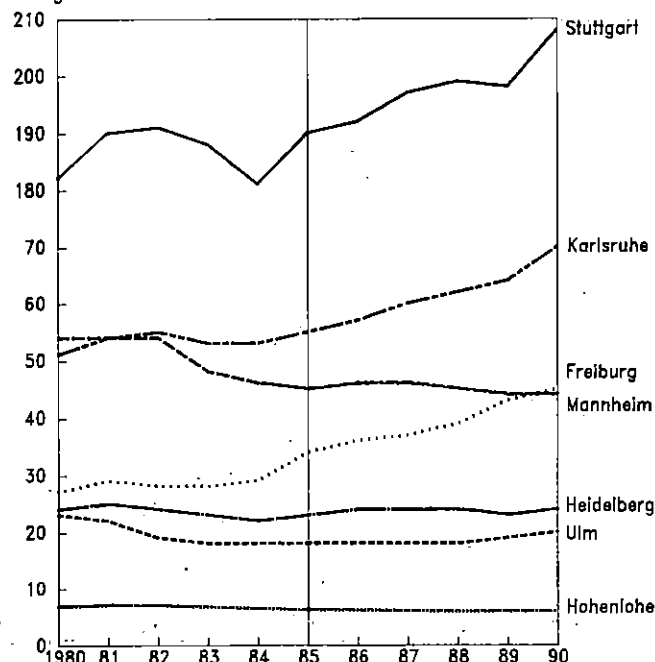
Gebiet	1980	1985	1987	1988	1989	1990
	Mill. Personen					
Baden-Württemberg	901	766	764	745	744	760
Ausgewählte Räume ¹⁾	368	371	388	393	397	417

1) Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Freiburg, Heidelberg und Ulm.

Schaubild 7

Beförderungsfälle ausgewählter Räume in Baden-Württemberg 1980 bis 1990

Fahrgäste in Mill.



Quelle: Geschäftsberichte der Verkehrsbetriebe.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

207 91

gungs- und Verkehrsgesellschaft und die Heidelberger Straßen- und Bergbahn AG sind seit Dezember 1989 Vertragspartner des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar. Der Verbund reicht über die Landesgrenzen und erschließt den Ballungsraum Rhein-Neckar. Durch ein einheitliches Tarifsystern und die Abstimmung der Fahrpläne der verschiedenen Verkehrsmittel sollen neue Alternativen zum Individualverkehr aufgezeigt und das Umsteigen vereinfacht werden. Im Bereich Heidelberg sind nach Einführung des Verbundes die Beförderungsfälle im Gesamtverkehr um eine Million angewachsen. In Mannheim wurde zwar beim Berufsverkehr¹⁵ eine Steigerung von 20 % erreicht, dieser Anstieg schlug sich jedoch in keiner Erhöhung der Gesamtfahrgastzahlen nieder. Ulm nahm 1986 eine Umweltkarte in

das Programm auf. Sie hat sich mit einem Fahrgastanteil von 25 % zur wichtigsten Karte im Angebot der Verkehrsbetriebe entwickelt, bei jedoch nahezu unverändertem Gesamtverkehr. Der Nahverkehr Hohenlohe wurde als Beispiel für die Sanierung des öffentlichen Personennahverkehrs im ländlichen Raum in die vorliegende Untersuchung aufgenommen. Das Pilotprojekt wurde im Jahr 1979 gestartet und bietet im Hohenlohekreis ein funktionierendes und nahezu kostendeckendes Linienbusnetz. Die Anzahl der Beförderungsfälle betrug im Jahr 1991 rund 6 Mill. Personen.

Zielgruppen in Stadt und Land verschieden

Die Struktur des ÖPNV weist in den städtischen und ländlichen Gebieten deutliche Unterschiede auf (Schaubild 8). In den Stadtgebieten stellt der Berufsverkehr zwischen 20 und 50 % der Fahrgäste, im ländlichen Hohenlohekreis nicht einmal zehn Prozent. In Karlsruhe, Freiburg und Ulm sind jeweils über 40 % aller Fahrgäste Stammkunden des Berufsverkehrs. In Stuttgart sind es etwa ein Drittel aller beförderten Personen und in Mannheim und Heidelberg rund 20 %.

Der Anteil des Ausbildungsverkehrs¹⁶ am Gesamtfahrgastaufkommen aller städtischer Gebiete liegen derzeit um 20 %. Im Hohenlohekreis befördert der Nahverkehr dagegen zu 76 % Schüler. Im ländlichen Bereich ist im Vergleich zu städtischen Räumen das Einzugsgebiet weiterführender Schulen größer gefaßt und für die Schüler ergeben sich längere Schulwege. Der ÖPNV im ländlichen Raum dient größtenteils dem Ausbildungsverkehr.

15 Der Berufsverkehr wird definiert als Verkehrsleistungen (Fahrgäste), die in bezug auf Wochen-, Monats- und Jahreskarten für jedermann erbracht werden.

16 Der Ausbildungsverkehr wird definiert als Verkehrsleistungen, die in bezug auf Wochen-, Monats- und Jahreskarten für Schüler bzw. Studenten erbracht werden.

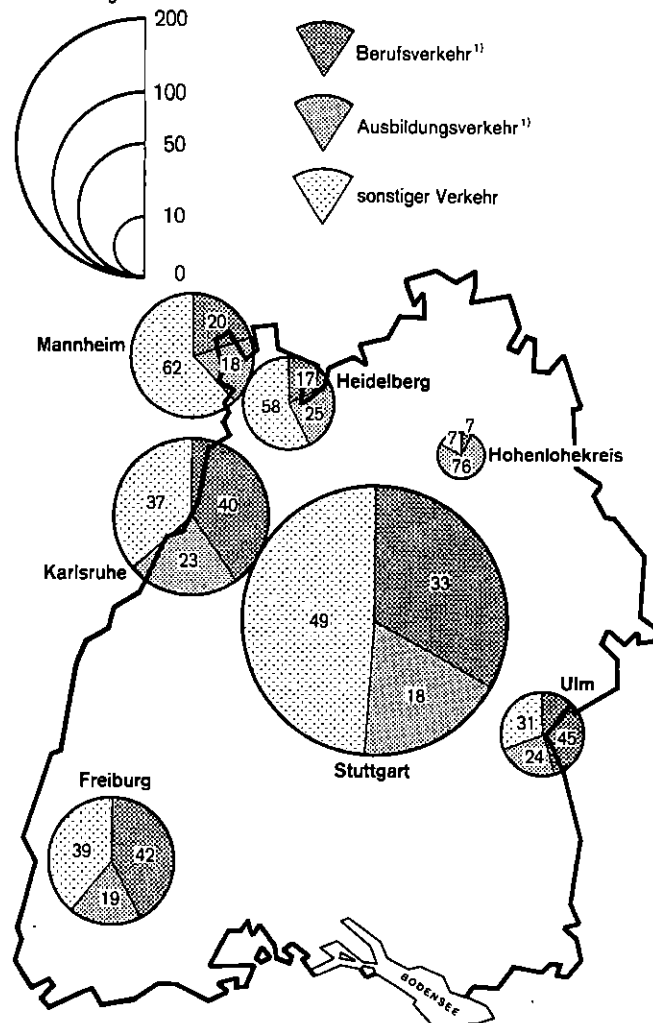
In welchem Maße der ÖPNV eines Raumes angenommen wird, drückt sich im Anteil der Gesamtbevölkerung¹⁷ bzw. der jeweiligen Bevölkerungsgruppe aus, die regelmäßig werktags öffentliche Verkehrsmittel benutzt (Schaubild 9). In Karlsruhe und Freiburg fuhren im Jahr 1990 durchschnittlich vier von zehn Personen der Gesamtbevölkerung werktags regelmäßig mit dem ÖPNV. Drei von zehn Bewohnern der Großräume Mannheim und Ulm nehmen Bus und Bahn regelmäßig in Anspruch, im Gebiet Heidelberg waren es nur zwei von zehn. Für den Großraum Stuttgart fällt der Prozentsatz je nach dem betrachteten Einzugsgebiet anders aus: Im größeren Gebiet des Verkehrsverbundes Stuttgart - markiert durch das S-Bahnnetz - fuhren drei von zehn Einwohnern regelmäßig mit dem ÖPNV. Im Verkehrsgebiet des SSB, im wesentlichen deckungsgleich mit dem Stadtkreis Stuttgart, waren es fünf von zehn Personen der Bevölkerung, die die Stadtbahn, die Straßenbahn oder den Bus benutzten. Die S-Bahn erweitert das städtische Einzugsgebiet der SSB um den dazugehörigen ländlichen Raum mit einem geringeren Teilnehmerpotential für den ÖPNV. Im Hohenlohekreis benutzte nur jeder vierzehnte Einwohner jeweils von Montag bis Freitag den Bus. Für den täglichen Weg zur Ausbildungsstätte fuhren in Stuttgart und Karlsruhe zwei von zehn Schülern bzw. Studenten mit dem ÖPNV. In den Gebieten Mannheim, Freiburg, Heidelberg, Ulm und im Hohenlohekreis waren es drei von zehn. Es sind auf den ersten Blick keine Un-

Schaubild 8

Beförderungsfälle ausgewählter Großräume in Baden-Württemberg 1990 nach Fahrtzweck

Anteile in %

Beförderungsfälle in Mill.



Quelle: Geschäftsberichte der Verkehrsbetriebe.

1) Der Berufs- bzw. Ausbildungsverkehr wird definiert als Verkehrsleistungen (Fahrgäste), die in bezug auf Wochen-, Monats- und Jahreskarten für jedermann bzw. Schüler und Studenten erbracht werden.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

384 91

17 Annahme:

Zwei Beförderungsfälle entsprechen einer Hin- und einer Rückfahrt pro Fahrgast

260 Arbeitstage pro Jahr

Berechnung z.B. für die Erwerbstätigen:

Beförderungsfälle des Berufsverkehrs pro Jahr / 2 * 260 = Hin- und Rückfahrten pro erwerbstätige Person.

$X / (\text{Erwerbstätige des Raumes}) = Y$, z.B. $Y = 0,2$, d.h. jeder fünfte Berufstätige fährt täglich mit dem ÖPNV zur Arbeit.

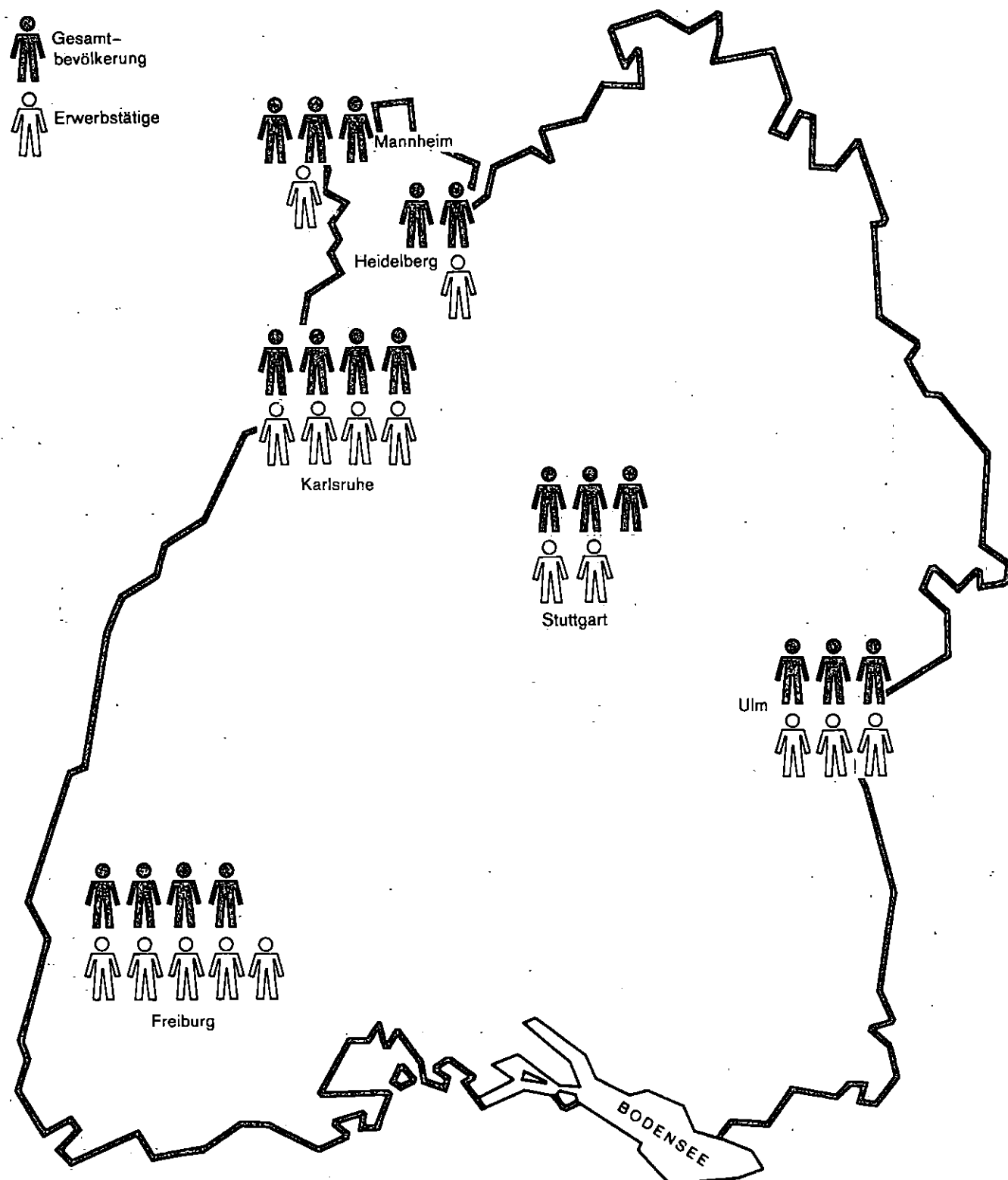
terschiede unter den Großräumen und zwischen den städtischen und den ländlichen Gebieten erkennbar. Durch das bereits erwähnte größere Einzugsgebiet der Ausbildungsstätten in ländlichen Gebieten und die dadurch bedingten weiteren Anfahrtswege sind die Schüler auf dem Lande im stärkeren Maße als in der Stadt auf motorisierte Verkehrsmittel angewiesen. Dieser vermehrte Bedarf wird im ländlichen Raum nicht durch den ÖPNV, sondern mittels PKW und durch Fahrten mit der Deutschen Bundesbahn gedeckt.

Bezogen auf den Anteil aller Erwerbstätigen, die den ÖPNV in Anspruch nehmen, geben die betrachteten Groß-

Schaubild 9

Beförderungsquote des Gesamtverkehrs bzw. des Berufsverkehrs *) des ÖPNV ausgewählter Räume in Baden-Württemberg 1990

Von 10 Personen der Gesamtbevölkerung bzw. Erwerbstätigen fahren werktags regelmäßig mit dem ÖPNV:



Quelle: Geschäftsberichte der Verkehrsbetriebe.

*) Der Berufsverkehr wird definiert als Verkehrsleistungen (Fahrgäste), die in bezug auf Wochen-, Monats- und Jahreskarten für jedermann erbracht werden.

Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

374 91

räume ein heterogenes Bild ab. In Freiburg fahren fünf von zehn Berufstätigen, dagegen in Heidelberg und Mannheim nur einer von zehn regelmäßig werktags mit Bus und Bahn zur Arbeit. In den übrigen Gebieten Karlsruhe waren es vier und in Ulm drei. Im Gebiet des Verkehrsverbundes Stuttgart fahren zwei von zehn Berufstätigen mit dem ÖPNV, im kleineren Betrachtungsraum des Verkehrsgebietes der SSB ist es dagegen jeder Zweite. Im Hohenlohekreis findet mittels ÖPNV praktisch kein Berufsverkehr statt, nur jeder Hundertste ließ seinen Pkw stehen und stieg auf den Bus um. Auch wenn man berücksichtigt, daß nicht jeder Erwerbstätige auf ein motorisiertes Verkehrsmittel angewiesen ist, um zur Arbeitsstätte zu gelangen, so läßt sich dennoch in den Räumen auf ein Umsteigepotential schließen. Besonders in Mannheim, Heidelberg und dem Großraum Stuttgart benutzen vergleichsweise wenige Berufstätige den ÖPNV. Für die jeweiligen Verkehrsbetriebe heißt es, diese Ursachen zu erkennen und geeignete Maßnahmen zu finden. Angestrebt oder überprüft werden z.B. folgende Handlungsansätze: Die Gründung eines Verkehrsverbundes oder die tarifliche Einbeziehung des Regionalverkehrs in einen bestehenden Verkehrsverbund, der Ausbau des Streckennetzes speziell in Stuttgart zu einem Ringverkehr, die Verbesserung der Taktzeiten, die Schaffung zusätzlicher Busspuren und weiterer "Park and Ride"-Plätze.

4. UMWELTBELASTUNGEN DES VERKEHRS

Verkehrslärm stellt eine große Belastung für den Menschen dar

Etwa die Hälfte der Bundesbürger fühlen sich zeitweise oder dauernd durch Lärm gestört. Der Verkehr, vornehmlich der Straßenverkehr, ist dabei mit Abstand die größte Störquelle. Im Jahr

1989 fühlten sich laut Umweltbundesamt¹⁸ fast 70 % aller Bürger durch Straßenlärm, 50 % durch Fluglärm und 20 % durch Schienenlärm gestört, dagegen nur 30 % durch zu laute Nachbarn. Personenkraftwagen verursachen im Durchschnitt 73 bis 74 dB(A), Motorräder 73 bis 78 dB(A) und Busse/ Lastkraftwagen 78 bis 83 dB(A).¹⁹ Die Werte werden bei einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 50 km/h und einem Abstand von 7,5 m ermittelt. Die Hauptursachen für Lärmemissionen liegen zum einen bei der Fahrweise und zu anderen beim Motor und seinen Nebenaggregaten, den Gaswechselvorgängen im Ansaug- und Auspuffsystem und der Reifen-Fahrbahn-Kombination. Der Dauerschallpegel²⁰ ist zudem von der Fahrgeschwindigkeit, der Verkehrsdichte, dem LKW-Anteil, dem Straßenbelag und der Bebauung abhängig.

Der steigende Straßenverkehrslärm resultiert in erster Linie aus dem Wachstum des Kraftfahrzeugbestandes verbunden mit der Zunahme an Fahrleistung und der Fahrgeschwindigkeit. Der Mittelungspegel²¹ erhöht sich bei einer Verdoppelung der Verkehrsmenge und unter der Annahme konstanter Ver-

18 Umweltbundesamt (Hrsg.): Verkehrsbedingte Luft- und Lärmbelastungen, Berichtsentwurf vom November 1990.

19 Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): Erstickt Europa im Verkehr?, Reihe der Europa-Kongresse Baden-Württemberg, Stuttgart 1991; Umweltbundesamt (Hrsg.): Daten zur Umwelt 1986/87, Berlin 1986.

20 Ein zur Erfassung einer Geräuschsituation über bestimmte Zeiträume gebildeter Schallpegel-Mittelwert. Es gehen die Dauer und Stärke jedes Einzelgeräusches ein.

21 Der Mittelungspegel ist ein zur Erfassung einer Geräuschsituation über bestimmte Zeiträume gebildeter Schallpegel-Mittelwert. Vgl. Landesanstalt für Umweltschutz (Hrsg.): Zweiter Umweltqualitätsbericht Baden-Württemberg 1983.

kehrsgeschwindigkeit um 3 dB(A) und bei einer Verdoppelung der Geschwindigkeit um 12 dB(A). Die durch Straßenverkehr verlärmte Fläche mit einem Schallpegel von 50 dB(A) und mehr hat in der Zeit von 1975 bis 1985 um rund 30 % auf 18 000 km² zugenommen²² (Tabelle 16). Damit war im Jahr 1985 fast die Hälfte der Landesfläche mit einem Schallpegel von mindestens 50 dB(A) belastet. Der Verkehr auf den Autobahnen und Bundesstraßen des Landes – ihr Anteil am überörtlichen Streckennetz betrug rund zwanzig Prozent – war die Ursache für 60 % der durch Straßenverkehr verlärmten Flächen. Die weiterhin steigende Zunahme der Jahresfahrleistung und der durch-

schnittlichen Geschwindigkeiten läßt auf ein weiteres Anwachsen der verlärmten Landschaftsflächen schließen.

Der Schienenverkehr unterscheidet sich vor allem hinsichtlich der Art und zeitlichen Verteilung von Straßenverkehrslärm. Hier handelt es sich um kurzfristige, aber in der Lärmspitze erheblich lautere Geräusche, die hauptsächlich durch das Abrollen der Räder entstehen. In der 16. Verkehrslärmschutzverordnung vom 16.03.1990 sind derzeit für Neu- und Ausbaustrecken, die durch Wohngebiete führen, Mittelungspegel von 64 dB (A) bzw. 59 dB (A) als Zumutbarkeitsgrenzen genannt. Die Belastungen zur Nachtzeit stammen in erster Linie vom Güterverkehr. Im Gegensatz zum Schienen-Personenverkehr sind im Schienen-Güterverkehr Emissionsminderungen aktiver Art kaum möglich. Die Ursache liegt in der steigenden Tendenz des grenzüberschrei-

22 Landesanstalt für Umweltschutz (Hrsg.): Umweltbericht Baden-Württemberg 1987.

Tabelle 16

Durch Straßenverkehr*) verlärmte Flächen mit einem Schallpegel von 50 dB (A) und mehr in den Regionen Baden-Württembergs 1975 und 1985

Region	Autobahnen				Bundesstraßen				Autobahnen, Bundes-, Landes-, Kreisstraßen	
	Jahresfahrleistung ¹⁾		verlärmte Flächen ²⁾		Jahresfahrleistung		verlärmte Fläche		Verlärmte Fläche insgesamt ³⁾	
	1980	1985	1975	1985	1980	1985	1975	1985	1975	1985
	Mill. km		km ²		Mill. km		km ²		km ²	
Mittlerer Neckar	2 781	2 902	55	1 083	2 234	2 661	743	1 274	2 792	3 810
Franken	1 364	1 564	286	583	639	658	210	314	1 243	1 666
Ostwürttemberg	—	44	—	16	473	473	156	226	456	544
Mittlerer Oberrhein	1 934	1 904	453	710	986	1 083	325	518	1 314	1 775
Unterer Neckar	2 241	2 247	526	840	886	956	292	458	1 326	1 807
Nordschwarzwald	514	598	97	223	678	644	229	308	773	967
Südlicher Oberrhein	1 629	1 880	383	701	1 537	1 413	508	677	1 570	2 007
Schwarzwald-Baar-Heuberg	362	503	27	188	601	631	202	302	589	841
Hochrhein-Bodensee	218	332	52	124	839	796	281	381	719	882
Neckar-Alb	73	101	—	38	741	770	247	369	220	265
Donau-Iller ⁴⁾	620	681	113	254	746	744	246	356	7112	966
Bodensee-Oberschwaben	—	—	—	—	931	867	306	415	836	922
Baden-Württemberg	11 736	12 756	2 488	4 760	11 289	11 691	3 737	5 598	13 011	17 034

*) Auf Außerortsstraßen. – 1) Der PKW, LKW und Busse. – 2) Mittelungspegel tagsüber bei freier Schallausbreitung. – 3) Kann überhöht sein wegen Überschneidung der verlärmten Flächen verschiedener Straßenkategorien. – 4) Soweit Land Baden-Württemberg.

tenden Verkehrs und einem dementsprechend immer grösseren Aufkommen europäischer Güterwagen mit unterschiedlichem Lärmschutzstandard.

Im Flugverkehr nimmt Lärmbelastung zwar durch das stetige Anwachsen der Flugbewegungen zu, der Anstieg wird aber durch den fortschreitenden Einsatz geräuscharmer Flugzeuge abgeschwächt. Auf dem Flughafen Stuttgart stieg der Anteil der nach den strengeren Lärmvorschriften gemäß ICAO, Annex 16 lizenzierten, weniger geräuschvollen Verkehrsjets auf rund 50 % im Jahr 1990 gegenüber rund 40 % des Vorjahres.

Weniger Lärm durch technische und planerische Maßnahmen

Eine Reduktion der Lärmemissionen läßt sich sowohl durch technische als auch planerische Maßnahmen erreichen. Im Straßenverkehr kann eine Lärminderung am Fahrzeug insbesondere durch die Einkapselung des Motors und des Getriebes erzielt werden. In der Siedlungs- und Raumplanung kann auf eine Verringerung "vermeidbarer" Autofahrten, eine Verlagerung des motorisierten Individualverkehrs auf den ÖPNV, den Fahrrad- oder Fußgängerverkehr und auf eine verstärkte Verkehrsentlastung von Wohn- und Erholungsgebieten hingearbeitet werden. Die wirkungsvollste Abhilfe stellt eine flächenhafte Verkehrsberuhigung dar. Die durchschnittliche Geräuschbelastung läßt sich dadurch um bis zu 11 dB(A)²³ verringern. Eine weitere Möglichkeit der Lärmreduzierung bieten passive Schallschutzmaßnahmen, z.B. Lärmschutzwälle oder -wände und der Einbau von Lärmschutzfenstern. Im Bereich der Schiene spielen solche Maßnahmen vorwiegend bei der Planung von Neu- und Ausbaustrecken der Bundesbahn eine Rolle, angefangen bei der Konstruktion lärm- armer Fahrzeuge bis hin zu umfangreichen Tunnellösungen für Hochgeschwindigkeitsstrecken. Im Flugverkehr kann

zusätzlich zu einem steigenden Einsatz geräuscharmer Flugzeuge durch die Einhaltung der Ideallinie der vorgeschriebenen Ab- und Anflugstrecke eine weitere Lärmreduzierung erreicht werden.

Flächenbedarf für Verkehr größer als für Wohnen

Neben der zunehmenden Verdichtung des Straßenverkehrs - abzulesen an den täglichen Rundfunkmeldungen über Verkehrsstaus - wirkt sich der zunehmende Verkehr am sichtbarsten darin aus, daß er Flächen in Anspruch nimmt und andere Nutzungen zurückdrängt. Wenn im folgendem Abschnitt auf die Flächenbelastung durch den Verkehr eingegangen wird, dann ist damit zunächst die Versiegelung und direkte Flächeninanspruchnahme durch Verkehrsbauten angesprochen. Die technischen Folgen des Verkehrs, vor allem Schadstoff- und Lärmemissionen belasten indessen weit über die direkt beanspruchten Flächen hinaus auch mehr oder weniger große Nachbarflächen. Diese Folgewirkungen werden weiter unten abgehandelt.

Die Dimension der flächenmäßigen Belastung durch Straßen und andere Verkehrswege wird meist durch den Länderverbrauch ausgedrückt und statistisch durch den Anteil der Verkehrsflächen an den Gesamtflächen definiert. Als Verkehrsfläche zählen Straßen, Wege, Plätze, Bahngelände und Flugplätze. Zu den als Straße nachzuweisenden Flächen gehören neben der befestigten Fahrbahnfläche auch die Trenn- und Seitenstreifen, Böschungen, Gräben, Brücken und Parkstreifen. Nach den Ergebnissen der Flächenerhebung wurde im Jahr 1989 für Baden-Württemberg eine Verkehrsfläche von 180 000 ha nachgewiesen. Dies entspricht einem Anteil von 5 % der Landesfläche.

Das Ausmaß der Flächeninanspruchnahme wird im Vergleich zur Siedlungsfläche deutlicher. Immerhin beansprucht der Verkehr eine Fläche, die im Landesergebnis so groß ist, wie drei Viertel der gesamten Siedlungsfläche. Die Verkehrsfläche ist dabei um die Hälfte größer als die Fläche aller Wohngebäude, die dazugehörigen Freiflächen eingeschlossen.

23 Ergebnis des Forschungsberichts "Lärminderung an Wohnstraßen" im Auftrag des Umweltbundesamtes 1990.

45 % der Verkehrsfläche für Straßen

Über den Flächenbedarf der verschiedenen Verkehrsträger liegen bisher in der amtlichen Flächenerhebung keine Angaben vor. Die Datenlücke wird inzwischen jedoch durch das automatisierte Liegenschaftsbuch (ALB) der Landesvermessungsverwaltung geschlossen, das gerade für den Verkehrsbereich differenzierte Informationen zur Flächennutzung zulässt. Für 1990 sind darin bereits über 80 % der Landesfläche registriert. Der Flächenbedarf für die verschiedenen Verkehrsträger lässt sich im Landesergebnis bereits recht zuverlässig abschätzen. Danach entfallen 45 % der Verkehrsfläche auf Straßen, 46 % auf Wege, 1 % auf Plätze, 6 % auf den Bahn- und knapp 2 % auf den Flugverkehr. (Schaubild 10). Der überraschend hohe Flächenanteil für Wege erklärt sich neben einem Grundbedarf für Wohn- und Fußgängerwege sowie anderen, nicht als Straße geltender Verbindungen, vor allem durch landwirtschaftliche Wege. Im Durchschnitt der ländlich geprägten Kreise machen Wege nämlich die Hälfte der Verkehrsfläche aus, in Stadtkreisen

nicht einmal ein Sechstel. Umgekehrt besteht in Stadtkreisen die Verkehrsfläche überwiegend (zu 60 %) aus Straßen, im ländlichen Raum nur gut zu 40 %. Bezüglich der übrigen Verkehrsfläche, nämlich für Plätze, Bahn- und Luftverkehr, mag die Vervollständigung des ALB um die bisher noch fehlenden Gemeinden zu einer gewissen Korrektur der Flächenanteile führen; die regionalen Unterschiede sind jedoch deutlich ausgeprägt. In den Stadtkreisen nehmen Plätze sowie der Bahn- und Luftverkehr erheblich mehr an Fläche in Anspruch als in den übrigen Landesteilen. Ihre Flächenanteile liegen dort etwa dreimal so hoch wie im Landesdurchschnitt.

Über das ALB lässt sich auch der Flächenbedarf für die einzelnen Straßenkategorien abschätzen. Er entfällt überwiegend auf überörtliche Straßen, nämlich zu je 18 % der gesamten Straßenfläche auf Kreis- und auf Landesstraßen, zu 11 % auf Bundesstraßen und zu 5 % auf Autobahnen. (Tabelle 17). Mit Abstand am stärksten vertreten sind jedoch Gemeindestraßen. 39 % der gesamten Straßenfläche steht demnach in en-

Schaubild 10

Siedlungs- und Verkehrsflächen in Baden-Württemberg 1990 nach Raumtypen

Anteil an Siedlungs- und Verkehrsfläche in %

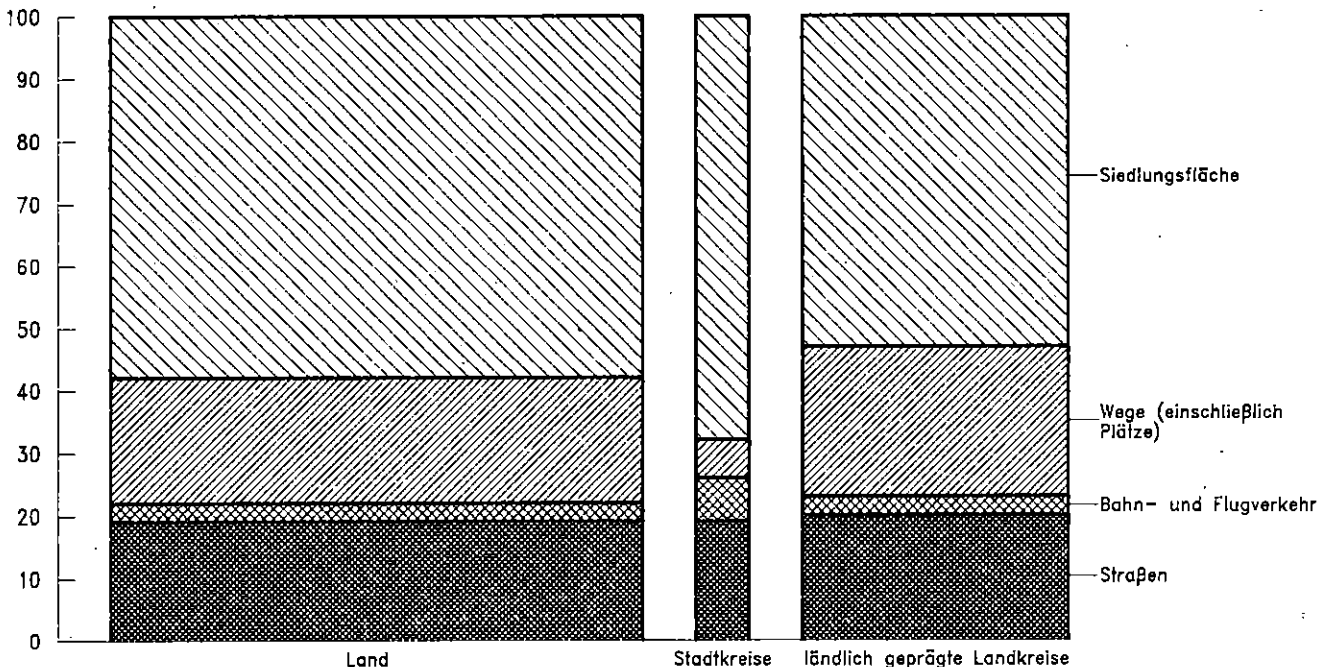


Tabelle 17

Straßenfläche*) in Baden-Württemberg 1990 nach Kreistyp und Straßenart

Kreistyp	Straßenfläche insgesamt	Davon					
		Autobahn	Bundesstraße	Landesstraße	Kreisstraße	Gemeinde- verbindungs- straße	Gemeinde- straße
	ha	%					
Stadtkreise	7 806	9,4	14,8	9,0	9,8	1,1	55,9
Landkreise mit Verdichtungsräumen	11 657	10,2	8,9	13,7	13,9	2,6	50,7
Landkreise mit Verdichtungsansätzen	19 689	4,6	13,5	19,1	20,3	7,7	34,8
Ländlich geprägte Landkreise	41 485	4,7	10,8	20,2	20,7	11,7	31,9
Baden-Württemberg	79 020	5,3	10,7	18,0	18,4	8,7	38,8

*) Erfassungsquote: 81,6% der Landesfläche.

Quelle: Flächenerhebung 1991, Automatisiertes Liegenschaftsbuch, Stand 31.12.1990

gerem Zusammenhang mit Wohn- und Siedlungszwecken. 9 weitere Prozent sind schließlich Gemeindeverbindungsstraßen (Tabelle 17).

autobahn auf den besonders stark befahrenen und sechsspurig ausgebauten Teilabschnitten im Tagesmittel zu 71 %, auf den übrigen Abschnitten zu gut 66 % ausgelastet.

Platzprobleme auf den Straßen

Mit zunehmender Verkehrsdichte führt nicht nur die Versiegelung des Bodens zu einer Flächeninanspruchnahme. Als Einschränkung wird sie unmittelbar erlebt, wenn die Straßenflächen befahren oder beparkt werden. Für alle in Baden-Württemberg zugelassenen PKW zusammengekommen errechnet sich eine Gesamtlänge von ca. 20 000 km.

Bei einer Gesamtlänge für Gemeindestraßen von rund 60 000 km und einer Streckenlänge von rund 28 000 km für alle überörtlichen Straßen ergibt sich ein sehr anschauliches Bild zum einen für den Flächenbedarf und zum anderen zur potentiellen Belastung des Straßennetzes. Das Verhältnis von Streckenlänge zur Zahl der zugelassenen Kraftfahrzeuge unterstreicht die Notwendigkeit, bei dem derzeitigen Boom von Neuzulassungen, schon aus verkehrstechnischen Gründen den bewußten Umgang mit dem PKW wirksam zu fördern und alternative Möglichkeiten attraktiver zu machen. Bereits heute ist die Rheintal-

Eine weitere Zunahme des PKW-Bestandes wirkt sich auch auf die erforderliche Parkfläche aus. Bei einem Bedarf von 12,5 m² je PKW errechnet sich derzeit für 4,9 Mio. PKW eine Parkplatzfläche von gut 6 000 ha. Dies sind knapp 10 % der Fläche für Gemeindestraßen in Baden-Württembergs.

Die meisten Luftschadstoffe entstehen durch den Straßenverkehr

Der Verkehr ist mit der wichtigste Verursacher der Luftbelastung. Dies gilt besonders für die Stickoxide, die Kohlenwasserstoffe und das Kohlenmonoxid. In Baden-Württemberg²⁴ stammen fast 75 % des Kohlenmonoxids, rund 70 % der

24 Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg; Die Luft in Baden-Württemberg; Jahresbericht 1990.

Stickoxide und 37 % der Kohlenwasserstoffe²⁵ vom Verkehr. Die Stickoxide werden mit als die Hauptverursacher des Waldsterbens betrachtet. Eine weitere Ursache des Waldsterbens ist das Ozon, welches unter starker Sonneneinstrahlung durch Stickoxide und Kohlenwasserstoffe entsteht. Ozon, das im Sommer besonders im Umfeld größerer Städte die Richtwerte überschreitet, kann zu Reizungen der Schleimhäute, Augen und Atemwegen führen.

Der Anteil des Verkehrs an den Schwefeldioxidemissionen und Staubemissionen ist gering.²⁶

25 Projekt Europäisches Forschungszentrum für Maßnahmen zur Luftreinigung (PEF): Zeitlicher und räumlicher Verteilung der Emissionen von flüchtigen organischen Verbindungen und Kohlenmonoxid in Baden-Württemberg, Kernforschungszentrum Karlsruhe 1991.

26 Der Anteil der Schwefeldioxidemissionen beträgt in Baden-Württemberg rund 9 %. Für die Staubemissionen im Lande liegen keine Daten vor.

Das Entscheidende an den Verkehrsemissionen ist, daß deren Menge in den letzten Jahren trotz Abgasminderungstechniken zunahm, während die Emissionen der übrigen Emittentengruppen zurückgingen. Zwischen 1976 und 1988 stieg deshalb der Anteil des Verkehrs an den Stickoxidemissionen von 59 auf 69 %, dagegen verringerte sich im gleichen Zeitraum der Anteil der Kraftwerke von 22 auf 15 %.

In Baden-Württemberg geht fast die gesamte Emission des Verkehrs auf den Straßenverkehr zurück (Tabelle 18). So beträgt der Anteil des Straßenverkehrs in der Regel mehr als 95 %. Lediglich zu den Schwefeldioxidemissionen tragen die übrigen Verkehrsteilnehmer mit einem nennenswerten Anteil bei. Die Bahn macht sich hier mit einem Anteil von 27 % neben dem Straßenverkehr mit 70 % Anteil bemerkbar. Mit großem Abstand nach dem Straßenverkehr folgt bezüglich des Kohlenmonoxids (CO) und der Kohlenwasserstoffe (CH) der Flugverkehr bezüglich der Stickoxide (NO_x), des Schwefeldioxids (SO₂) und Staub die Bahn. Am wenigsten wird die Luft durch die Binnenschifffahrt beeinträchtigt.

Zu den Straßenverkehrsemissionen trägt der Güterverkehr einen überraschend

Tabelle 18

Emissionsmengen in Baden-Württemberg 1989 nach Verkehrsträgern und Schadstoffarten

Verkehrsträger	Kohlenmonoxid	Stickoxide	Kohlenwasserstoff ¹⁾	Schwefeldioxid	Staub
	t				
PKW	567 062	129 994	65 417	2 989	2 678
LKW	46 654	105 996	19 930	6 698	9 781
Straßenverkehr zusammen ²⁾	613 716	235 990	85 347	9 687	12 459
Schienenverkehr	1 166	7 488	553	3 712	685
Luftverkehr	6 331	3 667	989	370	—
Binnenschifffahrt	452	1 290	194	81	129
Verkehr zusammen	621 665	248 435	87 083	13 850	13 273

1) Ohne Verdunstungsemissionen... 2) Emissionen ohne Zugmaschinen.

hohen Anteil bei: Während bei den CO-Emissionen nur 8 % beträgt, und damit in etwa dem Fahrleistungsanteil der Lastwagen am gesamten Straßenverkehr entspricht, erreicht er bei den Partikeln nahezu 80 %. Auch die SO₂-Emissionen des Verkehrs werden zu 70 % vom Güterverkehr verursacht. Nahezu ausgeglichen stellt sich die Situation für die Stickoxidemissionen dar: 105 Tsd. Tonnen des Güterverkehrs stehen 130 Tsd. Tonnen des Personenverkehrs gegenüber. Damit verursacht der Lastwagen- und Omnibusverkehr allein schon fast ein Drittel der gesamten Stickoxidemissionen (331 Tsd. Tonnen) in Baden-Württemberg. Dies verdeutlicht, welche dominierende Rolle der Lastwagenverkehr schon heute hat. In Zukunft wird er noch stärker an der Abgabe von Schadgasen beteiligt sein; denn zum einen werden für den LKW-Verkehr in den nächsten Jahren hohe Zuwachsraten prognostiziert und zum anderen werden die Emissionen des PKW-Verkehrs dank weiter Verbreitung des Katalysators zurückgehen.

Daten über freigesetzte Schadstoffmengen durch Schätzungen

Die flächendeckende Erfassung von Emissionen setzt streng genommen eine fortlaufende Messung an der Emissionsquelle voraus. Kontinuierliche Messungen an sämtlichen am Verkehr teilnehmenden Fahrzeugen lassen sich jedoch wegen zu großem Aufwand und Kosten nicht realisieren. Daher bedarf es zur Ermittlung der emittierten Menge eines Systems²⁷ von Schätzungen.

Grundlage dieses Systems ist die Verknüpfung von fahrspezifischen Emissionsfaktoren mit den jeweiligen Fahrleistungen. Bei der Festlegung dieser fahrspezifischen Emissionsfaktoren wird unterstellt, daß sich das sehr komplexe und vielschichtige Emissionsgeschehen des Straßenverkehrs auf wenige standardisierte Verkehrsabläufe zurückführen läßt. Diese Vereinfachung des Emis-

sionsgeschehens geschieht stets durch die Bildung von 6 Fahrzeuggruppen, die stellvertretend für alle Fahrzeugarten stehen (PKW mit Ottomotoren, PKW mit Dieselmotoren, PKW mit Katalysator, schadstoffarme PKW, LKW bis 3,5 Tonnen und LKW über 3,5 Tonnen) und zweitens durch die Unterteilung des Straßennetzes in drei Straßenkategorien (Autobahnen, Landstraßen, hier: Bundes-, Landes- und Kreisstraßen, Innerortsstraßen). Jede Fahrzeuggruppe zeichnet sich abhängig von der Straßenkategorie durch ein typisches Emissionsverhalten aus. Mit Hilfe von Messungen auf dem Rollenprüfstand können Emissionsfaktoren ermittelt werden, die das Emissionsverhalten der verschiedenen Fahrzeuggruppen auf den drei Straßenkategorien quantifizieren.

Der TÜV-Rheinland hat für eine Stichprobe von 80 Personenfahrzeugen mit dem Bezugsjahr 1985²⁸ und 65 Nutzfahrzeugen mit dem Bezugsjahr 1980²⁹ Emissionsfaktoren für verschiedene Fahrmodi³⁰ und Konstantgeschwindigkeiten ermittelt. Gegenüber diesen Bezugsjahren hat sich bis heute die Fahrzeugzusammensetzung geändert. Aus den vom TÜV ermittelten Emissionswerten wurden für die Bestimmung der Gesamt-

28 Hassel, D. u.a.: Das Abgasemissionsverhalten von Personenkraftwagen in der Bundesrepublik Deutschland im Bezugsjahr 1985, Forschungsbericht 104 05 143 UBA-FB 87-036 im Auftrag des Umweltbundesamtes (1987).

29 Hassel, D. u.a.: Ermittlung des realen mittleren Emissionsverhaltens von Nutzfahrzeugen in der Bundesrepublik Deutschland im Bezugsjahr 1980, erstellt vom TÜV-Rheinland im Auftrag des Umweltbundesamtes (Forschungsbericht 104 05 740/2) 1983

30 Ein Fahrmodus dient der Ermittlung von Emissionen. Dabei wird das reale Fahrverhalten im Stadtverkehr mit seinen unterschiedlich langen Anteilen von Standzeiten, Beschleunigung und Konstantfahrten auf dem Rollenprüfstand simuliert.

27 Berechnungsverfahren entwickelt vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

emissionen von Baden-Württemberg die in Tabelle 19 aufgeführten Faktoren ausgewählt. Sie repräsentieren bezüglich der beiden Straßenkategorien Autobahn und Landstraßen jeweils die durchschnittlichen Geschwindigkeiten der verschiedenen Fahrzeuggruppen. Die durchschnittliche Geschwindigkeit beträgt beispielsweise für die Ottomotorenfahrzeuge auf der Autobahn 115 km/h und für die LKW über 3,5 Tonnen 80 km/h. Die Emissionsfaktoren für die Innerortsstraßen wurden mit Hilfe eines Fahrmodus bestimmt.

Abgaswerte hängen von Motorkonzept und Fahrweise ab

Entscheidend für das Abgasverhalten sind die eingesetzten unterschiedlichen Motorenkonzepte. Ottomotoren arbeiten sowohl in PKW als auch in LKW bis 3,5 Tonnen Gesamtgewicht. Diesel-PKW und 10 % der LKW mit weniger als 3,5 t Gesamtgewicht werden als Dieselmotoren auf den Markt gebracht. Im Schwerlastverkehr schließlich werden fast nur Dieselmotoren mit Direkteinspritzung verwendet.

Tabelle 19

Verwendete Emissionsfaktoren im Straßenverkehr von Baden-Württemberg nach Fahrzeugklassen und Schadstoffarten (Stand 1985)

Fahrzeugklassen	Kohlenmonoxid	Stickoxide	Kohlenwasserstoffe	Schwefeldioxid	Partikel
	g/km Jahresfahrleistung				
1. PKW mit Ottomotor					
Autobahnen	15,90	4,11	1,30	0	0
Landstraßen	11,00	2,73	1,31	0	0
Innerortsstraßen	12,67	1,61	1,72	0	0
2. PKW mit Dieselmotor					
Autobahnen	1,12	0,94	0,40	0,30	0,29
Landstraßen	0,84	0,54	0,39	0,21	0,21
Innerortsstraßen	0,95	0,64	0,10	0,27	0,19
3. PKW, schadstoffreduziert (Euro-Norm, Stufe A,B,C)					
Autobahnen	11,10	2,50	0,90	0	0
Landstraßen	6,60	1,80	0,80	0	0
Innerortsstraßen	6,30	1,00	0,85	0	0
4. PKW mit Katalysator					
Autobahnen	2,40	0,50	0,20	0	0
Landstraßen	1,65	0,35	0,20	0	0
Innerortsstraßen	2,50	0,20	0,35	0	0
5. LKW unter 3,5 t					
Autobahnen	11,10	3,86	0,80	0,09	0,04
Landstraßen	14,62	3,08	1,63	0,09	0,04
Innerortsstraßen	18,51	2,56	2,34	0,09	0,05
6. LKW über 3,5 t					
Autobahnen	1,92	19,46	2,36	1,73	0,22
Landstraßen	4,15	13,66	2,69	1,44	0,21
Innerortsstraßen	5,45	14,09	3,81	1,44	0,28

Quellen: TÜV-Rheinland; Institut für Energie und Umweltforschung, Heidelberg.

Im Kraftstoff der Ottomotoren ist praktisch kein Schwefel enthalten. Deswegen sind für Ottofahrzeuge bezüglich Schwefel keine Emissionsfaktoren angegeben. Die niedrigen Schwefelemissionen der kleinen LKW gehen auf den geringen Anteil an Dieselfahrzeugen zurück. Schwefeldioxidemissionen von Dieselfahrzeugen sind primär vom Schwefelanteil des Treibstoffs abhängig und steigen bei verbrauchsintensivem Fahren an.

Prinzipbedingt emittiert der Ottomotor nur verschwindend geringe Partikelmengen. Die Emissionsfaktoren für PKW mit Ottomotoren fehlen deshalb ebenfalls. Während die Faktoren bei Diesel-PKW für sämtliche Partikel angegeben sind, gelten die des Schwerlastverkehrs nur für Ruß. Sie wären sonst noch höher. Durch die geplante Absenkung des Schwefelgehaltes im Dieselmotor werden sich die Emissionen von Schwefeldioxid und Partikeln vermindern.

Hohe Temperaturen im Motorraum bewirken, daß sich der Luftstickstoff mit Sauerstoff zu den für Mensch und Umwelt gefährlichen Stickoxiden verbindet. Somit ist der NO_x -Ausstoß in erster Linie von der Motortemperatur abhängig und steigt deswegen bei konventionellen Motoren ohne Abgasreinigungstechnik überproportional mit der Geschwindigkeit an. Diese Tatsache spiegelt sich in den Emissionsfaktoren wider. Für alle Fahrzeuggruppen sind die Emissionsfaktoren auf Straßen, die hohe Durchschnittsgeschwindigkeiten erlauben, höher und im Stadtverkehr niedriger. Auffallend sind auch die hohen Stickoxidemissionen des Schwerlastverkehrs. Ein LKW emittiert pro gefahrenen Kilometer auf der Autobahn ca. 5 mal soviel wie ein PKW mit Ottomotor, rund 20 mal soviel wie ein PKW mit Dieselmotor und sogar 50 mal soviel wie ein abgasgereinigter PKW.

Die Gemischzusammensetzung hat beträchtlichen Einfluß auf die CO-Menge. Ein fettes Kraftstoffluftgemisch bedingt einen hohen Ausstoß an Kohlenmonoxid. Dieser Zustand tritt verstärkt unter Vollast und bei starker Beschleunigung auf. Deshalb sind die Emissionsfaktoren in der Tabelle für die Autobahnen und den Stadtverkehr, der sich durch eine stark alternierende Fahrweise auszeich-

net, höher als auf der Landstraße. Ferner emittiert ein Ottomotorfahrzeug gegenüber einem dieselgetriebenen Fahrzeug ein mehrfaches an CO.

Kohlenwasserstoffemissionen verhalten sich eher umgekehrt: Während die NO_x -Emissionen auf Autobahnen relativ hoch und auf Innerortsstraßen niedrig sind, erreichen die CH-Emissionen außer bei Diesel-PKW ihr höchstes Niveau im Stadtverkehr und ihr niedrigstes auf der Autobahn. Die höheren Emissionen im Stadtverkehr hängen mit der alternierenden Fahrweise zusammen. Bei ständigem Wechsel zwischen Beschleunigen und Verzögern erhöht sich der Anteil unverbrannter Treibstoffelemente.

Insgesamt betrachtet haben PKW überwiegend auf den Autobahnen vergleichsweise hohe Schadstoffemissionen, die LKW mit Ausnahme der Stickoxide im Stadtverkehr.

Zum Schätzverfahren

Die Genauigkeit der Emissionsberechnung hängt von der Qualität der herangezogenen Daten ab. Daten über Fahrleistungen werden alle 5 Jahre durch eine Verkehrszählung erhoben und in den Jahren dazwischen durch ca. 100 automatisch betriebene Zählstellen fortgeschrieben. Für Innerortsstraßen liegen Ergebnisse nur teilweise und zwar für die Ortsdurchfahrten vor. Angaben über Fahrleistungen auf den restlichen Innerortsstraßen werden über die spezifische Fahrleistung pro Fahrzeug, die auf Bundesebene vorliegt, für Baden-Württemberg bestimmt. Die Fahrleistungen auf Gemeindestraßen abseits von Ortsdurchfahrten machen rund 14 % aus, die Emissionen noch weniger, so daß die Ungenauigkeit bei der Abschätzung der Emissionsmengen in Kauf genommen werden kann. Weil die Fahrleistungen der unterschiedlichen Fahrzeugarten nicht bekannt sind, wird die errechnete Gesamtmenge für Emissionen auf diesen Gemeindestraßen den Fahrzeugarten entsprechend ihrer Anteile am Fahrzeugbestand zugeordnet.

Die vom TÜV-Rheinland angegebenen Emissionsfaktoren sind für die jeweilige Fahrzeugart und Fahrmodi bzw. Ge-

schwindigkeiten gemittelte Werte. Sie sind somit nur für die in die Abgasmessung einbezogenen Fahrzeugtypen und die hierfür ausgewählten Fahrmodi bzw. Geschwindigkeiten repräsentativ. Der tatsächliche Schadstoffausstoß weicht deshalb in Abhängigkeit des Fahrzeugparkes und der Verkehrsverhältnisse von den gemittelten Emissionsfaktoren mehr oder weniger ab.

Emissionsfaktoren werden in einem Abstand von 5 Jahren bezogen auf das zu dieser Zeit bestehende Fahrzeugkollektiv veröffentlicht. Dies bedeutet eine gewisse Einschränkung der Aktualität. So beziehen sich die neuesten PKW-Emissionsfaktoren auf das Jahr 1985, die der LKW sogar auf das Jahr 1980. Es liegt auf der Hand, daß dieses zur Ermittlung der Kfz-Emissionen beschriebene Schätzverfahren nur näherungsweise die realen Straßenverkehrsemissionen bestimmen kann. Trotzdem bietet es gute Orientierungswerte.

Die Emissionen der Deutschen Bundesbahn werden getrennt für die dieselgetriebenen und elektrischen Schienenfahrzeuge über verbrauchsabhängige Emissionsfaktoren und den Energieverbrauch der Schienenfahrzeuge berechnet.³¹ Für den Flugverkehr hat der TÜV-Rheinland im Auftrag des Umweltbundesamtes die Emissionen der Bundesrepublik mit Hilfe eines Rasterfeldes räumlich dargestellt.³² Aus dieser räumlichen Darstellung lassen sich die Flugzeugemissionen Baden-Württembergs ableiten. Die Gesamtemissionen der Binnenschifffahrt werden ebenfalls mit Hilfe von kraftstoffspezifischen Emissionsfaktoren und dem Dieselverbrauch der Schiffe berechnet.³¹

Lüftbelastung durch Verkehrsabgase - ein Vergleich

Bisher wurden zunächst die Schadstoffemissionen der verschiedenen Verkehrsträger betrachtet. Verantwortliche Umweltpolitik hat bei deren Bewertung die Freisetzung von Schadgasen in Relation zur erbrachten Verkehrsleistung zu sehen. Die geeignete Vergleichsgröße hierfür ist die Schadstoffmenge, die rechnerisch beim Transport einer Person bzw. einer Tonne Ware über eine Strecke von 100 km freigesetzt wird. Sie ergibt sich, indem man die Gesamtemissionen der Verkehrsträger durch ihre Verkehrsleistung dividiert. Dadurch erhält man einen für jeden Verkehrsträger leistungsspezifischen Emissionsfaktor. Grundlage dieses Vergleichs waren für den Straßenverkehr Gesamtemissionen und Verkehrsleistung von Baden-Württemberg und für die übrigen Verkehrsträger Gesamtemissionen und Verkehrsleistungen des Bundesgebietes im Jahr 1985. Die Einführung von Schadstoffminderungstechniken bei Personenwagen und Kraftwerken ist in diesem Vergleich nicht berücksichtigt. Gegenüber dem Jahr 1985 liegen die leistungsspezifischen Emissionen des Straßenverkehrs von 1989 trotz eines Anteils von 28 % schadstoffarmer PKW am Bestand zwischen 8 und 13 % niedriger. Da sich in diesem Zeitraum aber auch die leistungsspezifischen Emissionen der übrigen Verkehrsträger durch die Einführung neuer Triebwerke an Flugzeugen oder die Entstickung und Entschwefelung von Kraftwerken verringert haben, hat sich das Verhältnis der verschiedenen Verkehrsträger zueinander nur unwesentlich verschoben. Dies wird auch durch eine neuere, ähnliche Untersuchung dieser Art mit dem Bezugsjahr 1987³³ in der Schadstoffminde-

31 Luftreinhalteung '88. Tendenzen - Probleme - Lösungen, Umweltbundesamt, Berlin 1989. Energiebilanz Baden-Württemberg.

32 Weyrauther, G. u.a.: Ermittlung der Abgasemissionen aus dem Flugverkehr über der Bundesrepublik Deutschland, erstellt vom TÜV-Rheinland im Auftrag des Umweltbundesamtes (Forschungsbericht 104 05 961), 1988.

33 Institut für Energie und Umweltforschung und Institut für Energietechnik und Umweltschutz TÜV-Rheinland: Emissionsminderung durch rationelle Energienutzung und emissionsmindernde Maßnahmen im Verkehrssektor. In: Energieeinsparung sowie rationelle Energienutzung und -umwandlung, Bd. 2. Hrsg: Enquete-Kommission "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre" des Deutschen Bundestages, 1990.

rungstechniken schon berücksichtigt sind, bestätigt. Im Personenverkehr wird die Binnenschifffahrt nicht berücksichtigt, im Güterverkehr der Lufttransport. Beide haben für die jeweilige Transportart nur eine geringe Bedeutung.

Beim Personentransport geht von der Schiene eine vergleichsweise geringe, vom Straßenverkehr eine hohe Luftbelastung aus. So werden durch den Straßenverkehr pro Person 54 mal soviel Kohlenmonoxid, 14 mal soviel Kohlenwasserstoffe und 3 mal soviele Stickoxide emittiert wie durch den Schienenverkehr (Tabelle 20). Umgekehrt verhält es sich bezüglich Schwefeldioxid und Staub: Hier ist mit 45 g SO₂ auf 100 km gegenüber 3 g pro 100 km die Schiene der größere Luftverschmutzer, für Staub gilt mit 9 g gegenüber 2 g das gleiche. Eine Mittelstellung nimmt das Flugzeug ein. Es emittiert entweder mehr als die Schiene und weniger als die Straße (CO, NO, HC) oder weniger als die Schiene^x und mehr als die Straße (Staub, SO₂).

Das gegenüber dem Schienenverkehr schlechte Abschneiden des Straßenverkehrs beruht auf dem unterschiedlichen Energieverbrauch der beiden Verkehrsmittel: Zwar benötigt ein Triebfahrzeug der Eisenbahn mehr Energie als ein PKW, es befördert aber in der Regel wesentlich mehr Personen als ein PKW, so daß der Energieeinsatz pro Person und damit auch der Schadstoffausstoß pro Person bei Personenwagen wesentlich höher ist als bei der Bahn. Unter dem Gesichtspunkt Energieeinsatz pro geleisteten Personenkilometer hat das Flugzeug mit seinen großen Passagierzahlen und seinen langen Transportweiten eigentlich gute Voraussetzungen für einen geringen Schadstoffausstoß. Nachteilig wirkt sich für das Flugzeug allerdings die hohe Reisegeschwindigkeit aus, die die Energiebilanz wieder verschlechtert.

Besonders beim Start und bei der Landung ist wegen hoher Beschleunigung und Verzögerung die Luftbelastung sehr hoch.

Für einen solchen Vergleich des Personenverkehrs interessiert neben der ak-

Tabelle 20

Spezifische Schadstoffemissionen verschiedener Verkehrsmittel des Personenverkehrs im Vergleich (Stand 1985)

Schadstoff	PKW ¹⁾	Bahn ²⁾	Flugzeug ³⁾
	Gramm je 100 km und Person		
Kohlenmonoxid	706	13	122
Stickoxide	158	51	147
Kohlenwasserstoffe	83	8	30
Schwefeldioxid	3	45	13
Staub	2 ⁴⁾	9 ⁶⁾	8 ⁶⁾

1) Grundlage: Gesamtemission und Verkehrsleistung von Baden-Württemberg. - 2) Grundlage: Gesamtemission und Verkehrsleistung der Deutschen Bundesbahn im Bundesgebiet nach Umweltbundesamt 1989. - 3) Grundlage: Gesamtemission und Verkehrsleistung des Flugverkehrs über der Bundesrepublik Deutschland nach TÜV-Rheinland 1988. - 4) Staub hier: Partikel. - 5) Staub hier: für Elektrotraction Gesamtstaub, für Dieselttraction Partikel. - 6) Staub hier: Ruß.

tuellen Situation auch das theoretisch mögliche Emissionsverhältnis, welches bestehen würde, falls die derzeit eingeleiteten Maßnahmen zur Schadstoffminderung bereits vollständig verbreitet wären. Hierfür wird angenommen, daß sämtliche Ottomotorfahrzeuge des Jahres 1985 mit einem geregelten Katalysator ausgerüstet sind und daß der Katalysator über die gesamte Lebensdauer eine konstante Reinigungsleistung hat. Für die Bahn wird angenommen, daß mit fortschreitender Elektrifizierung die Betriebsleistung von Diesellokomotiven halbiert sowie alle öffentlichen Wärme-Kraftwerke entstickt und entschwefelt sind. Unter diesen Bedingungen ist die Schadstoffbelastung je 100 Personenkilometer des Straßenverkehrs und der Bahn wesentlich niedriger und die Unterschiede zwischen beiden Verkehrsträgern weniger stark ausgeprägt. Während der Straßenverkehr danach bis zu 19 mal mehr Kohlenmonoxid, 5 mal mehr Kohlenwasserstoffe und rund 1/5 mehr Stickoxide freisetzt als die Bahn, emittiert die Bahn 4,2 und mehr Schwefeldioxid und 2,6 mal mehr Staub als der Straßenverkehr.

Weitaus ungünstiger als im Personentransport schneidet die Straße im Gütertransport ab. Der Transport jeder Tonne auf der Straße belastet die Luft durchweg stärker als der Schienentransport. Im Straßenverkehr werden

rund 22 mal soviel Kohlenmonoxid und Kohlenwasserstoffe emittiert, 13 mal mehr Stickoxide, rund 6 mal soviel Staub und etwa ein Drittel mehr Schwefeldioxid als im Schienenverkehr. Die Binnenschifffahrt, die im Gütertransport ein wichtiger Verkehrsträger ist, schneidet ebenfalls besser ab als der Straßenverkehr, teilweise sogar besser als die Schiene. So liegen die Schwefeldioxidemissionen um drei Viertel und die Staubemissionen um ein Fünftel niedriger als die des Schienenverkehrs. Die anderen Schadstoffe (NO_x, HC, CO) erreichen allerdings beim Transport auf dem Wasser ein 2 bis 3 mal höheres Emissionsniveau als auf der Schiene (Tabelle 21).

Tabelle 21

Spezifische Schadstoffemissionen verschiedener Verkehrsmittel des Güterverkehrs im Vergleich (Stand 1985)

Schadstoff	LKW ¹⁾	Bahn ²⁾	Binnenschifffahrt ³⁾
	Gramm je 100 km und Tonne		
Kohlenmonoxid	152	7	20
Stickoxide	332	26	58
Kohlenwasserstoffe	65	3	9
Schwefeldioxid	31	23	6
Staub	32 ⁴⁾	5 ⁵⁾	4

1) Grundlage: Gesamtemission und Verkehrsleistung der LKW und Busse mit mehr als 2,8 t Gesamtgewicht von Baden-Württemberg. - 2) Vgl. Fußnote 2), Tabelle 18. - 3) Grundlage: Gesamtemissionen und Verkehrsleistung der Bundesrepublik Deutschland nach Umweltbundesamt 1988. - 4) Staub hier: Partikel. - 5) Vgl. Fußnote 5), Tabelle 18.

Ein Vergleich mit anderen Untersuchungen dieser Art³⁴⁾ bestätigt die Hauptaus-sage, wonach die Luft durch den Stras-

senverkehr relativ stark und durch den Schienenverkehr wenig beeinträchtigt wird. Allerdings gibt es marginale Unterschiede bezüglich der Höhe der Emissionen. Die Gründe hierfür liegen in einer unterschiedlichen Einschätzung des Emissionsverhaltens sowie in unterschiedlichen Untersuchungszeiträumen, womit jeweils ein anderer Stand der Technik zu berücksichtigen ist.

Stickoxide entstehen zur Hälfte auf vier- und mehrstreifig ausgebauten Straßen

Die Verkehrsemissionen entstehen in der Hauptsache dort, wo es die größten Konzentrationen an Menschen, Industrie und Siedlungen gibt. Die höchsten Stickoxidemissionen treten in den grossen Städten und deren Nahbereich auf (Schaubild 11). Eine Konzentration von Siedlungen, Industrie und Menschen geht immer auch einher mit einem dichten Straßennetz, vielen Kraftfahrzeugen, einer großen Anzahl von Berufspendlern und einem umfangreichen Güterverkehr. All dies bewirkt eine hohe jährliche Fahrleistung und damit die Emission von großen Schadstoffmengen. So liegen beispielsweise die dichtbesiedelten Stadtkreise des Landes mit einer Flächenbelastung von mehr als 15 Tonnen Stickoxiden (NO_x) pro qkm deutlich über dem Landesdurchschnitt von 7 Tonnen, während die am schwächsten besiedelten Kreise Sigma-ringen und Main-Tauber-Kreis weniger als 3 Tonnen NO_x aufweisen. Am meisten Stickoxide entstehen in Stuttgart (61 Tonnen pro qkm) und Mannheim (48 Tonnen pro qkm). Damit ist ein großer Teil der Bevölkerung stärker den schädlichen Abgasen des Verkehrs ausgesetzt, da in den Kreisen mit hohen verkehrsbedingten Stickoxidemissionen fast ein Drittel der Bevölkerung wohnt.

Der Anteil des Verkehrs auf Autobahnen sowie den autobahnähnlich ausgebauten Bundesstraßen an den Stickoxidemissionen des Verkehrs liegt bei 47 %. Damit haben die 4-streifig ausgebauten Straßen mit einem Streckenanteil von rund 2 % am gesamten Straßennetz einen unverhältnismäßig hohen Stellenwert. Ursachen hierfür sind die hohen Fahrleistungen, die auf diesen Straßen erbracht werden, die hohen Durch-

34 Bollinger, R; Cerwenka, P; Matthes, U.: Umweltwirkungen des Eisenbahnverkehrs unter besonderer Berücksichtigung des Hochgeschwindigkeitsverkehrs (HGV): Ein Vergleich der einzelnen Verkehrsträger. Untersuchung der Prognos AG im Auftrag des Verkehrsforum Bahn e.V., Basel 1987. Luftreinhaltung '88. Tendenzen-Probleme-Lösungen. Umweltbundesamt, Berlin 1989, Institut für Energie und Umweltforschung und Institut für Energietechnik und Umweltschutz TÜV-Rheinland: a.a.O.

schnittsgeschwindigkeiten und die Anzahl der Lastwagen, die täglich über die Autobahn rollt. Wie dargestellt gibt ein LKW auf der Autobahn rund fünfmal soviele Stickoxide ab wie ein PKW ohne Katalysator, ein PKW wiederum emittiert bei 115 km/h Geschwindigkeit, das entspricht der Durchschnittsgeschwindigkeit auf 4-spurig ausgebauten Straßen, beinahe doppelt so viele Stickoxide wie bei 85 km/h, was der Durchschnittsgeschwindigkeit der übrigen Außerortsstraßen entspricht. Von den 4-streifig ausgebauten Straßen des Landes gehen mit 110 000 Tonnen erheblich mehr Emissionsmengen aus, als von den restlichen Außerortsstraßen (80 000 Tonnen) und den Innerortsstraßen (46 000 Tonnen).

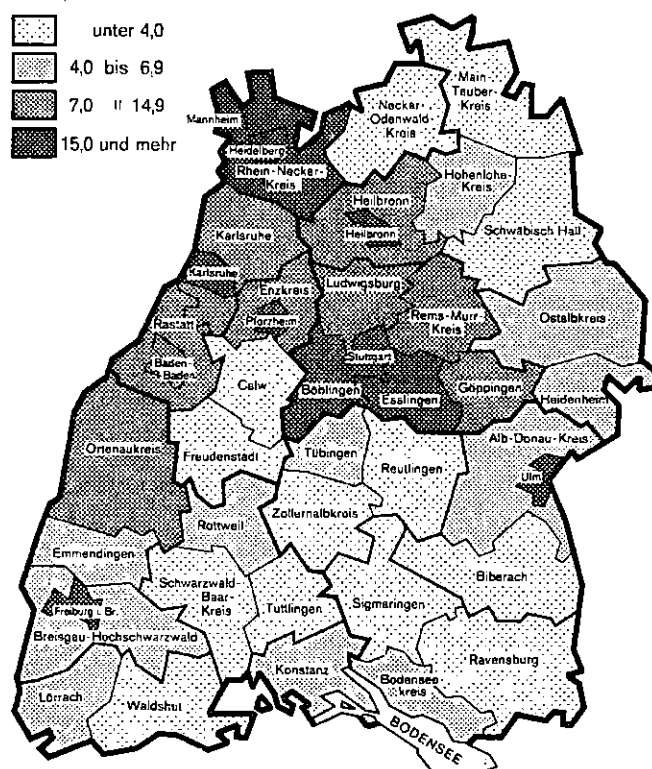
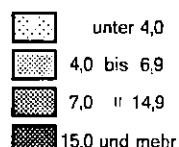
Ein großer Teil der Verkehrsemissionen entsteht entlang dem Autobahnviereck Walldorf-Heilbronn-Stuttgart-Karlsruhe und entlang der A 8 zwischen Stuttgart und Ulm. Diese Autobahnabschnitte weisen auch die höchsten spezifischen Streckenbelastungen je km auf (Schaubild 12, 13). Eine verhältnismäßig geringe spezifische Streckenbelastung besteht entlang der A 81 zwischen Heilbronn und Würzburg und zwischen Donaueschingen und Singen. Auch die Ende 1987 fertiggestellte A 7 zwischen Heidenheim und Kreuz Feuchtwangen verursacht noch wenig Emissionen. Maximalwerte mit 209 bzw. 208 Tonnen je km treten auf der A 5 bei Ettlingen und entlang der A 8 zwischen dem Autobahndreieck Leonberg und Kreuz Stuttgart auf. Die höchsten spezifischen Streckenbelastungen bestehen auf 6-streifig ausgebauten Autobahnen oder im Zusammenhang mit einer hohen LKW-Verkehrsdichte (Schaubild 14). Somit sind sowohl die hohen Verkehrsdichten einer 6-streifig ausgebauten Autobahn als auch eine hohe LKW-Belastung die Hauptgründe für eine starke spezifische Streckenbelastung.

Verglichen mit 1985 hat die Stickoxidbelastung entlang der A 5 besonders zwischen Walldorf und Emmendingen und entlang der A 8 zwischen Stuttgart und Ulm zugenommen (Schaubild 13). Gleichzeitig stieg aber auch die Emission der Autobahnen insgesamt. So nahm der Anteil der Stickoxidemissionen auf Autobahnen zwischen 1980 und 1989 von 33 auf 38 % zu.

Schaubild 11

Stickoxidbelastung durch den Straßenverkehr in den Kreisen Baden-Württembergs 1988

Emissionsdichte in t/qkm



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

364 91

Insgesamt gesehen ist die Belastung durch Emissionen des Straßenverkehrs in den Ballungszentren und entlang der stark befahrenen Autobahnen besonders hoch. Am meisten belastet sind die Gemeinden, in denen 6-streifig ausgebauten Autobahnen durch dicht besiedeltes Gebiet führen, wie beispielsweise Leonberg, Sindelfingen, St. Leon, Asperg, Möglingen und Ettlingen.

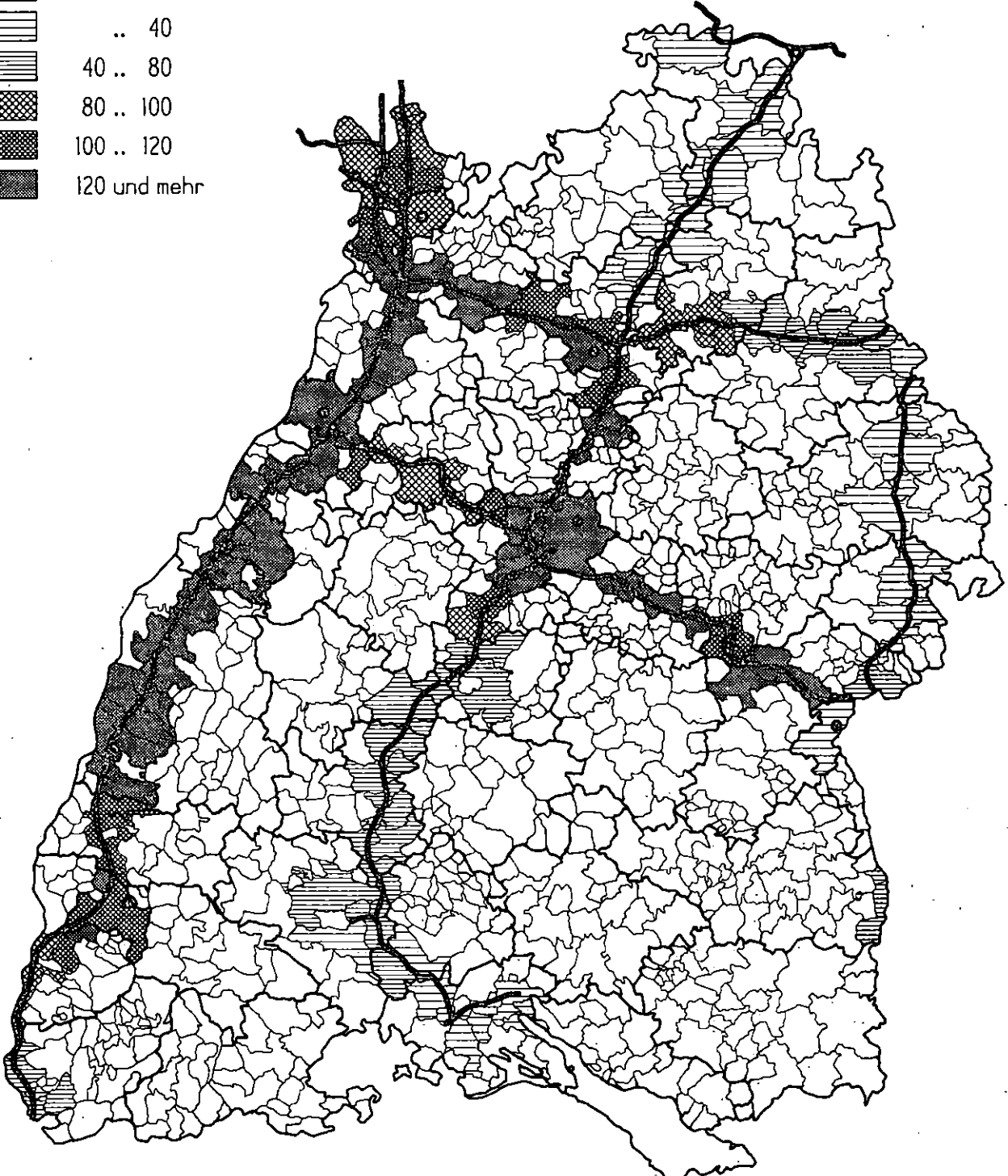
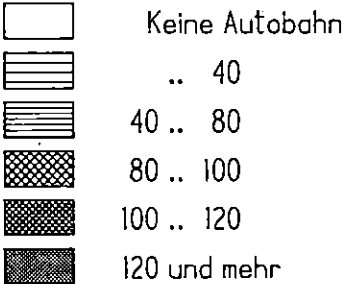
Erheblich weniger Stickoxide durch PKW bis zum Jahr 2000

Für die weitere Entwicklung der Verkehrsemissionen ist zum einen die zu erwartende Verkehrsleistung entscheidend, und speziell die Fahrleistungen der PKW und LKW. Ein weiterer wichtiger Einflußfaktor ist das Tempo, mit dem sich die neu zugelassenen Katalysatorfahrzeuge im Fahrzeugbestand durchsetzen. Zur Abschätzung der künftigen Emissionen werden deshalb die zukünftigen Fahrleistungen mit Hilfe des zu erwartenden PKW- und LKW-Be-

Streckenspezifische NO_x-Emissionen auf Autobahnen Baden-Württembergs 1989

NO_x-Emissionen in t je km Autobahn

von .. bis unter

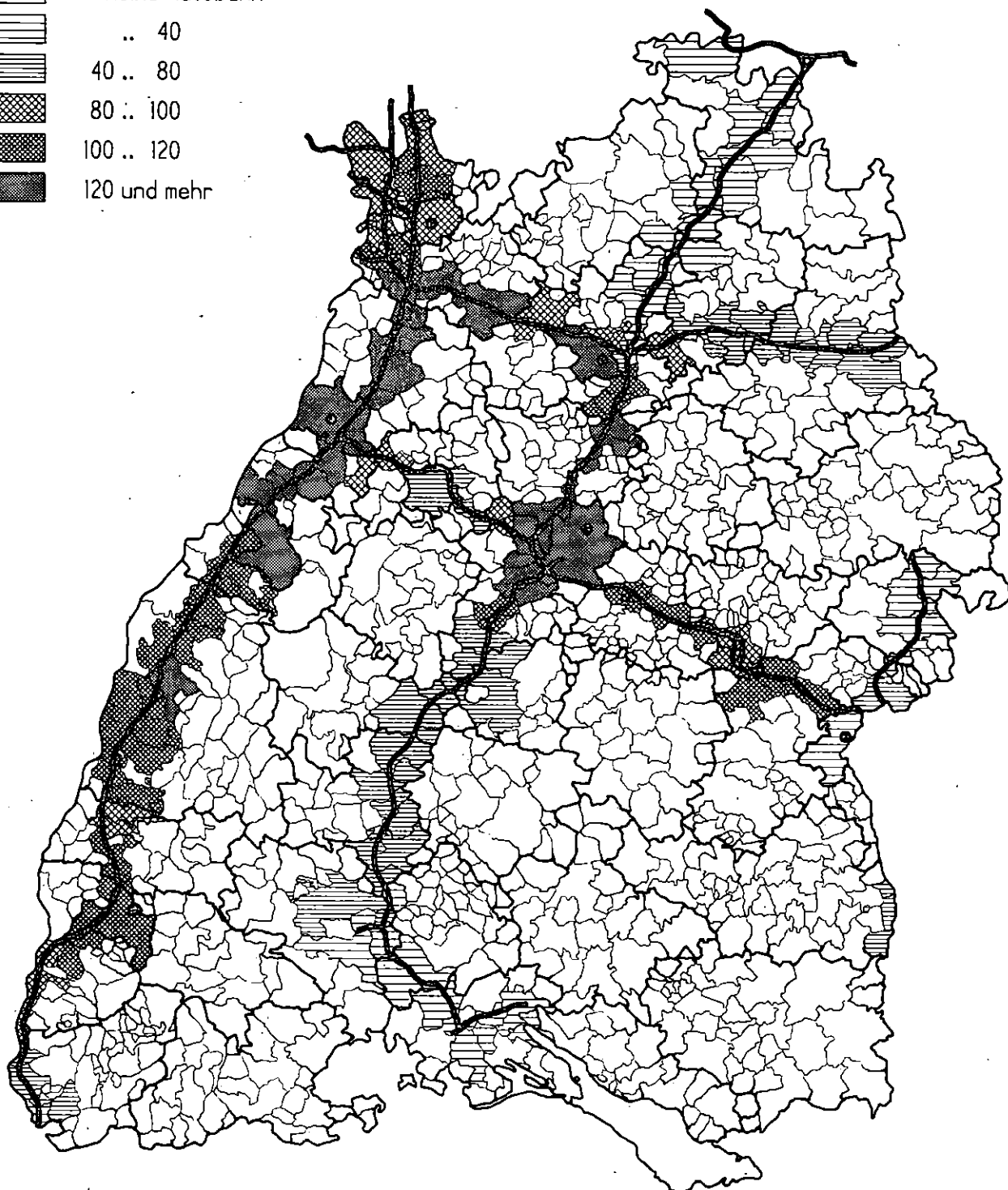
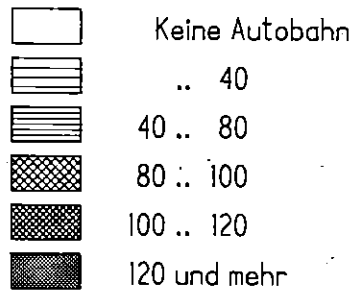


Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

Streckenspezifische NO_x-Emissionen auf Autobahnen Baden-Württembergs 1985

NO_x-Emissionen in t je km Autobahn

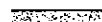
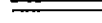

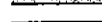
von... bis unter

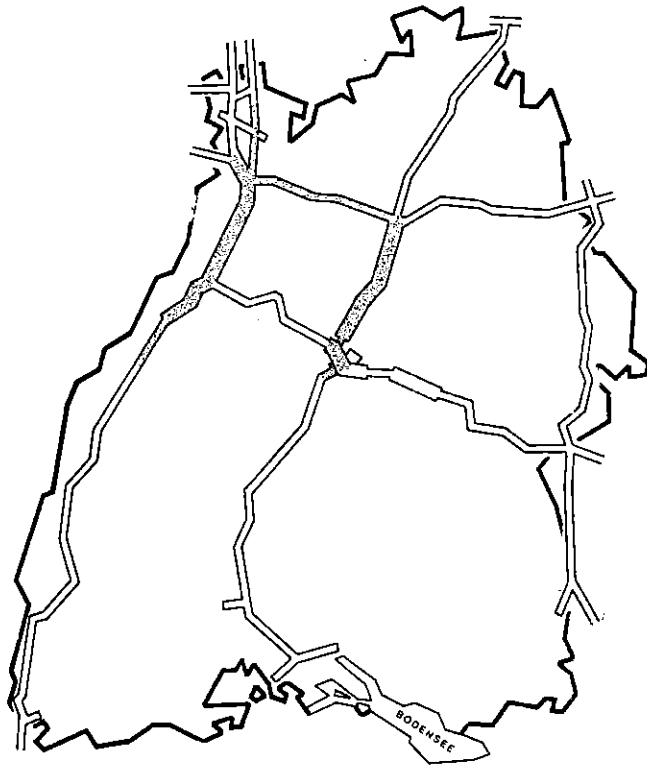


Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

372 91

Ausbau und LKW-Belastung der Autobahnen in Baden-Württemberg 1989

-  6-streifige Autobahn mit einer Belastung > 10 000 LKW/Tag
-  6-streifige Autobahn mit einer Belastung < 10 000 LKW/Tag
-  4-streifige Autobahn mit einer Belastung > 10 000 LKW/Tag
-  4-streifige Autobahn mit einer Belastung < 10 000 LKW/Tag



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

381 91

standes und der spezifischen Fahrleistungen der einzelnen Fahrzeugarten bestimmt.

Die spezifische Fahrleistung der Pkw lag 1989 im Lande bei 13 500 km pro Jahr und Fahrzeug. Seit 1975 bewegte sich die spezifische Fahrleistung der Pkw in einer Bandbreite zwischen 12 400 km und 13 600 km. Sie ging nach der zweiten Rohölpreisverteuerung zurück und nahm nach dem Rückgang der Kraftstoffpreise im Jahr 1986 wieder deutlich zu. 1989 betrug die spezifische Fahrleistung der LKW 36 100 km. Sie entwickelten sich seit 1975 in ähnlicher Weise wie die spezifischen Fahrleistungen der PKW. Ab 1985 nahm allerdings die spezifische Fahrleistung der LKW schneller zu als die der PKW. Da für die nähere Zukunft mit steigenden Benzinpreisen zu rechnen ist und die spezifische Fahrleistung wie erwähnt eine gewisse Bandbreite nie verließ, werden für die Berechnung der zukünftigen

tigen Verkehrsemissionen gleichbleibende spezifische Fahrleistungen vorausgesetzt.

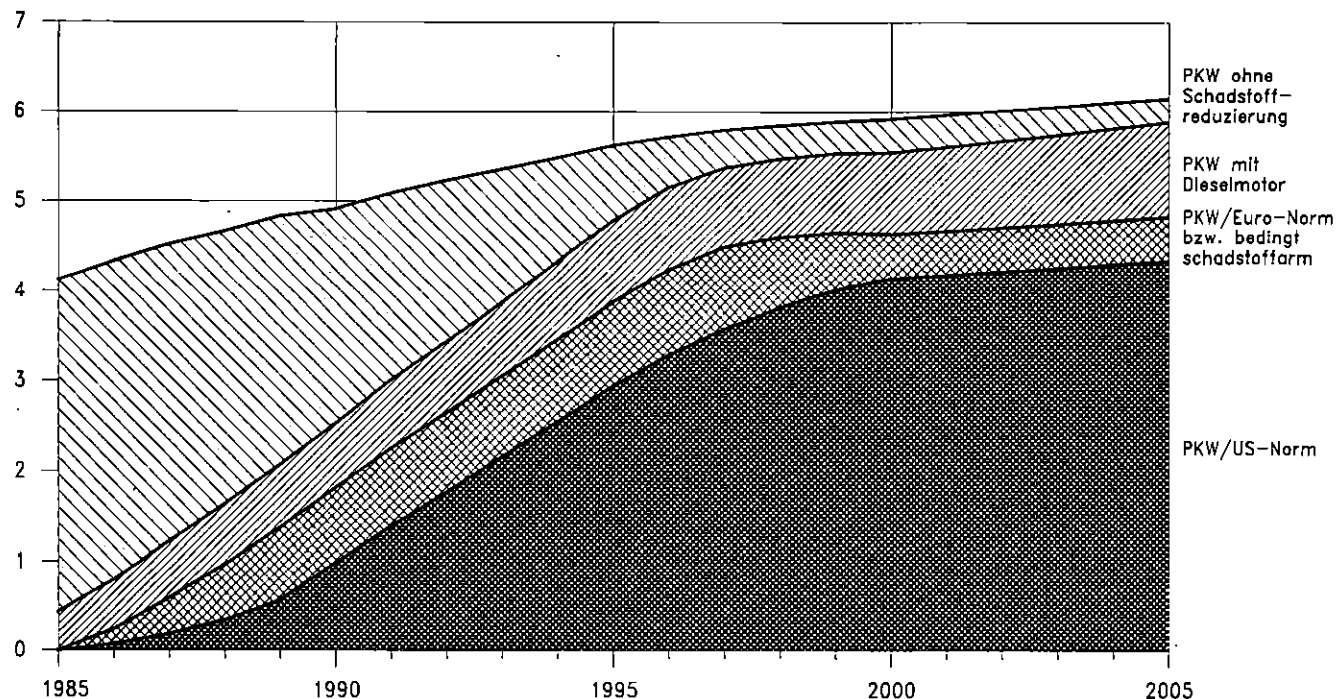
Die Entwicklung des Pkw-Bestandes wird an Hand der zu erwartenden Bevölkerung und PKW-Dichte abgeschätzt. Für die Bevölkerungsentwicklung wird ein Verlauf gemäß der unteren Variante der neuen Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes unterstellt, die PKW-Dichte wird entsprechend der soeben veröffentlichten Prognose der Shell AG³⁵ fortgeschrieben. Unter der Bedingung, daß sich die Zusammensetzung der Fahrzeugflotte geringfügig zugunsten der Diesel-PKW verschiebt, der technische Fortschritt und die gesetzlichen Regelungen nicht ändern, läßt sich das heutige Verteilungsmuster der Neuzulassungen fortschreiben. Es hätte sich bis zum Jahre 2005 auch weitgehend im Bestand durchgesetzt. Im Jahre 2005 wären demnach mehr als 70 % der Fahrzeuge mit der derzeit besten Abgasreinigung ausgerüstet. 17 % entfielen auf Dieselfahrzeuge und der Rest wäre zu je gleichen Teilen entweder bedingt schadstoffarm oder völlig ungereinigt (Schaubild 15).

Seit 1985 werden abgasgereinigte PKW in der Bundesrepublik steuerlich begünstigt. Dabei werden mit steigendem Hubraum die Anforderungen an die Schadstoffreinigung der Fahrzeuge erhöht. So müssen Fahrzeuge mit mehr als 2 l Hubraum der sogenannten US-Norm entsprechen, um in den Genuß einer steuerlichen Begünstigung zu kommen. Die US-Norm ist derzeit nur mit einem geregelten Katalysator erfüllbar und hat eine Verminderung von bis zu 90 % der Schadstoffe zur Folge. Ende 1989 war bereits jeder zweite neu zugelassene PKW mit einem Katalysator (US-Norm) ausgerüstet. Der Anteil am Bestand betrug erst 12 %, da sich die Neuzulassungen nur langsam im Gesamtbestand durchsetzen. Durch eine deutliche Ver-

35 Deutsche Shell AG: Motorisierung nach der Vereinigung: Aufbruch zu neuen Dimensionen. - Shell Szenarien des PKW-Bestandes bis zum Jahr 2010, Hamburg 1991.

Vorausschätzung des PKW-Bestandes sowie Anteil der schadstoffreduzierten PKW in Baden-Württemberg bis 2005

PKW in Mill.



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

209 91

besserung der Förderung ab 1990 konnte die Verbreitung der Katalysator-Fahrzeuge erheblich beschleunigt werden. Schon ein Jahr später stieg der Anteil der Katalysator-Fahrzeuge an den Neuzulassungen auf 80 % und der Bestandsanteil auf 20 %. Die Umrüstung von Altfahrzeugen spielt praktisch keine Rolle. Trotz ihrer Förderung ab 1990 fiel sie geringer als erwartet aus.

Nach diesem Szenario liegt der Höhepunkt der PKW-Emissionen mit 130 000 Tonnen im Jahre 1989. Ab 1990 schlägt sich die Verbreitung von Katalysatorfahrzeugen in sinkenden PKW-Emissionen nieder. Im Jahre 2005 werden die PKW nur knapp 42 % der Schadstoffmenge des Jahres 1989 emittieren. (Schaubild 16).

LKW-Verkehr größter Stickoxidemittent

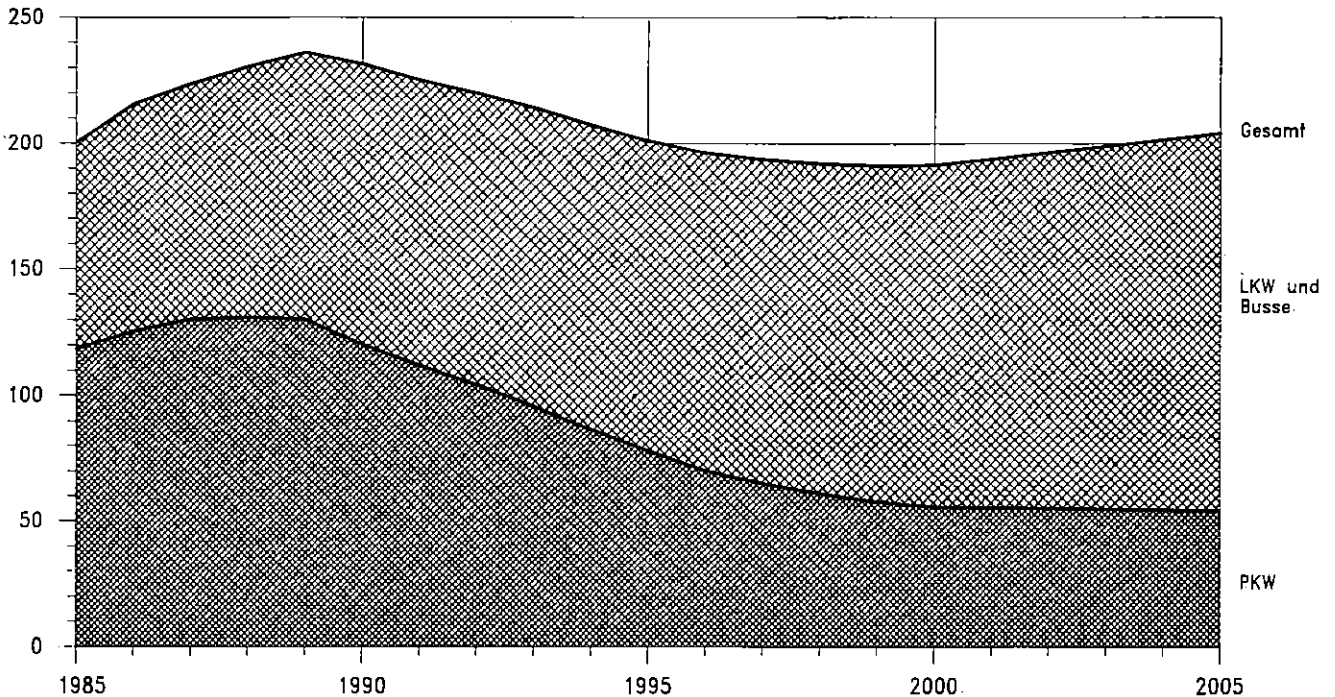
Die derzeit geltenden gesetzlichen Vorschriften machen zusätzliche technische Maßnahmen zur Emissionsminderung beim LKW nicht nötig. Erstmals wurde 1982 ein Grenzwert (18 g/KWh) für die NO_x-Emissionen EG-weit festgelegt. 1988

wurde dieser Grenzwert um 20 % auf 14,4 g/KWh gemindert. Allerdings hatten die deutschen Nutzfahrzeughersteller schon 1986 diesen Grenzwert freiwillig für ihre neu in den Verkehr gebrachten Fahrzeuge eingehalten.

In zwei Stufen soll der erlaubte Stickoxidausstoß zuerst 1992/93 auf 9 g/KWh und dann 1995/96 auf 7 g/KWh zurückgeführt werden. Trotz dieser Halbierung kann nicht mit einer entscheidenden Verminderung der LKW-Emissionen gerechnet werden: Denn zum einen gelten die Grenzwerte jeweils nur für Neufahrzeuge und setzen sich deshalb nur langsam im Gesamtbestand durch. Zum anderen herrscht bei Lastwagen ein ungeminderter Trend zu mehr Leistung vor. Ferner liegen die Lastwagen von heute schon erheblich unter der bestehenden Stickoxidbegrenzung. Schließlich wird mit der erwarteten Zunahme des Transitverkehrs der Anteil ausländischer, d.h. emissionsstärkerer LKW zunehmen. Deswegen wird von einem Szenario, das von einem jährlichen Bestandswachstum von 2 % ausgeht – das entspricht dem durchschnittlichen Wachstum der letzten 10 Jahre – und

Vorausschätzung der Stickoxid- (NO_x) Emissionen durch den Straßenverkehr in Baden-Württemberg bis 2005

NO_x -Emissionen in 1000 t



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

210 91

die Grenzwerte von heute voraussetzt, die tatsächlich mögliche Emissionsentwicklung eher unter- als überschätzt.

Nach dieser Schätzung nehmen die LKW-Emissionen ab 1988 kontinuierlich zu und erreichen im Jahre 2005 etwa 150 000 Tonnen. Damit übertreffen die Emissionen der LKW die der PKW deutlich: Stammen 1985 noch 44 % der Verkehrsemissionen von LKW, so wird sich bis zum Jahr 2005 der LKW-Anteil auf 75 % erhöhen. Schon ab 1991 übernimmt der LKW-Verkehr die Rolle des größten Stickoxidemittenten im Verkehrsbereich.

Wegen der wachsenden LKW-Emissionen wird trotz der erfolgreichen Einführung des Katalysators die Verminderung der Gesamtemissionen des Straßenverkehrs bescheiden ausfallen. Bis zum Jahre 2000 verringern sich die Gesamtemissionen von 236 000 Tonnen 1989 auf dann 191 000 Tonnen, um danach wieder anzusteigen. Im Jahre 2005 wird mit 204 000 Tonnen wieder das Niveau von 1977 erreicht. Das entspräche einer Verminderung gegenüber dem Höchststand um 14 %. Sie läge damit deutlich unter dem Ziel der Bundesregierung,

die von einer Verminderung um 30 % bis zum Jahre 1998 ausgeht. Um eine wirkungsvolle Entlastung der Luft durch Verkehrsemissionen zu erreichen, müßten damit in erster Linie die Emissionen der Lastwagen vermindert werden.

CO₂-Emissionen nehmen weiter zu

Unter dem Eindruck einer möglichen Klimaerwärmung rücken anthropogen verursachte Treibhausgase immer mehr in den Mittelpunkt der Diskussion. Das wichtigste Treibhausgas ist das Kohlendioxid, das bei der Verbrennung fossiler Energieträger freigesetzt wird. Die Bundesregierung hat unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre" beschlossen, die CO₂-Emissionen in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 2005 um 25 bis 30 % gegenüber 1987 zu senken. Die Landesregierung hat in ihrem Energieprogramm 91 für Baden-Württemberg ein CO₂-Minderungsziel von 30 % bis 2005 gegenüber dem Stand 1987 gesetzt.

Der Straßenverkehr hatte nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes im Jahr 1989 in Baden-Württemberg mit rund 19,5 Mill. t einen Anteil von 28 % am gesamten CO₂-Ausstoß im Lande. Von zusammen 19,5 Mill. t entfielen 13,9 Mill. t auf den PKW-Verkehr und 5,6 Mill. t auf den LKW- und Busverkehr. (Tabelle 22).

Die CO₂-Emissionen des Straßenverkehrs entstehen durch die Verbrennung von Kraftstoffen und hängen deswegen unmittelbar vom Kraftstoffverbrauch der Fahrzeuge ab. CO₂-Emissionen lassen sich fahrzeugtechnisch durch den Einsatz von sparsameren PKW oder durch neuartige Kraftstoffe und Antriebsformen verringern. Die zukünftige Entwicklung wird also primär von den Kfz-Fahrleistungen, dem spezifischen Kraftstoffverbrauch der Fahrzeuge und von der Schnelligkeit abhängen, mit der sich neuartige Motorkonzepte wie z.B. ein Elektroantrieb oder der Elsbett-Dieselmotor im Fahrzeugbestand durchsetzen. Das Land fördert im Rahmen von Modellversuchen Kraftfahrzeuge mit neuen Treibstoffen und Antriebsformen, wie beispielsweise Elektrofahrzeuge.

Unterstellt man die gleichen Fahrleistungen wie für das Stickoxidszenario, einen (erhöhten) Anteil an Dieselfahrzeugen am Gesamtbestand von 17 % und nimmt man weiter an, daß sich - wie aus dem Bericht der Enquete-Kommission "Vorsorge zum Schutz der Erde"³⁶ abzuleiten - die spezifischen Verbräuche der Ottofahrzeuge gegenüber dem Jahr 1987 um 14 %, die der

Tabelle 22

CO₂-Emissionen des Straßenverkehrs in Baden-Württemberg 1987, 1989 und 2005

Emittent	1987	1989	2005
	in Mill. t		
Straßenverkehr	18,5	19,5	21,7
davon:			
Pkw-Otto	11,0	11,3	12,7
Pkw-Diesel	2,5	2,6	3,1
Lkw	5,0	5,6	5,9

Dieselfahrzeuge um 18 % und die der LKW um 8 % vermindern, so werden die CO₂-Emissionen bis zum Jahre 2005 auf 21,7 Mill t ansteigen. Das entspricht einer Erhöhung gegenüber dem Jahr 1987 um knapp 18 %.

Verkehrspolitik vor wichtigen Weichenstellungen

Die bisher vorliegenden Informationen machen deutlich, daß der Verkehr auch in Zukunft ein gravierendes Umweltproblem darstellen wird. Die vom Verkehr ausgehenden Lärm und Schadstoffemissionen werden - abgesehen vom Kohlendioxid - aufgrund des technischen Fortschritts und verschärfter Vorschriften bei dem prognostizierten Verkehrswachstum nicht weiter zunehmen, sondern allmählich zurückgehen. Die Frage ist jedoch, ob der Rückgang der Emissionen rasch genug erfolgt und weit genug geht, um die negativen Auswirkungen in tragbaren Grenzen zu halten. Nach den technischen Fortschritten der Emissionsminderung beim PKW muß künftig der Reduzierung der Abgase und des Lärms beim LKW noch stärkeres Gewicht zugemessen werden. Ein weiteres Problem ist, daß trotz des generellen Rückgangs der Verkehrsemissionen aufgrund der starken Verkehrskonzentration in den Städten und Verdichtungsräumen die zulässigen oder akzeptablen Immissionsgrenzwerte eher überschritten werden.

Zum Schutz der Erdatmosphäre ist auch im Verkehrsbereich eine deutliche Reduzierung der CO₂-Emissionen notwendig.

36 Steierwald, G; H. Anduszies; T.M. Frank; et al.: Maßnahmenprogramm zur Technologieentwicklung im Verkehrsbereich. Institut für Straßen- und Verkehrswesen, Universität Stuttgart. Waldeyer, H. u. J. Brosthaus: Energieverbrauch und Emission im Verkehrsbereich Trend und Reduktionsszenario. Institut für Energietechnik und Umweltschutz TÜV-Rheinland, Köln. In: Energie und Klima, Bd. 7. Hrsg.: Enquete-Kommission "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre" des Deutschen Bundestages, 1990.

Trotz der erwarteten Senkung des spezifischen Kraftstoffverbrauchs für Fahrzeuge mit Otto- und Dieselmotoren ist damit zu rechnen, daß die Kohlendioxid-Emissionen weiter zunehmen. Um bis zum Jahr 2005 eine deutliche Reduzierung zu erreichen, müssen daher nicht nur alle Möglichkeiten des technischen Fortschritts realisiert, sondern auch durch investitionspolitische und marktwirtschaftliche Maßnahmen sowie durch lenkende Eingriffe erhebliche Änderungen im Verkehrssystem und im Verkehrsverhalten herbeigeführt werden. Strukturelle Veränderungen des Verkehrsgeschehens von Gewicht sind andererseits nur langfristig zu erreichen. Selbst optimistische Annahmen für die künftige Entwicklung des Schienenverkehrs - Verdoppelung der Verkehrsleistungen im Güterverkehr und Zuwachs um 2/3 im Personenverkehr bis zum Jahr 2010 - tragen den vorliegenden Prognosen zufolge lediglich dazu bei, den zu erwartenden Zuwachs im Straßenverkehr zu reduzieren.

Ein maßvoller, ökologisch verantwortbarer Ausbau des schon heute weitgehend ausgelasteten oder überlasteten Verkehrswegenetzes ist unumgänglich. Der Infrastrukturausbau wird in allen Bereichen, d.h. bei der Schiene wie bei der Straße, bei den Fernverbindungen ebenso wie im öffentlichen Nahverkehr oder bei Ortsumgehungen notwendig bleiben. Bei den Kapazitätserweiterungen müssen die Investitionsschwerpunkte dort gesetzt werden, wo die jeweiligen Verkehrsleistungen in einer ökonomischen und ökologischen Gesamtbilanz am besten erbracht werden können. In der Tendenz heißt dies, mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene und die Wasserstraßen sowie den ÖPNV zu verlegen. Hinzutreten müssen flankierende Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, eine Rationalisierung des Verkehrs, d.h. eine Verringerung des Transportmitteleinsatzes und der zurückgelegten Wege, sowie die angestrebte Verlagerung auf umweltfreundlichere Verkehrsträger zu fördern. Neben organisatorischen Verbesserungen und der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit umweltfreundlicherer Verkehrsträger durch qualitative Maßnahmen wird ein wichtiger Ansatz darin liegen, die Maßnahmen von den (relativen)

Preisen her zu unterstützen. Aber auch an Maßnahmen der Raumordnung und Siedlungsentwicklung, die sich am Ziel einer Verminderung des Verkehrsbedarfs orientieren, ist zu denken, will man den Verkehr als tragende Säule einer freien Wirtschaft und Gesellschaft leistungsfähig erhalten und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen bewahren.

Zusammenfassung

- Das Streckennetz der überörtlichen Straßen im Lande belief sich 1990 auf rund 28 000 km, davon entfielen 4 % auf Autobahnen, 18 % auf Bundesstraßen und je 39 % auf Landes- und Kreisstraßen. Die Streckenlänge der Bundesbahn von 3 700 km im Lande verteilt sich auf 2 900 km Haupt- und 800 km Nebenstrecke.
- Der Längenzuwachs der Außerortsstraßen in den letzten 25 Jahren betrug 500 km Autobahn (100 %), 850 km Bundesstraße (20 %) sowie 150 km Landes- und Kreisstraße (1 %). Seit Ende der 80-iger Jahre lautete die Devise "Ausbau vor Neubau". Der Schwerpunkt liegt damit auf dem Ausbau stark frequentierter Trassenstücke von Autobahnen und Bundesstraßen und auf der Entschärfung der Gefahrenstelle Ortsdurchfahrt. Zu jeweils rund 20 % sind derzeit Autobahnen 5- und 6-streifig, sowie Bundesstraßen 3- und mehrstreifig ausgebaut.
- Die Bundesbahn baut ihr Streckennetz weiter ab, jedoch nicht mehr im Tempo der 70er Jahre. Die Aus- und Neubaumaßnahmen konzentrieren sich auf Hauptverkehrslinien, die mit Hochgeschwindigkeitszügen befahren werden. Die Landesregierung fordert den Ausbau der Zulaufstrecken zu den Alpentransversalen und bessere Verbindungen nach Berlin und in die neuen Bundesländer.
- Das Wasserstraßennetz der Binnenschifffahrt erstreckt sich in Baden-Württemberg über 500 km und dient hauptsächlich dem Gütertransport. In

den Häfen wurden 1990 rund 44 Mill. t Güter umgeschlagen.

- Der Flugverkehr im Lande stützt sich auf den Flughafen Stuttgart und weitere 22 Verkehrslandeplätze, davon 12 mit überörtlicher Bedeutung. Auf dem Flughafen Stuttgart starteten und landeten 1990 rund 125 000 Klein- und Großflugzeuge, etwa 70 % zählten zum gewerblichen Verkehr. In den letzten 10 Jahren verdoppelte sich das Aufkommen im Linienverkehr bei Konstanz der anderen Flugarten. Auf den Verkehrslandeplätzen steigt der Anteil des gewerblichen Verkehrs ständig. Er beträgt mittlerweile 30 % und belegt die wachsende Bedeutung dieser Einrichtungen für den Geschäftsreiseverkehr.
- Der größte Teil des Personen- und Gütertransportes fließt auf der Straße. Während im Gütertransport rund die Hälfte des Verkehrsaufkommens auf die Straße entfallen, sind es im Personentransport sogar 85 %. Neben PKW und LKW spielt für den Güterverkehr die Eisenbahn (18 %) und für den Personentransport der Bus (12 %) die wichtigste Rolle. Obwohl das Verkehrsaufkommen seit 1975 insgesamt stark gestiegen ist, hat der Straßenverkehr seinen Anteil am Personenverkehr um 6 Prozentpunkte und am Güterverkehr um 14 Prozentpunkte vergrößert.
- Die seit Jahren zunehmende Mobilität von Wirtschaft und Bevölkerung konnte sich bei sinkenden Kapazitäten der Bahn nur auf der Straße realisieren. Im Personenverkehr wurden Mobilitätswünsche in erster Linie durch die steigende Freizeit und zunehmende Einkommen geweckt, während die Treibstoffkosten deutlich sanken. Bald die Hälfte der gefahrenen Strecken wird heute in der Freizeit zurückgelegt. Im Güterverkehr liegt die Ursache des gestiegenen Transportbedarfes hauptsächlich in der zunehmenden Arbeitsteilung auf nationaler und internationaler Ebene. Ein bedarfsgerechter Ausbau des Straßennetzes, ein vielfältiges und attraktives Angebot an Kraftfahrzeugen und straßenverkehrsgerechte Infrastrukturmaßnahmen wie zum Beispiel das Einkaufszentrum auf der grünen Wiese

oder der autogerechte Ausbau der Innenstädte haben zusätzlichen Verkehr auf die Straße gelenkt.

- Der Straßenverkehr hat in den letzten 10 Jahren stark zugenommen. Die Fahrleistungen stiegen zwischen 1980 und 1985 um 9 %, zwischen 1985 und 1989 sogar um 30 %. Trotz eines Streckenanteils von nur 4 % am Straßennetz entfiel 1989 ein Drittel der Fahrleistung auf Außerortsstraßen und Autobahnen.
- Die Höhe der Kraftstoffpreise hat die Verkehrsstärke mit beeinflusst. Nach einem kräftigen Anstieg der Kraftstoffpreise im Jahr 1980 stagnierte die Fahrleistung, während sie nach dem Preisverfall im Jahr 1986 deutlich zunahm.
- Nach der soeben vorgelegten Personenverkehrsprognose des Bundesministers für Verkehr ist für die kommenden 20 Jahre mit einer weiteren Zunahme des Verkehrs zu rechnen. Aus der Bandbreite der möglichen Entwicklungen ist aus der Sicht der Gutachter ein Verkehrszuwachs von 22 % bis zum Jahr 2010 wahrscheinlich. Nach den zugrundegelegten Annahmen dieser Prognose wird der Luftverkehr seine Leistungen für die alten Bundesländer um fast 90 %, die Bahn um zwei Drittel, der ÖSPV um ein Fünftel erhöhen können. Höhere Nutzerkosten für den PKW, Restriktionen der kommunalen Verkehrspolitik und niedrigere Durchschnittsgeschwindigkeiten dämpfen den Zuwachs des Individualverkehrs. Dessen Zuwachs wird mit 17 % veranschlagt. Für Baden-Württemberg dürfte der Zuwachs im Individualverkehr wegen des überdurchschnittlich hohen Wachstums von Bevölkerung und Transitverkehr deutlich höher liegen.
- Bis zum Jahr 2010 dürfte der Güterverkehr in Baden-Württemberg um die Hälfte zunehmen. Nach einem nach oben korrigierten Prognoseansatz des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung - statt eines jährlichen Wachstums von 1,1 % für die Bahn werden 4,8 %, statt 1,1 % für den gesamten Fernverkehr werden 2,6 % angenommen - ergibt sich für den Straßengüterfernverkehr ein Wachstum

von 60 %. Im Straßengüternahverkehr wird der Zuwachs an Verkehrsleistung auf 21 % beziffert. In den 80er Jahren hatte die Verkehrsleistung im Güterfernverkehr um jährlich 2,6 % im Schienenverkehr um 0,6 % zugenommen.

- Rund die Hälfte des Güterfernverkehrs in Baden-Württembergs ist Transitverkehr. Er rollt zu rund 65 % über die Straße, etwa 20 % über die Schiene und etwa 15 % werden mit dem Schiff transportiert. Mit Beginn des EG-Binnenmarktes 1993 und nach Verdichtung der Ost-West-Beziehungen ist mit einem steigenden Transitaufkommen zu rechnen.
- Die werktags zur "rush-hour" verstopften Straßen werden von Pendlern verursacht. Im Volkszählungsjahr 1987 pendelten fast 40 % aller Erwerbstätigen und über 20 % aller Schüler und Studenten zu ihren Arbeits- bzw. Ausbildungsstätten. Seit 1970 hat sich damit die Zahl der Pendler um gut ein Drittel auf rund 2,1 Mill. erhöht. Engpässe auf dem Wohnungsmarkt, die Spezialisierung der Berufsfelder, höhere Realeinkommen und die Inkaufnahme weiterer Anfahrtswege haben wesentlich dazu beigetragen.
- Für 80 % aller Auspendler ist der PKW das beliebteste Verkehrsmittel für den Weg zur Arbeit. Nur 16 % benutzen ein öffentliches Verkehrsmittel. Rund ein Drittel der Pendler benötigt mehr als eine halbe Stunde für den Weg zur Arbeit. Für nur 17 % sind es weniger als 15 Minuten Arbeitsweg.

Der ÖPNV beförderte in Baden-Württemberg im Jahre 1990 rund 760 Mill. Personen, weit über die Hälfte allein in den Großräumen des Landes. Dem steigenden Transportaufkommen in den Verdichtungsräumen stehen sinkende Fahrgastzahlen im ländlichen Raum gegenüber. In den Ballungsräumen liegt der Anteil des Berufsverkehrs am gesamten ÖPNV bei 20 bis 50 %, im ländlichen Hohenlohekreis dagegen unter 10 %. Auf dem Lande wird der ÖPNV hauptsächlich durch den Ausbildungsverkehr getragen.

- Der Verkehr namentlich der Straßenverkehr wird von der Bevölkerung unter allen Lärmemitteln als besonders störend angesehen. Der Anteil der durch Verkehr verlärmten Landesfläche - 1985 waren fast 50 % der Landesfläche mit einem Schallpegel von mindestens 50 dB (A) belastet - wächst ständig. Dafür verantwortlich sind wachsende Kfz-Bestände, ein geändertes Fahrverhalten sowie ein Anstieg an Flugzeugbewegungen usw. Die Lärmemissionen können in allen Bereichen sowohl durch technische (Einkapselung des Motors) als auch durch planerische Maßnahmen (Verkehrsberuhigung) verringert werden.
- Die Flächeninanspruchnahme durch den Verkehr ist erheblich. 5 % der Landesfläche werden derzeit für Straßen, Wege, Plätze und andere Verkehrsbauten genutzt. Die Verkehrsfläche ist damit um die Hälfte größer als die Fläche aller Wohngebäude.
- Der Flächenbedarf für Verkehrszwecke ergibt sich im wesentlichen für Straßen (zu 44 %) und Wege (zu 47 %). Gut die Hälfte der Straßenflächen dienen dem überörtlichen Verkehr. Gut ein weiteres Drittel steht als Gemeindestraße in engerem Zusammenhang mit Wohn- und Siedlungszwecken.
- Luftschadstoffe stammen auch in Baden-Württemberg hauptsächlich aus dem Straßenverkehr. Durch ihn werden 75 % des Kohlenmonoxids, 70 % der Stickoxide und 30 % der Kohlenwasserstoffe emittiert. Der Anteil des Straßenverkehrs an der Luftverschmutzung ist auch deshalb so hoch, weil Kraftwerke und Industrie ihre Emissionen deutlich verringert haben, während der Einbau von Katalysatoren bisher lediglich dazu beigetragen hat, die schädlichen Folgen des Verkehrswachstums abzuschwächen.
- Der Straßenverkehr belastet die Luft wesentlich stärker als der Schienenverkehr. Für die gleiche Streckenlänge werden je Person auf der Straße 50 mal soviel Kohlenmonoxid, 18 mal soviel Kohlenwasserstoffe und 3 mal soviel Stickoxide freigesetzt wie

auf der Schiene. Noch ungünstiger schneidet die Straße bei einem Emissionsvergleich im Gütertransport ab.

- Stickoxidemissionen entstehen vor allem im Straßenfernverkehr. Auf die vier- und mehrstreifig ausgebauten Autobahnen und Bundesstraßen mit einem Streckenanteil von nur 2 % entfällt beinahe die Hälfte der Stickoxidemissionen des Landes. Besonders belastete Strecken sind das Autobahnviereck Walldorf-Heilbronn-Stuttgart-Karlsruhe und die A 5 zwischen Stuttgart und Ulm. Die hohen Emissionen dieser Autobahnabschnitte sind auch durch eine hohe LKW-Dichte bedingt.
- Die jüngsten Daten signalisieren, daß nunmehr auch im Straßenverkehr der Trend zu höheren Stickoxidemissionen gebrochen ist. Unter - allerdings eher vorsichtigen - Annahmen dürften im Jahr 2005 in Baden-Württemberg nur noch 204 000 Tonnen freigesetzt werden, 14 % weniger als 1989. Nach dieser Modellrechnung wird der LKW-Verkehr in Zukunft der größte Luftverschmutzer im Lande sein. Dank der weiten Verbreitung des Katalysators werden die PKW-Emissionen nur noch etwa 42 % der Stickoxidmenge des Jahres 1989 betragen. Die Stickoxidemissionen der LKW dagegen nehmen im gleichen Zeitraum um etwa 35 % zu.
- 1989 wurden in Baden-Württemberg durch den Straßenverkehr 19,5 Mill. t CO₂ freigesetzt. Das entsprach einem Anteil von 28 % am gesamten CO₂-Ausstoß des Landes. Nimmt man an,

daß die Fahrleistungen weiterhin zunehmen, der Dieselanteil am Gesamtbestand der PKW auf 17 % ansteigt und die spezifischen Verbräuche für Ottofahrzeuge um 14 % für Dieselfahrzeuge um 18 % und für LKW um 8 % zurückgehen, so wird der CO₂-Ausstoß des Straßenverkehrs bis zum Jahr 2005 gegenüber 1987 um 18 % auf 21,7 Mill. t zunehmen.

- Abgesehen vom Kohlendioxid werden die vom Verkehr ausgehenden Schadstoffemissionen trotz deutlicher Zuwachsraten des Straßenverkehrs generell allmählich zurückgehen. Allerdings ist darauf zu achten, daß vor allem in den Städten und Verdichtungsräumen ein akzeptables Immissionsniveau nicht überschritten wird. Nach den Fortschritten in der Emissionsminderung bei PKW muß künftig der Abgasminderung beim LKW noch stärkeres Gewicht beigemessen werden.
- Um auch eine deutliche Reduzierung der Kohlendioxidemissionen zu erreichen, müssen über die Möglichkeiten des technischen Fortschritts hinaus auch Änderungen im Verkehrssystem und im Verkehrsverhalten herbeigeführt werden.
- Der Verkehr wird auch in Zukunft ein gravierendes Umweltproblem bleiben. Mit den heute getroffenen oder unterlassenen Weichenstellungen für einen ökonomisch effizienten wie auch einen ökologisch verantwortbaren Verkehr fallen wichtige Vorentscheidungen für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die Zukunft der nachfolgenden Generationen.

Anhang

Seitens des Statistischen Landesamtes waren an der Erstellung des Berichts folgende wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beteiligt:

Dipl.-Volkswirtin Dagmar Altstadt

Dipl.-Volkswirt Roland Brecht

Dipl.-Verwaltungswissenschaftler Klaus Bronnenmayer

Dipl.-Volkswirt Reinhard Burkard

Dipl.-Geograph Manfred Deckarm

Dr. Ingrid Fügel-Waverijn

Dipl.-Volkswirtin Doris Meyer-Haitz

Rechtsassessorin Jutta Schmucker

Dipl.-Geographin Christiane Seidel

Dipl.-Geograph Michael Walker

Dipl.-Kaufmann Wolfgang Walla

Dipl.-Volkswirt Manfred Wörner

Methodische Erläuterungen

Zur statistischen Abgrenzung

Zur Abgrenzung der Kreditwirtschaft wurden - mit Ausnahme der Postgiro- und Postsparkassenämter - diejenigen Unternehmen herangezogen, die vorwiegend Bankgeschäfte nach den Begriffsbestimmungen von § 1 Abs. 1 des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG)¹ betreiben, einschließlich der Deutschen Bundesbank und ihrer Hauptverwaltungen (Landeszentralbanken) und Zweiganstalten. Diese Abgrenzung bezieht sich im Prinzip auf alle statistischen Quellen, aus denen Zahlen über die Kreditwirtschaft insgesamt für den vorliegenden Beitrag entnommen wurden (Arbeitsstättenzählungen 1970 und 1987, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Bankenstatistik der Deutschen Bundesbank). Im Bereich der bankstatistischen Abschnitte wurden jedoch die Bausparkassen - entsprechend der Vorgehensweise der Deutschen Bundesbank - gesondert in der Text- und Tabellendarstellung betrachtet; sie sind folglich in den bankstatistischen Angaben zum Einlagen- und Kreditgeschäft und zur Ertragslage der Kreditwirtschaft insgesamt nicht enthalten. Des weiteren werden die Kreditinstitute mit überregionalen Aufgaben ohne Filialnetz in der Bankenstatistik bei einigen Merkmalen nicht regional zugeordnet; infolgedessen fehlen diese Institute in dem nach Bundesländern untergliederten Ausweis des Einlagen- und Kreditgeschäfts. Nicht berücksichtigt wurde hier sowie bei den Angaben zur Ertragslage auch die Deutsche Bundesbank und ihre Hauptverwaltungen und Zweiganstalten.

Zu den statistischen Quellen

Die Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987 wurde in Verbindung mit der Volks-, Berufs-, Gebäude- und Woh-

nungszählung durchgeführt. Sie umfaßte - mit Ausnahme des größten Teils der Landwirtschaft - alle Wirtschaftsbereiche. Erhebungseinheit war die Arbeitsstätte, definiert als "örtliche Einheit (ein Grundstück oder eine abgegrenzte Räumlichkeit), in der eine oder mehrere Personen unter einheitlicher Leitung regelmäßig haupt- oder nebenberuflich erwerbstätig sind". Als Beschäftigte wurden sämtliche tätige Personen - also auch die tätigen Inhaber und die unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen - unabhängig von der geleisteten Arbeitszeit, das heißt einschließlich aller Teilzeitbeschäftigten, erfaßt. Zu Vergleichszwecken wurde die Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970 herangezogen.

Die Bankenstatistik der Deutschen Bundesbank basiert auf den besonderen Anzeige-, Ausweis- und Vorlagepflichten der inländischen Kreditinstitute, einschließlich der inländischen Zweigstellen ausländischer Kreditinstitute (§§ 24, 25, 26 KWG). Seit Dezember 1985 wird neben den übrigen Anzeigen (z.B. Zweigstellengründungen) und Vorlagen (z.B. Jahresabschlüsse) auch der Hauptbestandteil der Bankenstatistik - die Monatliche Bilanzstatistik - als Vollerhebung durchgeführt. Bis dahin wurden hier speziell die Kreditgenossenschaften nicht ganz vollständig erhoben; von Dezember 1973 bis November 1985 wurden diejenigen Kreditgenossenschaften erfaßt, deren Bilanzsumme am 31.12.1972 10 Mill. DM und mehr betrug, sowie kleinere Institute, die am 30.11.1973 bereits berichtspflichtig waren.

Zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung einzelner Wirtschaftsbereiche und deren Entwicklung im Zeitablauf wird häufig die preisbereinigte Bruttowertschöpfung als Komponente der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen herangezogen. - So auch im vorliegenden Bericht über die Kreditwirtschaft. Da es sich hierbei um eine recht komplizierte Berechnungsmethode handelt, werden die einzelnen Rechenschritte im folgenden kurz skizziert.

1 Vgl. Gesetz über das Kreditwesen, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank, Nr. 2, 8. Auflage vom März 1986, S. 21.

Die Bruttowertschöpfung (BWS) ergibt sich aus dem Bruttoproduktionswert² abzüglich der von anderen Wirtschaftsbereichen bezogenen Vorleistungen. Die BWS umfaßt somit im wesentlichen die Einkommen, die den beteiligten Produktionsfaktoren (Arbeit und Kapital) speziell aus der Produktion im betreffenden Wirtschaftszweig zugeflossen sind, sowie den Werteverzehr, das heißt die in Ansatz gebrachten Abschreibungen am eingesetzten Produktionsvermögen. Da die zur Berechnung erforderlichen Basisdaten über die Kreditwirtschaft auf Länderebene nicht vorliegen, werden der Bruttoproduktionswert und die Vorleistungen zunächst bundesweit originär berechnet und dann anhand geeigneter Schlüssel auf die Bundesländer aufgeteilt.

Im Bereich der Geschäftsbanken erfolgt die Schlüsselzuordnung des Bruttoproduktionswertes anhand der Summe der Einlagen und Kredite der jeweiligen Kreditinstitute je Bundesland; speziell

bei den Bausparkassen wird als Schlüsselgröße die Summe der Eingänge an Spargeldern/Wohnungsbauprämien und Auszahlungen von Bauspareinlagen/Baudarlehen je Bundesland verwendet. Maßgeblich für die regionale Zuordnung ist jeweils der Entstehungsort der Wertschöpfung, das heißt in diesem Fall, der Ort, an dem die hier als Schlüsselgrößen herangezogenen Transaktionsarten abgewickelt werden (Arbeitsortprinzip).

Die regionale Zuweisung des Bruttoproduktionswertes der Deutschen Bundesbank wird in zwei Schritten vorgenommen. Zunächst wird der Bruttoproduktionswert mit Hilfe der Beschäftigtenzahlen auf das Bundesbankdirektorium (in Frankfurt) einerseits und die Summe der Landeszentralbanken (einschließlich Zweiganstalten) andererseits aufgeteilt. Entsprechend dem Arbeitsortprinzip entfällt der Direktoriumsanteil auf das Land Hessen. Die Regionalisierung des verbleibenden gesamten Bruttoproduktionswertes der Landeszentralbanken erfolgt anhand der Summe der Einlagen und Kredite je Landeszentralbank.

- 2 Der Bruttoproduktionswert der Kreditinstitute schließt neben den tatsächlichen Einnahmen aus Gebühren u.ä. "unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen" in Höhe der Differenz zwischen Ertragszinsen, Kreditprovisionen und anderen Vermögens-einkommen der Kreditinstitute einerseits und Aufwandszinsen dieser Institutionen andererseits ein.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß für die Ermittlung der Bruttowertschöpfung des Bankenbereichs zum einen die erzielten Erträge abzüglich der angefallenen Aufwendungen (Originärberechnung des Bundes) und zum anderen im wesentlichen die Höhe der Einlagen und Kredite (Regionalisierung) maßgeblich sind. Ausschlaggebend sind somit letztlich die Art und das Volumen der jeweils getätigten Bankgeschäfte.

Tabelle 1

Die Sparkassen im Badischen und im Württembergischen Sparkassen- und Giroverband und die Kreditgenossenschaften im Badischen und im Württembergischen Genossenschaftsverband*) 1975, 1980, 1985 und 1989

Landesteil/ Jahr	Sparkassen				Kreditgenossenschaften			
	Institute	Zweigstellen	Beschäftigte	Bilanzsumme	Institute	Zweigstellen	Einzelmitglieder	Bilanzsumme
	Anzahl			Mill. DM	Anzahl		1000	Mill. DM
Baden								
1975	73	1 390	10 203	18 546	303	1 196	783	13 963
1980	68	1 470	11 982	30 815	230	1 318	927	24 320
1985	68	1 506	14 158	44 954	204	1 398	1 070	36 380
1989	68	1 535	16 010	60 073	187	1 391	1 210	46 447
Württemberg								
1975	24	2 852	15 958	32 204	808	1 707	846	22 769
1980	24	2 372	17 260	51 601	684	1 908	974	38 850
1985	24	2 357	21 381	71 452	573	2 012	1 169	56 373
1989	24	2 349	24 476	97 671	535	2 015	1 371	73 192
Veränderung 1989 gegenüber 1985 in %								
Baden	± 0	+ 1,9	+ 13,1	+ 33,6	- 8,3	- 0,5	+ 13,1	+ 27,7
Württemberg	± 0	- 0,3	+ 14,5	+ 36,7	- 6,6	+ 0,1	+ 17,3	+ 29,8
Veränderung 1989 gegenüber 1980 in %								
Baden	± 0	+ 4,4	+ 33,6	+ 94,9	- 18,7	+ 5,5	+ 30,5	+ 91,0
Württemberg	± 0	- 1,0	+ 41,8	+ 89,3	- 21,8	+ 5,6	+ 40,8	+ 88,4
Veränderung 1989 gegenüber 1975 in %								
Baden	- 6,8	+ 10,4	+ 56,9	+ 223,9	- 38,3	+ 16,3	+ 54,5	+ 232,6
Württemberg	± 0	- 17,6	+ 53,4	+ 203,3	- 33,8	+ 18,0	+ 62,1	+ 221,5

*) Raiffeisen/Schulze-Delitzsch.

Quellen: Geschäftsberichte des Badischen und des Württembergischen Sparkassen- und Giroverbandes; Jahresberichte des Badischen und des Württembergischen Genossenschaftsverbandes – Raiffeisen/Schulze-Delitzsch – e.V.

Tabelle 2

Arbeitsstätten und Beschäftigte der Kreditwirtschaft in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs
– Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987 –

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Arbeitsstätten			Beschäftigte		
	insgesamt	Veränderung 1987 gegen- über 1970 ¹⁾	je 10 000 Einwohner	insgesamt	Veränderung 1987 gegen- über 1970 ¹⁾	Anteil an den Beschäftigten insgesamt
	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%	
Stadtkreis						
Stuttgart, Landeshauptstadt	361	+ 13,5	6,5	13 154	+ 17,0	3,0
Landkreise						
Böblingen	203	+ 30,1	6,4	3 874	+ 60,1	2,2
Esslingen	253	+ 10,9	5,5	3 420	+ 83,0	1,5
Göppingen	176	+ 26,6	7,6	2 115	+ 72,1	2,0
Ludwigsburg	293	+ 29,1	6,6	6 224	+ 37,7	3,3
Rems-Murr-Kreis	244	+ 14,6	6,8	2 731	+ 77,9	1,8
Region Mittlerer Neckar	1 530	+ 14,4	6,5	31 518	+ 38,1	2,4
Stadtkreis						
Heilbronn	64	+ 1,6	5,8	1 892	+ 76,8	2,6
Landkreise						
Heilbronn	254	+ 2,4	10,1	1 559	+ 75,6	1,6
Hohenlohekreis	102	+ 2,9	11,8	848	+ 71,3	2,4
Schwäbisch Hall	176	+ 7,9	11,4	4 467	+ 49,4	6,9
Main-Tauber-Kreis	223	+ 64,0	18,3	1 313	+ 78,2	2,6
Region Franken	819	+ 10,2	11,3	10 079	+ 63,1	3,1
Landkreise						
Heidenheim	137	+ 41,2	10,9	1 142	+ 100,4	1,9
Ostalbkreis	240	+ 10,6	8,6	2 458	+ 79,8	2,0
Region Ostwürttemberg	377	+ 20,1	9,3	3 600	+ 85,9	2,0
Regierungsbezirk Stuttgart	2 726	+ 13,9	7,8	45 197	+ 46,1	2,5
Stadtkreise						
Baden-Baden	44	+ 41,9	8,8	647	+ 52,2	2,2
Karlsruhe	154	+ 26,2	5,9	5 873	+ 32,5	3,3
Landkreise						
Karlsruhe	261	+ 21,4	7,2	2 220	+ 76,5	1,6
Rastatt	158	+ 33,9	8,1	1 814	+ 85,5	1,9
Region Mittlerer Oberrhein	617	+ 27,0	7,1	10 354	+ 48,2	2,4
Stadtkreise						
Heidelberg	75	+ 78,6	5,9	1 554	+ 52,1	1,8
Mannheim	178	+ 41,3	6,0	5 200	+ 44,8	2,5
Landkreise						
Neckar-Odenwald-Kreis	176	+ 58,6	13,5	1 026	+ 81,0	2,0
Rhein-Neckar-Kreis	275	+ 49,5	5,9	3 047	+ 111,3	1,8
Region Unterer Neckar	704	+ 52,1	6,9	10 827	+ 63,5	2,1
Stadtkreis						
Pforzheim	64	+ 23,1	6,0	1 855	+ 96,3	2,7
Landkreise						
Calw	159	+ 29,3	11,9	1 062	+ 94,1	2,1
Enzkreis	163	+ 28,3	9,9	844	+ 40,0	1,4
Freudenstadt	131	+ 39,4	12,8	870	+ 86,3	2,0
Region Nordschwarzwald	517	+ 30,6	10,2	4 631	+ 80,8	2,1
Regierungsbezirk Karlsruhe	1 838	+ 36,7	7,7	25 812	+ 59,6	2,2
Stadtkreis						
Freiburg im Breisgau	108	+ 28,6	6,0	2 302	+ 18,7	2,1
Landkreise						
Breisgau-Hochschwarzwald	196	+ 55,6	9,6	1 376	+ 78,2	1,9
Emmendingen	112	+ 43,6	8,5	925	+ 72,3	2,0
Ortenaukreis	308	+ 25,2	8,7	3 070	+ 68,0	1,9
Region Südlicher Oberrhein	724	+ 35,6	8,3	7 673	+ 51,2	1,9
Landkreise						
Rottweil	156	+ 35,7	12,3	1 033	+ 83,2	1,8
Schwarzwald-Baar-Kreis	171	+ 67,6	8,9	1 890	+ 89,8	2,0
Tuttlingen	120	+ 20,0	10,6	1 108	+ 95,1	2,1
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	447	+ 41,0	10,3	4 031	+ 89,4	2,0
Landkreise						
Konstanz	185	+ 60,9	8,0	1 974	+ 57,0	1,9
Lörrach	166	+ 62,7	8,7	1 588	+ 81,1	2,0
Waldshut	144	+ 39,8	9,9	1 108	+ 75,9	1,8
Region Hochrhein-Bodensee	495	+ 54,7	8,7	4 670	+ 69,0	1,9
Regierungsbezirk Freiburg	1 666	+ 42,3	8,9	16 374	+ 64,3	1,9
Landkreise						
Reutlingen	218	+ 36,3	8,9	2 083	+ 56,9	1,9
Tübingen	156	+ 43,1	8,9	1 266	+ 77,6	1,9
Zollernalbkreis	213	+ 37,4	12,4	1 673	+ 112,3	2,0
Region Neckar-Alb	587	+ 38,4	9,9	5 022	+ 77,5	1,9
Stadtkreis						
Ulm	80	+ 8,1	7,7	1 749	+ 32,9	2,1
Landkreise						
Alb-Donau-Kreis	152	+ 14,1	9,5	950	+ 69,9	1,9
Biberach	170	+ 18,1	11,0	1 352	+ 74,0	2,1
Region Donau-Iller ²⁾	402	+ 1,8	9,6	4 051	+ 52,8	2,0
Landkreise						
Bodenseekreis	143	+ 76,5	8,3	1 547	+ 102,2	2,0
Ravensburg	193	+ 25,3	8,3	2 028	+ 45,6	2,0
Sigmaringen	181	+ 64,3	14,2	998	+ 45,7	2,1
Region Bodensee-Oberschwaben	497	+ 49,2	9,6	4 573	+ 60,9	2,0
Regierungsbezirk Tübingen	1 486	+ 29,0	9,7	13 646	+ 63,9	2,0
Baden-Württemberg	7 716	+ 27,3	8,3	101 029	+ 54,5	2,2

1) Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970. - 2) Soweit Land Baden-Württemberg.

Tabelle 3

Arbeitsstätten und Beschäftigte der Kreditwirtschaft im Bundesgebiet nach Eröffnungsjahren
 – Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987 –

Bankengruppe	Arbeits- stätten	Be- schäftigte	Davon nach Eröffnungsjahren					
			Arbeits- stätten	Be- schäftigte	Arbeits- stätten	Be- schäftigte	Arbeits- stätten	Be- schäftigte
	insgesamt	vor 1970		1970 bis 1984		1985 bis 1987 (25. Mai)		
Anzahl								
Deutsche Bundesbank ¹⁾	211	14 155	168	9 415	28	4 167	15	573
Kreditbanken	6 378	174 462	3 934	118 321	2 162	51 055	282	5 086
Sparkassenwesen ²⁾	15 885	238 419	8 636	175 182	6 567	57 704	682	5 533
Genossenschaftliche Kreditinstitute ³⁾	16 000	143 283	10 409	104 849	5 057	34 875	534	3 559
Bausparkassen	860	20 548	237	14 764	519	5 281	104	503
Übrige Kreditinstitute ⁴⁾	747	20 631	329	15 275	328	4 136	90	1 220
Kreditwirtschaft insgesamt	40 081	611 498	23 713	437 806	14 661	157 218	1 707	16 474
Struktur nach Eröffnungsjahren in %								
Deutsche Bundesbank ¹⁾	100	100	79,6	66,5	13,3	29,4	7,1	4,0
Kreditbanken	100	100	61,7	67,8	33,9	29,3	4,4	2,9
Sparkassenwesen ²⁾	100	100	54,4	73,5	41,3	24,2	4,3	2,3
Genossenschaftliche Kreditinstitute ³⁾	100	100	65,1	73,2	31,6	24,3	3,3	2,5
Bausparkassen	100	100	27,6	71,9	60,3	25,7	12,1	2,4
Übrige Kreditinstitute ⁴⁾	100	100	44,0	74,0	43,9	20,0	12,0	5,9
Kreditwirtschaft insgesamt	100	100	59,2	71,6	36,6	25,7	4,3	2,7

1) Einschließlich Haupt- und Zweigstellen der Landeszentralbanken. - 2) Einschließlich Girozentralen, Landesbanken. - 3) Einschließlich Genossenschaftliche Zentralbanken. - 4) Realkreditinstitute, Teilzahlungskreditinstitute, Kreditinstitute mit Sonderaufgaben und sonstige Kreditinstitute.

**Arbeitsstätten der Kreditwirtschaft in Baden-Württemberg 1970 und 1987 nach Beschäftigten-
größenklassen**

– Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen vom 27. Mai 1970 und vom 25. Mai 1987 –

Bankengruppe	Jahr	Arbeitsstätten mit ... bis ... Beschäftigten									
		1	2 - 4	5 - 9	10 - 19	20 - 49	50 - 99	100 - 199	200 - 499	500 - 999	1000 und mehr
		Struktur nach Größenklassen in %									
Deutsche Bundesbank ¹⁾	1970	6,7	8,9	4,4	35,6	31,1	8,9	2,2	2,2	–	–
	1987	–	2,7	–	18,9	59,5	13,5	2,7	–	2,7	–
Kreditbanken	1970	11,7	27,1	24,9	14,6	13,7	4,1	1,5	2,0	0,5	–
	1987	4,6	22,8	34,7	17,0	11,6	4,2	3,5	1,0	0,5	–
Sparkassenwesen ²⁾	1970	47,4	29,7	9,8	5,1	4,0	2,1	1,0	0,6	0,1	0,0
	1987	19,4	50,3	16,8	5,9	3,5	2,0	1,2	0,6	0,2	0,1
Genossenschaftliche Kreditinstitute ³⁾	1970	25,7	41,3	19,7	8,1	3,5	1,3	0,3	0,1	0,0	–
	1987	20,8	43,0	16,8	9,6	6,6	2,2	0,8	0,2	0,1	–
Bausparkassen	1970	50,5	35,2	3,2	2,3	2,8	2,8	–	1,4	0,5	1,4
	1987	35,4	40,5	11,8	3,1	3,1	2,1	0,5	1,0	1,0	1,5
Übrige Kreditinstitute ⁴⁾	1970	40,3	32,0	12,6	6,5	4,8	3,0	0,4	0,4	–	–
	1987	10,9	45,5	18,8	10,9	9,9	2,0	–	1,0	1,0	–
Kreditwirtschaft insgesamt	1970	33,6	34,9	15,6	7,6	4,9	2,0	0,7	0,6	0,1	0,1
	1987	18,8	43,9	18,3	8,6	5,9	2,4	1,2	0,5	0,2	0,1

1) Haupt- und Zweigstellen der Landeszentralbank. - 2) Einschließlich Girozentralen, Landesbanken. - 3) Einschließlich Genossenschaftliche Zentralbanken. - 4) Realkreditinstitute, Teilzahlungskreditinstitute, Kreditinstitute mit Sonderaufgaben und sonstige Kreditinstitute.

Tabelle 5

Arbeitsstätten und Beschäftigte der Kreditwirtschaft in den Bundesländern und im Bundesgebiet nach Bankengruppen
– Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987 –

Bankengruppe	Baden- Württem- berg	Bayern	Berlin (West)	Bremen	Hamburg	Hessen	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Rhein- land- Pfalz	Saarland	Schles- wig- Holstein	Bundes- gebiet
Arbeitsstätten – Anzahl –												
Deutsche Bundesbank ¹⁾	37	32	1	1	4	20	31	46	21	4	14	211
Kreditbanken	734	1 467	402	108	353	563	665	1 494	203	58	331	6 378
Sparkassenwesen ²⁾	3 271	3 100	96	94	206	1 622	2 153	3 210	1 119	360	654	15 885
Genossenschaftliche Kreditinstitute ³⁾	3 378	4 155	52	35	46	1 728	1 845	2 375	1 488	319	579	16 000
Bausparkassen	195	177	14	4	21	49	81	212	64	12	31	860
Übrige Kreditinstitute ⁴⁾	101	136	56	11	64	86	51	182	23	13	24	747
Kreditwirtschaft insgesamt	7 716	9 067	621	253	694	4 068	4 826	7 519	2 918	766	1 633	40 081
Beschäftigte – Anzahl –												
Deutsche Bundesbank ¹⁾	1 817	1 492	363	272	765	3 993	1 218	2 414	1 027	260	534	14 155
Kreditbanken	17 266	32 185	9 573	3 218	15 007	33 062	11 011	41 956	4 413	1 451	5 320	174 462
Sparkassenwesen ²⁾	38 563	41 483	3 759	4 097	6 803	20 468	28 547	66 157	14 429	4 618	9 495	238 419
Genossenschaftliche Kreditinstitute ³⁾	31 485	32 901	1 363	409	708	16 059	16 089	26 698	10 303	2 474	4 794	143 283
Bausparkassen	9 916	1 582	109	37	779	370	4 728	1 896	660	59	412	20 548
Übrige Kreditinstitute ⁴⁾	1 982	2 849	1 270	293	1 660	4 984	1 077	4 839	515	176	986	20 631
Kreditwirtschaft insgesamt	101 029	112 492	16 437	8 326	25 722	78 936	62 670	143 960	31 347	9 038	21 541	611 498
Arbeitsstätten – Anteil am Bundesgebiet in % –												
Deutsche Bundesbank ¹⁾	17,5	15,2	0,5	0,5	1,9	9,5	14,7	21,8	10,0	1,9	6,6	100
Kreditbanken	11,5	23,0	6,3	1,7	5,5	8,8	10,4	23,4	3,2	0,9	5,2	100
Sparkassenwesen ²⁾	20,6	19,5	0,6	0,6	1,3	10,2	13,6	20,2	7,0	2,3	4,1	100
Genossenschaftliche Kreditinstitute ³⁾	21,1	26,0	0,3	0,2	0,3	10,8	11,5	14,8	9,3	2,0	3,6	100
Bausparkassen	22,7	20,6	1,6	0,5	2,4	5,7	9,4	24,7	7,4	1,4	3,6	100
Übrige Kreditinstitute ⁴⁾	13,5	18,2	7,5	1,5	8,6	11,5	6,8	24,4	3,1	1,7	3,2	100
Kreditwirtschaft insgesamt	19,3	22,6	1,6	0,6	1,7	10,1	12,0	18,8	7,3	1,9	4,1	100
Beschäftigte – Anteil am Bundesgebiet in % –												
Deutsche Bundesbank ¹⁾	12,8	10,5	2,8	1,9	5,4	28,2	8,6	17,1	7,3	1,8	3,8	100
Kreditbanken	9,9	18,4	5,5	1,8	8,6	19,0	6,3	24,0	2,5	0,8	3,0	100
Sparkassenwesen ²⁾	16,2	17,4	1,6	1,7	2,9	8,6	12,0	27,7	6,1	1,9	4,0	100
Genossenschaftliche Kreditinstitute ³⁾	22,0	23,0	1,0	0,3	0,5	11,2	11,2	18,6	7,2	1,7	3,3	100
Bausparkassen	48,3	7,7	0,5	0,2	3,8	1,8	23,0	9,2	3,2	0,3	2,0	100
Übrige Kreditinstitute ⁴⁾	9,6	13,8	6,2	1,4	8,0	24,2	5,2	23,5	2,5	0,9	4,8	100
Kreditwirtschaft insgesamt	16,5	18,4	2,7	1,4	4,2	12,9	10,2	23,5	5,1	1,5	3,5	100

1) Einschließlich Haupt- und Zweigstellen der Landeszentralbanken. - 2) Einschließlich Girozentralen, Landesbanken. - 3) Einschließlich Genossenschaftliche Zentralbanken. - 4) Realkreditinstitute, Teilzahlungskreditinstitute, Kreditinstitute mit Sonderaufgaben und sonstige Kreditinstitute.

Tabelle 6

Einlagen und aufgenommene Kredite von in- und ausländischen Nichtbanken im Bundesländervergleich nach Bankengruppen

Stand: 1.1.1990

Land ¹⁾	Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken			Davon								
				Sichteinlagen ²⁾			Termingelder ³⁾			Spareinlagen		
	insgesamt	Anteile am		zu- sammen	Anteile am		zu- sammen	Anteile am		zu- sammen	Anteile am	
		1.1.1990	1.1.1980		1.1.1990	1.1.1980		1.1.1990	1.1.1980		1.1.1990	1.1.1980
	Mill. DM	%		Mill. DM	%		Mill. DM	%		Mill. DM	%	
Kreditbanken												
Baden-Württemberg	45 231	9,9	10,2	11 680	10,5	9,6	22 888	9,6	11,1	10 883	9,7	9,2
Bayern	119 696	26,1	23,4	20 083	18,1	16,8	72 680	30,5	23,9	26 933	24,6	27,8
Berlin (West)	34 488	7,5	6,6	7 932	7,1	6,3	16 274	6,8	5,7	10 282	9,4	8,4
Bremen	5 664	1,2	1,6	1 507	1,4	1,8	2 738	1,1	1,6	1 419	1,3	1,5
Hamburg	26 212	5,7	7,0	9 746	8,8	9,8	11 239	4,7	6,8	5 227	4,8	5,2
Hessen	83 925	18,3	16,7	22 469	20,2	18,1	52 751	22,1	21,1	8 705	7,9	8,4
Niedersachsen	23 732	5,2	5,8	5 065	4,6	5,4	9 985	4,2	5,0	8 682	7,9	7,5
Nordrhein-Westfalen	96 413	21,0	23,1	26 715	24,0	26,5	40 388	17,0	20,7	29 310	26,7	24,5
Rheinland-Pfalz	9 951	2,2	2,3	2 368	2,1	2,1	4 210	1,8	1,9	3 373	3,1	3,2
Saarland	3 699	0,8	0,9	1 278	1,1	1,1	1 597	0,7	0,8	824	0,8	0,7
Schleswig-Holstein	10 023	2,2	2,3	2 413	2,2	2,6	3 457	1,5	1,4	4 153	3,8	3,7
Summe der Länder	459 034	100	100	111 236	100	100	238 207	100	100	109 591	100	100
Sparkassen												
Baden-Württemberg	119 093	17,4	15,8	17 537	17,5	17,2	43 500	19,3	17,0	58 056	16,2	15,0
Bayern	132 223	19,3	17,3	16 883	16,8	16,4	47 346	21,0	15,8	67 994	19,0	18,0
Berlin (West)	21 219	3,1	3,7	3 203	3,2	3,0	6 490	2,9	4,3	11 528	3,2	3,6
Bremen												
Hamburg	19 270	2,8	3,5	2 825	2,8	2,9	6 435	2,9	3,1	10 010	2,8	3,7
Hessen	62 592	9,1	9,0	9 360	9,3	9,0	18 551	8,2	7,6	3 468	9,7	9,6
Niedersachsen	68 416	10,0	10,5	10 695	10,6	11,1	21 728	9,6	11,9	35 993	10,0	9,8
Nordrhein-Westfalen	189 501	27,7	29,6	28 685	28,6	28,9	60 190	26,7	30,5	100 626	28,1	29,5
Rheinland-Pfalz	39 429	5,8	5,7	5 848	5,8	5,8	11 108	4,9	4,7	22 473	6,3	6,0
Saarland	10 973	1,6	1,8	1 596	1,6	1,7	3 101	1,4	1,8	6 276	1,8	1,7
Schleswig-Holstein	21 921	3,2	3,2	3 836	3,8	4,0	7 200	3,2	3,1	10 885	3,0	3,1
Summe der Länder	684 637	100	100	100 468	100	100	225 649	100	100	358 520	100	100
Kreditgenossenschaften ⁵⁾												
Baden-Württemberg	95 979	23,1	22,4	15 540	24,4	23,5	32 781	21,6	22,6	47 658	23,7	22,1
Bayern	95 870	23,0	18,2	12 128	19,0	16,0	39 512	26,1	17,4	44 230	22,0	19,0
Berlin (West)	7 440	1,8	1,4	1 388	2,2	1,8	3 716	2,5	2,8	2 336	1,2	1,0
Bremen	1 254	0,3	0,3	205	0,3	0,4	399	0,3	0,3	850	0,3	0,3
Hamburg	3 958	1,0	1,2	957	1,5	2,0	1 383	0,9	1,4	1 618	0,8	1,0
Hessen	44 013	10,6	10,5	7 033	11,0	10,6	14 270	9,4	8,0	22 710	11,3	11,2
Niedersachsen	37 594	9,0	10,5	6 783	10,6	11,5	12 018	7,9	8,2	18 793	9,4	10,9
Nordrhein-Westfalen	83 358	20,0	24,0	12 449	19,5	22,6	30 702	20,3	27,7	40 207	20,0	23,3
Rheinland-Pfalz	27 768	6,7	6,7	4 140	6,5	6,4	9 169	6,1	5,9	14 459	7,2	7,1
Saarland	7 023	1,7	1,7	1 069	1,7	1,8	2 524	1,7	1,4	3 430	1,7	1,7
Schleswig-Holstein	11 995	2,9	2,9	2 098	3,3	3,4	5 012	3,3	4,2	4 885	2,4	2,4
Summe der Länder	416 252	100	100	63 790	100	100	151 486	100	100	200 976	100	100
übrige Kreditinstitute ⁶⁾												
Baden-Württemberg	32 210	8,6	9,9	1 050	5,9	10,3	31 012	8,8	10,1	148	2,8	5,9
Bayern	61 979	16,5	15,7	2 550	14,3	13,4	59 308	16,8	16,1	121	2,3	12,0
Berlin (West)	44 621	11,8	10,9	775	4,3	2,9	43 694	12,4	11,8	152	2,9	3,9
Bremen												
Hamburg	24 538	6,5	7,6	1 533	8,6	7,8	22 742	6,4	7,8	263	5,0	3,1
Hessen	72 844	19,3	13,4	1 522	8,5	11,9	71 123	20,1	13,8	199	3,8	5,8
Niedersachsen	31 288	8,3	8,9	2 406	13,4	14,7	24 902	7,0	7,0	3 980	7,6	44,5
Nordrhein-Westfalen	75 086	19,9	24,5	6 824	38,1	29,0	68 092	19,3	24,4	170	3,2	18,5
Rheinland-Pfalz	14 311	3,8	3,6	585	3,3	4,5	13 673	3,9	3,6	53	1,0	1,8
Saarland	2 514	0,7	0,8	195	1,1	1,4	2 298	0,7	0,7	21	0,4	0,9
Schleswig-Holstein	17 187	4,6	4,7	451	2,5	4,2	16 579	4,7	4,8	157	3,0	3,6
Summe der Länder	378 578	100	100	17 891	100	100	353 423	100	100	5 264	100	100

1) Die Angaben umfassen jeweils die in den Ländern gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute. Nicht regional erfaßt sind Kreditinstitute mit überregionalen Aufgaben ohne Filialnetz. - 2) Täglich fällige und bis unter 1 Monat befristete Einlagen. - 3) Einschließlich Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Sparbriefen, nicht börsenfähigen Inhaber-Sparschuldverschreibungen, Sparkassenobligationen u.ä. - 4) Aus Geheimhaltungsgründen Berlin und Bremen zusammengefaßt, da dort jeweils nur eine Sparkasse ihren Sitz hat. - 5) Seit Dezember 1985 Vollerhebung; bis dahin: Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31.12.1972 10 Mill. DM und mehr betrug, sowie kleinere Institute, die am 30.11.1973 bereits berichtspflichtig waren. - 6) 1.1.1980: Einschließlich der Bankengruppe "Teilzahlungskreditinstitute", die ab Dezember 1986 - entsprechend der jeweiligen Rechtsformen - den "Kreditbanken" und den "Kreditgenossenschaften" zugeordnet wurde.

Quellen: Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen.

Tabelle 7

Kredite an in- und ausländische Nichtbanken im Bundesländervergleich nach Bankengruppen
Stand: 1.1.1990

Land ¹⁾	Kredite an Nichtbanken			Davon								
				kurzfristige Kredite ²⁾			mittelfristige Kredite ³⁾			langfristige Kredite ⁴⁾		
	insgesamt	Anteile am		zu- sammen	Anteile am		zu- sammen	Anteile am		zu- sammen	Anteile am	
		1.1.1990	1.1.1980		1.1.1990	1.1.1980		1.1.1990	1.1.1980		1.1.1990	1.1.1980
	Mill. DM	%		Mill. DM	%		Mill. DM	%		Mill. DM	%	
Kreditbanken												
Baden-Württemberg	62 314	10,3	8,4	22 808	11,3	9,9	8 938	12,3	7,0	30 568	9,3	7,6
Bayern	184 816	30,6	27,6	38 421	19,0	18,6	13 691	18,9	16,0	132 704	40,3	39,1
Berlin (West)	30 813	5,1	5,0	9 543	4,7	4,3	4 545	6,3	7,4	16 725	5,1	4,7
Bremen	7 007	1,2	1,7	3 088	1,5	2,4	849	1,2	1,4	3 070	0,9	1,3
Hamburg	34 633	5,7	6,6	18 060	8,9	10,9	5 629	7,8	4,8	10 944	3,3	3,8
Hessen	97 570	16,2	19,6	37 060	18,4	16,3	14 443	19,9	35,7	46 067	14,0	16,0
Niedersachsen	35 384	5,9	4,9	12 185	6,0	5,2	6 373	8,8	3,9	16 826	5,1	5,0
Nordrhein-Westfalen	122 016	20,2	20,7	50 071	24,8	26,1	15 140	20,9	18,9	56 805	17,3	17,1
Rheinland-Pfalz	12 694	2,1	2,0	5 010	2,5	2,5	1 231	1,7	1,7	6 453	2,0	1,8
Saarland	3 887	0,6	1,0	1 353	0,7	1,1	447	0,6	1,0	2 087	0,6	0,9
Schleswig-Holstein	12 269	2,0	2,6	4 218	2,1	2,8	1 285	1,8	2,3	6 766	2,1	2,6
Summe der Länder	603 403	100	100	201 817	100	100	72 571	100	100	329 015	100	100
Sparkassen												
Baden-Württemberg	99 717	17,8	15,8	18 580	20,6	18,5	7 135	18,6	16,4	74 002	17,1	14,9
Bayern	100 414	17,9	15,7	17 147	19,1	16,3	5 433	14,1	13,1	77 834	18,0	15,9
Berlin (West)	21 016	3,7	3,8	2 355	2,6	1,8	4 243	11,0	7,0	14 418	3,3	3,9
Bremen												
Hamburg	17 702	3,2	3,3	2 022	2,2	2,1	2 778	7,2	6,8	12 902	3,0	3,1
Hessen	52 823	9,4	8,9	8 111	9,0	8,1	3 922	10,2	9,8	40 790	9,4	9,0
Niedersachsen	60 718	10,8	11,8	8 525	9,5	11,7	2 865	7,5	9,9	49 328	11,4	12,1
Nordrhein-Westfalen	148 394	26,5	29,6	23 801	26,5	29,0	8 558	22,3	26,2	116 035	26,9	30,3
Rheinland-Pfalz	30 267	5,4	5,6	5 293	5,9	7,0	1 846	4,8	5,2	23 128	5,4	5,3
Saarland	8 752	1,6	1,9	1 441	1,6	1,7	393	1,0	2,0	6 918	1,6	1,9
Schleswig-Holstein	20 744	3,7	3,6	2 707	3,0	3,8	1 256	3,3	3,6	16 781	3,9	3,6
Summe der Länder	580 647	100	100	89 982	100	100	38 429	100	100	432 136	100	100
Kreditgenossenschaften ⁶⁾												
Baden-Württemberg	80 759	26,2	23,9	18 282	26,6	24,6	9 038	27,4	24,5	53 439	25,9	23,4
Bayern	66 461	21,6	16,9	13 683	19,9	16,0	6 760	20,5	15,0	46 018	22,3	18,0
Berlin (West)	5 184	1,7	1,3	2 376	3,5	1,9	682	2,1	1,5	2 126	1,0	0,9
Bremen	905	0,3	0,3	158	0,2	0,4	137	0,4	0,4	610	0,3	0,2
Hamburg	2 988	1,0	1,3	776	1,1	1,4	223	0,7	1,4	1 989	1,0	1,1
Hessen	31 863	10,3	9,7	6 672	9,7	8,2	3 831	11,6	9,8	21 360	10,4	10,6
Niedersachsen	26 523	8,6	10,9	6 394	9,3	12,5	2 678	8,1	9,4	17 451	8,5	10,5
Nordrhein-Westfalen	59 575	19,4	23,9	12 985	18,9	23,8	6 049	18,3	23,4	40 541	19,7	24,1
Rheinland-Pfalz	20 705	6,7	7,1	4 117	6,0	6,7	2 479	7,5	8,9	14 109	6,8	6,7
Saarland	5 302	1,7	1,7	1 147	1,7	1,3	495	1,5	2,6	3 660	1,8	1,7
Schleswig-Holstein	7 608	2,5	3,0	2 012	2,9	3,2	669	2,0	3,1	4 927	2,4	2,8
Summe der Länder	307 873	100	100	68 602	100	100	33 041	100	100	206 230	100	100
übrige Kreditinstitute ⁷⁾												
Baden-Württemberg	70 181	8,9	12,1	2 634	8,0	9,6	2 395	9,7	9,4	65 152	9,0	12,5
Bayern	130 152	16,6	16,5	6 521	19,8	15,0	5 788	23,5	20,4	117 843	16,2	16,2
Berlin (West)	60 696	7,7	7,6	1 522	4,6	3,9	655	2,7	4,9	58 519	8,0	8,0
Bremen												
Hamburg	68 603	8,7	8,4	2 693	8,2	7,4	2 503	10,2	8,0	63 407	8,7	8,5
Hessen	146 036	18,6	14,9	3 781	11,5	9,7	2 445	9,9	14,0	139 810	19,2	15,3
Niedersachsen	73 163	9,3	9,1	4 741	14,4	17,9	3 122	12,7	9,0	65 300	9,0	8,5
Nordrhein-Westfalen	155 707	19,8	21,4	7 050	21,4	25,1	4 555	18,5	22,8	144 102	19,8	21,0
Rheinland-Pfalz	34 906	4,4	4,3	2 203	6,7	4,5	1 837	7,5	5,2	30 866	4,2	4,3
Saarland	5 528	0,7	0,9	454	1,4	2,0	270	1,1	0,9	4 804	0,7	0,9
Schleswig-Holstein	39 769	5,1	4,8	1 336	4,1	5,0	1 019	4,1	5,4	37 414	5,1	4,8
Summe der Länder	784 741	100	100	32 935	100	100	24 589	100	100	727 217	100	100

1) Die Angaben umfassen jeweils die in den Ländern gelegenen Niederlassungen der zur Monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute. Nicht regional erfasst sind Kreditinstitute mit überregionalen Aufgaben ohne Filialnetz. - 2) Vereinbarte Laufzeit bis einschließlich 1 Jahr. - 3) Vereinbarte Laufzeit von über 1 bis unter 4 Jahren. - 4) Vereinbarte Laufzeit von 4 Jahren und darüber. - 5) Aus Geheimhaltungsgründen Berlin und Bremen zusammengefasst, da dort jeweils nur eine Sparkasse ihren Sitz hat. - 6) Seit Dezember 1985 Vollerhebung; bis dahin: Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31.12.1972 10 Mill. DM und mehr betrug, sowie kleinere Institute, die am 30.11.1973 bereits berichtspflichtig waren. - 7) 1.1.1980: einschließlich der Bankengruppe "Teilzahlungskreditinstitute", die ab Dezember 1986 - entsprechend der jeweiligen Rechtsformen - den "Kreditbanken" und den "Kreditgenossenschaften" zugeordnet wurde.

Quellen: Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen.

Tabelle 1

Unternehmen und Beschäftigte in Baden-Württemberg 1970 und 1987*) nach Wirtschaftsabteilungen und Beschäftigtengrößenklassen

Nr. der Systematik ¹⁾	Wirtschaftliche Gliederung	Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten	Unternehmen					Beschäftigte				
			1970	1987	Veränderung 1987 gegen 1970	Anteil am Bundesgebiet 1970	Anteil am Bundesgebiet 1987	1970	1987	Veränderung 1987 gegen 1970	Anteil am Bundesgebiet 1970	Anteil am Bundesgebiet 1987
			Anzahl		%			Anzahl		%		
0	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ²⁾	1 - 19 20 - 199 200 - 499 500 und mehr zusammen	3 589 82 2 — 3 673	4 867 196 1 — 5 064	+ 35,6 + 139,0 — 50,0 — + 37,9	19,8 16,9 18,2 — 19,7	17,9 20,8 14,3 — 18,0	13 471 3 104 476 — 17 051	19 859 7 248 205 — 27 312	+ 47,4 + 133,5 — 58,9 — + 60,2	22,2 16,0 18,0 — 18,7	19,9 20,3 11,8 — 19,8
1	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	1 - 19 20 - 199 200 - 499 500 und mehr zusammen	416 101 9 13 539	448 89 19 11 567	+ 7,7 — 11,9 + 111,1 — 15,4 + 5,2	18,7 15,8 11,7 10,8 18,2	20,8 14,3 19,0 9,7 18,8	2 003 6 660 3 231 20 572 32 468	2 086 6 205 8 476 21 344 36 111	+ 4,1 — 8,8 + 100,4 + 3,8 + 11,2	18,6 16,9 13,0 4,8 6,2	20,3 15,9 20,1 5,3 7,4
2	Verarbeitendes Gewerbe	1 - 19 20 - 199 200 - 499 500 und mehr zusammen	85 188 7 398 945 541 74 052	58 497 7 641 800 423 65 381	— 13,3 + 3,3 — 15,3 — 21,8 — 11,7	18,0 18,7 22,0 21,9 18,1	19,3 19,5 24,1 22,9 19,4	253 783 434 855 289 180 1 027 745 2 005 563	280 028 419 011 240 848 924 882 1 864 785	+ 10,3 — 3,6 — 16,7 — 10,0 — 7,0	17,3 19,3 21,8 20,0 19,7	19,2 20,1 23,8 23,0 21,7
3	Baugewerbe	1 - 19 20 - 199 200 - 499 500 und mehr zusammen	27 589 2 633 124 39 30 385	28 507 2 420 70 22 31 019	+ 3,4 — 8,1 — 43,5 — 43,6 + 2,2	19,2 13,1 15,3 18,8 18,4	17,3 15,0 17,7 21,0 17,1	135 537 128 785 38 185 49 875 350 482	154 677 106 758 20 667 28 777 310 877	+ 14,1 — 17,1 — 42,9 — 42,4 + 11,3	17,8 13,2 15,4 14,8 15,2	17,4 15,3 18,0 17,4 16,7
4	Handel	1 - 19 20 - 199 200 - 499 500 und mehr zusammen	81 828 2 800 119 53 84 400	83 001 2 908 126 74 86 109	+ 1,7 + 11,8 + 5,9 + 39,6 + 2,0	13,0 13,0 14,7 18,9 13,0	14,7 14,3 14,5 18,4 14,7	247 680 125 233 34 085 58 114 463 092	279 398 133 938 37 031 95 127 545 482	+ 12,8 + 7,0 + 8,7 + 69,5 + 17,8	13,1 13,2 14,4 10,5 12,8	14,7 14,3 14,3 12,1 14,1
5	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 - 19 20 - 199 200 - 499 500 und mehr zusammen	8 819 342 22 7 9 290	10 475 571 19 10 11 075	+ 17,4 + 67,0 — 13,6 + 42,9 + 19,2	12,8 11,3 11,3 7,2 12,8	13,8 12,3 10,7 10,0 13,7	27 783 17 040 6 410 8 889 57 922	37 682 25 489 5 548 10 478 79 198	+ 35,8 + 49,8 — 13,4 + 56,6 + 36,7	12,6 11,5 10,7 0,7 4,0	13,4 12,2 10,1 1,1 5,2
6	Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	1 - 19 20 - 199 200 - 499 500 und mehr zusammen	7 754 302 45 24 8 125	13 289 482 54 46 13 831	+ 71,1 + 53,0 + 20,0 + 91,7 + 70,2	18,9 15,4 17,2 12,7 18,7	17,3 18,1 13,7 16,5 17,3	19 239 16 971 14 137 33 848 84 195	28 230 29 189 17 025 57 774 132 198	+ 48,7 + 71,9 + 20,4 + 70,7 + 57,0	19,2 14,1 17,3 9,5 12,7	17,8 16,7 13,9 11,0 13,5
7	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht	1 - 19 20 - 199 200 - 499 500 und mehr zusammen	77 192 1 308 57 21 78 578	123 463 2 722 142 58 126 385	+ 58,9 + 108,1 + 149,1 + 178,2 + 60,8	14,4 14,1 13,0 12,4 14,4	15,8 15,7 13,5 11,3 15,8	249 154 58 520 16 798 15 634 340 108	427 225 123 864 43 080 70 870 664 819	+ 71,5 + 111,3 + 156,3 + 352,0 + 95,4	14,8 13,8 12,3 8,6 14,0	15,8 15,5 13,4 10,9 14,9
0 - 7	Insgesamt	1 - 19 20 - 199 200 - 499 500 und mehr zusammen	272 235 14 788 1 323 698 289 022	320 527 17 009 1 231 844 339 411	+ 17,7 + 15,2 — 7,0 — 7,7 + 17,4	15,1 15,5 19,2 19,4 15,2	18,1 16,7 19,5 19,2 18,2	948 850 791 188 400 482 1 210 577 3 350 877	1 229 181 851 480 370 859 1 209 052 3 660 572	+ 29,8 + 7,6 — 7,4 — 0,1 + 9,2	15,3 16,1 19,1 15,1 15,8	16,4 17,1 19,3 18,1 18,7

*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen vom 27. Mai 1970 und 25. Mai 1987. - 1) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung. - 2) Nur Unternehmen, die bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) als Gewerbebetriebe gelten.

Tabelle 2

**Unternehmen und Beschäftigte im Bundesgebiet 1970 und 1987*) nach Wirtschafts-
abteilungen und Beschäftigtengrößenklassen**

Nr. der Systematik ¹⁾	Wirtschaftliche Gliederung	Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten	Unternehmen			Beschäftigte		
			1970	1987	Ver- änderung 1987 gegen 1970	1970	1987	Ver- änderung 1987 gegen 1970
			Anzahl		%	Anzahl		%
0	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ²⁾	1 - 19 20 - 199 200 - 499 500 und mehr zusammen	18 150 485 11 3 18 649	27 246 941 7 1 28 195	+ 50,1 + 94,0 - 36,4 - 66,7 + 51,2	60 784 19 390 2 970 7 945 91 089	99 853 35 684 1 738 683 137 958	+ 64,3 + 84,0 - 41,6 - 91,4 + 51,5
1	Energie- und Wasser- versorgung, Bergbau	1 - 19 20 - 199 200 - 499 500 und mehr zusammen	2 491 639 77 120 3 327	2 174 623 100 113 3 010	- 12,7 - 2,5 + 29,9 - 5,8 - 9,5	10 764 39 440 24 830 450 211 525 245	10 255 39 080 32 252 403 596 485 183	- 4,7 - 0,9 + 29,9 - 10,4 - 7,6
2	Verarbeitendes Gewerbe	1 - 19 20 - 199 200 - 499 500 und mehr zusammen	362 633 39 614 4 305 2 475 409 027	292 283 39 115 3 317 1 845 336 560	- 19,4 - 1,3 - 23,0 - 25,5 - 17,7	1 465 783 2 250 576 1 324 720 5 147 087 10 188 166	1 456 834 2 081 861 1 013 683 4 029 536 8 581 914	- 0,6 - 7,5 - 23,5 - 21,7 - 15,8
3	Baugewerbe	1 - 19 20 - 199 200 - 499 500 und mehr zusammen	143 722 20 147 808 232 164 909	164 966 16 132 395 105 181 598	+ 14,8 - 19,9 - 51,1 - 54,7 + 10,1	762 978 973 997 234 396 338 010 2 309 381	888 394 695 922 114 602 165 674 1 864 592	+ 16,4 - 28,6 - 51,1 - 51,0 - 19,3
4	Handel	1 - 19 20 - 199 200 - 499 500 und mehr zusammen	625 779 19 994 812 313 646 898	563 489 20 331 870 402 585 072	- 10,0 + 1,7 + 7,1 + 28,4 - 9,6	1 887 392 950 188 236 730 534 068 3 608 358	1 898 180 937 654 259 578 783 516 3 878 928	+ 0,6 - 1,3 + 9,7 + 46,7 + 7,5
5	Verkehr und Nachrichten- übermittlung	1 - 19 20 - 199 200 - 499 500 und mehr zusammen	70 638 3 035 194 97 73 964	76 113 4 648 178 100 81 039	+ 7,8 + 53,1 - 8,2 + 3,1 + 9,6	219 895 147 806 59 708 1 017 492 1 444 901	281 066 209 792 54 836 967 889 1 513 583	+ 27,8 + 41,9 - 8,2 - 4,9 + 4,8
6	Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	1 - 19 20 - 199 200 - 499 500 und mehr zusammen	41 002 1 964 262 189 43 417	76 502 2 876 395 279 80 052	+ 86,6 + 46,4 + 50,8 + 47,6 + 84,4	100 349 120 628 81 643 357 916 660 536	158 895 174 857 122 320 523 363 979 435	+ 58,3 + 45,0 + 49,8 + 46,2 + 48,3
7	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht	1 - 19 20 - 199 200 - 499 500 und mehr zusammen	535 062 9 249 439 169 544 919	783 389 17 373 1 051 512 802 325	+ 46,4 + 87,8 + 139,4 + 203,0 + 47,2	1 685 010 424 552 136 069 182 208 2 427 839	2 708 198 795 628 320 769 649 617 4 474 212	+ 60,7 + 87,4 + 135,7 + 256,5 + 84,3
0 - 7	Insgesamt	1 - 19 20 - 199 200 - 499 500 und mehr zusammen	1 799 477 95 127 6 908 3 598 1 905 110	1 986 143 102 040 6 313 3 357 2 097 853	+ 10,4 + 7,3 - 8,6 - 6,7 + 10,1	6 192 955 4 926 557 2 101 066 8 034 937 21 255 515	7 501 675 4 970 511 1 919 778 7 523 874 21 915 838	+ 21,1 + 0,9 - 8,6 - 6,4 + 3,1

*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen vom 27. Mai 1970 und 25. Mai 1987. - 1) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung. - 2) Nur Unternehmen, die bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) als Gewerbebetriebe gelten.

Tabelle 3

Beschäftigte in Arbeitsstätten in Baden-Württemberg 1987*) nach Wirtschaftsabteilungen, Beschäftigtengrößenklassen und Stellung im Betrieb

Nr. der Systematik ¹⁾	Wirtschaftliche Gliederung	Arbeitsstätten mit ... bis ... Beschäftigten	Beschäftigte			Von den Beschäftigten sind ...			Von den Arbeitnehmern sind ...			
			insgesamt	und zwar		tätige Inhaber	unbe- zahlt mit- helfende Familien- ange- hörige	Arbeit- nehmer	Beamte und Angestellte	Fach- arbeiter, Ge- sellten	sonstige Arbeiter	Auszu- bildende
				weib- lich	Teil- zeit- be- schäf- tigte							
0 - 7	Insgesamt	1 - 19 20 - 199 200 - 499 500 und mehr zusammen	1 564 288 1 463 588 575 070 893 212 4 496 168	735 417 565 084 223 163 288 184 1 811 848	365 789 207 399 78 773 86 317 736 278	316 169 11 306 676 186 328 317	78 808 833 11 — 79 852	1 169 311 1 451 459 574 383 893 046 4 088 199	602 802 708 300 264 517 385 996 1 941 615	219 200 287 488 107 797 188 633 803 098	234 894 389 117 185 839 294 084 1 063 934	112 415 86 574 36 230 44 333 279 552
0	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ²⁾	1 - 19 20 - 199 200 - 499 500 und mehr zusammen	20 083 8 659 205 — 26 947	7 773 1 652 122 — 9 547	4 241 894 200 — 5 335	5 380 156 1 — 5 517	2 449 29 2 — 2 480	12 274 6 474 202 — 18 950	1 728 845 — — 2 571	3 983 2 469 1 — 6 453	4 742 2 397 201 — 7 340	1 823 763 — — 2 586
1	Energie- und Wasser- versorgung, Bergbau	1 - 19 20 - 199 200 - 499 500 und mehr zusammen	4 180 11 965 7 236 10 076 33 457	577 2 233 1 127 1 833 5 570	646 725 251 254 1 876	106 2 — — 108	28 — — — 26	4 048 11 963 7 236 10 076 33 323	1 443 5 403 3 062 4 277 14 185	1 903 4 756 2 903 4 122 13 684	635 1 131 792 983 3 521	67 673 479 714 1 933
2	Verarbeitendes Gewerbe	1 - 19 20 - 199 200 - 499 500 und mehr zusammen	296 077 487 407 287 885 630 737 1 702 108	102 356 168 939 90 670 151 458 513 423	50 086 47 901 18 229 26 378 142 574	53 261 5 132 505 136 59 034	13 341 308 7 — 13 654	229 475 481 969 287 373 630 601 1 629 418	64 619 130 757 89 918 206 228 491 522	79 354 139 459 77 102 163 967 459 882	56 113 184 880 105 104 232 825 578 922	29 389 26 873 15 249 27 581 99 092
3	Baugewerbe	1 - 19 20 - 199 200 - 499 500 und mehr zusammen	157 303 122 902 20 233 8 338 308 776	24 181 8 708 1 504 583 34 976	13 802 3 239 493 93 17 627	25 947 1 651 66 11 27 675	5 375 125 1 — 5 501	125 981 121 128 20 186 8 327 275 600	25 170 20 966 4 900 2 358 53 394	68 505 65 849 10 596 4 478 149 428	16 505 25 585 3 471 976 46 517	15 801 8 746 1 199 515 26 281
4	Handel	1 - 19 20 - 199 200 - 499 500 und mehr zusammen	353 376 182 780 44 184 16 536 596 876	194 182 85 384 23 421 9 648 312 615	95 731 37 210 9 930 3 749 146 620	80 109 1 814 46 10 81 979	20 991 89 — — 21 080	252 276 180 677 44 138 18 528 493 617	170 372 116 038 29 525 11 007 326 942	22 403 19 902 3 421 1 423 47 149	38 542 28 832 8 035 3 021 78 430	20 959 16 105 3 157 1 075 41 296
5	Verkehr und Nachrichten- übermittlung	1 - 19 20 - 199 200 - 499 500 und mehr zusammen	61 382 81 147 33 871 33 055 209 435	17 896 17 559 8 419 12 885 56 359	11 808 6 821 3 590 3 919 25 938	10 095 381 7 — 10 483	2 810 34 — — 2 844	48 657 80 732 33 884 33 055 196 308	25 008 42 518 18 431 16 818 102 773	8 265 15 817 6 430 6 610 37 122	14 350 18 439 5 787 8 139 46 725	1 036 3 958 3 206 1 488 9 688
6	Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	1 - 19 20 - 199 200 - 499 500 und mehr zusammen	57 018 52 015 15 767 29 077 153 877	27 318 26 680 8 333 15 236 77 567	15 156 8 383 1 794 3 300 26 633	13 034 24 — — 13 058	1 833 1 — — 1 834	42 151 51 990 15 787 29 077 138 985	34 932 43 967 13 351 24 917 117 167	159 277 98 559 1 091	5 376 2 172 726 1 149 9 423	1 684 5 574 1 594 2 452 11 304
7	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien/Berufen erbracht	1 - 19 20 - 199 200 - 499 500 und mehr zusammen	450 873 150 869 57 888 58 430 716 040	264 714 79 902 30 509 31 473 406 598	121 498 43 783 24 253 31 319 220 833	128 257 2 146 51 9 130 483	32 183 249 1 — 32 433	290 433 148 474 57 816 58 421 555 144	166 115 69 640 22 350 19 509 277 614	26 080 14 942 3 049 3 477 47 548	84 361 53 885 29 013 34 244 181 503	33 877 10 007 3 404 1 191 48 479

*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987. - 1) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung. - 2) Nur Arbeitsstätten, die bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) als Gewerbebetriebe gelten.

Berechnung der Konzentrationsmaße und Meßziffern

Konzentrationsmaße (K-Maße):

Beispiel: Kurse an Volkshochschulen in einem Teilraum je 1 000 Einwohner des Teilraums (regionaler Versorgungsgrad) dividiert durch die Kurse an Volkshochschulen in Baden-Württemberg je 1 000 Einwohner Baden-Württembergs (Versorgungsgrad des Landes).

Meßziffern:

Die Dimensionslosigkeit der K-Maße erlaubt die Verknüpfung mehrerer Indikatoren zu einem Gesamtindikator (Meßziffer). So werden z.B. die Indikatoren "Volkshochschulkurse", "Theateraufführungen" und "Bücher in Bibliotheken" zum Gesamtindikator für "Kulturelle Einrichtungen" zusammengefaßt. Dabei werden die K-Maße der drei Einzelindikatoren mit jeweils 1/3 gewichtet und addiert. Das Ergebnis ist die Meßziffer für den Gesamtindikator. Bei Indikatoren, die sich auf Unternehmen beziehen, erfolgt die Gewichtung über Umsatzanteile.

Tabelle 1

**Untersuchte Infrastrukturbereiche und -einrichtungen:
Datenquellen, Indikatoren und Gewichtungsschema**

Nr. der Wirtschafts- zweig- systematik	Infrastrukturbereiche und -einrichtungen	Datenquelle	Indikatoren
			Versorgung
43	Einzelhandel		
431	Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	Arbeitsstättenzählung 1970, 1987	Beschäftigte je 1000 Einwohner
432	Textilien, Bekleidung, Schuhe, Leder	"	"
433	Einrichtungsgegenstände, Möbel u.a.	"	"
434	Elektro- und Haushaltsartikel, Musik u.a.	"	"
435	Papier, Druckerzeugnisse, Büromaschinen	"	"
436	Apotheken, Drogerien, Parfümerien u.a.	"	"
437	Tankstellen	"	"
438	Kraftfahrzeuge, Kfz-Zubehör, Reifen	"	"
439	Schmuck, Foto, Spiel, Optik u.a.	"	"
	Gaststättengewerbe		
713	Speisewirtschaften, Imbißhallen, Cafes, Eisdielen	"	"
	Kreditwesen		
601 bis 603	Kreditbanken, Sparkassen, Genoss. Kreditinstitute	"	"
78	Dienstleistungen für Unternehmen		
781	Rechts-, Steuer-, Wirtschaftsberatung, -prüfung	Arbeitsstättenzählung 1970, 1987	Beschäftigte je 1000 der Beschäftigten insgesamt
784	Technische Beratung und Planung	"	"
787	Werbung	"	"
789	Sonstige Dienstleistungen für Unternehmen	"	"
	Persönliche Dienstleistungen		
731	Wäscherei, Reinigung	Arbeitsstättenzählung 1970, 1987	Beschäftigte je 1000 Einwohner
735	Friseur, Kosmetik	"	"
555	Verkehrs- und Reisevermittlung	"	"
739	Sonstige persönliche Dienstleistungen	"	"
	Gesundheitswesen		
	Apotheken	Landesapothekenkammer Baden-Württemberg 1975, 1987	Apotheken je 1000 Einwohner
771	Ärzte u.a. freie medizinische Berufe	Arbeitsstättenzählung 1970, 1987	Beschäftigte je 1000 Einwohner
	Akutkrankenhäuser	Krankenhausstatistik 1970, 1987	"
	Planmäßige Betten in Akutkrankenhäusern	"	Planmäßige Betten je 1000 Einwohner
	Fachabteilungsspektrum in Krankenhäusern	"	Herfindahlindex ¹⁾
	Bildung		
	Grund- und Hauptschulen	Amtliche Schulstatistik 1970, 1987	"
	Realschulen	"	"
	Gymnasien	"	"
	Schüler an Realschulen	"	Schüler je 1000 Einwohner im Alter von 10 bis 17 J
	Schüler an Gymnasien	"	Schüler je 1000 Einwohner im Alter von 10 bis 19 J
	Berufliche Schulen: Schularten	"	Herfindahlindex ¹⁾
	Kultur		
	Bücher in Bibliotheken	Staatl. Fachstelle f.d. öff. Bibliothekswesen Stuttgart 1971, 1983	Bücher je 1000 Einwohner
	Veranstaltungen von Theatern, Bühnen u.ä.	Theaterstatistik des Deutschen Bühnenvereins 1969, 1987	Veranstaltungen je 1000 Einwohner
	Kurse an Volkshochschulen	Volkshochschulverband Baden-Württemberg e.V. 1972, 1982	Kurse je 1000 Einwohner

1) Der Herfindahlindex ist definiert als die Summe der quadrierten Merkmalssummenanteile über alle Merkmalsträger. Die Werte streuen zwischen 1 und 1/n. Hohe dem Landesumsatz der einzelnen Einrichtung am Landesumsatz der Gruppe insgesamt.

Indikatoren	Gewichte		Infrastrukturbereiche und -einrichtungen	Nr. der Wirtschafts- zweig- systematik
Erreichbarkeit	Versorgung	Erreichbarkeit		
Arbeitsstätten je 100 qkm Gemeindegebiet	0,14	0,14 ²⁾	Einzelhandel	43
-	0,13	0,13 ²⁾	Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	431
-	0,07	0,07 ²⁾	Textilien, Bekleidung, Schuhe, Leder	432
-	0,04	0,04 ²⁾	Einrichtungsgegenstände, Möbel u.a.	433
-	0,05	0,05 ²⁾	Elektro- und Haushaltsartikel, Musik u.a.	434
-	0,09	0,09 ²⁾	Papier, Druckerzeugnisse, Büromaschinen	435
-	0,03	0,03 ²⁾	Apotheken, Drogenen, Parfümerien u.a.	436
-	0,20	0,20 ²⁾	Tankstellen	437
-	0,25	0,25 ²⁾	Kraftfahrzeuge, Kfz-Zubehör, Reifen	438
			Schmuck, Foto, Spiel, Optik u.a.	439
			Gaststättengewerbe	
-	1,00	1,00	Speisewirtschaften, Imbißhallen, Cafés, Eisdielen	713
			Kreditwesen	
-	1,00	1,00	Kreditbanken, Sparkassen, Genoss. Kreditinstitute	601 bis 603
			Dienstleistungen für Unternehmen	78
-	0,25	0,25 ²⁾	Rechts-, Steuer-, Wirtschaftsberatung, -prüfung	781
-	0,32	0,32 ²⁾	Technische Beratung und Planung	784
-	0,14	0,14 ²⁾	Werbung	787
-	0,29	0,29 ²⁾	Sonstige Dienstleistungen für Unternehmen	789
			Persönliche Dienstleistungen	
-	0,22	0,22 ²⁾	Wäscherei, Reinigung	731
-	0,41	0,41 ²⁾	Friseur, Kosmetik	735
-	0,19	0,19 ²⁾	Verkehrs- und Reisevermittlung	555
-	0,18	0,18 ²⁾	Sonstige persönliche Dienstleistungen	739
			Gesundheitswesen	
-	0,25	0,33	Apotheken	
-	0,25	0,33	Ärzte u.a. freie medizinische Berufe	771
Krankenhäuser je 100 qkm Gemeindegebiet	0,25	0,33	Akutkrankenhäuser	
	0,25	—	Planmäßige Betten in Akutkrankenhäusern	
			Fachabteilungsspektrum in Krankenhäusern	
			Bildung	
Schulen je 100 qkm Gebäude- und Freifläche	—	0,33	Grund- und Hauptschulen	
Schulen je 100 qkm Gemeindegebiet	—	0,33	Realschulen	
-	—	0,33	Gymnasien	
	0,33	—	Schüler an Realschulen	
	0,33	—	Schüler an Gymnasien	
	0,33	—	Berufliche Schulen: Schularten	
			Kultur	
	0,33	—	Bücher in Bibliotheken	
	0,33	—	Veranstaltungen von Theatern, Bühnen u.ä.	
	0,33	—	Kurse an Volkshochschulen	

Werte deuten hier auf ein monostrukturiertes Infrastrukturangebot hin, niedrige Werte signalisieren ein vielfältiges Infrastrukturangebot. – 2) Gewichtet wurde mit

Tabelle 2

Versorgung mit Dienstleistungsinfrastruktur in Baden-Württemberg und im "alten" Bundesgebiet 1987 nach Infrastruktureinrichtungen

Infrastrukturbereiche und -einrichtungen	Baden- Württemberg	"Altes" Bundesgebiet	Baden- Württemberg	"Altes" Bundesgebiet
	Anzahl		Indikator ¹⁾	
Beschäftigte im Einzelhandel				
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	89 045	616 887	9,6	10,1
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Leder	70 788	470 687	7,6	7,7
Einrichtungsgegenstände, Möbel u.a.	28 625	186 219	3,1	3,1
Elektro- und Haushaltsartikel, Musik u.a.	16 149	94 660	1,7	1,6
Papier, Druckerzeugnisse, Büromaschinen	21 368	105 987	2,3	1,7
Apotheken, Drogerien, Parfümerien u.a.	28 586	182 191	3,1	3,0
Tankstellen	7 240	53 555	0,8	0,9
Kraftfahrzeuge, Kfz-Zubehör, Reifen	41 540	239 901	4,5	3,9
Schmuck, Foto, Spiel, Optik u.a.	78 604	564 957	8,5	9,3
Insgesamt	381 945	2 515 044	41,1	41,2
Beschäftigte im Gaststättengewerbe				
Speisewirtschaften, Imbißhallen, Cafés, Eisdielen	96 949	653 765	10,4	10,7
Beschäftigte im Kreditwesen				
Kreditbanken, Sparkassen, Genoss. Kreditinstitute	87 314	574 092	9,4	9,4
Beschäftigte im Bereich Dienstleistungen für Unternehmen				
Rechts-, Steuer-, Wirtschaftsberatung, -prüfung	54 715	389 231	12,2	14,4
Technische Beratung und Planung	59 484	279 144	13,2	10,4
Werbung	22 878	99 493	5,1	3,7
Sonstige Dienstleistungen für Unternehmen	71 513	312 143	15,9	11,6
Insgesamt	208 590	1 080 011	46,4	40,0
Beschäftigte im Bereich Persönliche Dienstleistungen				
Wäscherei, Reinigung	14 214	91 598	1,5	1,5
Friseur, Kosmetik	36 850	259 442	4,0	4,3
Verkehrs- und Reisevermittlung	5 951	54 191	0,6	0,9
Sonstige persönliche Dienstleistungen	6 069	51 988	0,7	0,9
Insgesamt	63 084	457 219	6,8	7,5
Gesundheitswesen				
Ärzte u.a. freie medizinische Berufe	109 009	680 535	11,7	11,1
Planmäßige Betten in Akutkrankenhäusern	62 553	459 131	6,7	7,5

1) Beschäftigte je 1000 Einwohner; Planmäßige Betten in Akutkrankenhäusern je 1000 Einwohner (Ausnahme)

Tabelle 3

Zu II/2

Versorgung mit Dienstleistungsinfrastruktur in Baden-Württemberg um 1970 und um 1987 nach Infrastruktureinrichtungen

a) Insgesamt

Infrastrukturbereiche und -einrichtungen	um 1970	um 1987	1987/1970	um 1970	um 1987
	Anzahl		%	Indikator ¹⁾	
Beschäftigte im Einzelhandel					
Nahrungsmittel; Getränke; Tabak	83 668	89 045	6	9,4	9,6
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Leder	56 648	70 788	25	6,4	7,6
Einrichtungsgegenstände, Möbel u.a.	21 946	28 625	30	2,5	3,1
Elektro- und Haushaltsartikel, Musik u.a.	13 426	16 149	20	1,5	1,7
Papier, Druckerzeugnisse, Büromaschinen	13 302	21 368	61	1,5	2,3
Apotheken, Drogerien, Parfümerien u.a.	21 470	28 586	33	2,4	3,1
Tankstellen	8 584	7 240	- 16	1,0	0,8
Kraftfahrzeuge, Kfz-Zubehör, Reifen	24 823	41 540	67	2,8	4,5
Schmuck, Foto, Spiel, Optik u.a.	60 306	78 604	30	6,8	8,5
Insgesamt	304 173	381 945	26	34,0	41,0
Beschäftigte im Gaststättengewerbe					
Speisewirtschaften, Imbißhallen, Cafes, Eisdielen	66 510	96 949	46	7,5	10,4
Beschäftigte im Kreditwesen					
Kreditbanken, Sparkassen, Genoss. Kreditinstitute	53 876	87 314	62	6,1	9,4
Beschäftigte im Bereich Dienstleistungen für Unternehmen					
Rechts-, Steuer-, Wirtschaftsberatung, -prüfung	22 857	54 715	139	5,9	12,2
Technische Beratung und Planung	34 438	59 484	73	8,8	13,2
Werbung	6 497	22 878	252	1,7	5,1
Sonstige Dienstleistungen für Unternehmen	8 599	71 513	732	2,2	15,9
Insgesamt	72 391	208 590	188	19,0	46,0
Beschäftigte im Bereich Persönliche Dienstleistungen					
Wäscherei, Reinigung	18 772	14 214	- 24	2,1	1,5
Friseur, Kosmetik	31 290	36 850	18	3,5	4,0
Verkehrs- und Reisevermittlung	2 555	5 951	133	0,3	0,6
Sonstige persönliche Dienstleistungen	3 174	6 069	91	0,4	0,7
Insgesamt	55 791	63 084	13	6,0	7,0
Gesundheitswesen					
Apotheken	2 022	2 689	33	0,2	0,3
Ärzte u.a. freie medizinische Berufe	51 289	109 009	113	5,8	11,7
Planmäßige Betten in Akutkrankenhäusern	61 472	62 553	- 2	6,9	6,7
Fachabteilungsspektrum in Krankenhäusern	78 095	74 164	- 5	0,13	0,15
Bildung					
Schüler an Realschulen	140 317	179 889	28	137	211
Schüler an Gymnasien	238 341	241 326	1	188	208
Berufliche Schulen: Schularten (1977, 1987)	X	X	X	0,15	0,13
Kultur					
Bücher in Bibliotheken (1971, 1983)	4 425 632	9 258 233	109	489	1 002
Veranstaltungen von Theatern, Bühnen u.ä. (1969, 1987)	4 612	5 628	22	0,52	0,61
Kurse an Volkshochschulen (1972, 1982)	16 424	50 165	205	1,85	5,40

1) Zur Definition der Indikatoren siehe Anhangtabelle 1.

**Versorgung mit Dienstleistungsinfrastruktur in Baden-Württemberg um 1970 und um 1987
nach Infrastruktureinrichtungen**
b) Verdichtungsräume

Infrastrukturbereiche und -einrichtungen	um 1970	um 1987	1987/1970	um 1970	um 1987	um 1970	um 1987
	Anzahl		%	Indikator ¹⁾		K-Maße/Maßziffern ²⁾	
Beschäftigte im Einzelhandel							
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	34 912	37 837	8	10,0	10,8	6	12
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Leder	28 942	33 298	15	8,3	9,5	30	24
Einrichtungsgegenstände, Möbel u.a.	11 342	12 614	11	3,2	3,6	31	17
Elektro- und Haushaltsartikel, Musik u.a.	6 203	7 571	22	1,8	2,2	17	24
Papier, Druckerzeugnisse, Büromaschinen	8 131	12 686	56	2,3	3,6	55	57
Apotheken, Drogerien, Parfümerien u.a.	10 631	12 307	16	3,0	3,5	26	14
Tankstellen	4 029	2 900	- 28	1,2	0,8	19	6
Kraftfahrzeuge, Kfz-Zubehör, Reifen	11 549	19 038	65	3,3	5,4	18	21
Schmuck, Foto, Spiel, Optik u.a.	31 061	36 772	18	8,9	10,5	31	24
Insgesamt	146 800	175 023	19	41,9	49,9	25	21
Beschäftigte im Gaststättengewerbe							
Speisewirtschaften, Imbißhallen, Cafés, Eisdielen	23 763	36 712	54	6,8	10,5	- 9	0
Beschäftigte im Kreditwesen							
Kreditbanken, Sparkassen, Genoss. Kreditinstitute	28 028	41 287	47	8,0	11,8	32	25
Beschäftigte im Bereich Dienstleistungen für Unternehmen							
Rechts-, Steuer-, Wirtschaftsberatung, -prüfung	14 092	30 799	119	7,6	14,7	29	21
Technische Beratung und Planung	20 437	30 854	51	11,0	14,7	24	11
Werbung	4 560	14 258	213	2,5	6,8	47	34
Sonstige Dienstleistungen für Unternehmen	6 352	50 201	690	3,4	24,0	55	51
Insgesamt	45 441	126 112	178	24,5	60,2	37	28
Beschäftigte im Bereich Persönliche Dienstleistungen							
Wäscherei, Reinigung	10 228	6 917	- 32	2,9	2,0	38	29
Friseur, Kosmetik	13 737	15 522	13	3,9	4,4	12	11
Verkehrs- und Reisevermittlung	1 685	3 804	126	0,5	1,1	68	69
Sonstige persönliche Dienstleistungen	1 874	3 110	66	0,5	0,9	50	36
Insgesamt	27 524	29 353	7	7,9	8,4	35	31
Gesundheitswesen							
Apotheken	901	1 097	22	0,3	0,3	15	8
Ärzte u.a. freie medizinische Berufe	23 005	44 071	92	6,6	12,6	14	7
Planmäßige Betten in Akutkrankenhäusern	30 105	30 713	2	8,6	8,7	24	30
Fachabteilungsspektrum in Krankenhäusern	36 579	34 264	- 6	0,13	0,14	- 1	3
Insgesamt	X	X	X	X	X	13	12
Bildung							
Schüler an Realschulen	58 464	61 865	6	169	218	23	3
Schüler an Gymnasien	114 223	111 238	- 3	261	284	39	36
Berufliche Schulen: Schularten (1977, 1987)	X	X	X	0,13	0,12	13	6
Insgesamt	X	X	X	X	X	25	15
Kultur							
Bücher in Bibliotheken (1971, 1983)	2 398 012	5 148 460	115	674	1 459	38	47
Veranstaltungen von Theatern, Bühnen u.ä. (1969, 1987)	3 331	4 169	25	1,0	1,2	83	96
Kurse an Volkshochschulen (1972, 1982)	7 603	23 863	214	2,2	6,8	18	26
Insgesamt	X	X	X	X	X	47	55

1) Zur Definition der Indikatoren siehe Anhangtabelle 1. - 2) Dargestellt als Abweichung vom Landeswert in Prozent.

Versorgung mit Dienstleistungsinfrastruktur in Baden-Württemberg um 1970 und um 1987 nach Infrastruktureinrichtungen

c) Randzonen

Infrastrukturbereiche und -einrichtungen	um 1970	um 1987	1987/1970	um 1970	um 1987	um 1970	um 1987
	Anzahl		%	Indikator ¹⁾		K-Maße/Maßziffern ²⁾	
Beschäftigte im Einzelhandel							
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	15 559	16 640	7	9,0	8,6	- 4	- 10
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Leder	7 606	10 921	44	4,4	5,6	- 31	- 26
Einrichtungsgegenstände, Möbel u.a.	3 168	5 410	71	1,8	2,8	- 26	- 9
Elektro- und Haushaltsartikel, Musik u.a.	2 147	2 858	33	1,2	1,5	- 18	- 15
Papier, Druckerzeugnisse, Büromaschinen	1 520	2 999	97	0,9	1,5	- 41	- 33
Apotheken, Drogerien, Parfümerien u.a.	3 433	5 567	62	2,0	2,9	- 18	- 7
Tankstellen	1 513	1 440	- 5	0,9	0,7	- 9	- 5
Kraftfahrzeuge, Kfz-Zubehör, Reifen	4 208	7 038	67	2,4	3,6	- 13	- 19
Schmuck, Foto, Spiel, Optik u.a.	11 804	18 039	53	6,8	9,3	1	10
Insgesamt	50 958	70 912	39	29,0	37,0	- 14	- 10
Beschäftigte im Gaststättengewerbe							
Speisewirtschaften, Imbißhallen, Cafés, Eisdielen	11 959	18 454	54	6,9	9,5	- 8	- 9
Beschäftigte im Kreditwesen							
Kreditbanken, Sparkassen, Genoss. Kreditinstitute	7 723	14 112	83	4,5	7,3	- 26	- 22
Beschäftigte im Bereich Dienstleistungen für Unternehmen							
Rechts-, Steuer-, Wirtschaftsberatung, -prüfung	2 845	8 134	186	4,5	10,8	- 24	- 11
Technische Beratung und Planung	4 471	10 646	138	7,1	14,1	- 20	7
Werbung	676	4 602	581	1,1	6,1	- 36	20
Sonstige Dienstleistungen für Unternehmen	809	8 524	954	1,3	11,3	- 42	- 29
Insgesamt	8 801	31 906	263	14,0	42,0	- 30	- 6
Beschäftigte im Bereich Persönliche Dienstleistungen							
Wäscherei, Reinigung	3 189	2 624	- 18	1,8	1,4	- 13	- 11
Friseur, Kosmetik	5 710	7 429	30	3,3	3,8	- 6	- 3
Verkehrs- und Reisevermittlung	195	751	285	0,1	0,4	- 61	- 39
Sonstige persönliche Dienstleistungen	442	1 009	128	0,3	0,5	- 28	- 20
Insgesamt	9 536	11 813	24	6,0	6,0	- 22	- 15
Gesundheitswesen							
Apotheken	379	553	46	0,2	0,3	- 7	- 1
Ärzte u.a. freie medizinische Berufe	8 773	20 282	131	5,1	10,5	- 12	- 11
Planmäßige Betten in Akutkrankenhäusern	7 625	8 423	10	4,4	4,4	- 37	- 35
Fachabteilungsspektrum in Krankenhäusern	10 515	11 063	5	0,16	0,16	- 21	- 8
Insgesamt	X	X	X	X	X	- 19	- 14
Bildung							
Schüler an Realschulen	25 103	35 807	43	121	197	- 12	- 7
Schüler an Gymnasien	33 626	41 083	22	131	167	- 30	- 20
Berufliche Schulen: Schularten (1977, 1987)	X	X	X	0,16	0,14	- 7	- 9
Insgesamt	X	X	X	X	X	- 16	- 12
Kultur							
Bücher in Bibliotheken (1971, 1983)	683 291	1 395 484	104	384	732	- 21	- 28
Veranstaltungen von Theatern, Bühnen u.ä. (1969, 1987)	653	698	7	0,38	0,36	- 27	- 41
Kurse an Volkshochschulen (1972, 1982)	2 587	8 059	212	1,49	4,16	- 19	- 23
Insgesamt	X	X	X	X	X	- 23	- 30

1) Zur Definition der Indikatoren siehe Anhangtabelle 1. - 2) Dargestellt als Abweichung vom Landeswert in Prozent.

Versorgung mit Dienstleistungsinfrastruktur in Baden-Württemberg um 1970 und um 1987 nach Infrastruktureinrichtungen

d) Verdichtungsgebiete

Infrastrukturbereiche und -einrichtungen	um 1970	um 1987	1987/1970	um 1970	um 1987	um 1970	um 1987
	Anzahl		%	Indikator ¹⁾		K-Maße/Meßziffern ²⁾	
Beschäftigte im Einzelhandel							
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	10 512	10 956	4	10,1	10,2	8	7
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Leder	8 367	11 340	36	8,1	10,6	26	39
Einrichtungsgegenstände, Möbel u.a.	3 088	4 023	30	3,0	3,8	20	22
Elektro- und Haushaltsartikel, Musik u.a.	1 898	2 132	12	1,8	2,0	21	14
Papier, Druckerzeugnisse, Büromaschinen	1 555	2 470	59	1,5	2,3	0	0
Apotheken, Drogerien, Parfümerien u.a.	2 773	3 891	40	2,7	3,6	11	18
Tankstellen	1 095	976	- 11	1,1	0,9	9	17
Kraftfahrzeuge, Kfz-Zubehör, Reifen	3 633	5 832	61	3,5	5,4	25	22
Schmuck, Foto, Spiel, Optik u.a.	8 922	10 700	20	8,6	10,0	27	18
Insgesamt	41 843	52 320	25	40,0	49,0	20	19
Beschäftigte im Gaststättengewerbe							
Speisewirtschaften, Imbißhallen, Cafés, Eisdielen	7 556	12 373	64	7,3	11,5	- 3	11
Beschäftigte im Kreditwesen							
Kreditbanken, Sparkassen, Genoss. Kreditinstitute	6 330	10 965	73	6,1	10,2	1	9
Beschäftigte im Bereich Dienstleistungen für Unternehmen							
Rechts-, Steuer-, Wirtschaftsberatung, -prüfung	2 798	6 498	132	5,4	11,1	- 9	- 9
Technische Beratung und Planung	4 358	8 125	86	8,4	13,9	- 6	5
Werbung	620	1 738	180	1,2	3,0	- 29	- 42
Sonstige Dienstleistungen für Unternehmen	685	6 079	787	1,3	10,4	- 41	- 35
Insgesamt	8 461	22 440	165	16,0	38,0	- 20	- 17
Beschäftigte im Bereich Persönliche Dienstleistungen							
Wäscherei, Reinigung	2 074	1 703	- 18	2,0	1,6	- 5	4
Friseur, Kosmetik	4 031	4 723	17	3,9	4,4	10	11
Verkehrs- und Reisevermittlung	439	662	51	0,4	0,6	47	- 4
Sonstige persönliche Dienstleistungen	357	800	124	0,3	0,7	- 4	14
Insgesamt	6 901	7 888	14	7,0	7,0	11	7
Gesundheitswesen							
Apotheken	246	331	35	0,2	0,3	4	7
Ärzte u.a. freie medizinische Berufe	6 596	14 195	115	6,3	13,2	10	13
Planmäßige Betten in Akutkrankenhäusern	8 133	9 461	16	7,8	8,8	13	31
Fachabteilungsspektrum in Krankenhäusern	11 625	11 031	- 5	0,14	0,14	- 2	5
Insgesamt	X	X	X	X	X	6	14
Bildung							
Schüler an Realschulen	18 941	22 406	18	157	227	15	7
Schüler an Gymnasien	33 246	32 492	- 2	223	241	18	16
Berufliche Schulen: Schularten (1977, 1987)	X	X	X	0,15	0,12	- 3	2
Insgesamt	X	X	X	X	X	10	8
Kultur							
Bücher in Bibliotheken (1971, 1983)	508 111	1 244 825	145	481	1 171	- 2	16
Veranstaltungen von Theatern, Bühnen u.ä. (1969, 1987)	628	761	21	0,60	0,71	17	17
Kurse an Volkshochschulen (1972, 1982)	2 961	9 046	206	2,85	8,44	54	56
Insgesamt	X	X	X	X	X	23	30

1) Zur Definition der Indikatoren siehe Anhangtabelle 1. - 2) Dargestellt als Abweichung vom Landeswert in Prozent.

**Versorgung mit Dienstleistungsinfrastruktur in Baden-Württemberg um 1970 und um 1987
nach Infrastruktureinrichtungen**
e) Ländlicher Raum i.e.S.

Infrastrukturbereiche und -einrichtungen	um 1970	um 1987	1987/1970	um 1970	um 1987	um 1970	um 1987
	Anzahl		%	Indikator ¹⁾		K-Maße/Meßziffern ²⁾	
Beschäftigte im Einzelhandel							
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	22 685	23 612	4	8,7	8,5	— 8	— 11
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Leder	11 733	15 229	30	4,5	5,5	— 30	— 28
Einrichtungsgegenstände, Möbel u.a.	4 348	6 578	51	1,7	2,4	— 33	— 23
Elektro- und Haushaltsartikel, Musik u.a.	3 178	3 588	13	1,2	1,3	— 20	— 25
Papier, Druckerzeugnisse, Büromaschinen	2 096	3 213	53	0,8	1,2	— 46	— 50
Apotheken, Drogerien, Parfümerien u.a.	4 633	6 821	47	1,8	2,5	— 27	— 20
Tankstellen	1 947	1 924	— 1	0,7	,7	— 23	— 11
Kraftfahrzeuge, Kfz-Zubehör, Reifen	5 433	9 632	77	2,1	3,5	— 26	— 22
Schmuck, Foto, Spiel, Optik u.a.	8 519	13 093	54	3,3	4,7	— 52	— 44
Insgesamt	64 572	83 690	30	25,0	30,0	— 32	— 28
Beschäftigte im Gaststättengewerbe							
Speisewirtschaften, Imbißhallen, Cafes, Eisdielen	23 232	29 410	27	8,9	10,6	— 19	— 2
Beschäftigte im Kreditwesen							
Kreditbanken, Sparkassen, Genoss. Kreditinstitute	11 795	20 950	78	4,5	7,6	— 26	— 19
Beschäftigte im Bereich Dienstleistungen für Unternehmen							
Rechts-, Steuer-, Wirtschaftsberatung, -prüfung	3 122	9 284	197	3,6	8,7	— 39	— 28
Technische Beratung und Planung	5 172	9 859	91	5,9	9,3	— 33	— 30
Werbung	641	2 280	256	0,7	2,1	— 56	— 58
Sonstige Dienstleistungen für Unternehmen	753	6 709	791	0,9	6,3	— 61	— 60
Insgesamt	9 688	28 132	190	11,0	27,0	— 46	— 42
Beschäftigte im Bereich Persönliche Dienstleistungen							
Wäscherei, Reinigung	3 281	2 970	— 9	1,3	1,1	— 41	— 30
Friseur, Kosmetik	7 812	9 176	17	3,0	3,3	— 15	— 16
Verkehrs- und Reisevermittlung	236	734	211	0,1	0,3	— 69	— 59
Sonstige persönliche Dienstleistungen	501	1 150	130	0,2	0,4	— 46	— 36
Insgesamt	11 830	14 030	19	5,0	5,0	— 37	— 31
Gesundheitswesen							
Apotheken	496	708	43	0,2	0,3	— 17	— 11
Ärzte u.a. freie medizinische Berufe	12 915	30 461	136	4,9	11,0	— 15	— 6
Planmäßige Betten in Akutkrankenhäusern	15 609	13 956	— 11	6,0	5,0	— 14	— 25
Fachabteilungsspektrum in Krankenhäusern	19 376	17 806	— 8	0,14	0,17	— 2	— 14
Insgesamt	X	X	X	X	X	— 12	— 14
Bildung							
Schüler an Realschulen	37 809	59 811	58	109	208	— 21	— 1
Schüler an Gymnasien	57 246	56 513	— 1	135	146	— 28	— 30
Berufliche Schulen: Schularten (1977, 1987)	X	X	X	0,17	0,14	— 20	— 9
Insgesamt	X	X	X	X	X	— 23	— 13
Kultur							
Bücher in Bibliotheken (1971, 1983)	836 218	1 469 464	76	314	535	— 36	— 47
Veranstaltungen von Theatern, Bühnen u.ä. (1969, 1987)	0	0	0	0,00	0,00	— 100	— 100
Kurse an Volkshochschulen (1972, 1982)	3 273	9 197	181	1,25	3,33	— 32	— 38
Insgesamt	X	X	X	X	X	— 56	— 62

1) Zur Definition der Indikatoren siehe Anhangtabelle 1. - 2) Dargestellt als Abweichung vom Landeswert in Prozent.

**Versorgung mit Dienstleistungsinfrastruktur in den Ländlichen Räumen i.e.S. der Regionen
"Beschäftigte je 1000 Einwohner", siehe auch Übersicht)**
– Konzentrationsmaße, dargestellt als Abweichung vom Landeswert in Prozent –

Infrastrukturbereiche und -einrichtungen	Mittlerer Neckar		Franken		Ostwürttemberg		Mittlerer Oberrhein		Unterer Neckar	
	um 1970	um 1987	um 1970	um 1987	um 1970	um 1987	um 1970	um 1987	um 1970	um 1987
Einzelhandel										
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	- 15	- 20	- 9	- 17	- 19	- 17	- 8	- 28	- 5	- 2
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Leder	- 53	- 62	- 21	- 23	- 52	- 51	- 58	- 66	- 35	- 23
Einrichtungsgegenstände, Möbel u.a.	- 52	- 44	- 26	- 29	- 68	- 9	- 56	- 60	- 46	- 34
Elektro- und Haushaltsartikel, Musik u.a.	- 31	- 49	- 21	- 18	- 16	- 23	- 50	- 76	- 1	- 30
Papier, Druckerzeugnisse, Büromaschinen	- 80	- 56	- 45	- 46	- 86	- 75	- 79	- 74	- 33	- 43
Apotheken, Drogerien, Parfümerien u.a.	- 36	- 33	- 27	- 21	- 48	- 39	- 50	- 44	- 23	- 18
Tankstellen	- 8	- 40	- 28	- 5	- 60	- 33	- 68	- 45	- 1	- 25
Kraftfahrzeuge, Kfz-Zubehör, Reifen	- 45	- 32	- 16	- 28	- 43	- 55	- 74	- 48	- 4	- 13
Schmuck, Foto, Spiel, Optik u.a.	- 75	- 70	- 44	- 42	- 64	- 62	- 71	- 65	- 48	- 46
Meßziffer	- 49	- 47	- 26	- 28	- 49	- 45	- 58	- 54	- 23	- 26
Gaststättengewerbe										
Speisewirtschaften, Imbißhallen, Cafes, Eisdielen	10	- 12	8	- 9	5	- 11	- 8	- 19	- 5	- 4
Kreditwesen										
Kreditbanken, Sparkassen, Genoss. Kreditinstitute	- 43	- 48	- 15	- 10	- 36	- 37	- 52	- 47	- 30	- 13
Dienstleistungen für Unternehmen										
Rechts-, Steuer-, Wirtschaftsberatung, -prüfung	- 56	- 36	- 47	- 33	- 50	- 46	- 82	- 62	- 33	- 22
Technische Beratung und Planung	- 28	- 13	- 40	- 30	- 61	- 38	- 84	- 48	- 21	- 27
Werbung	- 89	- 51	- 74	- 71	- 77	- 77	- 77	- 73	- 62	- 51
Sonstige Dienstleistungen für Unternehmen	- 90	- 20	- 71	- 61	- 31	- 82	- 100	- 55	- 60	- 72
Meßziffer	- 61	- 26	- 55	- 45	- 52	- 58	- 87	- 57	- 41	- 42
Persönliche Dienstleistungen										
Wäscherei, Reinigung	- 45	- 48	- 33	- 28	- 67	- 63	- 64	- 91	- 48	- 26
Friseur, Kosmetik	- 35	- 20	- 20	- 17	- 32	- 37	- 17	- 7	- 1	- 12
Verkehrs- und Reisevermittlung	- 50	- 55	- 87	- 66	- 100	- 78	- 100	- 78	- 93	- 58
Sonstige persönliche Dienstleistungen	- 63	- 73	- 47	- 46	- 44	- 56	- 84	- 57	- 39	- 32
Meßziffer	- 45	- 42	- 41	- 34	- 55	- 54	- 55	- 48	- 34	- 28
Gesundheitswesen										
Apotheken (1975, 1987)	- 19	- 22	- 14	- 17	- 33	- 29	- 11	- 2	- 12	- 2
Ärzte u.a. freie medizinische Berufe	- 43	- 31	- 1	- 7	- 57	- 49	- 48	- 48	- 27	- 20
Planmäßige Betten in Akutkrankenhäusern	- 84	- 90	16	4	- 46	- 53	- 51	- 60	- 17	- 5
Fachabteilungsspektrum in Krankenhäusern	- 406	- 580	- 20	- 45	- 80	- 89	- 156	- 148	- 47	- 60
Meßziffer	- 138	- 181	- 5	- 13	- 54	- 55	- 66	- 65	- 28	- 22
Bildung										
Schüler an Realschulen	5	4	5	17	8	2	- 51	- 80	- 12	- 12
Schüler an Gymnasien	- 69	- 68	- 31	- 27	- 57	- 54	- 100	- 100	- 12	- 7
Berufliche Schulen: Schularten (1977, 1987)	- 245	- 687	- 15	- 4	- 75	- 42	- 100	- 294	- 47	- 29
Meßziffer	- 103	- 250	- 13	- 5	- 41	- 31	- 84	- 151	- 24	- 16
Kultur										
Bücher in Bibliotheken (1971, 1983)	- 66	- 49	- 30	- 39	- 63	- 58	- 23	- 68	21	- 15
Veranstaltungen von Theatern, Bühnen u.ä. (1969, 1987)	- 100	- 100	- 100	- 100	- 100	- 100	- 100	- 100	- 100	- 100
Kurse an Volkshochschulen (1972, 1982)	- 88	- 75	- 49	- 50	- 91	- 92	- 100	- 100	- 13	8
Meßziffer	- 78	- 75	- 60	- 63	- 84	- 83	- 74	- 89	- 22	- 41

Baden-Württembergs um 1970 und um 1987 nach Infrastruktureinrichtungen (Indikator meist

Nordschwarzwald		Südlicher Oberrhein		Schwarzwald-Baar-Heuberg		Hochrhein-Bodensee		Neckar-Alb		Donau-Iller		Bodensee-Oberschwaben		Ländlicher Raum i.e.S.	
um 1970	um 1987	um 1970	um 1987	um 1970	um 1987	um 1970	um 1987	um 1970	um 1987	um 1970	um 1987	um 1970	um 1987	um 1970	um 1987
2	- 6	- 13	- 9	- 8	- 8	- 4	- 2	- 9	- 30	- 4	- 14	- 5	- 7	- 8	- 11
- 11	- 16	- 36	- 35	- 18	- 24	- 39	- 28	- 56	- 45	- 32	- 26	- 19	- 11	- 30	- 28
- 4	- 22	- 23	- 11	- 31	- 32	- 39	12	- 83	- 22	- 40	- 24	- 19	- 29	- 33	- 23
- 20	- 29	- 21	- 39	- 9	- 24	- 30	1	- 46	- 38	- 14	- 27	- 21	- 18	- 20	- 25
- 26	- 19	- 39	- 49	- 35	- 43	- 49	- 59	- 75	- 84	- 59	- 55	- 44	- 45	- 48	- 50
6	- 10	- 28	- 16	- 21	- 10	- 27	- 17	- 57	- 50	- 26	- 24	- 25	- 10	- 27	- 20
- 7	11	- 6	- 8	- 31	4	- 17	20	- 24	- 47	- 31	- 12	- 34	- 38	- 23	- 11
- 1	6	- 58	- 37	- 5	- 9	- 37	- 16	- 64	- 29	- 29	- 23	- 14	- 11	- 28	- 22
- 39	- 25	- 62	- 54	- 49	- 20	- 42	- 47	- 74	- 67	- 68	- 48	- 37	- 37	- 52	- 44
- 13	- 12	- 41	- 33	- 24	- 17	- 33	- 22	- 56	- 46	- 37	- 30	- 23	- 21	- 32	- 28
36	- 13	37	17	2	1	37	19	26	- 6	24	0	29	16	19	2
- 26	- 17	- 28	- 27	- 23	- 7	- 35	- 23	- 37	- 36	- 24	- 19	- 17	- 16	- 26	- 19
- 6	- 3	- 27	- 17	- 34	- 21	- 34	- 30	- 83	- 63	- 48	- 38	- 41	- 26	- 39	- 28
- 8	- 20	- 30	- 30	- 38	- 41	- 16	- 25	- 74	- 51	- 26	- 33	- 32	- 18	- 33	- 30
- 65	- 58	- 58	- 49	- 50	- 50	15	- 36	- 88	- 5	- 77	- 75	- 21	- 69	- 56	- 58
- 84	- 68	- 87	- 67	- 74	- 68	- 87	- 56	- 95	- 61	- 73	- 33	54	- 61	- 61	- 60
- 38	- 35	- 50	- 40	- 49	- 45	- 37	- 37	- 84	- 51	- 52	- 40	- 8	- 39	- 46	- 42
- 5	5	- 52	- 31	- 32	- 14	- 58	- 45	- 75	- 64	- 47	- 35	- 17	- 15	- 41	- 30
7	- 3	- 8	- 10	- 8	- 10	- 12	- 18	- 29	- 31	- 32	- 28	- 17	- 17	- 15	- 18
55	- 37	- 77	- 58	- 54	- 47	- 75	- 63	- 31	- 58	- 91	- 66	- 70	- 53	- 89	- 59
- 11	- 46	- 44	- 43	- 42	- 38	- 63	- 33	- 79	- 71	- 54	25	- 37	- 29	- 46	- 36
10	- 15	- 37	- 30	- 28	- 23	- 43	- 35	- 48	- 51	- 50	- 26	- 31	- 26	- 37	- 31
- 16	- 21	- 14	2	- 6	- 11	- 17	- 4	- 38	- 28	- 25	- 27	- 18	2	- 17	- 11
17	11	20	26	- 32	- 24	3	15	- 66	- 58	- 32	- 29	- 18	5	- 15	- 6
- 45	- 28	- 6	- 24	7	- 17	- 7	- 40	- 84	- 80	- 20	- 33	- 7	- 18	- 14	- 25
- 15	- 10	- 5	- 31	- 72	- 51	- 139	- 40	- 373	- 109	- 73	- 38	- 7	4	- 2	- 14
- 15	- 12	- 1	- 7	- 26	- 26	- 40	- 17	- 140	- 69	- 38	- 32	- 12	- 2	- 12	- 14
- 15	- 3	- 31	- 6	- 31	3	- 32	- 11	- 35	- 14	- 38	- 2	- 35	- 7	- 21	- 1
- 17	- 32	- 40	- 27	- 5	- 15	- 62	- 42	- 74	- 69	- 13	- 24	1	- 19	- 28	- 30
- 47	- 40	- 39	- 22	- 14	- 20	- 35	- 23	- 18	- 31	- 19	4	- 11	- 5	- 20	- 9
- 26	- 25	- 37	- 19	- 17	- 11	- 40	- 25	- 42	- 38	- 23	- 7	- 15	- 10	- 23	- 13
- 28	- 27	- 30	- 60	- 41	- 50	- 5	- 57	- 50	- 58	- 60	- 38	- 62	- 57	- 36	- 47
- 100	- 100	- 100	- 100	- 100	- 100	- 100	- 100	- 100	- 100	- 100	- 100	- 100	- 100	- 100	- 100
- 19	6	- 35	- 48	- 1	- 7	- 54	- 28	- 55	- 53	- 53	- 27	9	- 55	- 32	- 38
- 49	- 40	- 55	- 69	- 47	- 53	- 53	- 62	- 68	- 71	- 71	- 55	- 51	- 70	- 56	- 62

Tabelle 5

Erreichbarkeit der Dienstleistungsinfrastruktur in Baden-Württemberg und seinen Raumkategorien um 1970 und um 1987 nach Infrastruktureinrichtungen (Indikator: Arbeitsstätten/Einrichtungen je 100 qkm)

– Konzentrationsmaße, dargestellt als Abweichung vom Landeswert in Prozent –

Infrastrukturbereiche und -einrichtungen	Ver- dichtungsräume		Randzonen		Ver- dichtungsgebiete		Ländlicher Raum i.e.S.	
	um 1970	um 1987	um 1970	um 1987	um 1970	um 1987	um 1970	um 1987
Einzelhandel								
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	231	260	28	22	42	44	– 45	– 48
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Leder	287	297	14	26	67	64	– 53	– 57
Einrichtungsgegenstände, Möbel u.a.	330	319	17	27	44	40	– 57	– 57
Elektro- und Haushaltsartikel, Musik u.a.	317	307	12	25	67	61	– 56	– 57
Papier, Druckerzeugnisse, Büromaschinen	456	425	– 5	15	43	47	– 69	– 70
Apotheken, Drogerien, Parfümerien u.a.	389	337	7	27	51	51	– 63	– 61
Tankstellen	328	303	18	22	61	60	– 59	– 56
Kraftfahrzeuge, Kfz-Zubehör, Reifen	328	297	20	26	71	59	– 60	– 56
Schmuck, Foto, Spiel, Optik u.a.	313	305	21	31	52	59	– 56	– 58
Meßziffer	317	306	18	26	56	55	– 56	– 57
Gaststättengewerbe								
Speisewirtschaften, Imbißhallen, Cafes, Eisdielen	199	246	15	20	35	46	– 36	– 46
Kreditwesen								
Kreditbanken, Sparkassen, Genoss. Kreditinstitute	180	179	23	22	26	37	– 34	– 35
Dienstleistungen für Unternehmen								
Rechts-, Steuer-, Wirtschaftsberatung, -prüfung	528	467	– 19	4	50	40	– 77	– 73
Technische Beratung und Planung	463	404	0	15	36	40	– 71	– 66
Werbung	616	483	– 19	21	21	14	– 86	– 76
Sonstige Dienstleistungen für Unternehmen	610	483	– 24	19	19	16	– 84	– 76
Meßziffer	543	454	– 14	14	33	30	– 78	– 72
Persönliche Dienstleistungen								
Wäscherei, Reinigung	423	342	22	29	40	53	– 71	– 62
Friseur, Kosmetik	328	319	22	36	47	43	– 58	– 60
Verkehrs- und Reisevermittlung	497	480	– 34	– 6	83	46	– 73	– 73
Sonstige persönliche Dienstleistungen	447	409	1	11	32	43	– 68	– 66
Meßziffer	403	371	8	22	50	46	– 66	– 64
Gesundheitswesen								
Apotheken (1975, 1987)	369	330	16	28	51	53	– 63	– 60
Ärzte u.a. freie medizinische Berufe	378	354	8	17	55	62	– 63	– 62
Akutkrankenhäuser	327	344	– 21	– 6	45	48	– 47	– 54
Meßziffer	358	343	1	13	50	54	– 58	– 59
Bildung								
Grund- und Hauptschulen	– 34	– 3	– 13	7	– 14	1	32	– 1
Realschulen	246	255	15	17	39	43	– 44	– 46
Gymnasien	312	343	3	2	53	55	– 52	– 56
Meßziffer	175	198	2	8	26	33	– 21	– 34

Tabelle 1

Auszubildende in ausgewählten Ausbildungsberufen in Baden-Württemberg 1979 und 1989

(Ausgewählte) Berufsgruppe (Ausgewählter) Ausbildungsberuf ²⁾	Auszubildende ¹⁾				Veränderung	
	insgesamt		weiblich		1989 gegen 1979	
	1979	1989	1979	1989	insgesamt	weiblich
	Anzahl				%	
Gewerbliche Ausbildungsberufe in Industrie und Handel (IHK)	55 246	58 078	7 917	8 960	+ 5,1	+ 13,2
Betriebs-/Maschinenschlosser	9 682	2 429	31	29	X	X
Mechaniker	7 459	2 426	103	124	X	X
Industriemechaniker ³⁾	—	14 193	—	707	X	X
Elektroanlageninstallateur	1 525	70	7	1	X	X
Energieanlagenelektroniker	1 583	1 016	6	10	X	X
Elektro-/Energiegerätemechaniker/-Elektroniker	1 223	402	22	12	X	X
Energieelektroniker ³⁾	—	3 296	—	48	X	X
Werkzeugmacher ⁴⁾	5 740	4 346	22	126	— 24,3	X
Technischer Zeichner	2 528	2 596	1 538	1 819	+ 2,7	+ 18,3
Leder, Textil, Bekleidung (IHK)	3 342	2 152	2 559	1 553	— 35,6	— 39,3
Bekleidungs-, Textil-, Lederhandwerk	2 036	1 383	1 136	887	— 32,1	— 35,9
Kaufmännische Ausbildungsberufe (IHK)	67 954	73 408	44 392	48 143	+ 8,0	+ 8,4
Industriekaufmann	11 103	11 804	7 199	7 892	+ 6,3	+ 9,6
Verkäufer	11 261	3 718	9 353	3 018	— 67,0	— 67,7
Einzelhandelskaufmann	6 540	11 377	4 203	7 915	+ 74,0	+ 53,1
Bankkaufmann	7 294	9 857	3 816	5 234	+ 35,1	+ 37,2
Bürogehilfe	3 031	3 058	3 011	3 049	+ 0,9	+ 1,3
Bürokaufmann	5 522	6 627	4 461	5 471	+ 20,0	+ 22,6
Kaufmann im Groß- und Außenhandel	7 149	7 976	3 100	3 799	+ 11,6	+ 22,5
Bau- und Ausbauhandwerke	16 771	8 782	224	437	— 47,6	+ 95,1
Maurer	4 530	2 039	9	9	— 55,0	X
Zimmerer	3 123	1 507	10	22	— 51,7	X
Maler und Lackierer	4 574	2 610	175	333	— 42,9	+ 90,3
Metallhandwerke	34 384	27 108	341	640	— 21,2	+ 87,7
Kfz.-Mechaniker	10 194	6 480	57	87	— 36,4	X
Elektroinstallateur/-Mechaniker	6 762	6 178	38	88	— 8,6	X
Bäcker/Konditor	5 452	4 276	724	1 583	— 21,6	+ 118,6
Gesundheits- und Körperpflege/Reinigung	11 839	9 447	9 600	7 804	— 20,2	— 18,7
Friseur	9 155	6 726	8 675	6 248	— 26,5	— 28,0
Kaufmännische Ausbildungsberufe (Handwerk)	8 153	7 882	7 583	7 227	— 3,3	— 4,7
Landwirtschaft	7 194	5 340	1 515	1 841	— 25,8	+ 2,5
Landwirt	2 951	968	80	97	— 67,2	X
Gärtner	2 502	2 673	626	1 131	+ 6,8	+ 80,7
Öffentlicher Dienst	7 736	9 467	2 704	4 823	+ 22,4	+ 78,4
Freie Berufe	14 163	18 863	13 779	18 386	+ 33,2	+ 33,4
Rechtsanwalts- und Notargehilfe	1 864	2 856	1 851	2 854	+ 53,2	+ 54,2
Arzthelfer	4 669	6 711	4 665	6 704	+ 43,7	+ 43,7
Zahnarzthelfer	3 930	5 081	3 929	5 081	+ 29,3	+ 29,3
nachrichtlich:						
Ausbildungsberufe insgesamt	244 111	234 732	92 074	103 775	— 3,8	+ 12,7

1) Quelle: Berufsbildungsstatistik, Stichtag 31. Dezember. — 2) Zur Vereinfachung wurde nur die natürliche Bezeichnung verwendet. — 3) Zusammenfassung aller Fachrichtungen. — 4) 1989 einschließlich Werkzeugmechaniker, Fachrichtung Stanz- und Umformtechnik.

Anteil der Auszubildenden^{*)} in ausgewählten Wirtschaftszweigen in Baden Württemberg am 30.6.1990 getrennt nach Geschlecht

WS-Kenn-ziffer	Wirtschaftszweig	Männliche			Weibliche		
		vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer					
		zusammen	darunter Auszubildene		zusammen	darunter Auszubildene	
			Anzahl	%		Anzahl	%
9-12	Chemie	88 865	3 138	3,5	42 364	1 712	4,0
26	Maschinenbau	181 220	13 257	7,3	28 780	2 300	8,0
280	Kfz-Herstellung	113 974	3 915	3,4	13 764	943	6,9
300	Kfz-Reparatur	37 892	6 520	17,2	7 870	1 178	15,0
34	Elektrotechnik	174 833	8 949	5,1	87 981	2 537	2,9
545	Bäckerei/Konditorei	9 718	2 105	21,7	16 177	3 515	21,7
59	Bauhauptgewerbe	132 955	4 584	3,4	8 296	542	5,8
620	Großhandel	95 530	4 839	5,1	45 040	4 230	9,4
690	Kreditgewerbe	44 902	4 172	9,3	44 250	5 495	12,4
691	Versicherungen	19 289	1 245	6,5	12 465	1 032	8,3
70	Hotels/Gaststätten	27 991	3 565	12,7	43 847	5 471	12,5
730	Friseurhandwerk	1 854	445	24,0	18 531	5 955	32,1

^{*)} Quelle: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Tabelle 1

Personal im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg am 30. Juni 1990 nach Beschäftigungsbereichen

Beschäftigungsbereich	l=insgesamt w=weiblich	Insgesamt	Und zwar							
			Vollzeit- beschäftigte	Teilzeitbeschäftigte		Beamte, Richter	Ange- stellte ²⁾	Arbeiter	Zeit- vertrag	Auszu- bildende
				T1 ¹⁾	T2 ¹⁾					
Öffentlicher Dienst	l	531 156	406 700	98 296	26 160	187 703	233 956	109 497	28 053	32 017
	w	270 098	159 893	88 944	21 261	62 171	156 856	51 071	14 616	20 625
Unmittelbarer öffentlicher Dienst	l	513 337	391 216	96 391	25 730	186 386	218 918	108 033	27 578	30 849
	w	259 056	151 105	87 084	20 867	61 805	147 273	49 978	14 274	19 869
Gebietskörperschaften	l	508 906	387 814	95 868	25 224	185 973	216 547	106 386	27 443	30 736
	w	257 419	150 272	86 615	20 532	61 741	146 249	49 429	14 197	19 796
Verwaltung	l	398 266	299 055	77 299	21 912	181 842	140 513	75 911	20 191	21 082
	w	186 422	99 261	69 157	18 004	61 318	90 258	34 846	10 282	12 842
Rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen Krankenhäuser ³⁾	l	22 574	19 026	1 987	1 561	2 280	5 629	14 665	1 138	1 165
	w	5 074	2 683	1 453	938	72	2 388	2 614	391	183
Land	l	88 066	69 733	16 582	1 751	1 851	70 405	15 810	6 114	8 489
	w	65 923	48 328	16 005	1 590	351	53 603	11 969	3 524	6 771
Verwaltung	l	268 774	210 548	54 434	3 792	163 870	80 152	24 752	16 080	17 599
	w	116 286	65 662	47 353	3 271	55 536	50 915	9 835	7 274	9 506
Rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen Krankenhäuser ³⁾	l	235 064	182 843	49 073	3 148	160 513	58 415	16 136	12 747	14 835
	w	96 944	51 651	42 503	2 790	55 240	35 456	6 248	5 423	7 916
Verwaltung	l	6 707	5 792	563	352	1 859	815	4 033	52	634
	w	1 124	464	401	259	34	524	566	26	48
Gemeinden/Gv.	l	27 003	21 913	4 798	282	1 498	20 922	4 583	3 281	2 130
	w	18 218	13 547	4 449	222	262	14 935	3 021	1 825	1 542
Verwaltung	l	240 132	177 266	41 434	21 432	22 103	136 395	81 634	11 363	13 137
	w	141 133	84 610	39 262	17 261	6 205	95 334	39 594	6 923	10 290
Rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen Krankenhäuser ³⁾	l	163 202	116 212	28 226	18 764	21 329	82 098	59 775	7 444	6 247
	w	89 478	47 610	26 654	15 214	6 078	54 802	28 598	4 859	4 926
Verwaltung	l	15 867	13 234	1 424	1 209	421	4 814	10 632	1 086	531
	w	3 950	2 219	1 052	679	38	1 864	2 048	365	135
Kommunale Zweckverbände	l	61 063	47 820	11 784	1 459	353	49 483	11 227	2 833	6 359
	w	47 705	34 781	11 556	1 368	89	38 668	8 948	1 699	5 229
Verwaltung	l	4 431	3 402	523	506	413	2 371	1 647	135	113
	w	1 637	833	469	335	64	1 024	549	77	73
Rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen Krankenhäuser ³⁾	l	3 317	2 519	398	400	366	1 686	1 265	97	92
	w	1 295	639	362	294	62	797	436	58	59
Verwaltung	l	963	780	85	98	45	578	340	31	15
	w	206	104	67	35	2	132	72	12	10
Rechtlich selbständige Krankenhäuser	l	151	103	40	8	2	107	42	7	6
	w	136	90	40	6	-	95	41	7	4
Mittelbarer öffentlicher Dienst	l	17 819	15 484	1 905	430	1 317	15 038	1 464	475	1 168
	w	11 042	8 788	1 860	394	366	9 583	1 093	342	756
Sozialversicherungsträger unter Aufsicht des Landes	l	17 510	15 219	1 867	424	1 235	14 818	1 457	451	1 157
	w	10 857	8 647	1 822	388	346	9 423	1 088	320	749
Träger der Zusatzversorgung	l	309	265	38	8	82	220	7	24	11
	w	185	141	38	6	20	160	5	22	7
Nachrichtlich:										
Rechtlich selbständige Wirtschaftsunternehmen ⁴⁾	l	33 351	31 790	1 270	291	-	15 155	18 196	680	1 338
	w	5 930	4 578	1 099	253	-	4 324	1 606	265	303
überwiegend staatlich	l	6 429	6 054	334	41	-	3 477	2 952	219	293
	w	999	746	212	41	-	849	150	87	80
überwiegend kommunal	l	26 922	25 736	936	250	-	11 678	15 244	461	1 045
	w	4 931	3 832	887	212	-	3 475	1 456	198	223
Rechtlich selbständige Krankenhäuser	l	5 257	4 132	987	138	-	4 313	944	321	467
überwiegend staatlich	l	1 832	1 532	299	1	-	1 465	367	134	103
	w	-	-	-	-	-	-	-	-	-
überwiegend kommunal	l	3 425	2 600	688	137	-	2 848	577	187	364
	w	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesdienst	l	159 446	139 194	16 722	3 530	75 669	32 663	51 114	-	15 566
	w	51 592	32 090	16 101	3 401	13 390	21 345	16 857	-	5 190
Unmittelbarer Bundesdienst	l	140 893	123 299	14 349	3 245	73 570	17 478	49 845	-	7 783
	w	41 298	24 428	13 750	3 120	12 754	12 697	15 847	-	2 595
Bundesbehörden, -gerichte	l	25 340	23 303	1 915	122	8 588	7 917	8 835	-	732
	w	7 885	5 918	1 849	118	963	4 891	2 031	-	430
Bundespost	l	80 725	65 670	11 979	3 076	44 790	8 773	27 162	-	5 326
	w	30 872	16 431	11 484	2 957	10 930	7 302	12 640	-	1 746
Bundesbahn	l	34 828	34 326	455	47	20 192	788	13 848	-	1 725
	w	2 541	2 079	417	45	861	504	1 176	-	419
Mittelbarer Bundesdienst	l	18 553	15 895	2 373	285	2 099	15 185	1 269	-	5 326
	w	10 294	7 662	2 351	281	636	8 648	1 010	-	1 725
Bundesanstalt für Arbeit	l	9 297	7 563	1 662	72	2 049	6 653	595	-	-
	w	5 332	3 615	1 646	71	627	4 247	458	-	-
Sozialversicherungsträger unter Aufsicht des Bundes	l	9 256	8 332	711	213	50	8 532	674	-	-
	w	4 962	4 047	705	210	9	4 837	552	-	-

1) T1 = Teilzeitbeschäftigte mit mindestens der Hälfte, T2 = Teilzeitbeschäftigte mit weniger als der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit. - 2) Einschließlich DO-Angestellte. - 3) Mit kaufmännischem Rechnungswesen. - 4) Der Bereiche Versorgung, Entsorgung, Verkehr.

Personal im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg am 30. Juni 1990 nach Beschäftigungsbereichen – Strukturanteile in den Beschäftigungsbereichen –

a) Insgesamt

Beschäftigungsbereich	Be- schäftigte insgesamt	Und zwar							
		Vollzeit- be- schäftigte	Teilzeitbeschäftigte		Beamte, Richter	Ange- stellte ²⁾	Arbeiter	mit Zeit- vertrag	Auszu- bildende
			T1 ¹⁾	T2 ¹⁾					
	Anteile in %								
Öffentlicher Dienst	100	76,6	18,5	4,9	35,3	44,1	20,6	5,3	6,0
Land	100	78,3	20,3	1,4	61,0	29,8	9,2	6,0	6,6
Verwaltung	100	77,8	20,9	1,3	68,3	24,9	6,9	5,4	6,3
Rechtlich unselbständige									
Wirtschaftsunternehmen	100	86,4	8,4	5,3	27,7	12,2	60,1	0,8	9,5
Krankenhäuser ³⁾	100	81,2	17,8	1,1	5,6	77,5	17,0	12,2	7,9
Gemeinden/Gv.	100	73,8	17,3	8,9	9,2	56,8	34,0	4,7	5,5
Verwaltung	100	71,2	17,3	11,5	13,1	50,3	36,6	4,6	3,8
Rechtlich unselbständige									
Wirtschaftsunternehmen	100	83,4	9,0	7,6	2,7	30,3	67,0	6,8	3,4
Krankenhäuser ³⁾	100	78,3	19,3	2,4	0,6	81,0	18,4	4,6	10,4
Kommunale Zweckverbände	100	76,8	11,8	11,4	9,3	53,5	37,2	3,1	2,6
Mittelbarer öffentlicher Dienst	100	86,9	10,7	2,4	7,4	84,4	8,2	2,7	6,6
Nachrichtlich:									
Rechtlich selbständige									
Wirtschaftsunternehmen ⁴⁾	100	95,3	3,8	0,9	—	45,4	54,6	2,0	4,0
Rechtlich selbständige									
Krankenhäuser	100	78,6	18,8	2,6	—	82,0	18,0	6,1	8,9
Bundesdienst	100	87,3	10,5	2,2	47,5	20,5	32,1	—	9,8
Öffentlicher Dienst im weiteren Sinn	100	79,8	16,1	4,1	36,1	39,2	24,7	4,0	6,8

1) T1 = Teilzeitbeschäftigte mit mindestens der Hälfte, T2 = Teilzeitbeschäftigte mit weniger als der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit. - 2) Einschließlich DO-Angestellte. - 3) Mit kaufmännischem Rechnungswesen. - 4) Der Bereiche Versorgung, Entsorgung, Verkehr.

b) Weibliche Beschäftigte

Beschäftigungsbereich	Frauen- anteil an den Be- schäftigten insgesamt	Frauen insgesamt	Und zwar							
			Vollzeit- be- schäftigte	Teilzeitbeschäftigte		Beamte, Richter	Ange- stellte ²⁾	Arbeiter	mit Zeit- vertrag	Auszu- bildende
				T1 ¹⁾	T2 ¹⁾					
Anteile in %										
Öffentlicher Dienst	50,9	100	59,2	32,9	7,9	23,0	58,1	18,9	5,4	7,6
Land	43,3	100	56,5	40,7	2,8	47,8	43,8	8,5	6,3	8,2
Verwaltung	40,9	100	53,7	44,2	2,9	57,4	36,8	6,5	5,6	8,2
Rechtlich unselbständige										
Wirtschaftsunternehmen	16,8	100	41,3	35,7	23,0	3,0	46,6	50,4	2,3	4,3
Krankenhäuser ³⁾	67,5	100	74,4	24,4	1,2	1,4	82,0	16,6	10,0	8,5
Gemeinden/Gv.	58,8	100	60,0	27,8	12,2	4,4	67,6	28,1	4,9	7,3
Verwaltung	54,8	100	53,2	29,8	17,0	6,8	61,3	32,0	5,4	5,5
Rechtlich unselbständige										
Wirtschaftsunternehmen	24,9	100	56,2	26,6	17,2	1,0	47,2	51,9	9,2	3,4
Krankenhäuser ³⁾	78,1	100	72,9	24,2	2,9	0,2	81,1	18,8	3,6	11,0
Kommunale Zweckverbände	36,9	100	50,9	28,7	20,5	3,9	62,6	33,5	4,7	4,5
Mittelbarer öffentlicher Dienst	62,0	100	79,6	16,8	3,6	3,3	86,8	9,9	3,1	6,9
Nachrichtlich:										
Rechtlich selbständige										
Wirtschaftsunternehmen ⁴⁾	17,8	100	77,2	18,5	4,3	—	72,9	27,1	4,5	5,1
Rechtlich selbständige,										
Krankenhäuser		100				—				
Bundesdienst	32,4	100	62,2	31,2	6,6	26,0	41,4	32,7	—	10,1
Öffentlicher Dienst im weiteren Sinn ⁵⁾	44,9	100	60,0	32,4	7,6	23,1	55,7	21,2	4,5	8,0

1) T1 = Teilzeitbeschäftigte mit mindestens der Hälfte, T2 = Teilzeitbeschäftigte mit weniger als der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit. - 2) Einschließlich DO-Angestellte. - 3) Mit kaufmännischem Rechnungswesen. - 4) Der Bereiche Versorgung, Entsorgung, Verkehr. - 5) Ohne weibliche Beschäftigte in rechtlich selbständigen Krankenhäusern.

Tabelle 3

Beamte des Landes Baden-Württemberg 1986 bis 1990 nach Geschlecht und Laufbahngruppen

Laufbahngruppen	Männer							Frauen				
	1986	1987	1988	1989	1990	Veränderung 1990 gegenüber 1986		1986	1987	1988	1989	1990
						Anzahl	%					
Vollzeitbeschäftigte												
Höherer Dienst	34 068	34 078	34 037	34 213	34 564	+ 496	+ 1,5	5 729	5 697	5 764	5 756	5 899
Gehobener Dienst	42 933	42 871	43 101	41 634	41 060	- 1 873	- 4,7	20 396	20 279	19 664	18 118	18 113
Mittlerer/einfacher Dienst	29 115	28 049	28 446	29 127	29 064	- 51	- 0,2	4 994	6 023	4 941	5 249	5 449
Zusammen	106 116	104 998	105 584	104 974	104 688	- 1 428	- 1,4	31 119	31 999	30 369	29 123	29 461
Teilzeitbeschäftigte ¹⁾												
Höherer Dienst	1 988	1 876	2 137	1 811	1 697	- 291	- 14,6	4 215	4 088	4 415	4 474	4 486
Gehobener Dienst	1 974	2 073	1 979	2 048	1 897	- 77	- 3,9	17 608	17 771	17 907	19 619	20 330
Mittlerer/einfacher Dienst	31	30	30	38	52	+ 21	+ 67,7	963	996	958	1 213	1 259
Zusammen	3 993	3 979	4 146	3 897	3 646	- 347	- 8,7	22 786	22 825	23 280	25 306	26 065
Voll- und Teilzeitbeschäftigte zusammen												
Höherer Dienst	36 056	35 954	36 174	36 024	36 261	+ 205	+ 0,6	9 944	9 785	10 178	10 230	10 385
Gehobener Dienst	44 907	44 944	45 080	43 682	42 957	- 1 950	- 4,4	38 004	38 050	37 571	37 737	38 443
Mittlerer/einfacher Dienst	29 146	28 079	28 476	29 165	29 116	- 30	- 0,1	5 957	7 019	5 899	6 462	6 708
Zusammen	110 109	108 977	109 730	108 871	108 334	- 1 175	- 2,5	53 905	55 279	53 649	54 429	55 536

1) Teilzeitbeschäftigte T1 mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit.

Frauen		Insgesamt					Frauenanteil in %					Laufbahngruppen	
Veränderung 1990 gegenüber 1986		1986	1987	1988	1989	1990	1986	1987	1988	1989	1990		
Anzahl	%												
Vollzeitbeschäftigte													
+ 170	+ 3,0	39 797	39 775	39 801	39 969	40 463	14,4	14,3	14,5	14,4	14,6	Höherer Dienst	
- 2 283	- 11,2	63 329	63 150	62 765	59 752	59 173	32,2	32,1	31,3	30,3	30,6	Gehobener Dienst	
+ 455	+ 9,1	34 109	34 072	33 387	34 376	34 513	14,6	17,8	14,8	15,3	15,8	Mittlerer/einfacher Dienst	
- 1 658	- 5,3	137 235	136 997	135 953	134 097	134 149	22,7	23,4	22,3	21,8	22,1	Zusammen	
Teilzeitbeschäftigte ¹⁾													
+ 271	+ 6,1	6 203	5 964	6 552	6 285	6 183	68,0	65,8	67,4	71,2	72,6	Höherer Dienst	
+ 2 722	+ 15,5	19 582	19 844	19 886	21 667	22 227	89,9	89,6	90,0	90,5	91,5	Gehobener Dienst	
+ 296	+ 30,7	994	1 026	988	1 251	1 311	96,9	97,1	97,0	97,0	96,0	Mittlerer/einfacher Dienst	
+ 3 289	+ 14,4	26 779	26 804	27 426	29 203	27 721	85,1	85,2	84,9	86,7	94,1	Zusammen	
Voll- und Teilzeitbeschäftigte zusammen													
+ 441	+ 4,3	46 000	45 739	46 352	46 254	46 646	21,6	21,4	22,0	22,1	22,3	Höherer Dienst	
+ 439	+ 1,2	82 911	82 994	82 651	81 419	81 400	45,8	45,8	45,5	46,3	47,2	Gehobener Dienst	
+ 751	+ 12,6	35 103	35 098	34 375	35 627	35 824	17,0	20,0	17,2	18,1	18,7	Mittlerer/einfacher Dienst	
+ 1 631	+ 3,0	164 014	164 256	163 379	163 300	163 870	32,9	33,7	32,8	33,3	33,9	Zusammen	

Tabelle 4

Beschäftigte des Landes Baden-Württemberg am 30. Juni 1990 nach Einstufungen und Altersgruppen

Laufbahngruppe/Einstufung (i = Insgesamt, w = weiblich)	Insgesamt	Im Alter von ... bis unter ... Jahren						
		unter 25	25 - 35	35 - 45	45 - 55	55 - 60	60 und mehr	
Vollzeitbeschäftigte								
Beamte und Richter								
Höherer Dienst								
B 11 - B 5, R 10 - R 5	i	113	—	—	5	39	34	35
	w	2	—	—	—	—	1	1
B 4 - B 1, R 4, R 3, C 4	i	1 965	—	3	154	772	453	583
	w	35	—	1	7	14	6	7
A 16, R 2, C 3	i	3 933	—	3	302	2 015	958	655
	w	180	—	—	18	83	47	32
A 15, R 1, C 2	i	8 805	—	396	1 832	4 394	1 360	823
	w	780	—	130	156	321	114	59
A 14, C 1	i	12 117	—	504	3 955	6 302	974	382
	w	1 485	—	99	428	726	156	76
A 13	i	8 960	—	1 349	6 204	1 307	84	16
	w	1 431	—	346	870	196	14	5
in Ausbildung	i	4 570	12	4 427	129	2	—	—
	w	1 986	10	1 933	42	1	—	—
Zusammen	i	40 463	12	6 682	12 581	14 831	3 863	2 494
	w	5 899	10	2 509	1 521	1 341	338	180
darunter Richter	i	2 051	—	301	612	794	229	115
	w	282	—	105	79	72	18	8
Gehobener Dienst								
A 15 "L" - A 13 "L"	i	15 184	—	897	7 027	5 722	997	541
	w	3 721	—	520	1 937	1 033	165	66
A 13 "S"	i	2 163	—	2	379	1 038	479	265
	w	82	—	1	29	35	10	7
A 12	i	20 411	—	1 070	9 939	7 477	1 357	568
	w	7 511	—	553	3 796	2 632	373	157
A 11	i	7 139	—	712	3 491	2 328	431	177
	w	828	—	171	402	219	26	10
A 10	i	6 093	6	2 719	2 489	786	84	9
	w	1 391	5	853	417	106	8	2
A 9	i	3 647	404	2 721	447	66	7	2
	w	1 556	294	1 118	125	15	2	2
in Ausbildung	i	4 536	2 540	1 891	93	12	—	—
	w	3 024	1 756	1 210	47	11	—	—
Zusammen	i	59 173	2 950	10 012	23 865	17 429	3 355	1 562
	w	18 113	2 055	4 426	6 753	4 051	584	244
Mittlerer Dienst								
A 9 "S" + Amtszulage	i	3 128	—	22	720	1 608	709	69
	w	109	—	2	69	34	3	1
A 9 "S"	i	7 677	—	1 985	3 590	1 719	321	62
	w	385	—	88	225	52	17	3
A 8	i	9 572	25	6 514	1 963	856	174	40
	w	738	1	514	164	34	16	9
A 7	i	5 705	844	3 687	848	272	40	14
	w	864	80	734	37	10	3	—
A 6	i	2 650	1 197	1 155	266	20	10	2
	w	884	570	297	13	4	—	—
A 5	i	1 781	1 280	194	99	134	54	20
	w	1 085	1 004	78	3	—	—	—
in Ausbildung	i	3 377	2 968	403	6	—	—	—
	w	1 379	1 312	87	—	—	—	—
Zusammen	i	33 890	6 314	13 960	7 492	4 609	1 308	207
	w	5 444	2 967	1 780	511	134	39	13
Einfacher Dienst								
A 5 "S", A 5 "S" + Zulage	i	342	—	13	35	155	99	40
	w	—	—	—	—	—	—	—
A 4 - A 2	i	281	6	127	101	45	2	—
	w	5	—	2	3	—	—	—
in Ausbildung	i	—	—	—	—	—	—	—
	w	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	i	623	6	140	136	200	101	40
	w	5	—	2	3	—	—	—
Beamte und Richter zusammen								
	i	134 149	9 282	30 794	44 074	37 069	8 627	4 303
	w	29 461	5 032	8 717	8 788	5 526	961	437
darunter in Ausbildung	i	12 483	5 520	6 721	228	14	—	—
	w	6 389	3 078	3 210	89	12	—	—

Noch: Tabelle 4

Beschäftigte des Landes Baden-Württemberg am 30. Juni 1990 nach Einstufungen und Altersgruppen

Laufbahngruppe/Einstufung (i = Insgesamt, w = weiblich)	Insgesamt	Im Alter von ... bis unter ... Jahren						
		unter 25	25 - 35	35 - 45	45 - 55	55 - 60	60 und mehr	
Vollzeitbeschäftigte								
Angestellte								
Höherer Dienst								
Aussertariflich	i	446	13	133	113	111	39	37
	w	179	11	68	48	32	10	10
BAT I	i	26	—	—	7	14	—	5
	w	2	—	—	1	1	—	—
BAT I A	i	487	—	14	194	212	46	21
	w	77	—	1	13	44	16	3
BAT I b	i	2 563	—	411	1 034	715	234	169
	w	409	—	80	165	110	39	15
BAT II A, II B	i	6 465	15	4 134	1 444	636	156	80
	w	1 316	8	775	326	160	34	13
In Ausbildung	i	—	—	—	—	—	—	—
	w	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	i	9 987	28	4 692	2 792	1 688	475	312
	w	1 983	19	924	553	347	99	41
Gehobener Dienst								
BAT II A "S", KR. XIII	i	—	—	—	—	—	—	—
	w	—	—	—	—	—	—	—
BAT III, KR. XII	i	1 579	5	167	392	631	228	156
	w	345	2	52	67	138	62	24
BAT IV A, KR. XI, X	i	2 123	15	295	590	693	308	222
	w	420	8	80	114	117	61	40
BAT IV B, KR. IX	i	3 618	27	914	909	1 177	392	199
	w	1 299	20	402	346	375	124	32
BAT V A, V B, KR. VIII, VII	i	5 195	94	1 280	1 389	1 663	560	209
	w	2 387	86	821	630	623	187	40
In Ausbildung	i	79	68	11	—	—	—	—
	w	10	10	—	—	—	—	—
Zusammen	i	12 594	209	2 667	3 280	4 164	1 488	786
	w	4 461	126	1 355	1 157	1 253	434	136
Mittlerer Dienst								
BAT V B "S", KR. VII "S"	i	—	—	—	—	—	—	—
	w	—	—	—	—	—	—	—
BAT V C, KR. VI	i	6 142	340	2 089	1 585	1 407	532	189
	w	3 464	326	1 512	724	660	211	31
BAT VI A, VI B, KR. VA, V, IV	i	11 929	1 818	4 005	2 113	2 657	1 022	314
	w	8 502	1 670	2 951	1 422	1 768	598	93
BAT VII, VIII, KR. III	i	12 588	2 792	3 413	2 304	2 867	981	231
	w	10 451	2 634	2 959	1 918	2 226	610	104
In Ausbildung	i	3 850	3 014	765	64	5	2	—
	w	2 927	2 511	368	42	4	2	—
Zusammen	i	34 509	7 964	10 272	6 066	6 936	2 537	734
	w	25 344	7 141	7 790	4 106	4 658	1 421	228
Einfacher Dienst								
BAT VIII "S", KR. IV "S", III "S"	i	—	—	—	—	—	—	—
	w	—	—	—	—	—	—	—
BAT IX A, IX B, X, KR. II, I	i	1 732	336	383	337	438	188	50
	w	1 075	283	257	223	232	68	12
In Ausbildung	i	—	—	—	—	—	—	—
	w	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	i	1 732	336	383	337	438	188	50
	w	1 075	283	257	223	232	68	12
Angestellte zusammen								
	i	58 822	8 537	18 014	12 475	13 226	4 688	1 882
	w	32 863	7 569	10 326	6 039	6 490	2 022	417
darunter in Ausbildung	i	3 929	3 082	776	64	5	2	—
	w	2 937	2 521	368	42	4	2	—
Krankenpflegepersonal	i	8 315	2 450	3 305	1 295	914	305	46
	w	6 349	2 194	2 439	857	614	221	24
Arbeiter								
	i	17 577	2 784	3 181	3 148	5 066	2 571	827
	w	3 338	428	510	811	1 030	485	74
darunter in Ausbildung	i	1 187	1 145	41	1	—	—	—
	w	180	169	11	—	—	—	—
Vollzeitbeschäftigte insgesamt								
	i	210 548	20 603	51 989	59 697	55 361	15 886	7 012
	w	65 662	13 029	19 553	15 638	13 046	3 468	928
darunter in Ausbildung	i	17 599	9 747	7 538	293	19	2	—
	w	9 506	5 768	3 589	131	16	2	—

Noch: Tabelle 4

Beschäftigte des Landes Baden-Württemberg am 30. Juni 1990 nach Einstufungen und Altersgruppen

Laufbahngruppe/Einstufung (I = Insgesamt, w = weiblich)		Insgesamt	Im Alter von ... bis unter ... Jahren					
			unter 25	25 - 35	35 - 45	45 - 55	55 - 60	60 und mehr
Teilzeitbeschäftigte								
Teilzeitbeschäftigte T1 ¹⁾								
Beamte und Richter								
Höherer Dienst	i	6 183	—	592	3 084	2 164	270	93
	w	4 486	—	382	2 320	1 570	171	43
Gehobener Dienst	i	22 227	21	2 973	12 412	6 155	539	127
	w	20 330	19	2 520	11 556	5 675	458	102
Mittlerer Dienst	i	1 310	20	670	574	43	3	—
	w	1 258	18	639	563	35	3	—
Einfacher Dienst	i	1	—	1	—	—	—	—
	w	1	—	1	—	—	—	—
Zusammen	i	29 721	41	4 236	16 050	8 362	812	220
	w	26 075	37	3 542	14 439	7 280	632	145
darunter Richter	i	119	—	8	62	44	3	2
	w	113	—	8	59	41	3	2
Angestellte								
Höherer Dienst	i	4 059	12	2 955	664	335	68	25
	w	1 732	7	997	392	262	57	17
Gehobener Dienst	i	3 107	63	1 047	861	871	199	66
	w	2 746	58	856	771	810	192	59
Mittlerer Dienst	i	11 363	201	2 778	3 727	3 803	753	101
	w	11 095	185	2 621	3 664	3 784	747	94
Einfacher Dienst	i	988	36	242	315	315	67	13
	w	923	26	212	302	307	66	10
Zusammen	i	19 517	312	7 022	5 567	5 324	1 087	205
	w	16 496	276	4 686	5 129	5 163	1 062	180
darunter Krankenpflegepersonal	i	1 734	63	789	511	279	83	9
	w	1 595	54	702	473	275	83	8
Arbeiter	i	5 196	101	599	1 122	2 146	997	231
	w	4 782	78	503	1 058	2 059	933	151
Teilzeitbeschäftigte T1 ¹⁾ zusammen	i	54 434	454	11 857	22 739	15 832	2 896	656
	w	47 353	391	8 731	20 626	14 502	2 627	476
Teilzeitbeschäftigte T2 ¹⁾								
Angestellte								
	i	1 813	36	493	458	600	162	64
	w	1 556	23	354	401	573	154	51
darunter Krankenpflegepersonal	i	171	11	117	28	11	3	1
	w	127	3	86	24	10	3	1
Arbeiter	i	1 979	58	287	379	661	305	289
	w	1 715	35	236	355	639	275	175
Teilzeitbeschäftigte T2 ¹⁾ zusammen	i	3 792	94	780	837	1 261	467	353
	w	3 271	58	590	756	1 212	429	226
Teilzeitbeschäftigte insgesamt								
Beamte und Richter	i	29 721	41	4 236	16 050	8 362	812	220
	w	26 075	37	3 542	14 439	7 280	632	145
Angestellte	i	21 330	348	7 515	6 025	5 924	1 249	269
	w	18 052	299	5 040	5 530	5 736	1 216	231
darunter Krankenpflegepersonal	i	1 905	74	906	539	290	86	10
	w	1 722	57	788	497	285	86	9
Arbeiter	i	7 175	159	886	1 501	2 807	1 302	520
	w	6 497	113	739	1 413	2 698	1 208	326
Teilzeitbeschäftigte insgesamt	i	58 226	548	12 637	23 576	17 093	3 383	1 009
	w	50 624	449	9 321	21 382	15 714	3 056	702

1) T1 = Teilzeitbeschäftigte mit mindestens der Hälfte, T2 = Teilzeitbeschäftigte mit weniger als der Hälfte der Wochenarbeitszeit.

Tabelle 1

**Prämissen der Personenverkehrsprognose 2010 des Bundesministers für Verkehr
für das alte Bundesgebiet**

Bezugsgröße	Szenario		
	"F"	"G"	"H"
Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung	Einwohner: 1988 61,2 Mill. 2010 62,1 Mill. Bruttowertschöpfung (zu Preisen von 1980): 1988 1 585 Mrd. DM 2010 2 770 Mrd. DM		
Infrastruktur	Das heutige Verkehrsnetz zuzüglich dem vordringlichen Bedarf laut Bundesverkehrswegeplan 1985		
Marktordnung	Liberalisierung im Straßengüter- und Binnenschiffsverkehr auf nationaler und internationaler Ebene		
Nutzerkosten	Status quo	Pkw: + 100 % Flugzeug: deutliche Zuschläge	Pkw: + 30 % (erhöhte Kraftstoffpreise) Bahn: Tarifierhöhung ICE Flugzeug: Status quo
Parkraum	Status quo	Zusätzlicher Zeitbedarf und Kosten für das Parken	
Geschwindigkeit	Status quo	Zeitbedarf erhöht sich um rund 5 % Geschwindigkeitszunahme	
– Straßennetz			
– Eisenbahnnetz			

Personenverkehrsprognosen des individuellen Straßenverkehrs für 2005 und 2010

a) Altes Bundesgebiet und Baden-Württemberg

Bezugsgröße	1988 ¹⁾	1989 ¹⁾	Modellrechnung Statistisches Landesamt Baden-Württemberg Basis 1988 ²⁾		Prognose 2010		
					Bundesminister für Verkehr, Basis 1988 Szenario		
			2005	2010	"F"	"H"	"G"
Bevölkerung in Mill.							
Alte Bundesländer	61,20	62,70	65,20	64,00	62,10	62,10	62,10
Baden-Württemberg	9,43	9,62	10,44	10,23	9,49 ³⁾	9,49 ³⁾	9,49 ³⁾
Pkw-Bestand in Mill.							
Alte Bundesländer	29,20	30,20	37,36	37,69	37,30	37,30	37,30
Baden-Württemberg	4,67	4,84	6,15	6,24	5,96	5,96	5,96
Pkw-Dichte (in Pkw/1000 Einwohner)							
Alte Bundesländer	473	482	573	588	601	601	601
Baden-Württemberg	495	503	589	610	628	628	628

b) Baden-Württemberg

Bezugsgröße	1988 ¹⁾	1989 ¹⁾	Modellrechnung Statistisches Landesamt Baden-Württemberg Basis 1988 ²⁾		Prognose 2010		
					Bundesminister für Verkehr ⁴⁾ , Basis 1988 Szenario		
			2005	2010	"F"	"H"	"G"
Verkehrsleistung in Mrd. Pkm	89,60	90,80	—	104,90	111,10	104,80	95,90
Besetzungsgrad Personen je Fahrzeug	1,43	1,39	—	1,23	1,23	1,23	1,23
Fahrleistung in Mrd. Km	62,50	65,40	83,76	84,99	90,32	85,20	77,97
Spezifische Fahrleistung in 1000 Km	13,40	13,51	13,62	13,62	13,30	12,50	11,50

1) Stand 31.12. — 2) In Anlehnung an die Shell Prognose (1991) und eine Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. — 3) Bevölkerungsprognose für die alten Bundesländer auf Baden-Württemberg umgebrochen. — 4) Prognose auf Baden-Württemberg umgebrochen.

Tabelle 3

Zu II/5

Modellrechnungen zum Straßengüterverkehr in Baden-Württemberg bis 2010

– Übersicht von Eckdaten aus der Vorausschätzung von Verkehrs- und Emissionsmengen –

Bezugsgröße	1987	1989	1990	2005		2010
				Statistisches Landesamt Baden-Württemberg Basis 1989	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung ¹⁾ Basis 1987	Statistisches Landesamt Baden-Württemberg Basis 1989
Verkehrsleistung in Mrd. tkm	27,00	30,40	–	42,1	38,3	45,6
Auslastungsgrad in t je Fahrzeug	3,79	3,86	–	3,86		
Fahrleistung in Mrd. Km	7,13	7,87	8,20 ²⁾	10,90	9,90	11,80
Spezifische Fahrleistung in 1000 Km	34,45	36,11	37,00	37,00		
Bestand in 1000	207	218	222	300	–	–

1) Prognose für alte Bundesländer auf Baden-Württemberg umgebrochen. – 2) Vorläufige Berechnung.

Zeichenerklärung:

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- . Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... Angabe fällt später an
- / keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- (.) Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert Fehler aufweisen kann

Themenabriß

Teil II, Ziffer 1.1

Struktur und Entwicklung der Kreditwirtschaft in Baden-Württemberg

Das äußere Erscheinungsbild der baden-württembergischen Wirtschaft wird in erster Linie von großen Industrieunternehmen mit Weltruf und nicht zuletzt auch von einer Vielzahl eher mittelständischer Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes mit vielfach hohem Spezialisierungsgrad und weltweiter Exportorientierung geprägt. Im Vergleich dazu sind die überregionalen Ausstrahlungen der heimischen Dienstleistungsunternehmen und hierbei auch des baden-württembergischen Kreditgewerbes sicherlich weniger auffallend, wenngleich dies a priori keineswegs mit einer generellen Unterrepräsentanz oder gar mit einer nachrangigen wirtschaftlichen Bedeutung gleichgesetzt werden kann, zumal ja gerade die Kreditwirtschaft in hohem Maße in einer komplementären Beziehung zum gesamtwirtschaftlichen Umfeld einer Region steht. Davon zu unterscheiden sind freilich jene - überregionalen - Geschäftskomponenten, die mit bankwirtschaftlichen Zentrumsfunktionen und damit mit dem Sitz von Hauptverwaltungen, Zentralinstituten oder der Deutschen Bundesbank verbunden sind. Nähere Aufschlüsse über Entwicklungslinien und auch über die Frage der wirtschaftsstrukturellen Gewichtung können jedoch erst mit Hilfe von Untersuchungen auf breiter und zuverlässiger Datenbasis gewonnen werden. Dieser Beitrag steht somit in einer Reihe von Untersuchungen, die sich - vorwiegend stützend auf die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987 - mit wichtigen Teilbereichen des Dienstleistungssektors in Baden-Württemberg befassen.

Wenngleich die Arbeitsstättenzählung bundesweit vergleichbare und tief gegliederte Daten über die Merkmale "Beschäftigte" und "Arbeitsstätten" - auch nach Eröffnungsjahren und nach Größenklassen - liefern konnte, so war es im Sinne eines möglichst umfassenden

Gesamtüberblicks doch erforderlich, auch weitere Strukturmerkmale heranzuziehen. Zu diesem Zweck wurden die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und in breitem Umfang auch die Informationen der Bankenstatistik der Deutschen Bundesbank ausgewertet. Ergänzende Angaben wurden den Geschäftsberichten der Sparkassen- und Genossenschaftsverbände in Baden-Württemberg entnommen.

Im Zentrum dieses Beitrags steht die vergleichende Analyse von Stand und Entwicklung der Kreditwirtschaft Baden-Württembergs, wobei sich der Vergleich auf die übrigen "alten" Bundesländer und das westliche Bundesgebiet insgesamt bezieht. Das Augenmerk richtet sich hierbei insbesondere auf die relative Position und Entwicklung der einzelnen Bankengruppen, das heißt auf die strukturelle Ausprägung der heimischen Bankenlandschaft und die diesbezüglichen Charakteristika. So werden etwa in den Abschnitten zum Einlagen- und Kreditgeschäft nicht nur die jeweiligen Länderanteile am bundesweiten Gesamtvolumen, sondern darüber hinaus auch die Marktanteile der Bankengruppen in den einzelnen Ländern dargestellt. Gesondert betrachtet werden in diesem - bankstatistischen - Zusammenhang das Bauspargeschäft in der regionalen Untergliederung sowie die Stellung der baden-württembergischen Sparkassen. In einem abschließenden Kapitel wurde zudem versucht, aktuelle Fragen der bankwirtschaftlichen Entwicklung - so etwa im Hinblick auf die Stichworte "Allfinanzwettbewerb" und "EG-Bankenmarkt" - aufzuzeigen und vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Bankenstruktur des Landes kurz zu erörtern.

Größenstruktur der baden-württembergischen Unternehmen

Neben wichtigen wirtschaftsstatistischen Basisdaten über Arbeitsstätten als den kleinsten örtlichen Einheiten werden im Rahmen der Arbeitsstättenzählungen auch Daten über Unternehmen erhoben. Als Unternehmen gilt hierbei die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die aus handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führt und den Ertrag ermittelt. Anhand der Unternehmensergebnisse der Arbeitsstättenzählungen von 1987 und 1970 geht der Beitrag zunächst auf den wirtschaftlichen Strukturwandel im Unternehmensbereich ein. Nachfolgend wird dann das Unternehmen als wirtschaftliche Einheit betrachtet und die Beziehung Unternehmen - Niederlassung untersucht. Im Mittelpunkt des Beitrags steht dann die Größenstruktur der Unternehmen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen.

Ein weiterer Aspekt im Zusammenhang mit einer Untersuchung über die Unternehmensgröße ist in der Beschäftigungsstruktur der Unternehmen zu sehen. Eine Betrachtung der hier gegebenen Verhältnisse sowie eine Differenzierung der Unternehmen des Landes nach der Rechtsform bilden den Abschluß des Beitrags.

Die Versorgung mit Dienstleistungsin-
frastruktur im Ländlichen Raum i.e.S.
Baden- Württembergs

Der Beitrag untersucht die Versorgung des Landes und speziell seiner Ländlichen Räume mit haushalts- und unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Folgende Bereiche werden betrachtet: Einzelhandel, Gaststättengewerbe, Kreditwesen, Persönliche Dienstleistungen, Dienstleistungen für Unternehmen sowie Bildungs-, Gesundheits- und kulturelle Indikatoren.

Untersuchungsraum ist Baden-Württemberg mit den vier Raumkategorien: Verdichtungsräume, deren Randzonen, Verdichtungsgebiete im Ländlichen Raum und der Ländliche Raum i.e.S. Der Ländliche Raum i.e.S. wird weiterhin in seiner Zugehörigkeit zu den zwölf Regionen des Landes betrachtet. Bei der kleinräumigen Analyse des Ländlichen Raums i.e.S. wird auf die "Nahbereiche" und Gemeinden als Raumbearbeitungseinheiten zurückgegriffen. Hauptdatenquellen der Untersuchung sind die Arbeitsstättenzählungen 1970 und 1987, die auch den Untersuchungszeitraum markieren.

Die Untersuchung kommt u.a. zu folgenden Ergebnissen:

Die Entwicklung der Dienstleistungsgebiete in Baden-Württemberg verlief 1970-1987 sehr unterschiedlich: starke Zunahmen bei Dienstleistungen für Unternehmen, Ärzten/medizinischen Berufen und Volkshochschulen, geringe bei Persönlichen Dienstleistungen und Einzelhandel, Abnahmen im Krankenhausbereich.

Verdichtungsräume und Verdichtungsgebiete weisen nach wie vor bei allen Infrastrukturbereichen den höchsten Versorgungsgrad auf. Dies ist keine Überraschung, da diese vielfach auch die Randzonen und den Ländlichen Raum i.e.S. mitversorgen. Der Vergleich 1987 zu 1970 zeigt aber, daß bei den meisten Dienstleistungen Dezentralisierungstendenzen zu beobachten sind, das heißt die Konzentration der Dienstleistungsangebote auf die Ver-

dichtungsräume nimmt - zugunsten der Randzonen und des Ländlichen Raums i.e.S. - ab.

Bei Betrachtung des Ländlichen Raums i.e.S. auf Nahbereichs- und Gemeindeebene 1987 ist eine größtenteils flächendeckende Versorgung bei Gaststätten, Apotheken und Kreditinstituten festzustellen. Beim Einzelhandel, bei Ärzten/medizinischen Berufen und bei den Persönlichen Dienstleistungen ist dies nicht der Fall. Als regionale Schwerpunkte unterversorgter Gebiete sind der Heuberg und die Mittlere Schwäbische Alb, Teile Oberschwabens, des Baulandes und der Hohenloher Ebene sowie an Bayern angrenzende Teilräume Frankens und Ostwürttembergs zu nennen.

Insgesamt ist das Dienstleistungsangebot - je nach Infrastrukturbereich - recht gleichmäßig über das Landesgebiet verteilt. Innerhalb des Ländlichen Raums i.e.S. existieren keine "großen zusammenhängenden Gebiete", die als "unterversorgt" gelten können. Begünstigt wird diese relative regionale Ausgeglichenheit durch das dichte Netzfunktionstüchtiger Ober- und Mittelzentren.

Strukturelle Entwicklungen im dualen System und die Ausbildungs- und Berufschancen der Mädchen

Die staatliche Anerkennung der Ausbildungsberufe und die von den zuständigen Ministerien erlassenen Ausbildungsordnungen stellen die Grundlage für eine einheitliche Berufsausbildung in der Bundesrepublik dar. Diese erfolgt in enger Zusammenarbeit von Schule und Betrieb, worauf die Kurzbezeichnung "Duales System" hinweist. Im Unterschied zu fast allen übrigen EG-Ländern besuchen die Auszubildenden (Lehrlinge) keine berufliche Vollzeitschule, sondern lediglich an ein bis zwei Tagen pro Woche die (Teilzeit-)Berufsschule. Infolge dessen konnte bei dem vorliegenden Beitrag sowohl auf die Angaben der Träger (Kammern usw.) im Rahmen der Berufsbildungsstatistik als auch auf die amtliche Schulstatistik zurückgegriffen werden.

Ein wichtiger Ansatzpunkt für strukturelle Verschiebungen stellen die seit 1984/85 zurückgehenden Schulabgängerzahlen dar, ausgelöst von dem Ende der 60er Jahre einsetzenden Geburtenrückgang. Es wird aufgezeigt, daß sich dieser Rückgang auf die einzelnen Ausbildungsbereiche und Berufe sehr unterschiedlich ausgewirkt hat und daß in einzelnen Sparten teilweise sogar noch steigende Lehrlingszahlen zu beobachten sind.

Eine weitere strukturelle Änderung betrifft die Vorbildung der Auszubildenden. Hier erlangen Realschulabsolventen und Abiturienten ein größeres Gewicht, während die Absolventen der Hauptschule nicht nur wegen der sinkenden Übergangsquote auf diese Schulart anteilmäßig eine geringere Rolle spielen, auch wenn diese Gruppe für sich betrachtet die höchste Übergangsquote in das duale System aufweist. Vor allem Abiturienten wählen jedoch gegenwärtig - als Alternative oder Vorbereitung zum Studium - sehr viel häufiger einen praktischen Ausbildungsberuf als früher.

Die (eher steigende) Beteiligung des weiblichen Geschlechts im dualen System und der relativ hohe Ausbildungserfolg sind ein weiterer Eckpfeiler der Untersuchung. Allerdings sind bei einer geschlechtsspezifischen Betrachtung auch Bildungsgänge außerhalb des dualen Systems und qualitative Momente wie die späteren Berufschancen und Aufstiegsmöglichkeiten zu berücksichtigen. Mit Hilfe von Volkszählungs-Daten wird der in bestimmten Berufen häufige Berufswechsel und der Übergang in eine Hilfsarbeitertätigkeit von jungen Leuten mit praktischer Berufsausbildung aufgezeigt.

Die Situation der Frauen im Landes-
dienst

Im ersten Teil des Beitrages geht es um die aktuelle Struktur der Beschäftigten im Landesdienst. Dabei macht der Beitrag immer wieder auf die Unterschiede in Verwaltung und staatlichen Krankenhäusern aufmerksam; außerdem geht er innerhalb der Verwaltung auf besondere Aufgabenbereiche ein.

Im Mittelpunkt des Interesses stehen die erheblichen Unterschiede für weibliche und männliche Beschäftigte, insbesondere nach dem Beamten- und Angestelltenstatus wie auch nach Laufbahnen.

Im zweiten Teil des Beitrages wird versucht, Veränderungen - insbesondere auch in den Ressorts - seit der Einführung der Leitlinien zur Förderung von Frauen im Landesdienst zum 1. Februar 1987 aufzuzeigen.

Bei einer Abschätzung der künftigen Entwicklung ist zu berücksichtigen, daß sich zwar die Relation von weiblichen zu männlichen Beschäftigten bei den altershalber ausscheidenden Jahrgängen erheblich von der der nachwachsenden Generation unterscheidet, daß sich aber die Verbesserungen für die Frauen nur sehr langsam bei den qualifizierteren Positionen jeder Laufbahn durchsetzen können.

Entwicklung der Ein-, Zwei- und Mehrpersonenhaushalte

Privathaushalte in Baden-Württemberg

- Entwicklung in den Jahren 1970 bis 1987 sowie Voraussrechnung bis zum Jahr 2005 -

Neben der "Familie" ist der (private) "Haushalt" für die politische Planung auf vielen Gebieten eine zentrale Größe, z.B. im Bereich des Wohnungsbaus. Im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrags steht deshalb die Frage der Entwicklung von Anzahl und Struktur der Privathaushalte, und zwar in zweierlei Hinsicht: Zum einen wird die Entwicklung in den letzten zwei Jahrzehnten untersucht, wobei die Jahre 1970 und 1987 die Eckpunkte bilden. Zum anderen wird anhand einer Voraussrechnung bis zum Jahr 2005 versucht, einen Korridor für die aus heutiger Sicht mögliche künftige Entwicklung abzustecken. Eine solche Voraussrechnung ist allerdings angesichts der zur Zeit bestehenden Unwägbarkeiten im Hinblick auf die Zuwanderungszahlen der kommenden Jahre besonders risikobehaftet.

Die Analyse der Entwicklung seit 1970, die auf Ergebnissen der Volkszählungen von 1970 und 1987 sowie der jährlichen Mikrozensus-erhebungen basiert, zeigt auf, daß die Zahl der Privathaushalte deutlich stärker gestiegen ist als die Zahl der Personen in Privathaushalten. Dies führte zu einer Abnahme der durchschnittlichen Personenzahl je Haushalt und damit zu deutlichen Verschiebungen in der Haushaltsstruktur. Nach einer Darstellung der wichtigsten Gründe für diese Entwicklung, die sowohl in demographischen Veränderungen als auch in Wandlungen des Haushaltsbildungsverhaltens der Bevölkerung zu suchen sind, wird der inzwischen am häufigsten vorkommende Haushaltstyp, der Einpersonenhaushalt, genauer beleuchtet.

Eine Betrachtung der Haushaltsstruktur unter regionalen Gesichtspunkten macht für die politische Planung bedeutsame Unterschiede deutlich. Während in Verdichtungsräumen überproportional viele kleinere Haushalte anzutreffen sind, sind in eher ländlich geprägten Landesteilen die Haushalte größer. Allerdings vollzieht auch der ländliche Raum die Entwicklung hin zu kleineren Haushalten nach.

Neben den Einpersonenhaushalten werden in der vorliegenden Untersuchung wegen ihrer spezifischen Problemlagen Haushalte von Alleinerziehenden einer detaillierteren Betrachtung unterzogen. Dabei wird sowohl die zahlenmäßige Entwicklung der Alleinerziehenden-Haushalte in der Vergangenheit als auch ihre Zusammensetzung aufgezeigt.

Im zweiten Teil des Beitrags wird mit Hilfe des Haushaltsmitgliederquotenverfahrens die mögliche Entwicklung der Privathaushalte nach einzelnen Haushaltsgrößen für die Jahre 1990, 1995, 2000 und 2005 vorausgerechnet. Grundlage der Voraussrechnung bildet eine aktuell erstellte Bevölkerungsvoraussrechnung für Baden-Württemberg.

Die Haushaltsvoraussrechnung wird in zwei Varianten vorgelegt, die sich hinsichtlich der zugrundeliegenden Annahmen unterscheiden. Die untere Variante geht von einem vergleichsweise geringen Bevölkerungswachstum im Voraussrechnungszeitraum und einer Stabilisierung der bestehenden durchschnittlichen Haushaltsgröße aus, während die obere Variante eine starke Bevölkerungszunahme und ein Anhalten des Trends zu kleineren Haushalten, zumindest noch in den nächsten Jahren, unterstellt. Als Ergebnis liegen somit zwei Zahlenreihen vor, die - aus heutiger Sicht - die mögliche Unter- bzw. Obergrenze der künftigen Haushaltsentwicklung bilden.

Nach einer methodischen Einführung in das Haushaltsmitgliederquotenverfahren und einer Erläuterung der in die Vorausrechnung eingeflossenen Annahmen bleibt als Ergebnis der Modellrechnung u.a. festzuhalten, daß bis zum Ende des Vorausrechnungszeitraums mit weiter steigenden Haushaltszahlen gerechnet werden muß, wobei sich das Tempo des Zuwachses ab Mitte der 90er Jahre wohl abschwächen dürfte.

Umwelt und Verkehr

Das Thema "Verkehr" ist in die vorderste Reihe der umweltpolitischen Diskussion gerückt. In Wirtschaft und Gesellschaft sind die Weichen in Richtung "mehr Verkehr" gestellt und die technischen Lösungen zur Eingrenzung der Umweltbelastungen scheinen nicht weit genug zu greifen. Wie sich die Situation für Baden-Württemberg darstellt und welche weitere Entwicklung abzusehen ist, beleuchtet die Studie.

Die Untersuchung vermittelt zunächst einen Überblick über die heutige Infrastruktur der einzelnen Verkehrssysteme. Sie faßt den jeweiligen Verlauf in Zahlen und erwähnt Planungen, deren Finanzierung bereits gesichert ist. Darauf aufbauend stellt sich die Frage nach der Auslastung der Verkehrswege, das heißt, wieviele Personen und auch Güter befördert und welche Strecken zurückgelegt werden. Es kristallisiert sich eine Dominanz der Straße mit derzeit 85 % des Personen- und 50 % des Güteraufkommens heraus, die sich in den letzten Jahren kontinuierlich aufgebaut hat. Die Ursache für den Personenverkehr liegt u.a. in Mobilitätswünschen, durch steigende Freizeit und wachsende Einkommen geweckt und die durch niedrige Kraftstoffpreise sowie sinkende Kapazitäten bei der Bahn auf die Straße gelenkt wurden. Der Transportbedarf im Güterverkehr steigt vor allem aufgrund zunehmender Arbeitsteilung auf nationaler und internationaler Ebene. Wegen günstiger Transportkosten wird er vorwiegend auf einem bedarfsgerecht ausgebauten Straßennetz abgewickelt.

Den Blick in die Zukunft ermöglichen Verkehrsprognosen. Eine aktuelle Personenverkehrsstudie rechnet für die alten Bundesländer in den nächsten 20 Jahren mit einem Verkehrsleistungszuwachs von 22 %. Für die einzelnen Verkehrsträger wird ein 90 %iger Zuwachs im Luftverkehr, ein Plus von 60 % für die Bahn, im öffentlichen Straßenpersonenverkehr eine Steigerung um ein Fünftel und eine Zunahme an Individualverkehr um 17 % veranschlagt. Die

Verfasser der Prognose gehen damit davon aus, daß der Individualverkehr nicht mehr so schnell zunimmt wie in den letzten Jahren und daß der Straßenverkehr durch Maßnahmen wie höhere Nutzerkosten für den PKW, Restriktionen in der kommunalen Verkehrspolitik und niedrigere Durchschnittsgeschwindigkeiten an Attraktivität verliert. Baden-Württemberg wird allerdings aufgrund seines überdurchschnittlich hohen Bevölkerungszuwachses und starker Beanspruchung durch Transitverkehr mit einem deutlich höheren Zuwachs an Individualverkehr rechnen müssen. So kann sich insbesondere für den Individualverkehr durchaus ein doppelt so hoher Zuwachs ergeben wie im Durchschnitt für die alten Bundesländer prognostiziert. Güterverkehrsprognosen stehen derzeit vor der Schwierigkeit, die Auswirkungen der Öffnung der Ostgrenzen und der Vollendung des EG-Binnenmarktes abzuschätzen. Für Baden-Württemberg wird bis zum Jahr 2010 ein Plus von 50 % an Güterverkehrsleistung veranschlagt. Dabei wird für die Bahn ein Zuwachs von jährlich 4,8 %, für die Binnenschifffahrt von 1,2 % und für den Strassenfernverkehr von 2,9 % erwartet. Im Straßengüterfernverkehr wird der Zuwachs auf jährlich 1,0 % beziffert.

Aus der Vielzahl spezieller Verkehrsfragen wird für drei aktuelle Themenbereiche - Gütertransit, Pendlerverkehr, öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) - der Versuch unternommen, Datenlücken zu schließen und Orientierungswerte vorzulegen. Der Gütertransit steht unter dem Zeichen des EG-Binnenmarktes und der expandierenden Ost-West-Beziehungen. Rund die Hälfte des Güterfernverkehrs ist dem Transitverkehr zuzurechnen und ein Großteil davon rollt wiederum auf der Straße. In unseren Ballungsgebieten ist es der Pendlerverkehr, der wochentags das hohe Verkehrsaufkommen verursacht. Mittlerweile - so die Volkszählung 1987 - pendeln fast 40 % aller Erwerbstätigen und über 20 % aller Schüler und Studenten zu ihren Arbeits-

und Ausbildungsplätzen. Eine Reihe gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Faktoren sind daran beteiligt, daß ihre Wahl im starken Maße zugunsten des PKW ausfällt. Rund 80 % der Berufsauspendler entscheiden sich für den PKW, rund 16 % für ein öffentliches Verkehrsmittel. Im weiteren führt die Untersuchung Beförderungsdaten für den ÖPNV ausgewählter Großräume des Landes zusammen und stellt sie vergleichend dar. In Baden-Württemberg führen 1990 rund 760 Mill. Personen mit öffentlichen Verkehrsmitteln, allein über die Hälfte in den betrachteten Großräumen. Der Anteil des Berufsverkehrs schwankt dabei zwischen 20 und 50 % in den Ballungsräumen, im ländlichen Raum liegt der Anteil deutlich niedriger.

Ein besonderes Augenmerk der Studie liegt auf den vom Verkehr ausgehenden Umweltbelastungen. Verkehrslärm und vor allem Straßenlärm wird von der Bevölkerung unter allen Lärmemitteln als besonders störend angesehen und der Anteil der beeinträchtigten Flächen nimmt ständig zu. Auch die Flächeninanspruchnahme des Verkehrs ist erheblich. Auf Straßen, Wege, Plätze und andere Verkehrsbauten entfallen bereits 5 % der Landesfläche, die bereits heute stark frequentiert sind. Allein für die in Baden-Württemberg zugelassenen PKW errechnet sich eine Länge von rund 20 000 km, knapp ein Viertel der Gesamtlänge aller Straßen.

Das bedeutsamste Thema für die Umweltpolitik ist die Frage nach der von einzelnen Verkehrsträgern ausgehenden Luftbelastung. Die größte Quelle ist hier der Straßenverkehr. Er emittiert 75 % des Kohlenmonoxids, 70 % der Stickoxide und 30 % der Kohlenwasserstoffe. Der Schienenverkehr schneidet in einem Emissionsvergleich sowohl für den Personen- wie auch für den Güterverkehr bedeutend besser ab. Bei gleicher Streckenlänge werden je Person auf der Straße 50mal soviel Kohlenmonoxid, 18mal soviel Kohlenwasserstoffe und 3mal soviel Stickoxide freigesetzt wie auf der Schiene. Die Suche nach dem größten Lieferanten der Stickoxidemissionen führt zum Straßenfernverkehr. Der Anteil der vier- und mehrstreifig ausgebauten Autobahnen und Bundesstraßen am Gesamtstraßennetz im

Landes beläuft sich zwar nur auf 2 %, sie sind jedoch der Entstehungsort für fast 50 % der Stickoxidemissionen. Weiter zeigt sich, daß der LKW-Verkehr schon heute ein Schwerpunkt der Belastung ist und daß dies in Zukunft sogar verstärkt der Fall sein wird. Die NO_x-Emissionen der PKW - so die Modellrechnung bis zum Jahr 2005 - werden dann dank Katalysator zwar nur noch rund 42 % der Mengen des Jahres 1989 betragen, allerdings wird diese Reduktion durch die Zunahme des Straßengüterverkehrs weitgehend kompensiert.

Abschließend geht die Untersuchung auf das Treibhausgas Kohlendioxid ein, das u.a. für eine mögliche Klimaerwärmung verantwortlich gemacht wird. Über ein Viertel des Gesamtausstoßes von CO₂ wird in Baden-Württemberg durch den Strassenverkehr freigesetzt - mit steigender Tendenz.

Da die emittierten Mengen an Kohlendioxid im wesentlichen durch den Energieverbrauch bestimmt werden - durch den Katalysator übrigens nicht zurückgehalten werden - bedarf es drastischer Maßnahmen, um bis zum Jahr 2005 auch im Verkehrssektor einen wirksamen Beitrag zur Senkung der CO₂-Emissionen zu leisten.